

KLAUS ZIEMER
JOANNA ANDRYCHOWICZ-SKRZEBA (Hg.)

JENSEITS DER JUBILÄEN

GESCHICHTSPOLITIK
IM DEUTSCH-POLNISCHEN ALLTAG



FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

KLAUS ZIEMER
JOANNA ANDRYCHOWICZ-SKRZEBA (Hg.)

JENSEITS DER JUBILÄEN

GESCHICHTSPOLITIK
IM DEUTSCH-POLNISCHEN ALLTAG

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

© 2017 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Vertretung in Polen
ul. Podwale 11, 00-252 Warszawa, Polen
www.feswar.org.pl

Alle Rechte vorbehalten.

Redaktion: Klaus Ziemer, Joanna Andrychowicz-Skrzeba
Verantwortlich: Roland Feicht
Lektorat: Alicja Głombińska, Lydia Moschinger
Übersetzung: Bernhard Hartmann, Simon von Kleist,
Übersetzungsbüro Sine Qua Non Maciej Zgondek
Layout und Gestaltung: MyWorks Studio, Warszawa

Für die inhaltlichen Aussagen dieser Veröffentlichung tragen die Autorinnen und Autoren der jeweiligen Beiträge die Verantwortung. Die geäußerten Meinungen müssen nicht in allen Teilen der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung entsprechen.

Printed in Poland 2017
ISBN 978-83-64062-25-4

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die Publikation wurde aus Mitteln des „Sondervermögens Erich Brost“ der Friedrich-Ebert-Stiftung finanziert.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----|
| Vorwort: Roland Feicht..... | 7 |
| Einleitung: Klaus Ziemer..... | 11 |
| Zum Projekt: Joanna Andrychowicz-Skrzeba..... | 22 |
| Manuel Becker und Michael Hill: Begriffsgeschichte und Begriffssystematik. Geschichtswissenschaftliche und politikwissenschaftliche Perspektiven | 25 |
| Joanna Andrychowicz-Skrzeba: Geschichtspolitik aus polnischer Perspektive. Anmerkungen zum Begriff sowie zur Schaffung neuer polnischer Mythen | 59 |
| Michael Hill: Geschichtsbewusstsein – eine „deutsche Krankheit“? Perspektiven auf die Bundesrepublik im Jahr 2017 | 85 |
| Dominik Trutkowski: Vom Konsens zum Dissens: Die Anfänge einer polarisierenden Geschichtspolitik in den Printmedien und im parlamentarischen Alltag nach 1989 in Polen | 96 |
| Marcin Zaborski: Vergangenheit, Erinnerung, Geschichte. Die geschichtspolitische Vision im politischen Programm der Partei Recht und Gerechtigkeit | 116 |
| Anna Warakomska: Das Bild der Volksrepublik Polen im politischen Diskurs der Dritten Polnischen Republik | 133 |
| Anna Kaminsky: Der Kommunismus als Stiefkind der Erinnerungskultur? | 165 |
| Ann Katrin Düben und Anna Zachmann: Das Konkurrenzverhältnis der doppelten Vergangenheit in Sachsen: ein Sonderweg? | 189 |
| Julia Reuschenbach: Geschichtspolitik und „Geschichte ausstellen“ – ein Blick in die deutsche Museums- und Gedenkstättenlandschaft | 205 |
| Maria Kobielska: Das Modell des „neuen“ polnischen Geschichtsmuseums: Das Museum als politisches Instrument | 225 |
| Julia Reuschenbach und Sandra Müller: Der Überfall auf Polen in deutschen Schulgeschichtsbüchern seit 1949 | 244 |
| Christian Hörbelt: Ein Erinnerungskonflikt? Der Warschauer Aufstand 1944 und der Aufstand im Warschauer Ghetto 1943 in der deutschen und polnischen Erinnerungskultur | 266 |
| Krzysztof Malicki: Perspektiven der Geschichtspolitik im Kontext der Einstellung junger Polen zur Vergangenheit | 288 |
| Andrzej Szpociński: Lebendige Geschichte. Zwei Besatzungen: die deutsche und die sowjetische | 306 |
| Waldemar Czachur: Die Versöhnungsmesse in Kreisau – Resultat eines faulen Kompromisses in der deutsch-polnischen Geschichtspolitik? | 332 |
| Dominik Trutkowski und Christian Hörbelt: Die Oder-Neiße-Grenze in den Erinnerungskulturen der Stadt Görlitz-Zgorzelec. Vom lokalen transnationalen zum europäischen Erinnerungsort? | 351 |
| Handlungsempfehlungen zur Geschichtspolitik in Polen und Deutschland..... | 371 |
| Informationen zu den Autor_innen der Beiträge..... | 377 |

Vorwort

ROLAND FEICHT

**Leiter der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung
in Polen**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Warschau feierte im Jahr 2015 ihr 25-jähriges Bestehen. Wir nutzten dieses Jubiläum für eine Bestandsaufnahme unserer Arbeit. Es war eine gute Gelegenheit, uns gemeinsam mit unseren polnischen Freunden und Partnern an die Schwerpunkte unserer Zusammenarbeit zu erinnern und Schlüsse für die künftige Arbeit zu ziehen. Die Welt steht nicht still, und wir stehen vor großen Herausforderungen. Die langjährigen Schwerpunkte unserer Dialogbemühungen haben sich auch nach dem Regierungswechsel in Polen bestätigt. Die Stärkung der europäischen Integration, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit sowie der deutsch-polnischen Beziehungen ist weiterhin die Maxime unseres Engagements, wobei die jeweiligen thematischen Gewichtungen von den Herausforderungen der Zeit bestimmt werden.

Aktuell bemühen wir uns um eine weitere Intensivierung des bilateralen Dialogs zwischen Deutschland und Polen. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und eine freiheitliche Bürgergesellschaft sind uns dabei besonders wichtig. Wir thematisieren die brennendsten Fragen der sozialen Orientierung einer nachhaltigen Marktwirtschaft. Dabei

steht die Kooperation mit den polnischen Gewerkschaften an zentraler Stelle. Wir bringen uns ein in die Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union, das soziale Europa sowie die Neuausrichtung der europäischen Ostpolitik und der Außen- und Sicherheitspolitik angesichts der zunehmenden Spannungen mit Russland nach der Krimannexion. Nicht zuletzt ist uns die Verbreitung der Kenntnisse und der Diskussion über Grundwerte und programmatische Grundlagen der sozialen Demokratie ein besonderes Anliegen. Zu all diesen Themen organisieren wir Debatten und publizieren gemeinsam mit unseren oft langjährigen Partnern. Dazu zählen zahlreiche NGOs, Stiftungen, Gewerkschaften und Institute sowie Experten und Akteure aus dem progressiven Spektrum.

Seit Beginn unseres Engagements in Polen nimmt die Erinnerungsarbeit für uns einen hohen Stellenwert ein. Wenn wir in die Zukunft blicken, dürfen wir die Vergangenheit nicht vergessen, besonders die schreckliche Vergangenheit, die Deutschland und Polen fest verbindet. Die stumme Geste von Willy Brandt – das Niederknien vor dem Denkmal der Helden des Warschauer Ghettos im Jahre 1970 – ist bis heute ein lebendiges Bild in den Köpfen der Deutschen und der Polen. Auf mich – den Leiter des FES-Büros in Warschau, der seit mehr als drei Jahren dieses Amt bekleidet – wirkt unsere freundliche Aufnahme als deutsche Einrichtung stets wie ein Wunder, wenn ich an die unfassbaren Verbrechen von Deutschen in Polen im Zweiten Weltkrieg denke. In den deutsch-polnischen Beziehungen spielen historische Themen vor dem Hintergrund der Teilungen Polens und des Zweiten Weltkriegs immer eine wichtige Rolle. Bei ihrer Behandlung geht es ganz besonders darum, den Blick auf historische Fakten gemeinsam zu unternehmen, um allen Versuchen entgegenzuwirken, aus der interessengeleiteten Umdeutung historischer Fakten politisches Kapital zu schlagen.

Die deutsch-polnischen Beziehungen waren in den letzten Jahren die besten, die wir in den vergangenen Jahrhunderten hatten. In der jüngsten Vergangenheit überstanden wir Konflikte u. a. um Nord Stream,

um den Bau und die Form des Zentrums gegen die Vertreibungen und um das Recht, eigener leidsamer Erfahrungen zu gedenken. Nicht bei allen Themen kamen wir zum Konsens, aber wir haben uns um gegenseitiges Verständnis bemüht. Heute wird leider wieder begonnen, daran zu denken, was uns trennt. Doch wir sollten diese Entwicklung nicht einfach beklagen. Denn wenn tatsächlich einige Themen bis heute unsere Beziehungen belasten, dann müssen sie auf jeden Fall gemeinsam diskutiert werden. Wir sollten miteinander sprechen, nicht übereinander. Und wir sollten eines wissen – über die Jahre der guten deutsch-polnischen Zusammenarbeit ist es gelungen, etwas Wichtiges zu schaffen, was die Chance hat, Widrigkeiten unterschiedlichster Art zu überstehen: Polen und Deutsche haben bis zu den untersten Ebenen ein Netzwerk geschaffen, das mit Freundschaft gestärkt ist – unter lokalen Organisationen, regionalen Selbstverwaltungen, NGOs und unter vielen Menschen diesseits und jenseits der Oder. Ich glaube fest daran, dass dies eine Konstante ist, ein Wert an sich, den es zu schützen gilt. Und ich bin der Überzeugung, dass das deutsch-polnische Tandem eine ähnlich wichtige Rolle für den europäischen Integrationsprozess einnehmen sollte wie das deutsch-französische.

Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, die vorliegende Publikation „jenseits der Jubiläen“ herauszugeben. Sie ist die Zusammenfassung der Workshops, die wir für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – Historiker, Politologen, Soziologen, Germanisten – aus Polen und Deutschland in den vergangenen zwei Jahren organisiert haben. Weil wir miteinander sprechen wollen und müssen, und weil es wichtig ist, zu den mit der gemeinsamen Geschichte verbundenen Themen zurückzukommen. Schlussendlich, weil es sich lohnt, in dieses Gespräch junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einzubeziehen, die künftig eine wichtige Rolle in den deutsch-polnischen Beziehungen übernehmen werden. Deshalb ist dieses von Polen und Deutschen gemachte Buch auch an Deutsche und Polen gleichermaßen gerichtet.

Dem vorwiegend jungen Autorenkreis dieses Buches hat sich Prof. Andrzej Szpociński hinzugesellt, ausgezeichnete Forscher der

Erinnerungskultur. Dafür möchte ich ihm ganz herzlichen Dank sagen. Ein ebenso großes Dankeschön geht an Prof. Klaus Ziemer für die Konzeptionsarbeit am ganzen Projekt und die Redaktion des Buches und an meine Kollegin in der FES Warschau, Dr. Joanna Andrychowicz-Skrzeba. Herzlichen Dank auch an alle Autorinnen und Autoren für ihr Engagement, ihre Kreativität und den frischen Blick. Gemeinsam haben sie alle das letzte Kapitel unter dem Titel „Empfehlungen für die Geschichtspolitik“ geschrieben. Sie weisen dort auf die – ihrer Meinung nach – richtige Art und Weise des Gestaltens staatlicher Geschichtspolitik hin. Es soll eine Inspiration für das Schaffen einer klugen Geschichtspolitik für alle Beteiligten sein, vor allem aber natürlich für die politischen Entscheidungsträger.

Einleitung

KLAUS ZIEMER

Mit dem „Historikerstreit“ Mitte der 1980er-Jahre fand der Begriff „Geschichtspolitik“ Eingang in die deutsche Alltagssprache in der Publizistik und im wissenschaftlichen Diskurs. In Polen wurde er zu Beginn der 2000er-Jahre aufgenommen. Wörtlich übersetzt als „polityka historyczna“, machte er eine ebenso steile Karriere wie in Deutschland und gewann bis 2007 und nach 2015 sogar tagespolitische Bedeutung.

Bevor Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre explizit thematisiert wurde, gab es rund 20 Jahre intensive Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, die – Stichwort Einzigartigkeit des Holocaust – auch einen Kernpunkt des Historikerstreits betraf. Diese insbesondere von der 1968er-Generation großenteils mit Eltern und Großeltern heftig geführten Konflikte zielten jedoch eher auf einen ehrlichen Umgang gerade auch staatlicher Stellen mit einer zunehmend als tabuisiert wahrgenommenen höchst problematischen Vergangenheit.

Eine wiederum andere Bedeutung besaß der Begriff „Vergangenheitspolitik“, mit dem Norbert Frei 1996 die Politik der ersten fünf Jahre der Bundesrepublik bezüglich der schrittweisen Integration von NS-Mitläufern und minder belasteten Tätern

charakterisiert und gleichzeitig verblüffende zeitliche Parallelen zu vergleichbaren Maßnahmen der DDR herausgearbeitet hat.¹

Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit war angesichts der Teilung Deutschlands auch gekennzeichnet durch den Systemgegensatz im Ost-West-Konflikt. Da in den Beiträgen dieses Bandes die Geschichtspolitik der DDR – auch Teil der „Geschichtspolitik in Deutschland“ – nicht explizit thematisiert wird, soll an dieser Stelle wenigstens skizzenhaft auf die Geschichtspolitik der DDR eingegangen werden.

Die Herangehensweise von Historiographie und Politik der DDR an die deutsche Geschichte war durch den historischen Materialismus charakterisiert, unterlag im Laufe der Jahrzehnte aber sehr wohl Veränderungen. Die DDR sah sich als Verkörperung dessen, was Sozialrevolutionäre wie Thomas Müntzer im Laufe verschiedener historischer Epochen hatten erreichen wollen. Die Bundesrepublik dagegen stellte für sie das Erbe derjenigen Kräfte dar, die jeweils die reaktionären gesellschaftlichen Gruppen repräsentierten, in der aktuellen historischen Epoche war das das Monopolkapital.

Auch der Zweite Weltkrieg wurde durch das Paradigma des Klassenkampfes gesehen. Dadurch konnten weder Hauptopfergruppen wie Juden oder Sinti und Roma noch – zumindest für lange Jahre – der Widerstand des 20. Juli 1944 adäquat beurteilt werden, der nicht auf die Überwindung der bürgerlichen Ordnung gezielt habe, sondern eine Auseinandersetzung innerhalb einer Klasse gewesen sei.² Es gab eine Opferhierarchie, an deren Spitze entsprechend die deutschen Kommunisten standen. Die DDR-Führung, von der etliche Politiker unter dem Nationalsozialismus verfolgt und in Konzentrationslagern inhaftiert waren, bezeichnete ihren Staat als „von Anfang an

¹ Frei, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

² Danyel, Jürgen/Groehler, Olaf/Kessler, Mario: *Antifaschismus und Verdrängung. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR*, in: Kocka, Jürgen/Sabrow, Martin (Hg.): *Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven*, Berlin 1994, S. 148-152, hier S. 150.

antifaschistisch“, die Bundesrepublik dagegen aufgrund der Kontinuität von Teilen der Funktionsebenen als eine Fortsetzung des NS-Staates, für dessen Folgelasten daher die Bundesrepublik aufkommen müsse. Konsequenterweise hat die DDR es entsprechend abgelehnt, gegenüber Drittländern materielle Leistungen für Opfer der NS-Herrschaft zu erbringen. Die DDR-Historiographie nahm gegenüber der NS-Vergangenheit „weniger die Pose der reuigen Nation als jene der anklagenden Klasse ein“. ³

Auch eine Diskussion über die Haltung der auf dem Gebiet der DDR lebenden Bevölkerung zum Nationalsozialismus wurde unterbunden und nur in Nischen wie in kirchlichen Kreisen geführt, was bei den östlichen Nachbarn, etwa Polen, nicht gerade zur Vertrauensbildung beitrug. In der Bundesrepublik wurde eine solche Diskussion dagegen seit den 1960er-Jahren mit wachsender Intensität geführt. Rainer-Maria Lepsius sprach in diesem Zusammenhang davon, dass die Bundesrepublik die Problematik des Nationalsozialismus internalisiert, die DDR sie dagegen externalisiert habe. ⁴

Beim öffentlichen Gedenken an den Zweiten Weltkrieg, das vor allem am 8. Mai gemeinsam mit sowjetischen Vertretern auf zahlreichen sowjetischen Ehrenfriedhöfen und, allen voran, am zentralen sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow zelebriert wurde, versuchte die DDR, sich gewissermaßen durch die Hintertür an die Seite der antifaschistischen Sieger des Zweiten Weltkriegs zu stellen. Nach Jürgen Danyel verblasste jedoch durch die geschichtspolitische Konstruktion der SED „die konkrete Erinnerung an den Nationalsozialismus und an den von den Deutschen verursachten Krieg nahezu völlig. Faschismus

³ So der Schweizer Historiker Stefan Guth: *Geschichte als Politik. Der deutsch-polnische Historikerdialog im 20. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2015, S. 350.

⁴ Lepsius, Rainer-Maria: *Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“*, in: Haller, Max u. a. (Hg.): *Kultur und Gesellschaft: Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988*, Frankfurt a. M. 1989, S. 247-264; http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/17946/ssoar-1989-lepsius-das_erbe_des_nationalsozialismus_und.pdf?sequence=1 (20.12.2017).

und Zweiter Weltkrieg wurden zu einem abstrakten historischen Geschehen ohne Akteure.“⁵

Wie stark der Blick auf die deutsche Geschichte gleichwohl den Bedürfnissen der aktuellen Politik angepasst wurde, zeigte sich exemplarisch an der sich im Laufe der Jahrzehnte fundamental wandelnden Beurteilung Preußens. Nach Kriegsende wurde der preußische Militarismus als eine der Wurzeln der Aggressionsbereitschaft des Dritten Reichs identifiziert und viele seiner materiellen Symbole aus der Öffentlichkeit entfernt. So wurde 1950 u. a. die Statue Friedrichs II. Unter den Linden demontiert und die Reste des Berliner Stadtschlusses gesprengt. Die von den vier alliierten Siegermächten 1947 vorgenommene Auflösung Preußens als Verwaltungseinheit bestätigte gewissermaßen das negative Urteil über Preußen.

In dem Maße, in dem die DDR-Führung die deutsche Teilung auch verbal anerkannte und ab Anfang der 1970er-Jahre begann, eine eigenständige „sozialistische Nation der DDR“ zu proklamieren, mussten für diese Nation positive Anknüpfungspunkte in der deutschen Geschichte gefunden werden. Entwicklungen und Persönlichkeiten der deutschen Geschichte wurden nun aufgeteilt in „Erbe“, das alles Überkommene einschloss, und „Tradition“, die diejenigen Teile der deutschen Geschichte betraf, mit deren fortschrittlichen Inhalten sich die DDR-Führung identifizieren konnte. Nicht nur Sozialrevolutionäre wie Thomas Müntzer, auch intellektuell progressive Persönlichkeiten wie Martin Luther, deren Tätigkeit mit dem Gebiet der DDR verbunden war (aus Anlass von Luthers 500. Geburtstag wurde 1983 ein „Lutherjahr“ ausgerufen), wurden nun auch in der Propaganda der Partei exponiert. Auch die preußischen Reformer Anfang des 19. Jahrhunderts erfuhren eine positive Neubewertung, und selbst das Standbild Friedrichs II. fand erneut seinen Platz Unter den Linden, wiederum nach Osten reitend, zur leichten Irritation der

⁵ Danyel, Jürgen: Die Erinnerung an die Wehrmacht in beiden deutschen Staaten. Vergangenheitspolitik und Gedenkrituale, in: Müller, Rolf-Dieter/Volkman, Hans-Erich (Hg.): Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 1139-1149, hier S. 1147.

kommunistischen Medien in Polen, zumal angesichts des bevorstehenden 750-jährigen Berliner Stadtjubiläums auch in der Bundesrepublik eine „Preußenwelle“ mit zahlreichen Publikationen, Ausstellungen etc. lief.⁶ Zwar wurde in den 1980er-Jahren in Ostberlin noch ein jeweils spektakuläres Marx-Engels- und ein Thälmann-Denkmal errichtet. Die Kluft zwischen den erstarrten Ritualen der Partei und dem Protest einer wachsenden Zahl von Dissidenten gegen den Widerspruch zwischen den Parolen der SED und der Wirklichkeit wurde jedoch immer größer. Sie wurde 1988 spektakulär sichtbar, als bei der jährlichen Feier am Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Demonstranten Transparente mit dem bekannten Satz von Rosa Luxemburg entrollten: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“, was die Stasi sofort unterband.

Wie Manuel Becker und Michael Hill im Eröffnungsbeitrag zu diesem Band ausführen, lässt sich der Begriff „Geschichtspolitik“ bis ins erste Drittel des 20. Jahrhunderts zurückverfolgen, als er von konservativen Kreisen in Deutschland verwendet wurde, ohne jedoch größeren Rückhalt in der Gesellschaft zu finden. Vor dem Hintergrund des Booms von „Erinnerung“ und „Gedächtnis“ in etlichen Disziplinen untersuchen Becker und Hill die Bedeutung von „Geschichtspolitik“ für die Bereiche Geschichte und Politikwissenschaft in Deutschland, was aufschlussreiche Erkenntnisse darüber befördert, wie wenig systematisch die heuristische Relevanz des Begriffs „Geschichtswissenschaft“ in beiden Disziplinen bisher erforscht wurde. Joanna Andrychowicz-Skrzeba geht auf die Bedeutung des Begriffs im heutigen Polen ein und belegt sie mit Beispielen und Zitaten, u. a. zur Geschichtspolitik von Präsident Andrzej Duda. Die Relevanz historischer Wahrnehmungen für aktuelle politische

⁶ Zu einzelnen Etappen und Problemfeldern der neuen Geschichtspolitik der DDR in den 1970er- und 1980er-Jahren siehe u. a. Kapitel vier „Broadening the Historical Roots of the State Narrative“ in: Olsen, Jon Berndt: *Tailoring Truth. Politicizing the Past and Negotiating Memory in East Germany, 1945-1990*, New York/Oxford 2015, S. 137ff.

Befindlichkeiten in Deutschland, seien es wachsendes Unbehagen an der deutschen Erinnerungskultur, „Ostalgie“ oder Probleme von Migration und Fremdheit, zeichnet Michael Hill nach.

Die folgenden drei Beiträge beziehen sich auf unterschiedliche Probleme der Geschichtspolitik in Polen. Ein Preis, den Polen für seine Pionierrolle beim „ausgehandelten“ Systemwechsel von 1989 zu zahlen hatte, war die fehlende Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in Bezug auf die Überprüfung, wer früher mit den kommunistischen Geheimdiensten zusammengearbeitet hatte („Lustration“), und die unterlassene Entfernung exponierter kommunistischer Funktionsträger aus ihren Ämtern („Entkommunisierung“). Der erste nicht kommunistische Regierungschef Tadeusz Mazowiecki hatte im ersten halben Jahr seiner Amtszeit u. a. noch einen Innen- und einen Verteidigungsminister, die der bisher regierenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei angehörten. Innenminister General Kiszczak nutzte diese Zeit, um in großem Umfang belastende Akten vernichten zu lassen. In der DDR war es das Verdienst von Bürgerrechtlern, dass die Aktenbestände der Stasi jedenfalls weitgehend gesichert und gegen den Willen wichtiger westdeutscher politischer Eliten weder für 30 Jahre im Bundesarchiv weggeschlossen noch gar vernichtet wurden. Die rechtlichen Regelungen zum Umgang mit den Stasi-Akten und die Art, wie die „Gauck-Behörde“ diese unter breitem gesellschaftlichen Konsens in die Praxis umsetzte, haben ganz wesentlich zum inneren Frieden im vereinten Deutschland beigetragen.

In Polen sind „Lustration“ und „Entkommunisierung“ bis heute nicht nur Schlagwörter, sondern geradezu politische Kampfbegriffe. Es dauerte bis zum Jahr 1999, ehe das „Institut des Nationalen Gedenkens“ (polnische Abkürzung: IPN) seine Tätigkeit aufnehmen konnte.⁷ Zwar wurde die „Gauck-Behörde“ als Vorbild genommen und in das Gesetz über das IPN ganze Artikel des Stasi-Unterlagen-Gesetzes wörtlich

⁷ Vgl. u. a. Ziemer, Klaus: Aufarbeitung und politische Kultur in Polen, in: Hansen, Hendrik/Veen, Hans-Joachim (Hg.): Aufarbeitung totalitärer Erfahrungen und politische Kultur (Politisches Denken, Jahrbuch 2009), Berlin 2009, S. 111-131.

übernommen. Aber immer wieder wurde und wird versucht, den brisanten Inhalt der Archive tagespolitisch zu instrumentalisieren. Das IPN, das neben der Archivierung und Dokumentation der deutschen Besatzungszeit und des kommunistischen Regimes in Polen in der Zentrale in Warschau und in regionalen Zweigstellen auch Abteilungen für politische Bildung und staatsanwaltschaftliche Ermittlungen zu NS- und kommunistischen Verbrechen in Polen besitzt, wurde 2016 umgestaltet und seine Führungsgremien ausschließlich mit von der PiS benannten Personen besetzt. Zu seinen faktischen Aufgaben zählt nun auch die Umsetzung der staatlichen Geschichtspolitik. Die „Entkommunisierung“ fand zuletzt ihren Ausdruck u. a. in der Umbenennung von Straßen, die jetzt in letzter Instanz vom IPN-Präsidenten bestätigt werden muss, und der drastischen Reduzierung der Rentenbezüge von früheren Mitarbeitern der kommunistischen Sicherheitsdienste, auch wenn ein Polizist nur einen Tag im Dienst gewesen war.

Der Beitrag von Dominik Trutkowski ruft anschaulich in Erinnerung, dass die Themen „Lustration“ und „Entkommunisierung“ bereits im Präsidentschaftswahlkampf 1990 eine wichtige Rolle spielten und dass der Erfolg die Initiatoren zu der Überzeugung führte, dass „Geschichtspolitik“ eine wichtige Ressource in der politischen Auseinandersetzung darstellt. Marcin Zaborski zeichnet auf der Grundlage des PiS-Parteiprogramms von 2014 sowie der Dokumente des Parteikonvents von 2015 das Bild nach, das die PiS von der Vergangenheit hat und welche Konsequenzen sie daraus für die Zukunft des Landes zieht. Ein breites Spektrum verschiedener Gattungen von Arbeiten zu Einschätzungen der Volksrepublik Polen stellt Anna Warakomska vor. Gleichzeitig wird in ihrem Beitrag deutlich, wie unterschiedlich die Urteile über verschiedene Aspekte des politischen und gesellschaftlichen Lebens der Volksrepublik ausfallen.

Spätestens seit die lettische Außenministerin Sandra Kalniete bei der Eröffnung der Leipziger Buchmesse 2004 mit der Behauptung, Nationalsozialismus und Kommunismus seien gleichermaßen

verbrecherisch gewesen, einen Skandal hervorrief, weil sie implizit die Einzigartigkeit des Holocaust infrage stellte, ist offensichtlich, dass bei der Beurteilung des Kommunismus das historische Gedächtnis in Ost- und Westeuropa geteilt ist. Auch Debatten im EU-Parlament haben das bestätigt. Zu Recht stellt Anna Kaminsky daher in ihrem Beitrag die Frage, ob der Kommunismus ein Stiefkind der Erinnerungskultur sei, und geht auf die Problematik der „zwei Diktaturen in Deutschland“ sowie auf die „Aufarbeitungskonkurrenz“ zwischen beiden ein, die in der „Faulenbachschen Formel“ eine weithin akzeptierte Auflösung gefunden habe. Gleichwohl werden in der Praxis unterschiedliche Schwerpunkte in der staatlich geförderten Gedenkpolitik zu Nationalsozialismus und Kommunismus gesetzt. Welche Konflikte das hervorrufen kann, illustrieren auf Länderebene Ann Katrin Düben und Anna Zachmann am Beispiel der Gedenkpolitik in Sachsen.

Den Ausgangspunkt für die Debatte über Geschichtspolitik Mitte der 1980er-Jahre bildeten die Projekte Helmut Kohls, in Berlin und Bonn zwei Museen zur deutschen Geschichte zu errichten. Julia Reuschenbach analysiert den Zusammenhang zwischen dieser Debatte vor und nach der deutschen Vereinigung und die Umsetzung in konkreten Museen und Gedenkstätten. Das beinhaltet erneut die Auseinandersetzung mit den „zwei Diktaturen in Deutschland“. In Polen hat die Musealisierung der Geschichte mit der Eröffnung des Museums des Warschauer Aufstands 2004 ein neues Niveau erreicht. Maria Kobielska zeigt aus vorwiegend kulturwissenschaftlicher Perspektive, dass den Ausgangspunkt für die Gestaltung der Museen seither nicht eine unterstellte distanzierte Rezeptionshaltung der Besucher bildet, sondern der Versuch, Erfahrung zu konstruieren, wobei den Besuchern Anstrengung abverlangt wird. Belegt wird das an etlichen Museumsbeispielen aus jüngster Zeit. Dabei werden Themen der polnischen Geschichte wie Kampf und Widerstand und die Rolle der Individuen als „Helden“ bzw. „Opfer“ angesprochen. Auch die geschichtspolitische Dimension der Museen wird thematisiert, die sich sehr gut an den Auseinandersetzungen um das Danziger Museum

des Zweiten Weltkriegs illustrieren lässt. Dabei geht es um einen Grundkonflikt der Musealisierung von Geschichte, den Edgar Wolfrum vor einigen Jahren mit Blick auf die jüngste deutsche Vergangenheit so formuliert hat: „Heroische‘ Museen wie die meisten in der DDR präsentierten eine lineare, ruhmreiche Geschichte; ‚postheroische‘ wie viele heutige sind reflexiv ausgerichtet. Der Unterschied liegt auf der Hand und er ist gewaltig: Hier die Setzung von Werten, dort die Meditation über Werte.“⁸ Die multiperspektivische Konzeption einer Ausstellung kann dazu beitragen, höchst schwierige und emotional belastete Fragen wie die mit dem „Bevölkerungsaustausch“ in den Oder-Neiße-Gebieten 1945-1948 verbundenen Probleme einem Publikum mit vermutlich ganz unterschiedlichen Erwartungshaltungen näherzubringen. Das belegt eine vom „Netzwerk der West- und Nordgebiete“ 2017 zunächst in Breslau (Wrocław) gezeigte Wanderausstellung, die zwar von der Dimension her weder mit dem Museum des Warschauer Aufstands noch mit dem Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig vergleichbar ist, die aber zeigt, wie sehr eine mit Empathie konzipierte Ausstellung dazu beitragen kann, die unglaublich schwierige Situation der damals in Niederschlesien aufeinandertreffenden Gruppen auch für die anderen Beteiligten verständlich zu machen.⁹

Wie sich im Laufe mehrerer Jahrzehnte die Darstellung eines Schlüsseldatums der deutsch-polnischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, der deutsche Überfall auf Polen vom 1. September 1939, in deutschen Schulbüchern nicht nur in Akzentsetzungen verändert hat, dieser Frage gehen Julia Reuschenbach und Sandra Müller nach. Wie vielschichtig der Aufstand im Warschauer Ghetto 1943 und der Warschauer Aufstand von 1944 in der Erinnerungspolitik der

⁸ Wolfrum, Edgar: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik als Forschungsfelder. Konzepte – Methoden – Themen, in: Scheunemann, Jan (Hg.): Reformation und Bauernkrieg. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik im geteilten Deutschland, Leipzig 2010, S. 13-47, hier S. 24.

⁹ Der Ausstellungskatalog Bock-Matuszczyk, Katarzyna/Kucharski, Wojciech (Hg.): Wrastanie. Ziemie Zachodnie i Północne. Początek [Hineinwachsen. Die West- und Nordgebiete. Der Anfang], Wrocław 2017, gibt die Ausstellung zwar nicht 1 zu 1 wieder, sehr wohl aber deren Grundaussage.

Bundesrepublik und der DDR, aber auch im Nachkriegspolen miteinander verwoben sind, beleuchtet Christian Hörbelt. Der im Kontext dieses Bandes wichtige Aspekt des Geschichtsbewusstseins wird in zwei Beiträgen behandelt. Krzysztof Malicki stellt eine 2015 durchgeführte Befragung von polnischen Jugendlichen zu wichtigen Personen und Ereignissen der polnischen Geschichte vor und kommt zu dem Ergebnis, dass ihre heroisierende Sicht der polnischen Vergangenheit, in der der militärische Kampf um die Unabhängigkeit dominiert und Bereiche wie Kultur, Wissenschaft oder Wirtschaft, aber auch Frauen kaum eine Rolle spielen, gut mit dem in der Geschichtspolitik der PiS-Regierung propagierten Geschichtsbild harmoniert. Diese Politik dürfte daher bei Jugendlichen auf fruchtbaren Boden fallen. Der Doyen der empirischen Forschung zum historischen Bewusstsein in Polen, Andrzej Szpociński, untersucht anhand der Inhalte der monatlichen Geschichtsbeilagen dreier Wochenzeitungen unterschiedlicher politischer Ausrichtung 2013 und 2014, im Falle des Blatts mit der ältesten derartigen Beilage sogar ab 2011, wie das Bild der deutschen und der sowjetischen Besatzung während des Zweiten Weltkriegs in der polnischen Gesellschaft heute aussieht. Von Bedeutung ist hier offensichtlich, dass die deutsche Besatzung in der Öffentlichkeit von Kriegsende an thematisiert wurde, die sowjetische dagegen bis 1989 nur im privaten Umlauf.

Zwei „Erinnerungsorte“ beschließen den Band. Kritisch hinterfragt Waldemar Czachur, ob die „Versöhnungsmesse“ von Kreisau 1989, die heute als ein Symbol der deutsch-polnischen Versöhnung gilt, diesen Stellenwert auch für diejenigen besaß, die 1989 an ihr teilnahmen. Dominik Trutkowski und Christian Hörbelt postulieren in ihrem Schlussbeitrag zu den Nachkriegserfahrungen der Einwohner von Görlitz/Zgorzelec, die jeweiligen Erinnerungen nicht auf eine Linie zu bringen, sondern die Unterschiede anzuerkennen.

Dass die Beiträge dieses Bandes keineswegs völlig übereinstimmende Positionen, etwa zum Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit der SBZ/DDR, zum Ausdruck bringen, ist durchaus beabsichtigt. Es wäre schön, wenn dadurch weitere Diskussionen über diese Fragen angeregt würden.

„Geschichtspolitik“ ist als solche zunächst weder generell negativ noch positiv zu beurteilen, wie Manuel Becker und Michael Hill in ihrem Eingangsbeitrag betonen. Auf Initiative von Bundespräsident Gustav Heinemann wurde 1974 in Rastatt eine Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte eingerichtet, die deutlich machen soll, dass zur deutschen Tradition nicht nur Untertanenmentalität, sondern auch das Streben nach Freiheit zählt. Seit 2009 wird dort auch über Opposition und Widerstand in der DDR bis zur Friedlichen Revolution von 1989 informiert.

Am 1. Juni 2017 unterschrieben die Vertreter von mehr als 30 Gedenkstätten, Stiftungen und Vereinen ein überparteiliches „Hambacher Manifest zur Demokratiegeschichte“, in dem sie dazu aufriefen, „die Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte lokal, regional und deutschlandweit zu fördern“,¹⁰ also in diesem Sinne aktive Geschichtspolitik zu betreiben. Entscheidend ist jedoch, dass dabei nicht ein uniformes, sondern ein pluralistisches Bild der Vergangenheit vermittelt wird, das ständig neu ausgehandelt wird.

Am Ende der Trauerfeierlichkeiten zur Beisetzung Helmut Kohls in Speyer am 1. Juli 2017 wurde der Mainzer Historiker Andreas Rödder von der Fernsehmoderatorin gefragt: „Was bleibt von Helmut Kohl?“ Nachdem er Kohl als „historischen Idealisten“ und „großen Zivilisten“ gewürdigt hatte, ein Vermächtnis, das man an den Kriegen und Katastrophen des 20. Jahrhunderts bemessen müsse, fügte Rödder hinzu: „Aber das sagen wir am heutigen Tag, und das ist der Tag der Ehrung des Toten. Alles Weitere, was das Geschichtsbild von Helmut Kohl angeht, ist dann Gegenstand einer öffentlichen Debatte. Denn das ist das Schöne an einer Demokratie: Ein Geschichtsbild können Sie nicht verordnen.“¹¹

¹⁰ „Hambacher Manifest zur Demokratiegeschichte“ (01.06.2017), https://www.willy-brandt.de/fileadmin/stiftung/Downloads/Hambacher_Manifest_zur_Demokratiegeschichte_2017.pdf (19.12.2017).

¹¹ <http://www.ardmediathek.de/tv/ARD-Sondersendung/Abschied-von-Helmut-Kohl-Gedenken-an-d/Das-Erste/Video?bcastId=3304234&documentId=44012942,03:06:35> bis 03:07:08 (22.07.2017).

Zum Projekt

JOANNA ANDRYCHOWICZ-SKRZEBA

Die Idee, das Projekt „Jenseits der Jubiläen. Geschichtspolitik im deutsch-polnischen Alltag“ ins Leben zu rufen, entstand in der Friedrich-Ebert-Stiftung 2015, im Jahr großer politischer Änderungen in Polen – im Präsidentenpalast und im Plenarsaal des Sejm. Es begann erneut eine Periode, in der Geschichtspolitik verstärkt ein Teil der Innen- und Außenpolitik Polens wurde. Wir fanden es angebracht, uns in die Diskussion über Geschichtspolitik einzubringen, zumal schon 2015 über die Notwendigkeit gesprochen wurde, eine neue polnische Strategie für sie zu entwickeln. Damit beschäftigte sich u. a. die Präsidialkanzlei. Wir kamen jedoch zu dem Schluss, dass es an der Zeit sei, dieses Thema aus einem anderen Blickwinkel anzugehen. Über Geschichtspolitik wurde schon vieles gesagt. Mit ihr befassten sich zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, auch solche, die sich seit Jahren für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen engagieren. Wir haben uns entschieden, für unser Projekt vor allem junge, zugleich jedoch wissenschaftlich bereits etwas erfahrene Personen aus beiden Ländern zu gewinnen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Universitäten und Institutionen, die sich mit Geschichte und benachbarten Disziplinen befassen. Es spielte dabei keine Rolle, mit welchen politischen Denkrichtungen sie sympathisieren. Die potenziellen

Unterschiede der Wahrnehmung von Geschichtspolitik waren für uns vielmehr ein Mehrwert für dieses Projekt.

Im Jahre 2016 hat die Friedrich-Ebert-Stiftung zwei Workshops in Warschau durchgeführt, mit denen das Projekt in Gang gesetzt wurde. Während des ersten hatten wir die Gelegenheit uns kennenzulernen – insgesamt 19 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Polen und Deutschland waren gekommen, junge Promovierte, Doktorandinnen und Doktoranden, Magistrantinnen und Magistranten, aber auch Professorinnen und Professoren. Wir haben uns ausgetauscht über unser Verständnis von Geschichtspolitik, über ihre Wahrnehmung, mögliche Gefahren, die sie mit sich bringt, und darüber, ob man Geschichtspolitik überhaupt führen soll und warum. Während des zweiten Workshops beschäftigten wir uns bereits mit der konkreten Arbeit am vorliegenden Band – die Teilnehmerinnen und Teilnehmer präsentierten die Themen, die sie in der Publikation ansprechen wollten. Nach Abschluss der Workshops begannen wir mit der Arbeit an einem gemeinsamen Kapitel für diese Publikation, das eine Handvoll Empfehlungen für Geschichtspolitik bieten soll – nicht nur für die polnische oder deutsche, sondern für Geschichtspolitik überhaupt. Zu diesem Zweck richtete die Friedrich-Ebert-Stiftung einen Internet-Blog ein, auf dem ein Entwurf der Empfehlungen veröffentlicht wurde, der anhand von in dem Workshop geführten Diskussionen entstanden war. Die Arbeitsversion der Empfehlungen machten wir den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Workshops zum Kommentieren zugänglich. Die zahlreichen Anmerkungen und Kommentare flossen in die Arbeitsversion des Textes ein, und so entstand das gemeinsame Kapitel „Empfehlungen für Geschichtspolitik in Polen und Deutschland“, das sich am Ende dieser Publikation befindet.

Die Autorinnen und Autoren präsentieren in ihren Artikeln unterschiedliche Aspekte der Geschichtspolitik am Beispiel von Polen und Deutschland. Sie vermitteln dadurch das Wissen über das jeweils eigene Land, das in dem Nachbarland oft nur allzu unbekannt ist. Sie tragen also letztendlich zum gegenseitigen Verständnis bei. Denn ohne

den Standpunkt des Partners zu kennen ist es schwierig, sich untereinander zu verständigen, besonders bei strittigen und noch offenen Fragen. Wir hoffen, dass diese Publikation zum besseren Kennenlernen und zum besseren Verstehen zwischen Polen und Deutschen in diesem aktuellen Problemfeld beitragen wird.

Begriffsgeschichte und Begriffssystematik. Geschichtswissenschaftliche und politikwissenschaftliche Perspektiven

MANUEL BECKER, MICHAEL HILL

Der Begriff „Geschichtspolitik“ reiht sich in den Kontext einer weitverbreiteten Tendenz in verschiedenen Wissenschaftszweigen ein. Sowohl in den naturwissenschaftlichen Disziplinen (v. a. in der Neurowissenschaft) als auch in den Sozialwissenschaften ist in den vergangenen 20 bis 25 Jahren eine kaum zu übersehende Hochkonjunktur zum Themenfeld Gedächtnis, Erinnerung und Geschichte zu verzeichnen. Zuvor waren dergleichen Arbeiten nahezu ausschließlich im Bereich der Psychologie beheimatet. Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Geschichts- und die Politikwissenschaft als die beiden Disziplinen, auf die das Wort *Geschichtspolitik* bereits von seiner Diktion her hinweist? Ist es gelungen, den Themenbereich Geschichte, Gedächtnis und Erinnerung in die ursprünglich sich damit befassenden Fragehorizonte einzubinden? Existieren hierfür theoretisch fundierte, methodisch reflektierte und empirisch anwendbare Konzepte?

Begriffsgeschichte

Das Wort *Geschichtspolitik* existiert bereits sehr lange. Harald Schmid hat sie der ideologisch rechts gerichteten Publizistik im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts zugeordnet.¹ Der Begriff ist also nicht erst 1986 zum ersten Mal aufgetaucht, wie gelegentlich in der Literatur behauptet wird (Winkler 2000, S. 446). Richtig ist hingegen, dass seine politische Wirkmächtigkeit und Durchschlagskraft in den letzten 15 Jahren des vergangenen Jahrhunderts beträchtlich zugenommen haben. Der Aufstieg von *Geschichtspolitik* sowohl als theoretischer Begriff als auch als bewusst intendierte und reflektierte politische Praxis lässt sich in den größeren Kontext der Konjunktur der Themenfelder Geschichte, Gedächtnis und Erinnerung in den vergangenen drei Dekaden einordnen. Die Renaissance des Historischen hat ihre Ursachen in fundamentalen gesellschaftspolitischen und politisch-kulturellen Wandlungsprozessen, die die Bundesrepublik in den 1970er-Jahren durchlief (Bracher et al. 1986, S. 285-406).

Häufig hat man der Schwarz-Gelben Regierung unter Helmut Kohl vorgeworfen, sie habe die Geschichte aus machtpolitischen Motiven und im Ringen um intellektuelle Diskurshoheit neu auf die politische Agenda gesetzt. Die Rückkehr der Geschichte hatte jedoch bereits lange vor dem Machtwechsel 1982 eingesetzt. Tatsächlich wurden geschichtspolitische Kontroversen erst mit dem Amtsantritt der neuen Regierung zu einem politischen Dauerthema – was nicht zuletzt mit der Person Helmut Kohl zu tun hatte. Der neue Bundeskanzler hatte als promovierter Historiker ein feines Gespür für die Macht der Geschichte als politische Identifikationsressource und versuchte diese (auch) bewusst einzusetzen: „Ein Regierungschef wurde zum Medium, aber auch zum umtriebigen Akteur einer umfassenden kulturellen Auseinandersetzung.“ (Wirsching 2006, S. 473). Kohl folgte mit seinen Initiativen jedoch wohl eher einem inneren Instinkt und weniger einem

¹ Belegt ist es etwa bei August Eigenbrodt: Fürst Bismarck und die Nachwelt. Drei geschichtspolitische Gedenkreden, Würzburg o. J. (1914), zit. nach Schmid 2009, S. 65, Anm. 44.

ausgetüftelten Masterplan, wie mancher Kritiker besorgt unterstellte.² Die Sorge vor einer „neokonservative[n] Geschichts-Ergreifung“ (Seitz 1985, S. 16) bzw. vor einer „Entsorgung der deutschen Geschichte“ (Habermas 1985a; Erler et al. 1987) führte zu nicht wenigen Kontroversen, die hier einzeln auszubreiten den Rahmen sprengen würde. Es mögen die Aufwertung des 17. Juni (Arbeiteraufstand in der DDR 1953), die Pläne für zentrale bundesdeutsche Geschichtsmuseen in Bonn und Berlin sowie auf die Skandale um den Israel-Besuch vom Januar 1984, die Bitburg-Affäre und das Gedenken an den 8. Mai 1985 als Beispiele genügen (vgl. ausführlich Wirsching 2006, S. 421-499; Moller 1998; Seuthe 2001).

Helmut Kohl ließ sich von dem Zeithistoriker Michael Stürmer beraten, der bereits sehr früh erkannt hatte, welches Potenzial an politischem Einfluss die Interpretation der Geschichte für seine Zunft neuerdings bot. Stürmer schrieb in einem viel diskutierten Leitartikel für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 25. April 1986:

Orientierungsverlust und Identitätssuche sind Geschwister. Wer aber meint, daß all dies auf Politik und Zukunft keine Wirkung habe, der ignoriert, daß im geschichtslosen Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet (Stürmer 1986).

Der Zeithistoriker Hans-Peter Schwarz führte bereits 1982 in einem Aufsatz aus:

Nicht zuletzt gehen von [S]eiten der Spitzenpolitiker und der Parteiorganisationen prägende Impulse auf das jeweilige Geschichtsbewußtsein der Bevölkerung aus. [...] Ständige Arbeit, nicht bloß an der Geschichte, sondern auch am Bild der Zeitgeschichte gehört zu den Daueraufgaben jeder

² Vgl. etwa das von Habermas konstruierte Vier-Punkte-Programm: Habermas 1985b, S. 64-65.

politischen Führung – eine Bemühung, die ebenso wichtig ist wie die ständige Vermittlung ordnungspolitischer Grundvorstellungen. [...] In der Hand des Politikers ist das Geschichtsbild und der Geschichtsmythos eine Waffe, die er unentwegt handhabt (Schwarz 1982, S. 14).

Aus diesen nur exemplarisch zitierten Bemerkungen lässt sich das Bewusstsein um die gestiegene Bedeutung historischer Legitimationsmuster für den politischen Prozess deutlich herauslesen. Diese selbstbewusst vorgetragenen Äußerungen von Schwarz und Stürmer provozierten im linksliberalen Lager die Sorge um den Verlust der kulturellen Hegemonie.

Es sollte dabei allerdings nicht übersehen werden, dass auch in den intellektuellen Zirkeln der SPD ungefähr zeitgleich mit dem Regierungswechsel das Gefühl für die neue Bedeutung der Geschichte in gleicher Weise erwachte. Bereits 1978 hatte Willy Brandt an den 100. Jahrestag des „Sozialistengesetzes“ erinnert, und 1979 hatte die Partei die „Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten“ reaktiviert. Im Oktober 1981 schlug der damalige Bundesgeschäftsführer Peter Glotz dem SPD-Parteivorstand die Gründung einer „Historischen Kommission zur Wahrung der sozialdemokratischen Tradition“ vor (Glotz 1994, S. 162). Dabei hatte er parallel zum neuen, konservativen Geschichtsinteresse auf der anderen Seite die Rückversicherung und Stärkung der sozialdemokratischen Identität durch den Rückgriff auf die Tradition im Sinn. Glotz war fest von der Bedeutung der Geschichte als „orientierungsspendendem Faktor“ für gegenwärtige Politik überzeugt und plädierte engagiert für eine offensive öffentliche Erinnerungsarbeit (edb., S. 163). 1985 veranstaltete die Historische Kommission der SPD im Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn eine Tagung mit dem Thema „Geschichte in der demokratischen Gesellschaft“, an der statt der erwarteten 90 Teilnehmer schließlich knapp 400 Interessierte teilnahmen (Miller 1985). Das 1986 gemeinsam mit DDR-Historikern durchgeführte Forum über die „Erben deutscher

Geschichte“ besuchten über 600 Teilnehmer (Miller/Ristau 1988). Diese Initiativen lassen deutlich erkennen, dass die Sozialdemokratie als älteste und traditionsreichste Partei der Bundesrepublik nicht gewillt war, Kohl das neue Feld der Geschichtspolitik allein zu überlassen. Man war durchaus bereit, die Herausforderung auf dem neu entdeckten Kampfplatz um die Hegemonie in der politischen Kultur anzunehmen.³

Ungeachtet der politischen Richtung war die Geschichte als Legitimationsquelle von Politik Mitte der 1980er-Jahre unübersehbar „in“, wie es Karl-Georg Faber formulierte (Faber 1984, S. 32). In seinem Essay „Lange Schatten“ zum Umgang der Deutschen mit dem Nationalsozialismus brachte Peter Graf Kielmansegg diese Entwicklungen auf den Punkt: Die Gegenwart der Vergangenheit sei so gegenwärtig wie noch nie. Die politische Kultur der deutschen Demokratie sei von der „Fixierung auf deren totalitäre Vorgeschichte imprägniert“. Immer wieder breche sich eine Neigung Bahn, die „Lehren aus der Geschichte“ als Waffe gegen den politischen Gegner einzusetzen (Kielmansegg 1989, S. 86).

In besonders drastischer Weise wurden diese „Waffen“ im „Historikerstreit“ zwischen 1986 und 1988 eingesetzt. Er markierte den Höhepunkt der politisch-kulturellen Kontroversen in den 1980er-Jahren (Kronenberg 2008; Kailitz 2008). Daher ist es nicht verwunderlich, dass in dieser Zeit der Begriff *Geschichtspolitik* populärisiert und fest im öffentlichen Diskurs verankert wurde. In der Eröffnungsrede zum 36. „Deutschen Historikertag“ in Trier versuchte der Althistoriker Christian Meier, die publizistische Auseinandersetzung unter Deutschlands Historikern einzuordnen. Wäre es ein Streit zwischen der Rechten und der Linken in einer Zeit, in der sich in der Bundesrepublik endlich wieder ein neues Geschichtsbewusstsein regen wolle, so habe das „allemaal politische Konsequenzen; schließlich wird heute auch Geschichtspolitik getrieben“ (Meier 1987, S. 204). Heinrich August Winkler übernahm das neue Zauberwort sogleich

³ Vgl. dazu auch den zeitgenössischen Zeitungsartikel Etzold 1985.

und warf Ernst Nolte in einem Zeitungsartikel vor, keine Wissenschaft, sondern eben Geschichtspolitik zu betreiben. Damit instrumentaliere Nolte, so Winkler, die Geschichte für politische Zwecke „von rechts“ in gleicher Manier, wie es die Ideologen der 68er-Bewegung „von links“ getan hätten (Winkler 1987, S. 262). In seiner monumentalen Darstellung der letzten beiden Saecula deutscher Geschichte hat Winkler rückblickend eingeräumt, dass Geschichtspolitik in jener Zeit kein Monopol der Konservativen gewesen sei, sondern ebenso von Linken und Linkliberalen betrieben worden sei (Winkler 2000, S. 446). Entscheidend für die Konnotation des Wortes *Geschichtspolitik* ist, dass Winkler geschichtspolitische Einflussnahmen in diesem Artikel als demokratisch grundsätzlich unzulässige und schändliche Praxis brandmarkte. Ebenso kritisch stand Karl-Ernst Jeismann dem öffentlichen Geschichtsgebrauch im politischen Kontext gegenüber, der lediglich dem Druck von Selbstbestätigung und Selbstvergewisserung einer Gesellschaft folge. Jeismann wendete gegen den im „Historikerstreit“ praktizierten öffentlichen Gebrauch von Geschichte ein, die Geschichte sei hier zu einem bloßen Instrument des Machterhalts und des Machterwerbs degeneriert (Jeismann 1987, S. 363). Damit war der Begriff bei seiner Etablierung im öffentlichen Raum eindeutig negativ konnotiert. Er machte als feuilletonistisches Schlagwort Karriere und sollte seine pejorative Einfärbung noch eine ganze Zeit lang beibehalten. Daraus ergeben sich für die Systematisierung und Operationalisierung des Begriffs einige Schwierigkeiten. Eine schlichte, umstandslose Übernahme eines publizistischen Kampfbegriffes mit polemisch-ideologischer Schlagseite wäre unangemessen und würde jeden wissenschaftlichen Definitionsversuch von vorneherein mit einem „normativen Ballast“ beladen (Schmid 2001, S. 23).

Es lässt sich festhalten, dass die 1980er-Jahre, die in der Historiografie heute als Zeit der Transformation charakterisiert werden, auch mit Blick auf den politischen Umgang mit Geschichte einen Übergang markierten. Gerade die Intensität der geschichtspolitischen Auseinandersetzungen signalisierte die Unsicherheit gegenüber der eigenen Identität. Die Intensivierung, Ausdifferenzierung und Pluralisierung im politischen

Umgang mit der Geschichte, wie sie sich in den 1980er-Jahren entwickelte, wirkt bis heute nach (Faulenbach 2009, S. 426-428).

Begriffssystematik aus der Perspektive der Geschichtswissenschaften

In der Geschichtswissenschaft besteht spätestens seit der Jahrtausendwende eine nicht abreiende Welle an Arbeiten, die sich mit der Geschichte von Geschichtsbildern und ihrer gesellschaftlichen Funktionen beschäftigen. Die Geschichtspolitik fällt in diesem Trend nur hinter ihrem Schwesterkonzept der „Erinnerungskultur“ zurück,⁴ mit der sie auch „im Tandem zahlreiche Veröffentlichungen betitelt“ (Klinge 2015; Rürup 2014; Assmann 2006). Seit der Begriffsetablierung in den 1980er-Jahren haben sich seine Verwendung und Bedeutung für Historiker jedoch stark gewandelt.

Wie bereits erwähnt, war der Terminus *Geschichtspolitik* während seiner Entstehung besonders unter Historikern pejorativ geprägt. Im Kontext eines sich verändernden Geschichtsbewusstseins in der Bundesrepublik der 1980er-Jahre stellte *Geschichtspolitik* für die stets standesbewussten Historiker nicht nur ein lästiges Randphänomen dar, sondern geradezu ein Feindbild, das als Projektionsfläche der eigenen Wissenschaftleridentitat diente: „Geschichtspolitik“ war das Gegenstück zur „unpolitisch-ideologiefreie[n] ‚Geschichtswissenschaft‘“, durch dessen Abgrenzung man den eigenen Beruf definieren konnte (Troebst 2014). Solche Abwehrreaktionen hingen auch damit zusammen, dass die zunehmende Popularisierung und Pluralisierung von Geschichte zwangsläufig neue Akteure auf den Schauplatz der Historie spülten, der bislang den institutionell ausgebildeten und angestellten Geschichtswissenschaftlern vorbehalten war. Während die „Geschichtswerkstätten-Bewegung“ in Großbritannien beispielsweise von Raphael Samuel als „Demokratisierung der historischen Produktion“ beworben und gefördert wurde (Samuel 1981, S. 410),

⁴ Zum Verhältnis der Begriffe Geschichtspolitik und Erinnerungskultur siehe Cornelien 2003.

wartete ihr westdeutsches Pendant vergeblich auf die Unterstützung renommierter Namen. In einem Debattenbeitrag für die Wochenzeitung „Die Zeit“ lobte 1985 Hans-Ulrich Wehler, der Doyen der Bielefelder Sozialgeschichte, zwar jene Alltagshistoriker, die „seriöse Lokalforschung betreiben“ (bezeichnenderweise bezogen auf jene, „die an Universitäten und Forschungsinstituten tätig sind“) (Wehler 1985). Jedoch übergoss er „alternativkulturelle ‚Geschichtswerkstätten‘ [...], wo mit historischen Projekten [...] auf Selbstfindungs- und Selbsterweckungserlebnisse gewartet wird“, mit reichlich Missachtung (ebd.). Generell sah er die Akteure der Geschichtswerkstätten nicht als ernstzunehmende Historiker an, sondern als populärhistorische Auswüchse der westdeutschen Ökologie- und Alternativbewegung, als „grünlich schillernde Seifenblasen“ (ebd.). Nicht zuletzt aufgrund dieses politischen Charakters werde es „fortab immer wichtiger werden, zwischen den wissenschaftlich geschulten [...] Historikern und den alternativkulturellen ‚Barfußhistorikern‘ scharf zu unterscheiden“ (ebd.). Die Auseinandersetzung mit den Geschichtswerkstätten war für Wehler also primär ein Konflikt zwischen institutionell verankerten Insidern und populärhistorischen Außenseitern. Angesichts eines populären Geschichtsbooms schien es notwendig, das Vergangenheitsmonopol der universitären Geschichtsforschung gegen neue Mitspieler zu verteidigen und insbesondere eine politische Vereinnahmung der Geschichte zu verhindern (Lindenberger 2003, S. 84). Geschichte und Politik waren gegensätzliche Pole, die es strikt zu trennen galt – und *Geschichtspolitik* verstieß auf eklatanteste Weise gegen diese rote Linie.

Doch nicht nur jene „Barfußhistoriker“ dienten westdeutschen Historikern als Mahnmal einer verfehlten, da politisch motivierten Auseinandersetzung mit Geschichte. Das „große Andere“ waren in dieser Hinsicht die Historiker in der DDR. Martin Sabrow hat die Bedeutung unterstrichen, welche die „Parallelgeschichte“ der Geschichtsschreibung beider Länder füreinander spielte und inwiefern diese „selbst Teil der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte“ war (Scheel 1992, S. 162). Das Grundmuster dieser Auseinandersetzung war aus westlicher Perspektive der eigene Anspruch, eine freie, kritische

und nur sich selbst verpflichtete Wissenschaft zu betreiben, die nicht politisch beeinflusst war. Spätestens mit dem Eklat des Historikertages 1958 etablierte sich unter westdeutschen Geschichtswissenschaftlern das Bewusstsein, dass es sich bei ihren ostdeutschen Pendants nicht um seriöse oder gar ebenbürtige Wissenschaftler handele, sondern um „Parteifunktionäre und politische Erfüllungsgehilfen“⁵. Zwar verlor diese polarisierte Wahrnehmung in den 1970er- und 1980er-Jahren allmählich an Schärfe und wich sogar einer tentativen Annäherung. Ebenso waren westdeutsche Historiker nie so obsessiv mit der DDR-Geschichtsschreibung beschäftigt wie umgekehrt (Mommsen 1998, S. 154). Dennoch trug die deutsch-deutsche Teilung „vielfach zur Stützung der eigenen kritischen, dezidiert liberalen bzw. antiautoritären Positionen“ westdeutscher Historiker bei und schärfte ihre Sensibilität gegenüber einer politischen Vereinnahmung ihrer Forschungsmaterie (ebd., S. 155). Tatsächlich hallt die assoziative Verbindung von „Geschichtspolitik“ mit der staatlich gelenkten Geschichtswissenschaft der DDR auch bis heute und in jüngere Forschergenerationen nach (Niess 2013, S. 12-13; Bartholomei 2015, S. 30). Es kann in diesem Zusammenhang nicht verwundern, dass der Terminus *Geschichtspolitik* in den 1980er-Jahren unter westdeutschen Historikern Abwehrreaktionen provozierte, die über reine Missachtung deutlich hinausgingen.

So lässt sich auch ein Grund für die wahrnehmbare Entkrampfung des Begriffs *Geschichtspolitik* unter deutschen Historikern nach 1989 darin sehen, dass die Abgrenzungsnotwendigkeit mit dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus und der raschen institutionellen Demontage der DDR-Geschichtsschreibung entfiel. Im Vorwort eines 2004 erschienenen Sammelbandes zur „Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland“ resümierte Heinrich August Winkler: „Die Zeit der großen ideologischen Kämpfe ist abgelaufen. Aber Geschichtsbilder sind auch heute noch wirksam“ (Winkler 2004, S. 7). Doch nicht nur der

⁵ Auf dem Historikertag 1958 in Trier beschlossen die westdeutschen Historiker eine Erklärung gegen die Unterdrückung der Gedankenfreiheit in der DDR; prominenten DDR-Historikern wurde das Rederecht verwehrt. Siehe bspw. Kowalczyk 1997, S. 200.

Fall ideologischer Schranken befeuerte die geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit Geschichtspolitik nach 1989. Viel mehr noch eröffnete sich in der Überwindung der osteuropäischen Diktaturen rasant ein neues Forschungsfeld, insbesondere für Zeithistoriker. Die politische Nutzung von Geschichte wurde schlagartig aktuell und verschaffte Arbeiten, die sich mit diesem Phänomen auseinandersetzten, Relevanz und Gehör. „Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989“, so schrieben zehn Jahre nach dem Mauerfall Petra Bock und Edgar Wolfrum, „wird – wie dies nach historischen Umbrüchen immer der Fall war – über die Konstruktion neuer politischer und nationaler Identitäten gestritten. Alte Mythen werden durch neue ersetzt, Debatten über Schuld, Abrechnung, Bestrafung, Amnestie und Amnesie werden geführt“ (Bock/Wolfrum 1999, S. 7). Schrittweise verlor das Konzept der Geschichtspolitik unter Historikern seinen Charakter als pejorativer Kampfbegriff und entwickelte sich stattdessen zu einer legitimen Analysekategorie geschichtswissenschaftlicher Arbeiten. 1996 fand in diesem Sinne auch der Historikertag unter dem Motto „Geschichte als Argument“ statt. In seiner Eröffnungsrede hob der Vorsitzende des Historikerverbandes, Lothar Gall, „die Frage nach der Rolle der Geschichte im geistigen Haushalt eines Gemeinwesens und einer Gesellschaft“ nicht nur als Thema des damaligen Kongresses hervor, sondern auch als neuerlich relevanten und notwendigen Gegenstand historischer Forschung an sich (Gall 1997, S. 3). Gestützt wurde diese Entwicklung von der Herausbildung einer soziologischen und kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung, die der methodisch konservativen Geschichtswissenschaft als viel zitiertes Sprungbrett diente.

Diese Etablierung von Geschichtspolitik als Analysekategorie ging einher mit einer teilweisen „Entideologisierung“ des Begriffs (Troebst 2014). Zwar haben Historiker in ihren Untersuchungen nicht den machtpolitischen Aspekt von Geschichtspolitik aufgegeben. Winkler beispielsweise sieht Geschichtspolitik als Streben nach „historische[r] Deutungsmacht“ und somit als einen Kampf um „politischen Einfluss“ und „kulturelle [...] Hegemonie“ (Winkler 2004, S. 7). In ähnlicher Weise hat Edgar Wolfrum in der Erforschung von Geschichtspolitik das

Primat der „funktionalen Perspektive“ betont; d. h. bei der Ausübung von Geschichtspolitik gehe es stets um Macht, Herrschaft und Interessen, und demnach sei diese von den Zielen und Funktionen her zu deuten, denen sie dient (Wolfrum 2010, S. 20). Dennoch entwickelte sich eine Denkrichtung, die in Geschichtspolitik nicht mehr etwas grundsätzlich Negatives sieht. Geschichtspolitik ist in diesem Verständnis nicht zwangsläufig historische Falschmünzerei, kein autoritär verordneter Dogmatismus, sondern Teil gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse sowie der politischen Kultur einer „Konkurrenzdemokratie“ (ebd., S. 29). Diese Einschätzung beruht auf dem pragmatischen Fazit, dass sich Geschichtspolitik als gesellschaftliche Konstante schlichtweg nicht tabuisieren oder unterdrücken lässt: Orientierung ist eine der klassischen Funktionen von Geschichte, auf individueller wie auf kollektiver Basis (beispielsweise in der eigenen Biografie und Familiengeschichte). Das Ringen um historische Deutungshoheit im nationalen Rahmen bedeutet im Grunde die Ausweitung dieses Prozesses auf eine höhere kollektive Ebene. Allerdings muss anerkannt werden, wie Stefan Troebst bemerkt, dass es sich hierbei um eine dezidiert „okzidentalisierte, ja germanozentrische“ Sichtweise handelt (Troebst 2014). Auf Grundlage der Auseinandersetzungen mit dem Erinnern und Vergessen des Nationalsozialismus hat sich in der Bundesrepublik seit den späten 1980er-Jahren ein Erinnerungskonsens herausgebildet, der oft im Schlagwort der „Vergangenheitsbewältigung“ kommuniziert und gefestigt wird (Reichelt 2001, S. 20ff.). Kern dieses Konsenses ist, dass die kritische Erinnerung an die NS-Zeit nicht mehr infrage gestellt wird, sondern diese zur nationalen Raison geworden ist: „Die (selbst-)kritische Erinnerung an die NS-Verbrechen, die früher häufig als Last empfunden wurde, steht [...] nicht mehr im Widerspruch zu einem ausgeprägten Nationalbewusstsein“, sondern sei im Gegenteil zu dessen Grundlage geworden (ebd., S. 40). Diese angeblich vorbildliche Vergangenheitsbewältigung wurde zu einem Meisternarrativ, das dem geschichtspolitisch Sag- und Machbaren in der Bundesrepublik klare Grenzen setzt und deren Übertretung im öffentlichen Raum auch scharf sanktioniert wird. Daraus ergibt sich, dass Geschichtspolitik

in Deutschland weitaus entspannter beobachtet werden kann, als Deutsche dies vielleicht aus anderen Ländern erwarten sollten.

Dieses Verständnis von Geschichtspolitik ist zwar auch innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft nicht frei von Kritik und Kontroversen geblieben (Troebst 2014). Jedoch profitiert es von seiner Anschlussfähigkeit an die linguistische Wende und die konstruktivistische Wissenschaftstheorie, deren Grundimpulse auch innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft Akzeptanz gefunden haben. Bereits 1961 kritisierte E. H. Carr in seinem Essay „Was ist Geschichte?“ das positivistische Vertrauen in „historische Fakten“ sowie den Glauben daran, aus deren Summe die Totalität historischer Wahrheit rekonstruieren zu können (Carr 1961) – d. h. in Leopold von Ranke's klassischer Formulierung zeigen zu können, „wie es eigentlich gewesen ist“ (von Ranke 1824, S. VII). Dem stellte Carr die prinzipielle Unzuverlässigkeit gegenüber, der historische Informationen selbst und die auf ihnen basierenden Interpretationen der Vergangenheit unterliegen. Nun bedeutet dies nicht, dass die Geschichtswissenschaft seither den Anspruch aufgegeben hat, „wirkliches Leben“ zu rekonstruieren (Iggers 2007, S. 110). Auch hält die Mehrheit der Historikerinnen und Historiker an der prinzipiellen Faktizität etablierter historischer Ereignisse fest. Jedoch ist weitgehend unstrittig, dass die kausale Verbindung zwischen diesen Ereignissen immer eine (wenn auch nach den Regeln wissenschaftlichen Arbeitens erfolgende) Konstruktion und somit von Zeit- und Standortgebundenheit abhängig ist. Dieser Konstruktcharakter der Geschichte hat längst Einzug in die Geschichtsdidaktik an Universitäten und Schulen gefunden. In einem deutschen Studienbuch formulierte unlängst Jürgen Kocka:

An der Selektivität, Gesichtspunktabhängigkeit und Historizität geschichtswissenschaftlicher Einsichten ist in der Tat nicht zu zweifeln. Geschichtswissenschaftliche Befunde sind zweifellos immer zugleich Konstrukte. Unterschiedliche Erfahrungen, Präferenzen und Zugehörigkeiten der Historiker

legen ihnen unterschiedliche Fragen und Antworten nahe. Geschichtswissenschaftliche Interpretationen verändern sich mit der Zeit und sind selbst Teil der Geschichte (Kocka 2008, S. 24).

Über diese Selbstreflexion hinaus hat der Aufstieg einer postmodern inspirierten Kulturgeschichte dazu geführt, die Allgemeingültigkeit etablierter „nationalhistorische[r] Groß Erzählungen“ aufzubrechen und ihnen „Geschichten einzelner Gruppen und Communities“ entgegenzusetzen (Raphael 2010, S. 255). Das Ergebnis dieses Prozesses ist eine in vielerlei Hinsicht „dezentrierte Geschichtsschreibung, in der Erfahrungen und Verhaltensweisen eine entscheidende Rolle spielen“ und die aufweist, „wie schwierig es ist, die Wirklichkeit mit all ihren Widersprüchen zu verstehen“ (Iggers 2007, S. 110). Lawrence Stone hat dies „das Ende des Glaubens, dass eine kohärente wissenschaftliche Erklärung vergangener Ereignisse möglich sei“, genannt (Stone 1979, S. 3-24).

Für Geschichtspolitik ist all dies insofern relevant, als der pejorativen Verwendung des Begriffs oftmals die Vorstellung anhaftet, bei ihr handele es sich um eine Verfälschung, die von der „wahren“ Geschichte abweiche. Zwar steht Historikerinnen und Historikern wenig ferner, als alle Geschichtsdeutungen als gleichwertig zu betrachten; schließlich besteht ihr Beruf in der Praxis, konkurrierende Interpretationen der Vergangenheit gegeneinander abzuwägen und zu kritisieren. Jedoch ist Geschichte eben nicht mit Vergangenheit gleichzusetzen, sondern „ein Verhältnis, das zwischen Vergangenheit und Gegenwart unter Berücksichtigung der Zukunft hergestellt wird“ (ebd., S. 15) – oder in E. H. Carrs Worten: „ein unendlicher Dialog zwischen Gegenwart und Vergangenheit“ (Carr 1963, S. 54). Geschichtswissenschaftler können nicht den Anspruch erheben, als objektive Instanz zu agieren, die Geschichtsbildern die totale, allzeit gültige historische Wahrheit entgegenhält. Hans Günter Hockerts hat es so formuliert, dass Historiker nicht „aus dem Strom der Zeit herausspringen und ihn vom festen, eben ‚objektiven‘ Ufer aus betrachten und beurteilen“ könnten (Hockerts

2001, S. 27). Darüber hinaus, so zitiert Hockerts (ebd., S. 27) den amerikanischen Historiker Peter Novick, müsse man, um etwas historisch zu verstehen, ja gerade „sich seiner Komplexität bewusst zu sein, [...] es aus mehreren Perspektiven zu sehen, die Mehrdeutigkeit (auch die moralische Mehrdeutigkeit) der Motive und Verhaltensweisen der Protagonisten zu akzeptieren“ (Novick 2001, S. 14f.). Für das Themenfeld der Geschichtspolitik bedeutet all dies, dass Historiker zwar durchaus die Verdrehung von Tatsachen zu kritisieren und diese richtigzustellen haben. Jedoch könne nicht erwartet werden, dass es hinter der unübersichtlichen Landschaft an Geschichtsbildern, die innerhalb einer Gesellschaft konkurrieren, die eine real existierende historische Wahrheit im Singular gibt, die es nur zu entschlüsseln gelte und an der anschließend alle anderen Entwürfe zu messen seien. Denn unterschiedliche historische Erfahrungen (beispielsweise durch unterschiedliche Individuen und Gruppen) produzieren durchaus auch unterschiedliche Erinnerungen, die nicht prinzipiell „falsch“ seien, nur, weil sie nicht für alle Akteure oder deren Mehrheit Gültigkeit besitzen. In pluralistischen Gesellschaften gebe es immer auch Gegengedächtnisse, die es nicht grundsätzlich abzulehnen, sondern jeweils zu analysieren gelte. Den Historiker in geschichtspolitischen Auseinandersetzungen als Schiedsrichter aufs Spielfeld zu schicken, wird aus diesen Gründen meist deutlich ambivalenter ausfallen, als Nicht-Historiker dies möglicherweise erwarten.

Viele Historikerinnen und Historiker, die sich in ihren Arbeiten mit Geschichtspolitik beschäftigen, sehen ihre Forschungsaufgabe deshalb auch primär nicht darin, den „Wahrheitsgehalt des vermittelten Geschichtsbildes“ auf seine Validität hin abzuklopfen oder zu demonstrieren (Fritz 2012, S. 17). Vielmehr steht im Vordergrund, dass es sich bei Geschichtspolitik stets um einen dynamischen Prozess handelt, der in seinen Ursachen, seinen „Etappen, Muster[n] und Rückwirkungen“ sowie seinen zentralen Akteuren samt ihrer „Überzeugungen und Wahrnehmungen“ Teil bestimmbarer historischer Kontexte und Wandlungen ist und sich durch diese deuten und verstehen, also historisieren lässt (Ruderer 2010, S. 14ff.). Zentral ist bei dieser Betrachtung

auch, dass „die vergangenheitspolitischen Maßnahmen nicht in der Rückschau von den Ergebnissen her bewertet werden, sondern in der Innenschau als Situation mit offenem Ausgang“ auf Basis empirischer und kritischer Quellenarbeit interpretiert werden (ebd., S. 13). Auch hier sitzt die Geschichtspolitik also nicht auf der Anklagebank der Geschichtswissenschaft, sondern sie ist Teil des historischen Wandels, den diese zu verstehen und zu erklären sucht.

Begriffssystematik aus der Perspektive der Politikwissenschaft

In einschlägigen politikwissenschaftlichen Lexika sucht man die Begriffe Geschichtspolitik, Erinnerungspolitik und Vergangenheitspolitik weitestgehend vergeblich.⁶ Da die Themen Geschichte, Gedächtnis und Erinnerung aber eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung haben, ist die Politikwissenschaft auf diesem Feld weiterhin gefordert. Helmut König kritisiert, dass erinnerungs- und gedächtnisbezogene Themen angesichts einseitiger Fokussierungen der aktuellen Politikwissenschaft auf spezifische Politikfelder durch „die engen Maschen des Policy-Netzes“ gleichsam hindurchfallen (König 2008, S. 16). Dieses Urteil ist wohl etwas zu hart. Die Politikwissenschaft hat sich in den vergangenen Jahren diesem Themenfeld gegenüber durchaus geöffnet. Dennoch besteht unübersehbar Nachholbedarf, was die politikwissenschaftliche Grundlagenforschung im Bereich der Geschichtspolitik angeht.

Drei Aspekte zum Forschungsstand scheinen maßgeblich zu sein:

(1) Aus der frühen anwendungsorientierten Ratgeberstudie von Neustadt und May (Neustadt/May 1986) sollte gerade für die Verwendungsweise des Begriffes „Geschichtspolitik“ im Deutschen

⁶ Vgl. Nohlen et al. 1998; Nohlen et al. 1985; Holtmann et al. 1994; Sommer et al. 1999; Lenz et al. 2001. Schließlich wird man erstmals fündig in der Ausgabe 2011 von Nohlen/Grotz (Beitrag Wolfrum) ⁶2015. Zudem wurde in dem von Manfred G. Schmidt herausgegebenen „Wörterbuch zur Politik“ in der zweiten Auflage von 2004 ein, wenn auch nur sechszeiliger Eintrag zum Stichwort „Vergangenheitspolitik“ aufgenommen (vgl. Schmidt 2004). In die dritte Auflage von 2010 wurde ein achtzeiliger Beitrag über „Geschichtspolitik“ aufgenommen (vgl. Schmidt 2010). „Erinnerungspolitik“ sucht man nach wie vor vergeblich.

gelernt werden, dass in der Geschichte als Element des politischen Handelns nicht nur eine machstrategische, sondern auch eine handlungsorientierende Dimension zum Ausdruck gebracht werden kann. Dergleichen Ratgeber für die historische Orientierung bei der Entscheidungsfindung in aktuellen politischen Debatten gibt es in der deutschen Politikwissenschaft bisher noch nicht.

(2) Uwe Backes hat für den Bereich der Autokratieforschung das bisher einzige, aber doch sehr schlüssige theoretische geschichtspolitische Modell vorgelegt (Backes 2009). In Bezug auf die Demokratien gibt es verschiedene nützliche Ausarbeitungen. Elke Fein (2000), Leggewie/Meyer (2005), Harald Schmid (2001) und Frank König (2007) haben auf ihren jeweiligen Forschungsgegenstand individuell zugeschnittene Operationalisierungen vorgelegt. Da das Spektrum geschichtspolitischer Mechanismen in Demokratien ungleich größer und komplexer ist als in Autokratien, scheint es sinnvoll, hier einen theoretischen und methodischen Pluralismus zu favorisieren.

(3) Unabhängig von der grundsätzlich anzustrebenden methodischen Pluralität lassen sich einige Grundaspekte festhalten, die in einer politikwissenschaftlichen Analyse geschichtspolitischen Handelns nicht fehlen dürfen. Harald Schmid hat fünf „Bereiche“ genannt, ohne die keine geschichtspolitische Analyse auskommt: Als grundlegend für den ersten Bereich *Formen und Mittel* wird der Topos „Geschichte als Argument“ bezeichnet. Schmid weitet die Perspektive über die bloße rhetorische Analyse hinaus auf den Gegenstandsbereich der Denkmäler und Gedenktage aus. Im Kern steht die Frage nach der Konstruktion und Inszenierung von Geschichte und den dahinterstehenden Intentionen und Zielen. Der zweite Bereich *Inhalte und „Produkte“* zielt auf die historische Bezugnahme und darauf, welches Geschichtsbild für Gegenwart und Zukunft aus diesem Rückgriff resultiert. In einem dritten Bereich geht es um die *Funktionen* der Geschichtspolitik im Rahmen des allgemeinen politischen Prozesses. Geschichtspolitik nimmt Einfluss auf die Legitimation bzw. Kritik politischer Zustände und wirkt auch auf die Integration politischer Großgruppen ein. Als vierten Bereich müssen geschichtspolitische Analysen nach Schmid die *Akteure* berücksichtigen.

Er nennt drei geschichtspolitisch relevante Akteursgruppen: die politische Klasse, die Medien und die Historiker. Schließlich gilt es noch, das Feld der *normativen Kontexte* nicht aus den Augen zu verlieren, unter deren Orientierungsspendender und ethisch-kultureller Abhängigkeit alle geschichtspolitischen Akteure stehen (Schmid 2009, S. 72-74). Diese fünf Felder umschreiben zentrale Gesichtspunkte, die in jeder politikwissenschaftlichen Untersuchung zur Geschichtspolitik Eingang finden sollten. In welcher Form das konkret geschieht, sollte nach dem jeweiligen Forschungsgegenstand entschieden werden.

Das Feld der Geschichte als Element des politischen Handelns hat sich als so heterogen herausgestellt, dass es je nach konkretem zu untersuchendem Phänomen unterschiedliche methodische Herangehensweisen erfordert.⁷ Es ginge am Sinn einer politikwissenschaftlichen Theoriebildung der Geschichtspolitik vorbei, die vorgestellten Theorieansätze zu einem einheitlichen Konzept, das auf jeden geschichtspolitisch relevanten Untersuchungsgegenstand angewendet werden könnte, zusammenzuführen. Mit den Worten der Kulturwissenschaftlerin Birgit Schwelling soll hier eher eine „Theorie mittlerer Reichweite“ (Schwelling 2008, S. 99) anvisiert werden. Das bedeutet, dass lediglich verschiedene methodische und begriffliche Systematisierungen vorgenommen werden können. Die Kunst besteht darin, ein möglichst weit gefasstes theoretisches Gehäuse zu entwickeln, das zugleich genügend Raum für flexible Anpassungen in spezifischen Untersuchungen lässt. Insofern soll lediglich eine methodische Orientierungsgrundlage erarbeitet werden, die je nach Untersuchungsgegenstand noch konkreter operationalisiert werden muss. Wenn sie als methodische Orientierungsgrundlage für spezifische Untersuchungen nutzbar gemacht werden kann, hat sie ihren Zweck erfüllt.

Die erste grundlegende Bestimmung besteht in der Prämisse, dass Geschichtspolitik zu einer liberalen und offenen Gesellschaft gewissermaßen naturgemäß dazugehört. Es handelt sich bei der Geschichtspolitik nicht, wie es einige frühe Ausarbeitungen im Gefolge

⁷ Vgl. für den weiteren Kontext dazu auch Becker 2013.

des „Historikerstreits“ sowie die aktuellere Antifa-Literatur unterstellen, um ein prinzipiell undemokratisches und moralisch verabscheuenswürdiges Verhalten. Geschichtspolitik ist vielmehr ein in einer liberalen Demokratie natürlich existierendes und legitimes Mittel, in deren Rahmen eine faire politische Auseinandersetzung zumindest prinzipiell möglich ist. Es wäre naiv, etwa auf die Abschaffung von Geschichtspolitik zu drängen. Geschichtspolitik muss aber nicht nur wegen dieser faktischen Kontingenz akzeptiert werden, sondern ihr lässt sich durchaus auch ein normativer Eigenwert als wohlverstandener Teil eines modernen pluralistischen und deliberativen Gemeinwesens abgewinnen: Geschichtspolitische Kontroversen dienen einer Gesellschaft zur Schärfung und Bewusstwerdung eines Wertefundaments, und in konkreten geschichtspolitischen Maßnahmen legt der Staat Zeugnis gegenüber seiner Vergangenheit und damit gegenüber seinem Selbstverständnis ab. Diese Auffassung wird von einer breiten Mehrheit der Autoren in der neueren Literatur zur Geschichtspolitik geteilt. Mittlerweile hat auch in der praktischen Politik ein neutralerer Umgang die ursprünglich pejorativ-kritische Verwendungsweise von Geschichtspolitik abgelöst: Geschichtspolitik wird heute lagerübergreifend als wesentliches Element eines pluralistisch-demokratischen Gemeinwesens verstanden.

Eine von dem Aspekt der parteipolitischen Färbung zweite davon zu trennende Frage ist es, ob sich Geschichtspolitik auch (bzw. überhaupt) neutral und vorurteilsfrei erforschen lässt. Führt man sich vor Augen, wie stark der strategische Zugriff auf die Geschichte seit Menschengedenken immer gewesen ist und bedenkt gleichzeitig die unumgängliche Standortgebundenheit des Forschers, so ist man sehr schnell geneigt, Karl Ludwig Rintelen zu folgen, für den alle Bezugnahme auf Geschichte und jegliche Form von Geschichtsschreibung nichts weiter als das Ringen um machtpolitische Einflussnahme in der Gegenwart ist (Rintelen 1996, S. 38). Rintelens Position läuft allerdings auf einen forschungspraktischen Defätismus hinaus und scheint daher nicht gangbar zu sein. Zwar handelt es sich bei der Geschichtspolitik unbestreitbar um ein in höchstem Maße normativ aufgeladenes und

von Machtinteressen beherrschtes Feld. Der Forscher muss daher besonders vorsichtig bei der Beurteilung geschichtspolitischen Handelns vorgehen. Dennoch liegt hier als zweite Prämisse die Annahme zu Grunde, dass Geschichtspolitik wissenschaftlich seriös analysiert und nach vorab sauber definierten objektiven Maßstäben beurteilt werden kann. Konkrete geschichtspolitische Untersuchungen sollten nicht außer Acht lassen, dass gerade im Bewusstsein der Normativität und Standortgebundenheit des Forschers bzw. der Forscherin ein möglichst hoher Grad an Objektivität und Neutralität erzielt werden kann. Diesen Aspekt gilt es gerade deshalb besonders zu betonen, da das Feld der Geschichtspolitik keine ausschließliche Domäne der Wissenschaft ist, sondern in erster Linie von anderen Akteuren dominiert wird.

Der Sinn und Nutzen geschichtspolitischer Analysen für die Politikwissenschaft lässt sich vor diesem Hintergrund in zwei zentralen Forschungszielen bündeln: Erstens geht es um die Erforschung von Prämissen, Verfahren und Wirkungsmechanismen der Instrumentalisierung von historischen Ereignissen und Sinnzusammenhängen. Auf diese Weise lassen sich die Logik und die Funktionsweise dieser Mechanismen entschlüsseln. Zweitens geht es um die kritische Prüfung der Zulänglichkeit bzw. Unzulänglichkeit unterschiedlicher geschichtspolitischer Argumentationen und Handlungsweisen. Der seriöse Forscher darf der Bewertung geschichtspolitischen Handelns nicht ausweichen. Geschichtspolitische Analysen sind damit zugleich einem demokratiewissenschaftlichen Bekenntnis verpflichtet. Alle modernen Massenideologien haben sich um die Verordnung staatlich festgelegter Geschichtsbilder bemüht (Hennecke 1997, S. 76).

Es ist auch und gerade eine politikwissenschaftliche Aufgabe, totalisierende Geschichtsdeutungen aufzudecken und die *Geschichtspolitik* offenzuhalten (Sandner 2001, S. 15). Pierre Nora etwa hat darauf hingewiesen, dass die eigentliche Herausforderung, die sich aus dem Boom der Themen Geschichte, Erinnerung und Gedächtnis ergibt, darin besteht,

herauszufinden, wie, warum und in welchem Augenblick das positive Prinzip der Emanzipation und der Befreiung, das die Erinnerung beflügelt, in sein Gegenteil umschlagen und eine Form der Gefangenschaft, ein Motiv des Ausschlusses, ja eine Kriegswaffe werden kann (Nora 2001, S. 31).

Würde man die Geschichtspolitik einer bestimmten Teildisziplin der Politikwissenschaft zuordnen wollen, so käme man mit der klassischen Trias aus Regierungslehre, Internationalen Beziehungen und Politischer Theorie/Ideengeschichte nicht sonderlich weit. Geschichtspolitische Themen berühren staatliche Steuerungsmechanismen in unterschiedlichen Regimetypen, sie können Teil der Beziehungen von Akteuren im Internationalen System sein und sie verweisen auf Grundfragen der politischen Herrschaft ebenso wie auf den normativen Unterbau eines Gemeinwesens. Mit anderen Worten: Es handelt sich um ein Querschnittsthema, das in allen Teilbereichen der Politikwissenschaft zur Anwendung kommt und im Rahmen des klassischen Fächerkanons wohl am ehesten der politischen Kulturforschung zugeordnet werden kann.

Außerdem stellt sich die sozialwissenschaftliche Gretchenfrage, ob ein akteurzentrierter oder ein systemtheoretischer Ansatz einer politikwissenschaftlichen Arbeit zur Geschichtspolitik zugrunde gelegt werden soll. Grundsätzlich empfiehlt es sich zwar in diesem Fall, die Wahl der Untersuchungsperspektive an dem jeweiligen Untersuchungsgegenstand festzumachen. Die Studien von Elke Fein und Frank König rücken jeweils die Akteure in den Mittelpunkt (Fein 2000; König 2007), und auch Birgit Schwelling betont in ihren methodischen Reflexionen die Vorteile dieser Betrachtungsperspektive (Schwelling 2008, S. 111). Untersuchungen im Bereich der „Geschichte als Argument“ können gar nicht umhin, die Person des Argumentierenden in den Fokus ihrer Analyse zu stellen. Insofern scheint der akteurtheoretische Ansatz in den meisten Fällen die bessere Wahl zu sein. Im Kern lassen sich systematisch zwei geschichtspolitische Akteursgruppen voneinander unterscheiden: Auf der einen Seite stehen die geschichtspolitischen Akteure bzw. Konstrukteure, auf der anderen die geschichtspolitischen

Adressaten bzw. Rezipienten. Wer Teil der agierenden und wer Teil der rezipierenden Seite ist, hängt von den jeweiligen Umständen und Kontexten des geschichtspolitischen Phänomens ab.

Neben der Präferenz für die akteurzentrierte Perspektive lassen sich zwei Modi beim Umgang mit der Geschichte als Element des politischen Handelns ausmachen. Der Blick für diese Differenzierung lässt sich insbesondere mithilfe der Studie von Neustadt und May schärfen (Neustadt/May 1986). Geschichte kann entweder strategisch oder handlungsorientierend eingesetzt werden. Im ersten Fall wird die Vergangenheit taktisch zur argumentativen Fundierung oder zur konkreten Durchsetzung eines politischen Vorhabens der Gegenwart in Anwendung gebracht. Im zweiten Fall dient die Geschichte als orientierender Wegweiser zur sachadäquaten Findung von politischen Entscheidungen. Was hier theoretisch voneinander differenziert werden kann, geht in der politischen Praxis häufig ineinander über.

Als weitere (mögliche) Einordnung sollen nun die Funktionen der Geschichtspolitik systematisch geordnet werden. Die funktionelle Betrachtung ist in nahezu allen vorgestellten Ansätzen entweder explizit thematisiert oder zumindest am Rande gestreift worden. Es können vier Funktionen geschichtspolitischen Handelns benannt werden: die Legitimationsfunktion (F1), die Identitätsfunktion (F2), die Orientierungsfunktion (F3) und die normenstabilisierende Funktion (F4): (F1) Die Vermittlung von Legitimation für politische Projekte oder Personen ist wohl als die wichtigste Funktion der Geschichtspolitik anzusehen. Dies betonen mehr oder weniger deutlich sämtliche vorgestellten Ansätze. Am eingehendsten ausgearbeitet hat diesen Aspekt Michael Kohlstruck in seiner dreifachen Auffächerung des Legitimationsaspekts bei der Bildung eines neuen politischen Kollektivs, im Transformationsprozess eines Gemeinwesens und im Kontext des politisch-kulturellen Streits um die Deutungshegemonie innerhalb einer pluralistisch-demokratischen Gemeinschaft (Kohlstruck 2004). Legitimation ist ein wichtiges Fundament jeglicher Form von politischer Herrschaft und daher eine politikwissenschaftliche Schlüsselkategorie. Die Geschichte scheint eines von vielen willkommenen und brauchbaren

Mitteln zur Erzeugung von Legitimation zu sein – sowohl was die Herrschaftsgrundlage auf einer ganz basalen Ebene angeht als auch in Bezug auf die Durchsetzung konkreter politischer Projekte.

(F2) Geschichtspolitik fungiert ferner zur Vermittlung von Identität. Diesen Aspekt haben insbesondere Wolfgang Kaschuba, Beate Binder und Horst-Alfred Heinrich herausgearbeitet (Binder et al. 2001, S. 7-15, S. 19-42; Heinrich 2008). Der Rekurs auf die Geschichte wird als kulturelles Integrationsinstrument eingesetzt. Der Verweis auf historische Zusammenhänge evoziert ein generationenübergreifendes Narrativ, das ein Gefühl von politischer Gemeinschaft hervorruft und vertieft. Die individuelle Erinnerung ist nur auf den privaten Bereich bezogen, die gesellschaftliche Erinnerung hingegen verweist auf die politische Gemeinschaft. Die gemeinsame historische Herkunft ist einer der zentralen kulturellen Prägefaktoren, über die sich ein politisches Gemeinwesen als ein zusammengehörendes Kollektiv begreift.

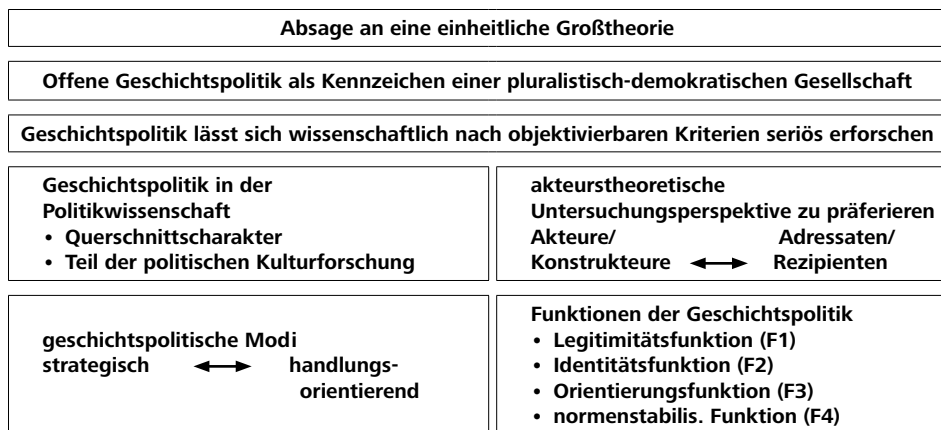
(F3) Außerdem stellt Geschichtspolitik ein wesentliches Arsenal der historischen Orientierung des politischen Handelns bereit. Mark Arenhövel hat diese Funktion besonders stark akzentuiert (Arenhövel 2008). Der orientierende Blick auf die Vergangenheit hilft, Komplexitäten zu reduzieren und Unsicherheiten zu absorbieren. Zumeist wirken historische Zusammenhänge unbewusst auf die Entscheidungsfindung im politischen Prozess mit ein. Es scheint ein Ding der Unmöglichkeit zu sein, einen allgemeinen Ratgeber für historisch orientiertes politisches Handeln zu erstellen, wie es etwa Neustadt und May mit ihrer Monografie versucht haben (Neustadt/May 1986). Nichtsdestoweniger ist ein kluger Politiker schon deswegen gut beraten, die Geschichte in sein politisches Denken und Handeln einzubeziehen, weil sie über Pfadabhängigkeiten Restriktionen für tagesaktuelle politische Vorhaben schafft. Aber nicht nur für den politisch Entscheidenden, auch für die Bürger stellt die Geschichte eine zentrale Orientierungsressource dar.

(F4) Darüber hinaus erfüllt Geschichtspolitik eine normenstabilisierende Funktion. Julia Kölsch hat unter Rückgriff auf Niklas Luhmanns Latenzbegriff den „strukturfunktionalen Latenzschutz“ als zentrale Koordinate des geschichtspolitischen Handelns identifiziert (Kölsch

2000, S. 19-21). Die Vergangenheit zwingt die Gegenwart in ein normatives Wertekorsett, das das politische Handeln präformiert und konfiguriert. Gleich ob im Anknüpfen an historische Beispiele oder in bewusster Abgrenzung von früheren Entscheidungen – die Geschichte wirkt auf die Gegenwart ein und erzeugt dabei normative Handlungsrestriktionen.

In der funktionellen Betrachtung der Geschichtspolitik wird deutlich, wie eng geschichtspolitische Mechanismen mit grundlegenden Fragestellungen des Politischen verknüpft sind. Legitimation, Identität, Orientierung und Normen verweisen auf basale Zusammenhänge jeglichen politischen Handelns. Daher kann an dieser Stelle nur abermals unterstrichen werden, wie wichtig eine intensive Auseinandersetzung mit geschichtspolitischen Themen für die Politikwissenschaft ist. Die bisherige Zusammenfassung einer theoretischen Grundlegung der Geschichtspolitik soll folgende grafische Übersicht illustrieren:

Abbildung 1: Theoretische Grundlegung der Geschichtspolitik



Quelle: eigene Darstellung, in Anlehnung an: Becker 2013, S. 196.

Da der Begriff Geschichtspolitik sowohl in der akademischen als auch in der gesellschaftlichen Diskussion bereits auf viele unterschiedliche Phänomene angewendet worden ist, erscheint es nicht ratsam, ihn gleichsam künstlich auf einen engeren Anwendungsbereich beschränken zu wollen. Geschichtspolitik kann politikwissenschaftlich

nur sinnvoll als Oberbegriff, als Leitkategorie bzw. als *genus proximum* sämtlicher Bezugnahmen auf das Historische in der Politik verstanden werden (O in Abbildung 2).

Die Identifikation einer übergeordneten Zentralkategorie verlangt jedoch die Beantwortung der Frage nach deren genauerer Binnendifferenzierung. Erik Meyer unterscheidet zwischen den beiden Ebenen der politischen Deliberation und der politischen Dezision (Meyer 2003, S. 122). Diese Unterscheidung kann aufgegriffen und weiterentwickelt werden: Es lässt sich eine Ebene, auf der der Zugriff auf die Geschichte als Element des politischen Handelns *instrumentell* erfolgt (E1), von einer weiteren Ebene abgrenzen, auf der der Zugriff auf die Geschichte als Element des politischen Handelns *materiell* erfolgt (E2). Der Ebene des instrumentellen Zugriffs auf die Geschichte kann als erstes relativ trennscharf umrissenes geschichtspolitisches Feld die „Geschichte als Argument“⁸ (F1) zugeordnet werden. In diesem Feld geht es ausschließlich um die Perspektive auf die öffentliche Debatte, in der die Geschichte als Argument auftaucht. Es ist sicher richtig, dass der öffentliche Gebrauch der Geschichte immer Gefahr läuft, „der Geschichte ihre Eigenheit zu nehmen und sie dadurch zum bloßen politischen Argument zu entwerten“ (Langewiesche 1992, S. 41). Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass ein legitimer Umgang mit Geschichte als politisches Argument zumindest prinzipiell möglich ist. Der Topos „Geschichte als Argument“ umschreibt den ältesten Strang geschichtspolitischer Konzeptualisierungsversuche und ist in der aktuellen Forschung deutlich unterrepräsentiert. Um die oben erwähnte zweite Prämisse auch erfüllen zu können, kann dieser Bereich nicht auf die Festlegung normativer Spielregeln für den Gebrauch des historischen Arguments verzichten, sondern es müssten zumindest weiche Angemessenheitskriterien zur Beurteilung des Einsatzes historischer Argumente entwickelt werden (Becker 2014b). Diese Aufgabe muss jedoch der Operationalisierung vorbehalten bleiben. Um es nicht bei diesen abstrakten Bestimmungen zu belassen, sollen einige Beispiele genannt werden, welche geschichtspolitischen Untersuchungsgegenstände zum Gegenstandsbereich der „Geschichte als Argument“ gehören. So

⁸ Vgl. hierzu ausführlich Becker 2014a.

lassen sich etwa die Rede eines Bundespräsidenten zum 3. Oktober (Tag der deutschen Einheit), die Argumentation eines Politikers zur Rechtfertigung eines mit aktuellen Sachgründen allein nicht durchsetzbaren politischen Vorhabens und eine Bundestagsdebatte zum Kampf gegen Rechtsextremismus nennen. In allen drei Fällen kann davon ausgegangen werden, dass die Geschichte entweder affirmativ oder abgrenzend in einen Argumentationszusammenhang eingebunden wird.

Auf der Ebene des materiellen Zugriffs auf die Geschichte sind die beiden Felder der Vergangenheitspolitik (F2) und der Erinnerungspolitik (F3) angesiedelt. Beide Felder eint, dass es in ihnen um die konkrete Durchsetzung praktisch-politischer Maßnahmen, die die Vergangenheit betreffen, geht: Die Geschichte ist jeweils der Gegenstand des politischen Handelns und Gestaltens. Hinsichtlich des Faktors Zeit und in Bezug auf ihre inhaltliche Ausgestaltung sind die beiden Felder allerdings voneinander zu unterscheiden.

Das Feld der Vergangenheitspolitik (F2) umfasst diejenigen Handlungen, die sich auf die unmittelbare Abwicklung eines früheren Regimes im Rahmen eines Transformationsprozesses beziehen. Im Einklang mit der mehrheitlichen Verwendungsweise des Begriffs in der einschlägigen Literatur fallen politische Maßnahmen wie Restitution, Strafverfolgung, Amnestie und personeller Elitenaustausch in diesen Bereich. Prinzipiell ist dabei sowohl der Übergang von einer Diktatur in eine Demokratie als auch der umgekehrte Weg denkbar. Die Hinrichtung früherer demokratischer Verantwortungsträger durch einen Diktator ist ein typisches vergangenheitspolitisches Instrument einer Autokratie, um eine möglichst brachiale Abgrenzung zum Vorgängerregime zu signalisieren. Als konkrete Einzelbeispiele demokratischer Vergangenheitspolitik lassen sich etwa das Einsetzen einer Wahrheitskommission, die Amnestierung früherer Regimeeliten und die Entschädigung von Zwangsenteigneten nennen.

Das Feld der Erinnerungspolitik (F3) ist weiter gefasst. Es umfasst auch in der längerfristigen zeitlichen Perspektive alle politischen Entscheidungen, die sich auf die Erinnerung eines Gemeinwesens beziehen. Diktaturen betreiben diese Praxis ebenso wie Demokratien. Den

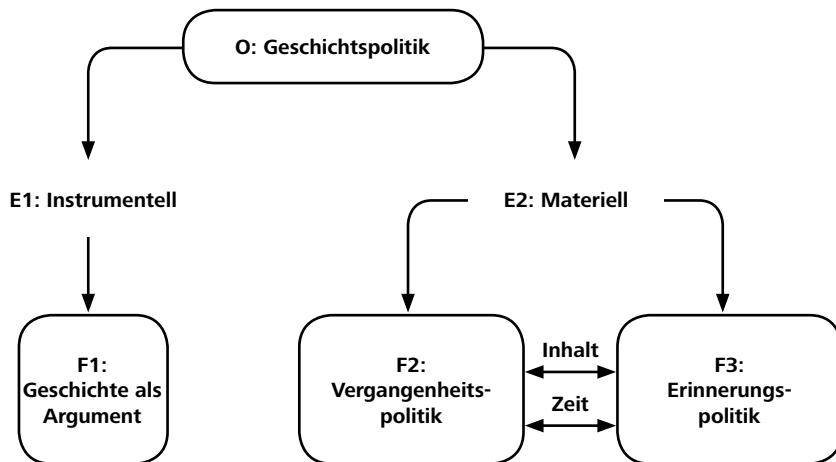
Geburtstag eines Herrschenden als Feiertag einzuführen oder etwa frühere politische Konkurrenten in der offiziellen Geschichtsvermittlung als Despoten zu verunglimpfen, sind konkrete Beispiele für diktatorische Erinnerungspolitik. Klassische Initiativen demokratischer Erinnerungspolitik sind etwa Gedenk- und Feierstunden im Parlament, die Mittelzuweisung für bestimmte Museums- und Ausstellungsprojekte sowie die Einschaltung von Historikerkommissionen zur Erforschung eines bestimmten Gegenstandes.

Inhaltlich geht es bei der Vergangenheitspolitik vor allem um direkte politische Maßnahmen, die konkrete administrative und juristische Folgen für Individuen haben, die im Vorgängerregime eine wichtige Rolle gespielt haben. Sie treffen den Einzelnen ganz persönlich, indem er entweder von früherem Fehlverhalten freigesprochen oder dafür bestraft wird. Die Vergangenheitspolitik ist also ganz eng mit dem Transformationsprozess eines Gemeinwesens verknüpft. Je mehr diese Phase als abgeschlossen betrachtet werden kann, desto mehr verdrängt die Erinnerungspolitik die Vergangenheitspolitik. In der Erinnerungspolitik ist das Individuum allenfalls noch mittelbar, aber nicht mehr direkt betroffen, da es auf diesem Feld um die kulturelle Repräsentation der Geschichte in langfristiger Perspektive geht. Hinsichtlich des Faktors Zeit sind die Grenzen zwischen beiden Feldern fließend. Das Sterben von Zeitzeugen für einen bestimmten Vergangenheitsaspekt könnte beispielsweise eine hilfreiche Trennlinie darstellen, die allerdings je nach Forschungsgegenstand anders gesetzt werden müsste. Die Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen Vergangenheits- und Erinnerungspolitik ergibt sich daraus, dass beide Formen von Geschichtspolitik unterschiedlichen Handlungslogiken folgen, die in funktioneller Hinsicht stark voneinander abweichen. Sicher ließe sich einwenden, es handele sich lediglich um eine graduelle Abstufung zwischen Vergangenheitspolitik und Erinnerungspolitik. Nichtsdestoweniger ist die Unterscheidung mit Blick auf politikwissenschaftliche Untersuchungen nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig. Geht es um die Entschädigung von Opfergruppen bzw. um die Bestrafung früherer Regimeeliten in der unmittelbaren Zeit

nach dem Sturz eines Vorgängerregimes, so werden sich die unmittelbar betroffenen Akteure anders verhalten, als wenn es um Entscheidungen über die Erinnerung an einen länger zurückliegenden zeithistorischen Zusammenhang geht, bei dem möglicherweise keine direkten Zeitzeugen, sondern nur noch Nachfolgenerationen zu berücksichtigen sind. Die Befindlichkeiten der jeweiligen geschichtspolitischen Akteure führen zu unterschiedlichen geschichtspolitischen Steuerungsmöglichkeiten und Mechanismen. Daher ist eine Unterscheidung zwischen Vergangenheits- und Erinnerungspolitik nicht nur gerechtfertigt, sondern für die politikwissenschaftliche Analyse auch notwendig.

Somit ergeben sich drei unterschiedliche geschichtspolitische Felder, die wie folgt dargestellt werden können:

Abbildung 2: Geschichtspolitische Felder



Quelle: eigene Darstellung, in Anlehnung an: Becker 2013, S. 201.

Die Beschäftigung mit geschichtspolitischen Diskursen und Praktiken kann erkenntnisträchtige Perspektiven für das Selbstverständnis eines Staates und seiner Gesellschaft liefern. Wenn die Annahme stimmt, dass sich Staat und Gesellschaft im 21.

Jahrhundert mit einer als immer unsicherer werdend wahrgenommenen Zukunft konfrontiert sehen, so steht zu erwarten, dass die Bedeutung von historischer Selbstvergewisserung und damit auch die Bedeutung von Geschichtspolitik in gleichem Maße zunehmen wird. Aus diesem Grund wäre die Politikwissenschaft gut beraten, sich in Zukunft stärker als bisher der Geschichte als Element des politischen Handelns sowohl in ideentheoretischer wie auch in *policy*-orientierter Perspektive zuzuwenden.

LITERATUR

Arenhövel, Mark: Gedächtnis der Systeme, in: Heinrich, Horst-Alfred/Kohlstruck, Michael (Hg.): Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie, Stuttgart 2008, S. 59-74.

Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006.

Backes, Uwe: Geschichtspolitik als Kernelement der Herrschaftslegitimation autokratischer Herrschaftssysteme, in: „Totalitarismus & Demokratie“ 2, 2009, S. 271-292.

Bartholomei, Lukas: Bilder von Schuld und Unschuld. Spielfilme über den Nationalsozialismus in Ost- und Westdeutschland, Münster/New York 2015.

Becker, Manuel: Geschichtspolitik in der Berliner Republik. Konzepte und Kontroversen, Wiesbaden 2013.

Becker, Manuel a: „Geschichte als Argument“. Ein Stiefkind der neueren geschichtspolitischen Forschung, in: Fröhlich, Claudia/Schmid, Harald/Schwelling, Birgit (Hg.): Jahrbuch für Politik und Geschichte 5, 2014, S. 173-187.

Becker, Manuel b: Historische Argumentationsmuster in parlamentarischen Debatten. Die Frage nach dem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union, in: „Zeitschrift für Parlamentsfragen“ 3, 2014, S. 615-631.

Binder, Beate/Kaschuba, Wolfgang/Niedermüller, Péter (Hg.): Inszenierung des Nationalen. Geschichte, Kultur und die Politik der Identitäten am Ende des 20. Jahrhunderts, Köln 2001.

Bock, Petra/Wolfrum, Edgar: Einleitung, in: Dies. (Hg.): Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Göttingen 1999, S. 7-13.

Bracher, Karl D./Eschenburg, Theodor/Fest, Joachim/Jäckel, Eberhard (Hg.): Republik im Wandel 1969-1974. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 5/1, Die Ära Brandt, Stuttgart 1986.

Carr, Edward H.: Was ist Geschichte?, Stuttgart 1963.

Carr, Edward H.: What is history?, London 1961.

Cornelißen, Christoph: Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ 54, 2003, S. 548-563.

Erler, Gernot/Müller, Rolf-Dieter/Rose, Ulrich/Schnabel, Thomas/Ueberschär, Gerd R./Wette, Wolfram (Hg.): Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur deutschen Geschichte, Freiburg 1987.

Etzold, Sabine: Suche nach der verlorenen Identität. Sozialdemokraten bemühen sich um eigenes Geschichtsbild. Feld nicht den Konservativen überlassen, in: Kölner Stadtanzeiger, 05.03.1985.

Faber, Karl-Georg: Geschichte als Legitimation, in: Jeismann, Karl-Ernst (Hg.): Geschichte als Legitimation. Internationale Schulbuchrevision unter Anspruch von Politik, Geschichtswissenschaft und Geschichtsbedürfnis, Braunschweig 1984, S. 32-36.

Faulenbach, Bernd: Geschichte der Übergangszeit. Zur historischen Bedeutung geschichtspolitischer Gegensätze und Debatten während der 1980er Jahre, in: Bitzegeio, Ursula/Kruke, Anja/Woyke, Meik (Hg.): Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 417-428.

Fein, Elke: Geschichtspolitik in Rußland. Chancen und Schwierigkeiten einer demokratisierenden Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit am Beispiel der Gesellschaft Memorial, Hamburg 2000.

Fritz, Regina: Nach Krieg und Judenmord. Ungarns Geschichtspolitik seit 1944, Göttingen 2012.

Gall, Lothar: Eröffnung durch den Vorsitzenden des Verbandes der Historiker Deutschlands, in: Weinfurter, Stefan/Siefarth, Frank Martin (Hg.): Geschichte als Argument. 41. Historikertag in München, 17.-21. September 1996, München 1997, S. 1-5.

Glötz, Peter: Geschichte in der politischen Auseinandersetzung, in: Fußmann, Klaus/Grütter, Heinrich T./Rüsen, Jörn (Hg.): Historische Faszination. Geschichtskultur heute, Köln 1994, S. 159-163.

Habermas, Jürgen a: Entsorgung der Vergangenheit, in: „Die Zeit“, 07.05.1985.

Habermas, Jürgen b: Konservative Politik, Arbeit, Sozialismus und Utopie heute, in: Ders.: Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine Politische Schriften V, Frankfurt a. M. 1985, S. 64-65.

Heinrich, Horst-Alfred: Erklärung von Geschichtspolitik mittels der Theorie sozialer Identität, in: Ders./Kohlstruck, Michael (Hg.): Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie, Stuttgart 2008, S. 19-26.

Hennecke, Hans-Jörg: Liberale Vergangenheitsbewältigung. Totalitarismus, Antitotalitarismus und soziale Integration in der Bundesrepublik Deutschland, in: Schaal, Gary S./Wöll, Andreas (Hg.): Vergangenheitsbewältigung. Modelle der politischen und sozialen Integration in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte, Baden-Baden 1997, S. 63-77.

Hockerts, Hans Günter: Zugänge zur Zeitgeschichte. Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 28, 2001, S. 13-30.

Holtmann, Everhard/Brinkmann, Heinz Ulrich/Pehle, Heinrich (Hg.): Politik-Lexikon, 2. überarb. u. erw. Aufl., München 1994.

Iggers, Georg G.: Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein kritischer Überblick im internationalen Zusammenhang (Neuausgabe), Göttingen 2007.

Jeismann, Karl-Ernst: Die deutsche Geschichte als Instrument im politischen Streit, in: „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ 34, 1987, S. 362-369.

Kailitz, Steffen (Hg.): Die Gegenwart der Vergangenheit. Der „Historikerstreit“ und die deutsche Geschichtspolitik, Wiesbaden 2008.

Kielmansegg, Peter Graf: Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, Berlin 1989.

Klinge, Sebastian: 1989 und wir. Geschichtspolitik und Erinnerungskultur nach dem Mauerfall, Bielefeld 2015.

Kocka, Jürgen: Geschichte als Wissenschaft, in: Budde, Gunilla/Freist, Dagmar/Günther-Arndt, Hilke (Hg.): Geschichte. Studium – Wissenschaft – Beruf, Berlin 2008, S. 12-30.

Kohlstruck, Michael: Erinnerungspolitik. Kollektive Identität, neue Ordnung, Diskurshegemonie, in: Schwelling, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen, Wiesbaden 2004, S. 173-193.

Kölsch, Julia: Politik und Gedächtnis. Zur Soziologie funktionaler Kultivierung von Erinnerung, Wiesbaden 2000.

König, Frank: Die Gestaltung der Vergangenheit. Zeithistorische Orte und Geschichtspolitik im vereinten Deutschland, Marburg 2007.

König, Helmut: Gedächtnis und Politik, Weilerswist 2008.

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997.

Kronenberg, Volker (Hg.): Zeitgeschichte, Wissenschaft und Politik. Der „Historikerstreit“. 20 Jahre danach, Wiesbaden 2008.

Langewiesche, Dieter: Geschichte als politisches Argument. Vergangenheitsbilder als Gegenwartskritik und Zukunftsprognose. Die Reden der deutschen Bundespräsidenten, in: „Saeculum“ 1, 1992, S. 36-53.

Leggewie, Claus/Meyer, Erik: „Ein Ort, an den man gerne geht“. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989, München 2005.

Lenz, Carsten/Ruchlak, Nicole (Hg.): Kleines Politik-Lexikon, München 2001.

Lindenberger, Thomas: „Alltagsgeschichte“ oder: Als um die zünftigen Grenzen der Geschichtswissenschaft noch gestritten wurde, in: Sabrow, Martin/Jessen, Ralph/Grosse Kracht, Klaus (Hg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 74-91.

Meier, Christian: Eröffnungsrede zur 36. Versammlung deutscher Historiker in Trier, 08.10.1986, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 204-214.

Meyer, Erik: Erinnerungskultur als Politikfeld. Geschichtspolitische Deliberation und Dezision in der Berliner Republik, in: Bergem, Wolfgang (Hg.): Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs, Opladen 2003, S. 121-136.

Miller, Susanne/van Kampen, Wilhelm/Schmidt, Horst (Hg.): Geschichte in der demokratischen Gesellschaft, Düsseldorf 1985.

Miller, Susanne/Ristau, Malte (Hg.): Erben deutscher Geschichte. DDR – BRD. Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek bei Hamburg 1988.

Moller, Sabine: Die Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl, Hannover 1998.

Mommsen, Wolfgang J.: Die DDR-Geschichtsschreibung aus westdeutscher Perspektive, in: Iggers, Georg G. (Hg.): Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, in: „Historische Zeitschrift“, Beiheft 27, München 1998, S. 153-156.

Neustadt, Richard E./May, Ernest R.: Thinking in Time. The Uses of History for Decision-Makers, London 1986.

Niess, Wolfgang: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert, Berlin/Boston 2013.

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Pipers Wörterbuch zur Politik. Band 1: Theorien – Methoden – Begriffe, München 1985.

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf/Schüttemeyer, Suzanne S. (Hg.): Lexikon der Politik. Band 7: Politische Begriffe, München 1998.

Nora, Pierre: Gedächtniskonjunktur, in: „Transit. Europäische Revue“ 22, 2001, S. 18-31.

Novick, Peter: Nach dem Holocaust. Der Umgang mit dem Massenmord, Stuttgart/München 2001.

von Ranke, Leopold: Geschichten der romanischen und germanischen Völker von 1494-1514, Leipzig/Berlin 1824.

Raphael, Lutz: Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart, München 2010.

Reichelt, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München 2001.

Rintelen, Karl Ludwig: Zur Diskussion um Geschichtspolitik. Sozialismus und Demokratie in der SPD (1913-1933), in: „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ 3, 1996, S. 38-56.

Ruderer, Stephan: Das Erbe Pinochets. Vergangenheitspolitik und Demokratisierung in Chile 1990-2006, Göttingen 2010.

Rürup, Reinhard: Der lange Schatten des Nationalsozialismus. Geschichte, Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, Göttingen 2014.

Samuel, Raphael: People's history, in: Ders. (Hg.): People's History and Socialist Theory, London et al. 1981.

Sandner, Günther: Hegemonie und Erinnerung. Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik, in: „Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft“ 1, 2001, S. 5-17.

Scheel, Heinrich: Zum Platz und zu den nächsten Aufgaben der Historiker-Gesellschaft, in: Eckert, Rainer/Küttler, Wolfgang/Seeber, Gustav (Hg.): Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, Stuttgart 1992, S. 162-169.

Schmid, Harald: Erinnern an den „Tag der Schuld“. Das Novemberpogrom von 1938 in der deutschen Geschichtspolitik, Hamburg 2001.

Schmid, Harald: Vom publizistischen Kampfbegriff zum Forschungskonzept. Zur Historisierung der Kategorie „Geschichtspolitik“, in: Ders. (Hg.): Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis, Göttingen 2009, S. 53-75.

Schmidt, Manfred G. (Hg.): Wörterbuch zur Politik, 2. vollst. überarb. und erw. Aufl., Stuttgart 2004.

Schmidt, Manfred G.: Vergangenheitspolitik, in: Ders. (Hg.): Wörterbuch zur Politik, 3. vollst. überarb. und erw. Aufl., Stuttgart 2010.

Schwarz, Hans Peter: Geschichtsschreibung und politisches Selbstverständnis. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Herausforderung für die Forschung, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 36, 1982, S. 3-16.

Schwelling, Birgit: Politische Erinnerung. Eine akteurs- und handlungsbezogene Perspektive auf den Zusammenhang von Gedächtnis, Erinnerung und Politik, in: Heinrich, Horst-Alfred/Kohlstruck, Michael (Hg.): Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie, Stuttgart 2008, S. 99-121.

Seitz, Norbert: Die Unfähigkeit zu feiern, in: Ders. (Hg.): Die Unfähigkeit zu feiern. Der achte Mai, Frankfurt a. M. 1985, S. 9-24.

Seuthe, Rupert: Geistig-moralische Wende? Der politische Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Ära Kohl am Beispiel von Gedenktagen, Museums- und Denkmalprojekten, Frankfurt a. M. 2001.

Sommer, Gerlinde/von Westphalen, Raban Graf (Hg.): Staatsbürgerlexikon. Staat, Politik, Recht und Verwaltung in Deutschland und der Europäischen Union, München 1999.

Stone, Lawrence: The Revival of Narrative: Reflections on a New Old History, in: „Past & Present“ 85, 1979, S. 3-24.

Stürmer, Michael: Geschichte in einem geschichtslosen Land, in: „FAZ“, 25.04.1986.

Troebst, Stefan: Geschichtspolitik, Version: 1.0, 04.08.2014, <https://docupedia.de/zg/Geschichtspolitik> (30.10.2017).

Wehler, Hans-Ulrich: Geschichte – von unten gesehen, in: „Die Zeit“, 03.05.1985.

Winkler, Heinrich August: Auf ewig in Hitlers Schatten? Zum Streit über das Geschichtsbild der Deutschen, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 256-263.

Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Band 2, München 2000.

Winkler, Heinrich August: Einleitung, in: Ders. (Hg.): Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland, Göttingen 2004, S. 7-13.

Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium 1982-1990, München 2006.

Wolfrum, Edgar: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik als Forschungsfelder. Konzepte – Methoden – Themen, in: Scheunemann, Jan (Hg.): Reformation und Bauernkrieg. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik im geteilten Deutschland, Leipzig 2010, S. 13-47.

Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik, in: Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hg.): Kleines Lexikon der Politik, 6. überarb. und erw. Aufl. 2015, S. 216-219.

Geschichtspolitik aus polnischer Perspektive. Anmerkungen zum Begriff sowie zur Schaffung neuer polnischer Mythen

JOANNA ANDRYCHOWICZ-SKRZEBA

Der Begriff „Geschichtspolitik“ in Polen

Die Begriffe „polityka historyczna“ (Geschichtspolitik) und „polityka wobec przeszłości“ (Vergangenheitspolitik) sind fest in die polnische Sprache eingegangen. Breitere Bekanntheit erlangten sie in Polen in der Zeit der Regierungskoalition von Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit, PiS), Liga Polskich Rodzin (Liga Polnischer Familien, LPR) und Samoobrona RP (Selbstverteidigung der Republik Polen) zwischen 2005 und 2007. Der Historiker Stefan Troebst betrachtet den polnischen Ausdruck „polityka historyczna“ als wörtliche Übersetzung des deutschen Begriffs „Geschichtspolitik“ (Troebst 2013, S. 19). Nach dem Historiker Andreas Mix war es Marek Cichocki, der den Begriff in Polen einführte (Mix 2007). Cichocki allerdings widerspricht der häufig anzutreffenden Behauptung, er habe den Ausdruck „polityka historyczna“ geprägt oder die damit verbundene

Diskussionen angestoßen. Im Aufsatz „Polityka historyczna za i przeciw“ („Geschichtspolitik für und wider“) schreibt er:

Ich betrachte mich nicht als Initiator der Geschichtspolitik-Debatte. Oder wenn, dann allenfalls insofern, als ich im Jahr 2000 gemeinsam mit Dariusz Karłowicz in einigen Texten darauf hinwies, dass es in Polen keinen Ort gibt, an dem das Erbe der ersten Solidarność erinnert, bewahrt und erforscht würde. Das schien uns immens wichtig, insbesondere im Kontext der Zwanzigjahrfeier der Solidarność. Wir schrieben damals, das Fehlen eines solchen Ortes sei umso problematischer, als sich im europäischen Gedächtnis zunehmend die Überzeugung verfestigte, dass das entscheidende historische Ereignis im Zusammenhang mit der Überwindung der Nachkriegsordnung der Fall der Berliner Mauer gewesen sei (Polityka historyczna 2006, S. 10f.).

Als weiterer Wegbereiter des Begriffs „polityka historyczna“ in der polnischen Sprache gilt der gegenwärtige stellvertretende Direktor des Museums des Warschauer Aufstands, Dariusz Gawin, der ähnlich wie Cichocki als „Ideenhistoriker“ bezeichnet wird. Wie Cichocki und Karłowicz war Gawin Mitglied des 1996 gegründeten Warschauer „Klubs der Kritischen Politik“. Die drei verband die Zugehörigkeit zur selben Generation, überdies propagierten sie dieselben Schlagworte: Konservatismus, Republikanismus, Traditionsbewusstsein, Erinnerung und Polentum. Gawin und Karłowicz waren es auch, die im Jahr 2000 in der Tageszeitung „Życie“ die ersten Artikel zum Thema Geschichtspolitik publizierten. Ihnen schlossen sich in der Folge Mitglieder des Krakauer Zentrums für Politisches Denken sowie des von Cichocki geleiteten Warschauer Europäischen Zentrums Natolin an. Eine ähnliche Richtung verfolgte Zdzisław Krasnodębski, der sich als einer der ersten Autoren in seinen Büchern auf Prämissen der Geschichtspolitik berief (Romanowski 2008). Dieser Gruppe, deren

Mitglieder gelegentlich nicht nur als „Ideenhistoriker“, sondern auch als „konservative Philosophen“ bezeichnet werden, wird hin und wieder auch Tomasz Merta zugerechnet, der zur Zeit der PiS-Regierung von 2005 bis 2007 sowie der Nachfolgeregierung unter Führung der Platforma Obywatelska (Bürgerplattform, PO) bis zu seinem Tod am 10. April 2010¹ als Staatssekretär im Ministerium für Kultur und Nationales Erbe für Museen, Denkmäler und kulturelle Bildung verantwortlich war.

Vom linguistischen Standpunkt aus betrachtet ist *polityka historyczna* eine Zusammensetzung aus dem Substantiv *polityka* (Politik) und dem nachgestellten, vom Substantiv *historia* (Geschichte) abgeleiteten Adjektiv *historyczny*. Man kann demnach versuchen, die Definition des Begriffs aus der Bedeutung seiner beiden Bestandteile herzuleiten. Gemäß dem von Bogusław Dunaj herausgegebenen „Wörterbuch der polnischen Gegenwartssprache“ bezeichnet *Politik* die „[...] Gesamtheit der auf die Erlangung oder den Erhalt der Macht in einem Staat gerichteten Aktivitäten einer Partei, Gruppe oder Einzelperson sowie die Art und Weise der Verwirklichung dieser Ziele [...]; geplante Vorgehensweise zum Erreichen eines angestrebten Ziels; Taktik, Strategie [...]“ (Dunaj 1996, S. 795). *Geschichte* hingegen wird unter anderem definiert als „Wissenschaftsgebiet, das sich mit der Erforschung der Geschichte befasst und die Gesetz- und Regelmäßigkeiten des Prozesses der Entwicklung analysiert [...], chronologische Aufzeichnung von Ereignissen, Geschichte von etwas [...]“ (ebd., S. 306). Schon die Verbindung von *Politik* als kalkuliertem, interessegeleitetem und zielgerichtetem Handeln und *Geschichte* als neutralem, gleichwohl für Instrumentalisierungen anfälligen Wissenschaftsfeld zu einem Begriff deutet an, dass hier auch Fragen der Manipulation von Erinnerung oder Geschichte durch die Politik oder zu politischen Zwecken im Raum stehen.

¹ Flugzeugabsturz, bei dem u. a. auch der polnische Präsident Lech Kaczyński verunglückte.

Marek Cichocki formuliert eine eigene Definition des Begriffs *Geschichtspolitik* und der durch ihn bezeichneten Praktiken:

Geschichtspolitik wird in verschiedenen Ländern betrieben, und zwar auf recht unterschiedliche Weise. In Polen ist der Begriff seit einiger Zeit im Umlauf, Ende der 1990er Jahre sprach man etwa von Kulturdiplomatie [...]. Im polnischen Kontext ist der Begriff der Geschichtspolitik wohl das Ergebnis der Suche nach einer Bezeichnung für eine aktuell zu beobachtende Erscheinung, die als solche wichtiger ist als ihre Benennung. Wenn ich freilich den Begriff „Geschichtspolitik“ definieren müsste, dann würde ich – unabhängig vom spezifischen Kontext einzelner Staaten oder Traditionen und von allen Debatten – ganz abstrakt sagen, für mich bedeutet Geschichtspolitik die Intensivierung des öffentlichen Diskurses über die Vergangenheit sowohl im Inland als auch im Ausland durch verschiedene Arten seiner Institutionalisierung sowohl auf der Ebene der zentralen staatlichen Institutionen als auch auf der Ebene der kommunalen und regionalen Institutionen. Das ist meine Arbeitsdefinition von Geschichtspolitik (*Polityka historyczna* 2006, S. 11).

Für Dariusz Gawin bedeutet „Geschichtspolitik“, dass „demokratische (aber auch andere) Gesellschaften ihre Interpretationen von Ereignissen der Vergangenheit dazu nutzen, um – unter anderem – aktuelle politische Ziele zu erreichen. Im engeren Sinne handelt es sich um eine Vision des Ortes der historischen Erinnerung in der Politik und im weiteren Sinne – im öffentlichen Leben.“²

² So Gawin in einer Diskussion mit Janusz A. Majcherek, Tomasz Merta und Tomasz Lubieński in: Jędrzyk 2005.

Man kann somit sagen, dass jeder Staat eine eigene, seiner jeweiligen Situation und seinen Bedürfnissen und Interessen entsprechende Geschichtspolitik betreibt. Lech M. Nijakowski erachtet als Erinnerungspolitik sowohl bewusstes und zielgerichtetes als auch unbewusstes und zufälliges Handeln. Sie alle führen entweder zur Festigung und Stärkung oder aber zu Veränderungen in der kollektiven Erinnerung der Polen. In Nijakowskis Verständnis betreibt jeder Staatsbürger Erinnerungspolitik, wenn er etwa die Erinnerungen seiner Großeltern publiziert, Leserbriefe schreibt, sich in Internetforen zu Wort meldet, an Gedenkveranstaltungen teilnimmt usw. Am stärksten wird das Geschichtsbewusstsein laut Nijakowski allerdings durch die Familie und Familienerinnerungen sowie durch die Massenkultur geprägt (Nijakowski 2008, S. 46).

In der Forschung richtet sich das Hauptaugenmerk unter anderem auf zwei wesentliche Aspekte von Geschichtspolitik. Der erste Aspekt betrifft die Frage, wer sie entwirft und betreibt, das heißt, welche Akteure ein Interesse daran haben, bestimmte Bilder der Vergangenheit zu konstruieren. Und weiter – warum diese Akteure konkrete Geschichtsbilder zu entwickeln versuchen und welche Instrumente sie dazu nutzen. Der zweite Aspekt betrifft die Frage nach den Adressaten der Geschichtspolitik. Regierungen gestalten und betreiben Geschichtspolitik, sie sind es, die neue Geschichtsbilder propagieren und die Vorstellung von der Vergangenheit „bestimmen“. Geschichtspolitik ist eine Form des selektiven Umgangs mit der Vergangenheit. Wer immer also Geschichtspolitik betreibt, muss genau wissen, welches Bild der Geschichte er vermitteln möchte (ebd.).

Wollte man versuchen, die verschiedenen Auffassungen und Definitionen auf einen Nenner zu bringen und eine eigene Begriffsbestimmung vorzunehmen, so könnte diese etwa wie folgt lauten: Geschichtspolitik ist ein Bestandteil der Innen- oder Außenpolitik eines Staates. In der Ausrichtung nach innen, das heißt auf die eigene Gesellschaft, zielt sie darauf ab, das Wissen der Gesellschaft zu beeinflussen, das gesellschaftliche Identitätsbewusstsein und das Nationalgefühl

zu stärken usw. In extremen Fällen dient Geschichtspolitik auch zur Verwirklichung eigener, politischer Interessen. In der Ausrichtung nach außen zielt Geschichtspolitik vor allem darauf ab, der Welt ein bestimmtes Bild des eigenen Landes zu vermitteln. Zu den Instrumenten der Geschichtspolitik gehören unter anderem Gedenkfeiern zu bestimmten Jahrestagen, die Einrichtung von Museen und Erinnerungsorten, die Benennung und Umbenennung von Straßen, die Gestaltung schulischer Lehrpläne, die Finanzierung bestimmter geschichtswissenschaftlicher Forschungen und öffentliche Auftritte – dies alles im Dienste der Vermittlung eines bestimmten, nicht immer wahrheitsgemäßen und vollständigen Geschichtsbildes. Die Geschichtspolitik eines Staates kann durch staatliche Institutionen sowie durch Medien, Thinktanks usw. unterstützt werden. Dabei besteht immer die Gefahr, dass die Grenze zwischen Bildung und Propaganda überschritten wird. Die eigentliche Geschichtspolitik wird von staatlichen Organen betrieben, doch auch die Staatsbürger sowie zivilgesellschaftliche Institutionen können zur Verbreitung eines bestimmten Geschichtsbildes beitragen. In einem solchen Fall spricht man jedoch eher von historischer Bildung (Andrychowicz-Skrzeba 2014, S. 38).

Die größte Herausforderung für jede Art von Geschichtspolitik besteht darin, mit der jeweiligen Botschaft die verschiedenen Zielgruppen zu erreichen. Traditionelle Vermittlungsformen sind immer weniger in der Lage, größere Gruppen von Staatsbürgern zu mobilisieren, und vor allem sind sie für die jüngeren Generationen „nicht ansprechend“. Von entscheidender Bedeutung sind deshalb andere, modernere Medien wie etwa Comics zu wichtigen historischen Ereignissen, alternative Musikproduktionen, in denen Helden der Vergangenheit besungen werden, das Nachinszenieren großer Schlachten durch Geschichtsliebhaber, multimediale Ausstellungen und die Bereitstellung von schulischen Begleitmaterialien in Gestalt von Spielen, Computerspielen und Filmen.

Die Umsetzung der geschichtspolitischen Prämissen der PiS-Regierung

Der Staat betreibt Geschichtspolitik in unterschiedlichem Ausmaß und unterschiedlicher Intensität. Auch die derzeit amtierende PiS-Regierung hat sehr konkrete geschichtspolitische Vorstellungen, die sie nach etwas mehr als zwei Jahren an der Macht in manchen Bereichen bereits verwirklichen konnte.

Die Struktur der politischen Landschaft nach der Parlamentswahl im Oktober 2015 erleichtert der Partei von Jarosław Kaczyński die Umsetzung ihrer Politik ungemein. Mit ihrer absoluten Mehrheit im Sejm kann die PiS die Ausrichtung und das Personal der existierenden Institutionen nach ihren Vorstellungen umgestalten, neue Gesetze verabschieden und z. B. den Charakter der öffentlich-rechtlichen Medien beeinflussen. Das alles ermöglicht der PiS eine in hohem Maße kohärente und abgestimmte Geschichtspolitik zu betreiben, deren Bedeutung Vertreter der Regierungspartei in den vergangenen Monaten immer wieder betonten. Präsident Andrzej Duda sprach direkt aus, was einige PiS-Mitglieder mehrmals erwähnten – der polnische Staat solle Geschichtspolitik als Instrument der Positionierung Polens im internationalen Kontext, vor allem aber als Instrument der Erziehung künftiger Generationen von Polen betreiben (Kancelaria Prezydenta 2016).

Die programmatischen Grundlagen der PiS-Geschichtspolitik werden im vorliegenden Band ausführlich von Marcin Zaborski besprochen. Ich möchte daher im Folgenden nur einige Beispiele für bereits vollständig oder zumindest teilweise umgesetzte Ziele dieser Politik skizzieren.

Ein greifbarer Beleg für die bisherigen geschichtspolitischen Aktivitäten von Staatspräsident Andrzej Duda ist der von ihm im Jahr 2015 einberufene Nationale Entwicklungsrat (Narodowa Rada Rozwoju, NRR). Er soll „eine Plattform für konzeptionelle Debatten über die künftige Entwicklung Polens schaffen und über den tagespolitischen Horizont hinausweisende Positionen formulieren. Der

Rat soll strategische Ziele erarbeiten und Wege zu ihrer Realisierung entwickeln. Dazu soll er die gegenwärtige Situation in Schlüsselbereichen der staatlichen Arbeit analysieren, Herausforderungen definieren und künftige Gefahren für Polen aufzeigen“ (Kancelaria Prezydenta b). Der Nationale Entwicklungsrat umfasst zehn thematisch gegliederte Sektionen, welche die Hauptfelder der wissenschaftlichen und strategischen Arbeit des Rates abdecken. Eine Sektion trägt den Titel „Kultur, nationale Identität, Geschichtspolitik“, in ihr werden unter anderem Strategien der Geschichtspolitik diskutiert. Mitglieder dieser Sektion sind unter anderem Dariusz Gawin, Andrzej Nowak und Bronisław Wildstein (ebd.).

In der Ausrichtung nach außen konzentriert sich die Geschichtspolitik der PiS-Regierung – in Fortführung einer im Jahr 2004 begonnenen und später von der in den Jahren 2007 bis 2015 regierenden Bürgerplattform weiter vorangetriebenen Initiative – hauptsächlich auf den Kampf gegen die außerhalb Polens in den Medien anzutreffende irreführende Formulierung „polnische Konzentrationslager/Todeslager“ (anstelle der korrekten Bezeichnung „deutsche“ oder „NS-Konzentrationslager [auf polnischem Territorium]“). Dass es sich hierbei tatsächlich um ein akutes Problem handelt, zeigt allein die Häufigkeit, in der diese Formulierung verwendet wird. Nach Angaben des polnischen Außenministeriums wurden in den Jahren 2011 bis 2014 mehr als 300 Fälle registriert (Polskie obozy śmierni 2015). Im Jahr 2015 waren es fast doppelt so viele und in der ersten Hälfte des Jahres 2016 115 (Setki błędów 2017). Die Kritik an der Verwendung der inkriminierten Formulierung betrifft Medientitel in aller Welt, darunter Tageszeitungen und Magazine wie die deutsche „Tageszeitung“, die „Süddeutsche Zeitung“, den „Spiegel“, deutsche Presseagenturen, die amerikanische „New York Times“ und viele andere (Ministerstwo Spraw Zagranicznych).

Andere konkrete Aktivitäten der gegenwärtigen Regierung auf dem Feld der Geschichtspolitik betreffen unter anderem die Neuausrichtung von Institutionen, die dem Außen- oder Kulturministerium unterstellt

sind und deren satzungsgemäßes Ziel die Vermittlung von Wissen über Polen im Ausland war. So wurde in einem großen Teil der Polnischen Institute im Ausland, darunter auch in Berlin, das bisherige Führungspersonal abgelöst. Gleichzeitig veränderte sich teilweise die Linie der von ihnen betriebenen Kulturpolitik. Nach dem Willen des polnischen Außenministeriums sollen die Polnischen Institute nun nicht mehr vorrangig polnische Kultur im Ausland bekannt machen, sondern sich auf die Bedürfnisse der Auslandspolen und geschichtsdiplomatische Themen konzentrieren (Rachid Chehab 2016).

Ebenfalls abgesetzt wurde der bisherige Direktor des dem Ministerium für Kultur und Nationales Erbe unterstehenden Adam-Mickiewicz-Instituts. Das Institut soll nun weniger als bisher die polnische Gegenwartskultur in der Welt bekannt machen, sondern schwerpunktmäßig Wissen über die Geschichte Polens und das polnische Kulturerbe verbreiten (Krzysztof Olendzki 2016).

In der Ausrichtung nach innen, auf die Polen, verfolgt die PiS große und bisweilen tiefgreifende Pläne. Die geschichtspolitischen Vorstellungen der PiS gründen auf der Überzeugung, die Existenz einer Nation verdanke sich dem kollektiven Identitätsbewusstsein ihrer Bürger und der Erinnerung an zentrale Ereignisse ihrer Geschichte. Einen wichtigen Schritt zur einfacheren Umsetzung der aus dieser Prämisse abgeleiteten Geschichtspolitik bildete die Reform des Instituts für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej, IPN), das bis dahin vor allem Forschungsarbeit leistete. Jetzt ist es unter anderem dafür verantwortlich, „in Polen und im Ausland Positionen und Meinungen zu für das Polnische Volk wichtigen historischen Ereignissen zu verbreiten“, „im Rahmen der patriotischen Erziehung die Geschichte Polens der Zeit nach den Teilungen und der letzten Jahrzehnte bekannt zu machen“ sowie „der Verbreitung von Informationen und Publikationen in Polen und im Ausland entgegenzuwirken, deren Inhalte fehlerhaft sind oder die Republik Polen oder das polnische Volk in ein schlechtes Licht rücken oder diffamieren“ (Ustawa 2016, Art. 53a).

Bereits im Moment der Regierungsübernahme durch die PiS sah die Parteiagenda einen Eingriff in die Gestaltung des im März 2017 eröffneten Museums des Zweiten Weltkrieges in Danzig vor. Für die Bürgerplattform, die vor PiS acht Jahre lang in Polen regierte, war die Entstehung des Museums ein Flaggschiff-Projekt, das durch seine europäische Perspektive in gewisser Weise ein Gegenprojekt zum Museum des Warschauer Aufstands darstellen sollte. Der Institution wurde allerdings von dem jetzigen Kulturminister Piotr Gliński vorgeworfen, dass sie einen zu universellen Sichtpunkt einnehme und zu wenig die Leiden des polnischen Volkes berücksichtige (Łupak 2016). Nach Protesten der Museumsleitung und derjenigen, die das Museum in der bisherigen Form erhalten wollten, sowie nach Urteilen der Verwaltungsgerichte wurde das Museum des Zweiten Weltkrieges mit dem noch nicht existierenden „Museum der Westerplatte und des Krieges 1939“ verbunden. Diese organisatorische Änderung ermöglichte dem Minister die Entlassung des bisherigen und die Ernennung eines neuen Direktors (Jurszo 2017). In der Dauerausstellung des Museums wurden danach die ersten Änderungen vorgenommen, so wurde beispielsweise eine multimediale Präsentation über Repressionen gegen die polnischen Bewohner der Freien Stadt Danzig hinzugefügt. Darüber hinaus sind weitere Änderungen geplant (Pierwsze zmiany 2017).

Eine neue Initiative, deren Umsetzung jedoch bereits fortgeschritten ist, ist die Errichtung eines Instituts der Solidarität und der Courage (Instytut Solidarności i Odwagi). Das Institut soll u. a. denjenigen Polen gedenken, die in besonders schweren Zeiten außergewöhnliche Zivilcourage bewiesen haben, wie es beispielsweise im Falle der Gerechten unter den Völkern war. Noch im Jahre 2017 soll das Institut 75 Millionen Zloty (ca. 18 Millionen Euro) aus dem Staatshaushalt erhalten (PiS chce utworzyć Instytut 2017).

Der Mythos der „Verfemten Soldaten“

Die Schaffung und Etablierung des Mythos der „Verfemten Soldaten“, die nach Ende des Zweiten Weltkrieges als Mitglieder der im

Untergrund agierenden polnischen Unabhängigkeitsbewegung gegen die Sowjetisierung und Unterordnung Polens unter die UdSSR kämpften und deswegen von den damaligen Machthabern verfolgt und oft getötet wurden, ist in zweierlei Hinsicht ein anschauliches Beispiel für die Geschichtspolitik der PiS-Regierung. Zum einen zeigt es, wie das Zusammenwirken von Institutionen die in einer Gesellschaft oder Teilen der Gesellschaft aufkommenden Emotionen verstetigen kann. Zum anderen wird erkennbar, wie führende Politiker aktiv Geschichtspolitik betreiben können, indem sie durch öffentliche Stellungnahmen an der Vermittlung bestimmter Inhalte an die Bürger mitwirken. Beginnend mit diesem zweiten Aspekt skizziere ich nachfolgend die Rolle des polnischen Staatspräsidenten Andrzej Duda bei der Mythologisierung der „Verfemten Soldaten“.

Politiker haben viele Anlässe, sich öffentlich zu äußern – staatliche Feiertage, Ausstellungs- und Museumseröffnungen, Konferenzen, Fernsehansprachen usw. Sie geben Interviews und veröffentlichen eigene Presstexte. Insbesondere hochrangige Politiker wie Staatspräsidenten, Ministerpräsidenten und Minister (vor allem Außen- und Verteidigungsminister) haben großen Einfluss auf die Stimmungen und den Informationsstand ihrer Gesellschaften und damit auch auf das historische Wissen und auf die Bewertung und den Stellenwert historischer Ereignisse in der Gesellschaft. Sie können ihre Geschichtspolitik innerhalb der eigenen Gesellschaft betreiben oder (was freilich weitaus seltener geschieht) an die Gesellschaften anderer Länder adressieren. Dabei ist zu bedenken, dass diese Politiker ihre Reden nicht selbst schreiben, sondern über einen „Mitarbeiterstab“ verfügen, der ihre öffentlichen Auftritte – auch inhaltlich – vorbereitet. In der Regel werden Politikerreden also von Mitarbeitern geschrieben, doch indem ein Politiker eine solche Rede hält oder veröffentlicht, übernimmt er die Verantwortung für die artikulierten Inhalte und Positionen.

Seit Andrzej Duda das Amt des Staatspräsidenten übernahm, sind die „Verfemten Soldaten“ ein wichtiges Thema in seinen Reden (er

erwähnte sie auch während des Präsidentschaftswahlkampfes 2015), nicht nur anlässlich des Nationalen Tages des Gedenkens an die „Verfemten Soldaten“ am 1. März, sondern auch an anderen Feier- und Gedenktagen, vor allem solchen mit Bezug zu den polnischen Streitkräften sowie an Nationalfeiertagen wie dem 11. November.

Auf der semantischen Ebene ist in Andrzej Dudas Reden (wie auch bei anderen rechten Politikern) eine Verschiebung der bisherigen Perspektive erkennbar. Zu Beginn seiner Amtszeit sprach Duda gleichberechtigt von „żołnierze wyklęci“ („Verfemte Soldaten“) und „żołnierze niezłomni“ („Standhafte Soldaten“). In jüngster Zeit rückt die Bezeichnung „Verfemte Soldaten“ zu Gunsten des Ausdrucks „Standhafte Soldaten“ in den Hintergrund. Der Grund liegt vermutlich in den negativen Assoziationen der ersten Bezeichnung. Zudem hält die gegenwärtige Staatsführung sie in der Dritten Republik, d. h. seit 1989, nicht mehr für zutreffend, da die betreffenden Untergrundkämpfer von den kommunistischen Machthabern des alten Systems verfemt wurden, während es nun darum geht, sie zu rehabilitieren und ins kollektive Gedächtnis zurückzurufen.

Darüber hinaus liefern Dudas Reden aufschlussreiche Hinweise darauf, wie aus seiner Sicht nach 1989 im demokratischen Polen an die „Verfemten/Standhaften Soldaten“ erinnert wurde. Manche seiner Äußerungen suggerieren indirekt, in der Dritten Republik sei die Wahrheit über die „Standhaften Soldaten“ lange verschwiegen worden. Unter anderem anlässlich der Enthüllung einer Gedenktafel für die „Verfemten Soldaten“ am Grab des Unbekannten Soldaten in Warschau formuliert Duda diesen Vorwurf schon offener:

Als Präsident der Republik Polen möchte ich heute all jenen danken, die dieses Andenken über so viele Jahre hinweg bewahrten, ich möchte danken und mich noch einmal vor all jenen verneigen, die in den 1990er Jahren und danach für die Bewahrung dieses Andenkens gekämpft haben – denn leider musste man oft genug kämpfen, um gegen

die pseudopolitische Korrektheit durchzudringen, gegen die Behauptung, es sei nicht alles in Ordnung gewesen. Es mag so oder so gewesen sein, aber eines ist klar: Diejenigen, die gegen die Standhaften kämpften, waren entweder Sowjets oder aber Verräter im Dienst der Sowjets. Hier gibt es keine anderen Trennlinien (Duda 2016e).

Einen Höhepunkt dieser Betrachtungsweise bildete Dudas Rede anlässlich des Begräbnisses von Danuta Siedzikówna (Deckname „Inka“) und Feliks Selmanowicz („Zagończyk“), in der er die Dritte Republik scharf attackierte:

Heute ist ein wichtiger Tag. Aber ist es auch ein trauriger? Wir sind ja zu einem Begräbnis zusammengekommen. Nein. Es ist kein trauriger Tag. Die Familien leben schon seit ihrer Geburt mit der Trauer, denn diese Tode geschahen vor siebzig Jahren. Heute sind die Nachkommen dieser Familien unter uns. Wenn es einen Grund zur Trauer gibt, dann einzig und allein den, dass bis zu diesem Begräbnis ganze siebzig Jahre vergehen mussten und ganze siebenundzwanzig Jahre nach 1989. Meine Damen und Herren, man könnte sagen, dass bis 1989 das System der Verräter Bestand hatte, die „Inka“ und „Zagończyk“ ermordeten, aber nach 1989 existierte es – theoretisch – nicht mehr. Warum also musste Polen weitere siebenundzwanzig Jahre warten, bis es seine Helden begraben kann? (Duda 2016d).

Und weiter:

Ich möchte den jungen Menschen danken, den Pfadfindern, den Schützen, allen. All denen, die all diese Jahre hindurch das Andenken an die Standhaften Soldaten bewahrt haben,

auch den Fußballfans. Auch sie gedenken. Ihr habt nicht zugelassen, dass man ihr Andenken auslöscht, obwohl man es immer wieder versucht hat, ihr wisst es, auch in den letzten siebenundzwanzig Jahren (Duda 2016d).

Bemerkenswert in der Aufzählung der Hüter des Andenkens an die „Verfemten Soldaten“ ist die Nennung der Fußballfans, die Duda auch in anderen Reden zu diesem Thema häufig erwähnt. Erstmals wurden in dieser Form die Verdienste eines Milieus betont, das bis dahin in den Augen großer Teile der Gesellschaft vorweg aus radikalen und fremdenfeindlichen sowie zu verbaler und körperlicher Gewalt neigenden Hooligan-Gruppen bestand.

Andrzej Duda hebt in seinen Reden oft die Verdienste des ehemaligen Staatspräsidenten Lech Kaczyński um die Einführung des Nationalen Gedenktags für die „Verfemten Soldaten“ hervor:

Und der heutige Feiertag, der als staatlicher, institutionalisierter Feiertag von Präsident Professor Lech Kaczyński geschaffen wurde, aber in dessen Angelegenheit auch der polnische Sejm ein Gesetz verabschiedete, ist ein klarer und eindeutiger Beleg dafür (Duda 2016b).

Und weiter:

Ich kann heute sagen, es erfüllt mich mit Stolz, dass ich die Möglichkeit habe, auf diesem Weg weiterzugehen, die wahre Geschichte Polens zu erzählen und ihre wahren Helden zu ehren. Einem Weg, den Präsident Professor Lech Kaczyński durch sein Wirken auf dem Feld der Geschichtspolitik eröffnete, aber auch durch seine Gesetzesinitiative, der wir es verdanken, dass wir diesen schönen nationalen Gedenktag am 1. März haben, dass wir ihn feiern, dass wir gedenken, dass dieses Gedenken erneuert wurde (Duda 2016a).

Auch in anderen offiziellen Verlautbarungen der Regierung sowie in den öffentlich-rechtlichen Medien wird der Eindruck vermittelt, nur ein politisches Lager, nämlich das derzeitige Regierungslager, habe ein Interesse an der Erneuerung des Gedenkens an die „Verfemten Soldaten“. Dies lässt sich u. a. aus einer Rede des Präsidenten ableiten:

Heute, nach fünfundsechzig Jahren, geben wir dank der Entdeckung der sterblichen Überreste von Oberst Szendzielarz durch die Erinnerung an das Heldentum der Standhaften Soldaten und durch dieses Staatsbegräbnis Polen seine Würde zurück. Eine Würde, die einst jene mit Füßen traten, die den damaligen Major „Łupaszka“ folterten und ermordeten, die durch die Auslöschung der Erinnerung zusammen mit den Standhaften Soldaten in ein anonymes Massengrab geworfen wurde. Heute kehrt diese Würde zurück, zusammen mit der stolzen Republik, mit dem stolzen Polen, das sich tief verneigt und seinem großen Sohn und bis zuletzt standhaften Helden die Ehre erweist. [...] Ich möchte auch dem Minister Macierewicz dafür danken, dass er Oberst Szendzielarz heute in einen höheren Offiziersrang erhoben hat. Postum, aber das Wichtigste ist, dass wir heute ein Polen haben, das auch in Gestalt seiner obersten staatlichen Instanzen gedenkt, Ehre bezeugt und – vor allem – seine Wertschätzung erweist (Duda 2016c).

Was dadurch in Vergessenheit gerät: Das erste offizielle feierliche Begräbnis von „Verfemten Soldaten“ fand am 27. September 2015 statt, also noch während der Regierungszeit der Koalition aus Bürgerplattform und PSL – die ersten sterblichen Überreste waren bereits im Jahr 2012 auf der „Wiese“ auf dem Gelände des Warschauer Powązki-Friedhofs entdeckt worden. Die Einführung des Nationalen Gedenktags für die „Verfemten Soldaten“ geht zwar auf eine Initiative des Staatspräsidenten Lech Kaczyński zurück, der im Jahr 2010 einen Gesetzentwurf über die Einführung eines entsprechenden staatlichen

Gedenktags in den Sejm einbrachte, doch nach Kaczyńskis Tod verfolgte sein Amtsnachfolger Bronisław Komorowski das Projekt weiter und führte (nach der Verabschiedung des Gesetzes durch den Sejm im Jahr 2011) schließlich den Feiertag ein (Kancelaria Prezydenta a).

In allen Reden erinnert Präsident Duda ausschließlich an die Verdienste der „Verfemten Soldaten“. Teils kontroverse Diskussionen, die über diese Soldaten geführt und zumindest in den sogenannten liberalen Medien publik gemacht werden, finden hingegen keine Erwähnung. Historische Forschungen belegen, dass unter den „Verfemten Soldaten“ auch einige waren, die Kriegsverbrechen begangen haben, unter anderem im Jahr 1944 an der litauischen Zivilbevölkerung des Dorfes Dubinki. Umstritten sind auch zwei der bekanntesten Mitglieder des antikommunistischen Untergrunds nach 1945, die Heimatarmee-Soldaten Zygmunt Szendzielarz (Deckname „Łupaszka“) und Romuald Rajs („Bury“) (Wroński 2016). In PiS-Verlautbarungen kommen diese Kontroversen nicht vor. Das erinnert an die Mythologisierung des Warschauer Aufstands in Polen insbesondere während Lech Kaczyńskis Amtszeit als Stadtpräsident von Warschau (2002 bis 2005) und danach. Auch damals wurden alle kritischen Stimmen aus dem öffentlichen Diskurs verbannt, die angesichts der unwiederbringlichen materiellen Verluste und angesichts des Todes von 150.000 bis 180.000 Zivilisten den Sinn der Erhebung in Frage stellten. Lediglich in einem einzigen Interview mit dem Fernsehsender TV Republika äußerte sich Andrzej Duda zu den unrühmlichen Taten der „Verfemten Soldaten“. Dort sagte er:

Und denjenigen, die dieses Thema aufwerfen, kann man schwerlich den Respekt verweigern und nichts anderes sagen als: „Ja, es sind schreckliche Dinge geschehen, es wurden unschuldige Menschen ermordet.“ Ich spreche nicht von Fällen, in denen Spitzel getötet wurden, ich spreche nicht von Fällen, in denen als Zivilisten getarnte Agenten der sowjetischen Dienste getötet wurden – nicht über derartige Situationen.

Ich spreche von offensichtlichen Dramen, Tragödien, bei denen tatsächlich Zivilisten ermordet wurden, die in keins-ter Weise in die Auseinandersetzungen verstrickt waren. Das sind schreckliche, schwierige Fälle, und es lässt sich schwerlich abstreiten, dass es solche Situationen gab. Natürlich, es gab sie – ich sage es noch einmal – sporadisch, aber man darf diese Menschen nicht glorifizieren (Duda 2017).

Sein Resümee der angestrebten Mythologisierung der „Verfemten Soldaten“ verbindet Duda mit der Hoffnung:

[...] dass dieser Prozess gerade erst beginnt und an Tempo gewinnen wird. Dass er vollendet wird und dass die Standhaften Soldaten zum großen und schönen Fundament eines starken, souveränen, unabhängigen Polen werden, auf das seine Bürger, zumal die jungen, die künftigen Generationen, stolz sind – weil sie in Polen leben, weil sie an seinen Möglichkeiten, seiner Macht und seiner Größe mitwirken und teilhaben können (Duda 2016a).

Zur Mythenbildung um die „Verfemten Soldaten“ tragen darüber hinaus andere Maßnahmen bei. Ein Teil der zitierten Reden wurde unter anderem im Rahmen offizieller Begräbnisfeiern für „Verfemte Soldaten“ – „Łupaszka“, „Inka“ und „Zagończyk“ – gehalten. Die sterblichen Überreste, die man nach siebzig Jahren auf dem Warschauer Powązki-Friedhof unter anderen Gräbern entdeckt hatte, wurden mit militärischen Ehren und in Anwesenheit von Staatspräsident und Regierungsvertretern bestattet. Außerdem enthüllte Andrzej Duda eine Gedenktafel für die „Verfemten Soldaten“ am Grab des Unbekannten Soldaten in Warschau, dem Pantheon der kollektiven Erinnerung der Polen. Justizminister Zbigniew Ziobro unterzeichnete am 29. Februar 2016 die Gründungsakte des Museums

der „Verfemten Soldaten“ und der Politischen Gefangenen der Volksrepublik Polen, das innerhalb von vier Jahren auf dem Gelände des Untersuchungsgefängnisses in der Ulica Rakowiecka in Warschau entstehen soll. Für das Museum ist ein gesonderter Abschnitt auf dem Grundstück des Untersuchungsgefängnisses vorgesehen, auf dem Soldaten der Heimatarmee und der Unabhängigkeitsbewegung im Untergrund gefangen gehalten und ermordet wurden (Powstanie muzeum 2016). Derzeit läuft in Warschau eine unter anderem mit großflächigen Reklametafeln beworbene öffentliche Sammlung von Erinnerungsstücken aus dieser Zeit. Im Zuge der Schulreform, die im Schuljahr 2017/18 in Kraft getreten ist, wurden auch die allgemeinen Lehrpläne geändert. Wesentliche Aspekte der Reform betreffen das Fach Geschichte und die Lerninhalte, die den polnischen Schülern im Geschichtsunterricht vermittelt werden sollen. Ein geplanter Bestandteil zur Festigung des patriotischen Empfindens der Kinder ist unter anderem die intensivere Vermittlung von Wissen über die „Verfemten Soldaten“.

Das größte Potenzial, breiten Teilen der Gesellschaft die neuen historischen (und politischen) Botschaften zu vermitteln, besitzen allerdings die öffentlich-rechtlichen Medien (polnisches Fernsehen und polnisches Radio), deren Spitzenpositionen unmittelbar nach der Machtübernahme von der PiS-Regierung neu besetzt wurden. Infolgedessen kann die Partei nun ihre Sichtweise der Geschichte einem breiten Publikum vermitteln. Was das bedeutet, konnte man anlässlich der Feierlichkeiten zum Nationalen Tag des Gedenkens an die „Verfemten Soldaten“ am 1. März 2016 (im ersten Jahr der PiS-Regierung) beobachten. Die Nachrichten- und Informationsprogramme der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radiosender wurden mehrere Tage von diesem Thema beherrscht. Der Nationale Tag des Gedenkens an die „Verfemten Soldaten“ wurde 2016 zwar zum sechsten Mal begangen, doch erst in diesem Jahr entstand der Eindruck, man wolle einen neuen Mythos schaffen.

Ein anderer Aspekt der Mythologisierung der „Verfemten Soldaten“ betrifft die Frage, woher das Interesse und das Bedürfnis kommen, die „Verfemten Soldaten“ gleichsam zum Gründungsmythos des neuen Polen zu machen. Rechte, Nationalisten und Fußballfans verehren sie seit Jahren als Helden – der Warschauer Gedenklauf für die „Verfemten Soldaten“ (*Bieg Pamięci Żołnierzy Wyklętych*) erfuhr 2017 bereits seine sechste Auflage. Teile der polnischen Gesellschaft verspüren zudem das Bedürfnis, ihre Affirmation für patriotische Symbole und Parolen (Bilder der „Verfemten Soldaten“, den weißen Adler, den Anker des Kämpfenden Polen, den Kleinen Aufständischen, das Symbol der Nationalen Streitkräfte NSZ usw.) zur Schau zu stellen. Die Verkaufszahlen von Produkten mit entsprechenden Abbildungen und Symbolen – Bettwäsche, Hemden, Mützen, Tassen u. Ä. – schnellen rasant in die Höhe. Ganz offensichtlich entspricht also der Wunsch, die „Verfemten Soldaten“ zu rehabilitieren, zu würdigen und zu ehren, einem Bedürfnis der Gesellschaft oder zumindest eines Teils der Gesellschaft. Die gegenwärtige Regierung verstärkt dieses Bedürfnis, sie institutionalisiert das Thema der „Verfemten Soldaten“, verstaatlicht die entsprechenden Initiativen und macht es sich so für ihre Zwecke zu eigen. In diesem Kontext sind die Ausführungen des Politologen Klaus Bachmann interessant, der 2006 unter Verweis auf die Erfahrungen von Ländern wie Deutschland, Frankreich, den Vereinigten Staaten und anderen konstatierte, die Haltung der Menschen zur Vergangenheit ihres Landes werde weitaus stärker von aktuellen gesellschaftlichen Bedürfnissen als von staatlicher Politik bestimmt. Die Position des Staates ist zu bestimmten historischen Fragen durch gesellschaftliche Veränderungen bedingt, staatliche Initiativen bilden nur den Endpunkt weitaus früher begonnener Prozesse (Bachmann 2006). Vor diesem Hintergrund hat der Mythos der „Verfemten Soldaten“ vermutlich gute Chancen, sich in der polnischen Gesellschaft zu verbreiten und zu verwurzeln. Es könnte allerdings auch sein, dass er dabei seine Funktion als einendes Element der teils radikalen rechten Milieus verliert. Die Verstaatlichung des Mythos der „Verfemten Soldaten“ ist nicht in ihrem Sinne, sie sehen darin eine Vereinnahmung durch

eine Elite – zwar eine neue und ihnen näherstehende, aber doch eine Elite. Die Vertreter diverser rechter und patriotischer Gruppierungen warnen seit einiger Zeit vor den Folgen der Popularisierung dieses Mythos. Im März 2015 äußerten sie ihre Bedenken in einem offenen Brief mit dem Titel „Żołnierze naprawdę wyklęci. List otwarty do środowisk patriotycznych“ („Die wahrhaft Verfemten Soldaten. Offener Brief an die patriotischen Milieus“), den unter vielen anderen die Ehefrau des ehemaligen IPN-Direktors Janusz Kurtyka, der stellvertretende Vorsitzende der Partei „Polen ist das Wichtigste“ (Polska Jest Najważniejsza), Mitglieder des Polnischen Journalistenverbandes, der Gesellschaft „Die Solidarischen 2010“ (Solidarni 2010) und des Klubs der „Gazeta Polska“ („Polnische Tageszeitung“) sowie der Historiker Jan Żaryn unterzeichneten. Mit Bezug auf die bevorstehenden Feierlichkeiten zum Nationalen Tag des Gedenkens an die „Verfemten Soldaten“ im Jahr 2016 heißt es dort, diese „hinterließen auch viele Fragen und die Befürchtung, ob wir dadurch, dass wir in einer bestimmten Sache zu viel des Guten tun, nicht zerstören, was wir begonnen haben“ (Żołnierze naprawdę wyklęci 2015). Zur angesprochenen Verdrängung des Ausdrucks „Verfemte Soldaten“ durch die Bezeichnung „Standhafte Soldaten“ schreiben die Verfasser des Offenen Briefs:

Der Begriff „Verfemte Soldaten“ ermöglicht es im Unterschied zum Begriff „Standhafte Soldaten“, auch diejenigen Soldaten des Antikommunistischen Widerstands einzubeziehen, die nicht bis zuletzt standhaft blieben. [...] Sie gehören heute zu den „Verfemten“, obwohl sie nicht standhaft waren. Das war ein einfaches Beispiel. Das Leben schrieb noch weitaus kompliziertere Drehbücher, und wenn die Geschichte ihm treu bleiben will, darf sie niemals schwarz-weiß sein (ebd.).

Und weiter:

Der Begriff „Verfemte Soldaten“ ist gesellschaftlich anerkannt, er ist in die Kultur eingegangen und hat die Herzen tausender, vor allem junger Polen erobert. Projekte wie die „Verfemten Frauen“ faszinieren, weil sie geheimnisvoll wirken und auf dem Oxymoron „Helden“ und „verfemt“ basieren. Dieser Widerspruch weckt Interesse, er macht neugierig und bewirkt, dass sich der 1. März als Gedenktag nur schlecht in die altbekannten Muster des polnischen Patriotismus einfügen lässt (ebd.).

Die Tatsache, dass ausgerechnet die „Verfemten“ zu Helden der jungen Generation wurden, erklärt der Offene Brief so:

Eben deshalb, weil sie nicht durch Ältere von oben herab als standhafte, uneingeschränkt verehrungswürdige Helden aufgezwungen wurden, weil sie nicht mit Schulbüchern oder hohlem Pathos assoziiert werden, regen sie dazu an, die Geschichte zu entdecken, altes Unrecht wiedergutzumachen und darüber nachzudenken, was im Kontext der vergehenden Zeit letztlich zu siegen bedeutet (ebd.).

Und weiter:

Die „Standhaften“ sind wenig attraktiv, sie verwischen das Besondere, mumifizieren. Können wir sicher sein, dass sich künftige Generationen junger Menschen noch für das Thema interessieren, wenn wir weiter mit den Benennungen herumspielen? Möchten die Befürworter des Begriffs „Standhafte

Soldaten“ wirklich die Verantwortung für ein mögliches Scheitern auf sich nehmen? (ebd.).

Aktive Geschichtspolitik ist ein Balanceakt, bei dem immer die Gefahr besteht, dass die schmale Grenze zur Propaganda überschritten wird. Als Resümee meiner Ausführungen zur Geschichtspolitik in Polen und zur Mythenbildung in der Gesellschaft am Beispiel der Mythologisierung der „Verfemten Soldaten“ möge das folgende Zitat aus dem „Offenen Brief an die patriotischen Milieus“ dienen:

Die „Verfemten“ sind Helden aus Fleisch und Blut, Menschen mit ihren Schwächen und ihren inneren Konflikten, mit ihrem Heldentum und ihrer Tragödie, die nach Jahrzehnten im Triumph endete. Wir sollten ihnen nicht um jeden Preis Bronzedenkmal errichten. [...] Die Geschichte hat sie zu „Verfemten“ gemacht. Und weder steht es in unserer Macht, sie zu verändern, noch sollten wir es tun, denn es käme dem Versuch gleich, sie zu verfälschen (ebd.).

LITERATUR

Andrychowicz-Skrzeba, Joanna: Polityka historyczna w Polsce i Niemczech po roku 1989 w wystąpieniach publicznych oraz publikacjach polityków polskich i niemieckich [Geschichtspolitik in Polen und Deutschland in öffentlichen Auftritten und Publikationen polnischer und deutscher Politiker nach 1989], Gdańsk 2014.

Bachmann, Klaus: Wbrew społecznym trendom? Dlaczego niemiecka polityka historyczna była i będzie skuteczniejsza od polskiej [Gegen gesellschaftliche Trends? Warum die deutsche Geschichtspolitik erfolgreicher war und sein wird als die polnische], in: „Komentarze”, Nr. 8, 02.06.2006.

Duda, Andrzej a: Wystąpienie z okazji Narodowego Dnia Pamięci Żołnierzy Wyklętych [Rede anlässlich des Nationalen Gedenktags für die „Verfemten

Soldaten“], 01.03.2016, <http://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/art,31,wystapienie-z-okazji-narodowego-dnia-pamieci-zolnierzy-wykletych.html> (12.03.2017).

Duda, Andrzej b: Wystąpienie Prezydenta RP na placu Marszałka Józefa Piłsudskiego [Rede des Präsidenten der Republik Polen auf dem Marschall-Józef-Piłsudski-Platz], 01.03.2016, <http://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/art,32,wystapienie-prezydenta-rp-na-placu-marszal-ka-jozefa-pilsudskiego.html> (12.03.2017).

Duda, Andrzej c: Wystąpienie prezydenta na uroczystościach pogrzebowych płk. Zygmunta Szendzielarza „Łupaszki” [Rede des Präsidenten bei den Begräbnisfeierlichkeiten für Oberst Zygmunt Szendzielarz („Łupaszka“)], 24.04.2016, <http://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/art,39,wystapienie-prezydenta-na-uroczystosciach-pogrzebowych-plk-zygmunta-szendzielarza-lupaszki.html> (12.03.2017).

Duda, Andrzej d: Wystąpienie Prezydenta RP podczas uroczystości pogrzebowych „Inki” i „Zagończyka” [Rede des Präsidenten der Republik Polen während der Begräbnisfeierlichkeiten für „Inka“ und „Zagończyk“], 28.08.2016, <http://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/art,71,wystapienie-prezydenta-rp-w-czasie-uroczystosci-pogrzebowych-inki-i-zagonczyka.html> (12.03.2017).

Duda, Andrzej e: Wystąpienie Prezydenta podczas odsłonięcia drugiej tablicy poświęconej pamięci „Żołnierzy Wyklętych” [Rede des Präsidenten anlässlich der Enthüllung einer zweiten Gedenktafel zum Gedenken an die „Verfemten Soldaten“], 10.11.2016, <http://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/art,102,wystapienie-prezydenta-podczas-odsloniecia-drugiej-tablicy-poswieconej-pamieci-zolnierzy-wykletych.html> (12.03.2017).

Duda, Andrzej: Wywiad prezydenta Andrzeja Dudy dla TV Republika [Interview des Staatspräsidenten Andrzej Duda mit TV Republika], 24.01.2017, <http://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wywiady/art,94,wywiad-prezydenta-andrzeja-dudy-dla-tv-republika.html> (12.03.2017).

Dunaj, Bogusław (Hg.): Słownik współczesnego języka polskiego [Wörterbuch der polnischen Gegenwartssprache], Warszawa 1996.

Jędrzyk, Miłada: Po co nam polityka historyczna? – debata „Gazety” [Wozu brauchen wir Geschichtspolitik? – Eine „Gazeta“-Debatte], 30.09.2005, <http://wyborcza.pl/1,76842,2945729.html> (12.03.2017).

Jurszo, Robert: Cenzura wkroczyła do przejętego przez PiS Muzeum II Wojny Światowej. Marszałec odchodzi na znak protestu [Die Zensur rückt in das von der PiS übernommene Museum des Zweiten Weltkrieges ein. Marszałec kündigt als Zeichen des Protests], 16.06.2017, <https://oko.press/cenzura-wkroczyla-przejetego-pis-muzeum-ii-wojny-swiatowej-marszalec-odchodzi-znak-protestu/> (10.10.2017).

Kancelaria Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej [Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen]: Wystąpienie prezydenta na debacie NRR dot. polityki historycznej [Rede des Präsidenten während einer Debatte des NRR zur Geschichtspolitik], 16.02.2016, <http://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/art,29,wystapienie-prezydenta-na-debacie-nrr-dot-polityki-historycznej.html> (30.10.2017).

Kancelaria Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej [Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen] a: Narodowy Dzień Pamięci Żołnierzy Wyklętych [Nationaler Tag des Gedenkens an die Verfehten Soldaten], <http://www.prezydent.pl/kancelaria/zolnierze-wykleci/narodowy-dzien-pamieci-zolnierzy-wykletych/> (12.03.2017).

Kancelaria Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej [Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen] b: O Narodowej Radzie Rozwoju [Über den Nationalen Entwicklungsrat], <http://www.prezydent.pl/kancelaria/nrr/o-nrr/> (12.03.2017).

Krzysztof Olendzki nowym dyrektorem IAM [Krzysztof Olendzki neuer Direktor des Adam-Mickiewicz-Instituts], 07.09.2016, <https://dorzeczy.pl/10191/Krzysztof-Olendzki-nowym-dyrektorem-IAM.html> (12.03.2017).

Łupak, Sebastian: Trzy recenzje są podstawą krytyki PiS wobec Muzeum II Wojny Światowej. Jako pierwsi ujawniamy, co w nich jest [Drei Gutachten sind Grundlage der Kritik der PiS gegenüber dem Museum des Zweiten Weltkrieges. Wir geben als Erste bekannt, was drin steht], 09.07.2016, <http://www.gdansk.pl/wiadomosci/Trzy-recenzje-sa-podstawa-krytyki-PiS-wobec-Muzeum-II-Wojny-Swiatowej-Jako-pierwsi-ujawniamy-co-w-nich-jest,a,57214> (10.10.2017).

Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Auswärtiges Amt]: Niemieckie obozy koncentracyjne [Deutsche Konzentrationslager], http://msz.gov.pl/pl/polityka_zagraniczna/niemieckie_obozy_koncentracyjne (12.03.2017).

Mix, Andreas: „Geschichtspolitik“ heißt das Zaubermittel, mit dem Polens Regierung Patrioten erziehen will, in: „Berliner Zeitung“, 12.07.2007.

Nijkowski, Lech M.: Polska polityka pamięci. Esej socjologiczny [Polnische Erinnerungspolitik. Ein soziologischer Essay], Warszawa 2008.

Pierwsze zmiany na wystawie Muzeum II Wojny Światowej [Die ersten Änderungen an der Ausstellung des Museums des Zweiten Weltkrieges], 29.09.2017, <http://niezalezna.pl/204595-pierwsze-zmiany-na-wystawie-muzeum-ii-wojny-swiatowej> (10.10.2017).

PiS chce utworzyć Instytut Solidarności i Odwagi. Jeszcze w tym roku przekaże mu z budżetu 75 mln zł [PiS will ein Institut der Solidarität und Courage errichten. Noch in diesem Jahr wird sie ihm 75 Millionen Zloty aus dem Haushalt bewilligen], 27.10.2017, <http://www.polsatnews.pl/wiadomosc/2017-10-27/pis-chce-utworzyc-instytut-solidarnosci-i-odwagi-jeszcze-w-tym-roku-przekaze-mu-z-budzetu-75-mln-zl/?ref=slider> (27.10.2017).

Polityka historyczna za i przeciw [Geschichtspolitik für und wider], in: „Mówią wieki”, Nr. 8, 2006, S. 10-17.

„Polskie obozy śmierci“ 636 razy w światowych mediach. Najczęściej w USA, Wielkiej Brytanii i Niemczech [„Polnische Todeslager“ 636 Mal in den Weltmedien. Am häufigsten in den USA, Großbritannien und Deutschland], 20.03.2015, <https://www.wprost.pl/503277/Polskie-oboz-y-smierci-636-razy-w-swiatowych-mediach-Najczesciej-w-USA-Wielkiej-Brytanii-i-Niemczech> (12.03.2017).

Powstanie muzeum Żołnierzy Wyklętych. „Podejmujemy dzieło śp. Lecha Kaczyńskiego” [Ein Museum der Verfemten Soldaten wird entstehen. „Wir setzen das Werk des verstorbenen Lech Kaczyński fort], 29.02.2016, <https://www.tvn24.pl/wiadomosci-z-kraju,3/powstanie-muzeum-zolnierzy-wykletych,623366.html> (30.10.2017).

Rachid Chehab, Milena: Nowa dyplomacja kulturalna. Co będzie z Instytutami Polskimi za granicą? Szykują się zmiany [Neue Kulturdiplomatie. Was wird aus den Polnischen Instituten im Ausland? Veränderungen stehen bevor], 07.03.2016, <http://wyborcza.pl/1,75410,19726733,polska-kultura-na-eksport-co-polubi-swiat.html> (12.03.2017).

Romanowski, Andrzej: Majsterkowicze naszej pamięci [Die Bastler unserer Erinnerung], 01.03.2008, http://www.archiwum.wyborcza.pl/Archiwum/1,0,5047055,20080301RP-DGW,Majsterkowicze_naszej_pamieci,.html (12.03.2017).

Setki błędów i setki interwencji. MSZ reaguje na „polskie obozy koncentracyjne” [Hunderte Fehler und hunderte Interventionen. Das Außenministerium reagiert

auf „polnische Konzentrationslager“], 28.01.2017, <http://www.tvp.info/28829264/setki-bledow-i-setki-interwencji-msz-reaguje-na-polskie-obozy-koncentracyjne> (12.03.2017).

Troebst, Stefan: Geschichtspolitik. Politikfeld, Analyserahmen, Streitobjekt, in: Etienne, François/Kończal, Kornelia/Traba, Robert/Ders. (Hg.): Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich, Göttingen 2013, S. 15-34.

Ustawa z dnia 29 kwietnia 2016 r. o zmianie ustawy o Instytucie Pamięci Narodowej – Komisji Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu oraz niektórych innych ustaw [Gesetz vom 29.04.2016 über die Änderung des Gesetzes über das Institut für Nationales Gedenken – Kommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen das Polnische Volk sowie einiger anderer Gesetze], 29.04.2016, [http://orka.sejm.gov.pl/opinie8.nsf/nazwa/334_u/\\$file/334_u.pdf](http://orka.sejm.gov.pl/opinie8.nsf/nazwa/334_u/$file/334_u.pdf) (12.03.2017).

Wroński, Paweł: Historia zamieniana w mit [Mythologisierte Geschichte], in: „Gazeta Wyborcza”, 27.04.2016.

Żołnierze naprawdę wyklęci. List otwarty do środowisk patriotycznych [Die wahrhaft verfemten Soldaten. Offener Brief an die patriotischen Milieus], 26.03.2015, <http://blogpress.pl/node/20853> (12.03.2017).

Geschichtsbewusstsein – eine „deutsche Krankheit“? Perspektiven auf die Bundesrepublik im Jahr 2017

MICHAEL HILL

Als 1949 ein Pariser Militärgericht den ehemaligen deutschen Botschafter Otto Abez zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilte, nannten Berichterstatter ihn „das Opfer einer sehr deutschen Krankheit: des ‚Geschichtsbewu[ss]tseins‘“ (Personalien 1949, S. 26). Ein Jahr später konnte man auf der Titelseite einer großen deutschen Tageszeitung lesen: „Das deutsche Volk hat sich selber auf einem wichtigen Gebiet in Nachteil gebracht gegenüber allen anderen Völkern der Erde: sein Geschichtsbewu[ss]tsein ist so gespalten wie nirgendwo sonst“ (Bismarck als Vorbild 1950, S. 1). Aber ist dieses Bewusstsein über die eigene Geschichte wirklich eine „deutsche Besonderheit“, eine „sehr deutsche Krankheit“? In Deutschland ist man heute jedenfalls nicht stärker auf die Vergangenheit fixiert als andere Länder. Frankreich und Großbritannien würdigten beispielsweise den 100. Jahrestag des Ersten Weltkrieges mit weitaus größerem öffentlichen Interesse als die Bundesrepublik (Keil 2016, S. 97). Dennoch ist das Verhältnis der Deutschen gerade zur jüngeren Vergangenheit von zwei wesentlichen Faktoren geprägt, die sie von ihren Nachbarländern unterscheiden: der NS-Täterschaft und der deutschen Teilung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte sich nicht nur die Frage, welche Konsequenzen aus der NS-Diktatur Zeit für die Gegenwart gezogen werden sollten. Streitpunkt war (und ist) auch immer wieder, welche Rolle die zwölfjährige NS-Zeit im Großnarrativ der „gesamten“ deutschen Geschichte einnehmen soll. Ist sie nur als eine Epoche unter vielen zu betrachten, deren andauernde Thematisierung eine positive Bezugnahme auf die deutsche Vergangenheit und das Herausbilden einer nationalen Identität unmöglich macht? Oder ist die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eine durchgehende und generationenübergreifende Aufgabe für alle Deutschen? Erst in den 1980er- und 1990er-Jahren kamen das „Normalisierungsparadigma“ und das „Aufarbeitungsparadigma“ zu einem Konsens, der die permanente kritische Erinnerung an die NS-Zeit in den Mittelpunkt eines neuen „Sekundärstolzes“ rückte: Aus deutscher Schuld wurde deutsche Verantwortung (Breuer 2015, S. 43f.).

Strittig bleibt jedoch, wie dieses kollektive Gedenken zu gestalten und zu praktizieren ist. So lässt sich laut Assmann jüngst ein „wachsende[s] Unbehagen“ an der deutschen Erinnerungskultur beobachten (Assmann 2013, S. 12). Wissenschaftler kritisieren (und diskutieren) beispielsweise, dass diese einer „Olympiade der Betroffenheit“ gleiche, zu stark auf eine emotional-affektive Identifizierung mit den Opfern setze und dabei eine inhaltlich-kritische Auseinandersetzung mit den Tätern erschwere (Jureit/Schneider 2010, S. 22). Gestützt wurden solche Stimmen durch eine viel diskutierte Umfrage unter Jugendlichen, die ergab, dass sich die Mehrheit der Befragten zwar „sehr für die Zeit des Nationalsozialismus“ interessiere und „Erinnern und Gedenken für sinnvoll“ halte. Gleichzeitig gab fast die Hälfte an, in der Schule werde erwartet, „dass man auf jeden Fall Betroffenheit zeigt“ – und dass man „seine Meinung über die NS-Vergangenheit in Deutschland nicht ehrlich sagen“ könne (Staas 2010, S. 12-15). Ist der Preis für den deutschen Erinnerungskonsens, dass „Geschichtsbewusstsein“ zu einer Pflichtübung, „einem verordneten, nervös beaufsichtigten Schweigemarsch“ wird (ebd.)? Das Ringen um den richtigen Umgang mit der NS-Vergangenheit ist jedenfalls keinesfalls abgeschlossen,

nur seine äußeren Grenzen haben sich verschoben. Gerade der wachsende zeitliche Abstand zum Zweiten Weltkrieg, durch den der Nationalsozialismus zwangsläufig dem „lebendigen Gedächtnis“ der Mitlebenden entwächst, macht die Frage nach dem richtigen bzw. einem angemessenen Täterbewusstsein noch schwieriger.

Die Teilung Deutschlands in zwei Staaten war ebenfalls geprägt vom Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Der Kampf um die Legitimationshoheit zwischen der DDR und der Bundesrepublik wurde zu einem erheblichen Teil darüber ausgefochten, wer den Nationalsozialismus konsequenter und „richtiger“ überwinden könne und daher den Anspruch erheben dürfe, „das neue, wahre Deutschland“ zu verkörpern. Die DDR verstand sich stets als Nachfolgerin des kommunistischen Widerstandskampfes gegen den Faschismus, an den wiederum die Bundesrepublik aus ihrer Sicht nahtlos anknüpfte. Dieser „verordnet[e] Antifaschismus“ wurde zur Staatsdoktrin und sollte dazu beitragen, „die Integration sowie die Loyalität gegenüber dem neuen Staat DDR und seiner Führung“ in der Bevölkerung zu festigen (Weber 2012, S. 206). Indem die Staatsführung den Faschismus jedoch nach Westen auslagerte und seine Ursachen im Osten für überwunden erklärte, lehnte sie eine eigene Auseinandersetzung mit der Schuldfrage ab. Die revidierte DDR-Verfassung von 1974 erklärte in diesem Sinne in Art. 6, Abs. 1: „Die Deutsche Demokratische Republik hat [...] auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet“ (Müller-Römer 1974, S. 80f.). Aber auch die Opfer des Nationalsozialismus, insbesondere Juden, wurden im antifaschistischen Staatsnarrativ stets in Konkurrenz zu den kommunistischen Widerständlern gesetzt und dadurch implizit abgewertet.

Studien und Statistiken belegen seit Jahren, „dass in Ostdeutschland im Verhältnis zur Einwohnerzahl eine besondere Häufung von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Übergriffen zu verzeichnen ist“ (Jahresbericht der Bundesregierung 2016, S. 10). Diese Tatsache wird von politischen Kommentatoren (insbesondere aus einer westdeutschen Perspektive) gerne mit der totalitären DDR-Vergangenheit

begründet. Auch die Mordserie der rechtsextremen terroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) wurde 2011 wiederholt auf diese vermeintlich unzureichende demokratische Sozialisation der Ostdeutschen zurückgeführt. „Die DDR ist seit fast einem Vierteljahrhundert Geschichte“, schrieb der Historiker Klaus Schroeder 2014 in einem Debattenbeitrag. „Doch viele Mentalitäten und Einstellungen, die die autoritäre und kollektive Indoktrination zweier Generationen hervorgebracht hat, sind weiterhin lebendig – und für das wiedervereinte Deutschland eine Hypothek“ (Schroeder 2014, S. 8). Wie so oft, wenn Geschichte als Argument bemüht wird, werden hierdurch gegenwärtige strukturelle Probleme in die Vergangenheit verlagert (Quent 2012, S. 38). Geschichtsbilder, welche die Vergangenheit auf die Gegenwart hin zuspitzen, laufen zudem Gefahr, sich selbst zu bestätigen und unpassende Tatsachen auszublenden. Der Erfolg rechtsextremer Parteien in den ostdeutschen Bundesländern beispielsweise lässt sich nicht aus der DDR-Geschichte ableiten: Bis spät in die 1990er-Jahre hinein war ihr Stimmenanteil im Westen im Durchschnitt höher als in den östlichen Bundesländern (Stöss 2010, S. 85). Die Ansicht, dass Ostdeutsche aus historischen Gründen demokratieunfähig seien, hält sich allerdings hartnäckig als Nische im öffentlichen Diskurs. Sie unterstreicht, wie schwierig es ist, heute überhaupt von einem gemeinsamen deutschen Geschichtsbewusstsein zu sprechen.

Während die „Friedliche Revolution“ von 1989 zum Gründungsmythos der wiedervereinten Bundesrepublik wurde, löst die Frage, welchen Platz die immerhin 40-jährige Epoche der DDR in der gemeinsamen deutschen Geschichte einnimmt, bis heute Kontroversen aus. Der Totalitarismus des DDR-Staates und seiner Institutionen, allen voran das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi), haben zu einer „flächendeckenden Entwertung der ostdeutschen Erinnerung“ geführt, die auch private Lebensbereiche betrifft (Wolfrum 2002, S. 136). So haben Kritiker beispielsweise der kommerziellen Neuvermarktung von ostdeutschen Retroprodukten vorgeworfen, die SED-Diktatur durch DDR-Nostalgie („Ostalgie“) zu verharmlosen. „Bilder von Mauer und

Stacheldraht“ würden durch Ampelmännchen ersetzt (Fleischauer 2008, S. 175). Diese ganzheitliche Ablehnung des „Unrechtsstaates“ DDR kommt jedoch aus der Sicht einiger ehemaliger DDR-Bürger einer Diskreditierung ihrer gesamten Lebensgeschichte gleich. Daraus ergibt sich ein Teufelskreis, in dem sich Vorwürfe der Verharmlosung und der Verteufelung gegenseitig fortlaufend bestärken. Die tatsächliche „Hypothek“ für das wiedervereinte Deutschland ist, dass unterschiedliche historische Erfahrungen eine gemeinsame Erzählung über die deutsche Teilung sehr schwierig oder sogar unmöglich machen.

Abzuwarten bleibt, ob sich dieser Widerspruch im Laufe der Jahrzehnte auswachsen oder in den nächsten Generationen fortsetzen wird. 2009 sorgten Umfragen für Aufsehen, nach denen mehr als die Hälfte der ostdeutschen Jugendlichen die DDR nicht als Diktatur und die Stasi als einen gewöhnlichen Geheimdienst ansahen. Wissenschaftler warnten vor einer Verharmlosung der SED-Diktatur durch Jugendliche, die ihr Wissen über die DDR „eher aus Familiengesprächen als aus dem Schulunterricht bezögen“ (Heimweh nach der Diktatur 2009, S. 125). Vergleichbare Umfrageergebnisse gab es allerdings auch in der alten Bundesrepublik immer wieder. 1965 bezeichneten fast 25 Prozent der Bundesbürger das Attentat auf Adolf Hitler noch als „Verrat“ (Martens/Lorenz 2015, S. 82), und 1971 stimmte fast jeder dritte Jugendliche der Aussage zu, der Nationalsozialismus habe „auch gute Seiten“ gehabt (unter den über 65-Jährigen bejahte dies weit mehr als die Hälfte). Alarmierend stellte 1977 eine Auswertung von Tausenden Aufsätzen deutscher Schülerinnen und Schüler über Adolf Hitler eine Häufung von „Unkenntnis, Halb- und Falschwissen, Fehltrug, Beschönigung und Billigung“ fest, oft geprägt von den „Parolen“ der Eltern und Großeltern über „Zucht und Ordnung und Sauberkeit“ (Hitler kam von ganz alleine 1977, S. 39 und 49). Dass sich solche Ansichten bis heute positiv gewandelt haben, war nicht das Ergebnis einer selbstverständlichen Fortschrittsgeschichte und ist daher auch keinesfalls unumkehrbar.

Über diese historischen Besonderheiten hinaus zeichnen sich in der Bundesrepublik heute zwei weitere Entwicklungen ab, die für das nationale Geschichtsbewusstsein von Bedeutung sind und sich ähnlich in anderen Ländern beobachten lassen. Einerseits ist dies der Aspekt der Migration und die Begegnung mit dem „Fremden“. Die Eigenschaft der „Fremdheit“ ist keine Konstante, sie entsteht immer erst in dem Moment, so Becker und Braun, wenn sie bestimmten Personen zugeschrieben wird und sich eine Gruppe von der anderen abgrenzt (Becker/Braun 2012, S. 7). Da Geschichtsbewusstsein wesentlich dazu dient und beiträgt, Personen und Gruppen ein Bild von sich selbst zu geben, ist es maßgeblich an der Entstehung von Fremdheitserfahrungen beteiligt. Dies ist deutlich an Debatten über den Zuzug und die Integration von muslimischen Migranten und Migrantinnen zu beobachten, die sich durch die 2015 einsetzende Flüchtlingsbewegung nach Europa intensiviert haben. Dabei präsentieren Kritiker oft Begriffe wie den eines „jüdisch-christlichen Kulturkreises“ oder eines „europäischen Abendlandes“ als naturgegebene Kategorien, die jedoch aus Deutungen der Vergangenheit abgeleitet und somit stets subjektiv und selektiv sind (Schreiner 2008; Zimmermann 2012). Die Begegnung mit „dem Fremden“ dient hier als Anlass, Identitäten und mit ihnen verbundene Geschichtsbilder zu entwerfen, anzupassen oder zu festigen. Dabei ist zu beobachten, dass Geschichtsbewusstsein nicht immer eine integrative, sondern oft auch eine ausgrenzende Funktion zukommt.

Historische Analogien werden jedoch ebenso benutzt, um Gefühle der Fremdheit abzubauen bzw. ihnen entgegenzuwirken. Flucht und Vertreibung sind keine neuen Erscheinungen, sondern haben selbst eine Geschichte, die gegenwärtige Perspektiven beeinflussen kann. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 14 Millionen deutsche Staatsangehörige und „Volksdeutsche“ durch die Verschiebung der deutschen Grenzen bzw. die Bestimmungen der Potsdamer Konferenz heimatlos und mussten in die alliierten Besatzungszonen umsiedeln. Bereits vor Kriegsende waren Hunderttausende aus diesen östlichen Siedlungsgebieten nach Westen geflohen. Beim jährlichen Festakt des

Bundes der Vertriebenen setzte Bundeskanzlerin Angela Merkel 2014 diese Vergangenheit bewusst mit den „Vertreibungen von heute“ in Beziehung: „Wir müssen Verständnis und Empathie für die Flüchtlinge und Vertriebenen der heutigen Zeit haben. Unsere eigenen geschichtlichen Erfahrungen können uns dabei helfen“ (Bundesregierung 2014). Ähnlich äußerte sich der damalige Bundespräsident Joachim Gauck, als er die Deutschen 2015 am nationalen Gedenktag für Vertreibung zu mehr Mitgefühl aufforderte: „Ich wünschte, die Erinnerung an die geflüchteten und vertriebenen Menschen von damals könnte unser Verständnis für geflüchtete und vertriebene Menschen von heute vertiefen“ (Bundespräsident 2015). Beide Analogien zielten darauf ab, Unbekanntes mit Vertrautem in Beziehung zu setzen, das gegenwärtig „Fremde“ in das historische Selbstbild zu integrieren und somit emotionale Nähe herzustellen. Die Erinnerung an die deutschen Vertriebenen überträgt sich jedoch nicht selbstverständlich auf die Wahrnehmung der Gegenwart. Die historische Erfahrung hat in Deutschland nicht immer zu einer stärkeren Identifizierung mit Flüchtenden geführt. Noch in den 1980er- und frühen 1990er-Jahren ließ sich in der Bundesrepublik über längere Zeit eine aufgeheizte und enthemmte Stimmung gegenüber Asylbewerbern beobachten, obwohl die Vertreibungen der Nachkriegszeit zeitlich noch deutlich näher lagen als heute. Insbesondere die regierenden Unionsparteien CDU/CSU und Medien des Springer-Verlages schürten damals in gezielten Kampagnen panikartige Stimmungen gegen Flüchtlinge, die sie zu einer „Flutwelle von Betrügern“ in das „vermeintliche Sozialparadies Bundesrepublik Deutschland“ stilisierten (Herbert 2001, S. 267).¹ Diese über mehrere Jahre andauernde Asyldebatte war eine der „schärfsten, polemischsten und folgenreichsten Auseinandersetzungen der deutschen Nachkriegsgeschichte“ (ebd., S. 299) und wurde von zahlreichen, teils pogromartigen Übergriffen auf Asylbewerber wie in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen begleitet. Merkels und Gaucks demonstrative Verweise auf die deutschen Vertriebenen deuten also eher darauf hin, dass sich solche Analogien im öffentlichen Bewusstsein nicht

¹ So bspw. Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) im Dezember 1982. Zitiert in Herbert 2001, S. 267.

voraussetzen lassen, sondern erst evoziert werden müssen. Auch hierbei handelt es sich um Vergangenheitsdeutungen, die unter dem Eindruck der jeweiligen Gegenwart entstehen und an bestimmte Ziele geknüpft sind. Aus diesem Grund sind sie unweigerlich mit einem Kampf um Deutungshoheit verbunden. Joachim Gaucks Verweis auf die deutschen Vertriebenen wies der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, einer der profiliertesten Kritiker in der Flüchtlingsdebatte, deshalb auch entschieden zurück: „Ich weiß aus vielen Gesprächen mit Heimatvertriebenen, dass sie solche Vergleiche nicht gerne hören. Die Ursachen sind jetzt andere [...]. Ich finde diese Diskussion nicht angezeigt“ (Kritik an Gauck 2015). Auch hier zeigt sich, dass historische Erfahrung keine automatischen Schlussfolgerungen hervorbringt. „Geschichtsbewusstsein“ entsteht nicht passiv aus der Kenntnis der Vergangenheit heraus, sondern wird stets aktiv hergestellt und ist deshalb in hohem Maße wandelbar und umkämpft.

Ferner ist der öffentliche Umgang mit Geschichte in der Bundesrepublik heute wieder spürbar politisierter, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war. Durch das erneute Erstarken politischer Bewegungen am rechten Rand des Parteienspektrums fühlen sich auch wieder mehr Personen und Gruppen legitimiert, die völkisch-nationalistische und geschichtsrevisionistische Ansichten vertreten und diese bewusst in die Öffentlichkeit tragen. Diese Tabubrüche erhalten nicht nur durch die traditionellen Print- und Rundfunkmedien große Aufmerksamkeit. Auch soziale Mediendienste bieten ihnen im Internet eine zusätzliche Plattform und neue Kommunikationswege. Hierdurch brechen Kämpfe über die historische Deutungshoheit wieder auf, die eigentlich als abgeschlossen galten. Auch die Ansicht, der Nationalsozialismus sei eine ungerechte historische Last für die Deutschen und stehe einem positiven Nationalgefühl im Wege, erfährt momentan eine Wiederbelebung. So beklagte sich im Januar 2017 Björn Höcke, der Fraktionsvorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD) im Thüringer Landtag, über das Berliner Holocaust-Mahnmal: „Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt

gepflanzt hat.“² Im Gegenzug forderte er eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ (Empörung nach Rede 2017). Solche Ansichten sind nicht neu. Im Gegenteil, sie reihen sich ein in eine geschichtsrevisionistische Opferrolle, die Teile der deutschen Bevölkerung schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit pflegten (Wolfrum 2002, S. 106). Dass nun Vertreter einer Partei, die Stimmen auch aus breiten Bevölkerungsschichten erhält, den deutschen Geschichtskonsens als „dämliche Bewältigungskultur“ bezeichnen und Mittel für Gedenkstätten kürzen wollen, um die „einseitige Konzentration auf zwölf Jahre nationalsozialistischen Unrechtes“ durch die „Vermittlung eines ausgewogenen Geschichtsbildes“ zu ersetzen – das stellt die Bundesrepublik heute (erneut) vor ungewohnte Herausforderungen (In Erinnerung bleiben 2017, S. 4).

Zwar setzt der bestehende Erinnerungskonsens hier weiterhin Grenzen, die im Moment ihrer Überschreitung auch sicht- und spürbarer werden. Jedoch zeigt sich deutlich, dass Geschichtsbewusstsein eben „kein Naturprodukt“ ist (Jeismann 1977, S. 13). Jedes Bild der Vergangenheit ist immer von Menschen gemacht und kann deshalb keine Allgemeingültigkeit beanspruchen. Geschichtsbilder und das mit ihnen verbundene Bewusstsein entwickeln sich nicht linear und progressiv weiter, sie haben keinen natürlichen Endpunkt, auf den alle beteiligten Akteure gemeinsam zusteuern. Stattdessen werden diese Bilder immer wieder aufs Neue herausgefordert, verhandelt und umkämpft. In Deutschland war das nationale Geschichtsbewusstsein nach 1945 nie ein einvernehmlicher Zustand, sondern immer ein strittiger Prozess – und bleibt es auch heute noch.

LITERATUR

Assmann, Aleida: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2013.

² Die Höcke-Rede von Dresden in Wortlaut-Auszügen: <http://www.sueddeutsche.de/news/politik/parteien-die-hoecke-rede-von-dresden-in-wortlaut-auszuegen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170118-99-928143> (22.02.2017).

Becker, Judith/Braun, Bettina: Die Begegnung mit Fremden und Geschichtsbewusstsein – Einleitung, in: dies. (Hg.): Die Begegnung mit Fremden und das Geschichtsbewusstsein, Göttingen 2012, S. 7-14.

Bismarck als Vorbild oder Metternich?, in: „FAZ“, 06.11.1950, S. 1.

Breuer, Lars: Kommunikative Erinnerung in Deutschland und Polen. Täter- und Opferbilder in Gesprächen über den Zweiten Weltkrieg, Wiesbaden 2015.

Bundespräsident: Rede am Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung, Berlin 20.06.2015, <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/06/150620-Gedenktag-Flucht-Vertreibung.html> (22.02.2017).

Bundesregierung: Rede von Bundeskanzlerin Merkel zum Tag der Heimat, Berlin 30.08.2014, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2014/08/2014-08-30-bdv.html> (24.02.2017).

Empörung nach Rede: AfD-Mann Höcke löst mit Kritik an Holocaust-Gedenken Empörung aus, in: „FAZ.NET“, 18.01.2017, <http://www.faz.net/-gpf-8qs6b> (08.02.2017).

Fleischauer, Jan: Keine Spur von Diktatur, in: „Der Spiegel“ 45/2008, S. 174-177.

Heimweh nach der Diktatur, in: „Der Spiegel“ 27/2009, S. 124-126.

Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001.

Hitler kam von ganz alleine an die Macht, in: „Der Spiegel“ 34/1977, S. 38-49.

In Erinnerung bleiben, in: „FAZ“, 28.01.2017.

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2016, Berlin 2016.

Jeismann, Karl-Ernst: Didaktik der Geschichte. Die Wissenschaft von Zustand, Funktion und Veränderung geschichtlicher Vorstellungen im Selbstverständnis der Gegenwart, in: Kosthorst, Erich (Hg.): Geschichtswissenschaft. Didaktik – Forschung – Theorie, Göttingen 1977, S. 9-33.

Jureit, Ulrike/Schneider, Christian: Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart 2010.

Keil, André: Der Erste Weltkrieg in der britischen Erinnerungskultur. Mediendiskurse, Museen und Literatur zum Centenary, in: Fenn, Monika/

Kuller, Christiane (Hg.): Auf dem Weg zur transnationalen Erinnerungskultur? Konvergenzen, Inferenzen und Differenzen der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg im Jubiläumsjahr 2014, Schwalbach/Ts. 2016, S. 97-117.

Kritik an Gauck. Seehofer: Vertriebene und heutige Flüchtlinge nicht vergleichbar, in: „FAZ.NET“, 25.06.2015, <http://www.faz.net/-gpf-84xqs> (25.02.2017).

Martens, Rita/Lorenz, Matthias N.: Gedenk- und Nationalfeiertage, in: Fischer, Torben/Lorenz, Matthias N. (Hg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld 2015, S. 81-83.

Müller-Römer, Dietrich (Hg.): Die neue Verfassung der DDR, Köln 1974.

Personalien, in: „Der Spiegel“ 31/1949, S. 26.

Quent, Matthias: Rechtsextremismus – ein ostdeutsches Phänomen?, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 16-17/2012, S. 38-42.

Schreiner, Stefan: Das „christliche Europa“ – eine Fiktion, in: Micksch, Jürgen (Hg.): Vom christlichen Abendland zum abrahamischen Europa, Frankfurt a.M. 2008, S. 126-144.

Schroeder, Klaus: Das Erbe des SED-Staates, in: „FAZ“, 08.12.2014, S. 8.

Staas, Christian: Was geht mich das noch an?, in: „Die Zeit“ 36/2010, S. 12-15.

Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2010.

Weber, Hermann: Die DDR 1945 – 1990, München 2012.

Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2002.

Zimmermann, Moshe: Judentum, in: den Boer, Pim et al. (Hg.): Europäische Erinnerungsorte 1. Mythen und Grundbegriffe des europäischen Selbstverständnisses, München 2012, S. 113-122.

Vom Konsens zum Dissens: Die Anfänge einer polarisierenden Geschichtspolitik in den Printmedien und im parlamentarischen Alltag nach 1989 in Polen

DOMINIK TRUTKOWSKI

Einleitung

Die erneut seit 2015 auch in der Geschichtspolitik zum Ausdruck gebrachte konservative Wende in Polen lässt sich im Grunde nur dann vollständig verstehen, wenn man in die Zeit des Übergangs zur Demokratie in Polen 1989/90 zurückkehrt. Eine der Hauptaufgaben der an der Transition beteiligten Akteure lag in der nationalen Integration der tief gespaltenen polnischen Gesellschaft, geteilt in „wir“ („my“) und „sie“ („oni“). Die Suche nach einem neuen „Wir-Gefühl“ bedeutete nicht allein die schwierige Herausforderung, einen größtmöglichen Konsens über die konfliktreiche Vergangenheit auszuhandeln; zugleich offenbarten sich in dieser Frage verschiedenartig gelagerte Streitkulturen um neue Geschichtsbilder im Zeichen der ideologischen Distanzierung vom alten Regime (Linz/Stepan 1996,

S. XIV).¹ Dabei handelte es sich sowohl um weichenstellende Praxen der Vergangenheitsbewältigung als auch um den Versuch, die konfliktreiche Geschichte zur Vermeidung antagonistischer Konflikte mehr oder weniger zu beschweigen. Den politischen Protagonisten in Polen bot diese Zeit unmittelbar nach der Diktatur ein überaus spannendes kommunikationsstrategisches Experimentierfeld: Die neu entstehenden und von der Zensur befreiten Printmedien einerseits wie auch eine neu erfahrbare nahezu schrankenlose Redefreiheit in den öffentlichen Plenardebatten des Sejm andererseits schufen Voraussetzungen für die Etablierung neuartiger Modi der politischen Kommunikation, die es im Staatssozialismus so nicht gegeben hatte und die von da an legitim waren. In dieser Zeit, so der Ausgangspunkt dieses Beitrags, lassen sich die Anfänge einer von den verschiedenen politischen Lagern praktizierten Geschichtspolitik verorten, aus deren Erfahrungen – Erfolgen wie auch Misserfolgen – die politischen Akteure Polens auch längerfristig ihre Lehren zogen.

Dabei beschreiben die zur Geschichtspolitik im postkommunistischen Polen vorliegenden Studien häufig nicht mehr als das erinnerungskulturelle Kondensat einer schon gemachten Geschichtspolitik. In der Regel geht es um die Frage, welche Inhalte, Themenkomplexe, Werteorientierungen und ideologischen Entwürfe in der Geschichtspolitik nach 1989 transportiert wurden bzw. werden. Wie und auf welche Weise Geschichtspolitik zum Ende der Diktatur und während des Übergangs zur Demokratie in Polen in der politischen Kommunikation zum Ausdruck kam – diese Frage ist bislang auf nur wenig Interesse gestoßen (Troebst 2010).² Damit legt der vorliegende Beitrag den Fokus vor allem auf den symbolischen Konstruktionscharakter bzw. den Aushandlungsprozess einer Geschichtspolitik *in actu*,

¹ Auf die Bedeutung der Kategorie „Geschichte“ in Transitionsphasen verweisen allen voran Juan J. Linz und Alfred Stepan in ihrer theoriegeleiteten Studie über Demokratisierungsprozesse im Süden Europas und Amerikas wie auch im Osten Europas.

² Bis auf wenige Studien wie etwa jene von Stefan Troebst bleiben diese Arbeiten auf hermeneutisch greifbare Ausdrucksformen des Geschichtsbewusstseins in Anlehnung an eine gesellschaftlich normierte Erinnerungskultur beschränkt.

wobei die Scheinwerfer nicht nur auf die großen Staatsmänner, sondern auch auf die mediale Öffentlichkeit der Printmedien sowie die öffentlichen Plenardebatten des polnischen Sejm gerichtet werden.

In Polen brach der politische Konsens zu einem Zeitpunkt auf, als das konservative Lager um Lech Wałęsa seine bislang politisch handlungsleitende Maxime fallen ließ, dem am „Runden Tisch“ von sämtlichen großen politischen Lagern ausgehandelten Elitenkompromiss Folge zu leisten – und damit ein höchst polarisierendes, aber zugleich die Massen mobilisierendes geschichtspolitisches Manöver wagte. Eine diesem Beitrag zugrundeliegende These lautet dabei, dass die später aus dem konservativen Lager der Solidarność entstandene neue Rechte Polens aus dem von Wałęsa im Jahr 1990 losgetretenen Präsidentschaftswahlkampf vor allem eine wichtige Erkenntnis zog: Es lernte, dass Geschichtspolitik, in einer besonderen politischen Rhetorik kommuniziert, eine überaus wertvolle Machtressource bildet, mit der man in Polen nicht nur erfolgreich Politik machen, sondern vor allem wichtige Wahlen gewinnen kann.

Die Machtambitionen Wałęsas und der Bruch mit dem Konsens in Polen

Mit dem Sieg der Solidarność bei den Parlamentswahlen im Juni 1989 und der Verschiebung der politischen Machtverhältnisse zugunsten ihrer parlamentarischen Fraktion im Sejm (Obywatelski Klub Parlamentarny [Parlamentarischer Bürgerklub], OKP) begann die Einheit der Solidarność auseinanderzubrechen. Auslöser dafür war die im April 1990 gegenüber westlichen Journalisten abgegebene Erklärung Wałęsas, so bald wie möglich für das polnische Präsidentenamt kandidieren zu wollen. Der in Danzig lebende Solidarność-Chef, der bei den Parlamentswahlen nicht angetreten war und auch nicht der Regierung hatte beitreten wollen, begründete seinen Schritt mit dem Argument, dass „Jaruzelski nichts [macht], um die politischen

Reformen zu beschleunigen“ (Wałęsa 1990, S. 1). Und er setzte hinzu: „Entweder tritt Jaruzelski zurück oder er wird dazu gezwungen werden“ (ebd.). Mit dieser Erklärung brachte Wałęsa vor allem die Anhänger Mazowieckis gegen sich auf, die im amtierenden Präsidenten Jaruzelski die zentrale Symbolfigur für die Kontinuität des am „Runden Tisch“ ausgehandelten Elitenkompromisses sowie den Garanten für einen evolutionären und stabilen Übergang zur Demokratie sahen (Z generałem Jaruzelskim 1989).³ Die der Equipe Mazowiecki nahestehende „Gazeta Wyborcza“ startete sogleich eine Kampagne, in der sie in erster Linie die Nachteile einer Präsidentschaft Wałęsas für die junge Demokratie Polens skizzierte (Wałęsa do Belwederu 1990, S. 3).⁴

Wałęsa versammelte diejenigen Kräfte um sich, die den am „Runden Tisch“ ausgehandelten Kompromiss so schnell wie möglich auflösen wollten.⁵ Im Mittelpunkt des von ihm ausgerufenen und in einer polemischen Rhetorik geführten Wahlkampfs stand der auf den

³ Gemäß ihrer Philosophie des „dicken Striches“ konzentrierte sich die „Gazeta Wyborcza“ spätestens seit dem Sieg der Solidarność in den halbfreien Parlamentswahlen auf dialogisch ausgerichtete, versöhnliche Gesten gegenüber den Postkommunisten. Pars pro toto: Z generałem Jaruzelskim 1989, S. 4f. In diesem zwischen Michnik und Jaruzelski im Dezember 1989 geführten Interview wurde so auch dem Staatspräsidenten die Chance gegeben, den von ihm durchlaufenen Lernprozess in seiner Einstellung gegenüber der Solidarność darzulegen: „Ganz allmählich veränderte sich unsere Sicht der Dinge. Heute sehen wir das alles anders. Aber wir mussten erst einmal soweit kommen, ich musste mir den Kopf einrennen, jeder von uns. Warum soll ich lange nach Beispielen suchen? In meinen Augen, und nicht nur in meinen, sind Sie [Herr Michnik, D. T.] jahrelang eine dämonische Persönlichkeit gewesen“ (ebd., S. 4).

⁴ Anfang Juni druckte Michnik in der „Gazeta Wyborcza“ einen von ihm geführten Briefwechsel mit Wałęsa ab, in dem der Solidarność-Chef Michnik vorwirft, ihn im Präsidentschaftswahlkampf medial nicht genügend zu unterstützen. Laut Wałęsa müsse Michnik daher entweder als Redakteur der „Gazeta Wyborcza“ zurücktreten – habe ihn doch Wałęsa seiner Zeit hierzu berufen – oder aber die Zeitung müsse künftig auf die repräsentative Solidarność-Symbolik verzichten (Wałęsa, Michnik, Polityka 1990, S. 3).

⁵ Laut seiner 2007 erschienenen Autobiografie misstraute Wałęsa dem postkommunistischen Lager um Jaruzelski grundsätzlich, tatsächlich auf evolutionäre Weise einen friedlichen Übergang zur Demokratie in Polen durchführen zu wollen. Wörtlich schreibt Wałęsa: „Wenn ich [im Jahr 1990, D. T.] nicht Präsident geworden wäre [...], hätte sich der politische Wandel umkehren und die Volksrepublik Polen in der einen oder anderen Gestalt zurückkehren können.“ (Wałęsa 2007, S. 41).

ersten Blick rational-nüchterne, indes semantisch mehrdeutige Slogan der „Beschleunigung“ („przyspieszenie“). Zum stärksten Lautsprecher seiner Wahlkampfpropaganda avancierte dabei die im Sommer 1989 wiedergegründete und von Jarosław Kaczyński herausgegebene Wochenzeitung „Tygodnik Solidarność“ (Solidarność 1991, S. 32). Kaczyński trat dabei als Experte der politischen Kommunikation hervor. Mit dem Begriff der „Beschleunigung“ meinte das Team um Wałęsa aber nicht allein eine Erhöhung des bislang vorgelegten Tempos für den Übergang zur Demokratie in Polen. Mit Verweis auf den „faulen Kompromiss“ oder auch den „Verrat des Runden Tisches“ forderte man zugleich vorgezogene Wahlen für einen vom Volk gewählten Präsidenten, vollständig freie Wahlen zum Sejm und schließlich eine „Entkommunisierung“ („dekomunizacja“) Polens im Sinne einer vergangenheitspolitischen Abrechnung mit dem Kommunismus (vgl. Chciałbym żeby już 1990, S. 1).

In seiner Wahlkampfrhetorik verknüpfte Wałęsa katholische Traditionen und Werteideale mit antikommunistisch-nationalistischen, bisweilen rechtspopulistischen Elementen. Auf diese Weise gelang es dem Solidarność-Chef, einen polarisierenden und überaus medienwirksamen politischen Diskurs freizusetzen. An der Frage nach einer schnelleren Demokratisierung des Landes kam dadurch im Grunde keine politische Kraft vorbei – auch Wałęsas Gegenspieler innerhalb der Solidarność nicht, die Premier Mazowiecki schon bald zum Gegenkandidaten für das Amt des Präsidenten ausriefen (Chimiak 2010, S. 43-50).⁶ Dabei war sich Wałęsa des wachsenden Erfolgs seines populistischen Wahlkampfes durchaus bewusst. Nach Angaben der Wochenzeitung „Polityka“ soll er im Spätsommer 1990 gesagt haben, dass „man das Pferd des Populismus nicht aufhalten kann, indem man sich ihm in den Weg stellt; höchstens

⁶ Zur Schärfung des politischen Profils gründete Wałęsa bereits im Frühjahr 1990 das Wahlbündnis Porozumienie Centrum (Zentrumsallianz, PC); angeführt von der Equipe Mazowiecki entstand im Sommer die Partei Ruch Obywatelski – Akcja Demokratyczna (Bürgerbewegung – Demokratische Aktion), deren Abkürzung ROAD lautete. Die ROAD war gemäß ihrem politischen Selbstverständnis sozialdemokratisch bis sozialliberal. Siehe zu den unterschiedlichen Konzepten der beiden politischen Lager die spannend verfasste Studie von Katarzyna Chimiak (Chimiak 2010).

kann man versuchen, auf das Pferd aufzuspringen und die Zügel in die Hand zu nehmen“ (Władyka 1990, S. 5).

Infolge dieser im Rahmen des Präsidentschaftswahlkampfes betriebenen Massenmobilisierung strebte spätestens seit der zweiten Hälfte des Jahres 1990 im Grunde ganz Polen im Eiltempo in Richtung Demokratie (vgl. von Beyme 1992, S. 289f).⁷ Seit dem Spätsommer 1990 spitzte sich der Wahlkampf zwischen Mazowiecki und Wałęsa immer weiter zu. Um Letzteren aus dem Rennen zu werfen, begann die „Gazeta Wyborcza“ ihre Wahlkampagne zu verschärfen. Häufig wiederholt wurde dabei die Ankündigung Wałęsas, bei einer erfolgreichen Wahl zum Präsidenten mit Dekreten zu regieren. Um die Angst vor einer wiederkehrenden Diktatur zu schüren, warnte man vor einem von Wałęsa im Zuge eines revolutionären Putschs begründeten „Solidarność-Staat“ („Solidarnościowe Państwo“) (Refo- czy Rewolucja 1990, S. 4). Häufig auch stellte man ihn als bauernschlauen Rebellen, aber kaum als einen für die große Politik geeigneten Staatsmann vor. So betonte der in Polen bekannte Journalist Ernest Skalski, dass Wałęsas politisches Talent als Oppositionsführer zur Überwindung des kommunistischen Regimes überragend gewesen sei – zum Aufbau einer demokratischen Ordnung und einer freien Marktwirtschaft würden jedoch andere Qualifikationen abverlangt, über die er augenscheinlich nicht verfüge (Spór o Wałęsę 1990, S. 5). Immer wieder versuchte man, Wałęsa als scharfzüngigen Demagogen zu entlarven. In einem offenen Brief zitierte der zum linksliberalen Solidarność-Flügel gehörende Adam Michnik Anfang November 1990, rund vier Wochen vor der Präsidentschaftswahl, einen Ausschnitt aus einem Interview, das der Solidarność-Chef wenige Tage zuvor der spanischen Tageszeitung „El País“ gegeben hatte. Dort soll Wałęsa wörtlich erklärt haben: „Premierminister Mazowiecki ist überhaupt kein Demokrat. Um zu glauben, dass Mazowiecki ein Demokrat ist, muss man ein völliger

⁷ Wie eine von dem polnischen Meinungsforschungsinstitut CBOS durchgeführte Umfrage zeigt, waren im Sommer 1990 63 Prozent der polnischen Bevölkerung der Meinung, dass der politische Wandel nicht schnell genug ablaufe (vgl. von Beyme 1992, S. 289f).

Idiot sein. Unter meiner Führung haben wir die Kommunisten bezwungen und unter meiner Führung haben wir den Pluralismus geschaffen“ (Pytanie do Lecha Wałęsy 1990, S. 3). Gleichzeitig versuchte die Regierung Mazowiecki, die katholische Kirche als die höchste nationale Autorität des Landes für ihre Wahlkampfpropaganda zu instrumentalisieren. Um Wałęsas rechtspopulistische Haltungen öffentlich abzuurteilen, wurde von der „Gazeta Wyborcza“ etwa die Meinung verbreitet, Papst Johannes Paul II. sei in Wahrheit politisch links eingestellt (Czy Jan Paweł II 1990, S. 5).

Bezeichnenderweise führte der von Wałęsa vorzeitig ausgerufene Wahlkampf nicht nur zum „Krieg an der Spitze“ („wojna na górze“) zwischen den beiden Solidarność-Lagern.⁸ Gleichzeitig wurde damit die traditionelle, in erster Linie mit moralischen Kategorien besetzte Dichotomie zwischen „wir“ („my“) und „sie“ („oni“) aufgeweicht. Denn dieser zwischen Opposition und kommunistischem Regime in Polen lange Zeit ausgefochtene moralische Kampf begann nun einem rational begründeten Politikalkül zu weichen.⁹ Jetzt ging es – wie im demokratischen Spiel westlicher Gesellschaften üblich – vor allem um die Rivalität zwischen einzelnen politischen Lagern, in der der interesselitete Konfliktaustrag zur Erzeugung politischer Mehrheiten die Norm bildet (Gra w trzy karty 1991, S. 3).¹⁰ Dass diese Dichotomie als die zentrale Polarisierungsinstanz der Vergangenheit angehörte, drückte sich etwa in der Beziehung der Akteure zur katholischen Kirche Polens aus: Um den politischen Streit zu schlichten, hatten sich Wałęsa

⁸ Der „Krieg an der Spitze“ („wojna na górze“) war ein im öffentlichen Diskurs der Zeitgenossen häufig gebrauchter Terminus für die Spaltung der Solidarność im Präsidentschaftswahlkampf 1990.

⁹ Siehe hierzu auch: Wnuk-Lipiński 1996, S. 146f.

¹⁰ Vor allem Michnik bedauerte diese Entwicklung hin zu einer amoralischen und auf Konfrontationen beruhenden politischen Kultur in Polen. Im Juni 1991 deutete er in einem Aufsehen erregenden Interview gegenüber der „Polityka“ das Ende der politischen Rolle der Architekten der paktierten Transition an: „Wir waren Leute, die einer bestimmten Ethik gefolgt sind – der Ethik der Wahrheit. Wir wollten die Politik verändern – auf Kosten von Kompromissen die Wahrheit herausstellen. Dabei sind wir unserem Gewissen gefolgt – das war eine moralische Kategorie des politischen Denkens. Nun sind wir allein zurückgeblieben mit unserer ethischen Pathologie.“ (Gra w trzy karty 1991, S. 3).

und Mazowiecki im September 1990 zu gemeinsamen Gesprächen bei Primas Józef Glemp einzufinden – eine Konstellation, die bis dahin lediglich mit den Kommunisten vorstellbar war (Władyka 1990, S. 1).

Trotz des „dicken Strichs“ – polarisierende Geschichtspolitik als Usus

Zum diskursiven Referenzrahmen für den strategischen Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit in Polen wurde schon bald der Appell des ersten nicht kommunistischen Ministerpräsidenten Mazowiecki, einen „dicken Strich“ („gruba kreska“) unter die Vergangenheit zu ziehen. Kurz vor seiner Wahl zum neuen Premier am 24. August 1989 bekundete er vor dem Plenum des Sejm: „Die Regierung, die ich bilde, trägt keine Verantwortung für die Hypothek, die sie erbt. Sie [die Hypothek, D. T.] hat jedoch Einfluss auf die Umstände, unter denen es uns zufällt zu wirken. Die Vergangenheit trennen wir durch eine dicke Linie. Verantwortlich sein werden wir nur für das, was wir getan haben, um Polen aus dem gegenwärtigen Zustand des Zusammenbruchs herauszuholen“ (Sejm PRL 1989a, S. 86).¹¹ Nur drei Wochen später verdeutlichte Mazowiecki in seiner Regierungserklärung die Idee einer erfolgreichen Bewältigung der konfliktgeladenen jüngsten Geschichte Polens. Dabei betonte er, dass „das Erbe der Solidarność-Bewegung vor allem dafür stehe, Auseinandersetzungen und gesellschaftliche Gräben zu überwinden“ (Sejm PRL 1989b, S. 7). Anstatt „Vergeltung für die Vergangenheit zu suchen und alte Rechnungen des Unrechts zu begleichen“, werde man sich vor allem in der Kunst üben, „politische Partnerschaften“ einzugehen (ebd.).

¹¹ Dieses Zitat aus Mazowieckis Erklärung vom 24. August 1989 blieb zunächst monatelang unbeachtet. Erst im Frühjahr 1990 wurde es in die politische Auseinandersetzung eingeführt und bildete einen der Hauptkonfliktpunkte im damaligen „Krieg an der Spitze“ zwischen Wałęsa und Mazowiecki. Dabei wurde aus der „dicken Linie“ ein „dicker Strich“. Durch die Betonung der „dicken Linie“ in der Titelschlagzeile ihres Artikels versuchte die „Gazeta Wyborcza“ schon am Tag nach Mazowieckis Erklärung den am „Runden Tisch“ ausgehandelten und von der Regierung Mazowiecki fortgesetzten Elitenkompromiss symbolisch zu manifestieren (Przeszłość odkreślamy 1989).

Bezeichnenderweise offenbarte sich das Schlagwort des „dicken Strichs“ schon bald als eine semantisch mehrdeutige Begriffsformel, um den am „Runden Tisch“ ausgehandelten Elitenkompromiss und damit den politischen Konsens auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen sicherzustellen. Auf der einen Seite besaß der Appell des „dicken Strichs“ eine wichtige konfliktregulierende Funktion für die an der Transition beteiligten Akteure. Für die Abgeordneten im Sejm bedeutete dies vor allem eine Mäßigung in der politischen Rhetorik – das hieß, die Zeit des Kommunismus möglichst nicht geschichtspolitisch auszuschlachten und auf Diffamierungen des Gegners zu verzichten. In diesem Deutungsrahmen wurde der „dicke Strich“ demnach als Aufforderung verstanden, die konfliktreiche jüngste Geschichte so weit wie möglich zu beschweigen. Überaus eindrücklich verwies etwa der SD¹²-Abgeordnete Jan Świtka in einer im September 1990 geführten Plenardebatte auf die Bedeutung dieses „Vergessen-Wollens“. Er sagte: „Das gesellschaftliche Leben lehrt uns, dass es in einer konfliktreichen Situation sicherer ist, den Verstand abzukühlen, als die Erinnerung und den Zorn walten zu lassen. Es ist wichtig zu vergessen. Die Erinnerung bringt nicht nur dann Schaden, wenn sie uns zur rechten Zeit verlässt, sondern auch dann, wenn sie zur unpassenden Zeit herbeikommt“ (Sejm RP 1990b, S. 160). Auf der anderen Seite erfüllte der „dicke Strich“ eine national-vergemeinschaftende Funktion für die polnische Gesellschaft. Denn mit der Forderung, die Vergangenheit ruhen zu lassen, versuchte die Regierung Mazowiecki, die in Polen bestehende Kluft zwischen „wir“ und „sie“ zu schließen und auf diese Weise das Fundament für einen möglichst breiten Versöhnungsdiskurs in der jungen Demokratie des Landes zu legen. In Anlehnung an Mazowieckis Appell waren es im Sejm in erster Linie liberal orientierte Abgeordnete aus den Reihen der OKP, die am vehementesten für eine Aussöhnung („pojednanie“) der Polen eintraten – dabei sollte diese nationale Versöhnung nicht nur den Verzicht auf eine geschichtspolitische Instrumentalisierung der Vergangenheit, sondern

¹² Stronnictwo Demokratyczne (Demokratische Partei), „Bündnispartei“ der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza / PZPR) in der Volksrepublik Polen.

auch ein aus der Opferperspektive gemachtes Angebot des „Verzeihens“ („wybaczenie“) einschließen.

Einen ersten Anlass, im Sejm an diesen Versöhnungsdiskurs anzuknüpfen, bildete die Anfang Dezember 1989 abgehaltene Plenardebatte über das von der OKP eingebrachte Gesetzesprojekt zur Amnestieregelung von kriminellen Straftätern.¹³ Der die Regierung Mazowiecki unterstützende OKP/UD¹⁴-Abgeordnete Adam Michnik sprach sich dabei dezidiert gegen eine strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner im Rahmen einer Aufarbeitung der kommunistischen Verbrechen aus: „Ich denke, dass unser Land an einem Scheideweg steht. Entweder gehen wir den Weg der Versöhnung und des Verzeihens oder wir gehen den Weg der ‚Rache‘ – den Weg der ‚Vergeltung‘ [...] Wenn wir uns entscheiden, dass [...] wir nicht den Deutschen nacheifern und Honecker und andere ehemalige Minister in Gefängnisse sperren wollen, [...] dann müssen wir uns klar machen, dass dieser Weg nur in einem ganz besonderen gesellschaftlichen Klima möglich ist“ (Sejm PRL 1989c, S. 30).¹⁵ Obwohl die Regierung Mazowiecki ihr Konzept der Vergangenheitspolitik im Herbst 1990 im Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen ausdrücklich relativierte (Wierzę w społeczną dojrzałość 1990, S. 2),¹⁶ lehnte sie

¹³ Bei diesem Gesetzesprojekt ging es um die Amnestie von straffällig gewordenen Polen – von Kleinkriminellen bis hin zu Schwerverbrechern –, die von Gerichten im kommunistischen Polen verurteilt wurden und deren Haftdauer durch den Gesetzentwurf reduziert werden sollte. Bei den Inhaftierten handelte es sich nicht um politische Gefangene – diese waren bereits mit der Amnestieregelung vom Sommer 1986 vollständig aus der Haft entlassen worden.

¹⁴ Unia Demokratyczna (Demokratische Union).

¹⁵ Hinzu kam, dass die Regierung Mazowiecki in der damaligen geopolitischen Situation Moskau möglichst nicht provozieren wollte. Waren doch zu dieser Zeit auf polnischem Territorium weiterhin sowjetische Armeeeinheiten stationiert, die eine potentielle Bedrohung für die junge Demokratie Polens darstellten. Siehe hierzu: Kraft 2009, S. 103.

¹⁶ In einem Mitte November 1990 im „Tygodnik Powszechny“ abgedruckten Interview antwortete Mazowiecki auf den insbesondere von Lech Wałęsa öffentlich immer wieder an ihn gerichteten Vorwurf, er würde mit dem „dicken Strich“ zum Verteidiger kommunistischer Verbrechen werden: „Hier liegt ein Missverständnis vor. Mit dem ‚dicken Strich‘ habe ich einen Neuanfang, einen evolutionären Wandel aufzeigen wollen. Damit habe ich jedoch nicht sagen wollen, dass dadurch keine personellen Veränderungen in den Behörden stattfinden werden. Diese Veränderungen sind meines Erachtens überaus groß. Ich war nie der Meinung und bin es auch heute nicht, dass Leute, die ihre Macht zum persönlichen Vorteil missbraucht oder Straftaten verübt haben, nicht zur Verantwortung gezogen werden sollen“ (Wierzę w społeczną dojrzałość 1990, S. 2).

eine opfergerechte Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur Polens grundsätzlich ab.¹⁷

Gleichzeitig sollte die Idee, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu setzen, den Sejm in keiner Weise daran hindern, in dieser Phase der Transition neue, für den Aufbau der demokratischen Ordnung unentbehrliche Geschichtsbilder auszuhandeln. In diesem Diskursrahmen sollte eine Beschäftigung mit der Vergangenheit legitim sein, solange sie keine gesellschaftlichen Konflikte evozierte. Schon früh begannen Vertreter aus sämtlichen Fraktionen damit, sich gegenüber der eigenen parteipolitischen Vergangenheit zu positionieren.¹⁸ Abgeordnete aus den Reihen der PZPR propagierten dabei in erster Linie das Geschichtsbild, in der Volksrepublik Polen sei nicht alles so schlecht gewesen, wie es gemeinhin dargestellt werde. Vielmehr würde die Ära des polnischen Sozialismus ebenso wertvolle Aspekte repräsentieren. In Verteidigung dieser Lesart trat der PZPR-Vorsitzende Marian Orzechowski im Anschluss an die im September 1989 vor dem Plenum verkündete Regierungserklärung Mazowieckis einer pauschalisierenden Verurteilung der Volksrepublik Polen entgegen. Wörtlich hielt er fest: „Wir sagen nicht, dass die letzten 45 Jahre eine Zeit der großartigen Errungenschaften und Erfolge waren [...]. Doch niemand hat das Recht, die historischen Verdienste zweier Generationen von Millionen Polen, von Arbeitern, Angestellten und der gesamten Gesellschaft zu zerschmettern. [...] Der Sozialismus in Polen hat sich nicht überflüssig gemacht und er ist nicht Vergangenheit. In Polen ist einzig und allein die Wirtschaft zusammengebrochen, die Ausübung der Macht sowie die Organisation des gesellschaftlichen Lebens“ (Sejm PRL 1989b, S. 26). Rückendeckung erhielt die PZPR hierbei von der „Polityka“, die

¹⁷ Vergangenheitspolitisch repräsentierte der „dicke Strich“ das konsensuell orientierte Bekenntnis, auf eine umfassende Abrechnung mit dem Kommunismus genauso wie auf eine Lustration im Sinne einer Enttarnung ehemaliger Mitarbeiter des polnischen Staatssicherheitsdienstes (Służba Bezpieczeństwa, SB) zu verzichten. Siehe zur vergangenheitspolitischen Praxis der Regierung Mazowiecki unter der Ägide des „dicken Strichs“: Kraft 2009, S. 103.

¹⁸ Zu den geschichtspolitischen Auseinandersetzungen und Positionen in Polen nach 1989 siehe vor allem: Loew 2008, S. 85-102; Ruchniewicz 2010, S. 307-329.

ein ähnlich differenziertes Bild von der Volksrepublik Polen zeichnete. In einem aufsehenerregenden Artikel betonte sie, dass die polnische Gesellschaft – gemessen an den übrigen Ostblockstaaten – nur schwach „durchherrscht“ gewesen sei. Dadurch habe hier nicht nur eine „politische Opposition“, sondern auch eine „nationale Verständigungsbasis“ entstehen können, die zum historischen Kompromiss am „Runden Tisch“ und schließlich zur Aufteilung der Macht geführt habe (Walicki 1990, S. 1).¹⁹ Mit diesem Argument versuchte man zugleich von der Volksrepublik Polen das ihr von der polnischen Opposition seit jeher zugeschriebene Etikett des „totalitären Staates“ abzunehmen.

Schon bald aber zeigte der zwischen der Linken und Rechten erfolgte Aushandlungsprozess neuer Geschichtsbilder seine ersten großen Risse.²⁰ Insbesondere in den emotional aufgeladenen Plenardebatten über die Schaffung neuer Staatssymbole ergriffen Abgeordnete aus dem konservativen Lager der OKP immer wieder die Gelegenheit, einzelne Vertreter der Postkommunisten offen anzugreifen und ihnen eine politische Legitimität grundlegend abzuspochen. Dabei folgte der Konfliktverlauf meist dem gleichen Muster: Ausgelöst wurde der Streitfall durch eine Provokation eines aus dem konservativen Lager der OKP stammenden Abgeordneten, die in der Forderung kondensierte, die Linke aus dem politischen Diskurs auszuschließen. Aufgrund der konsensbewahrenden Sanktionsmechanismen im Plenum des Sejm waren diese Exklusionsversuche jedoch nie erfolgreich. Einen Höhepunkt erreichte der Konflikt, wenn weitere Abgeordnete angingen, den Angegriffenen zu verteidigen respektive den Provokateur zur Raison zu rufen.

Während der im Februar 1990 abgehaltenen Plenardebatte über das Gesetzesprojekt zu den Vorschriften über das Staatswappen, die

¹⁹ Wie eine in der „Polityka“ Mitte September 1991 veröffentlichte Meinungsumfrage zeigte, wünschte sich zu dieser Zeit rund ein Drittel der Polen vor allem aufgrund der großen Entbehrungen im Rahmen der harten Wirtschaftsreformen die Volksrepublik Polen wieder zurück. Dabei waren 57 Prozent der Befragten der Meinung, dass es den Menschen in der Volksrepublik besser ging als im Herbst 1991. Siehe: Henzler 1991, S. 5.

²⁰ Siehe zu dem seit 1989 in Polen einsetzenden Wandel der Staatssymbole allgemein: Bartetzky 2003, S. 910-920.

Nationalfarben und die Hymne der neuen Republik Polen stellte der OKP-Abgeordnete Jan Łopuszański in seiner Rede die Forderung, dass bei der bevorstehenden Abstimmung über die vom Sejm gemeinsam erarbeitete Gesetzesvorlage die gesamte Linke nicht mitstimmen oder sich ihrer Stimme enthalten solle (Sejm RP 1990a, S. 22). Als verschiedene Abgeordnete aus dem Lager der PZPR daraufhin aus Protest den Plenarsaal verließen, versuchte der Sejm-Marschall Mikołaj Kozakiewicz, den aufbrechenden Konflikt zu entschärfen, indem er eine kurze Sitzungspause einberief. Zur Zielscheibe der Kritik wurde in der wiedereröffneten Sitzung nicht nur der OKP-Abgeordnete Łopuszański, sondern auch der Sejm-Marschall selbst. Dabei hielt ihm die PZPR/PUS²¹-Abgeordnete Teresa Czarnik-Sojka vor allem die Schwächen in seiner Rolle als parlamentarischer Mediator zur Schlichtung des aufgebrochenen Konflikts vor. An den Sejm-Marschall gewandt stellte sie nüchtern fest: „Lassen Sie mich bitte mein tiefes Bedauern darüber ausdrücken, dass Sie in der Forderung, die linke Seite des Saals möge zur Abstimmung den Saal verlassen, keine Position bezogen haben. Besonders traurig hat mich das gemacht, weil unserer Sitzung auch der Premierminister beiwohnt [...], der schon zwei Mal betont hat, dass unter die Vergangenheit ein dicker Strich gezogen wird“ (Sejm RP 1990a, S. 22). In seiner um Verständnis bemühten Antwort entschuldigte sich Kozakiewicz mit den Worten, dass er „die besagte Äußerung des Abgeordneten einfach nicht gehört“ habe, da ihm doch „genau in diesem Moment jemand aus der Sejm-Kanzlei einige Papiere gegeben“ habe (Sejm RP 1990a, S. 23). Während Kozakiewicz augenscheinlich versuchte, den Konflikt totzuschweigen, wurde seine wenig überzeugende Erklärung vom Plenum sogleich mit einer allgemeinen Heiterkeit quittiert (ebd.).²²

²¹ Polska Unia Socjaldemokratyczna (Polnische Sozialdemokratische Union), kleinere Nachfolgepartei der PZPR.

²² Einen ähnlichen geschichtspolitischen Konflikt – mit einem ähnlichen Verlauf – provozierte der konservative OKP-Abgeordnete Jan Rokita während der Plenardebatte über das Gesetzesprojekt zur Änderung der polnischen Verfassung Ende Dezember 1989. Rokita plädierte dafür, dass an dem wie auch immer vorgestellten symbolischen Akt der Krönung des weißen Adlers im polnischen Wappen – die Kommunisten hatten dem Adler mit der Gründung der Volksrepublik Polen die goldene Krone vom Haupte entfernt – lediglich die Solidarność und nicht auch die delegitimierten Post-Kommunisten teilnehmen sollten (Sejm PRL 1989d, S. 279).

Ein Konfliktfall, in dem ein geschichtspolitisch motivierter Angriff von Seiten des konservativen Flügels der OKP nicht auf die gesamte Linke, sondern auf eine Einzelperson gerichtet war, zeigte sich in der im Herbst 1990 geführten Plenardebatte über Änderungen der Gesetzesgrundlage zum Ombudsmann für Bürgerrechte im Sejm. In einer stürmischen Rede versuchte dabei der OKP-Abgeordnete Jan Beszta-Borowski der amtierenden parlamentarischen Bürgerrechtsbeauftragten, Ewa Łętowska, eine politische Legitimität für dieses Amt abzuerkennen und sie dadurch zum Rücktritt zu bewegen. Schon einleitend betonte Beszta-Borowski, dass die im Herbst 1987 zur Ombudsfrau gewählte Łętowska ihren Eid auf die Volksrepublik Polen geleistet habe – auf eine politische Ordnung also, die inzwischen nicht mehr existiere (Sejm RP 1990c, S. 230). Sodann begann er verschiedene ihm zugestellte Briefe zu zitieren, die Łętowska auf unterschiedliche Weise dämonisierten. Laut einem dieser Briefe habe sie eine „Mafia“ gegründet, die sich von anderen staatlichen Institutionen aus der Volksrepublik Polen kaum unterscheide (ebd.). In diesem Zusammenhang zog er den brisanten Vergleich, dass es mit dem polnischen Geheimdienst ebenso eine staatliche Institution gewesen sei, die 1984 den Priester Jerzy Popiełuszko ermordete (ebd., S. 232). Als der Abgeordnete Beszta-Borowski schließlich beteuerte, dass „seine Rede keine persönliche Attacke gegenüber der Ombudsfrau“ darstelle (ebd.), löste diese ironisch verstandene Äußerung eine allgemeine Erheiterung im Plenarsaal aus (ebd., S. 232). Mehrere „ad vocem“ sprechende Abgeordnete verurteilten seine konfrontative Rede (Sejm RP 1990c, S. 233), der Sejm-Marschall stellte schließlich die Rednerliste um und ließ zunächst die Vize-Marschallin Olga Teresa Krzyżanowska das Wort ergreifen. Sie hob einerseits die persönliche Motivlage in den geschichtspolitischen Vorwürfen des Abgeordneten Beszta-Borowski gegenüber der Ombudsfrau hervor, andererseits plädierte sie dafür, die „guten Gepflogenheiten in dieser Kammer“ zur Wahrung der politischen Kultur im Sejm einzuhalten (ebd.).

Der Bruch mit dem am „Runden Tisch“ ausgehandelten Elitenkompromiss, der im Plenum des Sejm in den geschichtspolitischen

Angriffen seitens der konservativen Vertreter der OKP zum Ausdruck kam, wurde seit dem Herbst 1990 immer unverhüllter zur politischen Praxis im parlamentarischen Alltag. Während das Solidarność-Lager bereits seit dem Frühjahr 1990 im Streit über Wałęsas Machtambition auf das Präsidentenamt immer weiter auseinanderbrach, rückten mit dem sich nähernden Wahltermin auch die Postkommunisten von ihrer bislang betriebenen Konsenspolitik ab. In der öffentlichen Arena des vorgezogenen Präsidentschaftswahlkampfes versuchten schon bald sämtliche am Übergang zur Demokratie beteiligten Akteure, nicht nur ihre politischen Programme so überzeugend wie möglich darzustellen, sondern sahen sich auch in der Pflicht, die in Polen spürbaren gesellschaftlichen Konflikte mit harten Bandagen – auf konfrontative und polarisierende Weise – auszufechten. Auf diese Weise verlor der am „Runden Tisch“ ausgehandelte politische Konsens – der Fahrplan für den Übergang zur Demokratie in Polen – immer mehr an Bedeutung. Dabei wurde der Konsens durch einen konfrontativen und überaus öffentlichkeitswirksamen Kommunikationsmodus des konservativen Solidarność-Lagers ersetzt.

Resümee

In Polen sahen sich die meinungsbildenden Zeitungen um die Equipe Wałęsa keineswegs in die Pflicht genommen, den Konsens während des voranschreitenden Übergangs zur Demokratie zu schützen. Mit der Berichterstattung der von Jarosław Kaczyński herausgegebenen Wochenzeitung „Tygodnik Solidarność“, dem Flaggschiff des konservativen Lagers der Solidarność, versuchte Wałęsa im Rahmen des Präsidentschaftswahlkampfes 1990 den konsensbewahrenden Kurs der Regierung Mazowiecki vielmehr zu diskreditieren und den Bruch mit dem Elitenkompromiss zu provozieren. Im Zentrum seines polemisch geführten Wahlkampfes stand der Slogan der „Beschleunigung“ („przyspieszenie“). Diese Formel gab zugleich die konfrontative Stoßrichtung einer neuen vergangenheitspolitischen Linie vor, die vor allem im Begriff der „Entkommunisierung“ („dekomunizacja“)

kondensierte – der Idee, eine Abrechnung mit den kommunistischen Regimeeliten wie auch den Vertretern der Nomenklatura Polens vorzunehmen. Vor allem wurde diesen Eliten der Vorwurf gemacht, sich durch die am „Runden Tisch“ ausgehandelte ungleiche Machtverteilung überaus bequem in das neue System hinübergerettet zu haben.

Der Bruch mit dem Konsens in Polen wurde zusätzlich dadurch angeheizt, dass der Regierung Mazowiecki nahestehende Abgeordnete wie Adam Michnik zugleich einflussreiche Medienakteure waren. Als Chefredakteur der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ wurde Michnik seit dem Frühjahr 1990 nolens volens in den Strudel des polarisierenden Wahlkampfs hineingerissen. Bezeichnenderweise konnte auch die „Gazeta Wyborcza“ – die konsequenteste Hüterin des am „Runden Tisch“ ausgehandelten Elitenkompromisses in Polen – dem von Wałęsa betriebenen provokativen Kurs nur wenig entgegensetzen. In der Regel reagierte sie mit einer für die nationale Versöhnung plädierenden Berichterstattung gegenüber den Postkommunisten oder mit gegen Wałęsa gerichteten Pressekampagnen. Anders als in der medialen Öffentlichkeit der Printmedien waren die geschichtspolitischen Angriffe des konservativen Solidarność-Lagers in den Plenardebatten des polnischen Sejm nach 1989 jedoch kaum von politischem Erfolg gekrönt. Zum einen waren die Konservativen zu dieser Zeit in der parlamentarischen Minderheit – zumindest im Sejm gab die Regierung Mazowiecki mit ihrem geschichtspolitischen Credo des „dicken Strichs“ weiterhin den Ton an. Zum anderen waren die konsensbewahrenden Sanktionsmechanismen der Geschäftsordnung des Sejm in dessen Plenum überaus funktional. Mit seinem geschichtspolitischen Konfrontationskurs gegenüber den Postkommunisten isolierte sich das konservative Solidarność-Lager im Sejm nur selbst.

Dabei muss der Bruch mit dem Konsens in Polen zugleich als Ausdruck einer in der Tradition des polnischen Freiheitskampfs stehenden nationalen Selbstvergewisserung gelesen werden – eines anwachsenden Bewusstseins, durch den „faulen Kompromiss“ des „Runden Tisches“ verraten worden zu sein und die verpasste Revolution von 1989 nachholen zu müssen. Für das konservative Solidarność-Lager

taugte damit die 1989 ausgehandelte Revolution bereits 1990 nicht zum demokratischen Gründungsmythos. Vielmehr orientierte sich dieses Lager an einer lange zurückliegenden Geschichte – an dem seit dem späten 18. Jahrhundert bestehenden nationalromantisch-martyrologischen Geschichtsbild. Langfristig betrachtet zog das konservative Lager um Jarosław Kaczyński aber wichtige Lehren aus dem Erfolg von 1990 – seines in erster Linie geschichtspolitisch ausgefochtenen Präsidentschaftswahlkampfes: Die neu aufkeimende Rechte in Polen erkannte, dass ein solches geschichtspolitisches Programm in der fragmentierten polnischen Gesellschaft nicht nur überzeugende national-vergemeinschaftende und politisch-legitimierende Wirkungen erzielt. Vor allem lernte diese Rechte, dass eine solche Geschichtspolitik, planvoll eingesetzt, eine überaus effiziente politische Kommunikations- und Machtstrategie bildet, mit der man in Polen wichtige Wahlen gewinnen und sich im Amt halten kann.

LITERATUR

Bartzky, Arnold: Der wiedergekrönte Adler. Polens visuelle Selbstdarstellung, in: „Osteuropa“ 53 (7), 2003, S. 910-920.

von Beyme, Klaus: Parteiensysteme im Demokratisierungsproze[ss] Osteuropas, in: „Geschichte und Gesellschaft“ 18 (3), 1992, S. 271-291.

Chciałbym żeby już [Ich hätte gerne, dass es jetzt schon losgeht], in: „Tygodnik Solidarność“, Nr. 23, 08.06.1990.

Chimiak, Katarzyna: ROAD. Polityka czasu przełomu. Ruch Obywatelski – Akcja Demokratyczna 1990-1991 [ROAD. Die Politik der Zeit des Umbruchs. Bürgerbewegung – Demokratische Aktion 1990-1991], Warszawa 2010.

Czy Jan Paweł II jest lewicowy? Z Haliną Bortnowską rozmawia Teresa Bogucka [Ist Johannes Paul II. ein Linker? Mit Halina Bortnowska spricht Teresa Bogucka], in: „Gazeta Wyborcza“, 08.-09.09.1990.

Gra w trzy karty. Z Adamem Michnikiem rozmawia Janina Paradowska [Spiel mit drei Karten. Mit Adam Michnik spricht Janina Paradowska], in: „Polityka“, Nr. 22, 01.06.1991.

Henzler, Marek: Nostalgia? Co trzeci Polak chciałby znów żyć w realnym socjalizmie [Nostalgie? Jeder dritte Pole würde gerne wieder im Realsozialismus leben], in: „Polityka“, Nr. 37, 14.09.1991.

Kraft, Claudia: Pacto de silencio und gruba kreska. Vom Umgang mit Vergangenheit in Transformationsprozessen, in: Hammerstein, Katrin/Mähler, Ulrich/Trappe, Julie/Wolfrum, Edgar (Hg.): Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung. Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit, Göttingen 2009, S. 97-107.

Linz, Juan J./Stepan, Alfred: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore/London 1996.

Loew, Peter Oliver: Helden oder Opfer? Erinnerungskulturen in Polen nach 1989, in: „Osteuropa“ 58 (6), 2008, S. 85-102.

Przeszłość odkreślamy grubą linią. Przemówienie Tadeusza Mazowieckiego w Sejmie [Unter die Vergangenheit ziehen wir eine dicke Linie. Erklärung von Tadeusz Mazowiecki im Sejm], in: „Gazeta Wyborcza“, 25.-27.08.1989, S. 2f.

Pytanie do Lecha Wałęsy [Eine Frage an Lech Wałęsa], in: „Gazeta Wyborcza“, 02.11.1990.

Refo- czy Rewolucja [Refo- oder Revolution], in: „Gazeta Wyborcza“, 11.09.1990, S. 4.

Ruchniewicz, Krzysztof: Die polnische Geschichtspolitik der Nach-„Wende“-Zeit am Scheideweg, in: Troebst, Stefan (Hg.): Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas, Göttingen 2010, S. 307-329.

Sejm Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej (Sprawozdanie Stenograficzne) [Sejm der Volksrepublik Polen (Sitzungsprotokoll)] 1989a, 6. Sitzung, 24.08.1989, [http://orka2.sejm.gov.pl/StenogramyX.nsf/0/259278CD28DE3BBDC1257D20002C-C6FD/\\$file/006_000006771.pdf](http://orka2.sejm.gov.pl/StenogramyX.nsf/0/259278CD28DE3BBDC1257D20002C-C6FD/$file/006_000006771.pdf), S. 83-86 (22.10.2017).

Sejm Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej (Sprawozdanie Stenograficzne) [Sejm der Volksrepublik Polen (Sitzungsprotokoll)] 1989b, 7. Sitzung, 12.09.1989, [http://orka2.sejm.gov.pl/StenogramyX.nsf/0/C1A9EFDB6FC44E01C1257D20002CC6FE/\\$file/007_000006777.pdf](http://orka2.sejm.gov.pl/StenogramyX.nsf/0/C1A9EFDB6FC44E01C1257D20002CC6FE/$file/007_000006777.pdf), S. 6-23 (22.10.2017).

Sejm Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej (Sprawozdanie Stenograficzne) [Sejm der Volksrepublik Polen (Sitzungsprotokoll)] 1989c, 15.

Sitzung, 07.12.1989, [http://orka2.sejm.gov.pl/StenogramyX.nsf/0/B05BDE88C79A1FD6C1257D20002CC706/\\$file/015_000006967.pdf](http://orka2.sejm.gov.pl/StenogramyX.nsf/0/B05BDE88C79A1FD6C1257D20002CC706/$file/015_000006967.pdf), S. 30 (22.10.2017).

Sejm Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej (Sprawozdanie Stenograficzne) [Sejm der Volksrepublik Polen (Sitzungsprotokoll)] 1989d, 17. Sitzung, 29.12.1989, [http://orka2.sejm.gov.pl/StenogramyX.nsf/0/B9B4E117AA85BDC4C1257D20002CC708/\\$file/017_000006979.pdf](http://orka2.sejm.gov.pl/StenogramyX.nsf/0/B9B4E117AA85BDC4C1257D20002CC708/$file/017_000006979.pdf), S. 278 f. (22.10.2017).

Sejm Rzeczypospolitej Polskiej (Sprawozdanie Stenograficzne) [Sejm der Republik Polen (Sitzungsprotokoll)] 1990b, 39. Sitzung, 21.09.1990, [http://orka2.sejm.gov.pl/StenogramyX.nsf/0/426E69E7A48858C7C1257D20002CC71E/\\$file/039_000006975.pdf](http://orka2.sejm.gov.pl/StenogramyX.nsf/0/426E69E7A48858C7C1257D20002CC71E/$file/039_000006975.pdf), S. 159-161 (22.10.2017).

Sejm Rzeczypospolitej Polskiej (Sprawozdanie Stenograficzne) [Sejm der Republik Polen (Sitzungsprotokoll)] 1990c, 41. Sitzung, 12.10.1990, [http://orka2.sejm.gov.pl/StenogramyX.nsf/0/075A002FE95FF9E2C1257D20002CC720/\\$file/041_000006749.pdf](http://orka2.sejm.gov.pl/StenogramyX.nsf/0/075A002FE95FF9E2C1257D20002CC720/$file/041_000006749.pdf), S. 230-232 (22.10.2017).

Solidarność i polityka [Die Solidarność und die Politik], in: „Więź“, Nr. 3/1991.

Spór o Wałęsę [Der Streit um Wałęsa], in: „Gazeta Wyborcza“, 14.-15.07.1990.

Tröbst, Stefan (Hg.): Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, Göttingen 2010.

Walicki, Andrzej: Czy PRL była państwem totalitarnym? [War die VR Polen ein totalitärer Staat?], in: „Polityka“, Nr. 29, 21.07.1990, S. 1.

Wałęsa, Lech: Moja III RP [Meine Dritte Republik], Warszawa 2007.

Wałęsa, in: „Gazeta Wyborcza“, 12.04.1990, S. 1.

Wałęsa do Belwederu? [Wałęsa in das Präsidentenpalais?], in: „Gazeta Wyborcza“, 12.04.1990.

Wałęsa, Michnik, Polityka [Wałęsa, Michnik, Politik], in: „Gazeta Wyborcza“, 07.06.1990.

Wierzę w społeczną dojrzałość. Z Premierem Tadeuszem Mazowieckim rozmawia Jerzy Turowicz [Ich glaube an die gesellschaftliche Reife. Mit Premierminister Tadeusz Mazowiecki spricht Jerzy Turowicz], in: „Tygodnik Powszechny“, Nr. 46, 18.11.1990.

Władyka, Wiesław: Walka o władzę. A gdzie jest konstytucja? [Der Kampf um die Macht. Und wo ist die Verfassung?], in: „Polityka“, Nr. 39, 29.09.1990.

Wnuk-Lipiński, Edmund: Demokratyczna rekonstrukcja. Z socjologii radykalnej zmiany społecznej [Die demokratische Rekonstruktion. Zur Soziologie des radikalen gesellschaftlichen Wandels], Warszawa 1996.

Z generałem Jaruzelskim o stanie wojennym [Mit General Jaruzelski über das Kriegsrecht], in: „Gazeta Wyborcza“, 18.12.1989, S. 4f.

Vergangenheit, Erinnerung, Geschichte. Die geschichtspolitische Vision im politischen Programm der Partei Recht und Gerechtigkeit

MARCIN ZABORSKI

„**P**olitiker kämpfen dialektisch miteinander darum, was authentisches Erinnern und Gedenken sei“, konstatiert Helmut Juros (Juros 1999, S. 46). Der Grund hierfür liegt darin, dass – wie Norman Davies schreibt – „Geschichte und Politik seit Entstehung der Welt oder zumindest der Sekunde danach untrennbar miteinander verbunden sind“ (Davies 2007, S. 287). Mit Peter Steinbach können wir also sagen, dass „Geschichte offensichtlich ein Element der Politik ist“ (Steinbach 2000, S. 41). Das zeigt sich am deutlichsten in der Geschichtspolitik, in der sich die Einstellungen zur Vergangenheit offenbaren. Sie gibt vor, welche Ereignisse aus früherer Zeit im Gedächtnis bewahrt bleiben und welche dem Vergessen anheimgegeben werden sollen. Bestimmten Akteuren der Vergangenheit eröffnet die Geschichtspolitik die Perspektive dauerhafter Präsenz im Bewusstsein künftiger Generationen, andere werden aus dem kollektiven Gedächtnis gelöscht. Unterschiedliche politische Lager haben naturgemäß abweichende Vorstellungen darüber, welche historischen

Personen ins Pantheon der Nationalhelden und welche Ereignisse in die Schatzkammer des nationalen Gedächtnisses aufgenommen zu werden verdienen. Außerdem unterscheiden sie sich in Ausmaß und Intensität der jeweiligen Aktivitäten auf diesem Gebiet.

Der vorliegende Text versucht, das geschichtspolitische Programm der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) zu rekonstruieren und die folgenden Fragen zu beantworten: Auf welche Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens möchte die PiS ihre Aktivitäten zur Durchsetzung ihres Geschichtsbilds vorrangig konzentrieren? Welche Aufgaben mit Bezug zu diesem Geschichtsbild sollen dem Staat übertragen werden? Welche Ziele verfolgt die PiS, was möchte sie mit der Umsetzung ihrer Politik im Bereich der Geschichte, des nationalen Erbes und des Verhältnisses zur Vergangenheit erreichen? Und schließlich: Auf welche Ereignisse oder Personen aus der polnischen, europäischen und Weltgeschichte berufen sich die Urheber des geschichtspolitischen Programms der PiS? Welche Ideen dieser Personen greifen sie auf? Und was für ein Weltbild entwickeln sie daraus?

Zur Beantwortung dieser Fragen analysieren wir das Parteiprogramm, mit dem die PiS im Jahr 2015 zu der Parlamentswahl antrat. Das Dokument trägt den Titel „Zdrowie, Praca, Rodzina. Program Prawa i Sprawiedliwości 2014“ („Gesundheit, Arbeit, Familie. Das Programm von Recht und Gerechtigkeit 2014“).¹ Untersucht werden sowohl die in diesem Text enthaltenen expliziten Aussagen zu Aktivitäten im Hinblick auf Geschichte, Erinnerung und Vergangenheit als auch Äußerungen und Bezugnahmen auf die uns interessierende Problematik in Abschnitten zu anderen Gesellschaftsbereichen und den sie betreffenden Politikfeldern.

¹ Siehe: Zdrowie 2014. Zur Vervollständigung des Bildes der geschichtspolitischen Vorstellungen der PiS wird die Analyse der entsprechenden Passagen des Parteiprogramms von 2014 um einschlägige Aussagen aus den 2015 veröffentlichten Materialien zum Programmkonvent von PiS und Vereinigter Rechter (Zjednoczona Prawica) ergänzt (Myśląc Polska 2015).

Das Weltbild

Das Abstecken von Handlungsfeldern, das Formulieren konkreter Forderungen und das Benennen zu erfüllender Aufgaben erfordert meist eine Diagnose und Beschreibung des Ist-Zustandes. Das gilt auch für politische Programme. Betrachten wir also zunächst das dem PiS-Programm – in Bezug auf die Geschichte – zugrundeliegende Weltbild. Welche Abschnitte der polnischen Geschichte erscheinen dort in hellem Licht, welche werden kritisch gesehen?

Die Zweite Republik

Im Programm „Gesundheit, Arbeit, Familie“ beruft sich die PiS auf die Zweite Polnische Republik, deren Entstehung im Jahr 1918 für die Partei die Krönung des Demokratisierungsprozesses darstellt. Sie betont, dass die Zweite Republik „vom Anbeginn ihres unabhängigen Bestehens die Gleichheit der Bürger als Grundrecht achtete, indem sie Standesunterschiede, Einschränkungen für Frauen und ethnische Diskriminierungen abschaffte. Darüber hinaus wurden Arbeiterrechte und andere Regulierungen zum Schutz ökonomisch schwacher Gesellschaftsgruppen eingeführt“ (Zdrowie 2014, S. 9). Die Partei verweist außerdem auf den 1918 umgehend begonnenen Wiederaufbau des polnischen Staatswesens. Auf diese Zeit gehe eine langjährige Tradition der rationalen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen zurück, denn „damals äußerte sich die Sorge um ökologische Sicherheit in der Pflege des Waldes und in der Rationalisierung der Methoden des Abbaus von Rohstoffen. Die Behörden des wiedergeborenen polnischen Staates setzten auf Fortschritt, dessen Fundament die Nutzung der heimischen Ressourcen bilden sollte“ (ebd., S. 104). Die PiS propagiert die Fortführung der damals eingeführten Philosophie der auf innovative Technologien gestützten ausgewogenen Nutzung heimischer Ressourcen – „unter Respektierung der Natur des Vaterlandes und der polnischen Landschaft“ (ebd.).

Der Zweite Weltkrieg

In ihrem Programm beruft sich die PiS auf Kriegsereignisse und deren Nachwirkungen in der internationalen Gegenwartspolitik. Der Vorgängerregierung aus Platforma Obywatelska (Bürgerplattform, PO) und Polskie Stronnictwo Ludowe (Polnische Volkspartei, PSL) wirft sie vor, nicht auf die Neuausrichtung der deutschen Geschichtspolitik reagiert zu haben, die ihrer Auffassung nach „im Kern die historische Wahrheit und den moralischen Sinn des Zweiten Weltkriegs in Frage stellt“ (ebd., S. 42). Zugleich werde in Polen „ebenfalls eine Politik betrieben, die auf eine Relativierung der Schuld der Deutschen an den größten Verbrechen des Zweiten Weltkriegs und die Abwälzung der Verantwortung auf die Polen abzielt“ (ebd., S. 27). Aus Sicht der PiS handelt es sich dabei um einen Aspekt der Dekonstruktion der polnischen Identität. In ihrem Programm äußert sie Empörung darüber, dass die Produktion eines Films wie „Pokłosie“ („Nachlese“),² der – wie es im Text heißt – durch Verfälschungen der tragischen Geschichte des 20. Jahrhunderts inspiriert sei, mit öffentlichen Geldern gefördert wurde: „Dieser Fall ist ein Ereignis von globaler Bedeutung. Mit dem Geld polnischer Steuerzahler wird ein verlogenes Bild der polnischen Geschichte verbreitet. Der Staat, der sich als erster und unter großen Opfern dem deutschen Nazismus entgegenstellte und gleichzeitig Opfer des sowjetischen Kommunismus wurde, wird als Mittäter des Verbrechens dargestellt. Der Film verfälscht das Bild des Holocausts, der auf unserem Territorium in organisierter Form von Organen des deutschen Staates durchgeführt wurde, die gleichzeitig auch gegen das polnische Volk außergewöhnlich brutale, blutige und massenhafte Repressionen ausübten, die ebenfalls Merkmale eines Genozids aufweisen“ (Zdrowie 2014, S. 156).³

² Spielfilm des Regisseurs Władysław Pasikowski aus dem Jahr 2012. Die Handlung greift Motive der Ereignisse des Judenpogroms in Jedwabne auf. Die Produktion des Films wurde vom Polnischen Institut für Filmkunst gefördert.

³ Während des Programmkonvents von PiS und Vereinigter Rechter im Jahr 2015 wurde auch die Forderung nach neuen historischen Forschungen zur deutschen Besetzung – insbesondere zu den Einstellungen und zum Schicksal der Zivilbevölkerung – gestellt. Vorgeschlagen wurde zudem die Gründung eines Instituts zur Erforschung der Totalitarismen, „das mit entsprechend ausgewählten Forschern mit schriftstellerischer Kompetenz und nachgewiesenen wissenschaftlichen Leistungen besetzt wird und dessen Hauptaufgabe in der Kooperation mit dem Ausland besteht“.

Zugleich äußert die PiS – wieder unter Bezugnahme auf die Vergangenheit – Vorbehalte gegen die Politik der PO-PSL-Regierung gegenüber der Russischen Föderation: Die polnische Regierung habe sich „in der Frage der Benennung des Massakers von Katyn im Jahre 1940 als Genozid zur Kapitulation“ entschieden (ebd., S. 42). Dabei sollte nach PiS-Auffassung zu den Werten, die Polen in den internationalen Beziehungen propagiert, die Wahrheit gehören, und zwar „insbesondere in den Beziehungen zu Ländern, im Verhältnis zu denen im Dialog über die gemeinsame Geschichte ein Offenheitsdefizit besteht. Der gegenseitige Respekt zwischen Staaten verlangt es aber, aktiv und entschlossen zu handeln und nicht die schwierigen Beziehungen gemäß der Formel eines ständigen sogenannten Neubeginns (Resets) zu überdecken“ (ebd., S. 156).⁴

Die Volksrepublik Polen

Die Darstellung der Volksrepublik Polen im PiS-Programm enthält die Feststellung, dass „die Kommunisten durch die Anwendung von Gewalt und massenhaften Repressionen grundlegende Werte negierten“ und gleichzeitig auf jede erdenkliche Weise „die Erzählung vom freien Polen und von den freien polnischen Staatsbürgern“ unterdrückten (ebd., S. 10). Doch habe sich diese Erzählung nie ganz unterdrücken lassen, denn „die Polen lehnten den Kommunismus ab und rebellierten in Verteidigung der traditionellen polnischen Werte“ (ebd., S. 9). Als Symbole des gesellschaftlichen Widerstands nennt das PiS-Programm Stanisław Mikołajczyk und die „Verfemten Soldaten“ und verweist überdies auf „die große und einzigartige Bewegung der Solidarność, die fest in der polnischen Tradition von Freiheit, Gleichheit und Solidarität wurzelte“ (ebd., S. 10).

⁴ Das Thema der polnisch-russischen Beziehungen – auch im historischen Kontext – wurde ebenfalls auf dem Programmkonvent 2015 aufgegriffen. Dort hieß es u. a.: „Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, wir würden für Passivität oder stillschweigende Duldung des russischen Imperialismus durch Moskau belohnt. Wir dürfen nicht dem alten, schädlichen (Wokulski-)Mythos anhängen, wir müssten nur stillhalten, um Zugang zu den großen ökonomischen Profiten auf dem Gebiet Russlands zu erhalten und auf diese Weise selbst zu einem Land zu werden, in dem Milch und Honig fließen. Die Russen haben uns weder zur Teilungszeit, noch während der kommunistischen Unterwerfung gestattet, auf diese Weise Geld zu verdienen“ (Mysłac Polska 2015, S. 78).

In ihrem Programm nimmt die PiS eine eindeutig negative Haltung zur Volksrepublik Polen ein. Sie kritisiert die damalige Regierungspraxis und fordert eine radikale Beschneidung des Einflusses von Institutionen und Milieus, deren Wurzeln in die Zeit der Volksrepublik zurückreichen. Sie verlangt einen „Bruch mit den Hinterlassenschaften der Volksrepublik Polen“ (ebd., S. 47) und kritisiert, dass „die negative Selektion der kommunistischen Zeit in bedeutendem Ausmaß in der Dritten Republik bewahrt wurde“ (ebd., S. 43). Wenn sie der PO als politischem Gegner vorwirft, sie instrumentaliere Staatsanwaltschaft, Ordnungsdienste und Spezialeinheiten für den Kampf gegen die Opposition, spricht sie von „kompromittierten, aus der Volksrepublik bekannten Praktiken“ (ebd., S. 55). Das Verhältnis der PiS zur polnischen Geschichte vor 1989 manifestiert sich im Parteiprogramm in konkreten Aussagen, etwa der Ankündigung der Wiedereinführung transparenter Sachkriterien für Dienstbeförderungen, die „geschul-ten und gut vorbereiteten Offizieren, die ihren Dienst im unabhängigen Polen nach 1989 antraten, die Übernahme von Leitungs- und Führungspositionen“ ermöglichen sollten (ebd., S. 57). An einer anderen Stelle wird im Zusammenhang mit der Ankündigung, die Rolle des Zentralen Antikorruptionsbüros (Centralne Biuro Antykorupcyjne, CBA) zu stärken, ausdrücklich darauf hingewiesen, es handele sich um einen Dienst, der „nicht aus der Volksrepublik hervorging und für den ein gesetzliches Beschäftigungsverbot für Funktionäre ehemaliger Dienste der Volksrepublik gilt“ (ebd., S. 63).

Großen Raum nimmt im PiS-Programm die Diagnose des Gesellschaftssystems ein, in deren Rahmen immer wieder auf die Vergangenheit Bezug genommen wird. So heißt es, nicht alle Hoffnungen im Zusammenhang mit dem Umbruch des Jahres 1989 hätten sich erfüllt. Zwar habe es in der neuen Wirklichkeit in vielen Bereichen „Ernennungen von neuem Personal gegeben, doch blieben die alten Kader eindeutig in der Überzahl“ (ebd., S. 15) und „die Elemente der Kontinuität dominierten eindeutig über die Elemente des Wandels“ (ebd.). Die Auflösung der alten Dienste, die Lustration und die Dekommunisierung in Hinsicht auf die Finanzen seien Maßnahmen, die bisher nicht oder allenfalls unvollständig oder verspätet durchgeführt worden seien (ebd., S. 16).

Wir, das Volk

Im Programm der PiS dienen Bezugnahmen auf die Geschichte häufig dazu, den Begriff der Nation zu bestimmen. Das Programm „Gesundheit, Arbeit, Familie“ definiert Nation nicht nach ethnischen Kriterien – „nicht nur wegen [...] der negativen Haltung gegenüber nationalen Vorurteilen, sondern auch mit Blick auf die polnische Geschichte. Die polnische Nation bildete sich und reifte dadurch, dass Menschen mit unterschiedlichen ethnischen Zugehörigkeiten zu einer Gemeinschaft zusammenfanden“ (ebd., S. 9). Zunächst habe der Begriff der Nation nur die privilegierten Stände umfasst, doch „an der Schwelle zum 19. Jahrhundert begann ein Demokratisierungsprozess, der im 20. Jahrhundert abgeschlossen wurde und der den Begriff der polnischen Nation und die Staatsbürgerschaft auf die plebejischen Schichten – also das Volk – ausweitete. Eine bedeutende Rolle in diesem Prozess spielten die wichtigsten polnischen politischen Bewegungen: Aufstandsbewegung, Nationalbewegung, Bauernbewegung und sozialdemokratische Bewegung“ (ebd.).

Zugleich konstatiert die PiS, verteidigt und artikuliert würden die nationalen Interessen heute durch den Staat, der für die Polen eine besondere Bedeutung habe. Im Parteiprogramm lesen wir: „123 Jahre lang existierte kein souveräner polnischer Staat. Wir konnten unser Schicksal nicht selbst bestimmen. Darum betrachten wir den polnischen Staat als einen der höchsten Werte und jede Infragestellung seiner Souveränität oder gar Existenz als unannehmbar und verderblich für die Nation und als Bedrohung des Polentums in seiner heutigen und historischen Gestalt“ (ebd., S. 11).

Nach Ansicht der PiS hat ein bedeutender Teil der Eliten der Dritten Republik ein distanzierendes Verhältnis zur Nation: „In vielen einflussreichen Kreisen in Medien, Kultur und Wissenschaft ist schon der Gebrauch des Wortes Nation verpönt“ (ebd., S. 26). Vor diesem Hintergrund wirft die PiS der PO vor, sie zeige eine „Bereitschaft zur weitgehenden Berücksichtigung des Willens äußerer Akteure, welche

die Faktoren, die zur Stärkung der polnischen Tradition und des Nationalgefühls – zumal der mit dem Katholizismus verbundenen Aspekte – beitragen, mit Sorge betrachten“ (ebd.).

Die Helden der kollektiven Imagination

Eine zentrale Bezugsperson für die PiS ist Lech Kaczyński, der ehemalige polnische Staatspräsident, der am 10. April 2010 bei einem Flugzeugabsturz bei Smolensk ums Leben gekommen ist. Sein Denken und seine Vorstellungen bilden eine fundamentale Inspirationsquelle für das Parteiprogramm. So heißt es dort etwa: „Die Partei Recht und Gerechtigkeit vertritt seit ihrer Gründung die Überzeugung, dass Polen und die polnischen Bürger eine neue Politik benötigen, die auf klaren, aus unserer Tradition abgeleiteten und dem Gemeinwohl verpflichteten Werten gründet. Diese Überzeugung vertraten auch der verstorbene Präsident der Republik Polen, Lech Kaczyński, und andere Anführer der Solidarność-Bewegung der Jahre 1980–1988“ (ebd., S. 44). Die „anderen Anführer“ werden hier bezeichnenderweise nicht namentlich genannt, was die Aussage in Bezug auf Lech Kaczyński verstärkt (Zdrowie 2014).⁵ Zugleich behauptet die PiS, ihr politischer Hauptgegner – die PO, konkret vor allem Donald Tusk und dessen Umfeld – hätten während Lech Kaczyńskis Amtszeit ein negatives Verhältnis zum Amt des Staatspräsidenten erkennen lassen: „Dieses Verhältnis war geprägt von der Missachtung der Kompetenzen des Staatsoberhauptes, der Erschwerung ihrer Ausübung oder sogar ihrer ostentativen Infragestellung sowie von der Diskreditierung und

⁵ An anderer Stelle wird, wenngleich in anderem Zusammenhang, der Name Lech Wałęsa erwähnt. Dort geht es um die Debatte über Wałęsas Vergangenheit und die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen, er habe mit dem kommunistischen Sicherheitsdienst zusammengearbeitet. Die PiS wirft den Medien vor, die Geschichte der Solidarność-Bewegung selektiv darzustellen. Im Parteiprogramm heißt es dazu: „Die ganze Operation beruht auf einem Missverständnis. Dieses wiederum resultiert aus der Diskrepanz zwischen allgemeinem Wissen, das sich auf unwiderlegbare Fakten stützt, und dem der Öffentlichkeit nicht bekannten historischen Wissen über die Entwicklung der Positionen der Solidarność-Führer nach 1989, unabhängig von ihren tatsächlichen früheren Verdiensten“ (Zdrowie 2014, S. 35).

Diffamierung der Person, die das höchste Amt im Staate bekleidete“ (ebd., S. 69). Darüber hinaus habe der politische Gegner „eine gigantische Propagandaaktion mit Anschwärmungen, Lügen und Schmähungen gestartet, die zu Recht als Verachtungsmaschinerie bezeichnet wurde“ (ebd., S. 17). Aus Sicht der PiS war dies eine Reaktion darauf, dass Lech Kaczyński sich als Staatspräsident „in keiner Weise dem Druck vonseiten der Bürgerplattform und ihrer medialen Verbündeten“ gebeugt habe (ebd., S. 69).

Die PiS verweist in ihrem Programm auch auf Lech Kaczyńskis außenpolitisches Vermächtnis. Die von Kaczyński formulierten Aufgaben seien weiterhin aktuell und unstrittig (innere und äußere Sicherheit, Stärkung des Einflusses und der Präsenz Polens auf der internationalen Bühne, Sicherung des polnischen Status als unverzichtbarer Partner bei internationalen Entscheidungen). Die PiS betont die axiologische Dimension der Außenpolitik, die „der verstorbene Staatspräsident so treffend zusammenfasste: In der internationalen Politik muss man *die Freiheit wählen und die Wahrheit verteidigen*“ (ebd., S. 150). Schließlich enthält das PiS-Programm die Forderung nach einer Zusammenarbeit Mittel- und Osteuropas „im Geiste des verstorbenen Präsidenten Lech Kaczyński“ (ebd., S. 155).⁶ Die ihm gewidmeten Passagen belegen eindeutig, dass die PiS die Umsetzung von Lech Kaczyńskis politischer Vision sowie die Pflege seines politischen Erbes als prioritäre Aufgabe betrachtet. Das Parteiprogramm enthält ein offenes Bekenntnis zur „ideellen und praktischen Berufung auf das Vermächtnis des Handelns und Denkens des verstorbenen Staatspräsidenten Prof. Lech Kaczyński“ (ebd., S. 149).

⁶ Auch auf dem Programmkonvent 2015 bezog man sich auf Lech Kaczyńskis politische Konzepte. Es wurde beklagt, dass „die polnische Diplomatie die durch den verstorbenen Präsidenten Lech Kaczyński erfolgreich ausgefüllte Funktion des Animateurs der regionalen Zusammenarbeit aufgegeben“ habe. Man erinnerte an Kaczyńskis 2008 in Tiflis gehaltene Rede, in der er vor dem russischen Imperialismus warnte, der sich gegen andere Staaten richten könne. Die PiS spricht in diesem Kontext von der „Prophezeiung Lech Kaczyńskis“. Außerdem war zu hören, Polen habe „nach einigen Jahren der Stagnation und einer Politik aus der Position eines Bittstellers größerer Staaten nicht einmal mehr halb so viele Möglichkeiten wie noch während der Präsidentschaft von Prof. Lech Kaczyński“ (Myśląc Polska 2015, S. 78-84).

Das PiS-Programm beruft sich außerdem auf die Person und das Denken Johannes Pauls II. Zitiert wird etwa die Enzyklika „*Sollicitudo rei socialis*“ mit ihrer Kritik an den ökonomischen, monetären und sozialen Mechanismen, welche die innergesellschaftlichen Gegensätze zwischen Reichen und Armen verfestigen und vertiefen (ebd., S. 8). Das PiS-Programm betont auch den Beitrag des polnischen Papstes zur Entstehung der *Solidarność*-Bewegung: „Diese Bewegung hätte es ohne das Pontifikat Johannes Pauls II. nicht gegeben, ohne Seine Lehre und ohne Seinen während des ersten Polen-Besuchs bekundeten Glauben an die Erneuerung der Nation. Seine klaren patriotischen Gedanken drangen tief ins gesellschaftliche Bewusstsein ein und wurden zum Keim der nationalen Erneuerung – ‚Es gibt kein gerechtes Europa ohne ein unabhängiges Polen‘, ‚Sende aus deinen Geist! Sende aus deinen Geist! Und erneuere das Angesicht der Erde! Dieser Erde!‘, [...] ich bitte euch, nehmt dieses geistige Erbe an, das den Namen »Polen« trägt, nehmt es noch einmal an mit Glaube, Hoffnung und Liebe“ (ebd., S. 10).

Nach Auffassung der PiS spielte – und spielt noch immer – die Kirche eine besondere Rolle in der polnischen Geschichte, die sich von der Geschichte anderer Nationen unterscheide. Die Kirche habe nicht nur die Entstehung und Entwicklung der Nation gefördert, sondern sie auch geschützt: „Schon im Mittelalter wehrte die Kirche fremde Versuche der Machtausübung ab, später erwachsen aus der Geistlichkeit die ersten Autoren, die zur Reform der Republik aufriefen. Während der extrem widrigen Zeiten der Teilung war die Kirche, ähnlich wie zur Zeit der Volksrepublik, ein Hort des Polentums, ein Ersatz für das nicht existierende unabhängige Staatswesen“ (ebd.). In diesem Kontext erwähnt das PiS-Programm auch die Person und die Lehre von Kardinal Stefan Wyszyński, des so genannten „Jahrtausendprimas“ von Polen.

Darüber hinaus unterstreicht das PiS-Programm die Rolle der allgemeinen Kirche in den historischen Prozessen, die zur Erweiterung der Sphäre der Gleichheit in der polnischen Gesellschaft führten: „Die Lehre der katholischen Kirche, die polnische Tradition und der polnische Patriotismus gingen in der Herausbildung der politischen Identität

der Nation eine starke Verbindung ein. Die Freiheit steht im Zentrum der christlichen Lehre vom Menschen, sie bildet den Kern unserer Geschichte als Nation; die Freiheit trägt wesentlich zum Sinn des Daseins bei, und darum hat die polnische nationale Zugehörigkeit, verstanden als Erbe von Freiheit, Gleichheit und Achtung vor dem menschlichen Leben universelle Bedeutung. Wir betrachten dies als Beitrag unserer Nation zur allgemeinen Geschichte der Freiheit“ (ebd.).⁷

Geschichte in der Praxis

Neben Diagnosen, das heißt Ausführungen zum Ursprung der polnischen Identität sowie zur vielschichtigen Geschichte Polens und der aus ihr hervorgehenden heutigen gesellschaftlichen und politischen Strukturen, enthält das PiS-Programm auch einen Katalog von Maßnahmen, deren Anwendung die Verwirklichung ihrer geschichtspolitischen Vorstellungen ermöglichen soll. Um welche Schritte handelt es sich?

Die PiS fordert grundlegende Reformen in der schulischen Geschichtsvermittlung. Sie vertritt die Auffassung, dass „die Absolventen polnischer Schulen über ein gemeinsames Repertoire von Wissen und Kenntnissen bezüglich der gemeinsamen Symbole, Bezugspunkte und Vorstellungen verfügen sollten, auf deren Grundlage sich die polnische Identität konstituiert und die für die Erfahrung unserer Nation prägend sind“ (ebd., S. 130). Vor diesem Hintergrund will die PiS dem Geschichtsunterricht wieder entsprechenden Stellenwert verleihen. Er soll den polnischen Schülerinnen und Schülern gute Kenntnisse der Geschichte, vor allem der polnischen, vermitteln und gemäß der im Parteiprogramm umrissenen Vision eine Säule der patriotisch-staatsbürgerlichen Erziehung bilden. Das umfasst auch Angebote historischer Bildungsstätten wie Museen oder das Institut des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej, IPN). Im PiS-Programm heißt es dazu: „Die Schulen werden weiterhin dauerhaft zur Pflege

⁷ Auf dem Programmkonvent 2015 wurde überdies angekündigt, dass sich „in Kooperation mit der römisch-katholischen Kirche und anderen christlichen Konfessionen die Regierung [...] an den Feierlichkeiten zur 1050-Jahr-Feier der Taufe Polens und der polnischen Staatsgründung beteiligen wird“ (Myśląc Polska 2015, S. 113).

von nahe gelegenen Stätten des nationalen Gedenkens verpflichtet. Außerdem sollen sie ihre Schüler dazu ermuntern, sich an verschiedenen vom Ministerium, dem IPN oder anderen wichtigen Institutionen organisierten Initiativen – wie zum Beispiel Wettbewerben – zu beteiligen“ (ebd., S. 132). Weitere Vorschläge betreffen etwa Ausflüge und Klassenfahrten zu bedeutsamen Orten der polnischen Geschichte – auch solchen außerhalb der heutigen polnischen Grenzen wie Lemberg oder Wilna. Im Programm heißt es, dass „wir auf längere Sicht über solche Ausflüge und Fahrten als offizielles staatliches Bildungsangebot nachdenken sollten, vergleichbar ähnlichen Programmen, die von den Regierungen anderer Länder für Jugendliche organisiert werden“ (ebd.). Auch ein anderes Vorhaben soll Schulausflüge zum Kennenlernen von Kultur und Geschichte Polens attraktiver machen: „Schüler und Studenten sollen grundsätzlich freien Eintritt zu Museen haben. [...] Eine entsprechende Regelung in Frankreich führt heute dazu, dass für polnische Schüler der Eintritt in den Louvre frei ist, während sie für die Besichtigung des Wawels oder des Königsschlusses zahlen müssen. Das werden wir ändern.“ Das Programm enthält darüber hinaus die Ankündigung spezieller didaktischer und pädagogischer Initiativen, die an die ruhmreiche Tradition der polnischen Armee anknüpfen und der „Weckung von Stolz darüber, polnischer Soldat zu sein, sowie der Festigung der Achtung vor der polnischen Uniform“ dienen sollen (ebd., S. 164).⁸

Besonderes Augenmerk legt die PiS auf Kriegskombattanten und die Veteranen der demokratischen Opposition. Im Parteiprogramm lesen wir: „Besondere Fürsorge möchten wir Personen zukommen lassen, die sich sehr um die Republik Polen verdient gemacht haben. Personen, die unter Einsatz des eigenen Lebens und der eigenen Gesundheit

⁸ Dieser Gedanke wurde auf dem Programmkonvent 2015 weiterentwickelt. Als Initiativen zur Steigerung des patriotischen Engagements der Bürger wurden unter anderem vorgeschlagen: ein jährlich stattfindendes, den kulturellen und militärischen Traditionen aller Nationen der früheren Adelsrepublik gewidmetes Jagiellonen-Festival in Krakau oder Lublin; die inhaltliche und steuerliche Förderung der Produktion von Büchern, Comics, Brett- und Computerspielen, Kinderkostümen, Spielsachen oder ähnlichem mit Bezug zur polnischen Militärtradition; die Organisation von Feierlichkeiten zu Jahrestagen der Geschichte der polnischen Streitkräfte, darunter auch Jahrestage, die uns mit den Nachbarn verbinden; die Förderung von Dokumentar- und Spielfilmen zur Geschichte der polnischen Streitkräfte (Mysłac Polska 2015, S. 103).

mit der Waffe für Unabhängigkeit und Souveränität kämpften, und Personen, die sich der kommunistischen Diktatur widersetzen, werden materielle Unterstützung und Hilfen für ein würdiges Leben erhalten“ (ebd., S. 122). Zur Popularisierung der patriotischen Haltung dieser Personen soll ein Korps der Veteranen des Kampfes um eine unabhängige Republik Polen gegründet werden. Laut Parteiprogramm soll der Veteranenstatus Personen zustehen, die in der Volksrepublik Polen im Gefängnis saßen, interniert waren, an Freiheitskundgebungen teilnahmen oder unter Repressionen zu leiden hatten. Die materielle Unterstützung dieses Personenkreises wird im PiS-Programm als moralische Pflicht bezeichnet, denn „es ist nicht akzeptabel, dass Menschen, die für die Freiheit und Demokratie unseres Vaterlands gekämpft haben, heute nicht genug zum Leben haben“ (ebd.).

Zu den für das soziale Leben und die historische Kontinuität wichtigsten Bereichen im PiS-Programm zählt die Kultur. Die PiS fordert die Bewahrung und einen möglichst breiten Zugang zum polnischen nationalen Erbe, der unter anderem durch die rasche Digitalisierung der Werke der klassischen polnischen Literatur, Werkausgaben von Zygmunt Krasiński und Cyprian Norwid und andere „monumentale Editionen großer polnischer Literatur“ (ebd., S. 140), gewährleistet werden soll. Als weitere Aufgaben nennt das Parteiprogramm die staatliche Obhut über die Archive des Musiklabels Polskie Nagrania, den Schutz und die Rettung von Denkmälern – auch in den ehemaligen polnischen Ostgebieten – sowie die Errichtung neuer Museen, etwa eines Museums der polnischen Geschichte, eines Museums der Westgebiete und eines Museums der ehemaligen Ostgebiete. Letzteres soll „auf zeitgemäße Weise das großartige Kulturerbe der ehemaligen Ostgebiete, aber auch den schmerzhaften Prozess ihrer Zerstörung einschließlich des von sowjetischen Kommunisten und ukrainischen Nationalisten an Polen begangenen Genozids darstellen“ (ebd.). Die PiS verspricht auch anderen Museen finanzielle und inhaltliche Unterstützung, etwa dem Museum der Verfolgten Soldaten („ein Ort des Gedenkens an alle Unabhängigkeitskämpfer auf dem Territorium der gesamten Republik, die nach 1944 den Kampf gegen die kommunistische Unterdrückung

aufnahmen“ (ebd., S. 141) und dem Museum Johannes Pauls II. und des Primas Wyszyński (ebd.).⁹

Eines der im PiS-Programm genannten Instrumente zur Umsetzung der umrissenen Geschichtspolitik ist das Projekt „Patriotismus von morgen“¹⁰, dessen Ziel in der „Förderung von zivilgesellschaftlichen und kommunalen Initiativen auf den Gebieten der patriotischen Bildung, der Verbreitung der nationalen Tradition und der Schaffung eines positiven Verhältnisses zur eigenen Geschichte“ besteht (ebd., S. 142). Dieses Ziel wird auch genannt, wenn die PiS auf die Notwendigkeit einer Reform des zivilgesellschaftlichen Sektors hinweist. Erforderlich sei „die Einführung eines staatlichen Systems der formellen und informellen staatsbürgerlichen Bildung und der patriotischen Erziehung in Kooperation mit dem zivilgesellschaftlichen Sektor und unter rationaler Ausnutzung der bestehenden Bildungs- und Kulturinfrastruktur (Schulen, Vorschulen, Bibliotheken, Kulturhäuser usw.)“ (ebd., S. 147). Hier kommen auch die öffentlich-rechtlichen Medien ins Spiel – aus Sicht der PiS gehören die Verbreitung der nationalen Tradition und die historische Bildung zu deren grundlegenden Aufgaben (ebd., S. 143).¹¹

⁹ Auf dem Programmkonvent 2015 wurden weitere Vorschläge diskutiert, etwa die Forderung nach der Belegung der Bildungstätigkeit des Museums des polnischen Heeres nach dem Vorbild des Museums des Warschauer Aufstands, die vollständige Inbetriebnahme des Museums Józef Piłsudskis und der Zweiten Republik in Sulejów; ein Museum des Schlachtfelds Westerplatte; ein Museum des Leidens der Polen in Piaśnica (als Filiale des Museums Stutthof). In diesem Kontext wurde auch gefordert, es müsse „auch eine polnische historische Erzählung im schon existierenden Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig geschaffen werden“ (Myśląc Polska 2015, S. 103, 112 f.).

¹⁰ Die Prämissen des Projekts und die Erfahrungen aus seiner Durchführung in den letzten Jahren sollen im Rahmen der Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit genutzt werden. Auf dem Programmkonvent 2015 kündigte die PiS an: „Wir werden den positiven Trend der historischen Reenactments und der patriotischen Ästhetik nutzen. Die Hundertjahrfeier der Unabhängigkeit bietet die Gelegenheit zur Mobilisierung der Gesellschaft rund um Werte wie Staat, Nation, Freiheit, Solidarität, Patriotismus [...]. ‚100 Jahre Unabhängigkeit‘ kann das Schlagwort werden, das als Leitmotiv den Aktivitäten der Regierung auf dem Feld der Erinnerungspolitik zugrunde liegt“ (Myśląc Polska 2015, S. 114).

¹¹ Detaillierte Ausführungen zu diesem Konzept enthalten die Materialien zum Programmkonvent 2015: „Die polnischen öffentlich-rechtlichen Medien werden zu Mäzenen großer Film- und Serienproduktionen auf der Basis klassischer Werke der polnischen Literatur. Jedes Jahr sollen mindestens zwei historische Serien entstehen, die weiße Flecken in unserer Geschichte füllen.“ An anderer Stelle heißt es: „Es werden gesonderte Regelungen vorgeschlagen, damit das Polnische Institut für Filmkunst und andere staatliche Institutionen sich intensiver an der Entstehung von Filmdrehbüchern und der Produktion von Filmen, die das gute polnische Geschichtskino verbreiten, beteiligen können“ (Myśląc Polska 2015, S. 111, 113).

In der Beschreibung ihrer angestrebten Geschichts- und Identitätspolitik richtet die PiS besonderes Augenmerk auf die Tätigkeit des Instituts des Nationalen Gedenkens. Sie fordert die Ausweitung seiner Kompetenzen, die unter anderem das Sammeln, Bearbeiten, Bereitstellen und Veröffentlichen von Sicherheitsdienstakten der Jahre 1944 bis 1990 sowie von Akten des Dritten Reichs und der Sowjetunion, die Verfolgung von Verbrechen gegen das polnische Volk und die Aufdeckung von Informationen über den Sicherheitsapparat der Volksrepublik Polen umfassen. Die PiS möchte das Aufgabenspektrum des IPN um folgende Punkte ergänzen: „Aufsicht über Orte des Kampfes und des Leidens der Polen, Soldatengräber und -friedhöfe, ehemalige Lager und Folterstätten, Organisation von Jubiläumsfeierlichkeiten, Vermittlung von Geschichtswissen, Kooperation mit Bildungseinrichtungen zur Verbreitung des Patriotismus und zur Stärkung der nationalen Identität, Popularisierung der Traditionen des Kampfs für Unabhängigkeit und Bürgerrechte, Aktivitäten zur Sicherung des Lebensunterhalts und der Fürsorge für Kombattanten und Veteranen der antikommunistischen und mit der *Solidarność* verbundenen Opposition sowie zur ehrenden Erinnerung an ihre Verdienste“ (ebd., S. 141).¹²

In ihrem Programm erklärt die PiS die Geschichts- und Identitätspolitik zu einem wesentlichen Element ihrer Außenpolitik (ebd.).¹³ Unter anderem heißt es, dass „dieser Aspekt in der Dritten

¹² Die Umsetzung dieser Forderung verband sich mit der Übernahme der Aufgaben zweier anderer Institutionen: Des (im Jahr 2016 aufgelösten) Rates zur Bewahrung des Gedenkens an Kampf und Martyrium sowie des Amtes für Kriegsveteranen und Opfer von Repressionen.

¹³ Dieser Aspekt wurde auf dem Programmkonvent 2015 weiterentwickelt. Dort hieß es: „Unseren Nachbarn im Osten sagen wir deutlich, dass sie von uns wesentlich mehr erwarten dürfen als von der jetzigen Regierung. Doch im Gegenzug dafür verlangen wir, dass unsere historischen Sensibilitäten respektiert werden. Der Völkermord von Wolhynien, die Todesgruben in Ponary unweit von Wilna oder die Situation der polnischen Minderheit im Osten werden für uns niemals eine Frage politischer Taktik sein. In diesen Punkten sind unsere grundsätzlichen Positionen nicht verhandelbar. Jeder Instrumentalisierung der historischen Erinnerung durch unsere Gegner werden wir entschieden entgegentreten“ (Mysłac Polska 2015, S. 84).

Republik meist notorisch vernachlässigt oder sogar lautstark negiert wurde. Dabei handelt es sich um eines der wichtigsten Instrumente der positiven Präsenz Polens im Bewusstsein der Länder und Gesellschaften der Welt“. Zu den entsprechenden Aktivitäten sollte nach Auffassung der PiS die Förderung von Institutionen und Nichtregierungsorganisationen gehören, die der Diffamierung des polnischen Staates und seiner Bürger entgegenwirken (ebd.).¹⁴ In solchen Angelegenheiten müsse die Diplomatie entschiedene rechtliche Schritte einleiten. „Ein Teil dieses Projekts ist die schnelle Institutionalisierung und intensive Einleitung einer polnischen Geschichtspolitik im internationalen Kontext“ (ebd., S. 156), heißt es dazu im PiS-Programm (ebd.).¹⁵ Im Zusammenhang mit der von ihr angestrebten „Identitäts- bzw. Geschichtspolitik, die auf die Verbreitung eines positiven und gerechten Polenbildes in der internationalen Wahrnehmung zielt“ (ebd., S. 140), kündigt die PiS unter anderem an, Bildungseinrichtungen zu unterstützen, die sich der Vermittlung von polnischer Kultur und Geschichte widmen, und mit zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammenzuarbeiten, die sich für die Stärkung der nationalen Identität einsetzen. „Unsere besondere Fürsorge gilt auch den über die ganze Welt verstreuten polnischen Erinnerungsorten“ (ebd., S. 159).

¹⁴ Während der Beratungen des Programmkonvents wurde auf das Aufkommen einer neuen Nachkriegserzählung in Europa hingewiesen: „Die Funktionsweise des Ausdrucks ‚polnische Konzentrationslager‘ im heutigen europäischen Diskurs, die Verwechslung von Tätern und Opfern ist dafür der beste Beweis. Wir fragen also nicht danach, ob der polnische Staat Geschichtspolitik betreiben sollte, sondern danach, wie er sie effektiv betreiben kann“ (Myślac Polska 2015, S. 110).

¹⁵ Diese Forderungen wurden ebenfalls 2015 im Rahmen des Programmkonvents diskutiert. Damals hieß es, die polnischen Prioritäten in der internationalen Politik sollten unter anderem folgende Punkte umfassen: „Aktivitäten zur Förderung polnischer Kultur und Geschichte mit besonderem Nachdruck auf die Achtung vor der historischen Wahrheit und die Bekämpfung von Symptomen des Antipolonismus und Diffamierungen.“ Es wird auch eine konkrete Ankündigung gemacht: „Wir werden endlich eine staatliche Institution ins Leben rufen, die sich auf internationaler Ebene mit der Bewahrung des guten Rufs des polnischen Staates und der Polen befasst. Zu diesem Zweck werden die Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen, das Außenministerium sowie das Ministerium für Kultur und Nationales Erbe gemeinsame und miteinander abgestimmte Schritte unternehmen“ (Myślac Polska 2015, S. 87, 113).

Das 2014 vorgestellte Parteiprogramm von Recht und Gerechtigkeit und die Ergebnisse des ein Jahr später abgehaltenen Programmkonvents bilden die Handlungsgrundlage der nach der letzten Parlamentswahl gebildeten Regierung. Die Rekonstruktion der seinerzeit präsentierten Ideen hilft uns zu erkennen, welche Absichten im Bereich der Geschichtspolitik das seit 2015 herrschende politische Lager verfolgt. Das Wissen über die Richtung der von der PiS geplanten Maßnahmen sowie die Kenntnis ihrer Programmforderungen und Wahlversprechen ermöglichen es uns, ihre Umsetzung in die Praxis zu überprüfen. Die Gegenüberstellung von Parteiprogramm und politischer Praxis sowie die Bewertung der Regierungspolitik der PiS vor diesem Hintergrund sind zweifellos interessante und lohnenswerte Aufgaben, etwa im Rahmen politikwissenschaftlicher Analysen.

LITERATUR

Davies, Norman: Europa. Między Wschodem a Zachodem, Kraków 2007 [Europe East and West, Penguin Random House 2006].

Juros, Helmut: Pamięć i historia w Europie [Erinnerung und Geschichte in Europa], in: Dylus, Aniela (Hg.): Europa. Drogi integracji [Europa. Wege der Integration], Warszawa 1999, S. 44-49.

Myśląc Polska [Polen denken], 03-05.07.2015, <http://pis.org.pl/dokumenty> (12.10.2016).

Steinbach, Peter: Symboliczne formy pamięci [Symbolische Formen der Erinnerung], in: Przegląd Zachodni 1/2000, S. 40-51.

Zdrowie, Praca, Rodzina. Program Prawa i Sprawiedliwości 2014 [Gesundheit, Arbeit, Familie. Das Programm von Recht und Gerechtigkeit 2014], <http://pis.org.pl/dokumenty> (12.10.2016).

Das Bild der Volksrepublik Polen im politischen Diskurs der Dritten Polnischen Republik

ANNA WARAKOMSKA

Einleitung

Die Geschichte Polens nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen und öffentlicher Diskussionen. Seit 1989 und somit nach der Übernahme der staatlichen Macht durch die Opposition des vorhergehenden Systems, für das die *Solidarność* sinnbildhaft steht, die theoretisch eine Gewerkschaft, praktisch jedoch eine mächtige politische Kraft war, werden die Jahre 1945 bis 1989 hauptsächlich als Zeit der Unterdrückung, gelegentlich sogar als Zeit sowjetischer Okkupation betrachtet. Charakteristisch scheint in diesem Kontext allein schon die Namensgebung zu sein. Das neue Polen nach dem Wandel von 1989 erhielt den Namen „Dritte Republik“, in Anknüpfung an die Zweite Polnische Republik in den Jahren 1918 bis 1939, wodurch die Jahre der polnischen Volksrepublik geschichtlich gesehen gewissermaßen ins Nichts befördert wurden (vgl. Paczkowski 1999, Einleitung).

Polen befand sich nach dem Zweiten Weltkrieg im sowjetischen Einflussbereich. Darüber hatten die Siegermächte ohne die Beteiligung Polens entschieden. In demselben Einflussbereich des Kremls befanden sich auch andere Länder Südosteuropas sowie der durch die UdSSR besetzte Teil des besiegten Deutschlands, aus dem im Oktober 1949 die DDR gebildet wurde. Heute bezeichnet man das Territorium dieser Länder als Ostmitteleuropa, wodurch diese Gebiete sprachlich an den Westen angenähert und vom ablehnend behandelten Osten abgegrenzt werden sollen. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass der östliche Teil des vom nationalsozialistischen Deutschland unterworfenen Europa von der Roten Armee, auch mit polnischen Soldaten an ihrer Seite, befreit wurde. Der Befreiung der besetzten Gebiete Polens fielen Tausende Soldaten zum Opfer, insgesamt verloren an allen Fronten 8.700.000 sowjetische Soldaten ihr Leben (Davies 2009, S. 1088). Damit verbundene Fragen tauchen in aktuellen historischen Debatten in Polen wieder auf, beispielsweise bei der Diskussion über die Beseitigung von Denkmälern zu Ehren der Roten Armee und der Umbenennung von Straßen.

Trotz des militärischen Engagements vieler Polen vom ersten bis zum letzten Tag des Krieges verlor Polen, abgesehen davon, dass andere, oft traumatische Schäden erlitten wurden, rund 20% seines Territoriums (rund 75.000 km²) und wurde „nach Westen verschoben“. Es musste das sogenannte Ostpolen (Kresy) an die Sowjetunion abtreten und erhielt im Gegenzug im Westen bisher deutsche Gebiete hinzu, die propagandistisch geschickt als „Wiedergewonnene Gebiete“ bezeichnet wurden. Die Diskussion über die Volksrepublik Polen im „freien Polen“, also nach 1989, hat auch zu einem Aufleben von Überlegungen zu diesem zuvor verschwiegenen Thema geführt. Es lohnt sich in diesem Zusammenhang auch darüber nachzudenken, welches Schicksal Polen getroffen hätte, wenn die Rote Armee ihre Offensive an der alten Grenze der Zweiten Polnischen Republik und der UdSSR angehalten hätte.

Das Polen der Jahre 1945 bis 1989 war entgegen der damals verbreiteten Propaganda kein Staat der allgemeinen Gerechtigkeit und Gleichheit. Ich vermute, dass darin heute wohl alle, selbst die letzten in Polen noch lebenden Kommunisten, einig sind. Weiterhin strittig ist jedoch die Beurteilung dessen, was für ein Staat jenes Polen im Grunde war. Rechtsorientierte Politiker (aus den Kreisen der PiS, aber auch der PO) stellen die Volksrepublik tendenziell immer wieder als Gefängnis oder Staat unter rein kommunistischer Doktrin dar. Tatsache ist, dass es in der Volksrepublik Polen zu drastischen Deformationen des politischen Lebens kam, insbesondere in der Zeit der Stalinisierung (1949-1956). Sie hat jedoch auch relative Erfolge errungen. Unter unglaublich schwierigen Bedingungen wurde das Land aus den Kriegsrüinen wiederaufgebaut. Man muss sich in Erinnerung rufen, dass Polen 1946 nur etwa 23,9 Millionen Menschen zählte, was ungefähr ein Drittel seiner Vorkriegsbevölkerung war (vgl. Davis 2008, S. 951). Die Wirtschaft war fast völlig zerstört. Dennoch kam es nach Kriegsende zu einem raschen zivilisatorischen Aufstieg der Gesellschaft, insbesondere der Landbevölkerung, die vor 1939 über 65% der Gesamtbevölkerung ausgemacht hatte. Und die fast vollständig zerstörte Wirtschaft wurde schließlich nicht von Millionen Erwerbsmigranten getragen, die beispielsweise die Industrien der beiden deutschen Republiken (ab den 50er-Jahren in der BRD und ab den 60ern in der DDR) unterstützten und so zu deren wirtschaftlichem Boom beitrugen. Die Volksrepublik Polen genoss zunehmend internationale Anerkennung, war Mitglied der Vereinten Nationen und besaß auch eine gewisse Autonomie in der Außenpolitik, beispielsweise gegenüber Deutschland (polnische Pläne einer atomwaffenfreien Zone von Außenminister Adam Rapacki und Parteichef Władysław Gomułka). In den Augen der Nachbarn (der Bürger der DDR und der UdSSR) galt das Land als kulturelle Avantgarde des „sozialistischen Lagers“, die Polen selbst bezeichneten sich als die „fröhlichste Baracke“ in diesem „Lager“. In ihm bildete es eine Ausnahmeerscheinung, dass die landwirtschaftliche Nutzfläche nur zu etwa einem Viertel kollektiviert war. Ist es somit

intellektuell redlich, der These zuzustimmen, die Jahre 1945–1989 seien ein „schwarzes Loch“ in der Geschichte Polens? Im Hinblick auf die Politik sowie auf die sozioökonomische und kulturelle Entwicklung ist diese Zeit durchaus differenziert zu betrachten.

Verhältnismäßig einfach lassen sich die Zeiträume 1944/45–1949, 1949–1956, 1956–1970, 1970–1980, 1980–1989 abgrenzen und kritisch, detailliert beschreiben. Wesentlich schwerer fällt deren objektive Beurteilung. Mit Sicherheit wurden in dieser Zeit zahlreiche Fehler begangen. Chancen, die neue Technologien geschaffen hätten, wurden nicht genutzt, der Markt wurde nicht „befreit“, obwohl eine relativ große ökonomische Freiheit bereits auf die großen Kompetenzen der Polen auf diesem Gebiet ab den 1970er-Jahren hindeutete. Diese Versäumnisse wurden sowohl durch innere als auch durch äußere Faktoren beeinflusst. Die Wirtschaft des „ewigen Mangels“ führte zu einer Frustration in der Gesellschaft, die nicht in einem „rustikalen Sozialismus“ leben wollte, der sein ökonomisches Potenzial aufrieb und demokratische Prozesse ausbremste. Das führte zu gesellschaftlichen Konflikten (1956 in Posen, 1970 in Gdingen, Danzig und Stettin, 1981 das Kriegerrecht und dessen Folgen).

Die Dritte Polnische Republik versprach und setzte in hohem Maße – mit Unterstützung der Europäischen Union – Postulate auch um, mit denen die „antisozialistische“ Opposition an die Macht kam. Die aktuelle politische Lage führt jedoch dazu, dass nicht nur die Zeit der Volksrepublik Polen, sondern auch die vorhergehenden Regierungen aus der Zeit nach dem „Wiedererlangen der Unabhängigkeit“ mit Kritik überzogen werden. Liegt Polen also wieder in Ruinen? Nach der treffenden Einschätzung Professor Jerzy Jedlickis (Jedlicki 2016) ist mangelndes nationales Gedächtnis gefährlich für die Identität der Polen. Daher sollten meiner Meinung nach bei der Beurteilung der Fakten auch die Emotionen im Zaum gehalten werden, und es sollte nicht vergessen werden, dass Geschichtspolitik den unmittelbaren Zielen der aktuellen politischen Mehrheit dienen bzw. von dieser missbraucht werden kann. Umso eingehender müssen die Literatur und die Diskussionen über die geschichtlichen Ereignisse Polens in der zweiten

Hälfte des 20. Jahrhunderts analysiert werden. Außer bei Übersichten, die häufig im reinen Chronistenstil die wichtigsten Ereignisse aus der Geschichte der Volksrepublik Polen aufzählen, tauchen in dieser Diskussion unter anderem folgende Themen immer auf:

- die Beziehungen zwischen Staat und Kirche
- das Verhältnis der Regierung des alten Systems zur Opposition und deren Rolle bei der Demontage des Sozialismus
- die Debatten des „Runden Tisches“
- die Abrechnungen mit den Geheimdiensten und dem Sicherheitsapparat
- die Biografien und die Erinnerungen der einflussreichsten Personen in dieser Zeitperiode
- die Popkultur der Volksrepublik Polen
- (quasi-)enthüllende Darstellungsversuche historischer Verschwörungstheorien.

Sämtliche erwähnten Aspekte lösen kleinere und größere Kontroversen entlang der oben beschriebenen Trennlinie aus. Zudem haben Menschen, die die Volksrepublik Polen im Erwachsenenalter erlebt haben, einen anderen Blick auf die Vergangenheit als die jüngere Generation. Die Unterschiede zwischen den Generationen werden am deutlichsten erkennbar, wenn die (inzwischen nur noch wenigen) Vertreter der ältesten Generation, die sich auch noch an die Vorkriegszeit erinnern können, über die Volksrepublik Polen sprechen oder schreiben. Man kann fast sicher sein, dass die Auffassung von Vergangenheit weitere Änderungen erfahren wird. Auch wenn die Suche nach der absoluten Wahrheit in Bezug auf die Geschichte halsbrecherisch ist, wie es nicht nur die Theorien von Hayden White (White 2009, S. 65), sondern vor allem auch die Lebenspraxis zeigen, so scheint diesbezüglich doch das Streben nach einer ausgewogenen und vielseitigen Darstellung der untersuchten Fragen rational zu sein. Wenn man sich in die umfassende Literatur vertieft, die nach 1989 über die Geschichte Polens der Jahre 1945–1989 entstanden ist, kann man schnell zu dem Schluss gelangen, dass die grundlegenden

Unterschiede in diesen Arbeiten auf das Verhältnis der Autoren zum Kommunismus zurückzuführen sind. Dieses Phänomen geben am kürzesten und schlichtesten publizistische Kommentare wieder. Deshalb sollen hier einige ausgewählte Beispiele publizistischer Stellungnahmen zum Thema aufgezeigt werden.

Kritische Publikationen gegenüber der Volksrepublik Polen

Journalisten des Wochenblatts „wSieci“ gaben in der zweiten Januar-Nummer 2016 in zahlreichen Artikeln zu sehr unterschiedlichen Fragen auch die folgenden Meinungen über die Herrscher Polens im vorhergehenden System wieder. Jan Pietrzak schreibt in dem Artikel „Nigdy tak nie było“ („So ist es nie gewesen“) unter anderem: „Im Grunde hatten wir über mehrere Jahrzehnte ein System, das uns bestahl, täuschte, niederknüppelte, einschloss, mit den Nachbarn betrog und dessen Verantwortliche dabei immer ungestraft davonkamen“ (Pietrzak 2016). In dem Artikel „Bajka o obłąkanym czarowniku“ („Die Mär vom besessenen Zauberer“) von Bronisław Wildstein ist zu lesen:

Laut den propagandistischen Thesen der Dritten Polnischen Republik hat das dämonische Entlein [Anspielung auf den Namen Kaczyński, Anm. d. Übers.] die Polen verzaubert und „gespalten“. Seine Eliminierung würde alles Böse ausmerzen und die Harmonie der Dritten Polnischen Republik wiederherstellen. Anders gesagt: Nur unreine Kräfte können die Ordnung in Frage stellen, die am Runden Tisch entstand und schöpferisch von den in seiner Folge mit Macht und Privilegien ausgestatteten Personen weiterentwickelt wurde. Nur ahnungslose oder von Grund auf böse Menschen begreifen die Perfektion nicht, die zu ihrem Anteil wurde. Wirklich böse ist jedoch nur einer, die anderen sind von ihm besessen und tanzen als willenlose Schlafwandler nach seiner Pfeife (Wildstein 2016, S. 13).

Man muss davon ausgehen, dass diese absichtlich ironisierenden Worte für eine Leserschaft, die die polnische Wirklichkeit nicht kennt, wenig verständlich sind. Maciej Pawlicki greift im Artikel „Targowica wiecznie żywa: Wyspa hańby“ („Der Verrat von Targowica lebt ewig weiter: Insel der Schande“) in weite Vergangenheit zurück und belebt den im Polnischen wohl schon in Vergessenheit geratenen Begriff „jurgiel“, aus dem Deutschen „Jahrgeld“, wieder, der in der Ersten Polnischen Republik ein von angrenzenden Großmächten gezahltes Jahresgehalt für korrupte polnische Politiker bezeichnete. Er vertritt die Ansicht, dass unter anderem

die „Gazeta Wyborcza“, die postkommunistischen Medien sowie polnischsprachige deutsche Medien seit 25 Jahren einen gigantischen Aufwand betreiben, um polnische Minderwertigkeitsgefühle und die Komplexe zu stärken, dass wir schlechter, dumm, unwürdig sind. Zu allem müssen wir Klügere und Bessere fragen – in fremden Hauptstädten [...] Bisher jedoch hat in der Dritten Polnischen Republik das „Jahrgeld“ noch nicht zu einem offenen Ruf nach fremder Intervention geführt, um den Willen der Polen zur Verbesserung des eigenen Staates zu dämpfen. Der letzte, der das tat, war ein sowjetischer Beamter in polnischer Uniform – W. Jaruzelski. Der Dritten Polnischen Republik gelang es über ein Vierteljahrhundert lang, dem regierenden System des „Runden Tisches“ mit zwei kurzen Pausen mithilfe von Einflussagenten fremder Höfe, die „Unruhen in Warschau“ einzudämmen (Pawlicki 2016, S. 18-20).

Auch bei längeren Äußerungen der Publizisten über die jüngste Geschichte Polens stellt die Beurteilung des vorhergehenden Systems eines der Hauptelemente der Ausführungen dar. Rafał Ziemkiewicz kehrt im Buch „Michnikowszczyzna“ („Michnikitis“), dessen Hauptinteresse der Geschichte der Dritten Polnischen Republik und

der Rolle der meinungsbildenden Medien bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens gilt, an vielen Stellen, insbesondere in den anfänglichen Passagen des Werks, zurück zur Beurteilung des früheren Systems. Hier einige aussagekräftige Auszüge:

Ich war nicht allein im Glauben, dass nach dem Fall des Kommunismus die Redlichkeit in Polen zunehmen würde. Es kam anders. Es wurde ein Polen errichtet, das sich trotz einer formalen Änderung der Staatsform niemals von den verbrecherischen Prinzipien jener trennte, die im fauligen Sozialismus herrschten. Die Verbrecher, Kanailles und Karriereversessene der kommunistischen Clique und Mafia wurden zu den „Eignern“ der Dritten Polnischen Republik ebenso, wie sie die „Eigner“ der Volksrepublik Polen gewesen waren. Ihre Niederträchtigkeit zahlte sich weiterhin aus, und Integrität war weiterhin eine Dummheit. Ein Publizist, der etwas auf sich hält, kann sich damit nicht abfinden. Das heißt, dass er sich der Auseinandersetzung mit dem Problem der Schuld und der Verantwortung jener, denen wir ein solch krummbeiniges Polen zu verdanken haben, nicht entziehen kann (Ziemkiewicz 2006, S. 9).

Über seinen Hauptprotagonisten und dessen Rolle in der Gestaltung der modernen öffentlichen Meinung in Polen schreibt der Autor:

Die Unwahrheiten, die durch seine Propaganda verbreitet wurden, geistern noch immer in öffentlichen Auseinandersetzungen herum, und die Absurditäten, die er in den Rang eines Axioms erhoben hat, dienen vielen als Wegweiser (ebd., S. 13).

Kurz drauf kehrt Ziemkiewicz erneut zu einer Beurteilung des vorherigen Systems zurück:

Das System, das sich als Erfüllung uralter Wunschträume von Gerechtigkeit und Wohlstand für alle darstellte, doch in der Realität Gehorsam erzwang durch unaufhörliche Überwachung, Terror und indem es unter seinen Kollaborateuren Privilegien und Luxusgüter austeilte, die in einem normalen Land gar kein Luxus waren, sondern auf dem freien Markt allgemein erhältliche Produkte. Die Kommunisten waren verantwortlich für gigantische Verbrechen, Katyń, das Martyrium tausender Soldaten der Polnischen Heimatarmee, die Zermalmung von freiheitlicher Auflehnung mit Panzern in Posen 1956, in Gdingen, Danzig und Stettin 1970 sowie, vor gar nicht langer Zeit, für das Kriegsrecht, Verhaftungen und Ermordungen durch „unbekannte Täter“. Sie waren verantwortlich für den erbärmlichen Lebensstandard, den Verfall der Wirtschaft, die Ausplünderung des Landes ... Ich möchte diese Aufzählung nicht fortsetzen, weil ich nicht das „Schwarzbuch des Kommunismus“ schreibe – in jedem Fall war es offensichtlich, dass der Kommunismus ein Übel war, mit dem definitiv abgeschlossen werden muss (ebd., S. 21f.).

Vor seiner Analyse von Artikeln des Chefredakteurs der „Gazeta Wyborcza“ geht Ziemkiewicz auch ausführlich auf die Endphase der Volksrepublik Polen ein und auf zahlreiche Fragen, die den weiteren Ereignissen direkt vorausgehen und diese laut dem Autor in gewissem Maße vorwegnehmen. Über die Sondierung der Stimmung im Militärstab gegen Ende der Volksrepublik Polen ist hier unter anderem zu lesen:

Denn Kiszczak wusste, dass die uniformierten Dienste, vom Apparat ganz zu schweigen, nur auf ein Stichwort warteten, um sich von der an Macht verlierenden kommunistischen Prominenz abzutrennen und vorwurfsvoll zu rufen: „Die waren es, das waren alles die. Wir mussten ihre Befehle befolgen. Dabei waren wir immer treue Polen und Katholiken!“ (ebd., S. 74).

Der plötzliche Zusammenbruch der alten Machtstrukturen entsprach nach Ansicht des Autors nicht den Plänen Adam Michniks:

Michnik wollte das nicht. Seit etwa Mitte 1989 spielte er ein völlig anderes Spiel und in vielerlei Hinsicht brauchte er dafür das postkommunistische Führungspersonal als Verbündeten. So half er dieser Führung und nahm sie vor dem Teil seines eigenen Lagers in Schutz, der seine Kompromissbereitschaft nicht teilte (ebd., S. 74).

Im weiteren Verlauf des Buchs führt Ziemkiewicz die Gründe für jene eigenartige Volte an: Die „Familia“ (laut dem Autor also Michnik, Geremek, Kuroń, Mazowiecki mit Unterstützung der Kulturschaffenden, der intellektuellen Salons sowie der Medien) hätte in Polen die Macht ausüben und über die Seelen regieren sollen und dabei die Utopie einer

„sich selbst verwaltenden Republik“ verwirklichen, also eines Staates, der die Lösungen der westlichen Demokratien nicht kopieren würde, sondern darüber hinausginge – wie man sich denken kann zur Rettung von Elementen der zu Beginn der oppositionellen Tätigkeit von Kuroń und Modzelewski verkündeten Visionen. Die Alternative kann, wie Michnik

offen schreibt, ein Abgleiten des Landes in den Sumpf der Unaufgeklärtheit, eine Spirale der Abrechnungen, antisemitischer Exzesse des Straßenpöbels, der Spießbürger und der nationalistischen Diktatur sein (ebd., S. 78).

Zur Rolle der „Gazeta Wyborcza“ bei der Gestaltung jener Selbstbestimmung schreibt er wiederum:

Tag für Tag, seit ihrem Entstehen, trinkt die Zeitung, die aus der Solidarność hervorgegangen ist, und, wie man damals meinte, die einzige glaubwürdige Zeitung war, den Geist ihrer Leserschaft mit einer präparierten, völlig falschen Weltsicht, gemäß der die Kommunisten nicht mehr böse sind, sondern dass die größte Bedrohung für Polen und die Demokratie von jenen ausgeht, die eine Abrechnung mit der Volksrepublik Polen fordern. Hinter diesem Vorhang, den die Betroffenen der „Michnikitis“ barmherzig über sie ausbreiten, rauben die Kommunisten im großen Stil (ebd., S. 85).

Als Hauptziel und -sinn der gesamten Systemtransformation wird hier das Abgreifen des Staatsvermögens durch gut informierte und darauf vorbereitete Kommunisten gesehen sowie die Umwandlung der alten Partieliten des Machtapparats in eine Geldelite.

Somit sind die Geschehnisse zu Beginn der Systemreform nach Ansicht von Ziemkiewicz nicht als Improvisation zu erklären. Als Ausgangspunkt dieses Prozesses führt der Autor einige auf Tatsachen beruhende Komponenten an: unter anderem den „massiven Run von Genossen und Offizieren auf das Bankwesen“ in den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts, „Ende des Jahres 1986, als die Volksrepublik Polen Mitglied des Internationalen Währungsfonds wurde“ und etwas später auch Mitglied der Europäischen Bank für Wiederaufbau und

Entwicklung. Eine der Realität angepasste Bewertung des Geldes musste zu drastischen Änderungen der Reallöhne führen und häufig zum Verfall der Ersparnisse. Diese gesellschaftlichen Opfer hätten laut dem Autor nur durch eine Aufteilung der Verantwortung erbracht werden können. Etwas weiter heißt es:

Die einzige Möglichkeit bestand darin, die Verantwortung für den Schock, der unvermeidlich eintreten musste, auf jemand anderen abzuwälzen – ein „Reformpakt“ oder eine „große Koalition“, dank derer in den Augen der Untergebenen die Verantwortung für ihren Lebensstandard nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Opposition belasten würde. Zur Erinnerung: Einige Monate später fand der erste, erfolglose Versuch einer solchen Operation statt mit der Schaffung des „Gesellschaftlichen Konsultationsrats“ (Spółeczna Rada Konsultacyjna) (ebd., S. 97).

Am Rande sei bemerkt, dass dieselben Fakten bei einer anderen Lesart völlig andere Schlüsse zulassen. So lässt sich auch annehmen, dass die regierende Klasse in Anbetracht des Verfalls des herrschenden Zentralverwaltungssystems tatsächliche Reformen durchführen wollte. Zu einer Versöhnung der Standpunkte wird es jedoch nicht kommen, da der Diskurs über die Absichten äußerst schwierig ist. R. Ziemkiewicz lässt als Beobachter schließlich bei der Formulierung kategorischer Schlüsse eine gewisse Ratlosigkeit erkennen:

Vielleicht liegt die Wahrheit irgendwo dazwischen, der Umwandlungsprozess von Kommunisten in eine Oligarchie des Geldes setzte spontan ein, und erst mit der Zeit wurde den Entscheidungsgremien bewusst, in welche Richtung sie steuern. Erst dann fingen sie damit an, den Prozess zu planen und zu organisieren, so dass die Strukturreform die größtmöglichen Vorteile für sie selbst bringen würde (ebd., S. 114).

In seinen Kommentaren zum Kriegsrecht hält sich der Autor auch bei einer sehr negativen Beurteilung der damaligen regierenden Klasse nicht zurück:

Deshalb winselte er bis zum letzten Moment bei den Sowjets um das Versprechen, dass sie im Notfall eingreifen und helfen werden. Ohne Erfolg. Die Sowjets wiesen ihn an, mit den Polen alleine fertig zu werden. Jaruzelski hat viele Jahre lang geleugnet, dass er um „brüderliche Hilfe“ gebeten habe. Das war eine Lüge (ebd., S. 101).

Ein weiterer Grund, die Zäsur der Transformation aufzuschieben, soll gemäß diesem Text die schrittweise Übergabe der Macht innerhalb der regierenden Partei gewesen sein, die das gesamte Jahr 1981 über gedauert habe. Zuletzt weist der Autor auf ein Gesetz von 1986 hin, welches die Gründung von Unternehmen unter Einsatz von auslandspolnischem Kapital einschränkte, indem es Auslandspolen, die in ihrer alten Heimat investieren wollten, dazu zwang, einen Geschäftspartner in Polen zu haben. Diese Partner wurden von den Ämtern für Innere Angelegenheiten auf Woiwodschaftsebene bestimmt. Dazu Ziemkiewicz: „Dabei handelte es sich um ein unverhülltes Eintreten der Sicherheitsbehörden in Wirtschaftsunternehmen“ (ebd., S. 115). All diese Aktivitäten beeinflussten nach Ansicht des Autors in gewaltigem Maße die wirtschaftliche Transformation der Dritten Polnischen Republik: die Schaffung von Vorteilen für die bisherige Oberschicht der Volksrepublik Polen, die Nötigung von „zufälligen“, ehrlichen Geschäftsleuten zur Zusammenarbeit (Schutzgeldzahlungen) oder deren Beseitigung und, nach einer anfänglichen Liberalisierung des Marktes und der Bereicherung der ehemaligen Oberschicht, die Rückkehr zu einer strengen Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat – „Natürlich alles unter dem Motto der Abkehr vom ‚wildem Kapitalismus‘ zugunsten des ‚Wohlfahrtsstaats‘“ (ebd., S. 122).

Kritik an der Volksrepublik Polen in Arbeiten von Historikern

Eine derartige Betrachtungsweise der jüngsten Geschichte Polens, die Bezeichnung der Dritten Polnischen Republik als „Wiederholung der Volksrepublik Polen“ (Ziemkiewicz 2006, S. 98) und ein zugleich sehr negatives Verhältnis zur Geschichte Volkspolens ist nicht allein die Domäne der Publizisten. Im weiteren Verlauf dieses Artikels werde ich ausgewählte Arbeiten von Historikern präsentieren, die diese Ansichten teilen.

Bekannt unter den strengen Beurteilungen und Abrechnungen ist gewiss „Oczami bezpieki“ („Mit den Augen des Sicherheitsdienstes“, Cenckiewicz 2012). Die Gründe für die Schwierigkeiten, sich in Polen mit der jüngsten Geschichte des Landes auseinanderzusetzen, benennt der Autor folgenderweise:

Für weiterbringende Studien zum kommunistischen Regime in Polen ist das politische Klima im Allgemeinen nicht förderlich – die Sehnsucht vieler Polen nach der Volksrepublik, die Einstellung der sogenannten wissenschaftlichen Kreise, heftige Angriffe auf das Institut für Nationales Gedenken und vor allem die nach 1989 verfolgte Politik der Kontinuität anstatt eines Bruches mit dem staatlichen Erbe der Volksrepublik. Die 1989 gewählte Idee der Kontinuität hat selbstverständlich ihre miserablen gesellschaftlichen Folgen und brachte beinahe sofort als ihre „Frucht“ das Phänomen einer „unbemerkten Unabhängigkeit“ hervor. Sicher aus diesem Grund sieht sich die Mehrheit der Forscher, die eine eindeutige Beurteilung des vergangenen Regimes fordern, scharfen Zurechtweisungen durch die älteren Fachkollegen ausgesetzt und früher oder später ereilt sie der Ruf von rachgiebigen „Rechten“ und „Fanatikern“ und infolgedessen auch von „nicht objektiven Historikern“. Nach der Überzeugung

einiger Kritiker dieser wissenschaftlichen Haltung ist eine antikommunistische Haltung geradezu ein Charakteristikum, das einen Historiker als Historiker disqualifiziert, insbesondere einen solchen, der sich mit dem Kommunismus und der Geschichte der Volksrepublik Polen befasst (ebd., S. 12).

Die Beurteilung von Antikommunismus als eine Art Barbarei führt nach Ansicht des Autors bei den Vertretern dieser Meinung zu einer Relativierung der Geschichte der Volksrepublik Polen, vor allem zu einer Schmälerung der zu jener Zeit begangenen Verbrechen. Sie schaffe den Anschein einer Objektivität, die im Wissen um die Ergebnisse, die Errungenschaften und die Umwandlung der Volksrepublik Polen versuche, sie aufzuwerten, was der Ansicht des Autors nach zu einer politisch-historischen Schizophrenie führe. Cenckiewicz schreibt:

Jene „Objektivität“ bei der Beurteilung der Volksrepublik Polen habe auch auf der Suche nach der sprichwörtlichen „goldenen Mitte“ beruhen sollen, in der das vergangene Regime nicht mit einem vollständigen Bann belegt und weder als kommunistisch (geschweige denn mit dem Nationalsozialismus verglichen) noch als totalitär, als fremdbestimmt oder gar als von außen auferlegt betrachtet werden sollte. In einer solchen „goldenen Mitte“ existieren zwei Lesarten der Erinnerung gleichberechtigt nebeneinander. Dort findet sich ein Platz sowohl für den Soldaten der Heimatarmee und der Nationalen Streitkräfte¹ wie auch für das Kampfgruppenmitglied der Volksgarde² und den Aktivisten der Polnischen Arbeiterpartei, für den

¹ Antikommunistische Widerstandsbewegung, die mit der Heimatarmee zusammenarbeitete und auch kurze Zeit nach dem Krieg noch aktiv war, Anm. des Übersetzers.

² Kommunistische Widerstandsbewegung während des Zweiten Weltkriegs, Anm. des Übersetzers.

„Seeleningenieur“³ – und Zbigniew Herbert, für den am 13. Dezember 1981 internierten Aktivist der Solidarność und das Mitglied des Militärischen Rats zur Rettung der Nation, für den Bergarbeiter aus dem Bergwerk „Wujek“ und den Funktionär der paramilitärischen Sondereinheit ZOMO (ebd., S. 13f.)

In der Einleitung seines Buches betont Cenckiewicz, dass er Heldentum und Verrat voneinander trennen und die Anstrengungen mehrerer Generationen von Polen im Kampf gegen den Kommunismus habe aufzeigen wollen, die die Sicherheitsbehörden im Keim erstickten (ebd., S. 14). Seine Arbeit setze sich zum Großteil aus früher veröffentlichten Artikeln über unterschiedliche Aspekte der Tätigkeit des Sicherheitsapparats in der Volksrepublik Polen zusammen. Es gehe ihm darin um „die Kulissen und Methoden im Kampf der Sicherheitsbehörden gegen die polnische politische Emigration und die Auslandspolen in den USA, die antikomunistische Opposition und die katholische Kirche“ (ebd., S. 15). Dem in der Publizistik, aber auch unter Historikern verbreiteten Vorwurf, dass die Dokumente über die Rolle der Sicherheitsdienste und insbesondere ihre Akten ein strittiges Quellenmaterial seien, hält er entgegen, „dass [diese] Hinterlassenschaft heute eine erstrangige historische Quelle zur Erforschung der jüngsten Geschichte darstellt“ (ebd.), beispielsweise im Hinblick auf die Präzisierung der Opferzahlen, die Arbeitsmethoden der Sicherheitsbehörden, die Reichweite des Geheimdienstes und die Erklärung eines „falschen Kombattantentums“ (ebd.). In seinem Buch stellt der Autor unter anderem Details zur Arbeit der Geheimdienste dar.

Im Nachwort zur Anthologie von Texten von Prof. P. P. Wiczorkiewicz (Cenckiewicz o. J.) kehrt Cenckiewicz bei der Vorstellung des Autors zu einem der Hauptstreitpunkte der jüngsten Geschichte Polens zurück und schreibt über die Versuche der Historiker, gegen den Kommunismus aufzutreten:

³ Mit diesem Begriff wurden im ehemaligen Ostblock die Schriftsteller bezeichnet, die nach Forderung von Josef Stalin ähnlich den Bauingenieuren menschliche Seelen für das neue gesellschaftliche System des Sozialismus formieren sollten.

Das ist wohl auch ein mutiger Akt, wenn er sich auch nicht in den Verdienstkanon des Establishments der Dritten Polnischen Republik einreicht, das in aller Schärfe die „Antikommunisten der letzten Minute“ (auch bekannt als „Antikommunisten fünf Minuten danach“) verurteilt und gleichzeitig kommunistische Folterknechte, Parteibonzen und Denunzianten in Schutz nimmt. Bei dieser Inschutznahme spielt manchmal die instrumentale Berufung auf die eigene antikommunistische Vergangenheit zur Zeit der Volksrepublik Polen eine wichtige Rolle, denn das Recht zu moralisieren und zu verzeihen haben schließlich nur jene, die im Kommunismus unterdrückt wurden (ebd., S. 485).

An anderer Stelle charakterisiert er unter Bezugnahme auf die Verdienste von Wiczorkiewicz die zeitgenössischen polnischen Historiker wie folgt:

Er scheute die intellektuelle Provokation nicht und versuchte so, die recht charakteristische Denkweise bezüglich der vergangenen Taten zu überwinden, die seit Jahrzehnten einem ausgetretenen und sicheren Pfad der Mythen, Legenden und politischen Korrektheit folgt und statt der Diskussion am häufigsten Schweigen, Zensur, Selbstzensur oder Verbote einsetzt. Umso weniger konnte er nachvollziehen, woher bei zahlreichen Forschern der jüngeren und mittleren Generation das hohe Maß an Angst, Opportunismus und Orientierung an politischer Korrektheit stammt, die sich unter anderem unter dem Vorwand einer sogenannten Geschichtspolitik und der Verteidigung des „guten Rufes“ Polens das Recht anmaßt, festzulegen, womit sich ein polnischer Historiker wissenschaftlich befassen darf (ebd., S. 467).

An dieser Stelle mag es als Gemeinplatz erscheinen, dass der Autor sein Forschungsobjekt trotz allem selbst auswählte, dessen Rahmen

festlegte, seine Analysen durchführte und deren Ergebnisse im Anschluss veröffentlichte, was zweifellos ein Beleg für die Freiheit von Forschung und Meinung in Polen ist. Cenckiewicz schreibt jedoch auch von den Bedrohungen, denen diese Werte ausgesetzt seien, und führt dafür als Beispiel die eigenen Erfahrungen mit einem weiteren Buch über Lech Wałęsa an:

Diese Werte wurden einmal und werden noch immer, auch in den vergangenen Jahren, brutal von einem Teil der Publizisten angegriffen, von (zum Glück nur) einigen Historikern und den wichtigsten Politikern im Staat. Als Forscher erlebte ich dies insbesondere 2009, als Ministerpräsident [Donald] Tusk an bekannte Historiker (Andrzej Friszke und Andrzej Paczkowski) appellierte, dass sie „mit ihrer Autorität als Gelehrte und objektive Menschen [...] aktiver an dieser Debatte teilnehmen“ sollten (über das Buch „Der SB und Lech Wałęsa“) (ebd., S. 472).

Anhand dieses Buches wird auch deutlich, dass die in ihm behandelte Problematik einen weiteren Grund für Streitigkeiten um die jüngste polnische Geschichte darstellt. Janusz Kurtyka behauptet im Vorwort dieses Werks, dass die *Solidarność* nicht das Werk eines einzelnen Menschen gewesen sei, sondern das Werk der Nation. Daher hielt er eine intensive historische Forschung für gerechtfertigt, die Antworten auf die allgemeine Überzeugung von der geschichtlichen Rolle der *Solidarność*-Revolution geben könnte (Kurtyka 2008, S. 14). Über Lech Wałęsa wiederum schrieb er, wobei er gleichzeitig auf die Schwierigkeiten bei der Abrechnung mit dem vergangenen System einging:

In den 90er-Jahren wurde das Problem der Glaubwürdigkeit der Informationen über die Verbindung von Lech Wałęsa zur SB (Sicherheitsdienst) in der ersten Hälfte der 70er-Jahre

ebenso zum Symbol wie dessen Führung in den 80er-Jahren. Dieses Problem wies nämlich sämtliche Schwierigkeiten bei der Abrechnung mit der Zeit der kommunistischen Diktatur auf und machte ihre Realität deutlich (im Gegensatz zu den Versuchen einer folkloristisch verklärten Darstellung der Volksrepublik Polen, der Verhüllung von realen Dramen durch pseudorealistic Bilder von Milchbars und dem hilflosen Charme der Automarke Syrena). Es bot zudem die Möglichkeit, zu zeigen, wie das Schicksal eines einzelnen, unbeugsamen und herausragenden, aber doch einfachen Mannes „aus dem Volk“ in ein rücksichtsloses totalitäres Unterdrückungssystem eingeflochten werden kann, aber auch, wie er aus diesen Verstrickungen befreit werden kann. Eine offene Auseinandersetzung mit dieser Episode kann nämlich potenziell erneut die Entschlossenheit erfordern, die das Volk beim Anführer der Solidarność in den 80er-Jahren so sehr bewunderte (ebd., S. 15).

Ob jene symbolische Dimension dieser Angelegenheit in der Publikation wiedergegeben wurde und am Schicksal von Lech Wałęsa tatsächlich die Konfrontation des Individuums mit einem totalitären Unterdrückungssystem deutlich wird, sei den Lesern selbst überlassen. In dem Buch findet sich auch ein Zitat, das eine weitere heikle Frage in den Diskussionen (und Meinungen) zur jüngsten Geschichte Polens aufwirft, obgleich sich diese auf die Kriegszeit bezieht.

Seinerzeit wies der Historiker Andrzej Nowak auf eine gewisse Asymmetrie in der Betrachtungsweise der „dunklen Seiten“ in der polnischen Geschichte hin. Zu Wałęsa und den Widerständen gegen eine Ausleuchtung einiger Episoden aus seinem Lebenslauf schrieb er: „Die Verteidiger der ‚schwierigen Wahrheit‘ von Jedwabne beabsichtigen uns zu

VERTEIDIGERN VOR DER WAHRHEIT [Hervorhebung im Original bei Nowak] über die Verwicklung eines Teils der Eliten der einstigen Solidarność mit der SB: jenes Teils, der zum Aufbau der Dritten Polnischen Republik zugelassen wurde. Warum können wir die eine Wahrheit als Gemeinschaft ertragen, die andere aber nicht? Weshalb können wir nicht einmal zulassen, dass Historiker den Versuch unternehmen, die Wahrheit zu ermitteln? Für eine offene Diskussion, zum sachlichen Austausch von Argumenten auf der Grundlage von Quellen und ihrer Kritik? Besteht tatsächlich die Gefahr, dass ein Hinterfragen gewisser Autoritäten, denen wir Glauben schenken sollen, zum Zerfall unserer Gemeinschaft führt?“ (ebd., S. 34).

Bezüglich der besagten Unklarheiten in Wałęsas Biographie scheinen die Argumente interessant, die ihn gewissermaßen von den Vorwürfen entlasten, aber nicht von seiner persönlichen Geschichte. Zunächst ist da die Äußerung von Wojciech Jaruzelski in einer Debatte des polnischen Fernsehens, die Cenckiewicz und Gontarczyk zitieren. Jaruzelski soll sich während der Debatte Wałęsa zugewandt und gesagt haben: „Das beste Argument für Sie ist, dass Sie, wenn Sie für uns, die Regierung, verfügbar gewesen wären, uns nicht gestürzt hätten“ (ebd., S. 37). Als zweites Argument kann hier die Aussage Jarosław Kaczyńskis aus den 90er-Jahren herangezogen werden:

Der Fall „Bolek“ war zu bekannt, als dass er als irgendein Druckmittel hätte dienen können. [...] Mir war wesentlich früher bekannt, dass Wałęsa Episoden der Zusammenarbeit mit der SB hatte, aber dies betraf nur den Anfang der 70er-Jahre, als Wałęsa, der Junge vom Land, in den sehr heftigen Zeiten in Danzig, nach dem Streik im Dezember 1970, stark in die Ecke getrieben wurde und nachgab. Nach zwei Jahren allerdings,

spätestens nach sechs, also 1976, hatte er sich davon gelöst. Ich betrachtete das einfach als einen schlechten Abschnitt in seinem Lebenslauf (Gdzie tkwił błąd 1993, S. 40).

Zwar fügt Kaczyński weiter im Text hinzu, dass er aus der Perspektive der Ereignisse einen anderen Blick darauf habe, doch das betrifft eher die Tolerierung des Umfelds des damaligen Präsidenten Polens, (im Speziellen) den Leiter seiner Kanzlei, Mieczysław Wachowski, als die möglichen Verstrickungen Wałęsas.

Eine andere Publikation aus jener Zeit, die aufzeigt, wie schwer es ist, festzustellen, wer ein geheimer Mitarbeiter der SB war und wer nicht, ist „Die Gespenster der Sicherheitsbehörde“ – ein Sammelband, der die Arbeitsmethoden der Geheimdienste in der Volksrepublik Polen zu beleuchten versucht. Über die Missachtung der Regeln in dieser Institution liest man darin unter anderem, dass auch Personen hätten kooperieren können,

von denen es keine Akten gab [...] Ein Teil der SB-Mitarbeiter betrachtete diese Hintertür als Möglichkeit für einen faulen Zuverdienst. Es wurden Akten über Personen angelegt, die davon nicht die leiseste Ahnung hatten, um das Geld in die eigene Tasche zu stecken. Die in der Akte gesammelten Unterlagen waren eigenhändig vom Mitarbeiter geschriebene Berichte oder Zusammenfassungen, die von SB-Offizieren auf der Schreibmaschine des Ressorts verfasst wurden (Snopkiewicz 1992, S. 20).

In dieser Publikation wird auch dargelegt, dass in der gesellschaftlichen Wahrnehmung die Aktivitäten der Dienste in der Volksrepublik Polen verurteilt wurden und zwischen dem UB und der

SB⁴ nicht unterschieden wurde, somit beide Institutionen als Mittel des „Staatsterrors“ gesehen wurden (ebd., S. 111). Ein großer Teil der Ausführungen betrifft die Arbeitsmethoden dieser Dienste und die Beurteilung ihrer Tätigkeit. Einer der anonymen Gesprächspartner, ein ehemaliger Mitarbeiter der SB, wird zitiert:

Für uns gab es keine Worte wie Moral oder Ethik. Wir haben diese Worte nicht verwendet. Sie hatten für uns keine Bedeutung. Denn der Dienst nutzte die Immoralität aus und bekämpfte die Moral. Je unmoralischer das Verhalten, desto besser für uns, desto einfacher war es, sich dem Menschen zu nähern, ihn zu durchschauen (ebd., S. 123).

Im Vergleich zu den grundlosen Verhaftungen, Folterungen, der Erzwingung von falschen Aussagen und der Verurteilung Unschuldiger zum Tode in der Stalin-Ära sowie auch den fremden Vorbildern dieses Unrechtsapparats, die dem Text zu entnehmen sind (ebd., S. 195-198), erscheinen die späteren Aktivitäten wesentlich milder.

Eine wissenschaftliche Untersuchung der Genese der Behörde für öffentliche Sicherheit (UB) führte der bereits erwähnte Professor Wiczorkiewicz durch. Bei seinen vergleichenden Studien zog er sowohl die von anderen Forschern zusammengetragenen Informationen heran als auch originale Tagebücher sowie Berichte von Mitarbeitern der Bürgermiliz und der UB. Durch diesen Vergleich sollte ein Rückkoppelungseffekt erzielt werden: einerseits durch die Konkretisierung und Verifizierung der Ergebnisse aus der historischen Forschung und andererseits durch einen Glaubwürdigkeitstest privater Berichte vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Arbeiten

⁴ UB steht für Urząd Bezpieczeństwa (Sicherheitsbehörde) und umfasst das von Ende 1944 bis Dezember 1954 bestehende Ministerium für Staatssicherheit sowie das von Dezember 1954 bis November 1956 bestehende Komitee für Fragen der Staatssicherheit, also den Staatssicherheitsdienst in der Zeit des Stalinismus. Nach dem „Polnischen Oktober“ von 1956 wurde das Komitee bis 1990 als Służba Bezpieczeństwa (SB, Sicherheitsdienst) dem Innenministerium eingegliedert; Anm. des Herausgebers.

(Wieczorkiewicz, *Kształowanie się*, S. 7). Die damaligen Milizionäre und Mitarbeiter der UB waren laut dem Autor vorwiegend Personen ohne Bildung, die in den Dienst aus ideologischen Beweggründen und mit dem großen Verlangen nach gesellschaftlichem Aufstieg eintraten (ebd., S. 8f.). Eine andere durchaus wichtige Frage im Hinblick auf die Geheimdienste betrifft deren Rolle bei der Gestaltung der Staatspolitik in den späten Jahren der Volksrepublik Polen. Es gibt Andeutungen, dass diese Dienste für die Organisierung und Durchführung von Streiks, beispielsweise 1976 in Radom, verantwortlich waren, und sogar die Hypothese, dass auch der Fall des Kommunismus Ziel ihrer Operationen gewesen sei (Wieczorkiewicz, *Napiszmy*, S. 463). Diese Behauptungen spiegeln die sehr spezifische und für zahlreiche Leser sicherlich kontroverse Denkweise des Autors wider, die unter anderem im Folgenden zum Ausdruck kommt:

Ein Historiker, der kritisch über eine sogenannte historische Verschwörungstheorie spricht, ist kein ernstzunehmender Historiker, einer, der einer Geschichte für Idioten oder Primitivlinge huldigt, die an das glauben, was sie im Fernsehen sehen oder in den Zeitungen lesen. Es gibt nämlich eine wahre Geschichte und eine mediale, auf öffentliche Wirkung bedachte Geschichte. Die wahre spielt sich größtenteils hinter den Kulissen ab. Und dort sind vor allem die Geheimdienste aktiv (ebd., S. 461).

Noch eine andere Form des Schreibens über die Geheimdienste und deren Methoden lässt sich als Antwort auf verleumderische Vorwürfe der Kooperation verstehen, wie beispielsweise das Buch „Durchleuchtung“ von Leszek Moczulski. Der Autor stellt hier seine eigene Sichtweise sowie familiäre (historische) Erfahrungen mit Verschwörungen dar und fordert Wahrheit, stellt sich aber zugleich einer allzu bereitwilligen Nutzung der Arbeit der SB entgegen (Moczulski 2001, S. 6). Er schreibt unter anderem:

Langsam, ganz langsam, aber immer effektiver, wird die Durchleuchtung, die der Erforschung der Vergangenheit dienen sollte, zum Mittel der Zukunftsgestaltung. Die Frage: „Wie war die Wahrheit?“ wird durch das einfachere „Erledigen sie ihn?“ ersetzt. Von Zeit zu Zeit fällt ein neuer Name eines führenden Mitglieds der Oberschicht. Über diese Person soll es Akten geben (ebd., S. 12).

Die Frage der Durchleuchtung, die Tätigkeit des Repressionsapparats, die Abrechnung mit dem vorherigen System, welche Emotionen und Kontroversen sie auch noch immer hervorrufen mag, sind nicht der einzige Untersuchungsgegenstand in der Geschichte der Volksrepublik Polen, den zeitgenössische Forscher bearbeiten.

Andrzej Paczkowski fasst in „Skizzen für ein Porträt der Volksrepublik Polen“ mehrere Artikel zu unterschiedlichen Phasen in der Geschichte der Volksrepublik Polen zusammen. In der Einleitung legt er vor allem den Zeitrahmen der gesetzlich gültigen Bezeichnung der Volksrepublik Polen (ab 22. Juli 1952) dar (Paczkowski 2002, S. 6) und geht in einem weiteren Artikel dann auf das Referendum vom 30. Juni 1946 ein. Dabei stellt er beispielsweise fest, dass Historiker in den vergangenen Jahrzehnten nicht über die Fälschung dieses Referendums geschrieben hätten, obwohl dazu glaubwürdige Informationen vorgelegen hätten (Paczkowski, Referendum, S. 24 f.). In diesem Band geht es um den stalinistischen Terror und die Funktionen des Sicherheitsapparats, aber auch um die Mechanismen bei der Einführung des Kriegsrechts und die Vergangenheit der Volksrepublik Polen, die in der gesellschaftlichen Erinnerung und Geschichtsschreibung fixiert ist.

In den „Zeszyty Naukowe“ („Wissenschaftlichen Hefen“) des Collegium Civitas finden sich Beispiele für die Überlegungen zu ähnlichen Themen. Zu nennen ist hier etwa eine Serie von Texten mit dem Titel „Die Intellektuellen und der Kommunismus“. Die Autoren sind junge Adepten der Wissenschaft, die ein ausgewähltes Thema unter soziologischen und politologischen Gesichtspunkten analysieren

(Paczkowski 2002, S. 4). So kann man über die Reaktionen der polnischen Intellektuellen auf die Entwicklung des Kommunismus lesen, die Miłosz in „Verführtes Denken“ darstellte. Neben vielen anderen wertvollen Anmerkungen zur Vereinbarkeit von kommunistischen Dogmen und den Überzeugungen der Intelligenz in Polen bediente sich der Nobelpreisträger dreier Termini: Neuer Glaube, Murti-Bing-Pillen, Ketman. Über diese letzte Größe ist zu lesen:

Ketman ist ein Spiel, das die Distanzierung von der ideologisierten Realität ermöglicht, zugleich auch, diese anzunehmen, und innerlich unabhängig zu bleiben. Sie beruht auf der Ablehnung eines Fragments der offiziellen Auffassung der Ideologie. Ein Beispiel dafür ist Ketman in Bezug auf das Volk, also die Verbindung eines Glaubens an den Kommunismus, verbunden mit der Verachtung für Russland als barbarisches Land. Ketman barg jedoch eine Gefahr, „obwohl es eine raffinierte Methode zum Schutz der eigenen Identität darstellen sollte, brachte es auch ein Ergebnis gegenüber dem ideologischen Druck und den Versuch einer Anpassung an das System mit sich“ (Wojtowicz 2002, S. 25).

Dieses eigenartige Spiel, das sicherlich viele getrieben haben, lässt die Konstatierung einer gleichzeitigen Zweigleisigkeit nicht vergleichbarer historischer Erklärungsweisen zu, die zur oben erwähnten politisch-historischen Schizophrenie führen konnte. Die gesammelten Reflexionen in den dargelegten Artikeln weisen auf die Vielschichtigkeit der jüngsten polnischen Geschichte hin. Die in diesem Band veröffentlichten Texte sind auch eine Wissensquelle zur Fachliteratur über das untersuchte Thema. Es werden u. a. Walicki, Szacki und Legutko zitiert (Walicki 1996; Legutko 1999; Trznadel 1990; Szacki 1999; Głowiński 1990). Er formuliert Beurteilungen, die den historischen Kontext berücksichtigen – beispielsweise, dass infolge des Kriegschaos

und des gedanklichen Durcheinanders viele den Glauben an Gott verloren hätten und der Sozialismus ein griffiges Erklärungsmodell für die Geschichte und ein Vorbote besserer Zeiten gewesen sei (Woropińska 2002, S. 34).

Ein anderes Themenspektrum zur Geschichte der Volksrepublik Polen bietet der von Andrzej Friszke herausgegebene Band „Macht und Gesellschaft“ (Friszke 2003). Er behandelt das gesellschaftliche Leben in Polen ab der Zeit Stalins bis in die letzten Jahre vor dem politischen Wandel. Hier finden sich Texte über die öffentliche Meinung in Polen in den 50er-Jahren, über das Paradox der Massenemigration aus dem damals verschlossenen Staat, über die Kultur und Kulturpolitik der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) im zweiten Jahrzehnt ihres Bestehens, über die Zeit von Gomułka, Gierek und Jaruzelski. Außerdem sind in dem Buch Kommentare zur Kontrolle der polnischen Filmkunst (Friszke, *Kultura czy ideologia*) sowie zu den Privilegien der Regierenden, die die Unterteilung in ein „Wir“ und ein „Sie“ verstärkten (Sowiński 2003), Überlegungen zu den wirtschaftlichen Übeln des dekadenten Kommunismus (Dudek 2003) und zur Propaganda jener Zeit (Osęka 2003).

In weiteren Studien über die Geschichte Polens im 20. Jahrhundert wird die Frage gestellt, ob der Kommunismus zu einer Modernisierung Polens geführt habe. Die Kontroversen um Antworten darauf können als eine Art Resümee dienen:

All diese Auseinandersetzungen ändern nichts an dem grundlegenden Bild: „Die Volksrepublik konnte die Länder des Westens nicht einholen und nicht überholen“. Diese Schlussfolgerung hindert die Apologeten der Volksrepublik Polen jedoch nicht an der Feststellung, dass das kommunistische System Polen modernisiert habe: Es urbanisierte, beseitigte den Analphabetismus und breitete die Bildung aus (wenn auch auf Grund- und Berufsschulebene) und schuf schließlich eine Großindustrie. Es überrascht nicht, dass das

Vermächtnis der PZPR-Regierung am positivsten von der Equipe des *Ancien Régime* beurteilt wird: Dieses Motiv taucht in so vielen Tagebüchern und Erinnerungen von Menschen auf, die einst Machtpositionen innehatten, dass sie hier nicht aufgezählt werden müssen. Es überrascht auch nicht, dass ähnliche Ansichten von Politikern jener Partei vertreten werden, die aus der PZPR hervorging. Viele, insbesondere, aber nicht ausschließlich ältere und schlechter gebildete Polen bringen eine Sympathie für die Zeiten des trügerischen Wohlstands während der Gierék-Ära zum Ausdruck. Der Mensch hat immer eine Neigung zur Idealisierung seiner Jugendzeit (Leszczyński 2008, S. 523).

Chroniken

Publikationen anderer Art, die die Geschichte der Volksrepublik Polen behandeln, bilden die eingangs erwähnten Veröffentlichungen im Chronikstil. Eine der plastischsten Positionen nimmt hier wohl, vor allem wegen der grafischen Aufmachung, das vielbändige Album „Geschichte der VRP [Volksrepublik Polen]. Große Kollektion 1944–1989“ ein. Im 25. Band wird das Ende der Volksrepublik Polen dargestellt. Darin findet man: Informationen zum „Runden Tisch“, über das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens, über die Anfänge der Dritten Polnischen Republik, die „ausgehandelten“ Wahlen, über den 11. November als Nationalfeiertag, über den Besuch Lech Wałęsas im amerikanischen Kongress, über den Fall der Berliner Mauer, Václav Havel, über das Ende des Kommunismus in Bukarest, wirtschaftliche Erschütterungen und die Einführung schmerzhafter Reformen nach dem Balcerowicz-Plan, darüber hinaus über den letzten Parteitag der PZPR wie auch über Reminiszenzen an die aktive Unterstützung der Opposition durch Vertreter aus dem Bereich der Kultur sowie (generell) die Irrungen und Wirrungen des damaligen Alltags. Der Charakter der Publikation bestimmt ihre Form. Sie stellt die Ereignisse hauptsächlich anhand von Illustrationen, Bildern und knappen Texten als

Schnappschüsse der Geschichte dar. Sie enthält keine tiefgehenden wissenschaftlichen Analysen. Erklärungsmodelle werden eher anhand von kurzen Kommentaren geliefert. Über den Runden Tisch ist beispielsweise zu lesen, dass er am 6. Februar 1989 im Präsidentenpalast in Warschau stattfand, ein bedeutsames Ereignis war, das das Schicksal des Landes und Europas veränderte – sowie die folgende Feststellung: „Welche Beurteilungen der Runde Tisch nach Jahren auch erfahren mag, so ändern sie nichts daran, dass jene Gespräche für immer in die polnische Geschichte eingingen als Anfang der Änderungen auf dem Weg in die Freiheit“ (Skotarczak 2009, S. 5).

Biografien

Abschließend sollen noch Publikationen mit Erinnerungscharakter erwähnt werden: Biografien und Autobiografien bekannter Politiker und Künstler, die „Langinterviews“, in denen außer der Veröffentlichung persönlicher Erlebnisse oft auch Bezüge zur Geschichte der Volksrepublik hergestellt werden. Ein gutes Beispiel dafür ist die Biografie über Tadeusz Mazowiecki (Graczyk 2015, S. 161), in der man etwa von dessen Tätigkeit in der katholischen Bewegung „Znak“ erfährt – und das Interview von Łukasz Warzecha mit Radosław Sikorski, in dem die Geschicke des Landes und die Privatkarriere des (damaligen) Ministers des Auswärtigen Amtes in der anekdotischen Pointe zusammengeführt wurden, dass sein Studium in Oxford und Asyl in Großbritannien durch die Einführung des Kriegsrechts bedingt und somit paradoxerweise General Jaruzelskis Verdienst waren (Warzecha 2007, S. 109).

Zusammenfassung

Die Geschichte der Volksrepublik Polen ist Gegenstand ständiger Forschung und stößt, wenn man nach den zahlreichen publizistischen Veröffentlichungen urteilt, auch bei vielen Lesern auf großes Interesse. Die in dieser Analyse ausgewählten Beispiele stellen nur einen kleinen

Auszug aus der reichen Fachliteratur dar und können als bibliografische Quelle für weitere Forschungen dienen. Der Querschnitt durch die in der Literatur behandelten Themen, narrativen Formen und, last but not least, differenzierten Perspektiven, ist gewaltig, was sich auf die Rezeption der ohnehin verworrenen polnischen Geschichte der vergangenen 70 Jahre negativ auswirken kann. Es muss nicht hinzugefügt werden, dass Sympathien und politische Überzeugungen in diesen Medien eine nicht unbedeutende Rolle spielen und mit Sicherheit ein wichtiger Faktor bei der Gestaltung der Geschichtspolitik bleiben werden.

LITERATUR

Cenckiewicz, Sławomir: *Oczami bezpieki. Szkice i materiały z dziejów aparatu bezpieczeństwa PRL* [Mit den Augen des Sicherheitsdienstes. Skizzen und Materialien aus der Geschichte des Sicherheitsapparats der Volksrepublik Polen], Łomianki 2012.

Cenckiewicz, Sławomir: *Jak Szaweł stał się Pawłem. O prof. Pawle Piotrze Wieczorkiewiczu (1948-2009) – rzecz osobista* [Wie Saulus zum Paulus wurde. Zu Prof. Paweł Piotr Wieczorkiewicz (1948-2009) – eine persönliche Angelegenheit]. *Posłowie* [Nachwort], in: *Wieczorkiewicz, Paweł Piotr: Łańcuch historii. Studia i publicystyka* [Kette der Geschichte. Studien und Publizistik], *Opracowanie* [Bearbeitung] Justyna Błażejowska, Łomianki o. J., S. 465-491.

Davies, Norman: *Boże Igrzysko, Historia Polski, Kraków 2008* (God's Playground. A history of Poland in two volumes, Oxford 2005).

Davies, Norman: *Europa. Rozprawa historyka z historią, Kraków 2009* (Europe. A history, Oxford 1996).

Dudek, Antoni: „Bez naruszenia podstawowych zasad“. *Ekipa Wojciecha Jaruzelskiego wiosną 1988 roku* [„Ohne Verletzung der grundlegenden Prinzipien“. Die Equipe von Wojciech Jaruzelski im Frühjahr 1988], in: *Frizke, Andrzej* (Hg.): *Władza a społeczeństwo. Studia historyczne* [Herrschaft und Gesellschaft. Historische Studien], Warszawa 2003, S. 219-240.

Frizke, Andrzej (Hg.): *Władza a społeczeństwo. Studia historyczne* [Herrschaft und Gesellschaft. Historische Studien], Warszawa 2003.

Friszke, Andrzej: Kultura czy ideologia? Polityka kulturalna kierownictwa PZPR w latach 1957-1963 [Kultur oder Ideologie? Die Kulturpolitik der Führung der PZPR in den Jahren 1957-1963], in: Ders. 2003, S. 115-145.

Gdzie tkwił błąd. Rozmowa z Jarosławem Kaczyńskim [Wo lag der Fehler. Gespräch mit Jarosław Kaczyński], in: Semka Piotr/Kurski, Jacek: Lewy czerwcowy. Mówią Kaczyński, Macierewicz, Parys, Glapiński, Kostrzewa-Zorbas [Linker Juni. Interviews mit Kaczyński, Macierewicz, Parys, Glapiński, Kostrzewa-Zorbas], Warszawa 1993, S. 7-55.

Głowiński, Michał: Nowomowa po polsku [Neusprech auf Polnisch], Warszawa 1990.

Graczyk, Roman: Od uwikłania do autentyczności. Biografia polityczna T. Mazowieckiego [Von Verstrickungen zur Authentizität. Politische Biografie von T. Mazowiecki], Poznań 2015.

Jedlicki, Jerzy: Przeciw narodowej niepamięci. List otwarty do szefa IPN, 05.04.2016, <http://wyborcza.pl/1,75968,19866600,przeciw-narodowej-niepamieci-list-otwarty-do-szefa-ipn.html>. Kriwienko, Sergiej: Dokumenty z „teczki specjalnej“ Stalina dotyczące działalności organów NKWD w Polsce w latach 1944–1946 [Dokumente aus der „Spezialakte“ Stalins zur Tätigkeit der Organe des NKWD in Polen in den Jahren 1944-1946], in: Materski, Wojciech/Paczkowski, Andrzej (Hg.): NKWD o Polsce i Polakach. Rekonesans archiwalny [Der NKWD über Polen und die Polen. Erkundung der Archive], Warszawa 1996, S. 9-42.

Kurtyka, Janusz: Przedmowa [Vorwort], in: Cenckiewicz, Sławomir/Gontarczyk, Piotr: SB a Lech Wałęsa. Przyczynek do biografii [Der Sicherheitsdienst und Lech Wałęsa. Beitrag zu einer Biografie], Gdańsk/Warszawa/Kraków 2008, S. 13-16.

Legutko, Ryszard: Intelktualiści a komunizm [Die Intellektuellen und der Kommunismus], in: „Znak“ 2/1999, S. 4-22.

Leszczyński, Adam: Czy komunizm zmodernizował Polskę? [Führte der Kommunismus zu einer Modernisierung Polens?], in: Persak, Krzysztof et al. (Hg.): Od Piłsudskiego do Wałęsy. Studia z dziejów Polski w XX wieku [Von Piłsudski bis Wałęsa. Studien zur Geschichte Polens im 20. Jahrhundert], Warszawa 2008, S. 522-535.

Moczulski, Leszek: Lustracja. Rzecz o terażniejszości i przeszłości [Durchleuchtung. Ein Beitrag über die Gegenwart und die Vergangenheit], Warszawa 2001.

Oseka, Piotr: „Określ jest niezatapialny“. Propaganda komunistyczna w ostatnim roku władzy [„Das Schiff ist unsinkbar“. Kommunistische Propaganda im letzten Jahr der Macht], in: Friszke, a.a.O., S. 241-263.

Paczkowski, Andrzej: Wprowadzenie [Einleitung], in: Ders.: Od sfalszowanego zwycięstwa do prawdziwej klęski. Szkice do portretu PRL [Vom gefälschten Sieg bis zur wahren Niederlage. Skizzen zu einem Porträt der Volksrepublik Polen], Kraków 1999, S. 5-10.

Paczkowski, Andrzej: Referendum z 30 czerwca 1946 r. Próba wstępnego bilansu [Das Referendum vom 30. Juni 1946. Versuch einer vorläufigen Bilanz], in: Ders. 1999, S. 11-32.

Paczkowski, Andrzej: Wstęp [Einleitung], in: Intelektualiści a komunizm i inne eseje [Die Intellektuellen und der Kommunismus und andere Essays]. Wybór tekstów i wstęp [Auswahl der Texte und Einleitung] Andrzej Paczkowski, Warszawa 2002, S. 4.

Pawlicki, Maciej: Targowica wiecznie żywa: Wyspa hańby [Der Verrat von Targowica lebt ewig weiter: Insel der Schande], in: „wSieci“, Nr. 2 (163), 11.-17.01.2016, S. 18–20.

Pietrzak, Jan: Nigdy tak nie było [So ist es nie gewesen], in: „wSieci“, ebd., S. 12.

Skotarczak, Dorota et al. (Autoren), wiss. Berater: Kochanowski, Jerzy: Historia PRL. Wielka Kolekcja 1944–1989 [Die Geschichte der Volksrepublik Polen. Die Große Kollektion 1944–1989], Band 25, Warszawa 2009.

Snopkiewicz, Jacek (Hg.): Teczki czyli widma bezpieki. Czarny scenariusz „czerwcowego przewrotu“ [Die Akten, also die Gespenster des Sicherheitsdienstes. Das schwarze Szenario des „Juni-Umsturzes“], Warszawa 1992.

Sowiński, Paweł: PZPR i MSW jako przedsiębiorstwa wypoczynkowe w latach 1945-1980 [PZPR und Innenministerium als Erholungsbetriebe in den Jahren 1945-1980], in: Skotarczak et al., a.a.O., S. 197-218.

Trznadel, Jacek: Hańba domowa [Schande im eigenen Haus], Lublin 1990.

Walicki, Andrzej: Marksizm i skok do królestwa wolności [Der Marxismus und der Sprung in das Königreich der Freiheit], Warszawa 1996.

Warzecha, Łukasz: Strefa zdekomunizowana. Wywiad rzeka z Radkiem Sikorskim [Entkommunisierte Zone. Langinterview mit Radosław Sikorski], Warszawa 2007.

White, Hayden: Proza Historyczna [Historische Prosa], Kraków 2009.

Wieczorkiewicz, Paweł Piotr: Kształtowanie się aparatu bezpieczeństwa publicznego w świetle pamiętników (1944-1947) [Die Gestaltung des Apparats für öffentliche Sicherheit im Licht von Tagebüchern (1944-1947)], in: Ders.: Łańcuch

historii. Studia i publicystyka [Kette der Geschichte. Studien und Publizistik.]
Opracowanie Justyna Błażejowska. Posłowie Sławomir Cenckiewicz. Bearbeitung:
Justyna Błażejowska. Nachwort: Sławomir Cenckiewicz, Łomianki o. J., S. 7-14.

Wieczorkiewicz, Paweł Piotr: Napiszmy historię Polski od nowa [Schreiben wir die
Geschichte Polens aufs Neue], in: Ders. o.J., S. 458-464.

Wildstein, Bronisław: Bajka o obłąkanym czarowniku [Die Mär vom besessenen
Zauberer], in: „wSieci“, Nr. 2 (163), 11.-17.01.2016, S. 13.

Wojtowicz, Paweł: Intelktualiści a komunizm [Die Intellektuellen und der
Kommunismus], in: Intelktualiści a komunizm. Wybór tekstów i wstęp [Auswahl
der Texte und Einleitung] Andrzej Paczkowski, Warszawa 2002, S. 21-30.

Woropińska, Martyna: Intelktualiści a komunizm [Die Intellektuellen und der
Kommunismus], in: Paczkowski 2002, S. 31-38.

Ziemkiewicz, Rafał A: Michnikowszczyzna. Zapis choroby [Michnikitis.
Beschreibung einer Krankheit], o. O. 2006.

Der Kommunismus als Stiefkind der Erinnerungskultur?¹

ANNA KAMINSKY

Der Kommunismus als Stiefkind der Erinnerungskultur: Titel haben so ihre Tücken. Bei näherer Betrachtung gewinnt das Bild vom Stiefkind jedoch seinen ganz eigenen Charme. Nämlich dann, wenn wir die Protagonisten der Erinnerungskultur als große Patchworkfamilie betrachten, deren Angehörige sich um die Vergangenheiten kümmern. Diese treten in diesem Bild als alterslose Kinder in Erscheinung. Würde man dabei die politischen Bildner, Pädagogen, Museumsmacher, Historiker, Journalisten, Politiker und Intellektuellen als Mutter, Vater, Großeltern, Onkel und Tanten zur Familienaufstellung einladen, dürfte sich eine interessante Konstellation ergeben. Eine Konstellation, in der – so meine These – der Kommunismus zumindest in Deutschland und im westlichen Europa als Stiefkind in beträchtlicher Distanz zur Verwandtschaft steht.

Ich will im Folgenden versuchen, eine Bilanz von über 25 Jahren Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Deutschland zu ziehen, für die sich die Bezeichnung SED-Diktatur durchgesetzt

¹ Gekürzte und überarbeitete Fassung des Vortrags auf der Konferenz „Blinde Flecken in der Geschichtsbetrachtung? Der Kommunismus im 20. Jahrhundert“, Berlin, 23. bis 25.02.2017.

hat. Dabei will ich die Frage beleuchten, warum der Kommunismus noch immer nicht seinen angemessenen Platz in der deutschen und europäischen Erinnerungskultur gefunden hat. Mit dem unverhofften Ende der kommunistischen Diktaturen in Europa – Francis Fukuyama sprach vom „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) – schien sich der Kommunismus als solcher erledigt zu haben. Welches sind die Gründe, die dazu führten, dass diese Bewegung, die das 20. Jahrhundert maßgeblich prägte und zu einem Weltsystem wurde, das zeitweilig ein Drittel der Weltbevölkerung beherrschte, bis heute stiefmütterlich behandelt wird?

In Bezug auf die Diskussionen in Deutschland möchte ich zwei Erklärungsansätze verfolgen:

1. Die Dekontextualisierung der Diktatur in SBZ und DDR in räumlicher wie zeitlicher Hinsicht aus der Kommunismusgeschichte
2. die Problematik des Diktaturenvergleichs und der Aufarbeitungskonkurrenz

Dekontextualisierung der Diktatur in SBZ und DDR aus der Kommunismusgeschichte

Mit dem Ende der SED-Herrschaft in der DDR gingen zwei Bewegungen einher. Zum einen gab es einen breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens darüber, dass bei der Auseinandersetzung mit der Diktatur in SBZ und DDR nicht die gleichen Fehler wiederholt werden sollten, die es bei der Beschäftigung mit der NS-Diktatur gegeben hatte. Die Aufklärung über das kommunistische System und seine Verbrechen sollte die Herrschaftsstrukturen offenlegen und über das begangene Unrecht aufklären. Zum anderen wurde die kommunistische Herrschaft ostdeutscher Prägung sehr schnell zu einer

„historischen Fußnote“, wie es Stefan Heym 1990 erstmals formulierte,² und zu einem abgeschlossenen und auf die geografischen Grenzen des Landes beschränkten Sammlungs- und Forschungsgebiet.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur hat in den vergangenen 27 Jahren verschiedene Konjunkturen durchlaufen. Sie umfasste in einer ersten Phase die intensive Erforschung der Herrschaftsstrukturen und -mechanismen und die Aufdeckung der Verbrechen des Regimes. Das war begleitet von einer wachsenden Nostalgie und Verklärung des Regimes (vgl. März/Veen 2006). Ab den 2000er-Jahren wurden neben Fragen der Diktaturdurchsetzung und der Herrschaftsstrukturen verstärkt Probleme des Alltags in der Diktatur zwischen Repression, Anpassung und Loyalität in den Blick genommen. Zugleich wurde gefordert, die Beschäftigung mit der DDR aus ihrer „Verinselung“ zu lösen und vergleichende deutsch-deutsche, aber auch internationale Untersuchungen vorzunehmen. Dank der ohne Fristen geöffneten Akten zur DDR sowie einer großzügigen Forschungsförderung setzte ein beachtlicher Forschungsboom insbesondere in den 1990er-Jahren ein. Es erschienen etwa 6.000 Bücher und ca. 10.000 Artikel (Jessen 2010).

In den vergangenen Jahren hat sich zudem eine insgesamt beeindruckende Aufarbeitungs- und Erinnerungslandschaft herausgebildet, die im Ausland bewundert und als Vorbild genommen wird. Es gibt eine staatliche Förderung wie sonst in keinem anderen Land des ehemaligen kommunistischen Blocks. Die 2008 überarbeitete „Gedenkstättenkonzeption des Bundes“, die 1999 zum ersten Mal von der Bundesregierung beschlossen wurde, befasst sich unter dem Titel „Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken,

² Stefan Heym kommentierte den Ausgang der ersten freien Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 am Wahlabend im DDR-Fernsehen mit den Worten, die DDR werde nun verschwinden und nur noch eine „Fußnote“ in der Weltgeschichte sein. Der Begriff „Fußnote“ fand bald seinen festen Platz im Repertoire der Auseinandersetzung um den Stellenwert der Diktatur in SBZ und DDR. In vielen Diskussionen fand sich fortan die Formulierung von der „Fußnote“, die quasi symptomatisch für die randständige Beschäftigung mit der zweiten Diktatur in Deutschland stand.

Gedenken vertiefen“ sowohl mit der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus als auch mit der SED-Diktatur (Deutscher Bundestag 2008; Die Bundesregierung 2017). Zudem sind DDR und SED-Diktatur aus der öffentlichen Darstellung und den Medien nicht mehr wegzudenken. Filme wie „Das Leben der Anderen“ (2006) und Fernsehserien wie „Weissensee“ (seit 2010) wurden zu Quotenbrechern. Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern entstanden an historischen Orten wie einstigen Lagern und Gefängnissen sowie Zentralen der Geheimpolizei zahlreiche Gedenkstätten und Museen, die jährlich neue Besucherrekorde vermelden. Mein 2016 von der Bundesstiftung Aufarbeitung herausgegebener Band „Orte des Erinnerns“ verzeichnet über 900 Erinnerungsorte (Kaminsky 2016).

Nichtsdestotrotz blieb die Beschäftigung mit der kommunistischen Diktatur in SBZ und DDR vor allem ein regionales Problem, das sich vor allem auf den geografisch eng begrenzten Raum der einstigen DDR konzentrierte. Das nach 1990 erzählte Bonmot „Sagt der Ostdeutsche zum Westdeutschen: ‚Wir haben immer nach Westen geschaut.‘ Worauf der Westdeutsche antwortet: ‚Wir auch““ beschreibt eine nach wie vor geteilte Wahrnehmung der deutschen und europäischen Geschichte. Damit wurde und wird der „Untersuchungsgegenstand“ nicht nur aus dem historischen Zusammenhang der kommunistischen Entwicklung, sondern auch der langen Linien europäischer und Weltgeschichte genommen. Gesamtdeutsche und international vergleichende Ansätze wurden zwar immer wieder eingefordert, stellen bis heute jedoch die Ausnahme dar. Jürgen Kocka hatte bereits 2003 konstatiert, dass die DDR-Forschung zu sehr auf sich selbst bezogen sei, ihre Fragestellungen zu eng gefasst seien und der Blick über den Tellerrand fehle, der sowohl im Hinblick auf die Forschungsthemen als auch die Methoden erforderlich sei (Kocka 2008). Eine Kritik, die sich bis heute durch die entsprechenden Debatten zieht und u. a. von Ulrich Mählert und Manfred Wilke 2008 bestätigt und schließlich 2016 im Buch „Die DDR als Chance“ erneuert wurde (Mählert/Wilke 2004; Mählert 2016).

Die DDR-Forschung war zudem von Beginn an im Unterschied zu anderen „historischen Disziplinen weit stärker in außerwissenschaftliche Deutungs- und Sinngebungsprozesse“ einbezogen (Jessen 2010, S. 2). Angesichts der enormen Forschungstätigkeit insbesondere in den 1990er-Jahren wurden Stimmen laut, die die DDR als „ausgeforscht“, wenn nicht gar „überforscht“ bezeichneten und nach der „Legitimation“ dieser Forschung fragten, wie es Christoph Klessmann in seinem Beitrag in „Die Zeit“ formulierte (Klessmann 2009, S. 86). Während die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur als regionalem Phänomen durchaus auf Interesse und Unterstützung stieß, erfolgte zugleich eine im Rückblick bemerkenswerte Dekontextualisierung der kommunistischen Herrschaft in der DDR aus der Geschichte des Kommunismus. Auf die Frage, was die DDR denn nun gewesen sei, haben Wissenschaftler und Publizisten in den über 25 Jahren seit der Friedlichen Revolution höchst unterschiedliche Antworten gegeben. Mal galt die DDR als (post)totalitär, mal als vormundschaftlicher Versorgungs- oder Ständestaat. Auf den Etiketten war von moderner Diktatur, sowjetischer Satrapie, Erziehungsdiktatur und parteibürokratischer Herrschaft zu lesen, von einer durchherrschten Gesellschaft, Organisations-, Klassen-, Konsens- und Nischengesellschaft. Was auffällig fehlt, ist die naheliegende Bezeichnung als kommunistische Diktatur. Anders verhält es sich damit in Mittel- und Osteuropa. Dort setzt man sich nicht mit der Diktatur der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PZPR) oder der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (Komunistická strana Československa, KSČ), sondern ganz selbstverständlich mit den kommunistischen Diktaturen auseinander.

Zusätzlich erschwert wird die Zuordnung zum „Kommunismus“ durch die sehr unterschiedliche Ausprägung von Gewaltausübung und Massenverbrechen in den unterschiedlichen kommunistisch beherrschten Ländern: Hier ist die DDR kaum mit der stalinistischen Sowjetunion in den 1930er-Jahren, Kambodscha oder Albanien zu vergleichen. Hinzu kommt, dass der Eurokommunismus und kommuni-

stische Bewegungen in Lateinamerika wieder andere Ausprägungen darstellen (Dörr 2017).

Forschungen zur DDR sind mittlerweile weitgehend in Lehrstühlen zur allgemeinen Zeitgeschichte integriert und verfolgen breite wissenschaftliche Ansätze, die jedoch zu einer weiteren Marginalisierung der Beschäftigung mit der DDR führen, wie Ralph Jessen festgestellt hat (Jessen 2010). Natürlich heißt das nicht, dass es keine Historikerinnen und Historiker gibt, die sich in Deutschland oder andernorts in der Welt mit der Geschichte der Sowjetunion, mit Maos China, Castros Cuba oder Ho Chi Minhs Vietnam beschäftigen, um nur ein paar Forschungsthemen zu nennen. Sie verstehen sich als Sinologen, Osteuropahistoriker oder Lateinamerikanisten. Nur wenige würden sich wohl als Teil einer internationalen Gemeinde der Kommunismusforscher betrachten oder gar so bezeichnen. Angesichts des weltumfassenden Anspruchs der kommunistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts erscheint dieses Nebeneinander der Forschungsinteressen einigermaßen paradox.

Dass diese Entwicklungen in der Geschichtswissenschaft, die das Fundament der Erinnerungskultur erarbeitet, sich auch auf die Ausprägung der Erinnerungskultur und in der Bildungsarbeit auswirken, liegt auf der Hand. So wurde wiederholt festgestellt, dass noch immer eine Mehrheit der Schüler die Schulen verlassen, ohne im Unterricht mit kommunistischer Diktatur und deutscher Teilung konfrontiert worden zu sein (Arnswald 2004; Hüttmann 2011, S. 98; Schroeder/Schroeder-Deutz 2008). Dies führte bspw. 2015 bei der Erinnerung an den Mauerfall und die Deutsche Einheit dazu, dass Jüngere erstaunt nachfragten, weshalb 25 Jahre Deutsche Einheit begangen würden. Eine aus ihrer Sicht verständliche Nachfrage, denn sie kennen nur die Normalität von Einheit und Demokratie in Deutschland.

Diktaturenvergleich

Mit der Deutschen Einheit 1990 übernahm die Bundesrepublik die Verantwortung für die Aufarbeitung von zwei Diktaturen im 20. Jahrhundert. Ihr wurde dabei über den deutschen Kontext hinaus eine besondere Rolle bei der Auseinandersetzung mit beiden totalitären Systemen zuerkannt. In Deutschland, das geografisch und erinnerungskulturell an der Nahtstelle von zwei Erinnerungsdiskursen liegt, kollidieren – sinnbildlich entlang der einstigen innerdeutschen Grenze – nicht nur deutsche Erinnerungsdebatten, sondern gleichsam stellvertretend die westeuropäische, auf den Nationalsozialismus konzentrierte Erinnerungskultur mit der das „Gulag-Gedächtnis“ zusätzlich umfassenden osteuropäischen Erinnerungskultur. Diese muss sich sowohl mit den Gewalterfahrungen während der deutschen NS-Besatzung im Zweiten Weltkrieg als auch mit den nachfolgenden Gewalterfahrungen aus der Zeit der stalinistisch-kommunistischen Herrschaft befassen (Garton Ash 2002). Ein Umstand, der vielen im „Westen“ entweder unbekannt oder mehr oder weniger gleichgültig ist, was sich insbesondere nach der Osterweiterung der EU 2004 an den Diskussionen über den Stellenwert zeigte, den die kommunistischen Verbrechen in der europäischen Erinnerung einnehmen sollten.

Als die DDR 1990 der Bundesrepublik beitrug, blickten beide deutsche Staaten auf eine jahrzehntelange Beschäftigung mit der NS-Diktatur zurück, die sich trotz unterschiedlicher Schwerpunkte für die Akteure in beiden Landeshälften als anschlussfähig erwies. Hinsichtlich der Anerkennung der Verwerflichkeit des NS-Regimes und seiner Menschheitsverbrechen gab es in Ost wie West keine Zweifel. So bekannten sich die Abgeordneten der am 18. März 1990 demokratisch gewählten Volkskammer in der DDR am 12. April auf ihrer zweiten Sitzung und in ihrem ersten Beschluss zur Verantwortung für die deutsche Geschichte und die Verbrechen des Nationalsozialismus (Antrag aller Fraktionen 1990, S. 23f.).

Als Vorbild für die Aufarbeitung der zweiten Diktatur diente die NS-Aufarbeitung. Diese wurde als beispielhaft angesehen und zum

Vorbild genommen. „Gute Aufarbeitung“ wurde daran gemessen, das zu erreichen, was bei der NS-Aufarbeitung bereits erreicht worden war – nur sollte es nicht so lange dauern. Was dabei unbeachtet blieb, war u. a. der Umstand, dass die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur keineswegs so selbstverständlich gewesen war, wie sie Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre erschien, und gegen viele Widerstände erst hatte durchgesetzt werden müssen. So „reibungslos“, wie Timothy Garton Ash Deutschland zum „Weltmeister“ in puncto Aufarbeitung geadelt hatte,³ war die Auseinandersetzung über die Erinnerung an die beiden Diktaturen eben nicht verlaufen. Zwar gab es einen breiten Konsens darüber, dass aufgearbeitet werden sollte, über das Wie und Wieviel gab es jedoch heftige Kontroversen.

Einig war man sich darüber, dass die strafrechtliche Aufarbeitung zügig begonnen werden musste und die Täter zu bestrafen sowie die Opfer zu rehabilitieren und zu entschädigen waren. 2005 endete die strafrechtliche Aufarbeitung von SED-Unrecht nach 15 Jahren mit dem Abschluss des letzten Verfahrens. Mehr als 74.000 Ermittlungsverfahren gegen etwa 100.000 ehemalige Funktionsträger des SED-Regimes wurden zwischen 1990 und 2005 eingeleitet. In nur 1.021 dieser Fälle wurde Anklage erhoben. Lediglich 750 Personen wurden schließlich verurteilt, die meisten davon auf Bewährung. Klaus Marxen und Gerhard Werle konstatierten, dass die juristische Wertung durch die Gerichte umstritten war (Marxen et al. 2007, S. 59). Und Hubertus Knabe kam zu dem Schluss, dass die geringe Zahl von Verurteilungen wie eine „gigantische Amnestie“ für die Verantwortlichen des SED-Regimes wirken musste (Knabe 2007). Für die Verfolgten und Opfer war die juristische Aufarbeitung mit vielen Enttäuschungen verbunden (Guckes 2008; Borbe 2010). Bärbel Bohley hatte dies bereits Anfang der 1990er-Jahre auf die Formulierung „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“ gebracht. Viele fühlten sich als „Opfer zweiter Klasse“ und

³ Die Aufarbeitung nannte Garton Ash einmal „eine Unternehmung, bei der [...] die Deutschen wahrhaftig Weltmeister sind, die kulturelle Reproduktion der Terrorvarianten ihres Landes. Keine Nation ist brillanter, beharrlicher und erfinderischer im Erforschen, Kommunizieren und Repräsentieren [...] ihrer eigenen vergangenen Verbrechen“, u. a. in: Rulff 2012.

erlebten ihre Anerkennungs- und Entschädigungsverfahren als diskriminierend. Oft wurde nicht einmal die Hälfte aller Anträge positiv beschieden (Siegmund 2002, S. 126). Nach einer vom Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) zur Verfügung gestellten Statistik sowie Aufstellungen zu einer „Kleinen Anfrage zur Inanspruchnahme von Leistungen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen“ wurden bis einschließlich 2016 insgesamt 2.201.840.541,61 Euro für Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) sowie dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) ausgezahlt (Deutscher Bundestag 2017).

Noch schwieriger als die juristische Aufarbeitung gestaltete sich die Frage, wie die Erinnerung an die Verbrechen der zweiten Diktatur in den nationalen Erinnerungshaushalt der Bundesrepublik integriert werden sollte und welche Auswirkungen dies auf die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus haben würde. Dabei bewegten sich die Debatten über die Beschäftigung mit beiden totalitären Systemen und ihren Verbrechen nach 1990 in einem Klima, das sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene von Befürchtungen geprägt war. Diese richteten sich darauf, dass das vereinigte Deutschland sich nunmehr aus seiner historischen Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen stellen und sich als Opfer sowohl der NS- als auch der sowjetischen Herrschaft stilisieren könnte. Der Diktaturenvergleich könnte dabei für einen „Überbietungswettbewerb“⁴ missbraucht werden. Diese Befürchtung soll nicht als grundlos abgetan werden. Aus westlicher Sicht wurde jedoch oft übersehen, dass das, was als „Überbietungswettbewerb“ erscheinen konnte, für viele Mittel- und Osteuropäer schlicht die Beschreibung ihrer Realität war und mit dem Versuch einherging, überhaupt erst einmal Aufmerksamkeit für die Verbrechen der kommunistischen Regime zu erhalten.

Volkhard Knigge hatte 2001 in Bezug auf die DDR stellvertretend für viele die Befürchtung formuliert, dass das „nationale Verbrechen- und Unrechtsgedächtnis (...) auf den DDR- und SED-Kontext“

⁴ Gerd Koenen auf der Konferenz „Blinde Flecken in der Geschichtsbetrachtung? Der Kommunismus im 20. Jahrhundert“, Berlin, 23. bis 25.02.2017.

reduziert werden könnte (Knigge 2001, S. 137). Karl Wilhelm Fricke hingegen konstatierte im Jahr 2006, dass „die seltsame Scheu vor dem Diktaturen-Vergleich [...] auf der Animosität [beruhe], er könnte auch Gleichartiges zu Tage fördern, strukturelle Ähnlichkeiten etwa und die ideologische Bedingtheit von Repression und Verfolgung“ (Fricke 2006).

Diese Feststellungen waren Echos der sehr bald nach 1990 ausgebrochenen erinnerungspolitischen Konflikte, die bei den Diskussionen zur Umgestaltung der einstigen „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ der DDR in den großen nationalsozialistischen Konzentrationslagern Buchenwald und Sachsenhausen offen zu Tage traten. Dabei löste die Instrumentalisierung dieser Orte und die Verfälschung der Geschichte zu DDR-Zeiten weniger Konflikte aus als die Frage, wie die an diesen Orten nach 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht betriebenen Lager und deren Insassen zu bewerten und in den neuen Gedenkstätten darzustellen seien. Diese Auseinandersetzungen wurden oft mit verletzender persönlicher Schärfe geführt und brachten für die Opfer dieser Lager, die sich nach 1990 eine Anerkennung auch ihrer Leiden erhofft hatten, eine erneute Zurücksetzung. Hatten sie bereits in den Jahrzehnten nach ihrer Gefangenschaft nicht über ihre Erfahrungen reden können, fühlten sie sich nun zu „Opfern zweiter Klasse“ degradiert und oft der Unterstellung ausgesetzt, Nazis gewesen – und damit eigentlich zu Recht verfolgt worden – zu sein. Dem individuellen Schicksal vieler damals Verfolgter wurde dies nicht gerecht. Auch das Klima, das von oft fehlender Empathie mit dem Schicksal der Opfer sowjetischer Willkür geprägt war, trug dazu bei, dass sich die Fronten verhärteten. Eine Analyse dieser Konflikte und ihrer Akteure hat Petra Hausteil (2006) mit ihrer bemerkenswerten Arbeit „Geschichte im Dissens“ vorgelegt, die ihrerseits wiederum zu kontroversen Diskussionen führte.

Während dieser Auseinandersetzungen prägte Bernd Faulenbach in der Enquete-Kommission eine Formulierung, die die Grundlage für den Umgang mit der zweiten Diktatur und eine Art „Erinnerungskonsens“ schuf (Vergin 1999, S. 9). Dieser beruhte auf den folgenden Punkten:

- Die Grundlage der Betrachtung beider Diktaturen ist ein antitotalitärer Konsens, der als „spezifisches Wertesystem verstanden wird, in dessen Zentrum die Menschen- und Bürgerrechte stehen“.
- Bei der Beschäftigung mit und der Darstellung beider Diktaturen ist die Abfolge von Ursachen und Folgen herauszuarbeiten und deutlich zu machen.
- Innerhalb dieses Konsenses darf die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus nicht zu einer Bagatellisierung des Nachkriegsunrechts führen, während umgekehrt der Verweis auf das Nachkriegsunrecht keine Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen nach sich ziehen darf (Faulenbach 1993, S. 190)⁵.

Als nicht verhandelbare Grundlage gilt, dass deutsche Schuld und Verantwortung weder in nationaler noch in europäischer Perspektive auf den Stalinismus und die kommunistischen Diktaturen und ihre Verbrechen untergehen dürfen und dass die von den Sowjets und der SED in Ostdeutschland begangenen Verbrechen nicht mit den Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten gleichgesetzt werden können und dürfen. Hans-Joachim Veen stellte dazu fest, dass es „[...] nicht um fragwürdige Gleichsetzungen beider Diktaturen“ gehe. Vielmehr müsse die Erinnerung an die kommunistische Diktatur sich von „allen Analogieversuchen emanzipieren [...] und ihren eigenen Wert [...] dadurch gewinnen, dass sie das Spezifische der kommunistischen Herrschaft und ihres Repressionscharakters [...]“ herausstelle (März/Veen 2006, S. 8).

Die Befürchtungen vor einer Relativierung der NS-Verbrechen haben sich nicht bestätigt. Vielmehr hat die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur und ihrer Verbrechen auch zu einer intensiveren Beschäftigung mit der NS-Diktatur geführt.

Trotz der seit Beginn der 1990er-Jahre anhaltenden Debatte und wiederholter Appelle zum angemessenen Umgang mit den beiden Diktaturen in Deutschland sind die Vorbehalte bisher nicht ausgeräumt. Bei allen Fortschritten stehen viele erinnerungskulturelle

⁵ Siehe dazu auch: Kaminsky 2006, S. 381-398.

Debatten, in denen es um den Platz der Erinnerung an die kommunistische Diktatur geht, bis heute unter der Befürchtung, sie zielten auf eine Zurückdrängung der NS-Verbrechen gegenüber den kommunistischen Verbrechen ab (Knoch 2014). Noch immer wird bei Konflikten an historischen Orten wie bspw. in der Leistikowstraße in Potsdam unterstellt, die Vertreter der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur wollten „Aufrechnen statt Aufarbeiten“ (Jander 2012).

Aber weiten wir den Blick von Deutschland mit seiner besonderen Spezifik der Vergangenheitsaufarbeitung hin nach Osteuropa. Aus westlicher Perspektive erscheint das östliche und südöstliche Europa dabei oftmals als monolithischer Block mit gleichen Erfahrungen und einer einheitlichen Erinnerungskultur. Dabei werden regionale, ethnische und nationale Unterschiede der jeweiligen historischen Erfahrungen unter NS- und kommunistischer Herrschaft ignoriert.

Die unterschiedliche Bewertung der beiden totalitären Systeme sowie der Doppelrolle der Sowjetunion – einerseits Teil der Anti-Hitler-Koalition und Siegermacht über das nationalsozialistische Deutschland und andererseits ebenfalls Trägerin einer unmenschlichen und verbrecherischen Diktatur – prägt nicht nur die Beschäftigung mit den beiden Diktaturen in Deutschland, sondern auch die Bewertung der Diktaturerfahrungen anderer Länder. Sehr deutlich zeigte sich dies an den kontroversen Reaktionen auf die Rede der lettischen Außenministerin Sandra Kalniete bei der Eröffnung der Leipziger Buchmesse 2004. Sie hatte beide totalitäre Systeme als gleichermaßen verbrecherisch bezeichnet und war dafür insbesondere in Deutschland der Relativierung der NS-Verbrechen bezichtigt worden (Troebst 2006).

„Liegt das Problem der geteilten europäischen Erinnerung in der ‚Wahrnehmungsblockade‘ des ‚Westens‘, der die Bedeutung des ‚GULag‘-Erbes für Europa nicht anerkennt oder nicht sinnvoll zu integrieren vermag?“, fragte Heidemarie Uhl in einem 2016 erschienenen Band, in dem die Teilung des europäischen Gedächtnisses zwischen „Holocaust“- und „Gulag“-Gedächtnis untersucht wurde (Uhl 2016, S. 103).

Jenseits der Jahrestage?

Wie wenig die Erfahrungen des östlichen Europas im 20. Jahrhundert – über die Tatorte der schlimmsten NS-Verbrechen hinaus – im europäischen Gedächtnis bisher beachtet werden, hat auch das Jahr 2014 eindrucksvoll gezeigt: Bei den vielen dem Ersten Weltkrieg gewidmeten Sendungen im Fernsehen, Berichten in den Zeitungen und Veranstaltungen konnte man den Eindruck gewinnen, dass dieser Krieg vor allem bei Verdun stattgefunden, vor allem Frankreich und Großbritannien betroffen und sich nur auf den westeuropäischen Schlachtfeldern abgespielt habe. Die osteuropäische und die russische Erfahrung, die in der Folge des Ersten Weltkriegs zur Errichtung der kommunistischen Diktatur in Russland, zu autoritären Regimen in der Zwischenkriegszeit in vielen Ländern des späteren Ostblocks geführt hatte, war kaum Thema. Die von Jorge Semprún anlässlich des 60. Jahrestags der Befreiung des KZ Buchenwald 2005 gehegte Hoffnung, „dass bei der nächsten Gedenkfeier in zehn Jahren, 2015, die Erfahrung des Gulags in unser kollektives europäisches Gedächtnis eingegliedert worden ist“ (Semprún 2005), ist noch längst nicht selbstverständlich – auch wenn Warlam Schalamow mit seinen „Erzählungen aus Kolyma“ (2007)⁶ mittlerweile nicht mehr so unbekannt ist wie noch vor zehn Jahren.

Bis heute gilt, dass das „vereinte Europa eine geteilte Erinnerung“ hat, in der die Erinnerung an den Kommunismus und seine Verbrechen noch immer nicht zum Erinnerungshaushalt gehört. Leggewie prägte hierfür den Begriff des „Schlachtfelds“ der Erinnerungen – ein Begriff, der bereits impliziert, dass es Sieger und Verlierer gibt, und ein Konfliktfeld, das sich vor allem dann offenbart, wenn es darum geht, die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und die kommunistischen Verbrechen zu thematisieren (Leggewie 2011).

Während Google am 29.10.2017 bei einer Recherche etwa 2.340.000 Einträge zum Stichwort NS-Forschung zählt, kommt „Kommunismusforschung“ auf knapp 51.600 Treffer, von denen

⁶ Siehe z. B. Schalamow 2007; Sapper et al. 2007, S. 440.

rund zwei Drittel im Zusammenhang mit dem von der Bundesstiftung herausgegebenen Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung stehen. Eine gleichlautende Recherche bei Google zu Beginn des Jahres 2017 – also vor Beginn der zahlreichen Publikationen, Sendungen und Veranstaltungen aus Anlass 100 Jahre Oktoberrevolution – ergab in Bezug auf den Begriff „Kommunismusforschung“ mit 13.000 noch weit weniger Treffer. Gibt man dazu bspw. bei der Deutschen Nationalbibliothek (DNB) den Suchbegriff Diktaturenvergleich oder Diktatur(en) und Vergleich ein, wird es sehr übersichtlich: Hierzu weist die DNB gerade einmal 33 Treffer auf. Betrachtet man die dazugehörigen Besprechungen und Kommentare, spiegelt sich darin das ganze Dilemma des Umgangs mit den beiden totalitären Herrschaften im 20. Jahrhundert. Da ist in Bezug auf die Thematisierung des Kommunismus oder den Versuch, einen Diktaturvergleich zu wagen, von der „Dämonisierung“ des Kommunismus die Rede, und es wird die „politisch gewollte Gleichsetzung“ der beiden totalitären Systeme unterstellt und beklagt. Zu erinnern ist auch, wie oft Forscher sich bemüht sahen zu erklären, dass der Vergleich ein wichtiges Mittel wissenschaftlicher Erkenntnis ist und Vergleichen nicht Gleichsetzen bedeutet.

Um ein weiteres Beispiel für die Sprengkraft zu nennen, die der Umgang mit den beiden totalitären Systemen birgt, sei auf die Diskussionen über die Einführung eines europäischen Gedenktages für die Opfer totalitärer Gewalt am 23. August verwiesen, den das Europäische Parlament 2009 empfahl. Die Diskussionen darüber halten bis heute an – und führten bspw. 2013 zu einer Kontroverse zwischen Heinrich Olschowsky und Wolfgang Benz, die im „Tagesspiegel“ ausgetragen wurde. Wolfgang Benz hatte dort am 21. Februar 2013 einen Artikel veröffentlicht (Benz 2013), in dem er unter Bezugnahme auf den Europäischen Gedenktag für die Opfer von Nationalsozialismus und Stalinismus am 23. August eine zunehmende politische Instrumentalisierung des Gedenkens beklagte und erklärte, dass das „pauschale Gedenken“ an die Opfer die Unterschiede zwischen nationalsozialistischer Verfolgung und kommunistischem Terror verwische

und den Völkermord an den europäischen Juden marginalisiere. Ihm antwortete Horst Schüler (Schüler 2013), der als Journalist vom sowjetischen NKWD verhaftet und nach Workuta verschleppt worden war. Heinrich Olschowsky verfasste zum Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts eine Erwiderung auf Benz, in der er unter dem Titel „Der weiße Fleck“ (Olschowsky 2013) dafür plädierte, endlich die Erinnerung an die Opfer des Kommunismus in die europäische Erinnerungskultur aufzunehmen.

In der ambivalenten Stellung zum Kommunismus und seinen Folgen und Spielarten spiegeln sich jedoch nicht nur die diffizilen Fragen des angemessenen Umgangs mit den beiden aufeinanderfolgenden Diktaturen in Deutschland wider, sondern auch die unterschiedlichen Konjunkturen der Kommunismusdebatte im Nachkriegsdeutschland. Diese war stark ideologisch geprägt: Bis in die 1960er-Jahre herrschte in der Bundesrepublik ein antikommunistischer Konsens vor, der sich aus den Erfahrungen der Blockbildung nach dem Zweiten Weltkrieg speiste. Die traumatischen Erfahrungen mit der erzwungenen Sowjetisierung Ostdeutschlands und Osteuropas waren höchst gegenwärtig. In Westdeutschland agierte die KPD erkennbar als verlängerter Arm der SED. Es waren die Jahre des McCarthyismus, der bis in die Bundesrepublik wirkte. In den 1960er-Jahren änderte sich im Westen und damit auch in der Bundesrepublik der politische Zeitgeist. Für diesen Wandel stehen die Chiffren „1968“ und „Entspannungspolitik“. An und im Umfeld westdeutscher Universitäten formierte sich eine junge Linke, die sich in den zeitgenössischen Spielarten linken Sektierertums aufsplitterte. Sie romantisierte die Geschichte des Kommunismus, konstruierte Traditionslinien und projizierte ihre Hoffnungen vor allem auf die kommunistischen und linken Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Jüngere Historikerinnen und Historiker wandten sich Themen zu, die bislang ignoriert oder negiert worden waren. Dazu zählten z. B. der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus und die kritische Neubewertung der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die Massenverbrechen, die u. a. von den kommunistischen Regimen der Sowjetunion, Chinas und Kambodschas begangen worden waren, wurden oft, wenn nicht beschwiegen, so doch als Kollateralschäden einer Modernisierungsdiktatur relativiert.

Auf diese Weise formten sich Geschichtsbilder, die bis heute im kollektiven Bewusstsein verankert sind. Die Wiedervereinigung Deutschlands hat paradoxerweise zu einer Verfestigung dieser Bilder beigetragen. Als 1989/90 die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur auf die Tagesordnung rückte, war der Fokus auf die SED-Diktatur und deren Dekontextualisierung aus dem Jahrhundert der Diktaturen offenbar der kleinste gemeinsame Nenner der neuen gesamtdeutschen Erinnerungskultur. Dieser bietet selbst im erinnerungskulturellen Milieu der Postkommunisten Anschlussmöglichkeiten. So können Klischees von der „guten“ kommunistischen Bewegung, die zeitweilig von Stalinisten usurpiert war, weiter gepflegt werden. Zwar beendete die Friedliche Revolution die kommunistische Diktatur in der DDR. Die von der SED in vier Jahrzehnten Diktatur im Alltag, in der Schule, durch Wissenschaft, Kunst, Kultur und Medien vermittelte positive Darstellung des Kommunismus prägte jedoch Mentalitäten, die bis in die Gegenwart hineinwirken.

Zur Aktualität der Kommunismusaufarbeitung

Zwölf der aktuell 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gehörten bis 1989/91 zumindest in Teilen zum kommunistischen Machtbereich. Die EU wird mittelfristig eine Gemeinschaft von Staaten werden, die in ihrer Mehrheit eine kommunistische Diktaturvergangenheit aufweisen. Potenzielle EU-Mitgliedsstaaten wie Serbien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Kosovo, Albanien und die Republik Moldau beginnen gerade erst in größerem Maße eine wissenschaftliche, politische, gesellschaftliche und juristische Aufarbeitung der jeweiligen kommunistischen Diktaturen einzuleiten. Nicht zuletzt stehen auch Anrainer- und

Partnerstaaten der EU vor einer Aufarbeitung ihrer kommunistischen Diktaturvergangenheit, so beispielsweise Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Weißrussland und die Ukraine. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Kommunismus wird somit im europäischen Kontext auch in den kommenden Jahrzehnten auf der Agenda stehen.

Oft war und ist zu hören, die kommunistische Diktatur sei vor allem ein regionales Problem. Kommunismusgeschichte als Erfahrungsgeschichte beschränkt sich mit Blick auf das vereinigte Deutschland jedoch keineswegs auf Ostdeutschland. Für das Einwanderungsland Deutschland ergibt sich darüber hinaus eine zweite Perspektive, die bislang weitestgehend unbeachtet geblieben ist: Die Erfahrung des Kommunismus aus der Perspektive von Migrantinnen und Migranten. Einige der größten Einwanderergruppen in die Bundesrepublik haben in kommunistischen Staaten gelebt. Hierzu zählen insbesondere Russen, Polen, Zuwanderer aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, Rumänen, Bulgaren, Ukrainer, aber auch die ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter in der DDR sowie die vietnamesischen Boatpeople, die in Westdeutschland Zuflucht gefunden hatten. Auch die Einwanderer aus westeuropäischen Staaten (insbesondere Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Türkei) verfügen nicht selten über spezifische Erfahrungen mit dem Kommunismus, die sie z. B. als Mitglied kommunistischer Gewerkschaften und Parteien oder auch in Gegnerschaft zu diesen gewonnen haben. Und seit einigen Jahren kommen Frauen, Männer und Kinder als Flüchtlinge ins Land, die aus Staaten kommen, die in der Zeit des Kalten Krieges erfahren mussten, dass dessen Kriege in der Dritten Welt alles andere als kalt, sondern vielmehr mörderisch heiß waren. Einige dieser Staaten wie Korea, Vietnam, Jemen, Äthiopien, Kongo, Mosambik und Somalia blicken auf eine eigene kommunistische Diktaturgeschichte zurück. Diese Lebenserfahrungen, die familiär weitergegeben werden, haben eine doppelte Relevanz. Einerseits prägen sie heutige Mentalitäten und politisches Denken. Andererseits sind sie eine Ressource für die Oral History wie auch für die politische Bildungsarbeit. Zeitzeugen

kommunistischer Regime haben nicht nur zwischen Elbe und Oder oder östlich der Oder gelebt.

Wer den Aufbau und den Charakter der kommunistischen Diktaturen in Ostdeutschland und Mittel- und Osteuropa begreifen will, darf das Jahr 1945 nicht als Zäsur behandeln, an der Forschungsinteressen enden oder beginnen. Die kommunistischen Diktaturen der Nachkriegszeit waren von Menschen aufgebaut worden, die in den kommunistischen Parteien der Zwischenkriegszeit, im Widerstand, in NS-Zuchthäusern und KZs oder als Emigranten von den stalinistischen Säuberungen in der Sowjetunion geprägt worden waren. Diese Säuberungen hatten auch jene Besatzungsoffiziere verinnerlicht, die nach 1944/45 die Errichtung der kommunistischen Diktaturen sowjetischen Typs in ganz Ostmittel- und Osteuropa angeleitet haben. Gerade die Einordnung der DDR-Geschichte in die Geschichte der ostmitteleuropäischen Nachkriegsdiktaturen tut dringend Not. Dies gilt nicht nur für die Geschichtswissenschaft, in der vergleichende Perspektiven auf die DDR und etwa Polen oder die Tschechoslowakei nur selten eingenommen werden. Es fehlt in Deutschland generell an Wissen über die politische und soziale Geschichte Ostmitteleuropas. Aufmerksamkeit finden herausragende Ereignisse wie etwa der Ungarn-Aufstand 1956 und der Prager Frühling 1968. Aber z. B. über den in vielen Ländern Ostmitteleuropas ungleich brutaleren Aufbau der kommunistischen Diktaturen nach 1945 herrscht weitgehend Unkenntnis. Hier spiegelt sich die anhaltende Teilung Europas in der Erinnerungskultur wider.

Wer beklagt, dass der Kommunismus in der Erinnerungskultur als Stiefkind behandelt wird, muss Antworten auf die Frage geben, warum eine Auseinandersetzung mit dem Kommunismus von gesellschaftlicher Relevanz ist – jenseits der moralischen Verpflichtung, der Opfer des Kommunismus angemessen zu gedenken. Die Auseinandersetzung mit der Kommunismusgeschichte schärft den Blick für Herrschaftsmechanismen, die die kommunistischen Bewegungen weltweit kennzeichneten. Der genaue Blick auf die Herrschaftspraxis und das politische Selbstverständnis der kommunistischen Bewegungen

inklusive ihres instrumentellen Verhältnisses zur Demokratie und die stereotype Wiederkehr kommunistischer Heils- und Zukunftsversprechen können für postkommunistische Politik- und Wirtschaftsentwürfe in der Gegenwart sensibilisieren.

In einer Situation, in der nicht vorhersehbar ist, ob sich die europäischen Staaten weiter integrieren oder voneinander entfernen, wird das Wissen über die Geschichte der beteiligten Staaten wichtiger denn je, um Verständnis für die jeweiligen nationalen Belange zu entwickeln. Eine mangelnde Beachtung des Kommunismus in Wissenschaft, Bildung und Aufarbeitung bedeutet in der Praxis Arroganz gegenüber den ostmittel- und osteuropäischen Partnern. Eine Polemik, die der ungarische Zeithistoriker Krisztián Ungváry in Bezug auf die europäische Erinnerungskultur formuliert hat, bringt dies auf den Punkt: „Europa hat eine doppelte Vergangenheit: Der Westen hat nur einen Teil der Totalitarismen des 20. Jahrhunderts erlebt. Leider haben westliche Intellektuelle mehr Deutungshoheit über die Geschichte und zeigen manchmal zu wenig Sensibilität für die Opfer des Kommunismus. Ein Demokrat müsste aber die gleiche Distanz zu allen Diktaturen behalten. Die Versuche, eine europäische Erinnerung zu schaffen, ohne die Interessen der Osteuropäer zu berücksichtigen, empfinde ich als geistige Kolonisation“ (Ungváry 2007).

Jahrestage und historische Jubiläen können Schrittmacher der Erinnerungskultur sein. Sie bieten die Chance, dass vernachlässigte und wenig beachtete Themen und historische Ereignisse in das öffentliche Bewusstsein gebracht werden und Aufmerksamkeit finden. Oftmals sind diese Konjunkturen nicht von langer Dauer. Aber – das zeigen immer wieder Umfragen – sie tragen zumindest dazu bei, das Wissen um historische Ereignisse und Zusammenhänge zu erweitern. Bei den folgenden Jubiläen kann daran jeweils angeknüpft werden und viele Debatten, die bspw. in den 1990er- oder 2000er-Jahren geführt wurden, haben vor allem auch durch die intensive Auseinandersetzung zu Jahrestagen und Jubiläen zu neuen Konsenssetzungen und anderen Fragestellungen geführt. In diesem Sinne bleibt zu hoffen, dass auch die

Publikationen und Veranstaltungen, die mediale Auseinandersetzung mit dem Kommunismus im 100. Jahr seines Entstehens dazu führen wird, dass dieser in einem größeren Maß als bisher Teil der europäischen Erinnerungskultur wird.

LITERATUR

Antrag aller Fraktionen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu einer Gemeinsamen Erklärung, in: Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 10. Wahlperiode, 2. Tagung, 12.04.1990, <http://webarchiv.bundestag.de/volkammer/dokumente/protokolle/1002.pdf> (18.10.2017).

Arnswald, Ulrich: Zum Stellenwert des Themas DDR-Geschichte in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer. Expertise im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 2004.

Arnswald, Ulrich/Bongertmann, Ulrich/Mählert, Ulrich (Hg.): DDR-Geschichte im Unterricht. Schulbuchanalyse – Schülerbefragung – Modellcurriculum, Berlin 2006.

Benz, Wolfgang: Ums Gedenken streiten. Nationalsozialismus, Stalinismus, Kommunismus: Politische Interessen machen es schwieriger, angemessen an die Opfer zu erinnern, in: „Der Tagesspiegel“, 21.02.2013, S. 24.

Borbe, Ansgar: Die Zahl der Opfer des SED-Regimes, Erfurt 2010.

Deutscher Bundestag: Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen, Drucksache 16/9875, 19.06.2008, https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/BKM/2008-06-18-fortschreibung-gedenkstaettenkonzeption-barrierefrei.pdf;jsessionid=9653FC6A3CAFD9226553F7B04C5C74ED.s6t1?__blob=publicationFile&v=3 (18.10.2017).

Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Annalena Baerbock, Monika Lazar, Dr. Harald Terpe, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/13220 – Inanspruchnahme von Leistungen gemäß SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen, Drucksache 18/13332, 16.08.2017, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/133/1813332.pdf> (31.10.2017).

Die Bundesregierung: Gedenkstättenförderung des Bundes, 28.05.2008, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/BKM/2005-11-02-gedenkstaettenfoerderung-des-bundes.html> (18.10.2017).

Die Bundesregierung: Weiterentwicklung der Gedenkstättenkonzeption, 19.07.2017, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/BKM/2016-10-25-gedenkstaettenkonzeption.html> (18.10.2017).

Dörr, Nikolas: Die Rote Gefahr. Der italienische Eurokommunismus als sicherheitspolitische Herausforderung für die USA und Westdeutschland 1969-1979, Köln 2017.

Eppelmann, Rainer/Faulenbach, Bernd/Mählert, Ulrich (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003.

Faulenbach, Bernd: Probleme des Umgangs mit der Vergangenheit im vereinten Deutschland. Zur Gegenwartsbedeutung der jüngsten Geschichte, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis, Köln 1993.

Fricke, Karl Wilhelm: Diktaturen-Vergleich muss sein, 09.11.2006, http://www.deutschlandradiokultur.de/diktaturen-vergleich-muss-sein.1005.de.html?dram:article_id=158107 (18.10.2017).

Fukuyama, Francis: The End of History and the Last Man, New York 1992.

Garton Ash, Timothy: Das gute mittlere Erinnern, in: „Die Tageszeitung“, 22.06.2002, <http://www.taz.de/!1103599/> (18.10.2017).

Guckes, Ulrike: Opferentschädigung nach zweierlei Maß? Eine vergleichende Untersuchung der gesetzlichen Grundlagen der Entschädigung für das Unrecht der NS-Diktatur und der SED-Diktatur, Berlin 2008.

Haustein, Petra: Geschichte im Dissens. Die Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte Sachsenhausen nach dem Ende der DDR, Leipzig 2006.

Hüttmann, Jens: Gutachten für die Enquete-Kommission des Landes Brandenburg „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“. Themenfeld IV: „Bildungspolitik – Lehrer, Lernende und Lehren sowie Sport“. „Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen“, 07.10.2011, http://www.landtag.brandenburg.de/sixcms/media.php/5701/Gutachten%20Brandenburg%20Hochschulen%20und%20andere%20Einrichtungen%20Dr.%20HC3%BCttmann_%C3%BCberarbeitete%20Fassung%20vom%2018.pdf (18.10.2017).

Jander, Martin: Opferverband UOKG: Aufrechnen statt Aufarbeiten, 2012, www.publikative.org/2012/11/29/opferverband-uokg-aufrechnen-statt-aufarbeiten (18.10.2017).

Jessen, Ralph: Alles schon erforscht? Beobachtungen zur zeithistorischen DDR-Forschung der letzten 20 Jahre, in: „Deutschland Archiv“ 6/2010, S. 1052-1064.

Kaminsky, Anna: Die Diskussion über die Opfer des Stalinismus in der gegenwärtigen deutschen Erinnerungskultur, in: Faulenbach, Bernd/Jelich, Franz J. (Hg.): „Transformationen“ der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989, Essen 2006, S. 381-398.

Kaminsky, Anna (Hg.): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR, Berlin 2016.

Klessmann, Christoph: Überforscht? Verklärt? Vergessen? Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall ist die DDR-Geschichte noch immer ein Streitthema, in: „Die Zeit“ (Geschichte. 1989. Die geglückte Revolution), Nr. 2/2009, S. 86.

Knabe, Hubertus: Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur, Berlin 2007.

Knigge, Volkhard: Abschied von der Erinnerung. Zum notwendigen Wandel in der Arbeit der Gedenkstätten in Deutschland, in: „Gedenkstättenrundbrief“ Nr. 100, 2001 (4), S. 136-143.

Knigge, Volkhard: Zur Zukunft der Erinnerung, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 25-26/2010, 21.06.2010, S. 10-16.

Knoch, Habbo: Das Holocaust-Gedenken läuft Gefahr, in die zweite Reihe der deutschen Geschichtspolitik zu geraten, in: „Jüdische Allgemeine“, 23.01.2014.

Kocka, Jürgen: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, in: Möller, Frank/Mählert, Ulrich (Hg.): Abgrenzung und Verflechtung. Das geteilte Deutschland in der zeithistorischen Debatte, Berlin 2008, S. 143-152.

Leggewie, Claus: Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt, München 2011.

Mählert, Ulrich (Hg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin 2016.

Mählert, Ulrich/Wilke, Manfred: Die DDR-Forschung ein Auslaufmodell? Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit 1989, in: Hüttmann, Jens/Mählert, Ulrich/Pasternack, Peer (Hg.): DDR-Geschichte vermitteln. Ansätze und Erfahrungen in Unterricht, Hochschullehre und politischer Bildung, Berlin 2004, S. 141-163.

März, Peter/Veen, Hans-Joachim (Hg.): *Woran erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur*, Köln 2006.

Marxen, Klaus/Werle, Gerhard/Schäfter, Petra: *Die Strafverfolgung von DDR-Unrecht. Fakten und Zahlen*, Berlin 2007.

Olschowsky, Heinrich: *Hitler-Stalin-Pakt. Der weiße Fleck*, 18.08.2013, <http://www.tagesspiegel.de/meinung/hitler-stalin-pakt-der-weisse-fleck/8653986.html> (18.10.2017).

Pasternack, Peer (Hg.): *Hochschul- und Wissensgeschichte in zeithistorischer Perspektive. 15 Jahre zeitgeschichtliche Forschung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), HoF-Arbeitsbericht Nr. 4/2012, Halle-Wittenberg 2012.*

Rulff, Dieter: *Weshalb erinnern?*, 06.08.2012, http://www.humanistische-union.de/nc/publikationen/vorgaenge/aktuell/aktuell_details/back/aktuell/article/vorgaenge-nr-198-weshalb-erinnern (24.10.2017).

Sabrow, Martin: *Erinnerung als Pathosformel der Gegenwart*, in: „Vorgänge“ 198, 51 (2), 2012, S. 4-15.

Sabrow, Martin: *Die DDR in der deutschen Geschichte*, in: „Geschichte für heute, Zeitschrift für historisch-politische Bildung“, Nr. 1/2013, S. 5-13.

Sabrow, Martin/Eckert, Rainer/Flacke, Monika: *Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte*, Göttingen 2007.

Sapper, Manfred/Weichsel, Volker/Huterer, Andrea (Hg.): *Das Lager schreiben. Warlam Šalamov und die Aufarbeitung des Gulag*, „Osteuropa“ 57 (6), 2007.

Schalamow, Warlam: *Durch den Schnee. Erzählungen aus Kolyma. Band I*, Berlin 2007.

Schroeder, Klaus/Schroeder-Deutz, Monika: *Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern - ein Ost-West-Vergleich*, Stamsried 2008.

Schüler, Horst: *Den kommunistischen Terror erlitten. Streit um das Gedenken an Opfer von NS und Sozialismus. Erwiderung auf W. Benz*, in: „Der Tagesspiegel“, 28.02.2013, S. 24.

Semprún, Jorge: *Niemand wird mehr sagen können: „Ja, so war es“*, 14.04.2005, http://www.zeit.de/2005/16/BefreiungBuchenw_ (18.10.2017).

Siegmund, Jörg: Opfer ohne Lobby. Ziele, Strukturen und Arbeitsweise der Verbände der Opfer des DDR-Unrechts, Berlin 2002.

Troebst, Stefan: Von Nikita Chruščëv zu Sandra Kalniete: der „lieu de mémoire“ 1956 und Europas aktuelle Erinnerungskonflikte, in: „Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung“ 16 (1), 2006, S. 150-170.

Uhl, Heidemarie: Universalisierung vs. Relativierung, in: Radonic, Ljiljana/Uhl, Heidemarie (Hg.): Gedächtnis im 21. Jahrhundert. Zur Neuverhandlung eines kulturwissenschaftlichen Leitbegriffs, Bielefeld 2016.

Ungváry, Krisztián: Die EU ist ganz okay, in: „Der Spiegel“, 23.03.2007, <http://www.spiegel.de/fotostrecke/50-jahre-roemische-vertraege-die-eu-ist-ganz-okay-fotostrecke-20256-19.html> (18.10.2017).

Vergin, Siegfried: Eröffnung. Gedenkstättenarbeit für Nachgeborene. Protokoll der 22. Sitzung der Enquete-Kommission „Überwindung und Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ am 14.10.1996, in: Deutscher Bundestag: Materialien der Enquete-Kommission, Band VI/1999: Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und ihre Opfer, Baden Baden 1999, S. 8-11.

Das Konkurrenzverhältnis der doppelten Vergangenheit in Sachsen: ein Sonderweg?

ANN KATRIN DÜBEN, ANNA ZACHMANN

Anfang des Jahres 2016 geriet die Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft (StSG) aufgrund ihrer Förderpolitik in die Kritik (Kraske 2016; Hilscher 2016; Kellerhoff 2016). Eine Kleine Anfrage der Grünen-Landtagsabgeordneten Claudia Maicher hatte offengelegt, dass im Jahr 2015 nur 14,5 Prozent der Mittel der StSG zur Förderung von Projekten und Maßnahmen im Bereich der NS-Erinnerungsarbeit ausgereicht worden waren (Stange 2015). Da die ungleiche Projektmittelförderung zugunsten der SBZ- und DDR-Vergangenheit vor dem Hintergrund zunehmender rassistischer Ausschreitungen in Sachsen besonders brisant ist, kündigte die Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Eva-Maria Stange (SPD), im März 2016 eine umfassende externe Evaluation der StSG an (Arbeit der Stiftung 2016).

Ausgehend von dieser aktuellen Kontroverse soll im vorliegenden Beitrag das Konkurrenzverhältnis der „doppelten Vergangenheit“ in Sachsen untersucht werden. Die zentrale Frage ist dabei, inwiefern

von einem „sächsischen Sonderweg der Erinnerungspolitik“ die Rede sein kann, wie es beispielsweise Rolf Surmann formuliert (Surmann 2016). Wie entwickelte sich die Geschichtspolitik¹ in Sachsen vor dem Hintergrund eines bundesweiten Institutionalisierungsprozesses der Gedenkstättenkultur seit 1990? Welche Strategien weist die sächsische Geschichtspolitik auf? Folgt sie dabei bundesdeutschen oder transnationalen Trends?

Zur Beantwortung dieser Fragen wird im Mittelpunkt die StSG als wichtiger geschichtspolitischer Akteur in Sachsen stehen. Erstens wird mittels einer Analyse der Gesetzesgrundlage geprüft, inwiefern dieser Gedenkstättenstiftung eine Ausrichtung auf die SBZ- und DDR-Vergangenheit implizit eingeschrieben ist. Zweitens werden Positionen der StSG angeführt, die die Institution öffentlich vertrat und die Rückschlüsse auf die Verfasstheit des sächsischen Geschichtsdiskurses zulassen. Drittens soll die Mitgliedschaft der StSG in dem internationalen Netzwerk „Platform of European Memory and Conscience“ vor dem Hintergrund eines sich im Wandel befindenden europäischen Geschichtsdiskurses diskutiert werden.

Das Ende der DDR markierte sowohl den Beginn der Auseinandersetzung mit den Hinterlassenschaften der sowjetischen Besatzungszeit und des SED-Systems als auch der Neubewertung der Gedächtnisgeschichte des Nationalsozialismus. Vergangenheits- und geschichtspolitische Maßnahmen sollten die Fehler der „Zweiten Geschichte des Nationalsozialismus“ nicht wiederholen (Faulenbach 2016, S. 10-14; Rürup 2014). Im Mai 1992 wurde daher die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ vom Bundestag eingesetzt, die auch die Frage nach der Zulässigkeit des Systemvergleichs diskutierte. Vor dem Hintergrund des erst wenige Jahre zurückliegenden Historikerstreits prägte Jürgen Habermas in diesem Zusammenhang den Begriff der „doppelten Vergangenheit“ (Habermas 1992). Dieser sollte „vor dem

¹ Zur Begriffsgeschichte von Geschichtspolitik vgl. Schmid 2009 sowie den Beitrag von Becker und Hill in diesem Band.

Hintergrund der gemeinsamen, alles überschattenden Nazi-Epoche“ (ebd., S. 266) die Perspektive auf eine differenzierte Vergegenwärtigung der beiden vergangenen Systeme schärfen.

Die Neuordnung der Geschichtspolitik seit 1990 war insbesondere von der Frage gekennzeichnet, wie in Zukunft mit den ehemaligen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR umzugehen sei, waren an diesen Orten doch mehrschichtige Vergangenheit und Deutung auf besondere Weise verdichtet. Aus den Überlegungen zum Umgang mit den Orten doppelter Vergangenheit ging schließlich im Jahr 1999 unter dem Stichwort des antitotalitären Konsenses eine bundesweite Gedenkstättenkonzeption hervor (Marquard 2012, S. 237-248). Die Gedenkstättenkonzeption berücksichtigte dabei neu entstandene Gedenkstätten, die an die Verbrechen des Stalinismus und der SED erinnerten, sowie Orte mit „doppelter Vergangenheit“ und bereits bestehende KZ-Gedenkstätten gleichrangig – „das Ende der Singularität der NS-Aufarbeitung“, wie Carola S. Rudnick feststellt (Rudnick 2015, S. 58).

Kriterien für die Förderung aus Bundesmitteln waren historische Beispielhaftigkeit und Authentizität der Orte (Garbe 2016, S. 5). Die Bundesförderung beschleunigte nun den Institutionalisierungs- und Professionalisierungsprozess der Gedenkstättenarbeit. Zugleich eröffnete sich hier ein weites identitätspolitisches Handlungsfeld, das die Erinnerung an NS und DDR aus der demokratischen Gegenwart verhandelte und zur selbstvergewissernden Staatsräson erklärte. Cornelia Siebeck vertritt in diesem Zusammenhang die These, dass seit 1990 der Konstruktionsprozess einer neuen bundesrepublikanischen Meistererzählung beobachtet werden kann (Siebeck 2015, S. 33-36). Dabei wird „die deutsche, aber auch die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts als Kampf zwischen ‚Demokratie‘ und ‚Diktatur‘ (dargestellt), der im Heute sein glückliches Ende gefunden hat“ (Siebeck/von Wrochem 2016, S. 3).

Doch inwiefern wurde die Handlungsempfehlung aus den Reihen der ersten Enquete-Kommission zum Umgang mit der doppelten Vergangenheit (Deutscher Bundestag 1991, S. 249) in

Sachsen berücksichtigt? Im Zusammenhang mit dem bundesweiten Institutionalierungsprozess entstand die Idee zur Einrichtung einer übergeordneten sächsischen Gedenkstättenstiftung. Im Jahr 1994 beschloss die Sächsische Landesregierung die Gründung der „Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft“. Bereits das der Stiftung zugrundeliegende Sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz (SächsGedenkStG) vom 28. Februar 2003 war starker Kritik ausgesetzt, da es – im Gegensatz beispielsweise zum Gedenkstättenstiftungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (vgl. Land Sachsen-Anhalt 2006, § 11) – keine getrennten Stiftungsbeiräte für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit für die Zeit des Nationalsozialismus sowie die der SBZ und DDR vorsah. Darüber hinaus beinhaltete § 2 des SächsGedenkStG, welcher den Zweck der Stiftung definiert, keinen Verweis auf die Singularität der Shoah. Der Vorwurf, das Gesetz impliziere eine Gleichsetzung von NS-Verbrechen mit kommunistischem Unrecht in der SBZ und der DDR, kumulierte schließlich im Austritt wichtiger Verbände von NS-Opfern sowie des Zentralrats der Juden in Deutschland.²

Die erst im Dezember 2012 vom Sächsischen Landtag verabschiedete Novelle des SächsGedenkStG enthält nun eine Präambel, welche sich an die Gedenkstättenkonzeption des Bundes und damit explizit an die „Faulenbach-Formel“ anlehnt.³

Der in § 2 formulierte Zweck der Stiftung benennt unter anderem die Erinnerung an „politische Gewaltverbrechen [...], an politische Verfolgung, an Staatsterror und staatlich organisierte Morde“ (Stiftung Sächsische Gedenkstätten 2003, § 2 Abs. 1) sowie die Ehrung der

² Erst 2010 kehrte der Zentralrat der Juden wieder in die StSG zurück.

³ So heißt es wörtlich: „Die vom Freistaat Sachsen errichtete Stiftung arbeitet die Wesensmerkmale und grundlegenden Unterschiede zwischen der Diktatur des Nationalsozialismus und der kommunistischen Diktatur heraus und vermittelt das Wissen um die Singularität des Holocaust. Sie relativiert nicht die Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus mit Verweis auf die Verbrechen des Kommunismus. Ebenso bagatellisiert sie nicht die Verbrechen der kommunistischen Diktatur mit Verweis auf diejenigen des Nationalsozialismus“. Auszug aus der Präambel, siehe: Stiftung Sächsische Gedenkstätten 2003.

„Opfer der nationalsozialistischen Diktatur und der kommunistischen Diktatur, insbesondere der SED-Diktatur“ (ebd.). Auch will die Stiftung Archive und Initiativen fördern, welche „Repressionsmechanismen totalitärer Diktaturen und den Widerstand dagegen dokumentieren“ (ebd., § 2 Abs. 5). Der Inhalt sowie die Formulierungen der zitierten Passagen aus dem Stiftungsgesetz lassen sich jedoch – gerade im Vergleich mit der Zweckbestimmung anderer Gedenkstättenstiftungen⁴ – kritisch hinterfragen: Erstens beinhaltet das SächsGedenkStG durch den Fokus auf die politische Komponente keinen Hinweis auf rassistisch motivierte Gewaltverbrechen. Zweitens bleiben wissenschaftliche Periodisierungen im Sinne einer Differenzierung heterogener historischer Phasen zwischen 1945-1989 unberücksichtigt; vielmehr wird diese Zeitspanne als eine einheitliche totalitäre Epoche klassifiziert.

Auch das novellierte SächsGedenkStG sah im Hinblick auf die Zusammensetzung des Stiftungsrates keine feste Mitgliedschaft von Personen oder Institutionen vor, die sich ausschließlich der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit widmen. Während im Stiftungsrat der Sächsische Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dauerhaft integriert ist, können Vertreter von NS-Opferverbänden oder jüdischen Religionsgemeinschaften lediglich „zur Berufung [...] vorgeschlagen werden“ (ebd., § 6 Abs. 4). Darüber hinaus ist dem Gesetz

⁴ Drei Beispiele für die Zweckbestimmung anderer Gedenkstättenstiftungen:

Bsp. 1) Das Gedenkstättenstiftungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt betont die Einzigartigkeit der NS-Verbrechen und differenziert zwischen den „schweren Menschenrechtsverletzungen während der Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur (Land Sachsen-Anhalt 2006, § 2).

Bsp. 2) Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten erinnert an „Terror, Krieg und Gewaltherrschaft“ und unterscheidet zwischen „NS-Regime“, „sowjetische[r] Besatzungsmacht“ sowie der „DDR“ (Land Brandenburg 1997, § 2).

Bsp. 3) Die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald Mittelbau-Dora betont explizit, die Geschichte des NS-Konzentrationslagers „mit Vorrang“ zu behandeln, die Geschichte des sowjetischen Internierungslagers „in angemessener Form“ einzubeziehen sowie die „Geschichte der politischen Instrumentalisierung der Gedenkstätten zu Zeiten der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ darzustellen (Stiftung Gedenkstätten Buchenwald).

eine enge Verflechtung mit dem Hannah-Arendt-Institut eingeschrieben, dessen Direktor gemäß § 6 Abs. 2 dem Stiftungsrat angehört.

Das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HAIT) widmet sich seit 1993 „der systematischen Untersuchung des Nationalsozialismus und des Kommunismus“.⁵ Gemäß § 1 Abs. 2 der Satzung sieht das HAIT seine Aufgaben u.a. darin, die „Strukturen von NS-Diktatur und SED-Regime“ zu analysieren, Forschung „unter besonderer Berücksichtigung totalitärer Systeme und Strukturen“ zu betreiben, das „Schicksal von Opfern der NS-Diktatur, der sowjetischen Besatzungsherrschaft und des DDR-Regimes zu erforschen sowie die Opferverbände in ihrer Tätigkeit zu unterstützen“.⁶

Ein Verweis auf die Singularität des Holocausts ist in der Satzung des HAIT nicht zu finden. Hingegen stellte Lothar Fritze, Mitarbeiter des HAIT, im Jahr 1999 eine höchst umstrittene These auf, welche die moralische Vorbildfunktion des Hitler-Attentäters Georg Elser infrage stellte. Aus dem daraus entstandenen Konflikt, im Zuge dessen Saul Friedländer seine Beiratsmitgliedschaft aufkündigte und der Vertrag mit dem damaligen HAIT-Direktor Klaus-Dietmar Henke nicht verlängert wurde, gingen, unterstützt durch den CDU-Politiker Matthias Röbler, Lothar Fritze und Uwe Backes gestärkt hervor. Letzteren will der Antisemitismusforscher und Politikwissenschaftler Lars Rensmann im Umkreis der „Neuen Rechten“ verortet sehen (vgl. Rensmann 2005, S. 104f., S. 292f.).⁷

Da sich die Projekte des HAIT zwischen 1993 und 2011 zu zwei Dritteln auf die Erforschung der DDR-Vergangenheit konzentrierten, versprach Günther Heydemann, Direktor des HAIT (2009-2016), im Jahr 2011 eine Neuorientierung zugunsten der Erforschung der NS-Zeit in Sachsen. Wie der StSG war auch dem HAIT vorgeworfen worden, aufgrund einer ungleichen Schwerpunktsetzung die Aufarbeitung von NS-Verbrechen zugunsten DDR-Unrechts zu vernachlässigen; eine Tatsache, die Heydemann bestätigte (Schirmer 2011). Der Widerstand, auf den diese Mitteilung stieß, zeigt, dass eine

⁵ Selbstauskunft des Instituts, <http://www.hait.tu-dresden.de/ext/institut.asp>.

⁶ Siehe: Satzung.

⁷ Vgl. auch: Backes 2002.

wissenschaftliche Neuausrichtung offenbar auch politisch nicht erwünscht war. MdB Arnold Vaatz (CDU) schlug als Reaktion auf die Ankündigung der Fokussierung auf NS-Themen vor, die staatlichen Zuwendungen zu kürzen, da das HAIT der „mit seiner Gründung verbundene[n] Kernaufgabe“ (Es geht um sehr viel 2011; Franz 2011) nicht mehr nachkäme.

Die Tatsache, dass dieser Vorschlag mit Vaatz von einem ehemaligen DDR-Bürgerrechtler geäußert worden war, lässt auf einen Konnex zwischen persönlicher Verfolgungserfahrung und geschichtspolitischen Forderungen schließen.

Auch Siegfried Reiprich, seit 2009 Geschäftsführer der StSG, gehörte der DDR-Bürgerrechtsbewegung an. Seine Ernennung war von Protesten begleitet, denn der Stiftungsrat hatte im Jahr 2008 mit absoluter Mehrheit den Historiker Christoph Meyer (SPD) gewählt. Dieser war von der Staatsregierung jedoch nicht berufen worden. Meyer kommentierte das mit den Worten: „An meinem Fall sollte ein Exempel statuiert werden. Ziel war es, die Stiftung so auszurichten, dass DDR-Unrecht eindeutig im Vordergrund steht. Herr Reiprich steht als Person für diesen Ansatz“ (Kraske 2016).

Inwieweit dieser Verdacht berechtigt ist, zeigt eine Stellungnahme der StSG vom 12. Februar 2016 zur eingangs skizzierten Kontroverse um die ungleiche Projektmittelvergabe:

Die Gedenkstättenstruktur ist wesentlich durch das vom Sächsischen Landtag beschlossene Sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz festgelegt. Und sie ist auch historisch bedingt: In Sachsen bestand – anders als etwa in Thüringen oder Brandenburg – keines der großen Hauptlager des NS-KZ-Systems. Demgegenüber war Sachsen das Zentrum der Friedlichen Revolution 1989 in der DDR (Stiftung Sächsische Gedenkstätten 2016).

Diese Argumentation ist insofern entlarvend, als hierin bestätigt wird, dass im Stiftungsgesetz eine ungleiche Wertung der NS- und DDR-Vergangenheit vorgenommen wird. Auch steht der in der StSG-Pressemitteilung vorgenommenen Negation einer ungleichen Vergabe von Projektgeldern die Rechtfertigung der Fokussierung auf SBZ/DDR-Themen mittels des Verweises auf die spezifische Historie des Landes Sachsen diametral gegenüber, welches „Zentrum der Friedlichen Revolution 1989 in der DDR“ gewesen sei, jedoch „keines der großen Hauptlager des NS-KZ-Systems“ (ebd.) beherbergt habe. Diese eine Verharmlosung der Rolle Sachsens im Nationalsozialismus implizierende Aussage ist umso problematischer, als neuere Publikationen die Bedeutung des Landes während der NS-Zeit herausgearbeitet haben – so auch der vom HAIT herausgegebene Band „Sachsen und der Nationalsozialismus“, in dem einleitend darauf hingewiesen wird, dass Sachsen zu „den wichtigsten regionalen Zentren des Nationalsozialismus im Deutschen Reich“ zählte. Erklärt wird hier der Siegeszug der Nationalsozialisten mit der spannungsgeladenen politischen Kultur sowie der prekären Wirtschaftssituation infolge der Weltwirtschaftskrise (Heydemann et al. 2014, S. 9-10).

Die Argumentation der StSG ist darüber hinaus ein eindrückliches Beispiel für die starke Gegenwartsvorortung und Indienstnahme von Vergangenheit. Denn der Erinnerungsort „Friedliche Revolution“ verspricht Erlösung von der belastenden Vergangenheit und kennzeichnet damit die identitäts- und geschichtspolitische Praxis der StSG. Aufschlussreich hinsichtlich des von der StSG vertretenen Geschichtsbildes ist auch der von Reiprich vorangetriebene Beitritt der StSG zur „Platform of European Memory and Conscience“. Die 2011 erfolgte Gründung dieses Netzwerks, das sich für eine gleichrangige Behandlung der nationalsozialistischen und kommunistischen Verbrechen einsetzt, kann als Symptom für eine forcierte Neuorientierung des europäischen Geschichtsdiskurses angesehen werden. Die Plattform entstand im Zuge des EU-Beitritts von mittel- und osteuropäischen Staaten zwischen 2004 und 2007, der einen Wandel des Geschichtsdiskurses in Europa einleitete. In einer EU-Resolution

vom 2. April 2009 wurden Nationalsozialismus und Kommunismus zum gemeinsamen Erbe Europas erklärt und der 23. August (das Datum des sogenannten Hitler-Stalin-Pakts) zum europaweiten Gedenktag an die Opfer totalitärer und autoritärer Regime ausgerufen (Welsh 2015, S. 178; Europäisches Parlament 2009). Die Forderung nach einem solchen Gedenktag verdeutlicht die Schwerpunktverschiebung innerhalb des europäischen Diskurses, trat der 23. August doch bewusst in Konkurrenz zum 27. Januar, der im Jahr 2005 von den Vereinten Nationen zur Erinnerung an die Befreiung von Auschwitz ausgerufen wurde (Lutz 2015, S. 21).⁸

Insbesondere in postsozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas wird seit dem Fall des Eisernen Vorhangs die zentrale Position des Holocausts im europäischen Gedächtnis kritisiert. Dies ist insofern nachvollziehbar, als die Erinnerung an Verbrechen, die bis 1989 stattfanden, unter der sowjetischen Vorherrschaft nicht thematisiert werden konnten. Jedoch hat diese Perspektive zum einen zur Folge, dass Unterschiede zwischen kommunistischer und nationalsozialistischer Herrschaftspraxis nivelliert werden. Zum anderen wird im Rahmen der stark auf Selbstviktimisierung gerichteten Identitätspolitik der Opferbegriff konturlos. Es findet keine klare Differenzierung mehr statt zwischen Menschen, die zwischen 1933 und 1945 verfolgt wurden, und solchen, die an nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt waren und später in der UdSSR und ihren Satellitenstaaten unter Repressionsmaßnahmen oder inhumanen Strafen litten – auch diese Täter gelten demnach als Opfer des Kommunismus (ebd., S. 23). Ziel dieser Lesart ist eine stark auf Nationalisierung ausgerichtete Geschichtspolitik, die an erster Stelle Opfergruppen berücksichtigt, die „dem eigenen Weltbild entsprechen“, in dem der Antikommunismus paradigmatisch ist (ebd., S. 24).

Die These vom sächsischen Sonderweg der Geschichtspolitik muss vor diesem Hintergrund differenziert werden. Die Gesetzesgrundlagen zum Aufbau von Gedenkstättenstiftungen anderer neuer Bundesländer

⁸ In Deutschland ist der 27. Januar seit 1996 als offizieller Gedenktag eingetragen.

organisieren die Erinnerungsarbeit paritätisch und differenzieren auch sprachlich zwischen der NS- und der SBZ-/DDR-Vergangenheit. Im SächsGedenkStG dagegen erscheinen die „politischen Gewaltverbrechen“ als Charakteristika einer zwischen 1933 und 1989 zusammenhängenden Periode totalitärer Herrschaft. Diese Sichtweise kennzeichnet nicht nur den Stiftungszweck, sondern auch den Aufbau der Stiftung. Die einseitige Zusammensetzung des Stiftungsrats – die feste Mitgliedschaft des HAIT und der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen bei Fehlen einer sich ausschließlich dem Nationalsozialismus widmenden Institution – hat dabei entscheidende Konsequenzen für die sächsische Gedenkstättenarbeit. Im bundesweiten Vergleich sticht Sachsen also insofern hervor, als die StSG, wie einleitend erwähnt, nicht die Funktion einer übergeordneten Organisation der Erinnerungsarbeit annimmt, sondern vielmehr ihre Aufgabe als identitätspolitisches Handlungsfeld begreift. Ein Erklärungsansatz für die SBZ/DDR-Fokussierung in Sachsen ist dabei die auffällig häufig unter den zentralen Akteuren anzutreffende DDR-Zeitzeugenschaft. Die mit der Zeitzeugenschaft verbundene scheinbare Authentizität legitimiert und macht unangreifbar – und steht damit im Spannungsfeld zu einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts sowie der Vermittlung von Geschichtsbewusstsein (von Plato 2013, S. 266).

Die starke Bezugnahme auf den Staatssozialismus korrespondiert zugleich mit geschichtspolitischen Entwicklungen in anderen postsozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas.⁹ So reiht sich der sächsische Geschichtsdiskurs in einen transnationalen Trend ein, der von einer Aushandlung des Opferstatus zugunsten der kommunistischen Opfer gekennzeichnet ist. Aus dieser Betonung kommunistischer Opferschaft ergibt sich eine einseitige Handlungsempfehlung für die Zukunft. Denn wie Edgar Wolfrum betont, stellt das Opfergedenken den Versuch dar,

⁹ Vgl. hierzu den Aufsatz von Michal Kopeček über den Aufstieg der antitotalitären Meistererzählung in Tschechien und Polen seit den 2000er-Jahren. Kopeček beschreibt darin den Wandel von der liberalen Transformationsphase hin zur rechtskonservativen Politik, mit der zugleich eine antikommunistische Geschichtspolitik durchgesetzt wurde. Siehe Kopeček 2013.

„durch Vergegenwärtigung der Vergangenheit die Wiederholung zu verhindern“ (Wolfrum 2013, S. 38).

Wenngleich nachgewiesen ist, dass die Organisation des NS-Massenmords ohne die Kollaboration anderer Staaten in dieser Form und Ausprägung nicht möglich gewesen wäre, bleibt die deutsche Verantwortung erhalten. Da der Nationalsozialismus in Deutschland entstand und von der Mehrzahl der Deutschen getragen wurde, wirkt dieses Ereignis gesellschaftlich fort. Die stalinistischen Verbrechen können hingegen externalisiert werden, da sie von einer fremden Besatzungsmacht verübt wurden – wie auch die Verbrechen des von der Sowjetunion installierten Einparteiensystems (Lutz 2015, S. 21-24). Die Vergangenheit zwischen 1945 und 1953 sowie 1953 und 1989 bietet so auch eine wirkmächtige Entlastungsstrategie, die letztlich aus der Opferperspektive verhandelt als positive Erinnerungsfolie dienen kann.

Abschließend kann resümierend festgehalten werden, dass mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten mindestens ein zentraler geschichtspolitischer Akteur Sachsens den sich im europäischen Diskurs vollziehenden Wandel zur Fokussierung „kommunistischen“ Unrechts mitgeht – und sich diesen zugleich zunutze macht. Die unkritische Übernahme des aus europäischer Perspektive möglicherweise sinnvollen Trends zur Akzentuierung kommunistischen Unrechts auf national deutscher Ebene ist jedoch als problematisch zu bewerten, kann die Auslagerung der Verantwortung für SBZ/DDR-Unrecht doch als Viktimisierungsstrategie missbraucht werden. Gestützt wird diese These durch die Tatsache, dass die Berufung auf die eigene Opferidentität insbesondere in Kreisen zu verorten ist, die dem politischen Konservatismus sowie der Rechten zugerechnet werden können und/oder der DDR-Bürgerrechtsbewegung entstammen. Ebenso birgt der geschichtspolitische Wandel das problematische Potenzial, dass positiv besetzte Erinnerungen wie das Bild Sachsens als Zentrum der Freiheitsbewegung gegen das belastende Erbe des Nationalsozialismus ausgespielt werden.

Siebeck ist zuzustimmen, wenn sie die historisch-kritische Aufarbeitung der Vergangenheit als „Arbeit an einer positiven bundesrepublikanischen Meistererzählung“ (Siebeck 2015, S. 37) begreift. Die Aneignung des Gedächtnisses an NS-Verbrechen und SBZ/DDR-Unrecht intendiert die Übernahme eines antitotalitären Konsenses mit dem Ziel, ein Narrativ zu bestärken, welches das 20. Jahrhundert als „Kampf zwischen ‚Demokratie‘ und ‚Diktatur‘“ dargestellt sehen will, „der im Heute sein glückliches Ende gefunden hat“ (Siebeck/von Wrochem 2016). Gleichzeitig – und darin besteht der Unterschied zum sächsischen Sonderweg – wird von NS-Gedenkstättenakteuren eine kritische, zur „Selbstreflexion“ (Knigge 2001, S. 143) und „Selbstbeunruhigung“ (ebd.) motivierende Perspektive vertreten und vermittelt. Im Gegensatz dazu scheint der in Sachsen in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitete und von institutionellen Akteuren mitgetragene geschichtspolitische Wandel die Einleitung einer positiven nationalen Identität zu forcieren und als „Rückversicherung für das neue deutsche Selbstbewusstsein“ (Morsch 2005, S. 4) zu dienen. Der prominente Rekurs auf die positiv codierte Erinnerung der Befreiung von der kommunistischen Herrschaft fungiert somit gleichsam als Ausdruck einer „Schlusstrich-Mentalität“. Vor dem Hintergrund des in Sachsen zu verzeichnenden Erfolgs der AfD, des Zuspruchs für Pegida und des Anstiegs politisch rechts motivierter Kriminalität muss gefragt werden, inwiefern diese beunruhigenden Entwicklungen als Symptom und zugleich als Resultat des geschichtspolitischen Wandels gelesen werden können und der „sächsische Sonderweg“ seinen Tribut fordert.

LITERATUR

Arbeit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten wird evaluiert, 16.03.2016, <https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/202599> (20.12.2016).

Backes, Uwe: Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland, 26.05.2002, <http://www.bpb.de/apuz/25913/gestalt-und-bedeutung-des-intellektuellen-rechtsextremismus-in-deutschland?p=all> (13.12.2016).

Deutscher Bundestag: Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Drucksache 12/7820, 31.05.1994, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/12/078/1207820.pdf> (31.10.2017).

Es geht um sehr viel mehr als um Stasi, 02.06.2011, <http://www.sz-online.de/sachsen/es-geht-um-sehr-viel-mehr-als-um-stasi-752474.html> (13.12.2016).

Europäisches Parlament: Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus, 02.04.2009, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0213+0+DOC+XML+V0//DE> (07.12.2016).

Faulenbach, Bernd: Diktaturerfahrungen und demokratische Erinnerungskultur in Deutschland, in: Kaminsky, Anna (Hg.): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR, Berlin 2016, S. 9-20.

Franz, Frank: Das Hannah-Arendt-Institut und die Verbrechen des deutschen Schäferhundes, 08.06.2011, <http://www.npd-fraktion-sachsen.de/2011/06/08/das-hannah-arendt-institut-und-die-verbrechen-des-deutschen-schaeferhundes/> (13.12.2016).

Garbe, Detlef: Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes: Förderinstrument im geschichtspolitischen Spannungsfeld, in: „GedenkstättenRundbrief“ 2016, Nr. 182, S. 3-17.

Habermas, Jürgen: Was bedeutet „Aufarbeitung der Vergangenheit“ heute? Bemerkungen zur „doppelten Vergangenheit“, in: Ders.: Die Moderne – ein unvollendetes Projekt, Leipzig 1992, S. 242-266.

Hannah-Arendt-Institut, <http://www.hait.tu-dresden.de/ext/institut.asp> (13.12.2016).

Heydemann, Günther/Schulte, Jan Erik/Weil, Francesca (Hg.): Sachsen und der Nationalsozialismus, Göttingen 2014.

Hilscher, Torsten: Gedenkstätten-Chef schwer unter Beschuss, 31.01.2016, <https://www.tag24.de/nachrichten/gedenkstaetten-zoff-reiprich-dresden-44315> (06.12.2016).

Kellerhoff, Sven Felix: Warum in Sachsens Gedenkstätten so gestritten wird, 23.02.2016, <https://www.welt.de/geschichte/article152519417/Warum-in-Sachsens-Gedenkstaetten-so-gestritten-wird.html> (07.12.2016).

Knigge, Volkhard: Abschied von der Erinnerung. Zum notwendigen Wandel der Arbeit der KZ-Gedenkstätten in Deutschland, in: „GedenkstättenRundbrief“ 2001, Nr. 100, S. 136-143.

Kopeček, Michal: Von der Geschichtspolitik zur Erinnerung als politischer Sprache. Der tschechische Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit nach 1989, in: François, Etienne/Kończal, Kornelia/Traba, Robert/Troebst, Stefan (Hg.): Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich, Göttingen 2013, S. 356-395.

Kraske, Michael: Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Wut und Willkür, 11.02.2016, <http://www.zeit.de/2016/07/saechsische-gedenkstaetten-diktatur-opfer-siegfried-reiprich> (06.12.2016).

Land Brandenburg: Verordnung über die Errichtung der rechtsfähigen Stiftung öffentlichen Rechts „Brandenburgische Gedenkstätten“, 11.06.1997, <http://bravors.brandenburg.de/de/verordnungen-212784> (10.10.2016).

Land Sachsen-Anhalt: Gesetz über die Errichtung der „Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“ (Gedenkstättenstiftungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt – GedenkStiftG LSA), 22.03.2006, http://www.stgs.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/STGS/Diverses/GedenkStiftG_LSA.pdf (10.10.2016).

Lutz, Thomas: Dialektik der Geschichtsdiskurse. Die Rückwirkung internationaler Debatten auf die Erinnerungskultur und die Gedenkstätten in Deutschland, in: „Gedenkstätten und Geschichtspolitik. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland“, Heft 16, Bremen 2015, S. 14-28.

Marquard, David: Die „Wende“ in der Gedenkstättenpolitik. Die Entwicklung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes und ihre Auswirkungen auf KZ-Gedenkstätten, in: Nickolai, Werner/Schwendemann, Wilhelm (Hg.), Gedenkstättenpädagogik und Soziale Arbeit, Band 9, Berlin/Münster 2012, S. 223-281.

Morsch, Günter: Perspektiven und Entscheidungslagen. Chancen und Risiken der Entwicklung deutscher NS-Gedenkstätten in Zeiten des Wandels, in: „GedenkstättenRundbrief“ 2005, Nr. 128, S. 3-14.

von Plato, Alexander: Revolution in einem halben Land. Lebensgeschichten von Oppositionellen in der DDR und ihre Interpretation, in: Ders./Vilimek, Tomás/Filipkowski, Piotr/Wawrzyniak, Joanna: Opposition als Lebensform. Dissidenz in der DDR, der ČSSR und in Polen, Berlin 2013, S. 23-278.

Rensmann, Lars: Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2005.

Rudnick, Carola S.: Die Etablierung der gesamtdeutschen staatlichen Gedenkstättenpolitik und das geschichtspolitisch umkämpfte Ende der Singularität der NS-Aufarbeitung, in: „Gedenkstätten und Geschichtspolitik. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland“, Heft 16, Bremen 2015, S. 53-61.

Rürup, Reinhard: Der lange Schatten des Nationalsozialismus. Geschichte, Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, Göttingen 2014, S. 128-135.

Satzung des Hannah-Arendt-Instituts. Neufassung, 23.06.2008, http://www.hait.tu-dresden.de/dok/SATZUNG_HAIT.pdf (10.10.2016).

Schirmer, Stefan: Mich kann nichts mehr erschüttern, 28.04.2011, <http://pdf.zeit.de/2011/18/S-Heydemann.pdf> (26.10.2017).

Schmid, Harald: Vom publizistischen Kampfbegriff zum Forschungskonzept. Zur Historisierung der Kategorie „Geschichtspolitik“, in: Ders. (Hg.): Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis, Göttingen 2009, S. 53-76.

Siebeck, Cornelia: „...und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung“. Postnationalsozialistische Identitäts- und Gedenkstättendiskurse in der Bundesrepublik vor und nach 1990, in: „Gedenkstätten und Geschichtspolitik. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland“, Heft 16, Bremen 2015, S. 29-41.

Siebeck, Cornelia/von Wrochem, Oliver: Dies- und Jenseits des Totalitarismusparadigmas. Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen im geschichtspolitischen Spannungsfeld. Ein Workshopbericht, in: „GedenkstättenRundbrief“ 2016, Nr. 181, S. 3-13.

Stange, Eva-Maria: Antwort auf die Kleine Anfrage, 07.12.2015, http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=3224&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=1 (15.11.2016).

Stiftung Gedenkstätten Buchenwald Mittelbau-Dora: <https://www.buchenwald.de/580/> (10.10.2016).

Stiftung Sächsische Gedenkstätten: Gesetz zur Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft (Sächsisches Gedenkstättenstiftungsgesetz – SächsGedenkStG), 22.04.2003, https://www.stsg.de/cms/sites/default/files/u9/SaechsGedenkStG_16_12_2012.pdf (01.12.2016).

Stiftung Sächsische Gedenkstätten: Ausgewogene Verwendung von Stiftungsgeldern, 12.02.2016, <https://www.stsg.de/cms/stsg/aktuelles/ausgewogene-verwendung-von-stiftungsgeldern> (10.08.2016).

Surmann, Rolf: Der sächsische Sonderweg in der Erinnerungspolitik, 03.2016, <http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Stellungnahmen/StSG-2016Dokstruktur.pdf> (10.08.2016).

Welsh, Helga A.: Beyond the National: Pathways of Diffusion, in: Stan, Lavinia/Nedelesky, Nadya (Hg.): Post-Communist Transitional Justice. Lessons from Twenty-Five Years of Experience, Cambridge 2015, S. 167-187.

Wolfrum, Edgar: Der Geschichtspolitik auf der Spur. Ein Fragenkatalog dafür, wie der Umgang mit diktatorischen Vergangenheiten erforscht werden kann, in: François, Etienne/Kończal, Kornelia/Traba, Robert/Troebst, Stefan (Hg.): Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich, Göttingen 2013, S. 37-48.

Geschichtspolitik und „Geschichte ausstellen“ – ein Blick in die deutsche Museums- und Gedenkstättenlandschaft

JULIA REUSCHENBACH

Museen und Gedenkstätten, das „Ausstellen von Geschichte“, sind in Deutschland eng mit geschichtspolitischen Aktivitäten verbunden (Grütter 1994, S. 173-188). Das war nicht immer so, lässt sich jedoch seit den frühen 1980er-Jahren zunehmend beobachten. Vor allem die Besonderheit der „doppelten Diktaturerfahrung“ Deutschlands führte und führt in diesem Bereich zu starken, häufig auch emotionalen Kontroversen und Debatten. Die erstmalige Verwendung des Begriffs *Geschichtspolitik* im Rahmen des Historikerstreits 1986/87 fällt dabei in eine Zeit zweier geschichtspolitischer, musealer Großprojekte: den Aufbau des Hauses der Geschichte in Bonn sowie der Entstehung des Deutschen Historischen Museums in Berlin (Wolfrum 1999).

Der vorliegende Aufsatz möchte zentrale Wegmarken in der öffentlichen Vermittlung von Geschichte in Museen und Gedenkstätten in geschichtspolitischer Perspektive aufzeigen und diskutieren. Im Vordergrund stehen dabei nicht die präsentierten historischen Themen

und Inhalte (wenngleich diese selbstverständlich auch ein hohes Maß an Kontroversität beförderten), sondern die geschichtspolitischen Debatten über die Entstehung, Konzeption und Weiterentwicklung von Museen und Gedenkstätten.

Grundlagen

Der Begriff *Geschichtspolitik* wird erstmals im Rahmen der Eröffnungsrede des Historikertages von 1986 durch den Althistoriker Christian Meier gebraucht. In seiner Rede nimmt Meier Bezug auf den parallel ausgetragenen Historikerstreit, mit dem Historiker Ernst Nolte und dem Philosophen Jürgen Habermas als Hauptakteuren (vgl. Troebst 2014). Habermas und Nolte stritten in den Feuilletons der bundesdeutschen Tageszeitungen, jeweils mit Unterstützung durch Kollegen und Schüler, über die Frage nach der Singularität des Holocausts. Verkürzt dargestellt, ging es um folgende Situation: Nolte hatte diese im Rahmen einiger Thesen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ angezweifelt und das Handeln der Nationalsozialisten mit dem sowjetischen Archipel Gulag verglichen. Habermas warf Nolte daraufhin eine unzulässige Relativierung des Holocausts vor und es entstand eine der bisher größten zeithistorischen Kontroversen der deutschen Nachkriegsgeschichte (vgl. Herbert 2003, S. 94-113). Die Debatte wurde in einem besonderen geschichtspolitischen Klima ausgetragen, geprägt durch die von Bundeskanzler Helmut Kohl 1982 ausgerufenen „geistig-moralische Wende“ und seine Rede von der „Gnade der späten Geburt“.¹ Die 1980er-Jahre markieren dadurch auch für die Museums- und Gedenkstättenlandschaft eine wichtige Zäsur. War noch in den 1970er-Jahren häufig ein Desinteresse an Geschichte beklagt worden, fand diese in der Bevölkerung nun zunehmend Anklang und Interesse. Mit der „Staufer-Ausstellung“ wurde diese Art „Geschichtsboom“ bereits 1977 das erste Mal offenbar – zahlreiche weitere überaus erfolgreiche historische Ausstellungsprojekte folgten

¹ Siehe dazu: Leggewie/Meyer 2005, S. 34ff.

(vgl. Thiemeyer 2013, S. 21f.). 1982 initiierte Bundeskanzler Kohl unmittelbar nach Amtsübernahme die Gründung einer Sammlung zur deutschen Geschichte seit 1945 in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn. Daneben initiierte er 1983 die Gründung eines Deutschen Historischen Museums in Westberlin, das zugleich ein Geschenk an die Stadt Berlin zu deren 750-jährigen Bestehen im Jahr 1987 darstellen sollte. Damit waren die beiden bis heute größten historischen Museen der Bundesrepublik auf den Weg gebracht. Anders als es das geschichtsaffine Klima jedoch vermuten ließe, wurden die Gründungen beider Häuser von kontroversen öffentlichen Debatten begleitet.² Beide Projekte „zwangen die Öffentlichkeit, sich grundsätzlich darüber zu verständigen, inwiefern ein Museum Geschichte angemessen repräsentieren kann und wie mit der deutschen Geschichte in der Erinnerungspolitik umzugehen sei“ (Thiemeyer 2013, S. 23).

Das Museum als „Identitätsanstalt“?³

Helmut Kohl übernahm 1982 das Amt des Bundeskanzlers von seinem sozialdemokratischen Vorgänger Helmut Schmidt. In seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 formulierte Kohl die Idee zur Gründung eines Hauses der Geschichte in Bonn:

Unsere Republik, die Bundesrepublik Deutschland, entstand im Schatten der Katastrophe. Sie hat inzwischen ihre eigene Geschichte. Wir wollen darauf hinwirken, daß möglichst bald in der Bundeshauptstadt Bonn eine Sammlung zur deutschen Geschichte seit 1945 entsteht, gewidmet der Geschichte unseres Staates und der geteilten Nation (Kohl 1982).

² Siehe dazu: Danker 2006, S. 223 ff.

³ Peter Sloterdijk zitiert nach: Thiemeyer 2013, S. 24.

Das Projekt wurde in den darauffolgenden Jahren durchgängig von einer intensiven Presseberichterstattung begleitet. Kritiker befürchteten, das Museum liefere das Bild „der einen Geschichte“ und Kohl wolle der Nation durchweg ein positives Geschichtsbild verordnen. Hierin sahen sie die Gefahr einer Relativierung oder gar eines regelrechten Vergessens der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands. Auch die bestehende deutsche Teilung und die befürchtete „westdeutsche Denkmalsetzung“ entgegen einer deutsch-deutschen Annäherung wurden als Kritikpunkte aufgeführt (vgl. Hospes 1994). Durch die Mitwirkung eines wissenschaftlichen Beirats, eines Kuratoriums sowie eines Arbeitskreises gesellschaftlicher Gruppen als beratenden und maßgeblichen Gremien bei der Konzeption sollte dem Hauptvorwurf der Verordnung eines Geschichtsbildes aktiv begegnet werden.

Eine besondere Rolle in diesen Debatten nahm Michael Stürmer ein, der als Berater des studierten Historikers Helmut Kohl fungierte. Stürmer veröffentlichte in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 25. April 1986 den Beitrag „Geschichte in einem geschichtslosen Land“ und verteidigte das Vorhaben Kohls:

Landauf, landab registriert man die Wiederentdeckung der Geschichte [...]. Es gibt zwei Deutungen dieser Suche nach der verlorenen Zeit. Die einen sehen darin Erneuerung des historischen Bewußtseins, Rückkehr in die kulturelle Überlieferung, Versprechen der Normalität. Die anderen erinnern daran, daß der Blick, der in der Zukunft keinen Halt findet, in der Vergangenheit Richtung sucht und Vergewisserung, wohin die Reise geht. Beides bestimmt die neue Suche nach der alten Geschichte: Orientierungsverlust und Identitätssuche sind Geschwister. Wer aber meint, daß alles dies auf Politik und Zukunft keine Wirkung habe, der ignoriert, daß in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet (Stürmer 1986, S. 1).

Das Haus der Geschichte wurde nach fünfjähriger Bauzeit am 14. Juni 1994 eröffnet. Auch wenn die ersten Monate nach der Eröffnung und auch spätere Projekte wie Sonderausstellungen häufig von einer sehr kritischen Berichterstattung begleitet wurden, konnte bereits die erste Dauerausstellungskonzeption die meisten Vorwürfe entkräften und zielte auf eine multiperspektivische, kontroverse Darstellung von Geschichte. Diese Wahrnehmung der Dauerausstellung hat sich auch nach mehreren Überarbeitungen und Aktualisierungen der Konzeption bis heute gehalten (vgl. Pohl 2013). Zugleich muss betont werden, dass die Gründung des Hauses der Geschichte vermutlich eine der ersten einschlägigen geschichtspolitischen Aktivitäten einer Bundesregierung im Bereich Museen und Gedenkstätten darstellt und die Stiftung heute weiterhin, als voll durch den Bund getragene Institution, politischen Entscheidungen unterliegt. Politiker/innen aller im Bundestag vertretenen Parteien stellen Mitglieder des Kuratoriums, der Präsident der Stiftung muss sich gegenüber der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien verantworten.⁴

Etwas anders verlief die Entwicklung beim zweiten Großprojekt, dem Deutschen Historischen Museum (DHM) in Berlin. Erst 2006 wurde das Haus in Berlin eröffnet, nach Gründung am 27. Oktober 1987, damals mitten im Verlauf des Historikerstreits. Erneut debattierte man über die Konzeption, inhaltliche Ausrichtung, aber auch die Örtlichkeiten in Berlin. Auch an diesem Projekt zeigt sich, wie intensiv das politische Klima der 1980er-Jahre von geschichtspolitischen Aktivitäten und Debatten geprägt wurde und über wie viele Jahre die Debatten über die Präsentation von Geschichte in Museen auch darüber hinaus geführt wurden (vgl. Stölzl 1988). Die Entwicklungen in der DDR sowie im Ostblock insgesamt, etwa auch die Solidarność-Bewegung in Polen, rückten die geschichtspolitischen Aktivitäten der Regierung Kohl gegen Ende der 1980er-Jahre zunächst etwas in den Hintergrund. Aktuelle Tagespolitik übernahm das Regiment gegenüber den Debatten über die Vergangenheit und deren öffentlicher Präsentation. Das betrifft insbesondere die Zeit rund um den Fall der

⁴ Siehe: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Mauer am 9. November 1989 und die darauffolgenden Monate schwieriger und intensiver politischer Beratungen und Verhandlungen bis zur Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990. Zugleich bot die Wiedervereinigung jedoch eine ganze Reihe neuen geschichtspolitischen Zündstoffes. So debattierte man über die Einführung eines Stasi-Unterlagengesetzes sowie die Befugnisse einer Stasiunterlagenbehörde ebenso wie über die Frage, wie man nun mit dem Erbe von Kommunismus und Sozialismus in Deutschland umgehen solle, sowie nicht zuletzt auch darüber, wie die DDR als Staat zu bewerten sei. Hierbei rückten drei Orte ganz besonders in den Fokus der Debatten: Ravensbrück, Sachsenhausen und Buchenwald. Die drei in der NS-Zeit als Konzentrationslager genutzten Stätten wurden nach Ende des Zweiten Weltkrieges zunächst als sowjetische Speziallager weitergenutzt, bis sie nach mehrjähriger „Pause“ im Laufe der 1960er-Jahre alle zu „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ der DDR erklärt und ausgestattet wurden.

„Tempel des Antifaschismus“⁵

In den drei Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR wurde zunächst entsprechend der ideologischen DDR-Geschichtspolitik eine Heroisierung des kommunistischen Widerstandes gegen das NS-Regime betrieben. Auf dem früheren Appellplatz in Buchenwald marschierten beispielsweise Pionierorganisationen auf oder fanden Jugendweihefeiern statt. Für Schülerinnen und Schüler der DDR gehörten Besuche an diesen Orten zum Pflichtprogramm im Rahmen des Staatsbürgerkunde-Unterrichts. Die örtlichen Ausstellungen wurden ebenfalls in dieser Lesart betrieben, eine Darstellung des Holocausts sowie die Einbeziehung anderer Opfergruppen der NS-Zeit wurden erst in den frühen 1980er-Jahren im Rahmen der Entspannungspolitik

⁵ Reuschenbach 2015. Der Begriff „Antifaschist“ war dabei „eine Charakteristik, zu deren integralem Bestandteil der Kampf gegen den ‚Imperialismus‘, gegen das ‚Bonner Regime‘, gegen die ‚klerikale Clique‘ und das Engagement für den SED-Sozialismus zählte“ (Deutscher Bundestag 1999, S. 7).

punktuell eingefügt. Zugleich nahm die DDR-Regierung bereits im Rahmen der Gründung dieser Gedenkstätten umfangreiche bauliche Veränderungen an den Örtlichkeiten vor. So sind an allen drei Orten erhaltene Originalgebäude aus der NS-Zeit abgerissen oder erheblich verändert worden. Wegführungen wurden im Rahmen einer Art antifaschistischen Wallfahrtsweges angelegt, die ursprüngliche Geschichte der Lager und ihrer Insassen spielte kaum eine Rolle. Über die Zeit der Nutzung als sowjetische Speziallager verloren die Ausstellungen kein Wort (vgl. Stiftung Gedenkstätten; Greiner 2010, S. 377ff.).

Im Zuge der Wiedervereinigung in den frühen 1990er-Jahren wurde schnell deutlich, dass die dortigen Darstellungen umfangreicher Überarbeitungen bedurften. Zugleich lag bereits damals die Kulturhoheit in Deutschland, bedingt durch den Föderalismus, bei den Bundesländern. Diese waren finanziell wie organisatorisch vollauf mit den Folgen des Einheitsprozesses beschäftigt. Aus diesem Grund entschied der Deutsche Bundestag in diesen Fall „einzugreifen“ und die Vorgehensweise zentral zu regeln. Bereits in Art. 35 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 wurde dem Bund die Möglichkeit zur finanziellen Unterstützung dieser Orte eingeräumt. Als Begründung für diesen Eingriff in die Hoheitsrechte der Länder wurde gesamt nationales Interesse aufgeführt.⁶ „Die Frage des Umgangs mit den großen Gedenkstätten in den neuen Bundesländern [...] gehört zu den Schlüsselfragen der Gedenkstättenentwicklung seit dem Sturz des SED-Systems und der deutschen Vereinigung. [...] Die Diskussions- und Entscheidungsprozesse gingen über die konkreten Gedenkstätten hinaus und wirkten geradezu als Katalysator für die Entwicklung des gesamten Gedenkstättenwesens“ (Faulenbach 2003, S. 112). Die drei Orte, für die Geschichte des Nationalsozialismus durchaus auch von besonderer internationaler Bedeutung, bedurften einer umfassenden Überarbeitung. „Die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten waren im Vergleich mit den KZ-Gedenkstätten in der alten Bundesrepublik [Westdeutschlands, Anm. d. Verf.] verhältnismäßig umfangreich

⁶ Vgl. die entsprechenden Auszüge aus dem Einigungsvertrag 1990.

ausgestattete Einrichtungen“ (Meyer 2009, S. 101). Nicht nur aus diesem Aspekt heraus entstanden in den folgenden Jahren geschichtspolitische Auseinandersetzungen höchsten Ausmaßes. Politisch bestand Einigkeit dahingehend, dass die Erinnerung an den Nationalsozialismus auch im wiedervereinigten Deutschland eine zentrale Rolle einnehmen müsse. Zugleich entstand für den Bund der Zwang, genauer zu definieren, welche Gedenkstätten staatliche Unterstützung (und in welcher Form) erhalten sollten und welche nicht. Es darf nicht vergessen werden, dass neben den drei genannten Orten eine überaus große Zahl weiterer Erinnerungsorte existierte und die bereits bestehenden westdeutschen Gedenkstätten, z. B. die KZ-Gedenkstätte Dachau, bis dahin ohne eine Unterstützung des Bundes arbeiten mussten. Siegfried Vergin weist darauf hin, dass diese Debatten bereit sehr früh und intensiv geführt wurden: „In den Beratungen des Innenausschusses plädierte die SPD sehr dafür, dies [die Entwicklung von Förderkriterien, Anm. d. Verf.] grundsätzlich für die gesamte Bundesrepublik zu tun, da sich die historische Verantwortung für den Nationalsozialismus ja nicht zwischen Ost und West aufteilen ließ. Dazu war die damalige Mehrheit aus CDU/CSU und FDP im Bundestag nicht bereit“ (Vergin 2001).⁷

Die folgenden geschichtspolitischen Debatten zwischen Politiker/innen, Wissenschaftler/innen, Opferverbänden und Leiter/innen der Gedenkstätten drehten sich insbesondere a) um die Frage, ob nicht auch westdeutsche Gedenkstätten finanzielle Unterstützung erhalten müssten und b) um das künftige Verhältnis des Gedenkens an Nationalsozialismus und SED-Diktatur in der deutschen Erinnerungslandschaft. Eine entsprechende Debatte über mögliche Förderaktivitäten in Westdeutschland hatte es seit 1949 nicht gegeben. Schnell wurde in den Beratungen klar, dass jedwede auf Ostdeutschland beschränkte Förderkonzeption vor diesem Hintergrund nur vorläufig sein konnte (vgl. Reinold 1999, S. 22-31). Mit dem Jahr 1992 beschließt der Deutsche Bundestag die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in

⁷ Siehe dazu: Rudnik 2011, S. 41ff.

Deutschland“ (vgl. Deutscher Bundestag 1991; Deutscher Bundestag 1992a; Deutscher Bundestag 1992b; Deutscher Bundestag 1993). Die Arbeit dieser Kommission ist zentral für die geschichtspolitischen Debatten in der Museums- und Gedenkstättenlandschaft der Bundesrepublik. Im März 1994 findet unter Einbeziehung der Kommission eine öffentliche Anhörung in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen statt.⁸ Die Kommission war parlamentarisch legitimiert und verband die Deutungskompetenz von Experten mit der Einbeziehung von Betroffenen (Meyer 2009, S. 101). In ihrem ebenfalls 1994 veröffentlichten Abschlussbericht empfiehlt die Kommission, die bisher provisorische Förderung einer umfassenden Prüfung zu unterziehen, sie zu schärfen und sie auf das gesamte Bundesgebiet auszuweiten. Außerdem soll eine weitere Enquete-Kommission die Entwicklung einer solchen Gedenkstättenkonzeption übernehmen. Diese Vorschläge wurden in der entsprechenden Beschlussempfehlung des Innenausschusses nur unzureichend berücksichtigt (Deutscher Bundestag 1994).

Neben die geschichtspolitischen Aktivitäten des Bundestages durch die Einsetzung der Enquete-Kommission traten verschiedene geschichtspolitische Aktivitäten des Bundesinnenministeriums.⁹ Dort verabschiedete man bereits am 2. Februar 1993 einen Beschluss über die „Gesamtkonzeption zur Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland“. Darin wird festgehalten: „Grundsätzlich ist die Errichtung und Unterhaltung von Gedenkstätten – abgesehen von der Errichtung einer zentralen Gedenkstätte – Ländersache. Der Bund kann sich [...] unter dem Gesichtspunkt der Verantwortlichkeit und Verpflichtung des Gesamtstaates und auch der außenpolitischen Bezüge an Gedenkstätten beteiligen [...]. Eine Förderung kommt nur in eng begrenztem Umfang und unter der Voraussetzung in Betracht, daß es sich um eine herausgehoben bedeutende Einrichtung handelt, die im öffentlichen Bewußtsein

⁸ Zum hier vorliegenden Thema findet sich in der umfangreichen Materialsammlung der Kommission ein eigener Band, in dem auch die öffentliche Anhörung nachlesbar ist: Deutscher Bundestag 1995b.

⁹ Damals gab es nicht das Amt der/des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, stattdessen lag die Zuständigkeit beim Bundesinnenministerium.

exemplarisch für einen bestimmten Verfolgungskomplex steht; das Sitzland sich ebenfalls angemessen, mindestens zu 50 v. H. beteiligt; ein positives Votum von Fachwissenschaftlern vorliegt, die von der Bundesregierung zur Beratung eingeschaltet worden sind [...]. Die finanzielle Beteiligung des Bundes wird auf die Einrichtungen in den neuen Bundesländern beschränkt [...] Nach Ablauf von 10 Jahren ist die Beteiligung des Bundes an den geförderten Einrichtungen zu überprüfen“ (Zifonun 2004, S. 74 f.).¹⁰ Damit stand nach Zustimmung durch den Haushaltsausschuss des Bundestages am 24. März 1993 die erste Konzeption zur Förderung von Gedenkstätten fest.

Acht Einrichtungen wurden fortan gefördert:

- Stiftung und Gedenkstätte Buchenwald (KZ und sowjetisches Speziallager), ohne den Stiftungsteil Mittelbau-Dora,
- Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten mit dem KZ und dem sowjetischen Speziallager Sachsenhausen sowie dem KZ Ravensbrück ohne den Stiftungsteil Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg,
- die Stiftung Topographie des Terrors,
- die Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand (mit Gedenkstätte Plötzensee),
- Haus der Wannsee-Konferenz,
- die Stiftung Sächsische Gedenkstätten mit dem Dokumentations- und Informationszentrum Torgau sowie der Gedenkstätte Bautzen, ohne die Stiftungsteile Pirna-Sonnenstein, Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain und Gedenkstätte Münchner Platz,
- die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen,
- sowie das Deutsch-Deutsche Museum Mödlareuth (Deutscher Bundestag 1999, S. 6).

Zusammenfassend muss betont werden, dass in dieser ersten Förderkonzeption neben Orten des NS-Gedenkens bereits auch Orte

¹⁰ BMI-Vorlage Nr. 173/92 (Neufassung), zitiert nach: Zifonun 2004, S. 74f.

„doppelter Vergangenheit“¹¹ sowie Gedenkstätten zur Erinnerung an Stalinismus und SED-Diktatur berücksichtigt wurden. Zugleich boten die unzureichende Berücksichtigung der Empfehlungen der Enquete-Kommission, die mangelnde Beteiligung von Wissenschaftlern wie Gedenkstättenmitarbeitern seitens des Innenministeriums sowie der Ausschluss sämtlicher westdeutscher Gedenkstätten und Aufarbeitungsinitiativen aus der Förderung reichlich geschichtspolitischen Diskussionsstoff, der wie zu erwarten zügig in der öffentlichen Debatte auftauchte.

Mal wieder eine Enquete-Kommission?

Auf Basis der Vorarbeiten der Enquete-Kommission der Jahre 1992–1994 setzte der Deutsche Bundestag eine weitere Enquete-Kommission mit dem Titel „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ ein. Die von ihr zu erarbeitende Gedenkstättenkonzeption sollte „zur Festigung des demokratischen Selbstbewußtsteins, des freiheitlichen Rechtsempfindens und des antitotalitären Konsenses in Deutschland beitragen“ und „gesamtdeutsche Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und deren Opfer“ entwickeln (Deutscher Bundestag 1995a, S. 3). Auch die zweite Enquete-Kommission arbeitet mit öffentlichen Anhörungen, Experten-Hearings und führt intensive Gespräche mit Zeitzeugen, Opferverbänden und Gedenkstättenmitarbeiter/innen. Die gesamte Dauer der Beratungen wird begleitet von öffentlichen Debatten über die Vergleichbarkeit des Gedenkens an nationalsozialistische Herrschaft und SED-Diktatur sowie über die Gefahr einer zu formalistischen, starren Konzeption der Förderung. Ausdrücklich will sich die Kommission der Ausweitung der Förderung auf das gesamte Bundesgebiet widmen. Nach umfangreichen Debatten einigt man sich darauf, die Geschichte der Diktaturen in ihrem jeweiligen Zusammenhang darzustellen, es sollen zentrale Ausstellungsabschnitte und getrennte Einzelausstellungen geschaffen werden, um einer

¹¹ Orte, die im Nationalsozialismus als Konzentrationslager und ab 1945 als sowjetische Speziallager genutzt wurden.

Gleichsetzung von NS-Diktatur und SED-Diktatur entgegenzuwirken. Prägend für diese Entscheidungen, vor allem für die Gedenkstätten mit „doppelter Vergangenheit“, wurde die „Faulenbach-Formel“, nach der es nach Bernd Faulenbach „bei dem Gedenken zu keiner Relativierung der NS-Verbrechen durch die Verbrechen des Stalinismus und zu keiner Bagatellisierung der stalinistischen Verbrechen durch Verweis auf NS-Verbrechen kommen dürfe“ (Deutscher Bundestag 1999). Trotz der Verständigung erfuhr die „Faulenbach-Formel“ seit ihrem Bestehen regelmäßige Kritik. So wurde häufig angeführt, die Formel sei schnell aufgeschrieben, werde aber inhaltlich nicht ernsthaft unterstützt (Die Bundesbeauftragte 2007). Die Ergebnisse der Beratungen wurden im Jahr 1999 in der ersten Gedenkstättenkonzeption des Bundes unter dem Titel „Unterrichtung der Bundesregierung. Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes“ veröffentlicht (Deutscher Bundestag 1999). Zentrale Veränderungen zu den Regularien aus 1993 waren: der Wegfall der Befristung der Förderung auf zehn Jahre, die Einführung eines Expertengremiums zur Beratung der Bundesregierung bei der Entscheidung über Förderanträge, die Ausdehnung der Förderung auf Gedenkstätten in den alten Bundesländern sowie die Einführung regionaler und lokaler Förderungen in projektbezogener Form. Vorgeschlagen werden für die Aufnahme in die institutionelle Förderung etwa die KZ-Gedenkstätten Bergen-Belsen, Dachau und Neuengamme. Für projektbezogene Förderungen werden unter anderen die Gedenkstätte Seelower Höhen, das Museum „Runde Ecke“ in Leipzig, die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde und „Haus 1“, die frühere Stasizentrale in der Normannenstraße in Berlin vorgeschlagen. Die in der Konzeption geäußerten geschichtspolitischen Absichten und Vorstellungen unterlagen jedoch weiterhin den bisherigen Förderregularien, wie beispielsweise der 50-prozentigen Finanzierung der Gedenkstätten durch die jeweiligen Sitzländer (vgl. Meyer 2009, S. 104). Kleinere Einrichtungen monierten, dass es ihnen schlichtweg nicht möglich sei, die vorgegebenen Kriterien überhaupt jemals zu erfüllen.

Die Entstehung der Konzeption aus 1999 wird von einer weiteren geschichtspolitisch bedeutsamen Aktivität begleitet. Nach

der Bundestagswahl 1998, nach der der Sozialdemokrat Gerhard Schröder Helmut Kohl nach 16 Jahren im Amt des Bundeskanzlers ablöste, schafft Schröder mit dem „Bundesbeauftragten für Kultur und Medien“ (BKM) die bis heute zentrale Institution für kultur- und geschichtspolitische Aktivitäten der Bundesregierung. Fortan werden etwa die weitere Entwicklung der Gedenkstättenkonzeption, aber auch geschichtspolitische Großprojekte wie das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ (Holocaust-Mahnmal) zentral von Seiten des/der BKM begleitet und gesteuert. Die Gedenkstättenkonzeption selbst erfuhr aus allen politischen Parteien in den Jahren 1999 bis 2007 zahlreiche Vorschläge zur Weiterentwicklung und Neukonzeption.¹² Letztlich erfolgte im Jahr 2008 unter dem Titel „Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen – Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes vom 18.6.2008“ eine Weiterentwicklung der Konzeption (Deutscher Bundestag 2008). Regina Mönch attestiert der Fortschreibung, dass „bereits in der Einleitung [...] der entstandene Eindruck einer geschichtspolitischen Gleichsetzung der Gegenstandsbereiche korrigiert [wird]“ (Mönch 2010, S. 1).¹³ Auf Basis der „Faulenbach-Formel“ wird das Gedenken an den Nationalsozialismus sowie an die Diktatur in der SBZ/DDR weiter differenziert. In der Konzeption tauchen in den Bereichen „Alltag in der DDR“ sowie „Widerstand und Opposition“ nun auch Museen wie die Stiftung Haus der Geschichte, das Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt sowie der Themenkomplex „Archive“ auf (Deutscher Bundestag 2008, S. 5).

Noch mehr geschichtspolitische Debatten ...

Auch die Entstehung des heute weitläufig als „Holocaust-Mahnmal“ bekannten Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin ist

¹² So u. a. durch die Einsetzung einer Expertenkommission zur Einrichtung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ unter dem Vorsitz des Historikers Prof. Martin Sabrow. Siehe dazu: Reuschenbach 2014.

¹³ Als Gegenstandsbereiche gemeint sind hier die Erinnerungen an den Nationalsozialismus sowie an die SED-Diktatur.

ein über Jahre andauernder Prozess mit zahlreichen geschichtspolitischen Implikationen. Neben Kontroversen über die Verbindung einer Denkmalfunktion mit didaktisch-dokumentarischen Elementen und der Auswahl des Ortes in unmittelbarer Nähe zum Brandenburger Tor wurde vor allem über die bauliche Gestaltung des Denkmals intensiv und emotional debattiert (vgl. Becker 2013; Leggewie/Meyer 2005). Die erste Initiative für ein solches Denkmal geht zurück auf das Jahr 1988 und die Journalistin Lea Rosh. Auch hier ist eine enge Verbindung zum Historikerstreit zu betonen (vgl. Meyer 2003, S. 127f.). Es fällt auf, dass zahlreiche geschichtspolitische Debatten im Bereich von Museen und Gedenkstätten über viele Jahre intensiv geführt wurden und werden. Zu erwähnen sind hierbei neben den aktuellen Diskussionen über das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin etwa auch die Diskussion über die Wehrmachtsausstellung in den 1990er-Jahren (vgl. Thamer 2003, S. 171-187), ebenso wie die Debatten über die Neukonzeption der Gedenkstätte Buchenwald, deren neue Dauerausstellung 2016 eröffnet wurde. Über jedes, auch über die hier bereits ausführlicher skizzierten Projekte und Vorhaben, ließe sich problemlos eine eigene umfangreiche wissenschaftliche Monografie schreiben. Insoweit können die hier gemachten Ausführungen nur exemplarisch, nur hinweisgebend erfolgen.¹⁴

Fazit

Es kann festgestellt werden, dass in den beiden historischen Aufarbeitungsdiskursen um Nationalsozialismus sowie die Diktatur in SBZ und DDR gleichermaßen geschichtspolitische Debatten geführt wurden und werden. Es bleibt offen, wie sich das absehbare „Aussterben“ der Zeitzeugen des Nationalsozialismus in der Zukunft auf die Intensität dieser Debatten auswirken wird. Die meisten dieser Debatten hatten auch immer einen musealen oder gedenkstättenorientierten Anteil. Zugleich muss festgehalten werden, dass nach der

¹⁴ Eine Monografie zur Entstehung des Holocaust-Mahnmals liegt vor. Eine entsprechende Arbeit zur Entstehung des Hauses der Geschichte in Bonn hingegen wurde bis dato dagegen noch nicht vorgelegt.

Initiierung der beiden Großprojekte, dem Haus der Geschichte und dem Deutschen Historischen Museum, ein Großteil geschichtspolitischer Debatten vor allem im Bereich der Gedenkstätten stattfindet. Die Diskussionen über den Umgang mit und die Aufarbeitung der Diktatur in SBZ und DDR müssen dabei stets vor den Erfahrungen mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus betrachtet werden. Auch scheint auffällig, dass erst ein gewisses politisches Klima geschichtspolitische Debatten befördert (so etwa in der Kanzlerschaft Helmut Kohls), was einer eigenen detaillierten Untersuchung bedürfte. Die hier vorgestellten Projekte und Aktivitäten verdeutlichen, dass bereits seit den 1980er-Jahren ein enger Zusammenhang zwischen Museen und Gedenkstätten auf der einen und geschichtspolitischen Debatten auf der anderen Seite besteht. Oftmals stehen dabei Themen wie der Diktaturvergleich, die Konkurrenz verschiedener Opfergruppen sowie Diskussionen über Verteilungsgerechtigkeit bei der Mittelvergabe für entsprechende Projekte im Vordergrund. Erik Meyer konstatiert 2003, dass das von Differenzierung und Pluralisierung geprägte Gedenken eine Zumutung für die betroffenen Opfergruppen darstelle, zugleich jedoch eine „Entdramatisierung von entsprechenden Entscheidungsprozessen“ zu konstatieren sei (Meyer 2003, S. 131). Die Verfasserin hingegen sieht in diesen Differenzierungsprozessen und der Pluralisierung des Gedenkens in erster Linie eine Chance des Umgangs mit Geschichte, die langfristig Sachlichkeit stärken und Interessenkollisionen abschwächen kann. Zugleich scheint jedoch auch die derzeit gültige Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption aus 2008 einer weiteren Fortentwicklung zu bedürfen.¹⁵ Die Gedenkstättenkonzeption selbst und die Trägerschaft des Bundes, zumindest für die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (mit inzwischen vier Standorten in Bonn, Leipzig und Berlin) verdeutlichen, wie vielfältig die geschichtspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich von Museen und Gedenkstätten ausfallen. Das einem länderübergreifenden

¹⁵ Diese ließe sich etwa bei Fragen nach „positiven Gedenkort und -stätten“ etwa eines Freiheits- und Einheitsdenkmals stärker differenzieren.

Vergleich zu unterziehen wäre überaus lohnenswert. Für die polnische Perspektive sei exemplarisch auf den Beitrag von Maria Kobielska im hier vorliegenden Band verwiesen.

Insgesamt fällt zudem eine zeithistorische Fokussierung der Debatten ins Auge. Über die museale Präsentation anderer Epochen und deren Ereignisse konnte die Verfasserin bisher keine Debatten in dieser Intensität und diesem Ausmaß beobachten.

Im deutsch-polnischen Vergleich des hier vorliegenden Bandes fällt auf, dass die Existenz solcher Debatten grundsätzlich kein deutsches Spezifikum darstellt, sondern auch in Polen und anderen Ländern solche geschichtspolitischen Auseinandersetzungen um die Präsentation von Geschichte in Museen und Gedenkstätten geführt werden. Möglicherweise sind die Dauer und Intensität der Debatten in Deutschland dabei etwas Besonderes. Vor dem historischen Hintergrund der doppelten Diktaturerfahrung des Landes erscheint dies jedoch zugleich wenig verwunderlich. Auffallend jedoch ist sicherlich, dass etwa auch in Polen die Frage nach der Bedeutung eines geschichtspolitischen Aktivitäten befördernden Klimas gestellt werden könnte, wenn man etwa die aktuellen geschichtspolitischen Aktivitäten der polnischen PIS-Regierung oder die Debatten über die Konzeption des Museums des Zweiten Weltkrieges in Danzig betrachtet (vgl. Gnauck 2017; Raben 2017).

LITERATUR

Becker, Manuel: *Geschichtspolitik in der Berliner Republik. Konzeptionen und Kontroversen*, Wiesbaden 2013.

Danker, Uwe: *Aufklärung, Identifikation oder Repräsentation? Politische Motive zur Errichtung von Museen zur deutschen Landes- und Nationalgeschichte – und wie weit man ihnen folgen darf*, in: Hartung, Olaf (Hg.): *Museum und Geschichtskultur. Ästhetik – Politik – Wissenschaft*, Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Band 52, Bielefeld 2006, S. 211-232.

Deutscher Bundestag: *Mahn- und Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland*, Drucksache 12/1189, 25.09.1991, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/011/1201189.pdf> (10.10.2017).

Deutscher Bundestag a: Gedenkstätten ehemaliger NS-Konzentrations- und Vernichtungslager in Osteuropa, Drucksache 12/3178, 21.08.1992, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/031/1203178.pdf> (10.10.2017).

Deutscher Bundestag b: Leitlinien zu den Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 12/3179, 21.08.1992, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/031/1203179.pdf> (10.10.2017).

Deutscher Bundestag: Gedenkstätten des geeinten Deutschlands, Drucksache 12/6111, 10.11.1993, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/061/1206111.pdf> (10.10.2017).

Deutscher Bundestag: Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses, Drucksache 12/7884, 15.06.1994, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/078/1207884.pdf> (10.10.2017).

Deutscher Bundestag a: Einsetzung einer Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Drucksache 13/1535, 31.05.1995, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/015/1301535.pdf> (10.10.2017).

Deutscher Bundestag (Hg.) b: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band 9, Baden-Baden 1995.

Deutscher Bundestag: Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes und Bericht der Bundesregierung über die Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 14/1569, 27.07.1999, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/015/1401569.pdf> (10.10.2017).

Deutscher Bundestag: Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen, Drucksache 16/9875, 19.06.2008, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/098/1609875.pdf> (10.10.2017).

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik: Stellungnahme zum Entwurf des Gedenkstättenkonzepts des BKM vom 22. Juni 2007, 11.09.2007, http://www.bstu.bund.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Archiv/Pressemitteilungen-2007/september_12_2007_stellungnahme.pdf?__blob=publicationFile (08.04.2017).

Einigungsvertrag, 31.08.1990, <http://www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/einigungsvertrag/44109/kultur-bildung-und-wissenschaft-sport> (27.02.2017).

Faulenbach, Bernd: Entwicklungstendenzen der Gedenkstättenarbeit seit der Wiedervereinigung, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Gedenkstätten und Besucherforschung, Bonn 2004, S. 108-122.

Gnauck, Gerhard: Nicht national genug, in: „FAZ“, 26.01.2017, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/polens-weltkriegsmuseum-verliert-gruendungsdirektor-14754879.html> (27.02.2017).

Greiner, Bettina: Verdrängter Terror. Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland, Bonn 2010.

Grütter, Heinrich Theodor: Die Präsentation der Vergangenheit. Zur Darstellung von Geschichte in historischen Museen und Ausstellungen, in: Ders./Füßmann, Klaus/Rüsen, Jörn (Hg.): Historische Faszination. Geschichtskultur heute, Köln et al. 1994, S. 173-188.

Herbert, Ulrich: Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte, in: Sabrow, Martin/Jessen, Ralph/Große Kracht, Klaus (Hg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945, München 2003, S. 94-113.

Hospes, Ulrike: Kalenderblatt 14. Juni 1994 „Bundeskanzler Helmut Kohl eröffnet das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn“, <http://www.kas.de/wf/de/191.5800/> (27.02.2017).

Kohl, Helmut: Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982, http://www.helmut-kohl.de/index.php?menu_sel=17&menu_sel2=&menu_sel3=&menu_sel4=&msg=1934 (27.02.2017).

Leggewie, Claus/Meyer, Erik: „Ein Ort, an den man gerne geht“. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989, München/Wien 2005.

Meyer, Erik: Erinnerungskultur als Politikfeld. Geschichtspolitische Deliberation und Dezision in der Berliner Republik, in: Bergem, Wolfgang (Hg.): Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs, Opladen 2003, S. 121-136.

Meyer, Erik: Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes als Instrument geschichtspolitischer Steuerung, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hg.): Jahrbuch für Kulturpolitik 9, Bonn/Essen 2009, S. 101-108.

Mönch, Regina: Strategie für das Gedenken, in: „Das Parlament“, 22.02.2010.

Pohl, Karl-Heinrich: Der kritische Museumsführer. Neun historische Museen im Fokus, Schwalbach am Taunus 2013.

Raben, Mia: Mit dem Panzer mittendurch. Das neue Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig soll auf Regierungskurs gebracht werden. Die Macher wehren sich, in: „Die Zeit“ 09.02.2017, <http://www.zeit.de/2017/07/polen-museum-des-zweiten-weltkriegs-danzig-pis-einfluss> (05.03.2017).

Reinold, Michael: Die Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes, in: Gedenkstättenreferat der Topographie des Terrors (Hg.): Gedenkstättenrundbrief 91, 1999, http://www.gedenkstaettenforum.de/nc/gedenkstaetten-rundbrief/rundbrief/news/die_konzeption_der_kuenftigen_gedenkstaettenfoerderung_des_bundes/ (27.02.2017).

Reuschenbach, Julia: Zweierlei Gedenken? – Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes 1999 – 2014 (unveröffentlichte Masterarbeit an der Freien Universität Berlin 2014).

Reuschenbach, Julia: Tempel des Antifaschismus? – Die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 26.01.2015, <http://www.bpb.de/199442> (27.02.2017).

Rudnik, Carola: Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik seit 1989, Bielefeld 2011.

Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, <https://www.buchenwald.de/532/> (08.04.2017).

Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, <http://www.hdg.de/stiftung/organisation/> (27.2.2017).

Stölzl, Christoph (Hg.): Deutsches Historisches Museum. Ideen – Kontroversen – Perspektiven, Frankfurt a. M./Berlin 1988.

Stürmer, Michael: Geschichte in einem geschichtslosen Land, in: „FAZ“, 25.04.1986.

Thamer, Hans-Ulrich: Vom Tabubruch zur Historisierung? Die Auseinandersetzung um die „Wehrmachtsausstellung“, in: Sabrow, Martin/Jessen, Ralph/Große Kracht, Klaus (Hg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S.171-187.

Thiemeyer, Thomas: Evidenzmaschine in der Erlebnisgesellschaft. Die Museumsausstellung als Hort und Ort der Geschichte, in: Fröhlich, Claudia/Schmid, Harald/Schwelling, Birgit (Hg.): Jahrbuch für Politik und Geschichte 4, 2013, S. 13-29.

Troebst, Stephan: Geschichtspolitik, in: docupedia-Zeitgeschichte, 04.08.2014, <http://docupedia.de/zg/Geschichtspolitik> (27.02.2017).

Vergin, Siegfried: Wende durch die „Wende“. Der lange kurze Weg zur Gedenkstättenkonzeption des Bundes, in: „Gedenkstättenrundbrief“ 100 (2001), http://www.gedenkstaettenforum.de/nc/gedenkstaetten-rundbrief/rundbrief/news/wende_durch_die_wende/ (27.02.2017).

Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999.

Zifonun, Dariuš: Gedenken & Identität: Der deutsche Erinnerungsdiskurs, Frankfurt a. M. 2004.

Das Modell des „neuen“ polnischen Geschichtsmuseums: Das Museum als politisches Instrument

MARIA KOBIELSKA

Den Ausgangspunkt meines Artikels bildet der Museumsboom, der in Polen seit 2004 zu beobachten ist. Damals wurde das Museum des Warschauer Aufstandes eröffnet,¹ das als erste derart attraktive Museumsinstitution in Polen beispiellose Erfolge in puncto Besucherzahlen, Medienecho, Anerkennung und Einfluss erzielte. Die prägende Wirkung dieses Museums zeigt sich an einer Reihe von Geschichtsmuseen (meist mit thematischem Schwerpunkt auf dem 20. Jahrhundert) in verschiedenen polnischen Städten, die seit dieser Zeit entweder neu eröffnet wurden oder aber ihre Ausstellungen grundlegend überarbeiteten. Dazu zählen unter anderen (die Liste wächst stetig) in Posen das Museum des Posener Aufstands – Juni 1956 (eröffnet 2007, eine Abteilung des Großpolnischen Unabhängigkeitsmuseums), in Krakau die Emailwarenfabrik Oskar Schindlers und der Untergrund des Hauptmarkts (2010) sowie die Apotheke zum Adler und die Ulica Pomorska (2013, alles Abteilungen des Historischen Museums

¹ Die angegebenen Daten beziehen sich auf die Öffnung der Museen für das Publikum, nicht auf die (in den meisten Fällen mehrere Jahre zuvor erfolgten) offiziellen institutionellen Gründungen.

der Stadt Krakau), in der Dreistadt das Europäische Solidarność-Zentrum in Danzig (2014) und das Museum der Emigration in Gdingen (2015) sowie in Danzig das Museum des Zweiten Weltkrieges (2017), in Oberschlesien das Museum der Schlesischen Aufstände in Świętochłowice (2014), das Dokumentationszentrum der Deportation von Oberschlesiern in die UdSSR in Radzionków, die neue Dauerausstellung „Das Licht der Geschichte“ im lang erwarteten neuen Sitz des Schlesischen Museums in Kattowitz (2015), in Warschau das Museum der Geschichte der Polnischen Juden POLIN (2014) und das Katyn-Museum (2015, eine Abteilung des Museums der Polnischen Armee), in Stettin das Dialogzentrum Przełomy (dt. *Umbrüche*, 2016, eine Abteilung des Stettiner Nationalmuseums) sowie in Markowa im Kreis Łańcut als erstes Museum dieses Typs jenseits der großen Städte das nach der Familie Ulma benannte Museum der Polen, die Juden gerettet haben (2016). Weitere Museumsprojekte befinden sich in unterschiedlichen Planungs- oder Realisierungsstadien, darunter in Warschau das Museum der Geschichte Polens sowie – als Ausdruck der Geschichtspolitik des aktuellen Regierungslagers – das Museum der Verfemten Soldaten und Politischen Gefangenen der Volksrepublik Polen, ebenfalls in Warschau.

Es handelt sich also um eine verbreitete Erscheinung in der polnischen Erinnerungskultur, die einer gründlicheren Analyse und Interpretation bedarf. Die zentralen Aspekte und Fragestellungen einer solchen Untersuchung sollen im Folgenden einleitend umrissen werden. Dabei interessieren mich vor allem das Design und die Einrichtung von Museen als Instrumenten der Gestaltung von Erinnerung, das heißt weniger die soziologische als vielmehr die kulturwissenschaftliche Perspektive. Vor diesem Hintergrund befasse ich mich vor allem mit musealen Dauerausstellungen als Medien der Erinnerung und der Geschichtspolitik, wenngleich natürlich die Tätigkeit der besprochenen Museen ein wesentlich breiteres Spektrum abdeckt: Sie organisieren kulturelle Veranstaltungen, übernehmen Mäzene, betreiben wissenschaftliche Forschungen, konservatorische Arbeit usw. – genauer darauf einzugehen, würde aber den Rahmen dieses Textes sprengen.

Im vorliegenden Artikel konzentriere ich mich zunächst auf die für die neuen Museen charakteristischen Ausstellungstechniken unter dem Aspekt der Organisation des musealen Raums (das heißt auf die Arten der Konstruktion von Erfahrung und Erinnerung), bevor ich anschließend die wichtigsten Merkmale der durch den „Apparat“ dieser Museen produzierten Narrationen über die Vergangenheit beschreibe. Auf dieser Grundlage skizziere ich abschließend (unter Verweis auf paradigmatische Beispiele und eventuelle Gegenarrationen) das sich seit 2004 herausbildende Modell des neuen polnischen Geschichtsmuseums und setze es in Bezug zu den Geschichtspolitikern, in deren Rahmen die Museen jeweils funktionieren.

Das Museum des Warschauer Aufstands wurde insofern zum Vorbild für die später entstehenden Museen, als es einen allgemeinen Ausstellungskanon für das „neue Museum“ prägte (vgl. Bogumił 2011; Żychlińska et al. 2015; Kobielska 2016, S. 162-207). Dessen zentrales Charakteristikum lässt sich am besten – natürlich stark vereinfacht – im Vergleich zu Museen des traditionellen Typs aufzeigen: Während herkömmliche Museen auf eine distanzierte Rezeptionshaltung des Besuchers eingestellt waren, ist das „neue Museum“ darauf ausgerichtet, Erfahrung zu konstruieren (vgl. Ziębińska-Witek 2011, S. 42-51). Diese These soll nachfolgend durch die Analyse einzelner Aspekte der Konzeption und Einrichtung neuer Museen belegt werden. Dazu werden besonders augenfällige Beispiele für bestimmte Präsentationsverfahren in den eingangs genannten Museen besprochen.

Polysensuelle Räume

Die „neuen Museen“ arbeiten mit unterschiedlichen Formen der Ausstellungsbeleuchtung, die semantisch aufgeladen wird und Aufmerksamkeitsgrad, Konzentration und Stimmung der Besucherinnen und Besucher beeinflussen soll. In vielen Fällen wird die Ausstellung in geheimnisvolles Dunkel getaucht, etwa im Dialogzentrum Przełomy, wo die Besucher von einer leuchtenden

Linie auf dem Fußboden von Spotlight zu Spotlight geführt werden. Im Katyn-Museum liegt jedes der mehreren tausend Exponate – in diesem Fall meist kleine Gegenstände, die bei Exhumierungen in den Gräbern der Opfer geborgen wurden – in Vitrinenschränken in einem eigenen Fach und wird von einem eigenen Strahler beleuchtet. Dabei können ganz unterschiedliche Lichtquellen von unterschiedlicher Stärke eingesetzt werden, die jeweils eigene Funktionen erfüllen. Ähnlich verhält es sich mit dem akustischen Design von Ausstellungen. Aus verschiedenen Richtungen können Klänge oder Geräusche bis hin zu reinem Lärm ertönen. Im Museum des Warschauer Aufstands hört man alle zwanzig Minuten ohrenbetäubenden Detonationslärm, den Mittelpunkt der Ausstellung bildet das im Rhythmus von 63 Schlägen pro Minute pulsierende „Monument“, dessen Klang und Vibration den Besucher durch die gesamte Ausstellung begleiten. Die Ausstellung des Schlesischen Museums präsentiert die sich durch die Jahrhunderte entwickelnde „Klanglandschaft“ Schlesiens, in der Gespräche in verschiedenen Sprachen, die Geräusche von Städten und Fabrikmaschinen, Schüsse, Reden, Gesänge und viele andere Klänge nebeneinander koexistieren, oft auch gleichzeitig zu hören sind oder sich überlagern. Ein solches akustisches Design hat vor allem zwei Effekte: Erstens macht es die Ausstellung zu einem Raum, der ergründet werden muss, der sich nicht mit einem Blick erfassen lässt, der aktive Aufmerksamkeit und die sukzessive Identifizierung und Interpretation der akustischen Signale erfordert. Zweitens dient der Einsatz von Dunkelheit und Klängen aber vor allem dazu, Gefühle von Spannung, Unruhe oder sogar von Gefahr zu wecken.

Zu ähnlichen Ergebnissen führt die Analyse der Konzeption des Ausstellungsraums im „neuen Museum“ (die es oft notwendig macht, die Besucher zur Orientierung mit verschiedenen Arten von Karten auszustatten). Das räumliche Ausstellungsdesign folgt, allgemein gesprochen, dem Prinzip der Verkomplizierung, einem von mehreren Verfahren zur Erhöhung der Attraktivität des musealen Raums. Die Struktur des Raums folgt nicht mehr klaren Regeln, er wird mit

verschiedenartigen Elementen gefüllt – keine Rede mehr vom transparenten, minimalistischen *white cube*, den man aus Kunstgalerien und Museen älteren Typs kennt und der volle Konzentration auf die Exponate (und die sie erklärenden Texttafeln) ermöglichen sollte, die an den weißen Wänden die einzigen Punkte waren, die Aufmerksamkeit auf sich zogen. Von Bedeutung ist meist auch das Museumsgebäude als solches, das – mitunter eigens entworfen (wie die auf je eigene Weise spektakulären Bauten des Museums POLIN, des Europäischen Solidarność-Zentrums, des Schlesischen Museums und des Ulma-Museums), in anderen Fällen umgebaut (das Museum des Warschauer Aufstands) – einen signifikanten Rahmen für die Ausstellungen schafft. Relevant sind hier die Architektur des Gebäudes, das Arrangement der Innenräume sowie der Ort, an dem es sich befindet (und der oft in engem Zusammenhang mit dem Hauptthema des Museums steht). Die neuen Ausstellungen können oft geradezu Labyrinth-Charakter annehmen – wie etwa im Schlesischen Museum, in dem der eigentlich recht schlichte Ausstellungsraum durch unterschiedlich angelegte Gänge und Galerien zu einem Parcours wird, auf dem man mehrmals abbiegt, die Richtung wechselt und im Kreis läuft. Freilich sollen die Besucher nicht in die Irre geführt werden: Die Wege durch die Ausstellungen verlaufen zumeist entsprechend der chronologischen Ordnung linear und sind deutlich markiert. Dazu dienen etwa auf dem Boden markierte Zeitachsen wie im Dialogzentrum Przelomy oder an den Wänden hängende Kalenderblätter mit konkreten Daten im Museum des Warschauer Aufstands. Die Ausstellungen sind meist auch in klar unterscheidbare Teile gegliedert – entweder entsprechend der natürlichen Anordnung der Räumlichkeiten und Stockwerke (wie im Museum der Schlesischen Aufstände, wo jeder Raum individuell gestaltet ist) oder aber durch Änderungen in Gestaltung und Einrichtung oder systematisierende Titel. Oft tragen auch besonders markierte semantische Rahmen zur Verständlichkeit bei – Anfänge oder Enden von Ausstellungen sind oft als thematische Klammer oder auf andere Weise so konzipiert, dass sie die grundlegende Aussage der Ausstellung erkennen lassen.

Diese in sich heterogenen Räume enthalten, wie bereits erwähnt, eine Vielzahl von Reizen, die aus verschiedenen, auch unerwarteten Seiten auf den Besucher einwirken, was ihm große Aufmerksamkeit abverlangt und ihn zwingt, seine Wahrnehmung auf den ganzen Raum zu richten, weil es keine klaren Regeln dafür gibt, wo und auf welche Weise signifikante Elemente auftauchen. In allen besprochenen Museen existieren verschiedene Arten von Ausdrucksmitteln nebeneinander: traditionelle Exponate, Bild- und Texttafeln, deren Aufgabe für gewöhnlich darin besteht, die Besucher durch die einzelnen Etappen der Ausstellung zu leiten, Bildschirme mit Filmen oder multimedialen Präsentationen und schließlich eigens entworfene Kulissen. Das Ulma-Museum etwa „führt“ die Besucher, indem es sie dazu bringt, den großen Ausstellungsraum entlang der Wände zu umrunden – anfangs mit Hilfe eher traditioneller Mittel wie klar betitelten Schautafeln, zeitgenössischen Objekten und Fotografien, die durch zahlreiche Audio- und Videoaufnahmen ergänzt werden. Im Zentrum dieses Raumes befindet sich eine phantomhafte, recht asketische Rekonstruktion des Hauses der Familie Ulma aus halbtransparentem weißem Material, die die Anordnung der Zimmer und einige Ausstattungselemente bewahrt. Das Objekt erinnert äußerlich mehr an den „Geist“ dieses Hauses (der ständig im Rücken der Besucher präsent ist), das ja Schauplatz eines Verbrechens und eines heroischen Opfers zugleich war. Im Endeffekt wird dieses Haus zum bewegenden Gravitationszentrum der Ausstellung. Die spezifischen Proportionen und Relationen zwischen Exponaten, Kulissen und informativem Teil einer Ausstellung können somit zu ihrem grundlegenden Konstruktionsprinzip werden.

Trotz der vielfach aufgestellten Behauptung, die neuen, multimedialen und interaktiven Museen könnten ganz auf Exponate oder sonstige Objekte verzichten, setzen viele Ausstellungen immer noch auf die schiere Menge und die Anschaulichkeit von Exponaten und sonstigen Objekten – wie etwa das Europäische Solidarność-Zentrum, in dessen Ausstellungssälen (um nicht zu sagen -hallen) die Besucher durch die Masse an Exponaten fast erdrückt werden (mitunter auch – ganz prosaisch – durch ihre Größe und – weniger prosaisch – ihren

„legendären Gehalt“ wie etwa im Fall von Anna Walentynowiczs Laufkran), oder das Museum POLIN mit einer spektakulären, geradezu blendend farbigen Rekonstruktion der hölzernen Synagoge von Hwisdez (Gwoździec).

Schon diese allgemeine Charakteristik deutet die Bandbreite der Möglichkeiten zur Steuerung der Wahrnehmung der Besucher an; die Vielzahl der verwendeten Medien spricht verschiedene Sinne auf unterschiedliche Art an. Von zentraler Bedeutung bleibt der Blick, doch er wird auf diverse Arten „attackiert“, mitunter sogar geblendet, er muss mit ungünstigen Bedingungen wie unvollständiger oder gar ganz geringer sowie untypischer (etwa farbiger) Beleuchtung zurechtkommen. Viele Ausstellungen verwenden signifikante Farbgebungen (im Museum des Warschauer Aufstands ist etwa der Gang zum Thema Kommunismus in intensivem Rot gehalten); die unterschiedlichen Ausmaße der ausgestellten Objekte erzwingen den Wechsel zwischen Makroskala und nahezu mikroskopischem Blick (wie im Schlesischen Museum, wo man durch die miniaturisierten Fenster der Fassade eines Plattenbaus die Hologramme seiner Bewohner betrachtet); Bilder können auftauchen und verschwinden oder auf andere Weise Anstrengung erfordern. Im Großen und Ganzen ist in keiner der untersuchten Ausstellungen der Raum in visueller Hinsicht neutral oder minimalistisch gestaltet – alle sind visuell intensiv und fordernd, wenngleich die Intensität aus unterschiedlichen Faktoren resultiert.

Ebenso obligatorisch, wenn auch meist eher in zweiter Linie, wird das Gehör angesprochen. Das kann über eine „Tonspur“ geschehen, die sich (diskret oder mitunter ohrenbetäubend) durch die Ausstellung zieht, oft auch durch „punktuelle“ Aufnahmen in Kopfhörern oder einzelnen Lautsprechern (die gelegentlich untypische Formen aufweisen – wie der Pflasterstein, den man sich im Museum des Posener Aufstands – Juni 1956 ans Ohr halten muss), nicht selten natürlich in Verbindung mit Filmen und Videoprojektionen (im Museum der Schlesischen Aufstände wächst vor den Besuchern die Projektion eines Verkäufers aus dem Boden, der sie in expressivem Schlesisch in seinem Laden begrüßt, zu Einkäufen ermuntert und gleichzeitig historisches Wissen

vermittelt). Geruchs- und Geschmackssinn werden kaum angesprochen. Das Berühren von Ausstellungsbestandteilen ist im Gegensatz zu traditionellen Museen überwiegend erlaubt, selten allerdings erforderlich oder besonders aufschlussreich (eine Ausnahme bildet das bereits erwähnte Monument im Museum des Warschauer Aufstands, aus dem Klänge des alten Warschau erklingen, wenn man sich anlehnt, sein Ohr oder seine Hand anlegt). Das Museum des Warschauer Aufstands verschafft den Besuchern auch die intensivste körperliche Erfahrung – sie sind durchgängig den erwähnten Vibrationen ausgesetzt oder können wie die Aufständischen einen der engen und niedrigen Kanäle passieren, zudem beansprucht der unebene Fußboden ihren Gleichgewichtssinn.

Museale Narrationen

Die wichtigsten Sinne, Blick und Gehör, werden in den besprochenen Museen also durch eine Vielzahl von Medien angesprochen: unterschiedliche Arten von Bildern, Karten, Grafiken und Infografiken, Texte, Visualisierungen, Fotografien und Filme, die teils die Autorität authentischer Dokumente besitzen, teils diese Authentizität fingieren. Einen Sonderfall bildet der Einbezug von autonom existierenden und wirkenden kulturellen Produkten wie Filmen und Kunstwerken in eine Ausstellung. Hierin, in der Arbeit mit Techniken der Collage und des Zitats (also in der Verwendung von Auszügen eines anderen Werks), manifestiert sich eindeutig die Absicht des Museums, einen attraktiven Erlebnisraum zu schaffen, für den die Kategorien des Dokumentarischen oder Authentischen nicht mehr konstitutive, sondern nur noch unterstützende Funktion haben. Aus diesem Grund besitzen in der Ausstellung des Museums des Warschauer Aufstands Ausschnitte aus Andrzej Wajdas Spielfilm „Kanal“ und Jerzy Morgensterns Fernsehserie „Die Kolumbusse“ denselben Stellenwert wie zeitgenössische Filmchroniken. Das Dialogzentrum Przelomy wiederum experimentiert in großem Umfang mit visueller Kunst (vgl.

Policht 2017), indem es sowohl Arbeiten von Künstlern aus der Zeit der titelgebenden „Umbrüche“ als auch eigens in Auftrag gegebene Werke in die Ausstellung integriert. Im ersten, dem Zweiten Weltkrieg gewidmeten Raum der unterirdischen Ausstellungsfläche zieht vor allem eine großformatige Arbeit des Grafikers Kobas Laksa die Aufmerksamkeit der Besucher auf sich: eine collageartige, bunte Panoramafotografie aus dem Jahr 2015, für die Laksa Szenen aus den letzten Kriegstagen erneut fotografierte, die von Reenactment-Gruppen nachgestellt wurden. Im weiteren Verlauf der Ausstellung finden sich außerdem Arbeiten von Gegenwartskünstlern wie Robert Kuśmirowski und Tomasz Mróz, aber auch von Henryk Stazewski (aus dem 1950er-Jahren), Edward Dwurnik (aus den 1960er-Jahren) und Xawery Dunikowski (eine Lenin-Büste aus dem Jahr 1949). Auf diese Weise testet das Dialogzentrum Przelomy verschiedene Möglichkeiten der Nutzung von Objekten aus dem Bereich der visuellen Künste, ihrer Deutung und Funktionalisierung nicht nur als Exponat oder Illustration, sondern als Mittel zur Vergegenwärtigung der Vergangenheit. Das Museum erweist sich als „Allesfresser“, es wird zum Raum, der alle Arten von Bedeutungsträgern aus beliebigen Kultur- und Zivilisationskontexten aufnehmen – und produktiv machen – kann.

Alle besprochenen Museen nutzen in kleinerem oder größerem Ausmaß digitale Medien. Die häufigste Form sind Infoboxen, die über ein einfaches Interface zusätzliche Informationen – meist Texte, gelegentlich auch Illustrationen – zu bestimmten Themen bereitstellen. Natürlich erwarten die Ausstellungsmacher nicht, dass die Besucher den gesamten auf diese Weise präsentierten Text rezipieren, vor allem wegen seines Umfangs (die Dauerausstellung des Schlesischen Museums etwa enthält siebenundzwanzig derartige Stationen, von denen jede ein Oberthema und auf mindestens zehn „Unterseiten“ Einzelaspekte dieses Themas behandelt sowie über verschiedene Figuren der Regionalgeschichte). Neben der Bereitstellung von Möglichkeiten zur individuellen „Vertiefung der Ausstellung“ in ausgewählten Bereichen fungieren die Infoboxen gelegentlich auch als eine Art Alibi, indem sie

Vorwürfen vorbeugen, das Museum unterschlage bestimmte Aspekte der von ihm erzählten Geschichte – Interessierte finden sie schließlich in der virtuellen Enzyklopädie. Zweifellos vollzieht sich aber die große Narration einer Ausstellung auf anderen Bahnen; sofern die Relevanz der in den Infoboxen angesprochenen Details nicht auf irgendeine Weise im Hauptteil signalisiert wird, haben sie keinen Einfluss auf den Verlauf und die Aussage der Ausstellung.

Trotz der Verwendung von multimedialen Elementen und der Ermunterung der Besucher zu verschiedenen eigenen Aktivitäten sind die besprochenen Museen nur selten interaktiv in dem Sinne, dass sie die Besucher zu Mitschöpfern der jeweiligen Ausstellung werden lassen (abgesehen von Entscheidungen zur Lenkung der Aufmerksamkeit der Besucher). Interaktivität beschränkt sich meist auf einfache Gesten, deren Funktion darin besteht, die Ausstellung abwechslungsreicher zu machen und Interesse zu wecken (etwa das Aufspüren und Öffnen von Schubladen mit Informationen zu einzelnen Aufständischen im Museum des Warschauer Aufstands, das Blättern in einem virtuellen alten Fotoalbum im Schlesischen Museum und die „Teilnahme“ an einem Referendum im Museum der Schlesischen Aufstände – wobei die Stimmen nirgends gezählt werden). Auch sind die besprochenen Museen nur teilweise in einem engeren Sinne narrativ. Fast alle möchten natürlich eine spannende Geschichte erzählen, doch basieren diese Geschichten selten auf einer (zumindest relativ) kohärenten Fabel mit konkreten Protagonisten, es dominiert die Vogelperspektive, eine sehr allgemeine Sicht (was in vielen Fällen durch die Intention des Museums bedingt ist, etwa im Fall des Museums POLIN, dessen Dauerausstellung eine tausendjährige Geschichte abzudecken versucht). Natürlich erscheinen in allen Ausstellungen konkrete Personen, die aber nicht zu Leitfiguren der gesamten Narration werden. Zeitzeugen sind in Gesprächen präsent, die man anschauen oder anhören kann – mitunter in eigenen Projektionsräumen, gelegentlich auch in eigens arrangierten Kulissen, wie etwa am Beginn der Ausstellung des Museums des Warschauer Aufstands, wo die Besucher

durch ein Telefon mit Zeitzeugen „sprechen“ sollen. Dies ist eine der Ideen dieser Ausstellung, die hohen Wiedererkennungswert und große Popularität erlangten und von anderen Museen übernommen wurden – eine treue Nachbildung findet sich beispielsweise am Ende der Dauerausstellung des Museums der Schlesischen Aufstände.

Am stärksten tendiert wahrscheinlich das Museum der Schlesischen Aufstände zum Primat der Narration. Den Rahmen der Dauerausstellung bildet der Film „Franek“ über das Schicksal eines Jungen und Teilnehmers des dritten Aufstandes, der auch in weiteren Projektionen erscheint; außerdem führt ein „Erzähler“ durch die Ausstellung: der in verschiedenen Projektionen in unterschiedlichen Rollen anzutreffende Schauspieler Zbigniew Stryj aus Zabrze. Ausstellungen, die zeitlich begrenzte Ereignisse behandeln (das Museum des Warschauer Aufstands, das Museum Juni 1956, das Ulma-Museum), haben eher die Möglichkeit, eine durchgängige Narration zu schaffen, doch auch hier spielen narrative Verfahren (wie die kontinuierliche Verknüpfung der aufeinanderfolgenden Elemente, die Dynamisierung ihrer Abfolge, Perspektivwechsel sowie die Funktionalisierung von Daten und Exponaten als Ausgangspunkt für Erzählungen) selten eine konstitutive Rolle. In der Konsequenz ähnelt die Rezeptionserfahrung der Besucher weniger der Lektüre eines Romans oder dem Anschauen eines Films, sondern mehr einem Spaziergang durch eine interessante, abwechslungsreiche Umgebung.

Resümiert man diesen Überblick über die wichtigsten „Ausstellungstechniken“ der besprochenen Museen, so erkennt man, auf welche Weise sie jeweils eine besondere Wirkung erzielen wollen. Mit Hilfe diverser Verfahren werden Räume geschaffen, die sich nicht sofort erschließen, aber auch nicht chaotisch sind, attraktive Räume, die nicht das Gefühl von Verlorenheit hervorrufen, sondern vielmehr Neugier, Aufmerksamkeit und eine gewisse Schärfung der Sinne. Räume, die ausreichend dynamisch und heterogen sind, um zu perzeptiver Anstrengung zu ermuntern, ohne freilich die Besucher zu überfordern (etwa durch allzu weitgehende Interaktionsformen,

körperliche Anstrengung oder unerwartete aufdringliche Reize). Der museale Raum wird von den Besuchern auf verschiedene Arten genutzt, sie vollziehen unterschiedliche Aktivitäten, um die dargebotenen Reize und Informationen vor dem Hintergrund ihres eigenen Erfahrungshorizonts zu verarbeiten. Der Raum wird somit zu einem Instrument, das darauf angelegt ist, eine attraktive museale Erfahrung hervorzubringen. Zugleich ist er Instrument in einem weiteren Sinne: Gerade durch seine Attraktivität soll er die Besucher dazu bringen, sich auf eine bestimmte Weise zu erinnern; er soll eine bestimmte – nützliche, bewegende, bequeme – Version der Erinnerung offerieren und festigen. Die Gemeinsamkeiten dieser Versionen herauszuarbeiten ist natürlich weniger leicht als die hier vorgenommene verallgemeinernde Beschreibung der „Techniken“ ihrer Präsentation. Letztere sind gleichsam die Medien des neuen Museums, die zur Vermittlung der unterschiedlichsten Erinnerungsinhalte eingesetzt werden können. Dennoch sollte sich aufzeigen lassen, welche Ziele sich mit diesen Medien besonders gut oder eben auch schlechter realisieren lassen. Zu ersteren gehören zweifelsohne die Steigerung der Attraktivität des Vergangenheitserlebnisses, die Identifikation mit den Protagonistinnen und Protagonisten historischer Ereignisse und die Fokussierung auf ausgewählte, besonders eindrucksvolle Aspekte der jeweils präsentierten Geschichte.

Erinnerungsdesign

Der Überblick über die besprochenen Museen zeigt auch, dass die Hauptthemen der meisten dieser Einrichtungen in enger Verbindung mit den großen Themen der polnischen Erinnerungskultur stehen. Schlagwortartig gesagt, geht es vor allem um „Kampf“ und „Widerstand“, wodurch die handelnden Figuren meist als „Helden“ oder „Opfer“ (oft auch beides zugleich) erscheinen. Dies gilt nicht nur für Institutionen, die explizit entsprechende Ereignisse der polnischen Geschichte behandeln wie den Warschauer Aufstand, die

Schlesischen Aufstände, den Juni 1956 oder den Krieg. „Museen der Ausnahmesituationen“ sind großenteils auch diejenigen, die versuchen, längere historische Zeiträume zu beschreiben, etwa das gesamte 20. Jahrhundert oder dessen zweite Hälfte – das offensichtlichste Beispiel ist das Stettiner Dialogzentrum Przelomy, dessen Ausstellung seinem Namen gemäß durch die diversen „Umbrüche“ nach 1945 strukturiert ist, womit weitestgehend die großen Proteste gegen das kommunistische Regime gemeint sind. Diese Proteste erscheinen als Fortführung der Tradition des bewaffneten Kampfs und der Aufstände – diese Sichtweise manifestiert sich unter anderem schon im Namen des Museums des Posener Aufstands, das auf diese Weise die Arbeiterproteste des Jahres 1956 gleichsam nobilitiert; die Narration des Museums betont entsprechend die nationale, religiöse und martyrologische Dimension der Ereignisse stärker als soziale oder Klassenaspekte. Die Geschichte erscheint in dieser Perspektive allgemein als Abfolge von Ereignissen mit dem Charakter bewaffneter Erhebungen. In der Folge wird auch friedlicher Widerstand mitunter in militärischen Kategorien beschrieben (das Museum des Warschauer Aufstands etwa ordnet die Solidarność-Bewegung der 1980er-Jahre in die aufständische Tradition ein). Eine charakteristische Folge dieser Darstellungsweise ist die Genderstruktur der besprochenen Ausstellungen; mit dem militärischen Modell geht der Primat des Männlichen einher. In den meisten Geschichtsnarrationen erscheinen Frauen nicht als handelnde Figuren, sondern bis auf wenige Ausnahmen in durch überkommene Erinnerungsmodelle verfestigten „sicheren“ sozialen Rollen (der Verbindungsagentin, Sanitäterin, Mutter, Geliebten oder der schönen Frau als Objekt des Begehrens).

Mit großer Selbstverständlichkeit übernehmen die Dauerausstellungen die Perspektive „wir“, die sich meist rasch als „wir Polen“ entpuppt. Aufschlussreiche Beispiele sind die Grenzfälle der schlesischen Museen, deren Protagonisten gleichsam unter den „Schirm“ des Polentums gestellt werden. Der Auftakt der Ausstellung des Schlesischen Museums ist in dieser Hinsicht noch uneindeutig, doch sobald die Darstellung den Punkt der Herausbildung nationaler

Positionen unter den Bewohnern Schlesiens erreicht, wechselt sie konsequent zur polnischen Perspektive. Das Dokumentationszentrum der Deportationen von Oberschlesiern in die UdSSR in Radzionkovo vermeidet eine eindeutige ethnische Positionierung der Protagonisten, deren Identität überwiegend zumindest partiell deutsch war. Das Museum der Schlesischen Aufstände zeigt die Schlesier konsequent als polnische Aufständische. Die immerhin denkbare Option, die Perspektive der „Anderen“ einzubeziehen – selbst wenn man sie als Gegner oder sogar Feinde darstellen würde –, wird in den besprochenen Museen so gut wie nicht genutzt; die dargebotene Narration schließt die Sicht der Anderen aus, das Fremde lässt sich nur von außen zeigen und beschreiben; ein Blick auf die Wirklichkeit aus der Perspektive des Fremden ist nicht möglich. Die polnische Erinnerung wird somit als homogen konstituiert; die Museen geben also die Modelle des Erinnerns vor, nur selten besteht die Möglichkeit, sie zu prüfen, mit anderen zu vergleichen, aktiv zwischen verschiedenen Sichtweisen zu wählen.

Vor diesem Hintergrund scheint die strategische Aufgabe der untersuchten Museen überwiegend in der Aushandlung dessen zu bestehen, was im Rahmen der polnischen Erinnerungskultur „unsere Geschichte“ ist, eher eine gemeinsame und zentrale, ohne Beachtung und Aufrechterhaltung des Besonderen. Aus Sicht eines solchen Ansatzes besteht der größte Erfolg darin, Elemente in den kulturellen Mainstream einzuführen und dauerhaft zu verankern, die dort vorher nicht so deutlich präsent waren. Hervorragend illustriert das das Museum des Warschauer Aufstands, der Auslöser des im 21. Jahrhundert zu beobachtenden „Aufstands-Booms“, in dessen Rahmen die Geschichte des Warschauer Aufstands zu einem zentralen Bestandteil der gesamtpolnischen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wurde. Eine andere mögliche Relation zwischen dem Erinnerungskern und einem konkreten Museum besteht in der Übernahme und Reproduktion von Erinnerungsmustern, also in der Ausnutzung und zugleich Stärkung ihrer Vitalität. Das scheint das am häufigsten angewandte Verfahren, das sich auf besonders interessante

Weise in der Narration des Museums der Schlesischen Aufstände zeigt, die das „Schlesische“ als modellhaft alle kulturellen und politischen Anforderungen des Polentums erfüllend konstruiert (Kobielska 2015, S. 102-109). Ein gelingendes Aushandeln einer gewissen Besonderheit des durch das Museum geschaffenen semantischen Universums (unter Wahrung des Bezugs auf die Dominanten der polnischen Erinnerung) ist nur in Ausnahmefällen zu beobachten, am deutlichsten noch in der Ausstellung des Schlesischen Museums.

Die Rolle des „Helden“ der dargebotenen Geschichten wird einem bestimmten Konstrukt von „Polen“ und nicht etwa „den Polinnen und Polen“ (Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlicher Ethnien und Nationalitäten) zugewiesen, deren Erzählungen sich als inkohärent, rebellisch, singulär erweisen könnten. Im Rahmen musealer Einrichtungen werden solche individuellen Erzählungen in einer Narration über das Schicksal Polens zusammengeführt, in der sich alle Unterschiede und Konflikte auflösen. Das Museum wird zum Sachwalter des Konstrukts „Polen“, es vermittelt ein positives Bild von diesem Konstrukt und schirmt es gegen Kritik ab. Ein anschauliches Beispiel dafür ist eines der jüngsten Museen, das in Markowa. Auch das Museum der Polen, die Juden gerettet haben, erfüllt die Funktion eines „Sachwalters“, und zwar keineswegs nur im Erinnern an die Familie Ulma. Die polnischen Gerechten unter den Völkern dienen als gesamt-polnisches Alibi: Sie müssen nicht nur als Gegengewicht zur Narration von der polnischen Mitverantwortung an der Shoah herhalten (deren Symbol der „Fall Jedwabne“ ist), sondern sollen sie vielmehr verdecken, die Auseinandersetzung mit ihr als unmoralisch und beleidigend für die Erinnerung an die heroischen Märtyrer aus Markowa (und viele andere) erscheinen lassen. Die Traumata der Vergangenheit erscheinen selten in einer Weise, die sich als Aufarbeitung bezeichnen ließe, sofern man nicht behaupten möchte, Selbstaffirmation – die Dominante der polnischen Erinnerungskultur – sei eine Form von Aufarbeitung.

Allem Anschein nach ist das Museum des Warschauer Aufstands, das vor rund dreizehn Jahren als erste Einrichtung in Polen das Potenzial

des „neuen Museums“ mit geschichtlicher Thematik aufzeigte, immer noch das eindrucklichste Beispiel für diese Strömung und erweist sich sogar als deren Modell. Paradigmatisch ist sowohl der polysensuelle Raum dieses Museums (einschließlich konkreter Lösungen, die von anderen Ausstellungen kopiert werden), als auch die Erinnerungspolitik, als deren Medium dieser Raum fungiert, und deren unzweifelhafter Erfolg den Horizont der Ambitionen der neuen Museen markiert. Als narrative Gegenentwürfe zu diesem Paradigma kommen vor allem Museen in Frage, die eine andere Relation zwischen Polentum und dem vorgegebenen Subjekt der Ausstellung anbieten, das heißt in erster Linie das Museum der Geschichte der Polnischen Juden, POLIN. Genauer zu untersuchen wären auch Museen, die verstärkt das „Lokale“ oder „Regionale“ erforschen und infolgedessen die behandelten Themen anders gewichten – in erster Linie das Schlesische Museum, eventuell auch das Dialogzentrum Przelomy. In all diesen Fällen ist die Situation aber recht kompliziert; die Ausstellungen der genannten Museen betreiben auf je spezifische Art gleichsam Verhandlungen mit dem dominanten Modell des historischen Museums und den Hauptlinien der polnischen Erinnerungskultur, in denen potenzielle Konflikte meist abgemildert werden.

Das Museum als geschichtspolitisches Instrument

Anhand der bisherigen Ausführungen lässt sich feststellen, dass die besprochenen Museen als wichtige Instrumente im Dienste bestimmter Geschichts- und Erinnerungspolitik eine fundamentale Rolle für die Gestaltung des historischen Bewusstseins im gegenwärtigen Polen spielen. Eine genaue Analyse dieses Phänomens ist im Rahmen dieses Artikels nicht zu leisten, doch seien abschließend noch einige wesentliche Aspekte ihrer Funktionsweise erwähnt. Als Kulturinstitutionen unterstehen die besprochenen Museen überwiegend entweder kommunalen Behörden (das Museum des Warschauer Aufstands etwa der Stadt Warschau) oder zentralen staatlichen Stellen

(das im Entstehen begriffene Museum der Geschichte Polens etwa dem Minister für Kultur und Nationales Erbe). Es gibt auch komplexere Konstellationen, in denen ein Museum sowohl kommunaler bzw. regionaler als auch staatlicher Aufsicht unterliegt: So wird das Schlesische Museum als Kulturorganisation gemeinsam von der Woiwodschaft Schlesien und vom Ministerium für Kultur und Nationales Erbe geleitet. Diese Akteure können versuchen (wenngleich sie das nicht immer tun), die Museen für die von ihnen betriebenen Geschichtspolitiken zu instrumentalisieren. Wenn die geschichtspolitischen Vorstellungen zwischen kommunaler und staatlicher Ebene differieren oder sich nach Regierungswechseln ändern, kann das zu gravierenden Problemen führen. Ein prominentes Beispiel ist das in Entstehung befindliche Museum des Zweiten Weltkriegs, einer staatlichen Einrichtung unter der Aufsicht des Kulturministers. Das Museum wurde 2008 in der Regierungszeit der liberalkonservativen Bürgerplattform ins Leben gerufen, doch noch vor der für 2017 vorgesehenen und auch erfolgten Eröffnung kam es zu einem Regierungswechsel. Die aktuelle Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit kritisiert die Konzeption der Dauerausstellung und hat unmittelbar nach der Eröffnung die Museumsdirektion ausgewechselt; problematisch ist nach Aussage des gegenwärtigen Kulturministers der „universalistische“ Ansatz der Ausstellung, die sich seiner Auffassung nach auf die Darstellung des „polnischen Standpunkts“ konzentrieren sollte (Gliński 2016).

Ohne die Überzeugungskraft konkreter musealer Narrationen abwerten zu wollen, die durchaus in der Lage sind, bestimmte Geschichtsbilder zu etablieren oder zu verfestigen, möchte ich zum Schluss noch auf eine allgemeine Konsequenz im Bereich der Erinnerungspolitik aufmerksam machen. Der polnische Museumsboom hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Vergangenheit immer selbstverständlicher als wichtiger, ja entscheidender Faktor der Gegenwart wahrgenommen wird. Das Museum prägt die Bedeutung der Vergangenheit an sich und die der von ihm behandelten konkreten Aspekte. Nach dem Prinzip der Rückkopplung erhöht es die Relevanz

der Gründe, die einst zu seiner Entstehung führten. Die Vergangenheit wird zu „unserem Land“, zum selbstverständlichen Kontext der Gegenwartskultur und -politik, zum Reservoir von Werten und Modellen. Aus diesem Grunde betrifft die oben aufgezeigte homogene Nicht-Dialogizität der meisten Museen als effektiver (und politischer) Institutionen des Erinnerns nicht nur das durch sie geprägte und vermittelte Verständnis der Vergangenheit. Nur selten begegnet man heute Ausstellungsräumen, die mit Robert Traba agonistisch – das heißt inklusiv, aber offen für Kontroversen (vgl. Traba 2015, S. 138-139)² – genannt werden könnten und weder einen vermeintlichen Konsens fingieren noch eine vorab festgelegte Sicht umsetzen. Dabei könnten gerade sie Instrumente bereitstellen, die uns helfen könnten, uns in der sich unablässig wandelnden Wirklichkeit unserer auf Pluralismus und Demokratie gründenden Gegenwart zurechtzufinden.

LITERATUR

Bogumił, Zuzanna: Miejsce pamięci versus symulacja przeszłości: druga wojna światowa na wystawach historycznych [Platz für Erinnerung versus Simulation der Vergangenheit: der Zweite Weltkrieg auf historischen Ausstellungen], in: „Kultura i Społeczeństwo“ [Kultur und Gesellschaft] 4/2011, S. 149-170.

Gliński, Piotr: Redebeitrag während der Sejmsitzung, 11.05.2016, http://www.sejm.gov.pl/Sejm8.nsf/wypowiedz.xsp?posiedzenie=18&dzien=1&wyp=27&symbol=RWYSTAPIENIA_WYP&id=101 (05.01.2017).

Kobielska, Maria: Czy powstanie może być śląskie? Śląski boom muzealny a polska kultura pamięci [Kann ein Aufstand schlesisch sein? Der schlesische Museumsboom und die polnische Erinnerungskultur], in: „Didaskalia“ 2015, Nr. 127/128.

Kobielska, Maria: Polska kultura pamięci: dominanty. Zbrodnia katyńska, powstanie warszawskie i stan wojenny [Polnische Erinnerungskultur: Dominanten. Die Verbrechen in Katyn, Warschauer Aufstand und Kriegszustand], Warszawa 2016.

Policht, Piotr: Dobra zmiana? O Centrum Dialogu Przelomy w Szczecinie [Guter Wandel? Über das Dialogzentrum Umbrüche in Stettin], 23.02.2016, <http://>

² Traba schreibt hier über den Raum des Schlesischen Museums.

magazynszum.pl/krytyka/dobra-zmiana-o-centrum-dialogu-przelomy-w-szczecinie (05.01.2017).

Traba, Robert: „Przeszłość to obcy kraj“: dialogi pamięci z historią [„Vergangenheit ist ein fremdes Land“: Dialoge der Erinnerung mit der Geschichte], in: „Przegląd Polityczny“ 131/2015.

Ziębińska-Witek, Anna: Historia w muzeach. Studium ekspozycji Holokaustu [Geschichte in Museen. Eine Untersuchung der Ausstellungen des Holocausts], Lublin 2011.

Żychlińska, Monika/Fontana, Erica: Museal Games and Emotional Truths: Creating Polish National Identity at the Warsaw Rising Museum, 11.05.2015, <http://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/0888325414566198> (19.10.2017).

Der Überfall auf Polen in deutschen Schulgeschichtsbüchern seit 1949

JULIA REUSCHENBACH, SANDRA MÜLLER

Laut einer Studie aus dem Jahr 2011 assoziieren 34 Prozent der polnischen Bevölkerung die Deutschen mit Besatzung und Invasion (vgl. Sus 2011, S. 430). Die Erinnerung an den deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 ist dort in der öffentlichen und privaten Erinnerungskultur sehr präsent, er wird „als Jahrestag des Kriegsausbruchs alljährlich groß inszeniert“ (Loew 2008, S. 88). Auch in polnischen Schulbüchern nimmt der Zweite Weltkrieg mit seinem Beginn und seinen schrecklichen Auswirkungen für die polnische Bevölkerung breiten Raum ein. Wie genau der Zweite Weltkrieg in polnischen Schulbüchern dargestellt wird, hat Krzysztof Ruchniewicz ausführlich gezeigt (Ruchniewicz 2008). Der vorliegende Beitrag möchte sich vor diesem Hintergrund mit der Darstellung des deutschen Überfalls auf Polen am 1. September 1939 in einer Auswahl von deutschen Schulgeschichtsbüchern beschäftigen.

Für den Umgang mit der NS-Vergangenheit (auch in Schulgeschichtsbüchern) werden in der Forschung unterschiedliche Phasen beschrieben, die sich verkürzt auf den Dreiklang Verschweigen der Vergangenheit – zögerliche Aufarbeitung – aktiver Umgang mit

der Vergangenheit subsumieren lassen.¹ Es soll untersucht werden, ob sich diese Entwicklungen auch auf die Darstellung des Überfalls auf Polen ausgewirkt haben. Die Betrachtung erfolgt in einer diachronen und einer synchron-vergleichenden Perspektive der Darstellung in Schulgeschichtsbüchern der Bundesrepublik von 1949 bis heute. Betrachtungsparameter sind dabei, neben quantitativen Aspekten wie totalem und relationalem Umfang, die Einbettung des Themas in einen größeren Zusammenhang, die Bezeichnung des Ereignisses und die Kontextualisierung mit Quellen und Aufgaben. Dazu wurden aus jedem Jahrzehnt seit 1950 drei bis vier Schulbücher ausgewählt. Kriterien für deren Auswahl waren die Zulassung in möglichst vielen Bundesländern, eine möglichst breite Abbildung des jeweiligen Jahrzehnts und eine gleichmäßige Verteilung der herausgebenden Verlage.

Grundlagen der Analyse

Einen ersten Untersuchungsansatz zum Thema hat Yangmo Ku geliefert, der „positive changes to the descriptions of Poland and German-Polish relations in German history textbooks“ (Ku 2010, S. 75) für die 1970er- und 1980er-Jahre festhält, welche er auf die neue Situation der Beziehungen der Bundesrepublik zu Polen und zur Sowjetunion durch Willy Brandts Ostpolitik sowie die dadurch mögliche Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission zurückführt. Über den Einfluss dieser Schulbuchkommission hält Ku fest: „The development of the Recommendations [der deutsch-polnischen Schulbuchkommission, A. d. Verf.] played a key role in altering the content of German history textbooks“ (ebd., S. 86). Dieser Befund soll später auf Basis der Darstellungen in den Schulgeschichtsbüchern genauer untersucht werden. Die Bedeutung der deutsch-polnischen Schulbuchkommission betont auch Robert Maier, der jedoch zu bedenken gibt, dass die Empfehlungen der Kommission von 1976 spätestens

¹ So etwa Tomasz Kranz: „Die Periode, in der die NS-Vergangenheit verschwiegen wurde (1945-1959), die Etappe einer passiven Perzeption (1960-1979) und die Phase eines aktiven Umgangs mit der NS-Geschichte (ab 1980), in: Kranz 1998, S. 14.

seit 1989/90 nicht mehr aktuell seien und dass sie schon kurz nach ihrer erstmaligen Veröffentlichung von beiden Seiten kritisiert worden seien (Maier 2003, S. 403).² 2001 veröffentlichte die Kommission eine Lehrerhandreichung „Deutschland und Polen im 20. Jahrhundert“, und 2008 nahm man die Arbeiten an einem deutsch-polnischen Geschichtsbuch auf, dessen erster von drei geplanten Bänden 2016 vorgelegt wurde (Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission 2016). Einen zweiten, leider jedoch recht kurzen Ansatz liefert Robert Maier mit einer Betrachtung aktueller Schulbücher der Sekundarstufe I, in der er drei zentrale Motive im Hinblick auf die Darstellung Polens im Zweiten Weltkrieg benannt hat: 1. Polen als das „Land, gegen das sich die nationalsozialistische Aggression vornehmlich richtete“ (Maier 2014), 2. den Überfall auf Polen als unmittelbaren Moment des Kriegsbeginns, 3. das deutsche Besatzungsregime in Polen. Es kann an dieser Stelle bereits vorweggenommen werden, dass alle Motive auch in den Geschichtsbüchern der Sekundarstufe II auftauchen, dies jedoch in erheblich unterschiedlichem Umfang.

Die Bezeichnung für die Ereignisse vom 1. September 1939 in deutschen Schulbüchern

Stefanie Zloch hat für den „Hitler-Stalin-Pakt“ ein sehr heterogenes Bezeichnungsspektrum in Geschichtsbüchern herausgearbeitet (Zloch 2015). Ein solcher Befund zeigt sich auch für die Ereignisse vom 1. September 1939. Das Spektrum reicht dabei von den sachlichen Bezeichnungen „Der Kriegsbeginn“ (Hoffmann 1971, S. 111) und „Der Krieg in Polen“ (Pelzer 1973, S. 78) bzw. „Der Krieg gegen Polen“ (Heinloth 1994, S. 189) über „Die Entfesselung des Krieges“ (Ebeling/Birkenfeld 1981, S. 175), „Die militärische Niederwerfung Polens“ (Kaiser 1974, S. 200) hin zu „Der Überfall auf Polen“ (1964,

² So boten beispielsweise die darin enthaltenen „Kompromissformulierungen“ Ansatzpunkte für Kritik aus der Bundesrepublik, die Zusammenarbeit mit dem „Klassenfeind“ dagegen war Gegenstand der Kritik aus Polen. Vgl. Maier 2003.

1966, 1972) und „Der (deutsche) Angriff auf Polen“ (Hug 1979, S. 154) (1952, 1954, 1979, 1988). Einige Bücher nehmen eine stärkere Einbeziehung der Sowjetunion vor, wie etwa „Polen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion“ (Cornelißen 1988, S. 108). Zugleich tauchen problematische Titulierungen wie „Die siegreichen Feldzüge im Osten“ (Dittrich 1967, S. 250) auf, die jedoch eindeutig in der Minderheit sind. Sehr häufig ist die Bezeichnung „Angriff auf Polen“ mit fünf Belegen.³ Betrachtet man die Lexik der vorhandenen Bezeichnungen, so erkennt man, dass schon in der Überschrift häufig eine eigene Deutung transportiert wird, die insbesondere das Thema Schuld betrifft. So wird mit Bezeichnungen wie „Angriff“ oder „Überfall“ die deutsche Schuld sowie die Verletzung einer vorher geltenden Grenze klar kommuniziert. Auffällig ist dabei, dass die eindeutige Formulierung „Angriff auf Polen“ durchgängig in allen Jahrzehnten der Nachkriegsgeschichte in den hier besprochenen Büchern zu finden ist. Im Folgenden wird gezeigt, dass sich unter dieser und anderen Überschriften allerdings zumeist sehr unterschiedliche inhaltliche Ausführungen finden, die in den meisten Fällen den eigentlichen Angriff auf Polen vom 1. September 1939 nur sehr kurz thematisieren.

Die Veränderung des Polenbilds in deutschen Schulbüchern

Schulbücher aus den 1950er-Jahren

Das älteste hier behandelte Schulbuch „Mein Geschichtsbuch. Wir und die Welt“ stammt aus dem Jahr 1950. Der Zweite Weltkrieg wird darin auf nur knapp fünf Seiten behandelt. Die Darstellung des Überfalls auf Polen und des Beginns des Zweiten Weltkriegs erfolgt dabei folgendermaßen:

³ Es handelt sich um folgende Schulbücher: Schütte 1952; Steinacker 1954; Scherl 1964; Hug 1979 sowie Cornelißen 1988.

Nun stellte Hitler an Polen die Forderung, den Korridor zurückzugeben. Die Lage verschärfte sich. Vergebens suchte wieder England den Frieden zu erhalten, auch Italien machte einen Vermittlungsversuch. Umsonst! Deutschland schlug gegen Polen los. England und Frankreich hielten ihre Bündnisverpflichtungen gegenüber Polen aufrecht. Der zweite Weltkrieg war da (Graff 1950, S. 201).

Dieser knappen Schilderung folgt jedoch nicht – wie in anderen Schulbüchern – der weitere Verlauf des Zweiten Weltkrieges, sondern zunächst ein fast zweiseitiger Exkurs über den „Kampf Gandhis um die Freiheit und Unabhängigkeit Indiens“ (ebd.). Anschließend wird die Darstellung des Verlaufs des Zweiten Weltkrieges unter der Überschrift „Wer Wind sät, wird Sturm ernten“ (ebd., S. 203)⁴ fortgesetzt, wobei Polen nur sehr kurz erwähnt wird: „Polen wurde von der deutschen Wehrmacht überrannt. Sowjetrußland [sic!] besetzte die östlichen Teile Polens“ (ebd.). In einem zweiten Schulbuch aus dem Jahr 1954 ist die Darstellung etwas ausführlicher, der Überfall auf Polen wird in zwei Kontexten erwähnt. Zunächst werden Polen und der Kriegsausbruch im Zusammenhang mit dem „Hitler-Stalin-Pakt“ erwähnt, wobei auch der Beistandspakt zwischen England und Polen zur Sprache kommt (Steinacker 1954, S. 76). Der zweite Kontext ist die militärgeschichtlich geprägte Narration über die „Niederlage Polens“ (ebd., S. 79) unter der Zwischenüberschrift „Der Verlauf des zweiten Weltkrieges“ (ebd., S. 78). Dieser wird eine Betrachtung über „Strategie und Waffen“ (ebd.) vorangestellt, wobei ein Vergleich zum Ersten Weltkrieg gezogen wird. In dem Abschnitt über den Überfall auf Polen wird vor allem darauf verwiesen, welche Gebiete erobert wurden, wobei durch die Formulierung „Deutschland nahm sich die bis 1918 deutschen Gebiete von Posen und Westpommern“⁵ (ebd., S. 79) erneut ein Bezug zum Ersten Weltkrieg hergestellt wird. Außerdem wird der Einmarsch der sowjetischen Armee in Polen angesprochen:

⁴ Die Kapitelüberschrift ist eine Redewendung, die auf die Bibel zurückgeht.

⁵ Richtig müsste es heißen: Westpreußen (Anm. des Herausgebers).

Auf Grund geheimer Abmachungen zwischen Deutschland und Rußland rückten sowjetische Armeen in Ostpolen ein und besetzten die baltischen Staaten, die im Sommer 1940 der Sowjetunion einverleibt wurden (ebd.).

Die Schilderung des Überfalls auf Polen nimmt hier insgesamt elf Zeilen ein und wird weder mit Quellen noch mit Bildern oder Aufgabenstellungen ergänzt. Als problematisch muss bei dieser Darstellung „Deutschland nahm sich ...“ gesehen werden, die im Verständnis von Schülerinnen und Schülern durchaus ein Recht auf diese Gebiete suggerieren kann. Das Schulbuch für Realschulen „Geschichte unserer Zeit“ von Ruprecht Steinacker von 1954 thematisiert den Zweiten Weltkrieg auf rund 16 Seiten, „die Niederlage Polens“ nimmt dabei elf Zeilen ein (Steinacker 1954, S. 79). Das dritte Schulbuch thematisiert die Geschehnisse des Zweiten Weltkrieges auf 15 Seiten, wovon fünf die diplomatischen Verwicklungen 1939 behandeln (Schütte 1952, S. 130-145), unter anderem die Verhandlungen mit Polen über den sogenannten Korridor, den „deutsch-sowjetische[n] Vertrag“ (ebd., S. 132) sowie die deutsch-englischen Verhandlungen kurz vor Kriegsausbruch (ebd., S. 133). Der Beginn des Krieges mit dem Überfall auf Polen wird ebenfalls differenziert und detailliert dargestellt und bewertet:

Unsicher und immer noch hoffend, die Westmächte würden nicht den Entschluß zur militärischen Gegenaktion finden, gab Hitler am Nachmittag des 31. August 1939 den Befehl, Polen anzugreifen. Am Abend verbreitete der deutsche Rundfunk die Nachricht, Polen habe alle deutschen Vorschläge abgelehnt. Aber auch damit vermochte Hitler in den Massen des Volkes keine Kriegsbegeisterung zu erregen. In der Frühe des 1. September 1939 marschierten die deutschen Armeen nach Polen, sodann in viele Länder,

zuletzt in den Untergang. Die unkontrollierte Macht des einen Mannes hatte das Unheil bewirkt (ebd., S. 134).

Insbesondere die letzten beiden Sätze enthalten eine eindeutige Bewertung der Ereignisse. Des Weiteren wird auch der Einmarsch der Sowjetunion in Polen thematisiert:

Am 18. [sic!] September 1939 marschierte die Rote Armee in Polen ein, um in einem Akt politischer Räuberei die Rußland von Hitler zugesprochene Beute zu erwerben. Polen erlebte seine fünfte Teilung (ebd., S. 135).

Diese fünfte Teilung scheint dabei eine fehlerhafte Angabe zu sein, da es sich eigentlich um die vierte Teilung handelte.

Alle drei Schulbücher sprechen den Holocaust – wenn auch nicht unter diesem Begriff – an, thematisieren ihn aber nur kurz. So schreibt das Schulgeschichtsbuch aus dem Jahr 1952:

Im November 1938 kam es zu Judenverfolgungen, die in besonderem Maße die Welt erbitterten. Die USA zogen angesichts der Untaten ihren Botschafter aus Berlin zurück. Alle Synagogen – Gotteshäuser! – wurden in Brand gesteckt, alle jüdischen Geschäfte geschlossen, 600.000 Menschen dem Elend und bald den Vernichtungslagern ausgeliefert (ebd. S. 116).

Ein zweites Schulbuch von 1954 schreibt zwar etwa eine halbe Seite über die Behandlung der Juden im Nationalsozialismus, über den Holocaust aber noch verkürzter:

Diese „Kristallnacht“ war der Anfang des Leidensweges der deutschen Juden, der während des Zweiten Weltkrieges in den Gaskammern der Vernichtungslager endete. Um die Öffentlichkeit nicht zu erschrecken, wurden die Vernichtungsaktionen als Verschickung in Arbeitslager getarnt [...] Was mit den Juden in Wirklichkeit geschehen war, erfuhren die Deutschen erst nach Beendigung des Krieges (Steinacker 1954, S. 61).

Im Zusammenhang mit Polen werden der Holocaust und andere Kriegsverbrechen dagegen nicht thematisiert. Auch die vermeintliche Unkenntnis der deutschen Bevölkerung über den Holocaust entspricht zeitgemäßen Narrationen der bundesrepublikanischen Bevölkerung (vgl. Longerich 2006). Tomasz Kranz sieht den Grund für die Art der Thematisierung, auch der kurzen Abhandlung Polens, als eine Art „Spielball der Mächte“, u. a. in der durch die Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg geprägten Wahrnehmung: „In der Bundesrepublik der fünfziger und frühen sechziger Jahre wurde Polen vor allem durch das Prisma der Vertreibung und den Verlust der deutschen Ostgebiete wahrgenommen“ (Olschowsky 2005, S. 29). Daneben hat Tomasz Kranz herausgearbeitet, dass der Antikommunismus des Westens einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, vor allem im Hinblick auf Polen, „als ein Bestandteil des ideologischen Feindbildes“ (Kranz 1998, S. 17) im Weg stand. Diese spezielle Gemengelage aus Verdrängung und Antipathie gegenüber Polen, nicht nur innerhalb der Bevölkerung, sondern auch in der Haltung der Politiker, kann zumindest als mitausschlaggebend für die Darstellung Polens in den Schulgeschichtsbüchern betrachtet werden. Hinzu kommt eine starke militärgeschichtliche Darstellung, die für alle bisher aufgeführten Bücher charakteristisch ist.

Die 1960er- und 1970er-Jahre

Im Vergleich zu den Schulgeschichtsbüchern der 1950er-Jahre ist die Darstellung des Zweiten Weltkrieges in denen der 1960er-Jahre differenzierter und detaillierter. In Bezug auf den Überfall auf Polen lässt sich insbesondere an den hier ausgewählten Büchern die Divergenz der Begrifflichkeit verdeutlichen. In vier Schulbüchern aus den Jahren 1961 bis 1967 stehen nebeneinander die Bezeichnungen „Überfall auf Polen“ (Scherl 1964, S. 109), „Der Anlaß [sic!] des Zweiten Weltkrieges“ (Busch/Hillgruber 1961, S. 63), „Der Angriff auf Polen“ (Geschichte für Realschulen 1966, S. 68) sowie „Der polnische Feldzug“ (Dittrich 1967, S. 250). Als zu problematisierendes Beispiel ist insbesondere die letzte Bezeichnung aus einem Buch für die Oberstufe hervorzuheben, die unter der Kapitelüberschrift „Die siegreichen deutschen Feldzüge 1939 bis 1941“ (ebd.) angeführt wird. Die Konnotation der Bezeichnung legt die Unrechtmäßigkeit des Angriffs und die Aggressivität des Deutschen Reiches nicht offen. Im Gegenteil, durch den Titel des Kapitels könnte bei Schülerinnen und Schülern eine positive Konnotation hervorgerufen werden. Der zugehörige Text umfasst eine knappe halbe Seite und thematisiert den Überfall auf Polen aus militärhistorischer Perspektive. Im Fokus steht dabei nicht Polen, sondern die militärischen Aktionen Deutschlands und der Sowjetunion. Im Zuge der Besatzungspolitik wird lediglich die Sowjetunion als Aggressor dargestellt, während Deutschland dagegen in ein positiveres Licht gerückt wird:

Hunderttausende der Einwohner, vor allem Geistliche und Intellektuelle, wurden ins Innere der Sowjetunion deportiert. Die Baltendeutschen waren vorher von Hitler in das Wartheland umgesiedelt worden (ebd.).

Ein solches Bild vom Beginn des Zweiten Weltkrieges findet sich jedoch nicht in allen Schulbüchern der 1960er-Jahre. Ein Geschichtsbuch

für Realschulen stellt den Überfall auf Polen sowie dessen diplomatische Vorgeschichte in zwei Kapiteln dar, einmal unter der Überschrift „Die polnische Frage und der Ausbruch des zweiten Weltkrieges“ (Geschichte für Realschulen 1966, S. 57) und ein zweites weiteres Mal unter „Der Polenfeldzug und die russischen Eroberungen im Baltikum“ (ebd., S. 68). Beim ersten Kapitel wird dargelegt, dass der Pakt zwischen Hitler und Stalin aufgrund der ideologischen Gegensätze eine Überraschung für die anderen Mächte dargestellt habe. Unterstützt wird diese Darstellung durch die Fotografie von Ribbentrop und Molotow bei der Unterzeichnung des Vertrages. Außerdem wird der britisch-polnische Beistandspakt angesprochen. Durch ein Zitat aus Chamberlains Rede vom 30. März 1939, in der er die Unterstützung für Polen verkündet (ebd., S. 57), wird der Fokus auf England als Beschützermacht gelegt, während Polen dagegen schwach und als wenig souveräner Staat erscheint. Diese Deutung Polens wird durch die Beschreibung des „Hitler-Stalin-Paktes“, in der Polen lediglich als Raum erscheint, in dem die Vertragspartner „nach altem imperialistischem Brauch ihre Interessenssphären“ (ebd., S. 58) absteckten, verstärkt. Der zweite Abschnitt, zehn Seiten später, setzt den Überfall auf Polen durch einen Verweis auf das „Hoßbach-Protokoll“ und den Rückverweis auf den „Pakt mit Rußland“ (ebd., S. 68) in einen ideologischen wie diplomatischen Kontext. Überraschend ist dagegen folgender Teil des Textes: „Hitler sprach den Polen jedes Recht auf ein politisches und kulturelles Eigenleben ab. Kein Pole sollte künftig über die Volksschule hinauskommen. Die eingesetzte SS und Polizei begannen mit der Ausrottung der geistigen Führungsschicht und der Juden, obwohl etliche Generale dagegen protestierten“ (ebd.). Obwohl die Darstellung wenig ausführlich ist, taucht hier erstmalig ein Verweis auf die Lebensumstände der polnischen Bevölkerung unter deutscher Besatzung und den Holocaust auf. Ein drittes Schulbuch, allerdings nur für den Gebrauch in Bayern gedacht, weist zwei weitere neue Elemente auf. Es wird auf den „Mißbrauch der gleichgeschalteten Presse“ (Scherl 1964, S. 101f.) für die propagandistische Vorbereitung des Krieges hingewiesen. Daneben

findet sich der ausführliche Hinweis: „Als Anlaß für den Angriff diente ein angeblicher Überfall der Polen auf den Sender Gleiwitz“ (ebd., S. 116). Der von Wehrmachtssoldaten in polnischer Uniform vorgetäuschte Überfall auf den Sender im oberschlesischen Gleiwitz, der den fingierten Anlass für den Einmarsch in Polen bot, taucht in anderen Schulgeschichtsbüchern, sowohl früher als auch später, nur selten bis gar nicht auf. Stattdessen werden die Ereignisse vom 1. September 1939 lediglich unter dem Begriff „Überfall auf Polen“ aufgeführt, die Ereignisse selbst werden nicht beschrieben. Das vorliegende Schulbuch von 1964 deutet den deutschen Überfall als „Betrug, der zugleich einen Völkerrechtsbruch darstellte“ (ebd.). Eine solch klare Formulierung des Unrechts findet sich in anderen Schulbüchern dieser Zeit selten, die Bewertung der Ereignisse erfolgt insgesamt weniger eindeutig und zumeist nicht aus völkerrechtlicher Perspektive.

Für die Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges in der Bundesrepublik sind die 1960er-Jahre mit den Auschwitz-Prozessen, dem Eichmann-Prozess sowie der 68er-Bewegung eine wichtige Umbruchphase (Kranz 1998, S. 17f.). Diese sich intensivierende Aufarbeitung hat jedoch wenig Einfluss auf die Darstellung des 1. September 1939 in deutschen Schulgeschichtsbüchern. In einem Buch aus dem Jahr 1974⁶ zeigt sich überdies eine deutlich antisowjetische Haltung, die die parallel begonnene „Entspannungspolitik“ noch nicht wiedergibt. In dem knapp eine Seite umfassenden Abschnitt über „Die Zertrümmerung Polens und de[n] Beginn der sowjetischen Machterweiterung“ (Kaiser 1974, S. 200) wird vor allem die Sowjetunion als Aggressor dargestellt und weniger Deutschland: „Das Verhängnis Polens wurde vollendet durch den Entschluß [sic!] der Russen, in das ihnen überlassene Interessengebiet einzumarschieren“ (ebd.). Es wird zwar die „Welle von Verhaftungen und Verschleppungen“ (ebd., S. 201) angesprochen, durch die die deutschen Besatzer die polnische Führungsschicht ausgeschaltet hatten, jedoch wird dies kontrastiert mit der Beschreibung des Massakers von Katyn 1940, das durch sowjetische Truppen verübt worden war. Die Benennung gerade dieses Kriegsverbrechens ist bemerkenswert,

⁶ Dies ist die 5. Auflage des Buches, die Erstfassung stammt aus dem Jahr 1968.

da Katyn „im polnischen kollektiven Gedächtnis jahrzehntelang ein Symbol für das Martyrium im Osten“ (Ruchniewicz 2008, S. 298) war. Diese Schilderungen sind in Büchern der 1950/60er-Jahre sehr selten. Daneben überrascht die drastische Wortwahl der „Zertrümmerung Polens“.

In einem Schulbuch aus den 1970er-Jahren findet sich zum ersten Mal eine Karikatur aus dem britischen „Evening Standard“ vom 20. September 1939.⁷ Sie zeigt Hitler und Stalin, einander gegenüberstehend und sich mit den Worten begrüßend, „Der Abschaum der Menschheit, wenn ich nicht irre?“, so Hitler zu Stalin, „Der blutige Mörder der Arbeiterklasse, wie ich annehme?“ (Stalin). Zwischen ihnen liegt auf dem Boden eine tote Person, die Polen darstellt. Diese Karikatur gehört ab den 1970er-Jahren zu einem sich stetig festigenden Kanon von Quellen, die im Zusammenhang mit dem „Hitler-Stalin-Pakt“ und dem Überfall auf Polen immer wieder auftauchen.

Die 1980er-Jahre

Der Überfall auf Polen als „Entfesselung des Krieges“ (Ebeling/ Birkenfeld 1981, S. 175) wird in dem Schulbuch „Die Reise in die Vergangenheit“ von 1981 vergleichsweise kurz, in nur elf Zeilen thematisiert, wobei der Fokus auf den Akteuren Deutschland, Frankreich und England liegt. Polen selbst wird nur in zwei Sätzen direkt aufgegriffen: „Am 31. August 1939 erteilte Adolf Hitler den Befehl zum Angriff. Am 1. September 1939, morgens 4.45 Uhr, marschierten die deutschen Armeen in Polen ein“ (ebd.).

Ausführlicher werden Polen als besetztes Gebiet unter SS-Herrschaft sowie der Widerstand im Land thematisiert:

In Polen bildete sich eine starke Untergrundbewegung mit einer 350.000 Mann umfassenden geheimen Armee, mit

⁷ Die Schulbücher machen unterschiedliche Angaben zur Datierung. Wahrscheinlich ist die Angabe „20. September 1939“, d. h. drei Tage nach dem sowjetischen Einmarsch in Polen. Siehe dazu: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/200074/der-krieg-in-europa?type=galerie&show=image&i=204158> (26.02.2017).

Schulen und Gerichten. Ihr Aufstand in Warschau (August 1944) konnte erst nach zwei Monaten von den Deutschen niedergeworfen werden. Warschau wurde danach auf Befehl Hitlers zerstört. – Vorher schon (April 1943) hatten sich im Warschauer Ghetto die zusammengepferchten, zur Vernichtung bestimmten Juden in einem Verzweiflungskampf erhoben (ebd., S. 183).

Hier wird die SS-Herrschaft in Polen außerdem mit Auszügen aus einer Denkschrift und einer Rede Heinrich Himmlers sowie einem Bild desselben unterstrichen (ebd., S. 182f.). Auf einer Doppelseite mit vier Bildern ist ein Bild von der Zerstörung des Warschauer Ghettos abgedruckt (ebd., S. 180). Da auf dieser Seite aber ausschließlich Bilder zu sehen sind, erfolgt keine Verknüpfung mit den zugehörigen Informationen. Im Zuge der Thematisierung des Hitler-Stalin-Paktes wird Polen als „das neue Opfer“ (ebd., S. 174) Hitlers bezeichnet. Offen bleibt dabei, wer im Verständnis des Buches ein „altes“ bzw. „früheres“ Opfer Hitlers war. Die Formulierung suggeriert daher den Eindruck, Polen sei ein Opfer unter vielen, was die Rolle und Bedeutung Polens für den Beginn des Krieges stark reduziert.

In einem zweiten Schulbuch aus den 1980er-Jahren wird besonders auf die geopolitische Stellung Polens eingegangen. Die Überschrift „Polen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion“ (Cornelißen 1988, S. 108) wird kombiniert mit der oben bereits erwähnten Karikatur aus dem „Evening Standard“. Der zugehörige Arbeitsauftrag lautet „Wen symbolisiert die Leiche zwischen den Diktatoren?“ (ebd.). Der Darstellungstext erweitert das Bild um die Komponente der Diplomatie. Der Überfall auf Polen als solcher wird in lediglich einem Satz aufgegriffen: „Am frühen Morgen des 1. September 1939 begann ohne Kriegserklärung der deutsche Angriff auf Polen“ (ebd.). Was mit dem Hinweis „ohne Kriegserklärung“ gemeint ist, bleibt offen. Auf der nächsten Seite findet sich ein Bild mit der Unterschrift „Für den Fotografen zertrümmern deutsche Soldaten

am Morgen des 1. September 1939 den Schlagbaum an der polnischen Grenze“ (ebd. S. 109). Die Schülerinnen und Schüler erfahren so von gestellten Fotoszenen, was hier aber nicht weiter ausgeführt wird. Interessant ist außerdem ein Verweis auf die Geschichtsdarstellung und Geschichtspolitik der Sowjetunion, der eine zumindest kleine internationale Kontextualisierung bietet:

Die sowjetische Geschichtsschreibung stellt den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939 als Versuch Stalins dar, sich aus einem erwarteten Krieg zwischen den kapitalistischen Staaten Westeuropas herauszuhalten. Das geheime Zusatzprotokoll wird bis heute verschwiegen (ebd., S. 108).

Zwischenfazit: 1950er- bis 1980er-Jahre

Im Vergleich zu den frühen Schulgeschichtsbüchern der 1950er- und 1960er-Jahre ist auch in denen der späteren Jahrzehnte keine Weiterentwicklung der Darstellung in Bezug auf die Ereignisse des 1. Septembers 1939 zu erkennen. Die generelle Darstellung Polens wird differenzierter, das besetzte Polen und damit verbundene sozialgeschichtliche Aspekte und Beschreibungen des Widerstands tauchen zunehmend in den Büchern auf. Neben diese inhaltliche Entwicklung tritt die strukturelle Weiterentwicklung des didaktischen Mediums *Schulgeschichtsbuch*. Es sind ein stärkerer Quellenbezug sowie eine breitere Auswahl derselben und eine größere Einbindung von Aufgaben erkennbar. Während in den 1950ern bis 1970ern die einzige Bildquelle die Fotografie von der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes durch Ribbentrop und Molotow war, wird in den 1980ern die Karikatur zum Hitler-Stalin-Pakt aus dem „Evening Standard“ eingeführt. Im Hinblick auf die Ereignisse vom 1. September 1939 wird Polen zumeist als passiver „Spielball der Mächte“ Deutschland und Sowjetunion dargestellt. Daneben fokussiert die Darstellung Englands und zuweilen Frankreichs als „Beschützermächte“. Polen als Staat und die polnische

Bevölkerung bleiben in diesem Zusammenhang undifferenziert und über weite Strecken unsichtbar.

Tomasz Kranz skizziert die 1980er-Jahre mit zentralen Entwicklungen durch den Historikerstreit, die Ausstrahlung der TV-Serie „Holocaust“ sowie neue Generation von Historikern (Kranz 2003, S. 303). Eine Auswirkung dieser Ereignisse auf die Schulgeschichtsbücher lässt sich nur für den Zweiten Weltkrieg allgemein, jedoch nicht für die Darstellung Polens im Speziellen nachweisen.

1989/90 als Wendepunkt?

Der Mauerfall und die Wiedervereinigung in Deutschland sowie das Ende des Kommunismus in Polen sind vielfach als Wendepunkte in der Erinnerungskultur generell, speziell in der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, betont worden (Zimmer 2003). So spricht beispielsweise Tomasz Kranz von „neuen sozialen Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Gedächtniskulturen beider Länder“ (Kranz 2003, S. 303). Hasko Zimmer merkt an, dass sich nach 1989/90 nur die offiziellen Beziehungen, zunächst jedoch nicht die mentalen Strukturen in der deutsch-polnischen Vergangenheitsbewältigung änderten (Zimmer 2003, S. 282). Im Hinblick auf die Schulgeschichtsbücher zeigt sich diese Entwicklung erst im Verlauf der 1990er-Jahre, als sich durch starke Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen in vielen Bereichen auch eine gemeinsame Aufarbeitung der Vergangenheit zu entwickeln begann.

Die 1990er-Jahre

Das quellenbasierte Schulgeschichtsbuch „Geschichtsbuch 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten“ aus dem Jahr 1996 widmet dem Themenkomplex „Polen und Deutsche seit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs“ (Mütter et al. 1996, S. 124) zwei ganze Doppelseiten mit insgesamt 13 Quellen und sechs

Aufgabenstellungen. Die Darstellung ist dabei sehr differenziert und weniger ereignis- als vielmehr mentalitätsgeschichtlich geprägt. Ein erster Abschnitt mit dem Titel „Polen im Zweiten Weltkrieg“ kontrastiert Quellen zur Besatzungspolitik der Deutschen mit solchen zur Untergrund- und Widerstandsbewegung. Das Leben im besetzten Polen wird in folgender Aufgabenstellung aufgegriffen: „Versuche, das Leben der polnischen Bevölkerung unter deutscher Besatzung zu beschreiben“ (ebd., S. 125). Diese Aufgabenstellung hält die Schülerinnen und Schüler dazu an, sich mit der polnischen Seite des Zweiten Weltkrieges auseinanderzusetzen. Der folgende Abschnitt thematisiert „Deportation, Flucht und Vertreibung“ (Maier 2003, S. 403)⁸ zunächst anhand einer Karte, die die Bewegungen von 1939 bis 1945 von polnischen Zwangsarbeitern und deutschen Siedlern einerseits und die Bewegungen von 1944 bis 1950 von deutschen Geflüchteten und Vertriebenen darstellt. Die Karte sowie weitere Textquellen zu Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützen eine Darstellungsweise, die einerseits eine deutsche Opferrolle nach dem Zweiten Weltkrieg, gleichzeitig aber auch eine solche bei den Polen betrachtet. Abgeschlossen wird der Abschnitt mit einer höchst interessanten Seite, die die weiteren Entwicklungen der deutsch-polnischen Beziehungen illustriert. Zentral ist hierbei das Bild des „Kniefalls von Warschau“ von 1970 (Mütter et al. 1996, S. 127). Dazu werden außerdem ein Auszug aus Willy Brandts Rede zur Unterzeichnung des Warschauer Vertrages sowie ein Ausschnitt aus dem deutsch-polnischen Vertrag vom November 1990 abgedruckt. Insbesondere die Quelle von 1990, die für ein Schulbuch von 1996 sehr aktuell ist, versucht Kontinuität, Aktualität, Gegenwartsbezogenheit sowie Unabgeschlossenheit der Aufarbeitung der deutsch-polnischen Beziehungen im Zweiten Weltkrieg hervorzuheben. Diese Art der Herangehensweise, die den Überfall auf Polen als solchen zwar nur

⁸ Die Begriffe Deportation, Flucht und Vertreibung waren große Streitpunkte in den Debatten der deutsch-polnischen Schulbuchkommission. In dieser Überschrift zeigt sich, dass sich der Begriff Vertreibung durchsetzen konnte, obwohl er von der polnischen Seite der Schulbuchkommission abgelehnt worden war. Vgl. dazu Maier 2003.

wenig, die deutsch-polnischen Beziehungen im und seit dem Zweiten Weltkrieg dafür aber umso mehr in den Fokus rückt, ist ein Novum in der Darstellungsweise, sowohl im Hinblick auf Inhalt wie auch auf Struktur. Auffällig ist auch die Abweichung von früheren Darstellungen, die Polen zu Beginn des Zweiten Weltkriegs als „Spielball“ zwischen Deutschland und der Sowjetunion ansahen. Charakteristisch ist jetzt vielmehr eine Abkehr von ereignis-, politik- und militärgeschichtlichen Darstellungsweisen hin zu einer stärker mentalitäts- und alltagsgeschichtlichen Betrachtung.

In den beiden anderen untersuchten Schulbüchern dieses Jahrzehnts fällt die Bearbeitung des Komplexes deutlich weniger differenziert und kürzer aus. Im Schulbuch „Buchners Kolleg Geschichte. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart“ von 1995 wird der Angriff auf Polen beispielsweise auf etwas mehr als einer Seite zusammen mit einer Karte, „Die vierte Aufteilung Polens“ (Weber/Pfändtner 1995, S. 32), dargestellt.

Die 2000er-Jahre

Das Schulbuch „Geschichte und Geschehen“ aus dem Jahr 2009 widmet dem Abschnitt „Die Eroberung Polens“ (Sauer 2009, S. 128)⁹ acht Zeilen, dem Hitler-Stalin-Pakt weitere neun und zeigt eine Quelle zur Besatzungspolitik (ebd., S. 127 u. 130). Die Darstellung des Überfalls thematisiert die mangelnde Unterstützung durch Frankreich und England, die schnelle Niederlage Polens sowie die Besatzungspolitik und die beginnende Ermordung der Bevölkerung (ebd., S. 128).

Die zugehörige Quelle auf der nächsten Doppelseite passt zum Aspekt des Besatzungsregimes:

Nach der raschen Niederlage Polens Anfang Oktober wurde unter der Federführung der SS ein Besatzungsregiment

⁹ Problematisch erscheint hier erneut die Verwendung des Begriffs „Eroberung“.

errichtet, das alle Regeln des Völkerrechts missachtete. Viele Polen wurden zur Zwangsarbeit verschleppt und die systematische Ermordung von Juden, aber auch von nichtjüdischen Polen – Adligen, Geistlichen, Wissenschaftlern – begann. Die gesamte polnische Elite sollte vernichtet werden (ebd.).

Erneut wird hier der Völkerrechtsbruch thematisiert. Auffällig ist in aktuellen Büchern vor allem der relationale Umfang. Dem Themenkomplex „Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg“ werden zum Beispiel insgesamt 57 Seiten eingeräumt (ebd.), dem Zweiten Weltkrieg als militärischem Kriegsgeschehen im eigentlichen Sinne acht Seiten inklusive Quellen und dem Überfall auf Polen darin acht Zeilen.

Fazit

„Lücken im deutschen Geschichtsbewusstsein zeigen sich besonders im Verhältnis zu Polen: in der generellen Unkenntnis der polnischen Geschichte, die mit einem ausgeprägten Desinteresse an Polen in der deutschen Bevölkerung einhergeht“ (Zimmer 2003, S. 297). Ein Grund für diese Ansicht mag wohl die über Jahrzehnte hinweg, bis in die Gegenwart nachweisbar überaus geringe Thematisierung Polens in deutschen Schulgeschichtsbüchern sein. Exemplarisch steht dafür die hier untersuchte Darstellung des insbesondere für die polnische Erinnerung bedeutsamen Überfalls auf Polen am 1. September 1939.

In der hier vorgenommenen Betrachtung der Schulgeschichtsbücher seit den 1950er-Jahren konnten folgende Erkenntnisse gewonnen werden:

1. Der Überfall auf Polen wurde unter unterschiedlich konnotierten Bezeichnungen geführt, dabei sind „Überfall“ und „Angriff“ die häufigsten Bezeichnungen. Problematische Titulierungen werden nur sehr selten verwendet, z. B. „Die siegreichen Feldzüge im Osten“. Die Schuld des nationalsozialistischen Deutschlands am Überfall auf Polen wird bereits in Büchern der 1950er-Jahre eindeutig thematisiert und benannt.

2. Der Ablauf des Überfalls als solcher, gerade der Überfall auf den Sender Gleiwitz, wird nur selten tatsächlich thematisiert. Die Darstellung fokussiert in den 1950er- bis 1970er-Jahren meist militärhistorische und außenpolitische Aspekte.
3. Im Verlauf der Jahrzehnte wird die Darstellung stärker mit Quellen, Bildern und Aufgabenstellungen illustriert. Diese Entwicklung ist vermutlich auf die allgemeine Weiterentwicklung der Schulbuchdidaktik zurückzuführen.
4. Der Überfall auf Polen wird inhaltlich fast immer mit dem Hitler-Stalin-Pakt sowie häufig mit dem Beistandspakt Englands und Frankreichs mit Polen verknüpft. Der Fokus liegt also auf den diplomatischen Verwicklungen der Großmächte im Jahr 1939.
5. Es kristallisiert sich im Verlauf der Jahrzehnte ein fester Kanon an Quellen zum Überfall auf Polen heraus, zu dem das Bild von Ribbentrop und Molotow bei der Vertragsunterzeichnung, die Karikatur aus dem „Evening Standard“ und der Bericht eines Dolmetschers, der Hitlers Reaktion auf das britische Ultimatum schildert, gehören. Eine wirkliche Erweiterung des Quellenkanons findet nicht statt.
6. Zentrale Entwicklungen der NS-Aufarbeitung wirken sich auf die Darstellung des Zweiten Weltkrieges allgemein aus. An Details, wie etwa den Geschehnissen des Überfalls vom 1. September 1939, lassen sich diese nicht ablesen.
7. Institutionen wie die deutsch-polnische Schulbuchkommission bieten mit Empfehlungen, didaktischen Materialien etc. Möglichkeiten zur vertieften Thematisierung im Unterricht und somit auch ergänzendes Material zum Schulgeschichtsbuch.

LITERATUR

Busch, Ernst/Hillgruber, Andreas (Hg.): Grundzüge der Geschichte VII. Vom Beginn der Französischen Revolution 1789 bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M. et al. 1961.

Cornelißen, Joachim et al. (Hg.): bsv Geschichte 4N. Das 20. Jahrhundert, München 1988.

Dittrich, J. et al. (Hg.): Grundriss der Geschichte für die Oberstufe der höheren Schulen II. Die moderne Welt, Stuttgart 1967.

Ebeling, Hans/Birkenfeld, Wolfgang: Die Reise in die Vergangenheit. Ein geschichtliches Arbeitsbuch N3, Braunschweig 1981.

Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission (Hg.): Europa – Unsere Geschichte, Band 1, Wiesbaden 2016.

Geschichte der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission, <http://deutsch-polnische.schulbuchkommission.de/geschichte.html> (26.2.2017).

Geschichte für Realschulen I, 2, Frankfurt a. M. et al. 131966.

Graff, K. H.: Mein Geschichtsbuch. Wir und die Welt, Düsseldorf 1950.

Heinloth, Bernhard (Hg.): Oldenbourg Geschichte für Gymnasien 9, München 1994.

Hoffmann, Joachim (Hg.): Spiegel der Zeiten 4. Von der Russischen Revolution bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M. et al. 1971.

Hug, Wolfgang et al. (Hg.): Geschichtliche Weltkunde 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M. et al. 1979.

Kaiser, Eugen et al. (Hg.): Grundzüge der Geschichte 4. Von 1890 bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M. et al. 1974.

Keim, Wolfgang (Hg.): Vom Erinnern zum Verstehen. Pädagogische Perspektiven deutsch-polnischer Verständigung, Frankfurt a. M. 2003.

Kranz, Tomasz: Erinnern und Gedenken an die Geschichte des Zweiten Weltkrieges und die deutsch-polnische Verständigung, in: Keim, a. a. O., S. 303-316.

Kranz, Tomasz: Die Verbrechen des Nationalsozialismus als historische Erfahrung der Deutschen und Polen, in: Ders. (Hg.): Die Verbrechen des Nationalsozialismus im Geschichtsbewußtsein und in der historischen Bildung in Deutschland und Polen, Lublin 1998, S. 13-30.

Ku, Yangmo: The Politics of Historical Memory in Germany: Brandt's Ostpolitik, the German-Polish History Textbook Commission, and Conservative Reaction, in: „Journal of Educational Media, Memory, and Society“ 2 (2) 2010, S. 75-92.

Loew, Peter Oliver: Helden oder Opfer? Erinnerungskulturen in Polen nach 1989, in: „Osteuropa“ 58 (6) 2008, S. 85-105.

Longerich, Peter: Davon haben wir nichts gewusst! – Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945, München 2006.

Maier, Robert: Deutsch-polnische Verständigung über Geschichte. Von den Schulbuchempfehlungen zur aktuellen Lehrerhandreichung – Die deutsch-polnische Schulbuchkommission vor neuen Herausforderungen, in: Keim, a. a. O., S. 403-417.

Maier, Robert: Die Darstellung des Zweiten Weltkriegs im Schulbuch: Unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in Deutschland und Polen, 27.08.2014, <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/11914> (05.02.2017).

Mütter, Bernd et al. (Hg.): Geschichtsbuch 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten, Berlin 1996.

Olschowsky, Burkhard: Die Gegenwart des Vergangenen, 26.01.2005, <http://www.bpb.de/apuz/29252/die-gegenwart-des-vergangenen?p=all> (23.10.2017).

Pelzer, Karlheinz (Hg.): Geschichte für die Hauptschule, Donauwörth 1973.

Ruchniewicz, Krzysztof: Geschichtsstunde. Der Zweite Weltkrieg im polnischen Schulbuch, in: „Osteuropa“ 58 (6) 2008, S. 285-305.

Sauer, Michael et al. (Hg.): Geschichte und Geschehen 3, Stuttgart/Leipzig 2009.

Scherl, Josef: Geschichte unseres Volkes, Teil IV: Von 1815 bis heute, München 1964.

Schütte, Ernst: Weltgeschichte der Zeit von 1914-1945. Europa in der Krise, Hannover/Darmstadt 1952.

Steinacker, Ruprecht: Geschichte unserer Zeit, Düsseldorf 1954.

Stępnik, Andrzej: Die nationalsozialistischen Verbrechen in polnischen Geschichtsbüchern, in: Kranz 1998, a. a. O., S. 119-154.

Sus, Monika: Der größte Feind ist die Unwissenheit. Die gegenseitige Wahrnehmung von Polen und Deutschen nach 1989, in: Bingen, Dieter et al. (Hg.): Erwachsene Nachbarschaft. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1991 bis 2011, Wiesbaden 2011, S. 425-443.

Weber, Jürgen/Pfändtner, Bernhard (Hg.): Buchners Kolleg Geschichte. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Bamberg 1995.

Zimmer, Hasko: Zwischen nationalen Gedächtnissen und veränderten Vergangenheitsverhältnissen – Zur Situation deutsch-polnischer Erinnerungsarbeit nach 1989, in: Keim, Wolfgang, a. a. O., S. 275-301.

Zloch, Stefanie: Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 und Katyn 1940 in deutschen, polnischen und russischen Schulbüchern, 23.10.2015, <http://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/214425/der-hitler-stalin-pakt-und-katyn-in-schulbuechern> (28.12.2016).

Ein Erinnerungskonflikt? Der Warschauer Aufstand 1944 und der Aufstand im Warschauer Ghetto 1943 in der deutschen und polnischen Erinnerungskultur

CHRISTIAN HÖRBELT

*Zbyt jest trudno wrócić do was młodym, żywym,
zbyt jest trudno ...
łatwo zostać bohaterem ...
Jakie szczęście, że nie można tego dożyć,
kiedy pomnik ci wystawią, bohaterze,
i morderca na nagrobkach kwiaty złoży.¹*

*Es ist schwer, dass Jugend zu euch zurückkehrt, Leben,
Es ist schwierig ...
Leicht ist es, ein Held zu werden ...
Was für ein Glück, dass man es nicht erlebt,
wenn Sie Dir ein Denkmal hinstellen, für Helden,
und Mörder auf das Grabmal Blumen legen.*

¹ Die Zeilen des Gedichts „Pożegnanie żalosego strzelca“ („Abschied des traurigen Schützen“) stammen vom polnischen Dichter Krzysztof Kamil Baczyński. Er starb im Alter von 23 Jahren am 4. August 1944 beim Warschauer Aufstand. Die Übersetzung aus dem Polnischen ins Deutsche stammt von Christian Hörbelt.

Es ist eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte Polens: der Warschauer Aufstand von 1944. Der Aufstand ist für Polen mehr als ein Erinnerungsort – es war nach der Überzeugung seiner Initiatoren Staatsräson, sich gegen die deutschen Besatzer zu erheben, zumal angesichts der in die unmittelbare Nähe Warschaus vorgerückten Roten Armee. In Deutschland hingegen ist seine Erwähnung in den Schulbüchern kaum zu finden. Andere Ereignisse des Zweiten Weltkrieges, vor allem der Holocaust und die Leidensgeschichte der Juden, sind in der Geschichtspolitik dominierend – das Leiden der nicht jüdischen Zivilbevölkerung im besetzten östlichen Europa ist im öffentlichen Bewusstsein kaum vorhanden. „Die anschließende, gut fünfjährige Besetzung Polens wird im kollektiven Gedächtnis nicht so stark aufbewahrt. Sie wird vor allem überlagert durch das Kriegsgeschehen in der Sowjetunion und vom Völkermord an den Juden. Es ist deshalb gar kein Zufall, dass der Aufstand im Warschauer Ghetto 1943 hier in Deutschland weit bekannter ist als der Warschauer Aufstand im Spätsommer 1944“ (Gauck 2014, S. 20), erklärte Bundespräsident Gauck das Erinnerungsdefizit treffend bei der Eröffnung der Wanderausstellung „Warschauer Aufstand“ in Berlin 2014. Der folgende Beitrag analysiert die geschichtspolitische Entwicklung der Erinnerung an den Warschauer Aufstand 1944, seine transnationale Dimension und welche Rolle hierbei der Warschauer Ghettoaufstand 1943 einnimmt.

Polen wurde am 1.9.1939 das erste Opfer des deutschen Angriffskrieges. Stalins Rote Armee fiel in Ostpolen zwei Wochen später ein, am 17.9.1939, unter dem Vorwand, die in Polen lebende ukrainische und weißrussische Bevölkerung zu schützen. Polen stand alleine zwei Großmächten gegenüber – die Alliierten waren trotz der britisch-französischen Garantieerklärung nicht in der Lage, Polens Souveränität zu gewährleisten. Am Tag, an dem die polnische Hauptstadt Warschau gegenüber der Wehrmacht kapitulierte, am 28.9.1939, unterzeichneten die beiden totalitären Diktaturen einen weiteren entscheidenden Vertrag. Der Deutsch-Sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag wird oftmals im Schatten des Hitler-Stalin-Paktes vergessen, doch vollendete gerade dieser – erneut mit einem

geheimen Teil – die genaue Aufteilung Polens zwischen Stalin und Hitler. Die Nazis errichteten während ihrer Besatzung in Polen, insbesondere in Warschau mit dem größten Ghetto im Besatzungsgebiet, eine Schreckensherrschaft. Stalin und die sowjetische Geheimpolizei NKWD terrorisierten das polnische Volk auf andere, aber vergleichbare Weise. Beide Besatzungsmächte glichen sich in der Eliminierung der polnischen Eliten, was im Sommer 1940 einerseits die deutsche „Aktion AB“ („Außerordentliche Befriedungsaktion“), andererseits die 1943 aufgedeckte Ermordung von mehr als 20.000 polnischen Offizieren in Katyn (und anderen Orten) durch die Sowjets belegten. Warschau war bis zur vermeintlichen Befreiung durch die Rote Armee unter deutscher Besatzung. Terror und Willkür waren Alltagserfahrungen für viele Warschauer – und nicht nur für Juden. Das Zitat des damaligen Generalgouverneurs Hans Frank gibt exemplarisch die Herrenmenschen-Mentalität der Nazis wieder: „Wenn wir den Krieg einmal gewonnen haben, dann kann meinetwegen aus den Polen [...] Hackfleisch gemacht werden [...]“ (Kleßmann 1971, S. 252). Die Perversion der menschenverachtenden Nazi-Ideologie schürte den Hass vieler Polen auf die deutschen Besatzer. Schon früh formierten sich Untergrundbewegungen, die sich unter Leitung der polnischen Exilregierung in London zur größten Untergrundarmee des Zweiten Weltkrieges, der sogenannten Heimatarmee (polnische Abkürzung: AK), zusammenschlossen. Die großenteils jungen Polen – und auch wohlgerneht Polinnen – schworen den Eid auf den polnischen Staat. Mit der Landung der Alliierten in der Normandie Anfang Juni 1944 und der sowjetischen Sommeroffensive 1944 zeichnete sich das Ende des Nazi-Regimes ab. Die polnische AK wollte in der breit angelegten militärischen „Operation Burza“ („Gewittersturm“) die wichtigsten Städte der Zweiten Republik Polens, insbesondere Warschau, aus eigener Kraft befreien. Das sollte vor allem vor dem Einmarsch der sowjetischen Streitkräfte geschehen – das NKWD-Terrorregime und die Massaker von Katyn waren nicht vergessen. Stalin und die polnischen Kommunisten standen der Aktion ablehnend gegenüber. In von der Roten Armee eroberten bisher ostpolnischen Städten wie

Wilna und Lemberg wurden nach der „Operation Burza“ zahlreiche AK-Angehörige – und insbesondere ihre Führung – verhaftet. Viele AK-Kämpfer wussten nicht, dass Stalin den Befreiungskampf absolut nicht unterstützen würde und auch Hilfeleistungen der westlichen Alliierten gezielt verhinderte: „Das ist eine Gruppe von Kriminellen, die sich in das Warschauer Abenteuer gestürzt haben, um die Macht zu erobern“, soll Stalin gesagt haben, um seine Verweigerung jeglicher Hilfe zu begründen (Piekalkiewicz 1994). Die Westmächte intervenierten bei Stalin nur halbherzig. Die Mithilfe der Roten Armee bei der militärischen Niederwerfung Hitler-Deutschlands war ihnen wichtiger als ihre Beziehungen zur polnischen Exilregierung. All diese Faktoren waren den Verantwortlichen für den Warschauer Aufstand nicht in vollem Umfang bekannt. Dass er die vollständige Zerstörung Warschaus nach sich ziehen würde, ahnte damals wohl niemand. Der Warschauer Aufstand 1944 unterscheidet sich gerade in diesem Punkt entscheidend vom Warschauer Ghettoaufstand 1943: Wussten die jüdischen Aufständischen damals, dass ihr Aufbegehren gar keine Chance auf Erfolg haben würde, waren die AK-Kämpfer zum Großteil davon überzeugt, Warschau aus eigener Kraft befreien zu können – aber nur mit Hilfe der Alliierten. Diese blieb jedoch aus, bis auf vereinzelte Abwürfe von Munition und verschiedenen Gütern.

Der Warschauer Aufstand begann am 1.8.1944 um Punkt 17:00 Uhr. Die AK-Kämpfer und -Kämpferinnen legten sich weiß-rote Armbinden um, fest entschlossen, Warschau noch vor dem Einmarsch der Roten Armee zu befreien. Es sollte ein Zeichen für die Sowjets sein, dass das polnische Volk in Warschau die Freiheit bereits erkämpft hatte. Obwohl nur jeder Zehnte bewaffnet war, konnten anfangs beachtliche Erfolge erzielt werden, allerdings geringere als in den Plänen vorgesehen. So wurden das Postamt eingenommen, deutsche Panzer erobert und Wehrmachtssoldaten festgenommen. In den von den Aufständischen kontrollierten Gebieten kehrte für die Polen wieder die Normalität der Unabhängigkeit ein. Diese konnte für einige Tage aufrechterhalten werden, wie die AK-Kämpfer auf 18-stündigem Filmmaterial dokumentierten – es sollte der Welt zeigen, dass

die Polen sich aus eigener Kraft befreit hätten. Die überraschten deutschen Truppen formierten sich schnell und entsendeten zusätzliche deutsche Einheiten nach Warschau. Der von Himmler übermittelte Befehl Hitlers „Jeder Bewohner ist zu töten, es ist verboten, Gefangene zu machen. Warschau soll dem Erdboden gleichgemacht werden, um auf diese Weise ein abschreckendes Beispiel für ganz Europa zu statuieren“,² wurde gnadenlos verwirklicht. Das bedeutete die Ermordung Zehntausender Bewohnerinnen und Bewohner sowie die totale Zerstörung Warschaus. Vielen Warschauern musste noch in Erinnerung sein, mit welcher Brutalität und Gnadenlosigkeit die SS-Truppen den Warschauer Ghettoaufstand im April 1943 niedergeschlagen hatten. Knapp eineinhalb Jahre später gingen die SS-Waffendivisionen mit besonderer Brutalität vor: Folterungen, wahllose Massenerschießungen, Plünderungen und Massenvergewaltigungen waren Teil der Vernichtung Warschaus und seiner Bewohnerinnen und Bewohner, zum Teil begleitet von massiven Alkoholexzessen der Täter. Trauriger Höhepunkt war das Massaker von Wola zwischen dem 5. und 7. August. Es starben etwa 40.000 polnische Zivilisten. Vor allem die „Kampfgruppe Reinefarth“ wütete in Wola. Die verantwortlichen SS-Männer erhielten am 30. September 1944 für die Niederschlagung des Aufstands das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes.

Der Warschauer Aufstand dauerte 63 Tage und kostete 16.000 polnischen Soldaten und etwa 150.000 Zivilisten das Leben – eine unvorstellbare Zahl (vgl. Borodziej 2001, S. 190). Die überlebenden Bewohnerinnen und Bewohner Warschaus, rund 350.000, wurden gezwungen, die Stadt zu verlassen. 16.000 Aufständische wurden in Kriegsgefangenenlager eingewiesen. Unter Bruch der Kapitulationsbedingungen wurden rund 150.000 Personen zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt, rund 60.000 kamen in Konzentrationslager (ebd., S. 154). Warschau war nach der Niederschlagung des Aufstandes Ende 1944 eine einzige Ruine. Nahezu alle Gebäude westlich des Weichsel-Ufers wurden von

² Rede des Reichsführers SS vor den Wehrkreisbefehlshabern und Schulkommandeuren, 21.09.1944, o. O., o. J. Bestände des Berlin Document Center, Roll 38, Ordner 238 B.

deutschen Sprengtruppen gezielt zerstört. All diese Fakten sind außerhalb der polnischen Grenzen kaum bekannt.

Die kommunistische polnische Regierung vermied eine offizielle Erinnerung an den Warschauer Aufstand (vgl. Borodziej 2001; Davies 2004; Ukielski/Wojciuk 2012). Stattdessen heroisierte sie den Aufstand des Warschauer Ghettos von 1943 gewissermaßen als Symbol für den gesamten polnischen Widerstand. Obgleich eine offizielle Erinnerungskultur den damaligen Aufständischen der AK nicht gestattet wurde, konnten die Warschauer zunächst jeden 1. August in Eigenorganisation feiern. Mit Einzug des stalinistischen Systems Ende der 1940er-Jahre wurde der Warschauer Aufstand völlig verschwiegen. Die Kommunisten verhafteten etliche Angehörige der Heimatarmee und verurteilten einige in Schauprozessen – sieben davon zum Tode. Zu groß war die Angst der Kommunisten, dass sich der Widerstand neu formieren könnte. Durch die gezielte Desavouierung des Aufstandes als „verantwortungslos“ wurde es ein Makel, in der AK gedient zu haben. Die Errichtung zweier Ehrenmale zum Ghettoaufstand von 1943 sollte die rein polnische Erinnerung verwischen. Sie dienten der kommunistischen Herrschaft als erinnerungs- und geschichtspolitisches Konkurrenzmodell bei der symbolischen Rekonstruktion des Freiheitskampfes gegen den Faschismus. Bereits im April 1946 wurde das erste Warschauer Ghetto-Ehrenmal inmitten der Trümmer der völlig zerstörten Stadt Warschau platziert. Das zweite, imposantere Ehrenmal enthüllten die Kommunisten zwei Jahre später, zum fünften Jahrestag des Ghettoaufstandes im April 1948. Die elf Meter hohe steinerne Stele mit einer bronzenen Skulpturengruppe zeigt in heroischer Pose männliche und weibliche Figuren, zum Teil bewaffnet oder in sterbender Haltung. Diesen Erinnerungsort okkupierten die Kommunisten und projizierten darauf den antifaschistischen Freiheitskampf, in Form des jüdischen Aufbegehrens gegen die Nazis.

Der Ghettoaufstand fungierte als symbolischer Erinnerungsort des Widerstandes in Polen. So sollte in geschichtspolitischer Hinsicht der jüdische Anteil am Freiheitskampf betont werden, aber auch die Chancenlosigkeit dieses Aufbegehrens. Jedoch wurde nicht der

Holocaust aufgearbeitet, auch nicht Kollaboration zwischen Polen und Deutschen. Zwischen den Zeilen könnte man herauslesen, dass die Polen nur dank der sowjetischen Armee von den Nazis befreit werden konnten. Aber vor allem sollten die AK-Kämpfer und insbesondere die Londoner Exilregierung diffamiert werden, die aus der Ferne eine andere Erinnerung einforderten. Die vermeintliche Befreiung durch die Rote Armee wurde von vielen Polen als weitere Fremdbesetzung gesehen. In der Geschichtspolitik der Volkrepublik Polen stand daher nicht das Leid der Polen im Mittelpunkt, sondern das der jüdischen Bevölkerung, ohne direkt den Holocaust zu nennen. Damit wurde der Grundstein für die „Opferrivalität“ gelegt. Diese Instrumentalisierung des Ghettoaufstandes sollte die Erinnerung an den polnischen Widerstand verdrängen und aufzeigen: Nur dank der Roten Armee konnte Polen befreit werden, die Aufstände waren zum Scheitern verurteilt. Dennoch lebte die Erinnerung parallel im Privaten weiter fort (vgl. Król 2004, S. 66). Trotz der staatlichen Repressionen versammelten sich Jahr für Jahr zahlreiche AK-Angehörige, um gemeinsam die Erinnerung an den Warschauer Aufstand von 1944 aufrechtzuerhalten.

Ab 1956, drei Jahre nach Stalins Tod, wurde der Warschauer Aufstand in die offiziöse Erinnerungskultur zurückgeholt. Freilich unterschied die Führung weiterhin zwischen der verbrecherischen Führung des „Londoner Lagers“ einerseits und dem Heldentum der Soldaten und der Warschauer Zivilbevölkerung andererseits. Immerhin entstanden in dieser Zeit auch im Westen bekannte Filme wie Andrzej Wajdas „Kanal“ (1957) und Andrzej Munks „Eroica“ (1958), die den Aufstand thematisierten. In den 1960er-Jahren versuchte die kommunistische Führung unter Władysław Gomułka, den Großteil der ehemaligen AK-Soldaten für das System zu gewinnen. Sie wurden in den staatlichen Kombattantenverband aufgenommen. Die Geschichtspolitik der Volksrepublik sah vor, den Warschauer Ghettoaufstand als integralen Bestandteil des polnischen Widerstands einzuverleiben. „Der Warschauer Ghettoaufstand ist eines der Glieder in der Kette der Leiden und Kämpfe der polnischen Nation von der Niederlage des

Septembers 1939 bis zum siegreichen Mai 1945“ (Rusinek 1963, S. 3), erklärte 1963 Kazimierz Rusinek, der Generalsekretär des polnischen staatlich kontrollierten Veteranenverbandes Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie (polnisch: Związek Bojowników o Wolność i Demokrację, ZBoWiD). Der Ghettoaufstand diente somit als geschichtspolitisches Gegengewicht zum unbequemen Warschauer Aufstand bis zum Ende der Volksrepublik. Diese Geschichtspolitik kontrastiert mit der antizionistischen Politik in Polen in den späten 1960er-Jahren: Wie die meisten anderen sozialistischen Staaten brach auch die Volksrepublik nach dem Sechstagekrieg 1967 die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab. In Folge dessen begann in Polen eine „antizionistische Kampagne“. Bis 1970 trieb diese fast 30.000 jüdische Polen und Polinnen unter politischem, wirtschaftlichem oder polizeilichem Druck in die Emigration. An den Ghettoaufstand wurde jedoch weiterhin „polnisch“ erinnert.

Während die polnische Bevölkerung versuchte, ihre nationale Erinnerung an den Aufstand von 1944 aufrechtzuhalten, geriet dieser im gesamten Nachkriegsdeutschland in Vergessenheit. Zu sehr mussten eigene Traumata von Flucht und Vertreibung, die Zerstörung von ganzen Städten und das Elend nach sechs Jahren Krieg verarbeitet werden. Im Zuge der Nürnberger Prozesse wurden Kriegsverbrechen bis Ende der 1940er-Jahre juristisch aufgearbeitet, jedoch kannte die deutsche Bevölkerung das von ihr verursachte unendliche Leid, welches die nicht jüdischen Zivilisten in Osteuropa erleiden mussten, nicht oder verdrängte es. Beide Aufstände in Warschau waren weder im politischen Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit präsent, noch stand ihre Aufarbeitung auf der politischen Agenda. Sogar in fachhistorischen Publikationen zur Geschichte Polens kam der Aufstand bis Anfang der 1960er-Jahre, wenn überhaupt, dann eher beiläufig vor und mit antisowjetischer Tendenz. Schon vor dem Mauerbau 1961 spaltete und dominierte der Kalte Krieg die Geschichtspolitik und Erinnerungskultur.

Eine Aufarbeitung beider Aufstände fehlte im Diskurs der DDR. Stattdessen betonte die DDR-Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) die Bruderschaft zum polnischen Volk. Die SED instrumentalisierte den Aufstand im Warschauer Ghetto, um die BRD-Bürger und -Bürgerinnen als Erben der Faschisten zu brandmarken, thematisierte ihn jedoch kaum. In der Hierarchie der Opfer des NS-Regimes standen die deutschen Kommunisten in der Erinnerungskultur der DDR an erster Stelle. Bei einer historischen Perspektive nach Kriterien des Klassenkampfes gab es für jüdische Opfer kaum einen Platz. Den Warschauer Aufstand 1944 sprach das DDR-Regime nicht an. Wichtiger war der Kampf gegen das „faschistische“ Westdeutschland.

In der BRD kamen die Debatten über die Verbrechen der Nazis erst mit der Studentenbewegung der 1960er-Jahre auf. Die Nachkriegsgeneration stellte Fragen zum Holocaust und anderen Nazi-Verbrechen. Sie zwang die Öffentlichkeit zur Aufarbeitung der verdrängten Nazi-Vergangenheit. Das weltbekannte Bild des kleinen Jungen aus dem Warschauer Ghetto, auch bekannt als „Ikone des Entsetzens“, wurde erst in den 1960er-Jahren konkret dem Warschauer Ghettoaufstand zugeordnet. Es steht symbolhaft für das brutale Vorgehen der Nazis gegen die Juden – aber es existieren kaum symbolhafte Bilder, die das Leiden der osteuropäischen Zivilbevölkerung oder gar des Warschauer Aufstandes 1944 zeigen.

Eine der symbolhaftesten Gesten zum Schuldbekenntnis Deutschlands zu den Verbrechen im Zweiten Weltkrieg war der Kniefall des Bundeskanzlers Willy Brandt am großen Ghettodenkmal in Warschau am 7.12.1970. Diese Demutsgeste am Ehrenmal für die Ermordeten des Warschauer Ghettos sollte nach Brandt etwas zum Ausdruck bringen, wenn Worte versagen. Anders als man heutzutage vermuten würde, löste diese Demutsbekundung eines Mannes, der selbst Opfer der Nazi-Repression wurde und im Exil gegen den Nationalsozialismus kämpfte, eine kontroverse Debatte in der BRD aus. Das Magazin „Der Spiegel“ stellte am 14.12.1970 auf seiner Titelseite die Frage „Durfte Brandt knien“ (Kniefall 1970, S. 27) und

veröffentlichte eine Umfrage dazu: 48 Prozent der Westdeutschen empfanden den Kniefall übertrieben und nur 41 Prozent angemessen. In Polen wurde die Nachricht von Brandts Kniefall viel später veröffentlicht. Auch hier versuchten die Kommunisten, die Geste und ihre tiefere Bedeutung zu vertuschen. Zum einem war dem Regime eine Annäherung an die BRD nicht dienlich, legitimierte sich die kommunistische Herrschaft doch dadurch, die Polen vor der Rückforderung der Oder-Neiße-Gebiete durch die Bundesrepublik zu schützen. Zum anderen erbat Willy Brandt durch den Kniefall Vergebung für alle Nazi-Taten – und nicht nur für die Ermordung der Juden. Das irritierte viele Polen, beförderte jedoch auch Diskussionen zur Rolle der Polen während des Zweiten Weltkrieges im eigenen Land. Denn in Polen wurde der Holocaust in der staatssozialistischen Geschichtspolitik weitestgehend verschwiegen. Das Interpretationsschema zur geschichtlichen Einordnung des Warschauer Ghettoaufstandes wurde von den meisten anderen Staaten angenommen. Der Aufstand im Ghetto sollte als Teil der polnischen Widerstandsgeschichte ins Bewusstsein der internationalen Öffentlichkeit gerufen werden und den Sieg gegen den Faschismus im Mai 1945 betonen (vgl. Peters 2016, S. 349ff.).

Eine zunächst illegale Gegenöffentlichkeit forderte ab Ende der 1970er-Jahre, die Rolle der Sowjetunion beim Aufstand von 1944 beim Namen zu nennen. Mit Beginn der 1980er-Jahre zeigten die Feiern der zu diesem Zeitpunkt legalen Gewerkschaft *Solidarność* zum 1. August 1981, dass die antikommunistische Opposition die Aufstandstraditionen für sich beanspruchte. Die Warschauer forderten ihre Erinnerung selbstbewusst ein. Es war abzusehen, dass die Unterdrückungs- und Umdeutungsversuche des Warschauer Aufstandes 1944 scheitern mussten, da die Erinnerung zu tief verankert war (vgl. Kosmala 2010, S. 198). Beispielsweise wurde am 1. Oktober 1983 vor den Stadtmauern der Warschauer Altstadt, auf der Straße *Podwale*, das Denkmal des Kleinen Aufständischen (polnisch: *Pomnik Małego Powstańca*) enthüllt. Es ist den im Warschauer Aufstand 1944 gefallenen Kindern

gewidmet und dient bis heute vielen Polen als Symbol für damals ums Leben gekommene eigene Familienmitglieder.

Vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde der Warschauer Aufstand 1944 in Deutschland in größeren akademischen und intellektuellen Diskussionen nicht erwähnt. Die erste und bis heute einzige von einem Deutschen vorgelegte Monografie zum Warschauer Aufstand stammt von dem damals an der Lüneburger Ostakademie beschäftigten Hanns von Krannhals aus dem Jahre 1962. Er hatte erstmals Zugang zu den Tagebüchern der IX. Armee und benannte vor allem die Namen der für die Verbrechen insbesondere der ersten Aufstandstage Verantwortlichen. In den schriftlichen Notizen des Kriegstagebuchführers stellt der ehemalige SS-Gruppenführer Heinz Reinefarth, Kommandeur der Truppen, die Anfang August 1944 im Stadtteil Wola Zehntausende wahllos ermordeten, die Frage: „Was soll ich mit Zivilisten machen? Habe weniger Munition als Gefangene.“ In diesem Zusammenhang griff der „Spiegel“ 1962 zweimal ein eingeleitetes, aber nicht vorankommendes Ermittlungsverfahren gegen Reinefarth auf. Trotz der bekannten Gräueltaten machte Reinefarth politische Karriere in Schleswig-Holstein. Er wurde nie vor Gericht angeklagt und seinen Grabstein zierte ein Ritterkreuz mit Eichenlaub, das er für die erfolgreiche Niederschlagung des Warschauer Aufstandes erhielt. In Westdeutschland rückte erst Ende der 1970er-Jahre die fiktionale US-Serie: „Holocaust: Die Geschichte der Familie Weiss“ die Verbrechen an den Juden ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit. Ein Millionenpublikum setzte sich mit der systematischen Massenermordung der Juden auseinander. Die Erinnerung an die Verbrechen gegenüber den Juden ist seit den 1970er-Jahren fester Bestandteil des Schulunterrichts in Deutschland. Die Gräueltaten gegen die jüdische Bevölkerung sollte laut Schullehrplan jeder Deutsche kennen. Die Erinnerung an den Holocaust war in der Bundesrepublik bereits internalisiert – jedoch wurde das Leid der nicht jüdischen Zivilbevölkerung in Osteuropa nicht in derselben Intensivität thematisiert. In Polen hingegen blieb es wie gehabt: Die Rolle des Warschauer

Ghettoaufstandes als ein rein jüdisches Aufbegehren wurde verschwiegen und der Holocaust nicht aufgearbeitet (vgl. Kosmala 2010, S. 189f.). Dieser Zustand hielt an bis zum Ende der Volksrepublik 1989.

Im Sommer 1989, 45 Jahre nach dem Aufstand, konnte die Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* die Ziele der Aufständischen verwirklichen und ein freies und souveränes Polen wiederherstellen. Entsprechend verändert hat sich die öffentliche Wahrnehmung des Aufstands. Die Polen konnten nun ohne jegliche Repression ihren Warschauer Helden und Heldinnen gedenken. Noch im selben Jahr der Unabhängigkeit wurde 1989 in Warschau ein zehn Meter hohes Denkmal zum Warschauer Aufstand 1944 enthüllt, dessen Bau von der kommunistischen Regierung nach jahrelangem Druck bereits 1988 beschlossen worden war (Życieński 2007). Das Denkmal besteht aus mehreren Teilen und zeigt bewaffnete AK-Kämpfer, die aus Trümmern eines einstürzenden Gebäudes und aus einer Vertiefung zum Kampf stürmen.

1994 lud Staatspräsident Lech Wałęsa trotz heftiger Kritik die Präsidenten Deutschlands und Russlands zu den Feiern zum 50. Jahrestag des Aufstands ein. Dieser in Polen umstrittenen Versöhnungsgeste folgte nur der deutsche Bundespräsident Roman Herzog. Dieser beging einen Fauxpas, der wahrscheinlich auch heutzutage noch vielen Deutschen unterlaufen würde: In einem Interview vor seiner Polen-Reise verwechselte er den Warschauer Aufstand mit dem Warschauer Ghettoaufstand (vgl. Jochum 2000). Gerade weil das staatssozialistische Regime in seiner geschichtspolitischen Auslandspropaganda den Warschauer Aufstand verschwiegen und stattdessen den Ghettoaufstand als polnischen Widerstand pries, reagierte man in Polen empfindlich auf den Fauxpas. Jedoch sagte der Bundespräsident in seiner Rede bei den Feierlichkeiten in Warschau die entscheidenden Worte, auf die die meisten Polen wohl gewartet hatten: „Heute aber verneige ich mich vor den Kämpfern des Warschauer Aufstandes wie vor allen polnischen Opfern des Krieges: Ich bitte um Vergebung für das, was ihnen von Deutschen angetan worden ist“ (Herzog 1994). Eine Aufarbeitung des Warschauer Aufstandes sowie der anderen Verbrechen in Polen blieb

in Deutschland jedoch aus, obgleich Herzog die deutsche Schuld beim Namen nannte. Der Bundespräsident erklärte den 27. Januar zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, der allerdings einen starken Fokus auf den Holocaust hat und die nicht jüdischen Opfer weithin ausblendet.

In Polen wurde die Diskussion aus den 1950er-Jahren wieder aufgegriffen, ein Museum zum Gedenken an den Aufstand zu errichten. 1994 wurde der Grundstein dafür gelegt. Der damalige Oberbürgermeister Warschaws und spätere Präsident Polens, Lech Kaczyński, eröffnete am 1. August 2004 feierlich das Museum des Warschauer Aufstands. Auf nunmehr 3.000 Quadratmetern können die Besucher auf drei Ebenen mehr als 750 einzelne Ausstellungsgestände, fast 1.000 Fotografien und 225 Tafeln mit historischen und biografischen Informationen, Landkarten, Stadtplänen und Filmausschnitten anschauen. Das landesweit bekannte und viel besuchte Museum hat viel zur Popularisierung der Kenntnisse über den Warschauer Aufstand beigetragen. Das Symbol für das im Untergrund kämpfende Polen (ein in der Mitte eines geschwungenen W aufgesetztes P) ist heute vielfach im öffentlichen Raum zu sehen, in verschiedenen Variationen, selbst als Autoaufkleber.

Zur runden Jubiläumsfeier 2004 kam erstmalig ein deutscher Bundeskanzler nach Polen. Gerhard Schröder schloss sich Roman Herzogs Rede mit den Worten an: „Wir beugen uns heute in Scham angesichts der Verbrechen der Nazi-Truppen“ (Schröder 2004). Zum einen wies er in seiner Rede die Ansprüche von vertriebenen Deutschen auf materielle Entschädigung zurück, zum anderen bekannte er sich eindeutig zur Schuld der Deutschen, auch wenn es lange gedauert habe: „In Deutschland fanden wir auf der Suche nach Verstehen, Vergebung und Versöhnung lange nicht die Kraft dazu [...]“ (ebd.). Die Debatte über die beiden Versionen der Wehrmachtsausstellung aus den 1990er-Jahren zeigt, was Schröder gemeint haben könnte. Trotz der emotionalen Debatte und der Entmythologisierung der „sauberen Wehrmacht“ wurde deutlich, dass Polen aus dem Bewusstsein über deutsche Kriegsverbrechen

verdrängt wurde. Für beide Ausstellungen begann der Zweite Weltkrieg erst mit dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion 1941. Polen kam in den Wehrmachtsausstellungen überhaupt nicht vor. Weder die Verbrechen der Wehrmacht während des Angriffskrieges im September und Oktober 1939 noch die Kriegsverbrechen während des Warschauer Aufstands, an denen auch der Wehrmacht unterstellte Einheiten beteiligt waren, kamen zur Sprache.

In Deutschland dominiert der Holocaust als eine Art europäischer Gründungsmythos, wohingegen in Polen auf staatlicher Ebene am national-polnischen Narrativ festgehalten wird und man sich weiterhin mit der Aufarbeitung eigener Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges schwertut. An der ZDF-Produktion „Unsere Mütter, unsere Väter“ (2013), hier beginnt der Zweite Weltkrieg wohlgermerkt auch erst mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941, zeigt sich dieser Konflikt sehr deutlich. Über zehn Millionen Deutsche sahen die preisgekrönte dreiteilige Serie. Zur besten Sendezeit schauten sich auch über 3,5 Millionen Polen die deutsche Trilogie an und waren verärgert über die Viktimisierung Deutschlands. Besonders die Szenen, in denen ein Teil der polnischen Untergrundkämpfer als Antisemiten dargestellt wurde, provozierten kontroverse Debatten (vgl. Röger 2013, S. 3). Als eine Art polnische Antwort auf den deutschen Dreiteiler kann der Blockbuster „Miasto 44“ („Warschau 44“) interpretiert werden, der 2014 zum 70. Jahrestag in polnischen Kinos gezeigt wurde. Millionen Polen schauten sich die moderne Verfilmung an, die unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Republik Polen, Bronisław Komorowski, stand und durch Mittel des polnischen Staates finanziert wurde. Das ZDF strahlte den polnischen Spielfilm im Hauptabendprogramm aus, aber nur knapp eine Million Deutsche schalteten ein (vgl. Peters 2015). Der Film konnte sich wahrscheinlich deswegen nicht im Abendprogramm behaupten, weil zu wenige TV-Zuschauer seine Relevanz einzuordnen vermochten.

Der Blick auf die Geschichte durch die Augen der anderen ist immer noch schwierig. Das wissen auch die Mitglieder der deutsch-polnischen

Schulbuchkommission, die bereits zu Zeiten des Kalten Krieges 1972 ihre Zusammenarbeit aufnahm. So forderte diese Kommission 1976 in der „Empfehlung 20. Die nationalsozialistische Besatzungspolitik und der Widerstand im Zweiten Weltkrieg“: „[...] Es sollten [...] der Kampf der polnischen Streitkräfte, die den Fortbestand des polnischen Staates symbolisierten, und die Aktivitäten der polnischen Widerstandsbewegung, insbesondere die Erhebung des Warschauer Ghettos und der Warschauer Aufstand, gewürdigt werden [...]“ (Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission 1995, S. 28). Fast 40 Jahre später, 2008, begann die Kommission ein deutsch-polnisches Geschichtsbuch für die Sekundarstufe I mit für beide Seiten identischem Inhalt zu erarbeiten. In polnischen Geschichtsbüchern nimmt der Warschauer Aufstand eine zentrale Rolle ein, der Ghettoaufstand von 1943 wird dagegen separat im Rahmen des Holocausts behandelt. In Deutschland werden beide Warschauer Aufstände nicht klar getrennt oder der Schwerpunkt liegt auf dem Ghettoaufstand (Strobel 2010).

Dasselbe gilt für den Widerstand: In deutschen Schulbüchern wird das Thema Widerstand durchaus behandelt. Es bezieht auch die französische Untergrundbewegung Résistance ein, missachtet jedoch, dass die größte Untergrundorganisation in Polen existierte: In nur 30 von 67 zwischen 1949 und 2006 erschienenen deutschen Schulbüchern kam der Warschauer Aufstand 1944 vor – und wenn, dann auch nur sehr knapp (ebd., S. 266). Die Schulbuchkommission fordert in ihrem Empfehlungsschreiben „Schulbuch Geschichte. Ein deutsch-polnisches Projekt – Empfehlungen“ von 2010, das Thema Warschauer Aufstand 1944 aufzugreifen: „Ein geeignetes, in deutschen Schulbüchern derzeit noch wenig behandeltes Beispiel könnte etwa die Darstellung des polnischen Untergrundstaates (incl. des Warschauer Aufstandes) sein“ (Steuerungsrat 2010, S. 112). Auch schneidet die Kommission selbstbewusst ein in Polen empfindliches Thema an, und zwar die Frage nach der Legitimität des Aufstands: „Die Frage nach der Legitimität von Gewalt im Widerstand und der Effektivität von Gewaltlosigkeit bzw. der demonstrativen Zivilität von Beherrschten und

Rechtlosen ließe sich ausgezeichnet an Beispielen wie dem Aufstand im Warschauer Ghetto (1943), dem Warschauer Aufstand (1944) [...] behandeln“ (ebd., S. 112f.).

Die Infragestellung des symbolträchtigen Aufstandes wird in Polen seit der Publikation „Wahnsinn 44“ von Piotr Zychowicz (Zychowicz 2013) aus dem Jahr 2013 öffentlich breit diskutiert. Er prangert die Sinnlosigkeit des Warschauer Aufstands von 1944 an und trifft damit eine empfindliche Stelle des polnischen Geschichts- und Selbstverständnisses. Denn den Aufstand beschreibt der junge Historiker nicht nur als sinnlos, sondern auch als kontraproduktiv: Die Sowjets hätten durch den gescheiterten Aufstand, den Tod und die Vertreibung von Zehntausenden Untergrundkämpfern noch leichter ein kommunistisches Regime aufbauen können. Von höchster Stelle kam Widerspruch. Der Aufstand sei keineswegs ein Zeichen von Unverantwortlichkeit gewesen, sondern Ausdruck einer Sehnsucht nach Freiheit, erklärte Erzbischof Józef Michalik, der Vorsitzende der polnischen Bischofskonferenz im polnischen Rundfunk (Abp. Michalik 2013).³ Die nationalkatholische Zeitschrift „Do Rzeczy“ („Zur Sache“) antwortete passend dazu auf einem Titelblatt mit der Schlagzeile: „Wahnsinn 1944 oder Wahnsinn 2013“ (Obłęd 2013). Diese Auseinandersetzung ist beim Warschauer Ghettoaufstand 1943 eine gänzlich andere: Die jüdischen Aufständischen wussten, dass sie so gut wie keine Chance hatten und wollten dennoch ein Zeichen setzen. Die polnischen Widerständler hingegen hätten eine Chance gehabt. Trotz aller Debatten ist für viele Polen der Warschauer Aufstand 1944 eines der wichtigsten Ereignisse der polnischen Geschichte. Die Publikation „Postawy młodzieży ponadgimnazjalnej wobec przeszłości i historii Polski XX wieku“ („Haltungen von Jugendlichen im Alter nach der Mittelschule zur Vergangenheit und Geschichte Polens im 20. Jahrhundert“) von Krzysztof Malicki und Krzysztof Piróg aus dem Jahr 2016 zeigt, dass die Jugend Polens den Warschauer Aufstand als das positivste Ereignis des 20. Jahrhunderts empfindet – noch vor der Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* (Malicki/Piróg 2016, S. 152). In

³ Das Zitat ist nachzuhören auf <http://www.polskieradio.pl/5/3/Artykul/900859>.

einer anderen Studie von 2012 zeigt Krzysztof Malicki, auf welches historische Ereignis die Polen stolz sind: Der Aufstand steht dort an dritter Stelle, noch vor dem Sturz des kommunistischen Regimes 1989 (Malicki 2012, S. 91).

Während in Polen der Deutungskampf um die Sinnhaftigkeit des Warschauer Aufstands andauert, hat in Deutschland der Warschauer Aufstand 1944 allmählich Einzug in das Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit gefunden. Zum Auftakt des 70. Jahrestags 2014 organisierte das Museum des Warschauer Aufstands die Ausstellung „Warschauer Aufstand 1944“ im Berliner Museum „Topographie des Terrors“. Höhepunkt der Ausstellung ist eine sechsminütige Computeranimation, die den Flug bei wortloser, aber klagender Musik über das verwüstete Warschau im Frühjahr 1945 simuliert. Als Schirmherren eröffneten die Staatspräsidenten von Polen und Deutschland, Bronisław Komorowski und Joachim Gauck, die Ausstellung in Anwesenheit von Veteranen der polnischen Untergrundarmee. „Wir [...] sind uns dessen [...] bewu[ss]t, da[ss] diese Leiden und Opfer nicht umsonst waren. Der Warschauer Aufstand prägte nämlich die nächste Generation, meine Generation der Menschen der polnischen Solidarność, eine Generation, der man Träume von Freiheit nicht mehr wegnehmen konnte“, sagte der polnische Präsident (Komorowski 2014, S. 31). Bundespräsident Gauck fügte in seiner Rede hinzu, dass „[es] eine Tugend war, in einer solch existenziellen Lage selbst dann zu streiten und zu kämpfen, wenn der Erfolg höchst ungewiss ist“ (Gauck 2014, S. 20). Die Ausstellung traf in der zweiten Station im Münchener NS-Dokumentationszentrum auf ebenso hohe Resonanz wie im dritten Ausstellungsort Heidelberg, wo die Wanderausstellung im Friedrich-Ebert-Haus im November 2016 eröffnet wurde. Der Ko-Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission, Robert Traba, meinte bereits eine Trendwende in Deutschland zu erkennen: Das Thema Warschauer Aufstand 1944 werde zunehmend aufgegriffen, aber man wisse über das Besatzungsregime der Deutschen in Osteuropa weiterhin zu wenig (vgl. Szukała 2016).⁴

⁴ Die gestiegene Wahrnehmung des Warschauer Aufstands bestätigt auch eine jüngere Untersuchung: Kleßmann/Barelkowski 2011.

Die nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) hat bereits signalisiert, die Geschichte bewusst zu nutzen, um ein „patriotisches Fundament“ (vgl. Duda 2016) zu schaffen. Das 2001 erschienene Buch „Nachbarn“ (Gross 2001) des polnischen Historikers Jan Tomasz Gross, in dem die Ermordung der Juden in Jedwabne durch ihre polnischen Nachbarn 1941 dargelegt wird, stellte die Opferrolle der Polen in Frage. Die Diskussion zeigt den latenten Ärger darüber, dass das Leid der jüdischen Bevölkerung in der internationalen Erinnerung überwiegt. Die „Opferrivalität“, die von den Kommunisten bewusst geschürt wurde, existiert weiterhin. Der nationalkonservative Präsident Andrzej Duda erwog daher, Gross den Verdienstorden der Republik Polen, den er als Anerkennung für seinen Kampf gegen das kommunistische Regime erhalten hatte, abzuerkennen. Die dazugehörige Petition der Stiftung „Festung für den guten Ruf Polens – Polnische Antidiffamierungsliga“ unterstützten von Oktober 2015 bis Februar 2016 mehr als 40.000 Personen (Lesser 2016). Es muss jedoch deutlich gesagt werden, dass das 2014 in Warschau eröffnete Museum der Geschichte der Polnischen Juden (POLIN) Pogrome an polnischen Juden während und nach dem Krieg und auch die antizionistische Politik in den 1960/70er Jahren bewusst thematisiert. Auch werden der Warschauer Ghettoaufstand und der Holocaust dargestellt, jedoch nicht schwerpunktmäßig. In Polen trennt man beide Aufstände konsequent. Der Warschauer Ghettoaufstand 1943 wird dem Holocaust-Gedenken zugeordnet. Wie u. a. die große mehrtägige Gedenkfeier zum 70. Jahrestag im Jahr 2013 zeigte, ist für das heutige Polen das Erinnern an das jüdische Leid von hoher staatstragender Bedeutung.

Der deutschen Öffentlichkeit wird nur allmählich der Unterschied zwischen dem jüdischen und dem polnischen Aufstand bewusst. Zu lange hat der Fokus auf den Eisernen Vorhang, die antisowjetische Tendenz und die Überlagerung durch das Holocaust-Gedenken die Geschichtspolitik determiniert. Polen hingegen hat den Warschauer Ghettoaufstand und den Holocaust in seine Erinnerungskultur aufgenommen, jedoch nicht mit der deutschen Grundhaltung eines

negativen Gründungsmythos, und unterscheidet ihn stark von seiner rein nationalen Geschichte. Beide Aufstände unterscheiden sich von ihren Motiven her: Die Juden wollten ein Zeichen setzen. Die Polen des Warschauer Aufstandes 1944, wie etwa der junge Dichter Krzysztof Kamil Baczyński, wollten sich aus eigener Kraft befreien – und kein Sinnbild für die heroische Opferrolle abgeben.

Die Diskussion über die Einordnung der Erinnerung an den Warschauer Aufstand zeigt: Eine Homogenisierung der Erinnerung und somit der nationalen Geschichtspolitik sollte nicht angestrebt werden. Die Gesellschaften müssen sich vielmehr mit den bestehenden Differenzen auseinandersetzen (vgl. Feindt 2014). Denn die Europäisierung des Gedächtnisses ist angesiedelt zwischen forcierter Konstruktion auf der europäischen, transnationalen Ebene und künstlicher Begrenzung auf den Rahmen des Nationalstaates oder sonstiger Subeinheiten (ebd., S. 165). Am Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus⁵ würde sich anbieten, den Warschauer Aufstand 1944 und die weiteren nicht jüdischen Opfer in Osteuropa auch in Deutschland zu erinnern. Deutschland muss an seinem Erinnerungsdefizit arbeiten und sich intensiver mit den Leiden der nicht jüdischen Zivilbevölkerung unter deutscher Besatzung während des Zweiten Weltkriegs auseinandersetzen.

LITERATUR

Abp Michalik: z bólem patrzę na krytyków powstańców, 31.07.2013, <http://www.polskieradio.pl/5/3/Artykul/900859/> (18.12.2016).

Baczyński, Krzysztof Kamil: Pożegnanie żalosego strzelca, <http://www.baczynski.art.pl/wiersze/101-W.html> (18.12.2016).

Borodziej, Włodzimierz: Der Warschauer Aufstand 1944, Frankfurt am Main 2001.

Davies, Norman: Aufstand der Verlorenen. Der Kampf um Warschau 1944, München 2004.

⁵ 23. August, zur Erinnerung an den Ribbentrop-Molotow-Pakt vom 23. August 1939.

Duda, Andrzej: Wystąpienie prezydenta na debacie NRR dot. polityki historycznej [Rede des Präsidenten anlässlich der Debatte des Nationalen Entwicklungsrats zur Geschichtspolitik], 16.02.2016, <http://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/art,29,wystapienie-prezydenta-na-debacie-nrr-dot-polityki-historycznej.html> (08.12.2016).

Feindt, Gregor/Krawatzek, Félix/Mehler, Daniela/Pestel, Friedemann/Trimçev, Rieke (Hg.): Europäische Erinnerung als verflochtene Erinnerung. Vielstimmige und vielschichtige Vergangenheitsdeutungen jenseits der Nation, Göttingen 2014.

Gauck, Joachim: Rede zur Eröffnung der Ausstellung, in: Der Warschauer Aufstand 1944 (Ausstellungskatalog), Berlin 2014, S. 20-23.

Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission: Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen, in: Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographie-Unterricht, Nr. 22/15, Braunschweig 1995.

Gross, Jan T.: Nachbarn: der Mord an den Juden von Jedwabne, München 2001.

Herzog, Roman: Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog anlässlich des Gedenkens an den 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes in Warschau 1994, http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1994/08/19940801_Rede.html (27.10.2017).

Jochum, Michael: „Ich bitte um Vergebung“. Wie Roman Herzogs Warschauer Rede entstand, 2000, http://www.zeit.de/2000/07/Ich_bitte_um_Vergebung/site-2 (18.12.2016).

Kleßmann, Christoph: Der Generalgouverneur Hans Frank, in: „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ 19 (3), 1971, S. 245-260.

Kleßmann, Christoph/Barelkowski, Matthias: Die Wahrnehmung des Warschauer Aufstands in den deutschen Öffentlichkeiten, in: Bömelburg, Hans-Jürgen/Król, Eugeniusz Cezary/Thomae, Michael (Hg.): Der Warschauer Aufstand 1944. Ereignis und Wahrnehmung in Polen und Deutschland, Paderborn 2011, S. 243-268.

Kniefall angemessen oder übertrieben?, in: „Der Spiegel“, Nr. 51/1970, S. 27.

Komorowski, Bronisław: Rede zur Eröffnung der Ausstellung, in: Der Warschauer Aufstand 1944 (Ausstellungskatalog), Berlin 2014, S. 28-34.

Kosmala, Beata: Der Aufstand im Warschauer Ghetto 1943 und der Warschauer Aufstand 1944 in der Geschichtspolitik der Volksrepublik Polen. Zwischen Umdeutung, Verschweigen und Erinnerung, in: Brumlik, Micha/Sauerland, Karol (Hg.): Umdeuten, verschweigen, erinnern. Die späte Aufarbeitung des Holocausts in Osteuropa, Frankfurt am Main 2010, S. 179-202.

Król, Eugeniusz C.: Gespräch mit dem Vater: Über den Mythos Heimatarmee, in: „Dialog“, Nr. 68/2004.

Lesser, Gabriele: Schädlicher Verleumder, in: „Jüdische Allgemeine“, 19.02.2016, <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/24698> (18.12.2016).

Malicki, Krzysztof/Piróg, Krzysztof: Postawy młodzieży ponadgimnazjalnej wobec przeszłości i historii Polski XX wieku [Die Einstellungen polnischer Oberstufenschüler zur Vergangenheit und zur Geschichte Polens im 20. Jahrhundert], Warszawa 2016.

Malicki, Krzysztof: Pamięć przeszłości pokolenia transformacji [Die Erinnerung der Transformationsgeneration an die Vergangenheit], Warszawa 2012.

Obłąd 1944 czy obłąd 2013 [Wahnsinn 1944 oder Wahnsinn 2013], 04.08.2013, <https://dorzeczy.pl/1224/Obled-1944-czy-obled-2013.html> , 21.01.2017.

Peters, Florian: Revolution der Erinnerung. Der Zweite Weltkrieg in der Geschichtskultur des spätsozialistischen Polen, Berlin 2016.

Peters, Florian: Der Warschauer Aufstand in Videoclip-Ästhetik. Der polnische Blockbuster „Warschau '44“ läuft im ZDF – und kaum jemand schaut hin, <http://zeitgeschichte-online.de/film/der-warschauer-aufstand-videoclip-aesthetik> (18.12.2016).

Piekałkiewicz, Janusz: Kampf um Warschau. Stalins Verrat an der polnischen Heimatarmee 1944, München 1994.

Prof. Traba: Powstanie Warszawskie jest w Niemczech coraz bardziej rozpoznawalne [Prof. Traba: Der Warschauer Aufstand ist in Deutschland immer bekannter], 30.08.2016, <http://dzieje.pl/aktualnosci/prof-traba-powstanie-warszawskie-jest-w-niemczech-coraz-bardziej-rozpoznawalne> (18.12.2016).

Rede des Reichsführers SS vor den Wehrkreisbefehlshabern und Schulkommandeuren, 21.09.1944, o. O., o. J. Bestände des Berlin Document Center, Roll 38, Ordner 238 B.

Röger, Maren: Ich matki, ich ojcowie [Ihre Mütter, ihre Väter], in: „Gazeta Wyborcza“, 21.06.2013.

Rusinek, Kazimierz: Przypomnienie i ostrzeżenie. W 20. rocznicę powstania w getcie warszawskim [Erinnerung und Warnung. Zum 20. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto], in: „Życie Warszawy“, 18.04.1963.

Schröder, Gerhard: 60. Jahrestag des Warschauer Aufstandes, 01.08.2004, <http://gerhard-schroeder.de/2004/08/01/60-jahrestag-warschauer-aufstande/> (18.12.2016).

Steuerungsrat und Expertenrat des Projektes „Deutsch-Polnisches Geschichtsbuch“: Schulbuch Geschichte. Ein deutsch-polnisches Projekt – Empfehlungen, Berlin/Warschau 2010.

Strobel, Thomas: Der Warschauer Aufstand in bundesdeutschen Schulgeschichtsbüchern 1949-2006, in: Wahrheit, Erinnerung, Verantwortung. Der Warschauer Aufstand im Kontext der deutsch-polnischen Beziehungen, Warschau 2010, S. 261-274.

Ukielski, Paweł/Wojciuk, Michał T.: Polskie powstanie [Polnischer Aufstand], in: Kšišian, Michal (Hg.): Kommunisti a povstania, Communists and Uprisings, Kraków 2012, S. 123-200.

Zychowicz, Piotr: Oblęd’44. Czyli jak Polacy zrobili prezent Stalinowi, wywołując Powstanie Warszawskie [Wahnsinn’44. Oder wie die Polen Stalin ein Geschenk machten, indem sie den Warschauer Aufstand starteten], Poznań 2013.

Życieński, Zdzisław: O pomnik Powstania Warszawskiego [Über das Denkmal des Warschauer Aufstandes], in: „Biuletyn IPN“, Nr. 8–9 (79–80), 2007, S. 184-190.

Perspektiven der Geschichtspolitik im Kontext der Einstellung junger Polen zur Vergangenheit

KRZYSZTOF MALICKI

Nach ihren Siegen bei der Präsidentschafts- und der Parlamentswahl im Jahr 2015 erklärte die neue Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*, PiS) die Geschichtspolitik zu einem der wesentlichen Instrumente des von ihr angestrebten tiefgreifenden Wandels in staatlichen Schlüsselinstitutionen. Bereits im Dezember 2015 sprach Wojciech Kolarski, Unterstaatssekretär in der Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen, bei der „Vorstellung der neuen Geschichtspolitik“ von der Zusammenführung der Erinnerung an die Vergangenheit mit der Schaffung einer kollektiven Identität als tragender Säule dieser Politik (Sosnowski 2015). Im Februar 2016 kündigte Staatspräsident Andrzej Duda in einer Sitzung des Nationalen Entwicklungsrats (*Narodowa Rada Rozwoju*) die Einführung einer „offensiven“ Geschichtspolitik „auf institutioneller Ebene und in der Bildung [...] als Bestandteil der Erziehung kommender Generationen von Polen“ an. Eine solche Politik habe sich auf den Stolz auf die Geschichte Polens und das Wissen über seine Traditionen zu stützen (Mikulska

2016). Als Inhalte, die das Fundament der staatsbürgerlichen Identität bilden sollten, nannte Jan Żaryn unter anderem „positive identitätsstiftende Mythen“, unter denen der Warschauer Aufstand und der antikommunistische Untergrundkampf der „Verfemten Soldaten“ einen besonderen Platz einnehmen sollten (Prof. Żaryn 2016).

Der Einfluss von Vorstellungen über die Vergangenheit und die Geschichte auf die individuelle und kollektive Identität interessiert seit jeher nicht nur politische Entscheidungsträger, sondern auch Wissenschaftler und Meinungsforscher. Das wechselseitige Verhältnis von Gedächtnis und Identität ist ein integrales Thema der Sozialwissenschaften und der Forschungen zur kollektiven Erinnerung (Growiec/Kapralski 2014). Am eingehendsten wurden die damit verbundenen Mechanismen und Prozesse am Beispiel undemokratischer Systeme untersucht, die immer das Recht auf Eingriffe in das Geschichtsbild ihrer Bürger für sich beanspruchen (die anschaulichste Beschreibung dieses Phänomens lieferte George Orwell). Doch die Problematik betrifft jede Form von Herrschaft, auch ein demokratisch errungenes Mandat bietet keinen Schutz vor Missbrauch. Wie Paul Ricœur anmerkt, wohnt allen Versuchen der Einflussnahme auf Geschichtsbilder die Gefahr eines „Missbrauchs des Gedächtnisses“ inne, und eine die Macht legitimierende Ideologie bringt durch die Verbindung mit einer „autorisierten Geschichte“ (dem „gelernten“ und „offiziell gefeierten“ Geschichtsbild) unweigerlich ein „eingeübtes Gedächtnis“ hervor (Ricœur 2004, S. 95f.). Aus diesem Grund gehörte schon in den Jahren 2005 bis 2007 (in der Zeit der ersten PiS-Regierung) die Geschichtspolitik zu den ständig kritisierten Feldern der Regierungsarbeit. Der am häufigsten geäußerte Vorwurf, etwa bei Marcin Kula (Kula 2008), lautete, die Regierung manipulierte das Bild der Vergangenheit Polens.

Lech M. Nijakowski zufolge gründete die PiS-Erinnerungspolitik zwischen 2005 und 2007 unter anderem auf der Berufung auf den Katholizismus (unter besonderer Betonung der Person und der Lehre Johannes Pauls II.), auf „nationalem Größenwahn“, der Zurückweisung

der polnischen Verantwortung für begangene Verbrechen, der Delegalisierung der Volksrepublik Polen und der kultischen Verehrung romantischer Helden (Nijakowski 2008). In seiner Einschätzung der Geschichtspolitik der Regierung nach 2015 nennt Antoni Dudek Militarisierung sowie die Betonung aufständischer Traditionen und der Rolle der „Verfemten Soldaten“ als konstitutive Merkmale des staatlich propagierten Geschichtsbildes (Prawica 2016). Noch radikaler in seiner Kritik der neuen Geschichtspolitik ist Rafał Wnuk. Er beschreibt sie als „Mischung aus Militarisierung, Heroisierung und Mythologisierung. Und sie trägt alle Merkmale propagandistischer Indoktrination“ (Pamięć 2016).

In der weiteren Argumentationsführung zur seit 2015 verwirklichten Geschichtspolitik werden ausgewählte Aspekte der polnischen Geschichte vorgestellt, für die vier Merkmale wesentlich sind: die Geschichte als bewaffneter Kampf um die Unabhängigkeit, die Heroisierung der Vergangenheit der nationalen Gemeinschaft, die Betonung der Themen des Warschauer Aufstands und der „Verfemten Soldaten“ sowie eine kritische Bewertung der Volksrepublik Polen.

Die Radikalität der Standpunkte und die Schärfe der geschichtspolitischen Debatte legen es nahe, nach den ihr zugrundeliegenden Mechanismen, den Motiven der Beteiligten und den Einstellungen der potenziellen Zielgruppen zu fragen. Die Machtübernahme 2015 ermöglichte es der PiS, ihre geschichtspolitischen Grundsätze in die Praxis umzusetzen und in die Strukturen zahlreicher staatlicher Institutionen zu implementieren, unter denen von Anfang an denjenigen eine wichtige Rolle zufiel, die junge Polen erziehen. Die Bildung eignet sich besonders gut für Untersuchungen zur Frage, inwieweit die Aktivitäten politischer Entscheidungsträger mit dem gesellschaftlichen „Bedürfnis“ nach den propagierten Inhalten übereinstimmen. Vor diesem Hintergrund behandelt der vorliegende Text auch die Frage nach den Perspektiven der Politik der neuen Regierung (aber auch jeder anderen Regierung mit einem vergleichbaren geschichtspoli-

tischen Programm) im Kontext der Einstellungen junger Polen zur polnischen Geschichte.

Zunächst sind die zentralen Prämissen der seit 2015 vorherrschenden geschichtspolitischen Konzeption und die Haltungen junger Polen zur Vergangenheit einander gegenüberzustellen und auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede hin zu befragen. Es soll untersucht werden, inwiefern die Vorstellungen junger Polen von der Geschichte sich mit dem von der gegenwärtigen Regierung propagierten national-patriotischen Geschichtsbild überschneiden. Konkret geht es um die Frage, ob die Personen und Ereignisse der polnischen Geschichte, die nun intensiv durch polnische staatliche Institutionen propagiert werden, unter heranwachsenden Polen, die an der Schwelle zum Erwachsenenalter und vor ersten politischen und weltanschaulichen Entscheidungen stehen, auf positive Resonanz stoßen können oder ob sie von den Jugendlichen vielmehr kritisch betrachtet oder abgelehnt werden. Die im vorliegenden Artikel dargestellten Überlegungen basieren auf den Ergebnissen einer landesweiten Befragung von jungen Polinnen und Polen aus dem Jahre 2015 zu ihren Einstellungen zur polnischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, dem umfangreichsten Forschungsprojekt dieser Art in Polen nach 1989.¹

Veränderungen in den gemeinsamen Vorstellungen von der Vergangenheit innerhalb einer Gesellschaft (dem „kollektiven Gedächtnis“²) sind weder leicht noch in kurzer Zeit zu bewerkstelligen.

¹ Die Forschungsergebnisse stammen aus dem Projekt „Badanie postaw młodzieży szkół ponadgimnazjalnych wobec historii Polski XX wieku“ [Untersuchung der Einstellungen von Oberstufenschülern zur Geschichte Polens im 20. Jahrhundert], in dessen Rahmen im Frühjahr 2015 insgesamt 3744 Oberstufenschüler und -schülerinnen aus 169 Schulen befragt wurden. Die Auswahl basierte auf den Daten des Bildungsinformationssystems (System Informacji Oświatowej) und berücksichtigte die unterschiedlichen Schultypen sowie das Verhältnis der Schülerzahlen in den einzelnen Woiwodschaften. Für eine umfassende Besprechung der Ergebnisse siehe: Malicki/Piróg 2016.

² Das „kollektive Gedächtnis“ wird von Barbara Szacka definiert als „Komplex von Vorstellungen über die Vergangenheit einer Gruppe sowie das in unterschiedlichen Formen sich manifestierende Gedenken an Personen und Ereignisse aus dieser Vergangenheit“ (Szacka 2000, S. 52).

Das liegt daran, dass diese Vorstellungen neben relativ dauerhaften Überzeugungen und historischen Bewertungen auch das Gedenken an die Vergangenheit umfassen, in dem sich meist auch gesellschaftliche Erwartungen, Werte und Sympathien artikulieren. Selbst für konsequent durchgeführte Versuche einer Umgestaltung des kollektiven Gedächtnisses (dazu ist die Geschichtspolitik zu zählen) kann sich der Stand des Kollektivbewusstseins der Bürger als unüberwindliches Hindernis erweisen. Umgekehrt kann das Bedienen kollektiver Erwartungen und Sympathien angestrebten Veränderungen zum Erfolg verhelfen und zur Umgestaltung der Einstellungen der Bürger in der gewünschten Weise führen. Bestes Beispiel in der polnischen Geschichte des 20. Jahrhunderts sind die Bemühungen des kommunistischen Regimes nach 1944, den Polen ein Geschichtsbild aufzuoktroieren, das gesellschaftlich wichtige Ereignisse und Personen diskreditieren (u. a. den polnisch-bolschewistischen Krieg 1920, Józef Piłsudski) oder auslöschen und in Vergessenheit geraten lassen sollte (u. a. Katyn und die Soldaten des antikommunistischen Untergrunds). Doch der Plan des totalitären Regimes ging nicht ganz auf, weil er im unabhängigen, weitestgehend autonomen kollektiven Erinnern an die Vergangenheit auf unüberwindliche Barrieren stieß.

Angesichts des besonderen Stellenwerts der schulischen Bildung in den geschichtspolitischen Plänen der neuen Regierung liegt es nahe, die in der jungen Generation existierenden Einstellungen zur Geschichte genauer zu betrachten – nicht zuletzt deshalb, weil sich im Jugendalter weltanschauliche Positionen zu vielen gesellschaftlichen Fragen und Problemen herauskristallisieren, darunter die Sicht auf Vergangenheit und Tradition. Viele der in der Jugend erlangten Überzeugungen manifestieren sich in späteren Lebensphasen unter anderem in politischen Entscheidungen. Darüber hinaus ist die Rangordnung junger Menschen in bestimmten politischen Fragen auch in anderer Hinsicht von eminenter Bedeutung. Wenn die programmatischen Forderungen einer politischen Gruppierung bei Jugendlichen gut ankommen, gilt das als Beleg für ihre Attraktivität und Zukunftsfähigkeit.

Die Generation der nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems geborenen Polen nimmt in chronologisch-historischer Hinsicht eine Ausnahmestellung ein. Erst zum zweiten Mal seit mehr als 200 Jahren tritt in Polen eine Generation ins Erwachsenenalter ein, die von Geburt an unter den Bedingungen eines unabhängigen Staates lebte. Eine ähnliche Situation gab es zuvor nur in der Zeit der Zweiten Republik (1918-1939), wobei die damalige Generation junger Polen vor einer fundamental anderen Herausforderung in Gestalt des heraufziehenden Krieges stand. Die Situation junger Polen im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist eine komplett andere. Polens Entscheidung für den Weg der Transformation implizierte nicht nur politischen Pluralismus und freie Marktwirtschaft, sondern auch die geopolitische Orientierung nach Westeuropa. Den heranwachsenden Polen eröffneten sich dadurch unter anderem unbegrenzte Reise- und Bildungsmöglichkeiten sowie eine ungezwungene Auseinandersetzung mit der Geschichte, wie sie vor 1989 nicht möglich war.

Eine Schlüsselfrage, die sich daraus ergibt, lautet, wie sich die Einstellungen junger Polen gegenüber den eingangs umrissenen, für das Programm des derzeitigen Regierungslagers grundlegenden Geschichtsbildern charakterisieren lassen. Im Folgenden soll diese Frage zweigleisig beantwortet werden.

Zunächst gilt der aus den Ergebnissen der Befragung ablesbare historische Kanon. Dieses Vorgehen gründet auf der Prämisse, dass aus den von den Jugendlichen benannten Personen und Ereignissen aus der polnischen Geschichte (positiv oder negativ konnotiert) auf ihre Sicht der Vergangenheit geschlossen werden kann. Der Kanon fungiert also als mittelbarer Indikator für weltanschauliche Präferenzen und Wertordnungen. Er erlaubt außerdem Rückschlüsse auf Ansichten zur gegenwärtigen sozialen und politischen Lage, zumal viele historische Figuren und Ereignisse in eindeutigen Zusammenhang mit aktuellen politischen Debatten gesehen werden. Für Barbara Szacka ermöglicht eine derartige Analyse „sicherere Erkenntnisse über die politische Orientierung als eine direkte Befragung“ (Szacka/Sawisz 1990, S. 14 f.). Freilich darf man dabei nicht

vergessen, dass es sich um eine komplexe Problematik handelt und daher bei Schlussfolgerungen Vorsicht geboten ist. In Meinungsumfragen zum sozialen Gedächtnis und zu Einstellungen gegenüber der Geschichte werden normalerweise keine Fragen mit direktem Bezug zu Programmen politischer Parteien gestellt (selbst wenn diese Punkte enthalten, die unmittelbar geschichtliche Wertungen betreffen). Die Sympathie für eine historische Person ist nicht immer gleichbedeutend mit der Unterstützung einer politischen Partei, die sich auf sie beruft. Dennoch steht außer Frage, dass Aussagen über das Verhältnis zu bestimmten Personen oder Ereignissen aus der Vergangenheit (etwa zum Kriegsrecht, Rundem Tisch, Lech Wałęsa, Wojciech Jaruzelski, Roman Dmowski, Ryszard Kukliński und jüngst zur Katastrophe von Smolensk) oft recht präzise Aufschlüsse über die politischen Vorlieben und die Weltanschauung der Befragten ermöglichen.

Die vorliegende Untersuchung befasst sich mit Aspekten des historischen Kanons, das heißt mit Personen und Ereignissen der Vergangenheit, die im Bewusstsein der Mitglieder der befragten Gruppe als wichtig und maßgeblich gelten (Szpociński 2014, S. 182). Besonders interessieren uns Antworten zu Themen der polnischen Geschichte, die den Kern der neuen geschichtspolitischen Konzeption bilden (nationale Aufstände, militärisches Geschichtsbild, „Verfemte Soldaten“). Ein solcher Ansatz lässt sich auf verschiedene Weisen rechtfertigen. Eine Begründung wäre etwa, dass ein Kanon die Ideen, Werte und Verhaltensmuster einer Gruppe reflektiert und somit symbolisch für diese Gruppe steht (ebd.). Ebenso sind diejenigen Personen oder Ereignisse, die kollektive Gefühle des Stolzes oder auch der Schande hervorrufen, Träger von Werten, mit denen die Angehörigen dieser Gruppe sich identifizieren oder die sie ablehnen und verurteilen. Für Barbara Szacka handelt es sich um „symbolische Chiffren“, um Schlüssel zum Verständnis von „Sehnsüchten, Wünschen und Ambitionen, auch solchen, die nicht anderweitig artikuliert werden oder sogar unbewusst sind“ (Szacka/Sawisz 1990, S. 15). Wenn in einem explizit benannten Kanon überproportional viele Militärführer oder Kulturschaffende vertreten sind, kann das interessante Aufschlüsse über die besonders

geschätzten Werte oder Ambitionen der befragten Gruppe liefern. Und schließlich wirken historische Kanons in Gemeinschaften, deren kollektive Bindungen vergangene, gegenwärtige und kommende Generationen einschließen, so dass nur ein über die Lebensperspektive des Einzelnen hinausreichender historischer Kanon imstande ist, generationsübergreifende Verbindungen zu stiften (Szpociński 2014, S. 182). Über die Lebensperspektive des Individuums hinausreichende Kanons verbinden es mit der weit zurückliegenden Vergangenheit wahrscheinlich mehr als das in der Schule umgesetzte Programm des Geschichtsunterrichts. Wenngleich Kanons meist durch Institutionen und Autoritäten geschaffen werden, entwickeln sie mit der Zeit ein Eigenleben (ebd.). Sie eröffnen somit einen guten Weg zur Erforschung von Vorstellungen von der Vergangenheit, selbst wenn diese weit von den offiziell propagierten Sichtweisen abweichen.

Der aus der 2015 durchgeführten Befragung von polnischen Jugendlichen hervorgehende Kanon historischer Personen und Ereignisse liefert einige wichtige Informationen. Vor allem zeigen sich Ähnlichkeiten mit den Einschätzungen früherer Generationen von Polen (Kwiatkowski 2008). Freilich wird der militärisch-unabhängigkeitskämpferische Aspekt stärker betont. Unter den historischen Personen und Ereignissen sind Lech Wałęsa und der Warschauer Aufstand überraschend hoch notiert. Der Grund dafür liegt vermutlich darin, dass die Befragung recht kurz nach den Kinopremieren der Filme „Wałęsa. Der Mann aus Hoffnung“ von Andrzej Wajda und „Warschau '44“ von Jan Komasa stattfand. Beide Filme wurden von zahlreichen Schulklassen besucht. Im Fall des Warschauer Aufstands ist auch der Beitrag des Museums des Warschauer Aufstands zur Herausbildung des historischen Bewusstseins nicht zu unterschätzen, das von vielen Jugendlichen als eines der besten Beispiele für interessante Geschichtsvermittlung angesehen wird (Malicki 2012).

Die in den Schaubildern eins bis vier präsentierten Ranglisten haben eindeutig militärisch-unabhängigkeitskämpferischen Charakter, in ihnen manifestiert sich die Vorstellung von der Vergangenheit als Kampf für die Freiheit des Vaterlandes. Man könnte geradezu

den Eindruck gewinnen, im 20. Jahrhundert seien Polen auf keinem anderen Gebiet als dem des Kampfs für die Freiheit ihres Landes aktiv gewesen. Verschwindend gering ist etwa der Anteil von Wissenschaftlern und Kulturschaffenden: Maria Skłodowska-Curie nennen gerade einmal 0,4% der Befragten, Wisława Szymborska 0,3% und Czesław Miłosz 0,1%.

Besonders bezeichnend ist, dass sich unter den von den Schülern genannten Personen viele wichtige Namen aus dem Kontext des polnischen Untergrundstaats nach 1945 finden: Witold Pilecki, Danuta Siedzikówna, Emil Fieldorf, Zygmunt Szendzielarz, Hieronim Dekutowski und Łukasz Ciepliński. Die einzelnen Namen werden zwar jeder für sich nicht allzu häufig genannt, doch zusammengenommen lägen die „Verfemten Soldaten“ nach Johannes Paul II. auf dem vierten Platz.

Schaubild 1. Kanon positiv konnotierter Figuren. *Historische Figuren, auf die ich stolz bin:*

| | |
|-------------------|------|
| Lech Wałęsa | 28,6 |
| Józef Piłsudski | 24,6 |
| Johannes Paul II. | 21,2 |
| Roman Dmowski | 6 |
| Witold Pilecki | 3,9 |

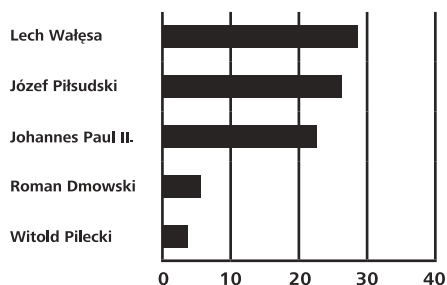


Schaubild 2. Kanon positiv konnotierter Ereignisse. *Historische Ereignisse, auf die ich stolz bin:*

| | |
|---|------|
| Warschauer Aufstand | 17,8 |
| Sturz des Kommunismus in Polen, Wahlen 1989 | 16,4 |
| Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1918 | 16 |
| Entstehung der Solidarność | 8,2 |
| Wahl von K. Wojtyła zum Papst | 5,7 |

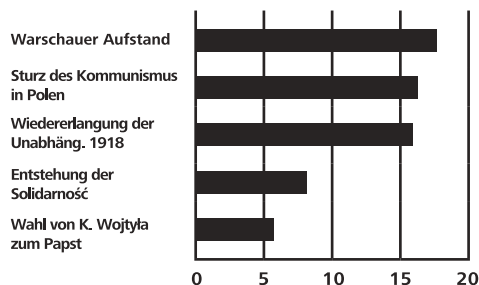


Schaubild 3. Kanon negativ konnotierter Figuren. *Historische Figuren, die in mir ein Gefühl von Scham hervorrufen:*

| | |
|---------------------|------|
| Wojciech Jaruzelski | 15,8 |
| Lech Wałęsa | 3,1 |
| Władysław Gomułka | 3 |
| Bolesław Bierut | 2,8 |
| Edward Gierek | 2,8 |

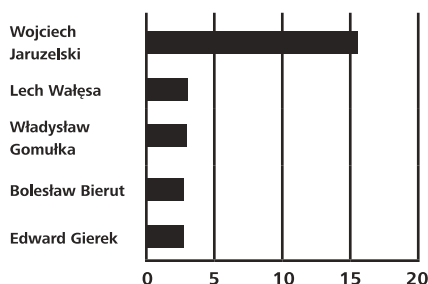
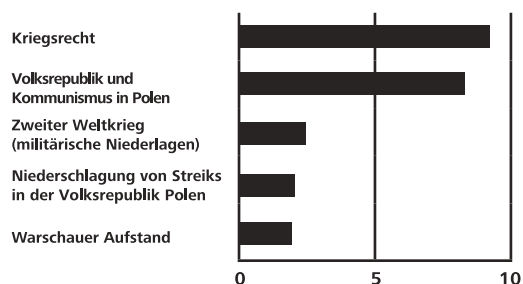


Schaubild 4. Kanon negativ konnotierter Ereignisse. *Historische Ereignisse, die in mir ein Gefühl von Scham hervorrufen:*

| | |
|--|-----|
| Kriegsrecht | 9,1 |
| Volksrepublik und Kommunismus in Polen | 8,2 |
| Zweiter Weltkrieg (militärische Niederlagen) | 2,4 |
| Niederschlagung von Streiks in der Volksrepublik Polen | 2 |
| Warschauer Aufstand | 1,9 |



Quelle: Malicki/Piróg 2016, S. 145-156. Die Fragen waren offen formuliert, das heißt, es konnte jeweils mehr als eine Antwort gegeben werden. In der Aufstellung wurden die fünf meistgenannten Antworten berücksichtigt. Gefragt wurde ausschließlich nach Figuren und Ereignissen der polnischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Nicht zu übersehen ist, dass die Jugendlichen bis auf drei Ausnahmen (Warschauer Aufstand, Westerplatte und Schlacht von Wizna) fast ausschließlich Beispiele für Erfolge und Siege auch unter schwierigen und ungünstigen Bedingungen nennen. Das würde darauf hindeuten, dass der Kult um nationale Katastrophen (trotz des ersten Platzes für den Warschauer Aufstand) nicht das dominierende Charakteristikum des Blicks junger Polen auf die Vergangenheit ist.

Aufmerksamkeit verdient der negative Kanon der Personen und Ereignisse, für die sich nach Ansicht der jungen Generation die Polen schämen müssen. In der entsprechenden Rangliste dominieren eindeutig Politiker, und zwar meist solche, die für andere Mächte arbeiteten oder offensichtlichen Landesverrat begingen (eine Ausnahme

bildet hier der von 3,1% der Schüler erwähnte Lech Wałęsa). Bei den meisten handelt es sich um kommunistische Funktionäre. Die Befragten benannten die Mehrzahl der ehemaligen Ersten Sekretäre des Zentralkomitees der Polnischen Arbeiterpartei bzw. Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Außerdem nannten sie Personen wie Jerzy Urban, Czesław Kiszczak, Feliks Dzierżyński und Konstanty Rokossowski. Wenig überraschend sind die zahlreichen Nennungen des Kriegsrechts, dessen Hauptverantwortlicher den ersten Platz in der Liste der negativ konnotierten historischen Personen einnimmt. Die Zeit der kommunistischen Volksrepublik erscheint somit im Lichte des durch die Befragung ermittelten Kanons als dezidiert negatives Kapitel der polnischen Geschichte, in dem sich schwerlich positive Akteure des Systems oder aner kennenswerte Ereignisse aufzeigen lassen.

Die Analyse des historischen Kanons ist ein, aber natürlich nicht der einzige Weg zur Ermittlung der Einstellungen der jungen Befragten zur Vergangenheit. Ein anderer, vielleicht sogar produktivere und umfassendere Erkenntnis er möglicher Weg ist die Analyse von Aussagen der Befragten zu den Bezügen zwischen Geschichte und Gegenwart. Dies ist ein besonders interessantes Forschungsthema, weil es in gewisser Weise das natürliche Terrain betrifft, auf dem Geschichtspolitik sich entwickeln und eventuell Erfolge erreichen kann. Es sei an dieser Stelle betont, dass Geschichtspolitik etwas anderes ist als die gewöhnliche Auseinandersetzung mit Geschichte, die wissenschaftliche Betrachtung von Einzelthemen oder multiperspektivische akademische Reflexionen. Das eigentliche Ziel von Geschichtspolitik liegt in der „Vergegenwärtigung“ bestimmter Aspekte der Geschichte, in der Evokation bestimmter Personen oder Ereignisse aus der Vergangenheit und in der Schaffung einer Kontinuität zwischen früheren Generationen und den gegenwärtigen Angehörigen der nationalen Gemeinschaft. Die (von Berufshistorikern natürlich kritisch betrachtete) selektive Auswahl von historischen Vorbildern dient in diesem Kontext einem höheren Ziel, das darin besteht, diese Vorbilder zum Modell für die Haltung der gegenwärtigen Staatsbürger zu machen. In

diesem Sinne sind die Warschauer Aufständischen und die „Verfemten Soldaten“ keine Gestalten aus uralter Vergangenheit, Figuren aus einer weit zurückliegenden Geschichte ohne Belang für die Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Sie werden vielmehr zu Repräsentanten der „lebendigen Geschichte“, die selbst den Angehörigen der jüngsten Generation vertraut sind.

Wenn Geschichtspolitik erfolgreich sein will, muss sie sich auf attraktive Vorbilder in Gestalt vergangener Helden berufen. Angesichts dessen scheint die gegenwärtige geschichtspolitische Fokussierung auf die Kämpfer des Warschauer Aufstands und die „Verfemten Soldaten“ treffend und überaus gerechtfertigt: Die Angehörigen dieser Generation hatten nicht nur bei Kriegsausbruch, sondern auch nach Kriegsende dramatische Entscheidungen zu treffen; ihr Heroismus und Nonkonformismus bieten auch heute vielen Jugendlichen ein attraktives Rollenmodell (was der oben besprochene historische Kanon belegt). Nicht minder wichtig für eine erfolgreiche Geschichtspolitik ist ein günstiger „Nährboden“ im Hinblick auf die kollektiven Auffassungen zur Rolle und Bedeutung der gemeinsamen Vergangenheit für die Gegenwart. Selbst die besten geschichtspolitischen Absichten sind zum Scheitern verurteilt, wenn die Adressaten mehrheitlich die Vergangenheit ihres Landes für unwichtig oder nicht gegenwartsrelevant halten oder wenn sie kein emotionales Verhältnis zu dieser Geschichte und den aus ihr gezogenen Lehren besitzen.

Im Rahmen der hier besprochenen Befragung wurden die Teilnehmer mit zahlreichen Fragen und Inhalten konfrontiert, die Aufschluss darüber geben sollten, ob die Polen der jungen Generation gegenwärtig ein wie auch immer geartetes emotionales Verhältnis zur polnischen Geschichte haben und ob sie sich mit dieser Geschichte und den Beziehungen zwischen Vergangenheit und Gegenwart auseinandersetzen.

Schaubild 5. Meinungen zu ausgewählten Aspekten der Vergangenheit und Geschichte Polens.

| | Stimme zu | Weiß nicht | Stimme nicht zu |
|--|-----------|------------|-----------------|
| Sich mit Geschichte zu befassen ist Zeitverschwendung | 11 | 16 | 73 |
| Denkmäler und Gedenktafeln, an denen ich vorbeikomme, interessieren mich nicht | 14 | 28 | 58 |
| Ich schäme mich, wenn ich höre, dass Polen Staatsverrat begingen | 52 | 24 | 24 |
| Geschichte gehört zu meinen Lieblingsfächern | 52 | 23 | 25 |
| Ich höre gern Erzählungen über die Geschichte Polens im 20. Jahrhundert | 53 | 26 | 21 |
| Ich fühle mich den Polen verbunden, die für die Freiheit unseres Landes kämpften | 53 | 26 | 21 |
| Ich würde mich ärgern, wenn das Heldentum der Polen in Frage gestellt würde | 66 | 20 | 14 |
| Die Freiheit unseres Landes ist das Ergebnis des Kampfes früherer Generationen | 84 | 4 | 12 |

Quelle: Malicki/Piróg 2016, S. 208-239.

Angesichts der Aussagen der Befragten (Schaubild 5 zeigt eine Auswahl) lässt sich konstatieren, dass es ein sehr weites Feld gibt, das die Schöpfer der Geschichtspolitik bearbeiten können. Die Ergebnisse belegen weitestgehend, dass die Jugendlichen Verbindungen zwischen der Geschichte Polens und ihrem persönlichen Leben sehen. Das Wichtigste dabei ist, dass diese Wahrnehmung meist mit einer erklärten Anerkennung für die Vorfahren einhergeht. Nicht anders lässt sich erklären, dass 53% der Befragten sagen, sie fühlten sich den Polen verbunden, die in der Vergangenheit für die Freiheit ihres Landes kämpften, und 84% der Befragten die Aussage bejahen, die Freiheit Polens sei das Resultat des Kampfes früherer Generationen. Die Analyse der Aussagen zu anderen Themen deutet ebenfalls auf eine hohe Sensibilität für Vergangenheit und Geschichte, wengleich die entsprechenden Deklarationen nicht durch faktisches Wissen über die Vergangenheit Polens gestützt werden (Malicki/Piróg 2016,

S. 107-142).³ Selbst wenn ihr geschichtliches Wissen begrenzt ist, so ist für junge Polen die Geschichte nichts Überholtes, für die Gegenwart Unnützes oder etwas, das sie gleichgültig lässt.

Natürlich lässt sich gegen die Untersuchung dieser Problematik einwenden, bei der Bewertung der Vergangenheit handle es sich um ein stark emotional aufgeladenes Feld, auf dem eine nüchterne Einordnung historischer Fakten oft nur in sehr geringem Umfang anzutreffen sei. Dieser Einwand ist durchaus berechtigt, doch muss gleichwohl darauf hingewiesen werden, dass Geschichte nie Gegenstand allein von nüchterner, jedes Für und Wider abwägender Analyse sein wird. Immer spielen in großem Maße auch Emotionen mit, die sich geschichtspolitisch instrumentalisieren lassen, sofern die betreffende Geschichtspolitik durchdacht und attraktiv ist.⁴

Zusammenfassend sei noch einmal auf die Umfragen und die aus ihnen ersichtlichen Einstellungen junger Polen verwiesen. Sie zeigen Berührungspunkte mit den Inhalten der nach 2015 betriebenen (oder wenigstens geplanten) Geschichtspolitik. Eine solche Konvergenz besteht zumindest in einigen Fragen.

Erstens fällt in der Analyse des aus der Befragung hervorgehenden historischen Kanons die deutliche Präsenz der militärisch-unabhängigkeitskämpferischen Tradition ins Auge. Ein Beleg dafür sind die vielen Nennungen von Unabhängigkeitskämpfern. Das sich in den

³ Im Rahmen der Befragung durchliefen die Schüler auch einen Test mit 30 Fragen zu den wichtigsten Themen der Geschichte Polens im 20. Jahrhundert.

⁴ Aufschlussreiches Material hierzu lieferte im Verlauf der Untersuchung die Konfrontation der Jugendlichen mit einer Dokumentarfilmreihe zu den wichtigsten Ereignissen der polnischen Geschichte. Nachdem sie die Sejmrede von Minister Józef Beck aus dem Mai 1939 gehört hatten, erklärten 51,7% der Schüler ihre Bewunderung für den Redner [und für die Umstände dieses Ereignisses, trotz der zweifellos tragischen Konsequenzen dieser Rede, Anm. des Übers.]. Bilder aus dem Warschauer Aufstand riefen bei fast 79% der Schüler Bewunderung hervor, bei 3,7% ein Gefühl von Scham. Siehe dazu: Malicki/Piróg 2016, S. 239-241.

Ranglisten manifestierende Bild der polnischen Geschichte zeigt so gut wie keine Aktivitäten von Polen in den Bereichen Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft oder Sport; die Geschichte Polens erscheint vor allem als große Anstrengung zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit. Zweitens lassen sowohl die Ranglisten als auch die weiteren Antworten der Untersuchungsteilnehmer eine deutliche Tendenz zur Heroisierung der Vergangenheit erkennen. Ein Indikator dafür ist etwa die fast komplette Ausblendung von Ereignissen, die einen Schatten auf die polnische Geschichte im 20. Jahrhundert werfen;⁵ zwei Drittel der Befragten missbilligen überdies jeglichen Versuch, das Heldentum der Polen in Frage zu stellen. Überdurchschnittlich stark repräsentiert sind drittens die Motive des Warschauer Aufstands und der „Verfemten Soldaten“. Zweifellos bilden diese Ereignisse gegenwärtig für die junge Generation eine zentrale Säule der Erinnerung an die Vergangenheit. Viertens schließlich wird die Zeit der Volksrepublik von den Jugendlichen dezidiert negativ bewertet.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen vor diesem Hintergrund die Spitzenplätze der Rangliste der positiv konnotierten Personen und Ereignisse der polnischen Geschichte des 20. Jahrhunderts (Lech Wałęsa und der Warschauer Aufstand). Sowohl Wałęsa als auch der Warschauer Aufstand waren kurz vor Beginn der Untersuchung Gegenstand weithin beachteter Spielfilme. Es überrascht daher nicht, dass manche Politiker fordern, zu bestimmten historischen Themen Filmprojekte zu realisieren und staatlich zu fördern, um auf diese Weise den Stolz der Polen auf ihre Geschichte zu stärken. Der Film ist (sofern es sich um professionelle Produktionen handelt) eines der effektivsten Mittel zur Umsetzung von Geschichtspolitik und zur Herbeiführung von Veränderungen im kollektiven Gedächtnis und Geschichtsbewusstsein der Staatsbürger und Staatsbürgerinnen.

⁵ In dem im Rahmen der Untersuchung durchgeführten Wissenstest wurde auch nach den Verantwortlichen für das Verbrechen von Jedwabne gefragt. Nur 14,7% nannten die korrekte Antwort. 45,4% der Befragten gaben an, in Jedwabne hätten Deutsche Polen ermordet, weil sie Juden versteckten. Siehe dazu: Malicki/Piróg 2016, S. 114.

Weil die von den Jugendlichen erstellten Ranglisten viel über ideologische und politische Sympathien aussagen, sollen auch in dieser Hinsicht einige vorsichtige Schlussfolgerungen gezogen werden. Die sich in den Aussagen der Befragten manifestierenden Positionen entsprechen eindeutig konservativen Mustern der Vergangenheitswahrnehmung, unter den genannten historischen Figuren dominieren Personen, die für eine nationale und/oder katholische Haltung stehen (nicht nur die „Verfemten Soldaten“, sondern auch am Unabhängigkeitskampf beteiligte Vertreter der Katholischen Kirche oder Roman Dmowski). In der Liste der positiv konnotierten historischen Personen findet man kaum Vertreter der – im weitesten Sinne – politischen Linken. Frauen sind nur marginal vertreten, die in der Liste der positiv konnotierten Personen am höchsten notierte Danuta Siedzikówna steht für die „Verfemten Soldaten“.⁶ Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass jeder Kanon eine gewisse Autonomie gegenüber dem jeweils staatlich propagierten Geschichtsbild besitzt. Abgesehen von einigen Ausnahmen (Lech Wałęsa) scheint es, als harmonisiere das in der Untersuchung zum Ausdruck kommende Geschichtsbild der jungen Generation in vielen Bereichen gut mit den Positionen der gegenwärtig betriebenen Geschichtspolitik. Die Inhalte dieser Geschichtspolitik könnten somit bei den heranwachsenden Polen auf fruchtbaren Boden fallen und eine gute Resonanz erzielen.

LITERATUR

Growiec, Katarzyna/Kapralski, Sławomir: Tożsamość [Identität], in: Saryusz-Wolska, Magdalena/Traba, Robert (Hg.): *Modi Memorandi. Leksykon kultury pamięci* [Modi Memorandi. Wörterbuch der Erinnerungskultur], Warszawa 2014, S. 489-496.

⁶ Zweifellos lassen sich die von den Jugendlichen genannten Personen in großem Maße durch den schulischen Geschichtsunterricht erklären. Als Quellen des Wissens über die Vergangenheit nannten die Schüler außerdem: Bücher, Fernsehen, Internet, Museen, Kirche, Zeitschriften, Gespräche mit Familienangehörigen und Freunden, Reenactments, patriotische Feierlichkeiten.

Kula, Marcin: O co chodzi w historii? [Worum geht es in der Geschichte?], Warszawa 2008.

Kwiatkowski, Piotr T.: Pamięć zbiorowa społeczeństwa polskiego w okresie transformacji [Das kollektive Gedächtnis der polnischen Gesellschaft in der Transformationszeit], Warszawa 2008.

Malicki, Krzysztof: Pamięć przeszłości pokolenia transformacji [Die Erinnerung der Transformationsgeneration an die Vergangenheit], Warszawa 2012.

Malicki, Krzysztof/Piróg, Krzysztof: Postawy młodzieży ponadgimnazjalnej wobec przeszłości i historii Polski XX wieku [Die Einstellungen polnischer Oberstufenschüler zur Vergangenheit und zur Geschichte Polens im 20. Jahrhundert], Warszawa 2016.

Mikulska, Michalina: Prezydent: Państwo polskie powinno realizować „ofensywną” politykę historyczną [Der Präsident: Der Staat sollte eine „offensive“ Geschichtspolitik betreiben], 16.02.2016, <http://www.rp.pl/Rzad-PiS/160219445-Prezydent-Panstwo-polskie-powinno-realizowac-ofensywna-polityke-historyczna.html#ap-1> (02.01.2017).

Nijakowski, Lech M.: Polska polityka pamięci. Esej socjologiczny [Polnische Erinnerungspolitik. Ein soziologischer Essay], Warszawa 2008.

Pamięć do odzyskania [Das wiederzugewinnende Gedächtnis], 13.09.2016, <http://www.institutobywatelski.pl/26170/komentarze/polityka-komentarze/pamiec-do-odzyskania> (04.01.2017).

Prawica da nam jeszcze popalić. Rozmowa Pawła Wrońskiego z prof. Antonim Dudkiem [Die Rechte wird uns noch einheizen. Paweł Wroński im Gespräch mit Professor Antoni Dudek], 23.05.2016, <http://wyborcza.pl/1,75398,20119953,prawica-da-nam-jeszcze-popalic.html> (20.10.2017).

Prof. Żaryn w odpowiedzi na tezy prof. Wnuka: „To nie PiS, a państwo polskie prowadzi politykę historyczną” [Prof. Żaryn antwortet auf die Thesen von Prof. Wnuk: „Nicht die PiS, sondern der polnische Staat betreibt Geschichtspolitik“], 22.09.2016, <https://wpolityce.pl/polityka/309321-prof-zaryn-w-odpowiedzi-na-tezy-prof-wnuka-to-nie-pis-a-panstwo-polskie-prowadzi-polityke-historyczna-nasz-wywiad> (04.01.2017).

Ricœur, Paul: Gedächtnis, Geschichte, Vergessen, München 2004.

Sosnowski, Adam: Inauguracja nowej polityki historycznej z udziałem... Marszałka Józefa Piłsudskiego [Einführung der neuen Geschichtspolitik unter Mitwirkung

von... Marschall Józef Piłsudski], 18.12.2015, <http://www.fronda.pl/a/inauguracja-nowej-polityki-historycznej-z-udzialem-marszalka-jozefa-pilsudskiego,62494.html> (04.01.2017).

Szacka, Barbara: Pamięć społeczna [Gesellschaftliches Gedächtnis], in: Encyklopedia Socjologii, Band 3, Warszawa 2000, S. 52-55.

Szacka, Barbara/Sawisz, Anna: Czas przeszły i pamięć społeczna: przemiany świadomości historycznej inteligencji polskiej 1965–1988 [Vergangenheit und gesellschaftliches Gedächtnis: Veränderungen im historischen Bewusstsein der polnischen Intelligenz 1965–1988], Warszawa 1990.

Szpociński, Andrzej: Kanon historyczny [Der historische Kanon], in: Saryusz-Wolska, Magdalena/Traba, Robert (Hg.): Modi Memorandi. Leksykon kultury pamięci [Modi Memorandi. Lexikon der Erinnerungskultur], Warszawa 2014, S. 182-183.

Lebendige Geschichte. Zwei Besatzungen: die deutsche und die sowjetische

ANDRZEJ SZPOCIŃSKI

Beide Besatzungen, die deutsche und die sowjetische, sind auch heute – wie die gesamte Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg – unverändert lebendige Geschichte. Der Begriff der „lebendigen Geschichte“ wurde Ende der 1950er-, Anfang der 1960er-Jahre von Nina Assorodobraj, die als Erste umfassende Untersuchungen zum kollektiven Gedächtnis in Polen durchführte, in die polnische Forschungsliteratur eingeführt (Assorodobraj 1963). Unter „lebendiger Geschichte“ versteht sie im Sinne ihrer Lehrer Maurice Halbwachs und Stefan Czarnowski alle alltäglichen Formen des Gedenkens und Erinnerns jenseits der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Halbwachs und Czarnowski schrieben ihre Texte in der Pionierzeit der Forschung zum „sozialen Gedächtnis“. Das grundlegende Problem bestand damals darin, einen von der historiografischen Methode abweichenden analytischen Zugang zu Phänomenen des Erinnerns durchzusetzen und zu etablieren – einen Zugang, in dem es nicht in erster Linie um die Wahrheit des historischen Wissens ging, sondern um die Erforschung der (sozialen und

kulturellen) Faktoren, welche den Gehalt und die Form von (alltäglichen) Vorstellungen von der Vergangenheit prägen, sowie ihrer (sozialen und kulturellen) Funktionen.

Spätestens seit Anfang der 1920er-Jahre wird die Analyse dieser Phänomene aus einer anderen als der von der klassischen Geschichtsschreibung vorgegebenen Perspektive (soziologisch, anthropologisch, kulturwissenschaftlich) als wissenschaftlich legitim anerkannt. Das führte zu einem lawinenartigen Zuwachs an entsprechenden Forschungen. Auch die Geschichtswissenschaft befasste sich infolge dieses Paradigmenwechsels nicht mehr nur mit den historischen Fakten an sich, sondern auch mit deren Wahrnehmung im Alltagsbewusstsein, das heißt mit dem, was in der Fachliteratur als „Geschichte zweiten Grades“ bezeichnet wird (Skórzyńska 2011). Ein Großteil der Forschung zu „Erinnerungsorten“ widmet sich im Wesentlichen nichts anderem als dieser Geschichte zweiten Grades. Kennzeichen der einschlägigen Untersuchungen ist ein idiografischer Zugang zu den analysierten Phänomenen, die Fokussierung auf die Rekonstruktion des historischen Faktums, welches die Erinnerung – und weiter gefasst die Erinnerungsgeschichte – an einzelne Ereignisse, Artefakte und Personen darstellt. Die beiden Besetzungen – die sowjetische und die deutsche – sind zweifellos lebendige Geschichte im hier umrissenen Sinne: Sie sind nicht nur Gegenstand des Interesses von Berufshistorikern, sondern auch eines relevanten Teils der Gesellschaft. Ihre „Lebendigkeit“ beruht freilich nicht nur auf der Präsenz im sozialen (alltäglichen) Bewusstsein, sondern umfasst auch den ständigen Wandel ihrer Wahrnehmung und ihrer sozialen, kulturellen und politischen Funktionen sowie ihre variierende Strukturalisierung. Damit, vor allem mit den Mechanismen und Faktoren dieser Veränderungen, befassen sich Historiker eher selten. Das ist die Domäne der Soziologie und Kulturwissenschaft.¹

¹ Es geht hier um allgemeine Einstellungen, denn seit Marc Bloch und Lucien Febvre sind die Grenzen zwischen Soziologie und Geschichtswissenschaft und somit auch zwischen Gedächtnissoziologie und Gedächtnisgeschichte weitgehend fließend.

Der im vorliegenden Text präsentierte Forschungszugang zum sozialen Gedächtnis ist ein dezidiert soziologischer. Mich interessieren weniger die Rekonstruktion der Vorstellungen über die Besatzung und deren Wandel – wenngleich dieser Aspekt sich nicht ganz ausblenden lässt –, sondern vielmehr die Faktoren, die zum Wandel dieser Vorstellungen führten. Die beiden Besatzungen – die sowjetische und die deutsche – sind ein fruchtbarer Gegenstand für derartige Erörterungen, denn obwohl sie einander in ihrer Grausamkeit ähneln, wirken sie aus vielerlei Gründen im sozialen Bewusstsein auf unterschiedliche Weise.

Der Zweite Weltkrieg, darunter auch die Besatzung (oder die Besatzungen), ist in der polnischen Kultur auf unterschiedlichen Ebenen (in unterschiedlichen Diskursen) in Wissenschaft, Kunst, Politik und im Alltagsbewusstsein etc. präsent. Mich interessiert hier nur das Bild der Besatzung im Alltagsbewusstsein, und die Daten, auf die ich mich stützen werde, stammen aus empirischen Studien. Ungefähr bis zum Jahr 2000 handelt es sich überwiegend um quantitative Untersuchungen auf einer breiten Basis repräsentativer Proben. Der Nutzen solcher Untersuchungen liegt darin, dass sie Einblicke in statistische, das heißt auf klar konturierte Phänomene von großer gesellschaftlicher Reichweite bezogene Daten gestatten. Für die Funktionsweise der Kultur, darunter auch die Geschichtskultur, sind aber auch Aspekte relevant, die durch quantitative Untersuchungen nicht erfasst werden. In der Soziologie (und verwandten Disziplinen) nutzt man zu ihrer Erforschung die Fokus-Methode: Gespräche oder Interviews in ausgewählten Gruppen und zu bestimmten Fragestellungen. Derartige Studien sind in organisatorischer Hinsicht komplizierter als kleinere Meinungsumfragen, deshalb sind sie seltener und werden oft parallel zu großen repräsentativen Befragungen durchgeführt. Die neuesten Umfragedaten stammen aus dem Jahr 2015, die jüngsten Daten aus Fokus-Untersuchungen aus dem Jahr 2009. Diese Sachlage erlaubt weder Aussagen zu aktuellen Tendenzen noch seriöse Schlussfolgerungen zur Dynamik des Phänomens der Erinnerung an den Krieg. Um dies zu kompensieren und die qualitative Forschungslücke zu schließen, habe ich die Inhalte von drei an ein breites Publikum adressierten historischen

Magazinen analysiert: „Historia do Rzeczy“ („Geschichte zur Sache“), „Historia w Sieci“ („Geschichte im Netz“) und „Newsweek Historia“ („Newsweek Geschichte“).² Bei allen drei Titeln handelt es sich um monatliche Beilagen zu gesellschaftspolitischen Wochenzeitschriften („Do Rzeczy“ [„Zur Sache“], „W Sieci“ [„Im Netz“], „Newsweek“). Dass sich die Mutterredaktionen bzw. die Verlage zur Herausgabe spezieller Themenhefte entschieden, ist ein Beleg für die gesellschaftliche Nachfrage nach derartigen Publikationen. Im Jahre 2015 lagen die jährlichen Verkaufszahlen der Titel nach eigenen Berechnungen des Autors bei jeweils ca. 10.000 Exemplaren. Die Annahme liegt nahe, dass diese Magazine einerseits die Haltung des an geschichtlichen Themen interessierten Teils der Leserschaft mitprägen (Meinungsführer im Bereich der Geschichtskultur) und dass sie andererseits Aufschlüsse über die thematischen Interessen des Publikums geben. Denn als kommerzielle Titel müssen sie den Geschmack ihrer Leser treffen, um sich auf dem Markt zu behaupten.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen komme ich nun zum eigentlichen Thema.

Unter Kriegsbesatzung versteht man normalerweise die Besetzung des Territoriums eines Landes durch einen kriegführenden anderen Staat, der auf dem besetzten Gebiet seine Herrschaft errichtet. In sozialer Hinsicht liegt der zentrale Aspekt der Besetzung in der Beziehung zwischen dem Besatzer (Armee und Beamten des Aggressorstaats) und der Bevölkerung des besetzten Staates. Im weiteren alltagsprachlichen Sinne bezeichnet Besatzung einen bestimmten Zeitabschnitt in der Geschichte einer Gesellschaft, in dem sie der Zwangsherrschaft eines anderen Staates unterworfen war.

Formal gesehen stand das polnische Staatsterritorium nach dem 1. September 1939 unter vierfacher Besatzung: deutscher, russischer,

² Die Analyse umfasste alle bis zum Untersuchungszeitpunkt erschienenen Ausgaben der genannten Magazine, das heißt von „Historia w Sieci“ und „Historia do Rzeczy“ die Jahrgänge 2013 und 2014 sowie von „Newsweek Historia“ die Jahrgänge 2011 bis 2014.

litauischer und slowakischer (Nijakowski 2010). Die slowakische Besatzung hatte episodischen Charakter, sie spielt keine Rolle im sozialen Gedächtnis. Auch die litauische Besatzung dauerte nur kurz, von Oktober 1939, als die Sowjetunion Wilna und einen Teil des Wilnaer Lands an Litauen gab. Schon im Juni 1940 besetzte die UdSSR Litauen, ein Jahr später die Deutschen. Die litauische Besatzung brachte zwar Belastungen mit sich, doch war sie nicht allzu hart. Dieser Zeitraum ist im kollektiven Bewusstsein im Grunde nicht präsent. In Umfragen aus dem Jahr 2009 erklärten nur 2,4% der Befragten, in ihren Familien gebe es Erinnerungen (jeglicher Art, nicht nur negative) an Begegnungen mit Litauern während des Zweiten Weltkriegs (Nijakowski 2010, S. 244). Dank diverser Publikationen existiert im Gedächtnis einer hochgebildeten (kleinen) Leserschaft ein größeres Wissen über die Kollaboration von Litauern mit den Deutschen (ab der zweiten Hälfte des Jahres 1941) bei den grausamen Verbrechen an Juden und sowjetischen Kriegsgefangenen in Ponary.³ Generell aber spielt die litauische Besatzung in der Erinnerung der Polen keine Rolle. Die beiden übrigen Besatzungen, die sowjetische und die deutsche, sind hingegen eminent wichtige Bestandteile des polnischen kollektiven Gedächtnisses, wenngleich jede auf andere Weise.

Jahrzehntelang, wenigstens bis Ende der 80er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts, wurde der Begriff „Besatzung“ im umgangssprachlichen Gebrauch meist ohne die Präzisierung „deutsche“ gebraucht. Das war nicht nötig, weil beide Begriffe fest miteinander konnotiert waren. Auch heute verbindet sich „Besatzung“ eher mit der deutschen Zwangsherrschaft als mit der sowjetischen, obwohl man inzwischen meist das Adjektiv „deutsch“ hinzufügt, weil jetzt auch die Bezeichnung „sowjetische Besatzung“ im Umlauf ist. Grundsätzlich assoziiert man mit „Besatzung“ eher die Deutschen, während mit Blick auf die Russen eher die Wendung „von den Sowjets/Russen besetzte Gebiete“ gebraucht wird.

³ Unter anderem fesselte man Menschen an Pfähle und ließ sie dann von aufgehetzten Hunden in Stücke reißen. Die Verbrechen von Ponary behandelt u. a. Piotr Zychowicz in seinem Artikel (Zychowicz 2014) – der einzige Artikel zur litauischen Thematik in den von mir analysierten Magazinen.

Wie erklärt sich diese Sprachpraxis? Die erste mögliche Antwort liegt in bestimmten Ereignissen und Gewohnheiten aus einer Zeit, in der in Polen ein (bestenfalls) nicht völlig souveränes kommunistisches Regime herrschte, das natürlich nicht diejenigen als Besatzer bezeichnen konnte, denen es seine Macht verdankte. Diese Erklärung mag überzeugend klingen, doch gibt es wohl weitere Gründe für diese Sprachpraxis. Der Begriff „Besatzung“ ist stark temporal konnotiert, eine Besatzung hat ein Ende, irgendwann erfolgt die Befreiung. Der Großteil der Gebiete, die nach dem 17. September 1939 unter sowjetischer Besatzung standen, blieb für Polen nach dem Krieg verloren (das gilt auch für Litauen). Man kann hypothetisch annehmen, dass hierin die Ursache für die unbewusste Sprachpraxis liegt, der zufolge mit dem Einmarsch der Roten Armee am 17. September 1939 nicht etwa eine zeitlich begrenzte Besatzung begann, sondern die Sowjets dauerhaft polnisches Territorium besetzten.

Die kollektive Erinnerung an die sowjetische und die deutsche Besatzung unterscheidet sich in diesem Punkt deutlich. Die deutsche Besatzung ist zeitlich klar umgrenzt. Sie begann am 1. September 1939 und endete am 8. bzw. 9. Mai 1945. Man weiß heute, das heißt aus der Perspektive der 2010er-Jahre, wer die Besatzer waren (im Polnischen haben sich die Ausdrücke „Niemcy hitlerowscy“ [„Hitlerdeutsche“] oder einfach „hitlerowcy“ [„Hitlerleute“] etabliert), und man hat eine Vorstellung davon, was während der Besatzungszeit geschah. Hinsichtlich der sowjetischen Besatzung gibt es mehr Fragen als Antworten. Es beginnt schon damit, dass nur ihr Beginn exakt datiert werden kann. Sicher endete sie nicht im Jahr 1945, vielmehr begann sie einer verbreiteten Auffassung zufolge damals überhaupt erst richtig. Bis 1993 waren russische Truppen in Polen stationiert (die letzte Einheit der Roten Armee verließ Polen am 17. September, dem Jahrestag des sowjetischen Überfalls auf Polen). Man müsste also korrekterweise annehmen, dass nach sechs Jahrzehnten die sowjetische Besatzung an diesem Tag endete. Wenn dem so ist, wer waren dann die Besatzer? Auf jeden Fall der NKWD und der polnische Sicherheitsdienst (Urząd Bezpieczeństwa, UB), aber nicht allein, denn sie hatten Unterstützer im polnischen Partei- und Staatsapparat. Einige der Angehörigen dieses

Apparats nahmen in der Dritten Republik (das heißt nach 1989) wichtige Positionen im öffentlichen Leben ein. Aus diesem Grunde ist auch mehr als 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs die sowjetische Besetzung ein umstrittenes Thema, das viele Kontroversen heraufbeschwört und – vor allem – Fragen aufwirft.

In den verschiedenen Umläufen wurde die Angelegenheit unterschiedlich dargestellt. Auch heute gehen die Meinungen zu diesem Thema auseinander. In den Jahren 1945 bis 1989, also unter kommunistischer Herrschaft, existierten zunächst zwei Umläufe im öffentlichen Diskurs (der staatliche und der kirchliche), zu denen ab Mitte der 1970er-Jahre ein dritter hinzukam (der Samisdat). Außerdem gab es den überaus wichtigen privaten Umlauf – Gespräche und Informationsaustausch im Familien- und Freundeskreis. In jedem dieser Umläufe nahm der Diskurs über die Besetzung eine andere Gestalt an.

Im offiziellen Umlauf wurde bis 1989 nicht von sowjetischer oder russischer Besetzung gesprochen, sondern von der Befreiung Polens vom Hitler-Joch durch die Rote Armee. Ereignisse, die auf etwas Gegenteiliges hätten hindeuten können, wurden totgeschwiegen. Mit dem Erstarken des Samisdat-Umlaufs wandelte sich der Ton im offiziellen Diskurs (so wurde etwa das Massaker von Katyn nicht länger den Deutschen zugeschrieben), dennoch wurde die Einnahme Polens durch die Rote Armee nie als Besetzung bezeichnet. In von mir analysierten Hörspielen für Schüler aus den Jahren 1951 bis 1984 (die Produktionen wurden durch das Bildungsministerium gefördert und den Lehrern als Lehrmaterial empfohlen, es handelte sich also um ein Element der staatlichen Geschichtspolitik) werden nur in Programmen aus den 1980er-Jahren der 17. September 1939 und der Ribbentrop-Molotow-Pakt erwähnt (Szpociński 1989). Beide Ereignisse wurden sowjetfreundlich interpretiert: Man erklärte den Schülern, die UdSSR habe mit den Deutschen übereinkommen müssen, weil sie sich isoliert und bedroht gefühlt habe. Außerdem hieß es, die Sowjets hätten den östlichen Teil Polens besetzt, um die dort lebende ukrainische und belarussische Bevölkerung vor den Deutschen zu schützen.

In den Buch- und Zeitschriftenpublikationen des in Polen seit 1976 aktiven und in seiner Bedeutung kaum zu überschätzenden Samisdat⁴ war die jüngste Geschichte nach Untersuchungen des Autors das häufigste Thema. Der staatlichen Propaganda stellte man seriöse, auf Quellenforschung basierende historische Studien zu den an Polen begangenen sowjetischen Verbrechen gegenüber. Die vier wichtigsten Themen waren der Ribbentrop-Molotow-Pakt, das Massaker von Katyn, die Deportationen aus den am 17. September 1939 der UdSSR einverleibten polnischen Ostgebieten nach Sibirien sowie die Aktivitäten des NKWD und des polnischen Sicherheitsdiensts auf den von der Roten Armee „befreiten“ Territorien.

Diese faktografische Ausrichtung war später auch ein Merkmal einschlägiger Zeitschriftenpublikationen. Die neue politische Situation (der Wegfall der Zensur), das Interesse an der Vergangenheit aufseiten der wichtigsten politischen Akteure sowie schließlich die Öffnung der Archive begünstigten historische Forschungen und die Aufdeckung bis dahin unbekannter Fakten. Für den Forscher ist dabei nicht allein der Zuwachs an Fakten von Belang, sondern vor allem die Beschaffenheit dieser Fakten sowie die Frage, in welchem Maße sie das allgemeine Bild beider Besatzungen verändern.

Die für die Untersuchung analysierten Magazine weisen in dieser Hinsicht recht deutliche Unterschiede auf. Erstens interessieren sich die Autoren von „Newsweek Historia“ für andere Aspekte der Geschichte, darunter auch der Kriegsgeschichte, als die Autoren von „Historia do Rzeczy“ und „Historia w Sieci“. Die in „Newsweek“ veröffentlichten Texte konzentrieren sich vorrangig auf Ereignisse der Weltgeschichte, die polnische Geschichte steht eindeutig im Hintergrund. Zweitens finden sich in „Newsweek Historia“ im Vergleich zu „Historia do Rzeczy“ und „Historia w Sieci“ wesentlich mehr Texte über die Deutschen als über die Russen und den polnischen Repressionsapparat. Drittens

⁴ Zwischen 1976 und 1980 wurden rund 200 Zeitschriften publiziert. In der Zeit des legalen Wirkens der *Solidarność* existierten rund 160 Verlage, in dieser Zeit erschienen rund 2.500 Bücher und über 3.000 Zeitschriftentitel. In den Jahren 1981 bis 1988, also nach dem Verbot der *Solidarność*, erschienen mehr als 4.500 Bücher und rund 2.000 Zeitschriftentitel.

schließlich werden die Fakten in „Newsweek Historia“ meist als Sensationen oder Kuriositäten präsentiert, das ist der Duktus der Narration. Nicht von ungefähr ist einer der meistvertretenen Autoren von „Newsweek Historia“ der (aufgrund seiner Professionalität) überaus populäre Bogusław Wołoszański, Autor von tausenden (sic!) Fernseh- (unter anderem an die tausend Folgen der Reihe „Sensationen des 20. Jahrhunderts“) und Radiobeiträgen zu geschichtlichen Themen. Bei den Beiträgen handelt es sich grundsätzlich um weltanschaulich und ideologisch neutrale Fakten und Ereignisse, welche das bisherige Wissen über die Vergangenheit nicht grundlegend auf den Kopf stellen. Ich nenne einige Beispiele: „Poszukiwacze skarbów“ („Die Schatzsucher“, Nr. 1, 2011), ein Gespräch mit dem Archäologen Michał Popkiewicz über Erinnerungsstücke aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs („Helme, Fahrzeuge, Medaillen“), „Jak kapral Hitler uszedł z życiem“ („Wie der Gefreite Hitler mit dem Leben davonkam“, Nr. 1, 2012), ein Text über die Zeit des Ersten Weltkriegs, „Nieudany zamach na Hitlera“ („Ein missglücktes Attentat auf Hitler“, Nr. 9, 2013) über den Anschlagversuch in Warschau am 5. Oktober 1939, „Fortuna Hitlera“ („Hitlers Vermögen“, Nr. 10, 2013) und „Bomba Hitlera“ („Hitlers Bombe“), ein Beitrag darüber, dass Niederschlesien von den Deutschen intensiver verteidigt wurde als Berlin, weil die Deutschen dort an ihrer Atombombe arbeiteten, sie hatten sie fast fertig. Die erwähnten Titel sollen hier nur die allgemeine Tendenz und den vorherrschenden Ton der Beiträge von „Newsweek Historia“ andeuten; sporadisch finden sich dort weniger aufgeregte Artikel. So etwa die Nummern 3 und 4 des Jahres 2013, die jeweils ganz den Massakern in Wolhynien (Nummer 3) beziehungsweise dem Aufstand im Warschauer Ghetto (Nummer 4) gewidmet waren. Hin und wieder erscheinen auch aufsehenerregende und aufrüttelnde Texte, wie etwa der Beitrag „Wehrmacht na podsłuchu“ („Die abgehörte Wehrmacht“, Nr. 5, 2014), darüber, dass für deutsche Soldaten das Töten Routine und teils sogar Vergnügen gewesen sei. Sie tragen aber kaum Neues zum allgemeinen Wissen über die Verbrechen deutscher Soldaten bei.

Einen ganz anderen Charakter haben die Texte der Magazine „Historia do Rzeczy“ und „Historia w Sieci“. Die Beiträge vermeiden einen Sensationsstil, im Gegenteil, das Bemühen um einen sachlichen Ton ist erkennbar. Während „Newsweek Historia“ die Leser vor allem davon überzeugen möchte, dass Geschichte spannend sein kann, geht es „Historia do Rzeczy“ und „Historia w Sieci“ um die Vermittlung von geschichtlichen Wahrheiten, die für das Verständnis der Gegenwart relevant sind. In beiden Magazinen dominieren Beiträge zu „östlichen“ Themen (den polnisch-russischen und polnisch-ukrainischen Beziehungen) sowie zu den Aktivitäten des konspirativen polnischen Unabhängigkeitskampfes nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Deutsche Themen sind zwar präsent, aber im Hintergrund. Wenn entsprechende Artikel erscheinen, dann – das scheint ein Charakteristikum beider Magazine – enthalten sie ernsthafte, gut begründete Vorwürfe, meist im Zusammenhang mit kaum oder gar nicht bekannten Ereignissen. Ein Beispiel ist der Artikel „Mord praśnicki“ („Der Mord von Praśnica“, in „Historia w sieci“, Nr. 05, 2013) über die Ermordung von rund 60.000 Polen auf Grundlage des „Sonderfahndungsbuchs Polen“ in den ersten Kriegstagen (das Buch enthielt eine Liste von Polen, die mit Haftbefehl gesucht wurden). Großen Anteil an diesen Morden hatte der Selbstschutz, dem Schätzungen zufolge jeder Zehnte vor dem Krieg in Polen lebende Deutsche angehörte. In ähnlichem Ton gehalten sind der Artikel „Barbarzyńcy“ („Die Barbaren“), der unbekannte Einzelheiten der Schlacht bei Zambrów am 11. September 1939 schildert (die Deutschen hetzten eine Pferdeherde auf schlafende polnische Kriegsgefangene, und als diese in Panik davonliefen, schossen sie auf sie wie bei einer Jagd), oder der Text „Niemieckie gwałty na Polkach“ („Deutsche Vergewaltigungen an Polinnen“, „Historia do Rzeczy“, Nr. 1, 2014). Weitere Beispiele sind die Artikel „Byłam ofiarą doktora Mengelego“ („Ich war Opfer von Doktor Mengele“) und „Pokraczny herszt rasy panów“ („Der plumpe Anführer der Herrenrasse“, beide in „Historia do Rzeczy“, Nr. 4, 2014) über Josef Mengeles barbarische Experimente an polnischen Kindern. (Wenn von befruchteten

Zwillingen eine Frau nur *ein* Kind zur Welt brachte, entriss Mengele der Mutter den Säugling, warf ihn in einen brennenden Ofen und ging. Er war auch der Auffassung, wenn ein polnisches Kind nicht Deutscher werden wolle, müsse man es töten.) Beide Magazine setzen sich mit dem von der deutschen Geschichtsschreibung lancierten Mythos auseinander, die Soldaten der Wehrmacht hätten sich während des Kriegs zivilisiert verhalten, während die barbarischen Exzesse ausschließlich das Werk von SS und Einsatzgruppen gewesen seien.

Den thematischen Schwerpunkt der beiden Magazine bildet allerdings, wie bereits gesagt, die sowjetische Besatzung. Dazu ist – auch darauf habe ich schon hingewiesen – anzumerken, dass die Frage des zeitlichen Rahmens der sowjetischen Besatzung (unabhängig davon, wie man sie nennt) nicht abschließend geklärt ist. Die in „Historia w Sיעi“ und „Historia do Rzeczy“ publizierte Texte enthalten aber eindeutige Aussagen dazu, dass die Besatzung nach 1945 ange-dauert habe. Protagonisten der entsprechenden Artikel sind in den meisten Fällen die „Verfemten Soldaten“, das heißt diverse antikommunistische Gruppierungen und Partisaneneinheiten (darunter die Nationalen Streitkräfte [Narodowe Siły Zbrojne, NSZ], der Nationale Militärverband [Narodowy Związek Wojskowy, NZW], Freiheit und Unabhängigkeit [Wolność i Niepodległość, WiN], Freiheit und Gerechtigkeit [Wolność i Sprawiedliwość, WiS]), die sich im bewaffneten Untergrund der Sowjetisierung Polens entgegenstellten und dabei sowohl gegen die sowjetischen (NKWD) als auch die ihnen untergeordneten polnischen (UB) Sicherheitsdienste kämpften. Schätzungen zufolge handelte es sich in den Jahren 1944 - 1956 insgesamt um 180.000 bis 230.000 Soldaten (Atlas polskiego podziemia 2007, S. XXXII).

Zu Ehren der Soldaten der antikommunistischen Unabhängigkeitsbewegung im Untergrund wurde im Jahr 2011 der 1. März (der Jahrestag der Vollstreckung der 1951 gegen die Anführer des IV. Kommandos der Vereinigung „Freiheit und Unabhängigkeit“ verhängten Todesurteile) zum staatlichen (jedoch nicht arbeitsfreien) Feiertag erklärt. Die Bewertung der Aktivitäten der „Verfemten

Soldaten“ und ihrer Rolle in der polnischen Geschichte ist gegenwärtig eines der zwei größten Streitthemen im Zusammenhang mit der Geschichte Polens im 20. Jahrhundert (das andere sind die polnisch-jüdischen Beziehungen). In den untersuchten Magazinen wird die Rolle der Unabhängigkeitskämpfer im Untergrund recht eindeutig positiv bewertet, was angesichts der Tatsache, dass es sich um politisch eher der Rechten zuzurechnende Publikationen⁵ handelt, nicht verwundert. Merkwürdig ist allerdings, dass das Mitte-links-Lager, obwohl es über eine mächtige publizistische Infrastruktur verfügt, keine seiner Weltanschauung entsprechenden Pendanten zu „Historia w Sieci“ und „Historia do Rzeczy“ hervorgebracht hat. Bemerkenswert ist auch, dass das eher dem Mitte-links-Milieu nahestehende „Newsweek“ sich nicht kritisch mit „Historia w Sieci“ und „Historia do Rzeczy“ auseinandersetzt. „Newsweek Historia“ richtet sich mit Erfolg an eine völlig andere Leserschaft, die sich für Sensationen, Geheimnisse und Kuriositäten aus der Vergangenheit, vor allem aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, interessiert.

Das heißt freilich nicht, dass es keine Auseinandersetzung mit den rechtskonservativen Magazinen gäbe. Kritische Texte erscheinen gelegentlich in der „Gazeta Wyborcza“, einer der wichtigsten Tageszeitungen in Polen. Sie richten sich vor allem gegen die positive Darstellung der „Verfemten Soldaten“ sowie gegen die in Polen verbreitete Überzeugung, die Polen hätten sich in ihrer Mehrheit den Juden gegenüber anständig verhalten, und Exzesse gegen die jüdische Bevölkerung seien das Werk von wenigen schwarzen Schafen gewesen, die es in jeder Gesellschaft gebe.⁶ Andere historische Themen kommen in der „Gazeta Wyborcza“ nicht vor, was ein Indiz dafür sein könnte, dass sich ihre Leserinnen und Leser für Geschichte nicht interessieren. Das wiederum würde erklären, warum Redaktion und

⁵ Diese Charakterisierung ist ungenau, meiner Meinung nach wäre es korrekter, von zwei gegensätzlichen Orientierungen zu sprechen: einer für nationale Fragen sensiblen und einer, die sich gegenüber Einstellungen negativ verhält, die auf die nationale Gemeinschaft orientiert sind.

⁶ Auf dieses Thema werde ich hier nicht näher eingehen.

Verlag der „Gazeta Wyborcza“ (anders als Redaktion und Verlag der „Rzeczpospolita“, der zweiten wichtigen Tageszeitung, die hinter „Historia do Rzeczy“ steht) auf die Herausgabe einer Beilage zu historischen Themen verzichten. Das Mitte-links-Milieu steht einer Geschichtspolitik, die auf die Stärkung des Nationalbewusstseins abzielt, kritisch oder zumindest sehr reserviert gegenüber.

Doch zurück zu den Darstellungen der sowjetischen Besetzung in den rechtskonservativ orientierten Magazinen „Historia w Sieci“ und „Historia do Rzeczy“. Die einschlägigen Artikel lassen sich in drei Themengruppen einteilen: Die erste und größte Gruppe besteht aus Texten zu unbekanntem Fakten aus der Geschichte der Konflikte und Kämpfe mit den Sowjets. In „Historia w Sieci“ sind das unter anderem Artikel über Repressionen, Folterungen und Plünderungen nach dem Einmarsch der Roten Armee in die am rechten Weichselufer gelegenen Bezirke Warschaws („Wyzwolenie, którego nie było“ [„Die Befreiung, die keine war“], Nr. 1, 2014), über die Verfolgung der Heimatarmee durch NKWD und polnische Sicherheitsorgane („A my nareszcie wolni“ [„Und wir sind endlich frei“], Nr. 3, 2014) sowie über die Aktivitäten von Partisanengruppen im Wilnaer Land („Partyzantka Wileńszczyzny“ [„Die Partisanen des Wilnaer Lands“]) und die Unabhängigkeitsbewegung im Untergrund in Großpolen („Ludzie Hańczy“ [„Die Hańcza-Leute“], beide in Nr. 3, 2014). In Heft Nr. 9 (2014) behandelt der Artikel „Nasze prawdziwe straty na Wschodzie“ („Unsere wahren Verluste im Osten“) die Deportationen aus den polnischen Ostgebieten, in deren Rahmen 320.000 bis 340.000 Menschen nach Sibirien verschleppt wurden. Bei Temperaturen von bis zu 40 Grad minus waren die Überlebenschancen gering. Die erste Nummer von „Historia do Rzeczy“ (Nr. 1, 2013) wiederum ist komplett den „Verfemten Soldaten“ gewidmet. In späteren Ausgaben ist das Thema durchgängig präsent, etwa im Artikel „Przeciw dwóm wrogom“ („Gegen zwei Feinde“, Nr. 8, 2013), der beschreibt, wie NSZ-Soldaten für ein freies Polen kämpften, vom Sicherheitsdienst verfolgt und zum Vergessen verurteilt wurden.

Die zweite Gruppe bilden Streitschriften. Sie behandeln unterschiedliche Themen, den gemeinsamen Nenner bildet die Intention, den guten Namen Polens und der Polen zu verteidigen. Meist handelt es sich um Reaktionen auf Artikel der „Gazeta Wyborcza“, in denen die Berechtigung einer positiven Bewertung der Unabhängigkeitsbewegung im Untergrund sowie der negativen Darstellung der Rolle der Sowjets und der polnischen Sicherheitsbehörden in Frage gestellt wird. In „Historia w Sieci“ lesen wir Texte wie „Sprawa czterech śpiących“ („Der Fall der vier Schlafenden“, Nr. 05, 2013), der den Protest gegen die Demontage eines Denkmals, das die Verbrüderung polnischer und sowjetischer Soldaten zeigt, zum Skandal erklärt, oder einen in ähnlichem Duktus verfassten unbetitelten Text (Nr. 1, 2014) über das inkonsequente Vorgehen bei der Wiedereinführung alter Namen. Ein gutes Beispiel aus „Historia do Rzeczy“ ist ein Artikel, der gegen eine noch immer existierende Gedenktafel protestiert, die daran erinnert, dass NSZ-Banditen in Nazi-Diensten hinterhältig sowjetische Partisanen und Soldaten der Volksarmee (Armia Ludowa, AL) ermordeten. In Heft Nr. 12 (2014) findet sich eine scharfe Polemik gegen die „Gazeta Wyborcza“, die sich gegen die Umbenennung von Straßen ausgesprochen hatte, die bisher nach Gruppierungen benannt waren, die Agenturen Stalins waren (AL, Gardia Ludowa [Volksgarde, GL], ZWM).

In dieser Themengruppe könnte man Publikationen hervorheben, die – als Reaktion auf gegen die Unabhängigkeitsbewegung im Untergrund (NSZ) erhobene Antisemitismus-Vorwürfe – den polnisch-jüdischen Beziehungen gewidmet sind. In „Historia w Sieci“ findet sich der Artikel „Tropiciel prawdy“ („Der Wahrheitssucher“, Nr. 11, 2014), der den guten Namen von Professor Tomasz Strzembosz, dem renommierten Historiker und Mitbegründer des Komitees zur Erinnerung an die Polen, die Juden retteten (Komitet Upamiętniający Polaków Ratujących Żydów) gegen Nationalismus-Vorwürfe von Seiten der „Gazeta Wyborcza“ in Schutz nimmt. Polemisch reagiert auch „Historia do Rzeczy“ („Żydożercy’ z NSZ pomagali Żydom“ [„Die Judenfresser‘ von den NSZ halfen Juden“], Nr. 8, 2013).

Die dritte Themengruppe umfasst Texte zum Massaker von Wolhynien,⁷ das sich 2013 zum 70. Mal jährte. Aus diesem Anlass finden sich in allen Magazinen Artikel, „Historia do Rzeczy“ widmet dem Thema sogar ein ganzes Heft (Nr. 05, 2013) mit sechs Artikeln, die bis dahin wenig bekannte Fakten präsentieren und versuchen, die ungewöhnliche Bestialität und Grausamkeit der Ukrainer gegenüber den Polen zu erklären.

Die hier besprochenen Texte umfassen nicht die ganze thematische Bandbreite der untersuchten Magazine. In allen drei Titeln erscheinen auch Texte zu anderen Ereignissen als der sowjetischen und der deutschen Besatzung. Hierin zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen „Historia do Rzeczy“ und „Historia w Sieci“ auf der einen und „Newsweek Historia“ auf der anderen Seite. In den erstgenannten Titeln stehen andere, nicht mit der Besatzung verbundene Themen meist in mittelbarer Verbindung mit Fragen der polnisch-russischen oder der polnisch-deutschen Beziehungen. In „Newsweek Historia“ gibt es diese Verbindung gewöhnlich nicht, selbst wenn es um den Zweiten Weltkrieg geht.

Wie eingangs bemerkt, erhebt die vorliegende Untersuchung nicht den Anspruch, das Thema der Besatzungen im öffentlichen Diskurs erschöpfend zu behandeln. Ich befaße mich hier nicht mit für die Geschichtskultur so wichtigen Publikationen wie wissenschaftlichen Arbeiten, Artikeln der Tagespresse, literarischen Texten, Filmen, Performances usw. Ich beschränke mich auf die ausgewählten Magazine, weil sie meiner Meinung nach für die Haltung der „im Alltag“ geschichtsinteressierten Polen zu den Besatzungen repräsentativ sind. Aus dem hier vorgestellten Material ließe sich darauf schließen, dass wir es mit zwei oder drei (darüber gleich) unterschiedlichen Einstellungen zur Besatzungsvergangenheit zu tun haben.⁸

⁷ Es handelte sich um massenhafte, außergewöhnlich grausame Morde an Polen. Die Täter waren ukrainische Nationalisten, die von der lokalen Bevölkerung unterstützt wurden. Man schätzt, dass es im Gebiet von Wolhynien, Ostgalizien und Chelm zwischen Februar 1943 und Mai 1945 ca. 100.000 polnische Opfer (davon 45.000 bis 70.000 in Wolhynien und 25.000 bis 30.000 in Ostgalizien) und 15.000 bis 20.000 ukrainische Opfer gab. Siehe dazu: Motyka 2011, S. 134-150, 229-256.

⁸ Ob nur zur Besatzungsvergangenheit, muss noch geklärt werden. Ich gehe davon aus, dass das Verhältnis zur Besatzungsvergangenheit ein besonderes ist.

In der ersten Einstellung ist die Geschichte ein Reich voller Abenteuer, Überraschungen, Sensationen und Kuriositäten. In diesem Fall muss sich das Interesse für die Vergangenheit mit keiner bestimmten weltanschaulichen oder politischen Orientierung verbinden (kann es aber). Auf seriöse Forschungen basierende historische Sensationsmeldungen können Rezipienten mit unterschiedlichem Bildungsniveau ansprechen (und tun es auch).⁹ Diese Art von Geschichtsinteresse wird durch „Newsweek Historia“ bedient.

Die zweite Art von Interesse an der Geschichte geht mit weltanschaulichem Engagement einher. Diesen Typ bedienen „Historia do Rzeczy“ und „Historia w Sieci“, die beide Besatzungen als gleichermaßen barbarisch darstellen (dasselbe gilt für die litauische Besatzung, der ein Artikel gewidmet ist). Die sowjetische Besatzung erhält größeren Raum, weil im Zusammenhang mit ihr viel mehr Fragen zu klären waren. Ein Charakteristikum dieser Einstellung besteht darin, dass die sowjetischen Repressionen und die Repressionen von Seiten der polnischen Sicherheitsorgane als Kontinuum betrachtet werden. Wohl nicht von ungefähr ist von sowjetischer oder kommunistischer Besatzung die Rede, nicht aber von russischer. Aus einer solchen Perspektive – wie schon erwähnt – bleibt es offen, wann diese Besatzung endete. Die Wahl am 4. Juni 1989 war schließlich nur teilweise frei. Daraus resultiert die Frage, wer der Unterdrücker war. Es ist eine rhetorische Frage, denn „man weiß ja“, es waren die Kommunistische Partei und ihre Anhänger.

Gegen eine solche sehr weit gefasste Interpretation des Besatzungsbegriffs opponieren jene, die nach meiner Einschätzung den dritten, durch die „Gazeta Wyborcza“ repräsentierten Typ von Vergangenheitsbezug verkörpern. Sie haben ein sozusagen nicht autonomes Verhältnis nicht zur Geschichte insgesamt (das Milieu war nicht imstande oder hielt es nicht für nötig, ein Geschichtsmagazin herauszugeben). Sie konzentrieren sich selektiv auf Geschichtsfelder, die vom nationalen Lager (den Vertretern des zweiten Typs) intensiv ausgebeutet werden und auf die dieses Lager seine Identität gründet und aus denen es die Legitimation seiner rechtlichen und politischen

⁹ Obwohl Untersuchungen belegen, dass das Geschichtsinteresse ab dem Abitur oder vergleichbaren Abschlüssen einsetzt.

Forderungen ableitet. Die „Gazeta Wyborcza“ attackiert vor allem die Unabhängigkeitsbewegung im Untergrund, der sie Antisemitismus und eine feindselige Einstellung zu ethnischen Minderheiten vorwirft und der sie sogar andeutungsweise unterstellt, sie habe mit den Deutschen kollaboriert. Sowohl in „Historia do Rzeczy“ als auch in „Historia w Sieci“ finden wir Reaktionen auf entsprechende Artikel in der „Gazeta Wyborcza“, die auf die Absurdität derartiger Vorwürfe hinweisen.

Es bleibt offen, wie die Vorstellungen von den Besatzungen in breiteren Gesellschaftsschichten wirken, unter den Menschen, die zumindest ein durchschnittliches Interesse an Geschichte haben. Der Forschungsstand lässt in diesem Punkt viel zu wünschen übrig. Zwar gibt es in Polen seit Mitte der 1960er-Jahre regelmäßige Befragungen zu den Einstellungen zur Vergangenheit, doch gerade hinsichtlich der sowjetischen Besatzung existieren große Lücken, die nicht geschlossen werden können, weil die Zensur bis Ende der 1980er-Jahre solche Befragungen nicht zuließ. Fragen zu Ereignissen aus der Zeit der sowjetischen Besatzung (zu Katyn) finden sich erstmals 1987 in Untersuchungen des Zentrums für Meinungsforschung (Centrum Badania Opinii Społecznej, CBOS). Bis heute gibt es keine komplexen Untersuchungen zur sowjetischen Besatzung. Wenn ich von zwei Besatzungen spreche – der deutschen und der sowjetischen – dann berufe ich mich notgedrungen auf allgemeine Untersuchungen (zu Einstellungen zur Vergangenheit überhaupt) oder aber auf Untersuchungen zu bestimmten einzelnen Ereignissen oder Personen.

Entgegen gängiger Meinungen befasst sich die polnische Gesellschaft nicht allzu sehr mit Geschichte. In Befragungen aus dem Jahr 2004 erklärten lediglich 5% sehr großes Interesse an der Vergangenheit, 14% großes, 42% keines oder nur ein geringes.¹⁰ Ähnliche Ergebnisse brachte eine Befragung aus dem Jahr 2009 (die lediglich den Zweiten

¹⁰ In den Jahren 2003/04 vom Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften und dem Demoskopie-Institut Pentor durchgeführtes Forschungsprojekt auf der Basis einer landesweiten repräsentativen Befragung von 800 Personen. Siehe dazu: Kwiatkowski et al. 2004.

Weltkrieg betraf). Sehr großes Interesse am Zweiten Weltkrieg erklärten 4%, großes Interesse 12%, kein oder nur geringes Interesse 49%.¹¹

Für diejenigen, die sich überhaupt für Geschichte interessieren, ist die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg weiterhin wichtig, wenngleich in immer geringerem Maße.

Wenn man annimmt, dass Aussagen darüber, welche historischen Jahrestage besonders feierlich begangen werden sollten, Rückschlüsse auf die Bedeutung eines geschichtlichen Ereignisses erlauben, dann lässt sich konstatieren, dass bis 1989 bestimmte Ereignisse im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg im polnischen kollektiven Gedächtnis eine zentrale Position einnahmen (46% der Befragten nannten das Ende des Zweiten Weltkriegs, 10% das Datum des Kriegsbeginns als Jahrestage, die feierlich begangen werden sollten). Sieben politisch ereignisreiche Jahre später hatte sich die Situation grundlegend geändert. Als wichtigste historische Ereignisse wurden nun die Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1918 und die Verfassung des 3. Mai genannt (49% bzw. 25% der Befragten nannten die entsprechenden Daten als Jahrestage, die feierlich begangen werden sollten). Die Bedeutung von Ereignissen des Zweiten Weltkriegs nimmt ab (17% der Befragten nannten das Kriegsende, 6% das Datum des Kriegsbeginns als Jahrestage, die feierlich begangen werden sollten; vgl. Kwiatkowski et al. 2004). Ähnliche Resultate wie die Studie von 2004 hatte fünf Jahre zuvor Michał Strzeszewski in der Studie „Świat w XX wieku. Ludzie i wydarzenia“ [„Die Welt im 20. Jahrhundert. Menschen und Ereignisse“] (CBOS 1999) ermittelt.

Es ist offensichtlich, dass die politische Entwicklung die Auffassungen darüber, welche Ereignisse der polnischen Geschichte die wichtigsten seien, beeinflusste und veränderte. In den Jahren vor 1989 wurde der Zweite Weltkrieg mit all seinen Konsequenzen, von denen der „real existierende“ Sozialismus und die sowjetische Vorherrschaft in Polen mitsamt der damit einhergehenden grundlegenden Lebenserfahrungen

¹¹ Die Studie entstand 2009 auf Initiative des Museums des Zweiten Weltkriegs auf Basis einer repräsentativen Befragung von 1.200 Personen. Siehe dazu: Kwiatkowski et al. 2010.

die einschneidendsten waren, wie selbstverständlich als wichtigstes historisches Ereignis angesehen. Nachdem Staat und Nation wieder unabhängig geworden waren, die in Jalta festgelegte Nachkriegsordnung überwunden war und sich neue Perspektiven für eine selbstbestimmte Ausgestaltung des Staates und des sozialen Lebens eröffneten, gewannen andere Ereignisse an Bedeutung - diejenigen, die die Souveränität symbolisierten.

Das bedeutet freilich nicht, dass die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg generell keine Rolle mehr spielen würde. Sie bleibt wichtig, nur auf andere Art. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg als wichtiges Ereignis verlagert sich von der nationalen Ebene des kollektiven Gedächtnisses auf die lokale Ebene, insbesondere auf die Ebene des Familien- und individuellen Gedächtnisses. Auf dieser Ebene (Familie, Individuum) ist der Zweite Weltkrieg das bedeutendste und lebendigste historische Ereignis – im Freundes- und Familienkreis bilden Fakten und Ereignisse des Zweiten Weltkriegs das häufigste Gesprächsthema (CBOS 1999).

Tabelle 1: Welche historischen Fakten, Ereignisse oder Personen sind am häufigsten Thema von Gesprächen?

| | |
|----------------------|-----|
| Zweiter Weltkrieg | 32% |
| Kriegsrecht, 1981–88 | 15% |
| Volksrepublik Polen | 14% |

Quelle: Kwiatkowski et al. 2004.

Zwar sank im Vergleich zu 1987 die Zahl der Personen (um 12 Prozentpunkte), die den Zweiten Weltkrieg als Gesprächsthema unter Freunden oder in der Familie nennen, doch liegt der Krieg immer noch eindeutig auf Platz eins.

Berücksichtigt man die in quantitativen Studien erfassbaren Erscheinungen, dann liegt die deutsche Besatzung als Ursache negativer

Erfahrungen noch immer vor der sowjetischen. Das belegen zwei in zweiwöchigem Abstand vom Institut für Meinungsforschung (Ośrodek Badania Opinii Publicznej, OBOP) durchgeführte Befragungen aus dem Jahr 2000.

Tabelle 2: Wenn Sie an die Geschichte Polens im Zweiten Weltkrieg denken, woran denken Sie dann vor allem?

| | 15. – 17.1.2000 | 29. – 31.1.2000 |
|--|-----------------|-----------------|
| 1. Allgemeinmenschliche Tragödie, Tod vieler Menschen | 39 | 30 |
| 2. Repressionen der deutschen Besatzer gegen die Polen | 19 | 20 |
| 3. Konzentrationslager (ohne Spezifizierung) | 17 | 18 |
| 4. Deutscher Überfall auf Polen am 1. September 1939 | 7 | 14 |
| 5. Auschwitz | 7 | 11 |
| 6. Schwere Zeiten für die Menschen, die damals lebten | 13 | 10 |
| 7. Warschauer Aufstand | 6 | 8 |
| 8. Polnischer Widerstand gegen die Besatzer | 9 | 6 |
| 9. Die Personen der Täter, die Ideologie | 5 | 6 |
| 10. Kriegszerstörungen | 7 | 5 |
| 11. Persönliche Tragödie der Befragten | 6 | 5 |
| 12. Holocaust/Shoah | 3 | 5 |
| 13. Verteidigung der Westerplatte | 3 | 4 |
| 14. Sowjetischer Überfall am 17. September 1939 | 3 | 3 |
| 15. Orte von Schlachten (in der Tabelle nicht spezifiziert) | 2 | 3 |

| | | |
|--|---|----|
| 16. Befreiung Polens durch die Rote Armee | 1 | 3 |
| 17. Zweiter Weltkrieg als Lehre für die Zukunft | 4 | 2 |
| 18. Repressionen der sowjetischen Besatzer gegen die Polen | 3 | 2 |
| 19. Kriegsfolgen | 5 | 1 |
| 20. Katyn | 3 | 1 |
| 21. Mangelnde Unterstützung Polens durch den Westen | 3 | 1 |
| 22. Angriff von zwei Seiten | 1 | 1 |
| 23. Aufstand im Warschauer Ghetto | 0 | 1 |
| 24. Schlacht um Monte Cassino | 1 | 0 |
| 25. Schlacht bei Lenino | 0 | 0 |
| 26. andere | 6 | 10 |
| 27. schwer zu sagen, weiß nicht, ich erinnere mich nicht | 4 | 5 |
| 28. mir fällt nichts ein, ich denke an nichts | 2 | 1 |

* Die Prozentzahlen ergeben in der Summe nicht 100%, weil die Befragten mehr als eine Angabe machen konnten

Quelle: Omnibus 2000.

In dieser Übersicht liegen die mit der sowjetischen Besatzung verbundenen Ereignisse (der Überfall am 17. September [3%], Repressionen der sowjetischen Besatzer [3% bzw. 2%], Katyn [3% bzw. 1%]) zusammengenommen einige Prozentpunkte hinter den Ereignissen im Zusammenhang mit der deutschen Besatzung (Repressionen der deutschen Besatzer gegen die Polen [19% bzw. 20%], deutscher Überfall auf Polen am 1. September 1939 [7% bzw. 14%], Auschwitz [7% bzw. 11%], Holocaust/Shoah [3% bzw. 5%]).

Zugleich erscheint aber in Studien, die mit der Fokus-Methode arbeiten oder auf vertieften Interviews basieren und die nicht quantitative

Phänomene, sondern die für bestimmte Gruppen oder Gemeinschaften signifikanten Erscheinungen erfassen wollen, die sowjetische Besatzung den Menschen, die sie erlebten, im Vergleich zur deutschen Besatzung als etwas Schlimmeres. So schreiben Karolina Świderek und Edyta Przybysz 2014 in einer Studie über die Kriegserlebnisse von Menschen aus dem Umland von Zamość: „Sowohl die einen als auch die anderen Besatzer werden von den Befragten als grausam, brutal und rücksichtslos beschrieben. Sie erinnern sich daran, wie man sie aus ihren Wohnungen warf, wie man sie herumirren ließ, ihnen alle materielle Habe und Mittel zum Lebensunterhalt raubte. [...] Die gesammelten Materialien deuten allerdings darauf hin, dass das Leben unter sowjetischer Besatzung deutlich schwieriger war als unter deutscher. Viele Menschen versuchten, über die grüne Grenze ins deutsche Besatzungsgebiet zu kommen. Es ist schwer zu glauben, aber tausende Menschen wollten auf die deutsche Seite gelangen. Umgekehrt wollte fast niemand auf die russische Seite“ (Świderek/Przybysz 2014).

Ich werde hier keine Beispiele für die Grausamkeiten der sowjetischen „Befreier“ Polens aufzählen, denn mich interessiert hier nicht die Rekonstruktion historischer Fakten, sondern die Frage nach ihrer Funktionsweise im sozialen Gedächtnis. Interessant in diesem Fall ist schon die Diskrepanz zwischen der grundsätzlichen Ähnlichkeit der Tatsachen „deutsche Besatzung“ und „sowjetische Besatzung“ (ich nehme an, dass beide mehr oder weniger gleich grausam, unbarmherzig und barbarisch waren) und ihrer ganz unterschiedlichen Positionen im gesellschaftlichen Bewusstsein. Die deutsche Besatzung ist dort präsenter, besser bekannt und verarbeitet als die sowjetische Besatzung (siehe Tabelle 2). Die Ursachen dafür sind im unterschiedlichen Schicksal der Erinnerungen an diese Ereignisse zu suchen. Die Erinnerung an die deutsche Besatzung existierte von Beginn an in allen Umläufen, im öffentlichen Umlauf (dem offiziellen staatlichen und den Publikationen der Kirche) ebenso wie im privaten (Gespräche im Familien- und Freundeskreis), die sowjetische Besatzung wegen der Zensur und anderer Repressionen nur im privaten Umlauf (Szpociński 2010).

Die ersten Publikationen über Ereignisse im Zusammenhang mit der sowjetischen Besetzung erschienen Mitte der 1970er-Jahre (in Verlagen des unabhängigen, illegalen zweiten Umlaufs), während über die deutsche Besetzung seit Kriegsende 1945 geschrieben werden konnte. Die deutsche Besetzung war von Anfang an auch Gegenstand künstlerischer Werke, die nicht selten in den Kanon der Nationalkultur eingingen. Dazu gehören unter anderem Leonard Buczkowskis Film „Zakazane piosenki“ („Verbotene Lieder“, 1946), Zofia Nałkowskas Erzählband „Medaliony“ („Medaillons“, 1946) und Leon Kruczkowskis 1949 geschriebenes Theaterstück „Niemcy“ („Die Sonnenbruchs“), das im selben Jahr im angesehenen Stary Teatr in Krakau uraufgeführt wurde. Die herausragenden Werke zur sowjetischen Besetzung hingegen entstanden im Exil und waren aus naheliegenden Gründen (Zensur) nur einem kleinen Publikum bekannt. Ich denke hier etwa an Józef Czapkis „Wspomnienia starobielskie“ („Starobielsker Erinnerungen“, 1943) und „Na nieludzkiej ziemi“ („Unmenschliche Erde“, 1949) sowie Gustaw Herling-Grudzińskis „Inny świat“ („Welt ohne Erbarmen“, 1953). Der erste bedeutende Film zum Thema, Andrzej Wajdas „Das Massaker von Katyn“, kam erst 2007 in die Kinos, 60 Jahre nach „Zakazane piosenki“.

Diese Beobachtungen mögen belegen, welche Bedeutung die Aufzeichnung und Bewahrung von vergangenen Ereignissen in unterschiedlichen Formen der kulturellen Überlieferung – Jan Assmann spricht vom „kulturellen Gedächtnis“ (Assmann 1997) – für die Funktionsweise des sozialen Gedächtnisses haben. Die fortbestehenden Unterschiede in der Erinnerung an die sowjetische und die deutsche Besetzung zeigen, wie resistent das soziale Gedächtnis gegen Veränderungen ist. In den im ersten Teil meines Artikels analysierten Magazinen war die sowjetische Besetzung das Hauptthema, und doch bewirkten sie keine grundsätzliche Veränderung in den Vorstellungen der polnischen Gesellschaft über die beiden Besetzungen (die sowjetische und die deutsche). Das hat viele Gründe, und einer der gewichtigsten ist das schwindende Interesse für die Vergangenheit. Jemand, der sich normalerweise nicht für Geschichte interessiert, greift in einer

Situation, in der er zu einem historischen Ereignis Stellung beziehen muss, auf gängige Interpretationsmuster (Schlüssel, Klischees) zurück. Im Fall der deutschen Besatzung sind diese Muster ausgearbeitet und stabil. In meinen Ausführungen über die Inhalte der Geschichtsmagazine habe ich darauf hingewiesen, dass selbst Texte, in denen hochdramatische Ereignisse der deutschen Besatzung beschrieben werden, die allgemeinen Auffassungen zu dieser Besatzung nicht in Frage stellen. Ganz im Gegenteil, sie wirken einer Veränderung entgegen (das heißt Versuchen, die scharf umrissenen Konturen dieser Ereignisse zu verwischen). Von solcher Art waren die Artikel über deutsche Grausamkeiten oder auch die Polemiken gegen deutsche Vertriebenenvertreter, die übersahen, dass Polen zuerst vertrieben wurden und die Vertreibung der Deutschen eine Konsequenz der Entfesselung des Krieges war.

Anders liegt der Fall der sowjetischen Besatzung, hier gibt es viele Unklarheiten. Ein Grund liegt darin, dass der zeitliche Rahmen der „sowjetischen Besatzung“ nicht klar umrissen ist. Man weiß, wie gesagt, wann die sowjetische Besatzung begann, doch das Enddatum ist umstritten, und eine Entscheidung dieser Frage wird erschwert durch laufende ideologische und politische Auseinandersetzungen. Aus diesem Grund gibt es für die mit der sowjetischen Besatzung zusammenhängenden Ereignisse keine fertigen Deutungsmuster. Personen, die sich im Alltag kaum für Geschichte interessieren, fühlen sich angesichts dessen womöglich von der Thematik überfordert und marginalisieren die Tatsache der sowjetischen Besatzung als solche. Bei geschichtsinteressierten Personen verhält es sich entgegengesetzt. Für sie ist die sowjetische Besatzung „lebendiger“ als die Erinnerung an die deutsche Besatzung, denn sie ist weiterhin ein Feld der Erforschung und Streitigkeiten.

Beide Besatzungen sind aber „lebendige“ Erinnerungen in einem weiteren Sinne. Sie bilden ein Reservoir an Interpretationscodes für Konfliktsituationen in den deutsch-polnischen und den russisch-polnischen Beziehungen (Siellawa-Kolbowska/Poleć 2014). Das zeigt sich u. a. in der Berichterstattung und in den Kommentaren zur

Vertriebenenfrage in Deutschland, in der Deutung der Besetzung der Krim durch Russland und der russischen Beteiligung an den Kämpfen in der Ostukraine sowie in den Kommentaren zur deutsch-russischen Übereinkunft in der Frage des Baus der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream, die in Polen als potentielle Bedrohung der eigenen Energiesicherheit angesehen wird.

LITERATUR

Assmann, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1997.

Assorodobraj, Nina: „Historia żywa“. Świadomość historyczna: symptomy i propozycje badawcze [„Lebendige Geschichte“. Historisches Bewusstsein: Symptome und Forschungsansätze], in: „Studia Socjologiczne“ [Soziologische Studien], Nr. 2/1963, S. 5-45.

Atlas polskiego podziemia niepodległościowego 1944-1956 [Atlas der polnischen Unabhängigkeitsbewegung im Untergrund 1944-1956], Warszawa/Lublin 2007.

CBOS [Zentrum für Meinungsforschung]: Przeszłość jako przedmiot zainteresowań i dyskusji we współczesnym społeczeństwie polskim [Vergangenheit als Gegenstand von Interesse und Diskussionen in der gegenwärtigen polnischen Gesellschaft], Sign. 0379, 1989.

CBOS [Zentrum für Meinungsforschung]: Świat w XX wieku – ludzie i wydarzenia [Die Welt im 20. Jahrhundert – Menschen und Ereignisse], Forschungsbericht, BS/195/99, Warszawa 1999, http://cbos.pl/SPISKOM.POL/1999/K_195_99.PDF (12.02.2017).

Kwiatkowski, Piotr T./Szacka, Barbara/Szpociński, Andrzej: Społeczeństwo polskie wobec przeszłości. Prezentacja wyników badań [Die polnische Gesellschaft und die Vergangenheit. Präsentation von Forschungsergebnissen], Referat im Rahmen des Polnischen Historikertags, Kraków 2004.

Kwiatkowski, Piotr T./Nijakowski, Lech M./Szacka, Barbara/Szpociński, Andrzej: Między codziennością a wielką historią. Druga wojna światowa w pamięci zbiorowej społeczeństwa polskiego [Zwischen Alltag und großer Geschichte. Der Zweite Weltkrieg im kollektiven Gedächtnis der polnischen Gesellschaft], Warszawa 2010.

Motyka, Grzegorz: Od rzezi wołyńskiej do akcji „Wisła”. Konflikt polsko-ukraiński 1943-1947 [Vom Blutbad von Wolhynien zur „Aktion Weichsel“. Der polnisch-ukrainische Konflikt 1943-1947], Kraków 2011.

Nijakowski, Lech M.: Pamięć o II wojnie światowej a relacje Polaków z innymi narodami [Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und die Beziehungen der Polen zu anderen Nationen], in: Kwiatkowski et al. (2010), S. 239-287.

Omnibus (Taylor Nelson/SOFRES/OPOB): Obraz II wojny światowej w pamięci Polaków [Das Bild des Zweiten Weltkriegs im Gedächtnis der Polen], Warszawa 2000, http://tmsglobal.pl/archiv_files/015-00.pdf (25.05.2017).

Siellawa-Kolbowska, Krystyna E./Połec, Wojciech: O obawach Polaków wobec Rosji. Pamięć przeszłości jako motyw postaw w teraźniejszości [Über die Ängste der Polen vor Russland. Erinnerung an die Vergangenheit als Motiv für Haltungen in der Gegenwart], in: „Kultura i Społeczeństwo“ [Kultur und Gesellschaft] Nr. 3/2014, S. 89-119.

Skórzyńska, Izabela: Historia jako krytyczny namysł nad „erą pamięci“ [Geschichte als kritische Reflexion über das „Erinnerungszeitalter“], in: „Sensus historiae“, Band II, 2011, S. 29-34.

Szpociński, Andrzej: Obraz przeszłości Polski w słuchowiskach radiowych dla młodzieży szkół podstawowych w latach 1951-1984 [Das Bild Polens in Radiohörspielen für Grund- und Hauptschüler in den Jahren 1951-1984], Warszawa 1989.

Szpociński, Andrzej: II wojna światowa w komunikacji społecznej [Der Zweite Weltkrieg in der sozialen Kommunikation], in: Kwiatkowski et al. (2010), S. 55-81.

Świderek, Karolina/Przybysz, Edyta: Pamięć II wojny światowej członków warszawskiego koła zamościan PTTK. Raport z badań własnych [Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg bei Mitgliedern der Warschauer PTTK-Gruppe aus Zamość], Bachelorarbeit (Manuskript im Besitz des Verfassers der vorliegenden Arbeit sowie im Archiv der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Warschauer Landwirtschaftsuniversität SGGW), 2014.

Zychowicz, Piotr: Ludzka rzeźnia [Menschlicher Schlachthof], in: „Do Rzeczy”, Nr. 6/2014.

Die Versöhnungsmesse in Kreisau – Resultat eines faulen Kompromisses in der deutsch-polnischen Geschichtspolitik?

WALDEMAR CZACHUR

Einführung

Kreisau gilt im deutsch-polnischen Dialog als Symbol der Versöhnung von Deutschen und Polen nach der schwierigen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Es gibt heute keine Publikation zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, in der nicht auf den symbolträchtigen Friedensgruß zwischen dem ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Polens, Tadeusz Mazowiecki, und dem Bundeskanzler des seine Wiedervereinigung anstrebenden Deutschlands, Helmut Kohl, verwiesen würde (Hartwich 2015, S. 461-485; Czachur/Wóycicki 2014, S. 5-9). Das Bild der deutsch-polnischen Umarmung ging durch die polnischen, deutschen und nicht zuletzt auch internationalen Medien. Polen und Deutsche benötigten ein Symbol für sich und ihre internationalen Partner, das Bereitschaft zu friedlicher Nachbarschaft und vertrauensvoller

politischer Zusammenarbeit signalisieren sollte, und sie wussten, es würde früher oder später ein solches Symbol geben. Wie allerdings ein genauerer Blick auf die Akteure und ihre Vernetzungen sowie auf die Dynamik der Kommunikation und die unterschiedlichen politischen Interessen vor allem auf dem Feld der maßgeblich durch innenpolitische Faktoren bestimmten Geschichtspolitik zeigt, war Kreisau als Ort der Versöhnungsmesse für politische Eliten, Geistliche und die zivilgesellschaftlichen Akteure im deutsch-polnischen Dialog eine Kompromisslösung.

Im Folgenden möchte ich die Umstände der deutsch-polnischen Verhandlungen über Kreisau als Ort des später als Versöhnungsmesse bekannt gewordenen Gottesdienstes skizzieren und aufzeigen, wie diese Verhandlungen in Deutschland und Polen durch politische Interessen und das Bewusstsein des – auch und gerade in geschichtspolitischer Hinsicht – gesellschaftlich Machbaren beeinflusst wurden.

Versöhnungssymbole in bilateralen Beziehungen in Europa

In Symbolen zeigt sich wie in einem Brennglas das kollektive Gedächtnis von Gesellschaften. Sie lassen erkennen, welche Ereignisse der Vergangenheit einer Gruppe oder Nation wichtig sind und wie diese Ereignisse in der Gegenwart zur politischen Sinnstiftung beitragen. Symbole werden von Menschen und für Menschen geschaffen, denn die Erinnerung an die Vergangenheit soll die Zukunft mitgestalten. Jedes Symbol ist das Resultat der jeweiligen Geschichtspolitik von Gemeinschaften oder Staaten (Zaborski 2011; Wigura 2011).

Ebenso verhält es sich mit Symbolen in den Beziehungen zwischen zwei Staaten, zumal mit den Versöhnungssymbolen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg (Kaminsky 2016). Hier geht es weniger um die Frage, ob die zwischenstaatliche Versöhnungspolitik von moralischen oder politischen Motiven bestimmt wird, sondern vielmehr um die Analyse der Faktoren, die einen von zwei Politikern im Namen ihrer

Länder vollzogenen Akt in beiden Gesellschaften zum Symbol werden lassen. Je aufrichtiger die zugrunde liegenden Intentionen der beteiligten Politiker sind und je größer der gesellschaftliche Widerstand gegen den jeweiligen Akt ist (weil er den Gesellschaften die Notwendigkeit eines radikalen Umdenkens in Bezug auf die Vergangenheit verdeutlicht), desto wahrscheinlicher ist es, dass aus ihm ein neues Symbol erwächst. Nicht unwichtig sind freilich auch die Zeit und der Ort einer symbolträchtigen Geste.

Die Europäerinnen und Europäer kennen das Bild des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer und des französischen Präsidenten Charles de Gaulle 1962 in der Kathedrale von Reims. Die beiden Politiker, die den Zweiten Weltkrieg in seiner Brutalität erlebt hatten, trafen sich in der Kathedrale, die im Ersten Weltkrieg stark beschädigt worden war, und eröffneten durch ihre zutiefst religiös und ethisch motivierte Versöhnungsgeste ihren Gesellschaften eine neue Zukunftsperspektive. Nicht Erbfeindschaft, sondern Verständigung sollte fortan die Grundlage der deutsch-französischen Nachbarschaft bilden. Auch das Bild von Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident François Mitterrand 1984 Hand in Hand in Verdun, wo im Ersten Weltkrieg über 300.000 Deutsche und Franzosen starben, resultiert aus dieser Logik. An Orten, die für Feindschaft und Gräueltaten stehen, verleihen Politikerinnen und Politiker durch Gesten der Reue und der Versöhnung den Ereignissen – und damit auch den Orten – eine neue Bedeutung. Sie schaffen ein neues Narrativ: Wir dürfen die Tragödien der Vergangenheit nicht vergessen, doch sie sollen nicht länger trennen (Weber 2013). Mehr noch, wir müssen friedlich miteinander kooperieren, um ähnliche Tragödien in Zukunft zu verhindern. Die Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit wird zum Fundament des Friedens. Der französische Präsident Vincent Auriol erklärte: „Wir sind bereit, zu vergessen, wenn die Deutschen bereit sind, nicht zu vergessen.“

Die Besonderheit der deutsch-polnischen Versöhnung

Die deutsch-polnische Versöhnung folgt freilich anderen Gesetzen, die großenteils nicht allein durch die Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, sondern auch durch die politische Konstellation nach 1945 bestimmt wurden. Polen wurde Teil des kommunistischen Ostblocks, die Bundesrepublik Deutschland Teil des demokratischen Westens. Die infolge des Kalten Kriegs entstandene deutsch-polnische Mauer wurde jedoch von mutigen Einzelpersonen aus Polen sowie aus West- und Ostdeutschland konsequent durchlöchert. Junge Deutsche aus der DDR unternahmen im Rahmen der Aktion Sühnezeichen Pilgerfahrten mit dem Fahrrad durch Polen, um die Geschichte ihrer Eltern kennenzulernen, über die in ihrem Heimatland nicht gesprochen wurde. In Polen weckten Deutsche, die in den ehemaligen Konzentrationslagern Auschwitz und Majdanek Freiwilligendienst leisteten, Verwunderung und Neugier. Die polnischen Bischöfe richteten eine Botschaft an ihre deutschen Amtsbrüder: Wir vergeben und bitten um Vergebung. Das kommunistische Regime reagierte mit ungewohnt scharfer Kritik und bezichtigte die Bischöfe des Landesverrats. Verrat wurde auch Willy Brandt vorgeworfen, der in Warschau vor dem Denkmal der Helden des Ghettos niederkniete. Die Vertriebenenverbände schrien auf: Wer Schlesien, Pommern und Ostpreußen verrät, der verrät ganz Deutschland. 48 Prozent der Westdeutschen hielten die Geste des Kanzlers für übertrieben. Damit die deutsch-polnische Mauer des Misstrauens und der Feindschaft eingerissen werden konnte, musste in beiden Ländern die feindselige Einstellung gegenüber dem Nachbarn überwunden werden. Für diesen Wandel engagierten sich Menschen wie Stanisław Stomma, Mieczysław Pszon, Anna Morawska, Kardinal Bolesław Kominek, Jan Józef Lipski, Günter Särchen, Ludwig Mehlhorn, Manfred Seidler, Marion Dönhoff, Tadeusz Mazowiecki, Władysław Bartoszewski, Richard von Weizsäcker und viele andere. Mit ihrer Haltung und ihrem Tun überwandern sie mentale und politische Barrieren

in ihren Gesellschaften. Dabei war ihnen immer bewusst, dass ohne aufrichtigen Dialog über die Vergangenheit keine Versöhnung möglich wäre (Kerski 2001).

Die deutsch-polnische Versöhnung unterscheidet sich von der deutsch-französischen. Sie ist das Ergebnis von Basisinitiativen mutiger Bürgerinnen und Bürger und nicht der Arbeit von Politikerinnen und Politikern (Olschowsky/Żurek 2013). Die Bürgergesellschaft brachte den deutsch-polnischen Dialog erst 1989 auf die Gesprächsebene der politischen Eliten, das heißt in einer Zeit großer Veränderungen in Europa, von denen Polen und Deutschland am meisten profitierten.

Helmut Kohls Polen-Besuch und der Streit um den Annaberg

Der Umbruch des Jahres 1989 eröffnete Polen die Chance auf Freiheit und Deutschland die Chance zur Wiedervereinigung. Das veränderte auch die Strategien und die Dynamik des deutsch-polnischen Dialogs. Helmut Kohl sprach am 1. September 1989 im Bundestag zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs in gewundenen Sätzen von der deutschen Schuld am Krieg – wobei er vor allem das Leid der Vertriebenen thematisierte – und von der Notwendigkeit einer Versöhnung mit Polen nach dem Vorbild der deutsch-französischen Versöhnung. Kohl konstatierte: „[...] wahre Versöhnung ist nicht nur eine Frage menschlichen Willens, sondern natürlich auch der politischen Gegebenheiten“ (Kohl 1989). Knapp zwei Wochen später, am 12. September 1989, bekundete der erste nichtkommunistische polnische Ministerpräsident, Tadeusz Mazowiecki, in einer Regierungserklärung:

Polen möchte ein neues Europa mitgestalten und die nach dem Kriege entstandene, heute schon vollständig anachronistische Spaltung der Welt überwinden. [...] Wir brauchen einen Umschwung in der Beziehung zur Bundesrepublik

Deutschland. Die Völker beider Länder sind bereits viel weiter als ihre Regierungen vorangekommen. Wir rechnen mit einem deutlichen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen. Wir wollen eine echte Aussöhnung, ähnlich der zwischen Deutschen und Franzosen (Mazowiecki 1989).

Der Lackmustrtest für den bekundeten politischen Willen beider Regierungen sollte der noch von der Regierung Rakowski vorbereitete Besuch Helmut Kohls in Polen werden. Tadeusz Mazowiecki intensivierte nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten den Dialog mit Deutschland und berief mit Mieczysław Pszon, Redakteur des „Tygodnik Powszechny“ („Allgemeine Wochenzeitung“), einen ausgewiesenen Deutschlandkenner, zu seinem Bevollmächtigten in diesen Angelegenheiten. Zusammen mit Horst Teltschik war Pszon verantwortlich für die Vorbereitung und den erfolgreichen Verlauf des Besuchs.

Im Juli 1989 hatte Alfons Nossol, der Bischof von Oppeln, Helmut Kohl zur Teilnahme an einer deutschsprachigen Messe für die deutsche Minderheit auf dem Annaberg eingeladen, die mit Erlaubnis von Primas Glemp seit dem 4. Juni 1989 dort gefeiert wurde. Kohl hatte die Einladung dankend angenommen und ließ diesen Punkt schon in eine der ersten Fassungen seines Besuchsprogramms aufnehmen (Clough 1999, S. 186). Er versprach sich von diesem Gottesdienstbesuch einen doppelten Nutzen: Einerseits Aufmerksamkeit für das Problem der Minderheiten in den deutsch-polnischen Beziehungen, was ihm in einer Phase sinkender Beliebtheitswerte der Christdemokratie ein Jahr vor der Bundestagswahl die Stimmen der Vertriebenen gesichert hätte, und andererseits die Chance auf eine – nach Verdun und Bitburg – weitere Versöhnungsgeste in seiner politischen Biografie. Die polnische Seite war sich dessen bewusst, und sie wusste auch, dass Kohl dringend einen Ort für eine symbolische Geste ähnlich der von Verdun suchte, doch sie war dazu noch nicht bereit (Archiv 1989a). Sie schlug auch keinen der mit den deutschen Verbrechen und dem deutschen Terror

während des Zweiten Weltkriegs assoziierten Ort für eine solche Geste vor. Die Idee eines Besuchs im deutschen Konzentrationslager Auschwitz kam von Kohl, doch war lediglich eine Besichtigung vorgesehen (Borodziej 2006, S. 128).

Kurz vor dem Besuch entflammte in Polen und Deutschland eine heftige Mediendebatte über den von Kohl auf Initiative von Bischof Nossol vorgeschlagenen Annaberg. Polnische Medien, zumal die noch von den Kommunisten kontrollierten, warfen Kohl vor, er instrumentalisieren den St.-Anna-Berg zum Zwecke einer vermeintlichen Versöhnung, und attestierten der Mazowiecki-Regierung Ungeschick in den Verhandlungen mit Deutschland. Deutsche Medien griffen die polnische Debatte auf und warfen Kohl mangelndes historisches Gespür vor (Weit weg 1989; Neander 1989; Spörl 1989; Bannas 1989; Dietrich 1989; Przybyła 2015). „Der Spiegel“ zitierte einen engen Mitarbeiter Kohls mit der Klage: „[...] da bringen wir die Milliarden, und dann darf der Kanzler nicht auf den Annaberg“ (Weit weg 1989, S. 18).

Die Debatte über diesen Punkt des Besuchsprogramms offenbarte nicht nur historische Empfindlichkeiten, sondern auch unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie man in geschichtspolitischer Hinsicht mit diesen Empfindlichkeiten umzugehen habe. Mieczysław Pszon schreibt dazu:

Schlimmer war, dass man gleichzeitig das voraussichtliche Besuchsprogramm veröffentlichte. Es war von Beamten des Außenministeriums angeblich nach meinen und Mazowieckis Anweisungen sowie unter Berücksichtigung der Wünsche der deutschen Seite, das heißt Beamten der Botschaft in Warschau, ausgearbeitet worden. Und dieses Programm enthielt ein Treffen mit der deutschen Minderheit auf dem Annaberg. Dieses Treffen wurde von Minister Skubiszewski bestätigt, der sich zu dieser Zeit gerade im Westen, vermutlich sogar in der Bundesrepublik,

aufhielt. Bei seiner Rückkehr nach Polen tobte bereits eine Debatte um den Annaberg. Denn die deutschen Schlesier waren entschieden dafür, die polnischen Schlesier hielten es für eine Provokation ... Für die Deutschen ist der Annaberg vor allem ein religiöser Ort. Für die Polen ist es der Ort des Kampfes gegen die Deutschen, Symbol der Schlesischen Aufstände usw. Was die Deutschen gar nicht wussten, obwohl sie es hätten wissen müssen, denn sie hatten uns dort eins auf ein bestimmtes Körperteil gegeben ... Man sorgte sich, es könnte zu Aktionen der Gruppe „Grunwald“¹ kommen. Außerdem gab es die deutschen Revisionisten. Doch Kohl beharrte auf dem Annaberg (Pszon 1996, S. 542).

Diese Diskrepanzen kamen zu den ohnehin unterschiedlichen Interessen und Erwartungen beider Seiten hinzu. Die polnische Regierung erwartete von der Bundesrepublik finanzielle Unterstützung für ihre Reformen sowie eine endgültige Übereinkunft hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze und der Entschädigungen für Opfer des Dritten Reichs, was die deutsche Seite in große Verlegenheit brachte, weshalb man Polen drängte, diese Themen öffentlich nicht in den Vordergrund zu rücken (Archiv 1989b, S. 15 f.).

Mazowiecki befürchtete zu Recht, die Teilnahme des deutschen Bundeskanzlers an einem Gottesdienst an einem Ort, an dem nach Ende des Ersten Weltkriegs Polen und Deutsche gegeneinander gekämpft hatten, werde in Polen nicht nur Unverständnis wecken, sondern auch Ängste vor deutscher Dominanz, zumal der Gottesdienst in Anwesenheit der deutschen Minderheit stattfinden sollte, deren Existenz die Kommunisten konsequent verleugnet hatten. Das hätte Mazowieckis Reformen und den deutsch-polnischen Dialog wesentlich erschwert.

¹ Die Vereinigung Grunwald (Tannenberg) war eine von 1981 bis 1995 bestehende nationalistische Gruppierung, die auch in der Volksrepublik publizistisch tätig werden konnte; Anm. des Herausgebers.

Auf polnischer Seite suchte man fieberhaft nach einem Ausweg aus der verfahrenen Situation. Anhand der derzeit zugänglichen Quellen lässt sich nicht genau feststellen, wie eine Lösung gefunden wurde. Bischof A. Nossol erinnert sich an eine Besprechung in der Kanzlei des Ministerpräsidenten:

Während einer Begegnung mit Mieczysław Pszon im Amt des Ministerpräsidenten kam uns gemeinsam der Gedanke, die Messe unter Beteiligung der beiden Regierungschefs in Kreisau zu organisieren, sofern der Annaberg für diese deutsch-polnische Begegnung nicht in Frage kam (Nossol et al. 2012, S. 41).²

Pszon hingegen berichtet:

Ich erinnere mich an ein Gespräch mit Tadeusz Mazowiecki: Wie finden wir einen Ausweg? Am nächsten Tag hatte er vermutlich die Idee mit Kreisau in Niederschlesien. Natürlich sollte es eine Begegnung mit den Deutschschlesiern geben, aber auf einer anderen Ebene. Jetzt ging es darum, dass Bonn den Vorschlag akzeptierte. Tadeusz wollte sich etwas einfallen lassen, er verbot uns, über die Sache zu sprechen. Ich ging in mein Hotelzimmer, es war Freitag oder Samstag. Und ich beschloss, Horst Teltschik zu Hause anzurufen. Ich sagte ihm, unsere ganze Arbeit ginge zum Teufel. Wir hätten unser Ziel erreicht, mit gutem Erfolg für beide Seiten, und nun würde alles durch das sture Beharren auf dem Annaberg zunichtegemacht. Ich bat ihn, vorerst niemandem davon

² Bischof Nossol sagt auch, er habe noch aus der Kanzlei des Ministerpräsidenten Kardinal Lehmann angerufen, damit dieser Kohl von der Verlegung des Gottesdienstes nach Kreisau überzeuge.

zu erzählen, aber wir würden Kreisau vorschlagen. Er hatte noch nie von Kreisau gehört ... Meine Argumentation leuchtete ihm ein, aber er sagte, die Entscheidung liege nicht in seinen Händen. Wir verabredeten, dass sich die Regierungschefs untereinander verständigen sollten. Am nächsten Tag war ich bei Mazowiecki. Ob er Kohl anrief oder Kohl ihn, weiß ich nicht mehr. Plötzlich sagte Tadeusz: „Gut, ich muss darüber nachdenken, aber grundsätzlich bin ich einverstanden.“ Nachdem sie das Gespräch beendet hatten, rief er mir zu: „Weißt du, Kohl muss verrückt geworden sein. Er schlägt vor, wir sollten unsere deutsch-polnische Begegnung in Kreisau veranstalten und Bischof Nossol soll die Sache in die Hand nehmen. Na, da hat wohl der Heilige Geist seine Hand im Spiel“ (Pszon 1996, S. 542 f.).

Ungeachtet dessen, wer letztlich Kreisau ins Spiel brachte – entscheidend war, dass der Vorschlag für die polnische wie für die deutsche Seite eine akzeptable Lösung darstellte. Mazowiecki und Kohl sowie auch Bischof Nossol betonten, Kreisau eigne sich als Schauplatz der Begegnung, weil der Ort ein Symbol für den Widerstand gegen Hitler sei und weil im Kreisauer Kreis Menschen unterschiedlicher Weltanschauung auf der Basis christlicher Werte an einer Vision eines Nachkriegsdeutschlands gearbeitet hätten. Dieses Argument überzeugte offenbar neben den Regierungen und dem Klerus auch die Vertreter der Zivilgesellschaft, das heißt vor allem den Klub der katholischen Intelligenz in Wrocław (Ku nowej Europie 1997, S. 56-60).³ Die Medienreaktionen auf die Entscheidung für Kreisau waren gemischt. Die „Gazeta Wyborcza“ schrieb am 6. November 1989, dass „der Kanzler nicht an der deutschsprachigen Messe auf dem Annaberg teilnimmt, sondern gemeinsam mit Ministerpräsident Mazowiecki an einem weniger spektakulären deutsch-polnischen Gottesdienst in Kreisau in Niederschlesien“ (Kohl do Krzyżowej 1989, S. 3).

³ Das belegt die aus diesem Anlass organisierte Ausstellung über den Kreisauer Kreis, die von beiden Regierungschefs besucht wurde.

Weder in Deutschland noch in Polen war Kreisau breiteren Kreisen bekannt. Mazowiecki hatte Anna Morawskas Buch „Chrześcijanin w Trzeciej Rzeszy“ („Christ im Dritten Reich“) rezensiert, das vom deutschen Widerstand und insbesondere von Dietrich Bonhoeffer, dem deutschen evangelischen Geistlichen und Gegner des Nationalsozialismus, sowie vom Kreisauer Kreis um Helmuth James von Moltke handelte. Er kannte also das geistige Vermächtnis dieser Gruppe. Der Breslauer Juraprofessor Karol Jonca hatte zu diesem Vermächtnis zahlreiche Aufsätze publiziert. Außerdem begleitete er seit den 1970er-Jahren die Familie von Moltke bei ihren Besuchen in Kreisau und unterstützte Freya von Moltke, die Witwe des 1945 in Plötzensee hingerichteten Helmuth James von Moltke, in ihren Bemühungen um die Wahrung des Andenkens an ihren Mann in Kreisau. Auf Betreiben des Breslauer Klubs der katholischen Intelligenz besuchten die Teilnehmer der Konferenz „Christ in der Gesellschaft“, die vom 2. bis 4. Juni 1989 in Breslau stattfand, Kreisau und verfassten einen Appell an den polnischen Außenminister, in Kreisau eine internationale Jugendbegegnungsstätte und ein Museum des europäischen Widerstands gegen das nationalsozialistische Deutschland zu errichten (Wieczorek 1996; Jonca 2003, S. 33; Franke 2013).

Der Gottesdienst in Kreisau wurde hastig, vielleicht sogar chaotisch und sicher größtenteils unter Missachtung des Sicherheitsprotokolls vorbereitet, denn Bolesław Kałuża, der Pfarrer des nahegelegenen Grodziszczce, wurde erst am 5. November 1989 offiziell über die politische Entscheidung informiert. Die Organisation der Veranstaltung oblag dem Breslauer Klub der katholischen Intelligenz, der auf die Unterstützung des Woiwoden von Wałbrzych/Waldenburg zählen konnte (Ku nowej Europie 1997).

Wie Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Messe berichteten, herrschte eine eisige Atmosphäre. Einerseits war das Wetter wenig freundlich, andererseits spürte man die Anspannung unter den 8.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, überwiegend Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen, die den Bundeskanzler mit deutschsprachigen Transparenten willkommen hießen. Bischof Nossol erinnert sich:

Zusätzlich kamen etwa eine Stunde vor Beginn der Messe noch Funktionäre zu mir, die vermutlich Sicherheitsleute von General Kiszczak⁴ waren, sich aber nicht vorstellten, und fragten, ob man bei der Messe unbedingt den Friedensgruß austauschen müsse. Vielleicht könnte man ihn weglassen? – schlugen sie ohne Umschweife vor. (Nossol et al. 2012, S. 45)

Bischof Nossol lehnte entschieden ab, wobei er darauf hinwies, dass sowohl der Ministerpräsident als auch der Staatspräsident Polens dem Gottesdienst zugestimmt hätten, und dass er selbst garantiere, es werde keine Provokationen von Katholiken oder Protestanten geben. Noch vor Beginn der Messfeier bat er die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entschieden darum, ihre Transparente einzurollen.

Die Spannung zwischen den Sicherheitskräften unter Leitung von General Kiszczak, die Bischof Nossol drängten, in der Eucharistiefeier den Friedensgruß auszulassen, und den Vertretern der deutschen Minderheit, die Bundeskanzler Kohl mit Jubelrufen begrüßten, zeigt anschaulich, wie unterschiedlich die Erwartungen der verschiedenen Beteiligten waren. Ein weiterer Beleg ist das gesellschaftliche Echo, über das Erzbischof Nossol schreibt: „Ich spürte damals keine sonderliche Zustimmung. Als ich am nächsten Tag in Opole über den Sebastians- und den Freiheitsplatz ging, stand dort eine kleine Gruppe junger Leute, zugegebenermaßen angetrunken, sie spuckten mir vor die Füße. Hinter mir zischte jemand: Verräter, Nazi“ (ebd., S. 46). Auch Ministerpräsident Mazowiecki spielte die Symbolik des Friedensgrußes herunter, indem er feststellte: „Die Umarmung mit dem Bundeskanzler war für mich eine ganz selbstverständliche Geste. Während der Messe geben wir einander ein Zeichen des Friedens. Erst später erblickte man darin einen symbolischen Akt“ (Kalicki 2002, S. 350).

⁴ General Kiszczak war zu diesem Zeitpunkt kommunistischer Innenminister in der Regierung Mazowiecki; Anm. des Herausgebers.

Dem – in technischer und organisatorischer Hinsicht – teils provisorischen Charakter des Ereignisses entsprach der Zustand des Gebäudekomplexes auf dem früheren Besitz der Familie von Moltke, in dem bis Anfang der 1990er-Jahre eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft ansässig war. Nina Kracherowa gab in der Tageszeitung „Trybuna Opolska“ eine anschauliche Beschreibung:

Tagelang bringt die Armee Sand in den riesigen Hof des einstigen Guts der Familie von Moltke und tüncht die Mauern. Die Löcher in den Dächern werden notdürftig geflickt. Aus Balken und Sperrholz wird eine offene Kapelle improvisiert, in der unter Beteiligung des polnischen Ministerpräsidenten, des deutschen Bundeskanzlers und dreier Bischöfe eine historische Versöhnungsmesse gefeiert werden soll. Die Geschichte ist in Kreisau eingefallen. Kreisau hat es nicht bemerkt. Die berühmte Familie Moltke, der Preußen so viel verdankt, kennt hier niemand. Das Herrenhaus war niemandem von Nutzen. Man hat es verfallen lassen, wie viele andere. Wer konnte auch ahnen, dass knapp fünfzig Jahre später die Geschichte zurückkehren würde? (Kracherowa 1989).

Letztlich führten eine Verkettung von improvisierten und zufälligen Faktoren sowie dynamische innerpolnische, deutsch-polnische und innerdeutsche Verhandlungen, in denen jeweils unterschiedliche politische Interessen und Bedenken aufeinanderstießen, zum Zustandekommen der Veranstaltung in Kreisau, die heute, nach über 25 Jahren, als deutsch-polnische Versöhnungsmesse einen festen Platz in unserer kollektiven Erinnerung hat. Auch diese Tatsache ist das Resultat eines dynamischen, keineswegs mehr ausschließlich deutsch-polnischen Aushandlungsprozesses über die Bedeutung von Kreisau. Seit 1990 wird der Ort von der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung verwaltet, dort befindet sich eine der größten internationalen Jugendbegegnungsstätten in Polen. Wichtig sind

auch der Aspekt der Verortung der Versöhnungsmesse als Bezugspunkt der Bildungsarbeit in Kreisau sowie die Erwartungen diverser externer Akteure an die Etablierung der deutsch-polnischen Versöhnungsmesse als einer notwendigen Funktion im deutsch-polnischen Dialog (Czachur/Franke 2013; Franke/Kretschmann 2016).

Kreisau – inkohärente Symbolik?

Mit Blick auf die symbolische Dimension stellt sich somit die Frage, ob die Wahl Kreisaus als Gottesdienstort gerechtfertigt war? Wäre nicht der Annaberg ein attraktiverer Ort für die deutsch-polnische Versöhnung gewesen? Handelte Mazowiecki feige oder politisch weitsichtig, als er sich – auf Zureden seines Beraters Mieczysław Pszon und des Oppelner Bischofs Alfons Nossol, des Initiators der Messe – für Kreisau entschied? Worauf beruht die Bedeutung von Kreisau als Ort der deutsch-polnischen Versöhnung? Warum wählte der Ministerpräsident des freien und in der Transformationszeit auf Deutschland angewiesenen Polen ausgerechnet diesen Ort?

Man könnte sagen, Mazowiecki erleichterte damit Helmut Kohl den Besuch, indem er ihm die öffentliche Konfrontation mit der Geschichte seines Landes in Polen ersparte – zumal damals (wie auch heute) das Wissen der Deutschen über die in Polen und an den Polen begangenen Verbrechen nicht sonderlich groß war. Vielleicht glaubte er, dass es für eine solche Geste noch zu früh sei und bevorzugte einen Ort, der den Friedensgruß neutralisierte, weil er auf gleichsam selbstverständliche Weise ausgetauscht werden würde.

Kreisau, das heute als Symbol der deutsch-polnischen Versöhnung gilt, unterliegt einer anderen Logik als Reims oder Verdun. Der Austausch des Friedensgrußes zwischen Ministerpräsident Mazowiecki und Bundeskanzler Kohl war kein Appell zur Neubewertung eines von polnischem und deutschem Blut getränkten Ortes, eines Ortes, an dem deutsch-polnische Wunden heilten. Für eine solche Geste war es 1989 vielleicht noch zu früh. Beide Seiten waren dazu nicht bereit. Die

polnische Seite hielt die Zeit dafür noch nicht für gekommen, die deutsche Seite sah so viele Jahre nach dem Krieg keine Notwendigkeit mehr. Erst 2014 umarmten sich auf der Westerplatte die Präsidenten Polens und Deutschlands, Joachim Gauck und Bronisław Komorowski. Zuvor, am 1. September 1999, hatten sich während der offiziellen Gedenkfeier zum Jahrestag des deutschen Angriffs auf Polen Władysław Stopiński – ein Verteidiger der Westerplatte – und Martin Menzel – Feuerleitoffizier des Panzerschiffs Schleswig-Holstein, das den polnischen Posten beschoss – zum Zeichen der Vergebung die Hand gereicht (Jak dyrektor 2014).

Die Entscheidung für Kreisau als Ort des Gottesdienstes, der später Versöhnungsmesse genannt wurde, entspricht dem damaligen Denken der beiden Regierungschefs. Tadeusz Mazowiecki begriff Kreisau als Signal, mit welchem Deutschland er zusammenarbeiten und welches Europa er gemeinsam mit Deutschland errichten wollte. Für Helmut Kohl verkörperte Kreisau das „andere Deutschland“, die Hoffnung, die Last der Geschichte sei überwunden und das Thema der unaufgearbeiteten tragischen gemeinsamen Vergangenheit ein für allemal abgeschlossen. Bestand angesichts derart unterschiedlicher Prämissen die Chance auf ein Symbol der Versöhnung?

Es waren wohl vor allem zwei Gründe, die Kreisau zum Symbol der deutsch-polnischen Versöhnung werden ließen: Erstens begann mit der Erkenntnis der Unterschiede ein Dialog, der die Voraussetzungen für Versöhnung und Partnerschaft schuf, und zweitens beinhaltete der Friedensgruß das Versprechen des Aufbaus bilateraler Beziehungen auf einer neuen Grundlage (Franke/Kretschmann 2016, S. 137-155). In Kreisau begann der politische Dialog zwischen dem freien Polen und dem sich wiedervereinigenden Deutschland. Es war ein komplizierter und mühevoller Prozess, der freilich die unterschiedlichen Standpunkte und Weltanschauungen zusammenführte und damit partnerschaftliche Beziehungen ermöglichte. Die Messe vom 12. November 1989 war bahnbrechend für die Klärung der deutsch-polnischen Emotionen, außerdem fand sie an einem Ort statt, an dem der Dialog über weltanschauliche Unterschiede hinweg bereits eine Tradition hatte. Die Messe

zeigte Deutschen und Polen, dass an einem solchen Ort Feindschaft und Kälte überwunden werden können.

Darüber hinaus war sie ein wichtiges Signal an andere Nationen in Europa und der Welt. Zwei einstmals verfeindete Länder, das freie Polen und das sich wiedervereinigende Deutschland, erklärten sich am Beginn eines neuen Weges bereit, das schlimmste Kapitel ihrer Nachbarschaftsgeschichte zu schließen und gemeinsam die Einheit Europas zu verwirklichen. Die Versöhnungsmesse in Kreisau eröffnete – ungeachtet des späteren missverständlichen Verhaltens von Helmut Kohl in der Frage der Oder-Neiße-Grenze – den Weg zum Grenzvertrag, der ein Jahr später, am 14. November 1990, unterzeichnet wurde, sowie zum Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991.

Die Versöhnungsmesse in Kreisau erweiterte die Botschaft dieses Ortes, der bis 1989 ein eindeutiges, wenngleich in Polen wie auch in Deutschland kaum bekanntes Symbol des deutschen Widerstands gegen Hitler war. Gerade in Kreisau verdeutlicht das Vermächtnis der Messe die Spezifik des deutsch-polnischen Dialogs als eines Dialogs mutiger Menschen, die im Namen höherer Werte – etwa eines friedlichen, auf Dialog basierenden Zusammenlebens in einem freien Europa – bereit sind, gegen den Strom zu schwimmen. Es gibt auf der Landkarte der deutsch-polnischen Erinnerung keinen Ort, an dem die individuelle Reflexion über Mut und Versöhnung, zugleich aber auch die Diskussion über Zukunft und Vergangenheit der deutsch-polnischen Beziehungen in einem vor verschiedenen Herausforderungen stehenden Europa so außergewöhnlich und bedeutend wäre wie in Kreisau.

LITERATUR

Archiv des polnischen Außenministeriums a: Chiffretelegramm Nr. 0-1574/IV, 04.11.1989.

Archiv des polnischen Außenministeriums b: Chiffretelegramm Nr. 0-1722/IV, 08.11.1989.

Bannas, Günter: Streit um den Annaberg, in: FAZ, 01.11.1989.

Borodziej, Włodzimierz (Hg.): Polska wobec zjednoczenia Niemiec. Dokumenty dyplomatyczne [Polens Haltung zur Wiedervereinigung Deutschlands. Diplomatische Dokumente], Warszawa 2006.

Clough, Patricia: Helmut Kohl. Ein Porträt der Macht, München 1998.

Czachur, Waldemar/Franke, Annemarie (Hg.): Kreisau/Krzyżowa – ein Ort des deutsch-polnischen Dialogs. Herausforderungen für ein europäisches Narrativ, Krzyżowa 2013.

Czachur, Waldemar/Wóycicki, Kazimierz: Krzyżowa: miejsce i symbol [Kreisau: Ort und Symbol], in: Tygodnik Powszechny 47/2014.

Defrance, Corine/Pfeil, Ulrich (Hg.): Verständigung und Versöhnung nach dem „Zivilisationsbruch“?, Bonn 2016.

Dietrich, Stefan: „Ein Skandal: Kohl auf dem Annaberg“, in: FAZ, 31.10.1989.

Franke, Annemarie: Kreisau/Krzyżowa wieder entdeckt – was sollte in Kreisau aus polnischer und deutscher Perspektive 1989/90 entstehen?, in: Czachur/Franke, a.a.O., S. 24-29.

Franke, Annemarie/Kretschmann, Dominik: Der Friedensgruß von Kreisau 1989. Eine Geste als Versprechen, in: Defrance/Pfeil, a.a.O., S. 137-155.

Für ein neues Europa oder wie entstand die Stiftung „Kreisau“ für europäische Verständigung, Wrocław 2002.

Hartwich, Mateusz J.: Kreisau. Pacta sunt servanda!, in: Traba, Robert/Hahn, Hans Henning (Hg.): Deutsch-polnische Erinnerungsorte, Band 1, Paderborn 2015, S. 461-485.

Jak dyrektor sanatorium pojednał odwiecznych wrogów. Rozmowa z Tadeuszem Krepsem [Wie der Direktor eines Sanatoriums Erzfeinde versöhnte. Gespräch mit Tadeusz Kreps], in: Gazeta Wyborcza, 02.11.2014.

Jonca, Karol: Denken mit Moltke – Gedanken über Kreisau und Krzyżowa, Krzyżowa 2006.

Kalicki, Włodzimierz: Ostatni jeniec wielkiej wojny. Polacy i Niemcy po 1945 roku [Der letzte Gefangene des großen Krieges. Polen und Deutsche nach 1945], Warszawa 2002.

Kaminsky, Anna: Orte als Gedenkzeichen der Erinnerung und Versöhnung?, in: Defrance/Pfeil, a.a.O., S. 177-190.

Kerski, Basil: Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990, in: Kerski, Basil/Eberwein, Wolf-Dieter (Hg.): Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949–2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?, Opladen 2001, S. 75-110.

Kohl do Krzyżowej [Kohl nach Kreisau], in: Gazeta Wyborcza, 06.11.1989, S. 3.

Kohl, Helmut: Erklärung der Bundesregierung zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges, abgegeben von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag, 02.09.1989, https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/1980-1989/1989/84-89_Kohl.html (18.01.2017).

Kracherowa, Nina: Kanclerz Helmut Kohl w Krzyżowej. Msza pokoju i pojednania [Bundeskanzler Helmut Kohl in Kreisau. Eine Messe des Friedens und der Versöhnung], in: Trybuna Opolska 263/1989.

Ku nowej Europie czyli jak powstała Fundacja „Krzyżowa” dla Porozumienia Europejskiego [Zu einem neuen Europa oder Wie die Stiftung „Kreisau” für Europäische Verständigung entstand], Wrocław 1997.

Mazowiecki, Tadeusz: „Eine Gesellschaft freier Bürger“. Regierungserklärung des polnischen Premierministers Tadeusz Mazowiecki vor dem Sejm am 12. September 1989, 12.09.1989, http://www.dearchiv.de/php/dok.php?archiv=bla&brett=B89_11&fn=POLEN.B89&menu=b1989 (08.05.2017).

Neander, Joachim: Über dem Annaberg ballen sich dunkle Wolken, in: Die Welt, 02.11.1989.

Nossol, Alfons/Zyzik, Krzysztof/Ogiolda, Krzysztof: Freude an Versöhnung. Deutsch-polnische Brückenschläge, Opole 2012.

Olschowsky, Burkhard/Żurek, Robert: Kreisau/Krzyżowa als Erinnerungsort für den deutsch-polnischen Dialog der Gesellschaften vor 1989 und die Versöhnungsmesse, in: Czachur/Franke, a.a.O., S. 45-52.

Przybyła, Piotr: Annaberg. Die Heilige und der Vulkan, in: Traba, Robert/Hahn, Hans Henning (Hg.): Deutsch-polnische Erinnerungsorte, Band 1, Paderborn 2015, S. 467-489.

Pszon, Mieczysław: Wspomnienia [Erinnerungen], in: Pięciak, Wojciech (Hg.): Polacy i Niemcy pół wieku później. Księga pamiątkowa dla Mieczysława Pszona

[Polen und Deutsche ein halbes Jahrhundert später. Gedenkschrift für Mieczysław Pszon], Kraków 1996, S. 471-549.

Spörl, Gerhard: Und jetzt der Annaberg... Der Kanzler erschwert sich seine Polenreise, in: Die Zeit, 03.11.1989.

Weber, Pierre-Frédéric: Deutsch-französische und deutsch-polnische Beziehungen: Verständigung jenseits von Bilateralität, in: Czachur/Franke, a.a.O., S. 59-63.

Weit weg von Aussöhnung, in: Der Spiegel 45/1989, 06.11.1989.

Wieczorek, Wojciech: Przesłanie Krzyżowej [Die Botschaft von Kreisau], in: Pięciak, a.a.O., S. 125-133.

Wigura, Karolina: Wina narodów. Przebaczenie jako strategia prowadzenia polityki [Die Schuld der Völker. Versöhnung als politische Strategie], Gdańsk/Warszawa 2011.

Zaborski, Marcin: Współczesne pomniki i miejsca pamięci w polskiej i niemieckiej kulturze politycznej [Zeitgenössische Denkmäler und Gedächtnisorte in der polnischen und deutschen politischen Kultur], Toruń 2011.

Die Oder-Neiße-Grenze in den
Erinnerungskulturen der Stadt
Görlitz-Zgorzelec.

Vom lokalen transnationalen zum
europäischen Erinnerungsort?

DOMINIK TRUTKOWSKI, CHRISTIAN HÖRBELT

**Grenzgeschichten transnational: Görlitz und
Zgorzelec 1945 bis heute**

Am 6. April 1990 ließ der Oberbürgermeister von Görlitz, Gerhard Eichberg, in einer Aktennotiz vermerken:

Da ja in Kürze der 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Abkommens über die Oder-Neiße-Friedensgrenze (am 6.7.1990) seine Würdigung finden muss, wird es notwendig, alle Konzentration der Vorbereitungen dafür zu treffen. Dazu hat unsere Stadt auch eine ganz besondere Rolle zu spielen, die sich in erster Linie zur Partnerstadt Zgorzelec spiegeln muss (RAG 1990, Bl. 1).

Vorgesehen waren unter anderem verschiedene Aufführungen landestypischer Tänze, eine Ausstellung sowie ein Auftritt des Anfang der 1970er-Jahre in den beiden Stadthälften gegründeten sogenannten Deutsch-Polnischen Freundschaftsorchesters (RAG 1990, Bl. 2). Die geplanten Feierlichkeiten standen damit ganz in der Tradition der Jubiläen, die in Zeiten des Kommunismus regelmäßig – meist alle fünf Jahre – anlässlich des am 6. Juli 1950 unterzeichneten Görlitzer Abkommens öffentlichkeitswirksam zelebriert wurden und die die tiefe Freundschaft zwischen den sozialistischen „Bruderländern“ propagierten. Wie viele andere Gründungsmythen in den Staaten des sowjetischen Ostblocks so ist auch der politische Mythos der „Oder-Neiße-Friedensgrenze“ mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Europa 1989/91 untergegangen. Seither und insbesondere seit dem Beitritt Polens zur EU (2004) und wenig später auch zum Schengen-Raum (2007) ist die Oder-Neiße-Grenze zu einer „normalen europäischen Grenze“ geworden, die es höchstens noch bei Überflutungen der Oder und Neiße auf die Titelseiten der Zeitungen schafft (Hinrichsen 2015, S. 512). Anfang Juli 2015 jährte sich die Unterzeichnung des Görlitzer Vertrags zum 65. Mal, ohne dass dieses Ereignis in der Öffentlichkeit auf irgendein Interesse gestoßen wäre. Die 1990 von Oberbürgermeister Eichberg getroffenen Vorbereitungen bildeten somit den Schlusspunkt in dieser rund 40 Jahre in Görlitz und Zgorzelec praktizierten Geschichtspolitik zur „Oder-Neiße-Friedensgrenze“.

Dabei markiert die in Zeiten des Kommunismus zwischen den beiden sozialistischen „Bruderländern“ bestehende Grenze einen vielschichtigen Erinnerungsort. In besonderer Weise offenbart sich die Oder-Neiße-Grenze als ein im kollektiven Gedächtnis verankerter symbolischer Ort in der Stadt Görlitz-Zgorzelec. Denn an kaum einem anderen Ort werden die Verflechtungen der rund 40 Jahre andauernden Geschichte zwischen Polen und der DDR deutlicher als in diesem Grenzraum. Der obrigkeitlich fixierten Propaganda über die Bedeutung der „Friedensgrenze“ im Staatssozialismus im Sinne der normativ-geschichtspolitischen Darstellungswelten haben sich

inzwischen zahlreiche Publikationen gewidmet (Trutkowski 2011). Nun soll der Fokus verstärkt auf die lokale Ebene – die verschiedenartigen mit der Grenze gemachten Alltagserfahrungen und damit auf die Alltagswelt der Einwohner von Görlitz und Zgorzelec – gerichtet werden. Fragen dieser mit der Grenze verbundenen sozialen Praktiken sind bis heute kaum aufgearbeitet worden – und das weder von deutscher noch von polnischer Seite. Das von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur 2015 im Rahmen ihres internationalen Austauschprogramms Memory Work sowie der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung (DPWS) geförderte und am West-Institut (Instytut Zachodni) in Posen (Poznań) in Kooperation mit der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführte deutsch-polnische Ausstellungsprojekt „Grenzgeschichten transnational: Görlitz und Zgorzelec 1945 bis heute“ (Granica i jej narracje: Görlitz i Zgorzelec 1945 do dziś) hat sich genau dieser Herausforderung gestellt.¹ Auf Grundlage von insgesamt acht mit Einwohnern aus Görlitz und Zgorzelec durchgeführten Zeitzeugen-Interviews sowie zahlreichen in deutschen und polnischen Archiven gesammelten Dokumenten ist ein breites Panorama kollektiver Erinnerungen entstanden.² Über diesen mikrohistorischen Zugang einer dichten Beschreibung lokaler Prozesse „von unten“ (Oral History) ist es gelungen, die gemeinsame Grenze in Görlitz und Zgorzelec in einer transnationalen Perspektive einzufangen. Die Ausstellung zeigt das Bild der Oder-Neiße-Grenze mit- samt ihrer Wirkungsgeschichte – den vielfältigen Deutungsmustern, Wahrnehmungen und Narrationen der Grenzbevölkerung. Welche sind aber die großen Topoi, mit denen sich die Menschen in Görlitz

¹ Das von Dominik Trutkowski geleitete Projekt umfasst – neben einer im Juni 2016 abgehaltenen zweitägigen Konferenz – eine Wanderausstellung, die im Dezember 2016 in Zgorzelec ihren Auftakt nahm, im Februar 2017 in Görlitz und im Frühjahr in Kreisau zu sehen war. Geplant sind weitere Stationen entlang der Oder und Neiße sowie schließlich in Berlin.

² Der dokumentarische Teil der Ausstellung greift die verschiedenen von den Zeitzeugen erinnerten Themen über die gemeinsame Grenze im kommunistischen Alltag auf und gibt dem von den Zeitzeugen Erinnerten eine ergänzende Fundierung durch Archivmaterialien wie Bilder, Behördenakten, Zeitungsartikel usw.

und Zgorzelec heute noch auseinandersetzen – und die in die lokale Erinnerungskultur eingegangen sind? Die von den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen geleistete Erinnerungsarbeit kondensiert vor allem in der These, dass die Menschen in Görlitz und Zgorzelec sich diese Grenze – trotz ihrer vielfach hermetischen Abriegelung in Form eines rigiden Grenzregimes – im Alltagsleben immer wieder selbst angeeignet und sie damit eigen-sinnig überwunden haben. Und das in einem Alltag, der durchherrscht war von kommunistischen Rechtsprinzipien, Vorgaben und Regeln (vgl. Schultz 1996, S. 81f.).³ Die Zeitzeugen haben sich in ihren Erzählungen über das von ihnen mit der deutsch-polnischen Grenze Erlebte aus verschiedenen Perspektiven genähert. Im Folgenden sollen die Scheinwerfer vor allem auf diejenigen Erinnerungsfragmente gerichtet werden, die die spezifischen sozialen Praktiken der Selbstaneignung dieser Grenze widerspiegeln.

Wie in einem Brennglas lässt sich in Görlitz und Zgorzelec das von Polen wie Deutschen geteilte Schicksal von Flucht, Vertreibung und Integration nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beobachten. In einer bewegenden Erzählung gibt die Wirtschaftsingenieurin Anneliese Karst (*1947) aus Görlitz einen seltenen Einblick in eine persönliche Familiengeschichte, die durch nichts stärker als durch die Wirren der Nachkriegszeit geprägt wurde. Erst als erwachsene Frau erfuhr Anneliese Karst von ihrer Mutter, dass ihr verstorbener Vater nicht ihr leiblicher Vater ist und sie aus einer Liebesbeziehung zwischen ihrer Mutter und einem Polen entstammt. Denn als ihre Mutter kurz nach dem Krieg aus dem schlesischen Löwenberg (heute: Lwówek Śląski) nach Deutschland vertrieben wurde, da war sie bereits mit Anneliese Karst schwanger. Ihr leiblicher Vater versprach, alles zu versuchen, um nachzukommen und mit der Mutter eine Familie zu gründen. Doch es kam anders. Ihre Mutter zog ihr Kind mit einem Deutschen auf, dem sie nichts von ihrer Schwangerschaft erzählte.

³ Anders als es die Propaganda über die „Oder-Neiße-Friedensgrenze“ glauben machen wollte, kann man – bis auf die kurze Periode der 1970er-Jahre – keinesfalls von einer sozialen Grenze sprechen, an der sich Menschen, Kulturen und Sprachen nicht scheiden, sondern auf eine natürliche und freie Art und Weise begegnen und austauschen.

Heute nennt sich Anneliese Karst selbst ein „Kuckuckskind“, wohlwissend, dass sie dieses Schicksal mit einer Vielzahl von Kindern dieser Nachkriegsgeneration teilt. Da sich in heutiger Zeit kaum jemand für das Schicksal dieser Kinder interessiert, die Öffentlichkeit auch schlicht nichts darüber weiß, appelliert Anneliese Karst daran, die Geschichte dieser „Kuckuckskinder“ weiter aufzuarbeiten. Ihren leiblichen Vater jedenfalls hat sie bereits in den 1970er-Jahren im elterlichen Haus in Löwenberg, unweit von Zgorzelec, besucht. In ihrer Beschreibung dieser Begegnung wird deutlich, wie wichtig das Aufarbeiten der eigenen Familiengeschichte für eine persönliche Identitätsstiftung sein kann.

Grundsätzlich diene das Bild der „Friedensgrenze“ („Granica Pokoju“) zwischen Polen und der DDR beiden Machteliten als geschichtspolitische Waffe, um den Erhalt des jeweiligen kommunistischen Regimes in der Öffentlichkeit mit politischer Legitimität auszustatten. Semantisch sollte der Begriff der „Friedensgrenze“ nicht nur die Verbundenheit zwischen den beiden Völkern demonstrieren, sondern auch das nach dem Zweiten Weltkrieg herrschende tiefe Misstrauen auf beiden Seiten abbauen. Die neue Grenzziehung sollte auf diese Weise semantisch festgelegt und im kollektiven Gedächtnis verankert werden. Darüber hinaus war das Narrativ der „Friedensgrenze“ integraler Bestandteil einer antifaschistischen Propaganda gegenüber der im Kalten Krieg als faschistisch und revisionistisch bezeichneten Bundesrepublik Deutschland. In erster Linie aber hing die Öffnung und Schließung der „Oder-Neiße-Friedensgrenze“ bis 1989 mit den wechselvollen Dynamiken der zwischenstaatlichen Beziehungen Polens und der DDR, mit politischen Großwetterlagen sowie mit unterschiedlichen kleineren und größeren Ereignissen und politischen Krisen innerhalb des sowjetischen Ostblocks zusammen. Man denke nur an den „Prager Frühling“ 1968, die im Zeichen der Entspannung stehende Einführung des pass- und visafreien Grenzverkehrs 1972 und an die seit 1980 in atemberaubender Geschwindigkeit anwachsende und von Partei und Staat in der DDR als Bedrohung empfundene Demokratiebewegung *Solidarność*.

Aus der Perspektive des polnischen Grenzregimes schildert der Zgorzelecer Grenzkommandant Marek Wardęga (*1953) die Zeit der offenen und geschlossenen Grenze im Übergang zu den 1980er-Jahren. Als Vertreter des Polnischen Grenzschutzes (Wojska Ochrony Pogranicza, WOP) war Marek Wardęga für die Sicherheit an den deutsch-polnischen Grenzübergängen in Görlitz/Zgorzelec verantwortlich. Dazu gehörte auch das Verhindern von Fluchtversuchen polnischer und ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger. Denn seit dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 versuchten DDR-Bürger über die Ostgrenzen wie Görlitz/Zgorzelec und danach über die polnische Ostseeküste oder mit gefälschten Reisepässen über Flughäfen in anderen Ostblockländern in den Westen zu flüchten. Von Seiten der DDR wurde die Überwachung an der Oder-Neiße-Grenze daher stetig perfektioniert. Auf der anderen Seite versuchten auch Polen, über die deutsch-polnische Grenze in den Westen zu flüchten. Laut Marek Wardęga unternahmen sie ihre Fluchtversuche meist in verschiedenen Verstecken in Fernzügen. Deren Reiseroute begann in Polen, führte häufig über den Grenzübergang Zgorzelec/Görlitz, weiter durch die DDR und endete in der Bundesrepublik. Marek Wardęga erzählt das aus einer differenzierten Perspektive des Arbeitsalltags im Staatssozialismus. Obwohl er den kommunistischen Herrschaftsapparat repräsentierte, vermochte auch er sich diese Grenze selbst anzueignen. Überaus empathisch beschreibt er, wie er zur Zeit des Kriegsrechts Anfang der 1980er-Jahre das Grenzregime in Zgorzelec illegal lockerte: Da sich eine Vielzahl von oppositionellen Solidarność-Aktivisten nach der Ausrufung des Kriegsrechts im westlichen Ausland aufhielt, blieb diese Gruppe von ihrer Heimat zunächst isoliert. Marek Wardęga sah jedoch davon ab, existenziell wichtige Dokumente der Solidarność-Aktivisten wie Universitätsdiplome zu beschlagnahmen, die er bei Grenzkontrollen in Fahrzeugen von Freunden und Bekannten dieser Dissidenten entdeckte. Auf einer lokalen Ebene solidarisierte sich also auch Marek Wardęga mit der demokratischen Opposition – eher unauffällig und ohne auf die Barrikaden zu gehen.

Trotz der hermetisch abgeriegelten Grenze zwischen Görlitz und Zgorzelec wurden die Brücken über die Neiße in vielfacher Hinsicht überschritten. Zeugnis davon legen verschiedene vergemeinschaftende Praktiken und Kooperationen wie die Anwerbung polnischer Vertragsarbeiterinnen aus Zgorzelec ab. Von Mitte der 1960er- bis Ende der 1980er-Jahre wurden polnische Frauen in volkseigenen Betrieben in der DDR angestellt und profitierten von den deutlich besseren Erwerbchancen. Der Leiter des VEB Elektroschaltgeräte Görlitz, Klaus Kauer (1938*), war mit seinem Betrieb einer der Begründer dieser Kooperation zwischen Görlitz und Zgorzelec. Obwohl die Anstellung polnischer Vertragsarbeiterinnen „von oben“ dirigiert wurde, setzte Klaus Kauer alles daran, die polnischen Arbeiterinnen so gut wie möglich zu integrieren. In der Produktion wurden fast alle Arbeitsschritte an den verschiedenen Stationen von gemischten deutsch-polnischen Arbeitsgruppen gemeinsam bewältigt. Im Geiste der Völkerfreundschaft wurden dabei deutsch-polnische „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ gebildet. Sie sollten die Eingliederung der polnischen Frauen in den Arbeitsalltag noch weiter unterstützen. Immer wieder unternahmen diese Brigaden auch gemeinsame Betriebsausflüge ins Umland – etwa in den Spreewald oder nach Berlin. Nach Dienstschluss feierte man gemeinsame Brigade-Abende in Restaurants, manchmal auch in Privatwohnungen; hier wird deutlich, wie die Menschen in Görlitz und Zgorzelec die Zwangsgemeinschaft der sozialistischen Brigaden in Richtung eines dezidiert unpolitischen Freizeitvergnügens eigen-sinnig umfunktionierten und sich die Grenze damit selbst aneigneten. Vor der Öffnung der Grenze 1972 blieb es jedoch schwierig, sich privat zu begegnen. Denn für jeden Besuch außerhalb der Arbeit mussten Polen und Ostdeutsche einen umständlichen Visumsantrag stellen. Als Klaus Kauer in späterer Zeit in leitender Stellung im Görlitzer VEB Kondensatorenwerk seine Arbeit aufnahm, bemühte sich sein Betrieb um eine Kooperation mit der polnischen Invalidengenosenschaft in Zgorzelec. Immer wieder zu Problemen führte dabei die Lieferung von Produktionsteilen zwischen den benachbarten Städten, die aufgrund

des langen Behördenwegs meist Tage dauerte. „Obwohl es nur eine Sichtweite über die Neiße war“, so Klaus Kauer, war es einfacher, die benötigten Teile versteckt in einer deutschen Kehrmaschine hinüberzuschmuggeln, die auch in Zgorzelec die Straßen säuberte. Das alles, „damit die drüben wieder arbeiten konnten!“⁴

Der polnische Stadtfotograf und Chronist Jan Kabanienko (*1924, †9.07.2016) war in Zeiten des Kommunismus im Dom Kultury (Kulturhaus) angestellt. Seine Aufgabe bestand unter anderem darin, die auf verschiedenen Ebenen erfolgte Zusammenarbeit zwischen den beiden Stadthälften Görlitz und Zgorzelec zu dokumentieren und sie öffentlich erlebbar zu machen. Er fotografierte nicht nur die regelmäßigen Treffen der deutschen und polnischen Delegationen auf der lokalen Ebene. Auch filmte er die durch Görlitz verlaufende jährlich stattfindende Friedensfahrt – das größte Radrennen des Ostblocks. In besonderer Weise interessierte ihn der Austausch im Kulturbereich. Mit der seit Anfang der 1960er-Jahre initiierten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im kulturellen Bereich sollten die Menschen auf beiden Seiten der Grenze an der propagierten Völkerfreundschaft stärker beteiligt werden. Zwischen den verschiedenen Kulturinstitutionen auf beiden Seiten der Neiße wurden gemeinsame Ausstellungen, Vorträge und Konzerte organisiert. Auf Zgorzelecer Seite wurde der Dom Kultury (Kulturhaus), auf Görlitzer Seite die Stadthalle zum Zentrum dieser Kooperation. Auch wenn die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Görlitz und Zgorzelec – ähnlich wie der Einsatz polnischer Vertragsarbeiterinnen – „von oben“ reguliert wurde, begann die geteilte Stadt an der Neiße durch eine Vielzahl eigener Initiativen zum ersten Mal als Ganzes zusammenzuarbeiten. Jan Kabanienko war sich sicher, dass mit dem in den 1960er-Jahren begonnenen Austausch im Kulturbereich zugleich die Weichen für eine Entwicklung gestellt wurden, in deren Verlauf beide Städte immer weiter zusammengewachsen sind und von der die Menschen mit Blick auf verschiedene Kooperationen und Netzwerke heute noch profitieren.

⁴ Klaus Kauer: Zgorzelecer Arbeiterinnen in volkseigenen Betrieben in Görlitz 1967-1989, in: Trutkowski 2017, S. 34.

Den in der kollektiven Erinnerung in Görlitz und Zgorzelec sicherlich stärksten Niederschlag findet die Oder-Neiße-Grenze bis heute durch die Einführung des pass- und visafreien Grenzverkehrs Anfang der 1970er-Jahre, der auf beiden Seiten der Neiße nicht nur das Freizeit- und Urlaubsangebot verbreiterte. Wie die Zgorzelecer Kinderärztin Ewa Motyka (*1955) in einer lebendigen Erzählung aufzeigt, durften polnische Jugendliche aus Zgorzelec zu dieser Zeit die deutsch-polnische Grenze ab einem Alter von 16 Jahren auch ohne Begleitung ihrer Eltern passieren. In vielen Fällen ging man aber nicht nur zum Einkaufen auf die andere Seite, sondern auch, um dort weitgehend unbehelligt von polnischen Behörden und abseits der sozialistischen Staatsdoktrin einen „normalen“ Alltag zu erleben. Gemeinsam mit Freunden unternahm man tagsüber Spaziergänge in den Görlitzer Grün- und Parkanlagen. Am Wochenende trank man abends das eine oder andere Glas Wein in einer Görlitzer Gaststätte oder suchte eine Diskothek auf der anderen Seite der Neiße auf. Aus solchen Begegnungen entstanden nicht nur Freundschaften, sondern nicht selten auch Liebesbeziehungen und manchmal auch Ehen. Laut Ewa Motyka wurde Görlitz in den 1970er-Jahren damit vor allem für junge Polinnen und Polen zu einer Art „kulturellem Refugium“. Die Öffnung der Grenze führte die Einwohner der geteilten Stadt damit in einzigartiger Weise zusammen.

Der bei manchen Einwohnern Ressentiments erweckende Einkaufstourismus in den 1970er-Jahren erhöhte zugleich die Konsummöglichkeiten in den Mangelwirtschaften beider Länder. Wie sich etwa der promovierte Historiker, Museologe und Lehrer Ernst Kretzschmar (*1933) aus Görlitz erinnert, kaufte man Artikel, die im eigenen Land teuer oder kaum erhältlich waren. Die Polen kauften auf der anderen Seite der Neiße häufig Lebensmittel wie Fleisch, Obst und Gemüse, Süßigkeiten, Gewürze und Bier, in vielen Fällen auch Kinderbekleidung. Die Görlitzer kauften in Zgorzelec neben Wurstwaren und Spirituosen (Wodka) meist Kleidung und Keramik, aber auch Lampen. Häufig fuhr man auch zum Auftanken des Autos

nach Zgorzelec, da das Benzin dort günstiger war. Die DDR hatte immer etwas mehr auf den Ladentischen als Polen. Daher war die DDR für viele Polen ein Einkaufsparadies.

Für viele DDR-Bürger war Polen wiederum ein „Reich der Freiheit“. Denn im liberaleren Polen konnte man mühelos die in der DDR verbotene „Westpresse“ und US-amerikanische Schallplatten kaufen. Und wenn man Lust hatte, konnte man selbst westdeutsche Filme im Kino ansehen. Im Dom Kultury, so Ernst Kretzschmar, wurde zu dieser Zeit ein kleines Café eröffnet, in dem auch Besucher aus Görlitz die aktuellen Ausgaben westlicher Zeitungen – neben dem „Spiegel“ auch den „Stern“ und „Die Welt“ – lesen konnten. Ernst Kretzschmar besuchte häufig dieses Café im Dom Kultury und freute sich über die aktuelle Berichterstattung aus dem Westen – „mit den neuesten Informationen über Sensatiönchen aus der Regierung oder dem Politbüro der SED in Berlin“.

Verstärkt seit den späten 1960er-Jahren begannen auch Vertreter der katholischen Kirchen der DDR und Polens enger zusammenzuarbeiten. Um den deutsch-polnischen Dialog aufrechtzuerhalten, bauten die Geistlichen – abgesehen von der offiziellen Kooperation der Kirchen – immer wieder symbolische Brücken über die Neiße. In Zeiten des Kommunismus kam dieser Dialog, wie der Generalvikar Prälat Peter C. Birkner (*1935) eindrücklich beschreibt, in verschiedener Gestalt zum Ausdruck. Vor allem aus dem folgenden Beispiel wird deutlich, wie Vertreter der katholischen Kirche eigen-sinnig handelten und sich die Oder-Neiße-Grenze – dem rigiden kommunistischen Grenzregime zum Trotz – aneigneten und die Grenze zu überwinden vermochten: In Zeiten des Kriegsrechts und einer erneut geschlossenen Grenze in den 1980er-Jahren, so berichtet Prälat Birkner, erhielt er eines Tages ein Paket mit aus dem Westen gelieferten lebenswichtigen Medikamenten, die auf dem schnellsten Weg in ein polnisches Krankenhaus gelangen sollten. Er fragte sich, was er tun könne. Sollte er die Medikamente selbst über die Grenze schmuggeln? Sollte er jemanden beauftragen? Und was würde geschehen, wenn die betreffende Person aufgegriffen würde? So beschloss er, die Sache selbst in die Hand zu nehmen

und die Medikamente, verstaut in einem großen Mantel mit vielerlei Taschen, über die Grenzübergangsstelle Görlitz/Zgorzelec zu bringen. Allerdings nicht illegal – das kam für ihn nicht in Frage. Mutig weihte er an der Grenzübergangsstelle Görlitz/Zgorzelec den Chef des polnischen Zolls über seinen geplanten Medikamentenschmuggel ein. Dieser zeigte sich solidarisch, begleitete Prälat Birkner persönlich durch die Grenzposten hindurch und verabschiedete ihn herzlich.

Ähnlich wie die Zusammenarbeit im Kulturbereich ist auch die bildungspolitische Kooperation zwischen Görlitz und Zgorzelec seit den 1960er-Jahren ein gutes Beispiel dafür, dass Kontakte über die Neiße nicht immer staatlich initiiert sein mussten: Denn in erster Linie waren es Lehrer und Vertreter von Kulturinstitutionen wie Museen und Bibliotheken, die sich aus einem persönlichen Interesse am Nachbarland für eine langfristige Zusammenarbeit starkmachten. So betont auch die Zgorzelecer Mathematiklehrerin Hanna B. Majewska (*1928), dass gerade dieses im Kommunismus begonnene Engagement im Bildungsbereich die Weichen für eine langfristige Vergemeinschaftung zwischen Görlitz und Zgorzelec gestellt hat, die den Einwohnern beider Stadthälften auch heute noch in vielfacher Hinsicht nützt.

Das deutsch-polnische Ausstellungsprojekt hat sich der Oder-Neiße-Grenze aus einer Perspektive genähert, die der Chiffre 1989 und damit demokratischen und europäischen Werteidealen geschuldet ist. Heute ist uns immer mehr bewusst, dass weder in Europa noch sonst wo in der Welt vollständig in sich geschlossene gesellschaftliche oder kulturelle Einheiten existieren. Die konkrete Ausprägung einer jeden Gesellschaft, sei sie europäisch oder außereuropäisch, müssen wir vielmehr als das Ergebnis von wie auch immer vorgestellten Transfereffekten – der Aneignung und Anverwandlung multipler interner und externer Einflüsse – verstehen. Demnach sind alle Gesellschaften alles andere als homogen – auch wenn man ihnen gerne einen rein nationalen Bezugsrahmen geben möchte. Für die Beschäftigung von deutsch-polnischen Grenzräumen wie Görlitz und Zgorzelec gilt dies in besonderer Weise. Dabei ging es dem hier vorgestellten Ausstellungsprojekt

vor allem um eine Vertiefung der Beziehungsgeschichte zwischen Görlitz und Zgorzelec, die den Fokus auf die grenzüberschreitenden Kommunikations- und Interaktionsprozesse richtet. Nicht zuletzt deswegen besteht der virtuelle Teil der Ausstellung aus einer in einem Halbkreis angeordneten synchron geschalteten Video-Installation, in der die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus Görlitz und Zgorzelec in eine (inszenierte) dialogische Kommunikation treten: Dabei kommt immer abwechselnd eine Person aus Görlitz bzw. Zgorzelec zu Wort, während die anderen Zeitzeugen schweigend zuhören.

In der Ausstellung wurde damit die Transnationalität von Erinnerungskulturen in das Zentrum des Erkenntnisinteresses gestellt. Es wurde also versucht, zu einem Dialog dieser Erinnerungskulturen zu gelangen und den nationalstaatlichen Pfad zugunsten einer gemeinsamen deutsch-polnischen Erinnerungskultur zu verlassen. Ausgangspunkt der Konzeption war die Idee, dass man Erinnerungsformate keinesfalls künstlich aufoktroyieren dürfe. Insbesondere während der im Rahmen des Ausstellungsprojekts Mitte Juni 2016 in Zgorzelec abgehaltenen Konferenz wurden deshalb Antworten auf die Frage gesucht, ob die Oder-Neiße-Grenze auch als ein europäischer Erinnerungsort gedacht werden kann,⁵ oder ob es sinnvoller ist, die Idee einer Polyphonie von deutschen und polnischen Erinnerungsbildern zu verfolgen – und damit die Idee der Akzeptanz von Vielfalt von verschiedenen nebeneinander existierenden Narrativen, die in ihren Überschneidungen, Verflechtungen, Gemeinsamkeiten wie auch Asymmetrien alle ihre Berechtigung und Legitimität besitzen.

Die Oder-Neiße-Grenze: ein europäischer Erinnerungsort?

Wie das Ausstellungsprojekt zeigt, ist die Erinnerung an die Grenze in den Grenzstädten Görlitz/Zgorzelec weiterhin bedeutsam. In der europäischen Meistererzählung über Flucht, Vertreibung

⁵ Siehe hierzu ausführlicher den Konferenzbericht: Tagungsbericht 2016.

und Umsiedlung würde sich die Grenze wunderbar als ein europäischer Erinnerungsort eignen, mag der erste Blick anmuten. Gerade im deutsch-polnischen Verhältnis nimmt dieser Themenkomplex eine elementare Stellung ein, da beide Völker eine leidvolle Geschichte teilen. Die Oder-Neiße-Grenze spielte bis 1989 eine wichtige Rolle in der geopolitischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Die gemeinsame Grenze bildet im lokalen Rahmen zwischen Polen und Deutschland einen transnationalen Erinnerungsort. Aber würde sie auch als europäischer Erinnerungsort funktionieren?

In den Diskussionen und Debatten im Kontext der Nachkriegsordnung und während des Kalten Krieges war die Grenze bis in die späten 1960er-Jahre und darüber hinaus ein Zankapfel nicht nur in Polen und Deutschland, sondern weltweit: Sollte die neue Grenze der stalinistischen Nachkriegsordnung, die so viel Leid und Elend über die Völker Mitteleuropas gebracht hat, wirklich völkerrechtlich anerkannt werden? Während sich in der Bundesrepublik Deutschland die Heimatvertriebenen aus den ehemaligen deutschen Gebieten in verschiedenen Vertriebenenverbänden organisierten (erst 1957 entstand der Dachverband „Bund der Vertriebenen“), wurde zwischen der DDR und Polen schon 1950 mit dem Görlitzer Abkommen die Oder-Neiße-Grenze als „Friedens- und Freundschaftsgrenze“ festgelegt. In der Volksrepublik Polen und auch in der DDR lautete das Narrativ der Geschichtspolitik im realexistierenden Sozialismus mit und um die Friedengrenze: Nicht die DDR-Deutschen waren vor 1945 die Verbrecher, sondern allein die Bürger der Bundesrepublik.

Im Zuge der Neuen Ostpolitik unter der Regierung Willy Brandt wurde die bestehende politische Realität der Teilung Deutschlands anerkannt. Die faktische Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik 1970/72 bedeutete für die Volksrepublik Polen zwar einerseits das Erreichen eines lange angestrebten Ziels, schuf für die polnischen Kommunisten aber auch Probleme, da sie ihre Herrschaft auch damit legitimierten, dass die Sowjetunion die Westgrenze gegen die revisionistischen Deutschen beschütze. In der Bundesrepublik kämpfte

der „Bund der Vertriebenen“ (BdV) weiterhin gegen die Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze bis zur deutschen Vereinigung. Mit der Vertragsunterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages 1990 sowie dem daraus resultierenden Grenzvertrag vom 17. November 1990 erkannte Deutschland die Oder-Neiße-Grenze schließlich völkerrechtlich an.

Gleichwohl bestanden bei Millionen Polen auch in den Jahren danach noch Befürchtungen vor Revisionsansprüchen aus Deutschland, genährt etwa durch Forderungen der in Deutschland kaum bekannten Preußischen Treuhand.⁶ Inzwischen sind diese Sorgen aufgrund jahrelanger positiver Erfahrungen mit der heutigen deutsch-polnischen Zusammenarbeit weitgehend verschwunden. Eine Studie des Warschauer Think-Tanks „Institut für Öffentliche Angelegenheiten“ zog 2012 das positive Fazit: „[D]as Bewusstsein von Polen und Deutschen, dass ihr Zusammenleben unübersehbarer Ausdruck des sich vertiefenden europäischen Integrationsprozesses ist, bildet einen Beweis dafür, dass die Grenzen zwischen den europäischen Nationen tatsächlich verschwinden – und zwar sowohl auf der Landkarte als auch in den Köpfen der Menschen“ (vgl. Łada/Frelak 2012, S. 228). Die Logik des Machtkampfes zwischen dem Osten und seinen sozialistischen Regimen einerseits und dem Westen mit Revisionsanspruchsdebatten andererseits weiche demnach der Logik der europäischen Integration. Laut der obigen Studie besteht der Erfolg insbesondere darin, dass die Grenze als negativer Erfahrungsort verschwindet. Dies wiederum sei auf die starke sozio-kulturelle und sozio-ökonomische Verflechtung zurückzuführen, die zum großen Teil auf der polnischen Migrationsbewegung seit den 2000er-Jahren beruht (ebd., S. 18 ff.). Angesichts solcher europäischer Integrationserfolge lässt sich die Frage aufwerfen: Brauchen wir die

⁶ Die Preußische Treuhand, die 2000 vor allem von Vertriebenenfunktionären gegründet wurde, erkannte zwar die Oder-Neiße-Grenze an, bestritt aber, dass sich durch die Veränderung der staatlichen Zugehörigkeit der früher deutschen Gebiete die privatrechtlichen Besitzverhältnisse geändert hätten. Daher klagte die Preußische Treuhand im Dezember 2006 vor dem Europäischen Menschenegerichtshof in Straßburg wegen Verletzung von Artikel 1 des Zusatzprotokolls der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, unterlag aber damit im Oktober 2008. Seither ist das Thema revisionistischer deutscher Forderungen weitgehend erledigt.

Oder-Neiße-Grenze überhaupt als europäischen Erinnerungsort? In den Regionen, die direkt an der Grenze liegen, hat die Grenze als Erinnerungsort für die Kommunen und ihre Bewohner weiterhin eine hohe Relevanz. Die Menschen in der Grenzregion waren unmittelbar betroffen und leben in der Regel weiterhin grenznah. Sie sind tagtäglich mit ihrer Erinnerung konfrontiert, wie die Zeitzeugen aus Görlitz und Zgorzelec in ihren Interviews deutlich machen. Dort spielt die lokale Erinnerung weiterhin eine entscheidende Rolle.

Seit 2015 ist der 20. Juni, also der Weltflüchtlingstag, in Deutschland auch der Gedenktag für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung. Bis dahin hatte der BdV den 5. August als Gedenktag propagiert, an dem 1950 die Charta der Heimatvertriebenen unterzeichnet worden war. Flucht und Vertreibung werden jedoch weiterhin vorwiegend im nationalen Kontext gedacht. So wird auch in der Bildungspolitik im Fach Geschichte am nationalen Narrativ festgehalten. Die deutsch-polnische Schulbuchkommission analysiert die deutsche und die polnische Geschichtspolitik im Schulunterricht zum Thema Flucht und Vertreibung folgendermaßen: „In Deutschland wird sie jenseits der akademischen Geschichtswissenschaft häufig dekontextualisiert und reduziert auf die Vertreibung von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg – europäische oder gar globale Perspektiven sind ebenso selten wie eine präzise Ursachenanalyse. In Polen hingegen wurde das Thema durchgängig im Zusammenhang mit dem von Deutschland verursachten Zweiten Weltkrieg diskutiert und mit den Vertreibungen und Deportationen von Polen während der deutschen und auch der sowjetischen Besatzung in Beziehung gesetzt“ (Steuerungsrat 2010, S. 111). Der Expertenrat bietet dazu eine Leitlinie an, die auch auf das Erinnerungskonzept übertragbar wäre: Demnach sollte die Erfahrung von Flucht und Vertreibung aus dem rein bilateralen Konflikt um den Zweiten Weltkrieg herausgelöst und als europäisches oder gar globales Problem kontextualisiert werden (ebd., S. 111f.). Der Diskurs über die Oder-Neiße-Grenze ist also in beiden Nationen und auch in Europa insgesamt in Vergessenheit geraten. Weder in

Deutschland und in Polen noch im restlichen Europa scheint es irgendwelche bedeutsamen Impulse aus der Politik, Gesellschaft oder den Institutionen zu geben, die Oder-Neiße-Grenze als einen europäischen Erinnerungsort vorzustellen.

Vielmehr spiegelt sich die Erinnerung an die Oder-Neiße-Grenze im Themenkomplex „Flucht und Vertreibung“ wider. Die Beispiele von Deutschland und Polen in der Erinnerung an Flucht und Vertreibung zeigen, dass das gleiche Erlebnis unterschiedlich erinnert wird. Auf der nationalstaatlichen Ebene werden entsprechende Akzente gesetzt. Dieser Polyphonie der nationalen Erinnerungen muss im heutigen Europa weiterhin Rechnung getragen werden. Die europäischen Gesellschaften bleiben in ihren nationalstaatlichen Erinnerungsmustern und Nationalpolitiken gefangen. Lediglich zu den großen geschichtlichen Ereignissen, wie etwa dem Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945, kehrt in Europa so etwas wie eine gemeinsame Erinnerung an die Schrecken des 20. Jahrhunderts zurück. Dass die Konstruktion von gesamteuropäischen Erinnerungsorten schwierig ist, wird beispielsweise auch an der Prager Erklärung von 2008 deutlich. Mehrere prominente Politiker, darunter Bundespräsident Gauck, forderten die Verurteilung von kommunistischen und totalitären Verbrechen in Europa. Das Europäische Parlament nahm den Appell auf und rief am 2. April 2009 den 23. August als „Europäischen Gedenktag für die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus“ aus. Doch statt Einheit löste der neue Feiertag Streit aus, da von einigen Kritikern eine Relativierung der Holocaustverbrechen befürchtet wurde (vgl. Wezel 2011). Am bedeutsamsten ist jedoch die Tatsache, dass der Gedenktag kaum öffentlich gedacht und somit wahrgenommen wird.

Das Beispiel des Ausstellungsprojekts in Görlitz/Zgorzelec zeigt, dass es nicht immer eines europäischen Geschichtsnarratives bedarf. Nicht die Homogenisierung der Erinnerung, sondern vielmehr die Anerkennung von Differenzen sollte als diskursive Leitlinie gelten (Feindt et al. 2014). Und das gilt sowohl für die jeweiligen transnationalen Räume als auch für Europa und seine Regionen insgesamt. Entsprechend sollten sich die

lokalen Erinnerungen, wie verschiedene Puzzleteile, in einer europäischen Erinnerung zusammenfügen und nicht Top-down diktiert werden. Die europäische Meistererzählung über Flucht und Vertreibung böte hierfür den entsprechenden Rahmen. Für die Oder-Neiße-Grenze als europäischen Erinnerungsort würde dies bedeuten, dass sie als lokaler bzw. regionaler Erinnerungsort für andere Gesellschaften und Nationen erfahrbar ist. Diese Perspektive wird denn auch heute immer besser gewährleistet durch Museen, Gedenkstätten sowie akademische und literarische Aufarbeitung, wie auch durch die Kontextualisierung und Einordnung in die europäische Meistererzählung über Flucht, Leid und Vertreibung im Zeitalter der Extreme. Damit könnte die Oder-Neiße-Grenze als Erinnerungsparadigma in einer Reihe stehen mit der Fremdbesetzung Europas durch Nazi-Deutschland oder auch mit der leidvollen Erfahrung der sowjetischen Umsiedlungspolitik unter Stalin. Ein solcher Erinnerungsdiskurs würde in einer europäischen Geschichte kondensieren, beginnend mit dem Vertrag von Lausanne 1923⁷ über die stalinistische „Umsiedlungspraxis“ bis zu den Flüchtlingsströmen auf dem Balkan der 1990er-Jahre, die alle durch denselben Topos von Flucht und Vertreibung verbunden sind. Die Europäisierung der Geschichtspolitik ist demnach ein Prozess, der nicht nur transnationale, sondern auch regionale, nationale und ebenso europäische Spannungen aushalten muss. So fordert auch der polnische Historiker Jan Piskorski eine europäische Erinnerung als eine Form von „vertriebener Gemeinschaft“, um von einem nationalen Diskurs über Minderheitenfragen und gegenseitige Schuldzuweisungen wegzuführen (Piskorski 2013).

Ein Schlüssel, diesen transnationalen Ansatz einzulösen, besteht sicherlich – und das mag das Ausstellungsprojekt selbst auf den Prüfstand stellen – im Erwecken der Neugier auf die Geschichte des jeweiligen Nachbarlandes. Nur durch eine dialogische Angleichung

⁷ Im Vertrag von Lausanne wurde zwischen Griechenland und der Türkei ein „Bevölkerungsaustausch“ festgeschrieben, um Konflikte um Minderheitenfragen präventiv zu lösen.

des gegenseitigen Wissens voneinander und in einer Überwindung tief verwurzelter nationaler Denkgewohnheiten, Stereotype und Vorurteile lässt sich dieses Ziel erreichen. Auf diese Weise würde man sich die verschiedenen Formen von Geschichtspolitik und somit die Erinnerungen der anderen stärker bewusst machen können. Denn Europa ist nicht nur im Jetzt in Vielfalt geeint, sondern auch in der Erinnerung an das Vergangene. Es geht also darum, das Wissen und den Reichtum der Erinnerungsbilder beider Gesellschaften zu verbreitern und es in einem europäischen Narrativ zu kontextualisieren. Zeitzeugen spielen bei einer solchen Erinnerungsarbeit eine bedeutende Rolle. Durch Zeitzeugen wird Erinnerung erlebt und beglaubigt. Erinnerungen berühren und lösen Emotionen aus. Nur wenn wir die Bilder, Narrative und Erinnerungen unserer Nachbarn kennen, können wir mit den eigenen klüger umgehen. Die große Chance transnationaler Ausstellungsobjekte besteht sicherlich darin, der lokalen Erinnerungskultur neue Impulse zu geben, die in Polen wie in Deutschland bestehenden national bestimmten Diskurse durch eigene lokalgebundene Deutungsangebote, Erfahrungen und Interpretationen zu beleben. Die Menschen sollen so ihre eigene Geschichte schreiben. Entsprechend besteht eine wichtige Aufgabe der Erinnerungsarbeit darin, die Barrieren zwischen den nationalen Erinnerungsgemeinschaften zu überwinden und eine transnationale Perspektive einzunehmen. Entsprechend sollte das durch Flucht und Vertreibung verursachte lokale und regionale Leid in einen europäischen Narrativrahmen eingebunden werden.

Das Schicksal der europäischen Einigungsidee wird nicht mehr mit der Vergangenheit von Nationalstaaten gewonnen, sondern durch eine klare europäische Transnationalisierung, wie sie Willy Brandt vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am 13. November 1973 ähnlich gefordert hat: „Die Vereinigung Europas ist nicht nur eine Frage der Qualität unserer Existenz. Sie ist eine Frage des Überlebens zwischen den Giganten und in der zerklüfteten Welt der jungen und der alten Nationalismen. Nur in einem Europa, das seine Persönlichkeit gefunden

hat, sind unsere nationalen Identitäten zu sichern. Der Nationalstaat klassischer Prägung ist die Lebensform von gestern. Es gilt noch begrenzte Positionen zu erfüllen, vielleicht für lange Jahre. Aber unsere Zukunft ist nicht mehr, isoliert betrachtet, der Nationalstaat“ (Brandt 1973, S. 4). Die von den Nationalstaaten allzu oft forcierte Zwangserinnerung mit einer Zentrierung auf die Ereignisse und Folgen des Zweiten Weltkrieges gilt es noch weiter zu hinterfragen, instrumentalisieren doch die Nationalstaaten die eigene proklamierte Geschichtsschreibung zu ihrer Daseinslegitimierung. Die Oder-Neiße-Grenze mit ihren Nachbarstädten wie Görlitz und Zgorzelec ist der beste Beweis dafür, dass transnationales Erinnern funktioniert – hingegen das rein nationalstaatliche Erinnern aus vergangenen Tagen nicht zielführend sein kann, genauso wenig wie eine Homogenisierung dieser Erinnerung auf einer größeren europäischen Ebene.

LITERATUR

Brandt, Willy: Rede des Bundeskanzlers Willy Brandt vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, 13.11.1973, http://www.willy-brandt.org/fileadmin/brandt/Downloads/Brandt_Rede_Europa-Parlament_1973.pdf (14.01.2017).

Feindt, Gregor/Krawatzek, Félix/Mehler, Daniela/Pestel, Friedemann/Trimçev, Rieke (Hg.): Europäische Erinnerung als verflochtene Erinnerung. Vielstimmige und vielschichtige Vergangenheitsdeutungen jenseits der Nation, Göttingen 2014.

Hinrichsen, Kerstin: Oder-Neisse-Grenze. Bis auf Widerruf?, in: Hahn, Hans Henning/Traba, Robert (Hg.): Deutsch-Polnische Erinnerungsorte, Band 1, Paderborn 2015, S. 497-517.

Leggewie, Claus: Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt, München 2011.

Łada, Agnieszka/Frelak, Justyna S.: Eine Grenze verschwindet. Die neue polnische Migration nach Deutschland aus lokaler Perspektive, Warschau 2012.

Piskorski, Jan M.: Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts, München 2013.

Ratsarchiv Görlitz (RAG): Zusammenarbeit mit Zgorzelec 1988-1990, Nr. 1186, Aktennotiz über das stattgefunden Gespräch in Görlitz am 3. April 1990, 06.04.1990.

Schultz, Helga: Die Oderregion in wirtschafts- und sozialhistorischer Perspektive, in: Dies./Nothnagel, Alan (Hg.): Grenze der Hoffnung. Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder, Potsdam 1996, S. 79-113.

Steuerungsrat und Expertenrat des Projektes „Deutsch-Polnisches Geschichtsbuch“: Schulbuch Geschichte. Ein deutsch-polnisches Projekt – Empfehlungen, Berlin/Warschau 2010.

Tagungsbericht: Erinnerungskulturen in transnationaler Perspektive: Deutsch-polnische Grenzgeschichten in Zeiten des Kommunismus – Zgorzelec und Görlitz (1945–1989), 16.-17.06.2016, <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6742> (20.10.2017).

Trutkowski, Dominik: Der geteilte Ostblock. Die Grenzen der SBZ/DDR zu Polen und der Tschechoslowakei (Zeithistorische Studien, Band 49), Köln/Weimar/Wien 2011.

Trutkowski, Dominik (Hg.) (unter Mitarbeit von Anna Thierfelder und Stefan Thierfelder): Grenzgeschichten transnational: Görlitz und Zgorzelec 1945 bis heute. Katalog zur Ausstellung, Poznań 2017.

Wezel, Katja: Lettland und der 23. August 1939: Vom „weißen Fleck“ der sowjetischen Geschichtsschreibung zum transnationalen Gedenktag?, in: Kaminsky, Anna/Müller, Dietmar/Troebst, Stefan (Hg.): Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in den Erinnerungskulturen der Europäer, Göttingen 2011, S. 309-325.

Handlungsempfehlungen zur Geschichtspolitik in Polen und Deutschland

Sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wissenschaft wird der Begriff Geschichtspolitik kontrovers diskutiert. Geschichtspolitik soll hier als jegliche Form der politischen Bezugnahme auf die Vergangenheit verstanden werden, sei sie nun strategisch, instrumentell oder kulturell motiviert. Beim Handlungsfeld Gedächtnis muss notwendigerweise zwischen der Ebene der privaten Erinnerung sowie der Ebene der staatlichen Geschichtsrepräsentation unterschieden werden. Die hier formulierten Handlungsempfehlungen richten sich an die zweitgenannte Ebene.

Geschichtspolitik besitzt einerseits eine inhaltliche Dimension, die sich auf die Deutung und Interpretation von Geschichte für die Gegenwart bezieht, andererseits eine institutionelle Dimension; diese umfasst sowohl die amtlich-ministeriale Ebene wie auch die Ebene von Multiplikatoren wie Museen, Gedenkstätten, Forschungs- und Bildungseinrichtungen, Stiftungen, politische Kommissionen, NGO's sowie weitere Institutionen der Kulturvermittlung.

Die Verfasserinnen und Verfasser der Beiträge schlagen folgende Handlungsempfehlungen vor:

1. Unabhängigkeit als wesentliches Kennzeichen von Geschichtspolitik

In der Geschichtspolitik sollten politische Interventionen auf ein Minimum reduziert und Manipulationen der Vergangenheit gänzlich ausgeschlossen werden.

2. Geschichtspolitik als ein von verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Gruppen getragener Diskursprozess

Geschichtspolitik sollte auf einer breiten öffentlichen Debatte, internationalem, interreligiösem und interkulturellem Dialog sowie auf gegenseitiger Toleranz basieren. In einem demokratischen, liberalen Staat ist Geschichtspolitik integraler Bestandteil einer ehrlichen politischen Diskussion und der gemeinsamen Reflexion über die Vergangenheit. Dies ist nur im Rahmen eines offenen gesellschaftlichen Diskurses möglich. Bei Geschichtspolitik handelt es sich nicht um eine prinzipiell undemokratische oder gar moralisch bedenkliche Praxis, sondern um eine faire politische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

3. Langfristigkeit als Ziel von Geschichtspolitik

Die Richtlinien der Geschichtspolitik sollten langfristig auf die Förderung der Demokratie angelegt sein. Eine auf Vermeidung der vergangenen Fehler fokussierte Analyse der historischen Ereignisse kann bei der Ausarbeitung der langfristigen Handlungsempfehlungen zur Geschichtspolitik überaus hilfreich sein. Das Ziel und die Aufgabe von Geschichtspolitik sollte es demzufolge sein, die Bürger bei ihrer Auseinandersetzung mit der Geschichte zu unterstützen – dies gilt insbesondere für Bürger von Staaten mit einer gemeinsamen konfliktreichen Vergangenheit. Dabei gilt es, die gemeinsamen Momente der

Geschichte hervorzuheben, und zwar nicht nur die negativen, sondern auch und vor allem die positiven. In diesem diskursiven Prozess spielen die jüngeren Generationen eine besondere Rolle – deren Kontakte untereinander müssen gezielt gefördert werden.

4. Inhaltliche Vorbereitung und Sensibilität bei der Entwicklung der Geschichtspolitik

Neben (zivil-)gesellschaftlichen Akteuren und Gruppen sind staatliche Stellen wesentliche Akteure der öffentlichen Erinnerung. Dies gilt zum einen für die grundsätzliche Entscheidung zur Förderung und Pflege der Erinnerungsinfrastruktur im Allgemeinen, zum anderen für die Vergabe von finanziellen Mitteln an bestimmte Projekte. Die Ereignisse der Vergangenheit, die Menschen und Nationen sehr oft voneinander trennen, können nicht nur eine elementare Quelle kollektiver Identitätsbildung sein, sondern auch die Basis für Polarisierung, Abgrenzung und Dissens innerhalb einer Gesellschaft. Gerade deshalb sollte ausgesprochen sensibel mit diesen für Manipulation anfälligen Fragen umgegangen werden.

5. Pluralität und „kluge Themenselektion“

Geschichtspolitik ist prinzipiell immer kontrovers. Dies liegt bereits im subjektiven Verhältnis des Menschen zur Geschichte begründet. Der Zugriff auf die Geschichte ist stets selektiv, da die Vergangenheit in ihrer Totalität nicht zugänglich ist. Bei jeder Selektion stellt sich die Frage nach der Auswahl und den damit verbundenen Kriterien. Der selektive Zugriff des Menschen auf die Geschichte schließt insofern die individuelle und subjektive Deutung unvermeidbar ein. Dieser Standortbezogenheit der eigenen Positionen müssen sich alle geschichtspolitischen Akteure bewusst sein.

6. Kontroversen als Element der Geschichtspolitik

Geschichtspolitische Kontroversen haben einen normativen Eigenwert als wohlverstandener Teil eines modernen pluralistischen und deliberativen Gemeinwesens: Sie dienen einer Gesellschaft zur Schärfung und Bewusstwerdung ihres Wertefundaments. Demokratische Geschichtspolitik zeichnet sich gegenüber autokratischer Geschichtspolitik dadurch aus, dass konkurrierende Akteure oder Akteursgruppen um den Einfluss auf das gesellschaftliche Geschichtsbewusstsein ringen, dass ebenso Widersprüche, Brüche und die Schattenseiten der Vergangenheit erinnert und in Projekten historischer Aufarbeitung staatlich gefördert werden – sodass Geschichtspolitik schließlich durch eine Vielfalt von Geschichtsbildern und Erinnerungsorten geprägt ist. Demgegenüber kann eine nichtpluralistische Geschichtspolitik zur Gefahr für eine Demokratie werden, weshalb Geschichtspolitik nicht zur Waffe der staatlichen Propaganda im Sinne eines autoritären Herrschaftsinstruments verkommen darf.

7. Gefährdungen und Entwicklungen negativer Tendenzen

Im Rahmen eines heterogenen und pluralistischen Diskurses der Geschichtspolitik existieren in der Regel ebenso extremistische Haltungen. Gerade deshalb gilt es umso mehr, wachsam zu sein, dass dergleichen Tendenzen keine für das demokratische Gemeinwesen und die Politik bedenklichen Ausmaße annehmen. Dies könnte destruktiv für eine demokratische Geschichtspolitik und damit auch die gesellschaftliche Integration sein.

8. Bedeutung der für historische Bildung zuständigen Institutionen

Damit eine Gesellschaft auf die geschichtspolitische Auseinandersetzung adäquat vorbereitet ist, bedarf es als

wesentliche Prämisse eines fundierten historischen Wissens. Deshalb sollte Geschichtspolitik vor allem den Bereich der historischen und politischen Bildung adressieren. Denn in diesen für diese Aufgaben verantwortlichen Institutionen werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass mündige Staatsbürger durch differenzierte Sach- und Methodenkenntnis ein geschärftes historisch-politisches Urteilsvermögen herausbilden.

9. Europäische Aspekte der Geschichtspolitik

Geschichtspolitik findet heutzutage mehr als früher im europäischen Kontext statt. Europäische Erinnerungsorte wie der Holocaust als negativer Gründungsmythos, Kriegserinnerungen wie auch Erfahrungen von Flucht, Vertreibung und Deportation gehören zum kollektiv geteilten Erinnerungsschatz Europas. Europäische Gedenktage sind eingeführt, europäische Museumsprojekte initiiert worden. Ob sich aus diesen Tendenzen einmal so etwas wie eine gesamteuropäische Erinnerungskultur herauskristallisieren wird, bleibt abzuwarten. Dergleichen Initiativen sollten jedoch von Seiten der Politik verstärkt werden.

10. Nationales Fundament und Fingerspitzengefühl im Umgang mit anderen

Ungeachtet dieser Europäisierung folgt Geschichtspolitik dennoch nach wie vor einer nationalen Eigenlogik. Den Königsweg, mit der eigenen Vergangenheit umzugehen, gibt es nicht. Jede Nation muss die ihrer politischen Kultur, ihrem normativen Koordinatengefüge und ihren Traditionen Rechnung tragenden Modi der Geschichtsaufarbeitung letzten Endes selbst finden. Der orientierende Blick auf die Nachbarstaaten – auf andere Nationen, Religionen, Kulturen und Traditionen – kann hier aber höchst nützlich sein. Die nationale und europäische Ebene sollten dabei jedoch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Denn vielleicht verhalten sich die Dinge ja so, dass erst auf der Basis souveräner historischer Selbstvergewisserung im nationalstaatlichen Kontext die

europäische Dimension hinzutreten kann, sodass sich erst dann beides in einem fruchtbaren Komplementaritätsverhältnis ergänzen kann.

11. Bedeutung der Regionalität

Geschichtspolitik sollte ebenso die regionale Ebene der Geschichte einschließen. Die Regionen – deren Kultur, Tradition und Gesellschaft – spielen bei der Entwicklung von kulturellem Bewusstsein und kollektivem Gedächtnis eine wichtige Rolle. Deshalb sollte die Geschichtspolitik nicht nur die europäische und nationale Ebene, sondern auch die regionale sowie lokale Perspektive berücksichtigen.

12. Anpassung der medialen Bildungsträger an die jeweilige Zielgruppe

Im Rahmen der Geschichtspolitik sollte man die für die jeweilige Zielgruppe (wie Kinder, Jugendliche und Erwachsene) entsprechenden medialen Instrumente der Geschichtsvermittlung einsetzen. Museale Ausstellungen mit multimedialen Darstellungsoptionen, fundiertes museumspädagogisches und ausstellungsdidaktisches Know-how sowie neue Zugänge, Konzepte und Materialien – unter anderem audiovisuelle Zeitzeugeninterviews, Comics und Computer- und Geschichtsspiele – können bei dieser zielgruppenorientierten Erinnerungsarbeit von großem Nutzen sein.

Autor_innen der Handlungsempfehlungen: Joanna Andrychowicz-Skrzeba, Manuel Becker, Waldemar Czachur, Ann Katrin Düben, Roland Feicht, Stefan Garsztecki, Michael Hill, Christian Hörbelt, Beata Jurkowicz, Anna Kaminsky, Aleksandra Kmak-Pamirska, Maria Kobielska, Krzysztof Malicki, Julia Reuschenbach, Dominik Trutkowski, Ewa Tylus, Anna Warakomska, Aleksandra Węclawska, Marcin Zaborski, Anna Zachmann, Klaus Ziemer.

INFORMATIONEN ZU DEN AUTOR_INNEN DER BEITRÄGE

Dr. Joanna Andrychowicz-Skrzeba, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen

Dr. Manuel Becker, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn

Prof. Dr. Waldemar Czachur, Institut für Germanistik der Universität Warschau

Ann Katrin Düben, Doktorandin der Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig und stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Fördervereins der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig

Roland Feicht, Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen

Michael Hill, Doktorand am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Heidelberg

Christian Hörbelt, Absolvent der European Studies an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder

Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dr. Maria Kobielska, Lehrstuhl für Anthropologie der Literatur und Kulturwissenschaften sowie Forschungszentrum der Erinnerungskulturen, Fakultät für Polonistik an der Jagiellonen-Universität in Krakau

Dr. Krzysztof Malicki, Institut für Soziologie an der Universität Rzeszów

Sandra Müller, wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Geschichtswissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Julia Reuschenbach, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie und am Institut für Geschichtswissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. Dr. Andrzej Szpociński, Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN)

Dr. des. Dominik Trutkowski, Lehrstuhl der Geschichte Europas des 20. Jahrhunderts an der Humboldt-Universität Berlin

PD Dr. Anna Warakomska, Institut für Germanistik der Universität Warschau

Dr. Marcin Zaborski, Lehrstuhl für Journalismus und soziale Kommunikation, Universität für Sozial- und Geisteswissenschaften SWPS in Warschau

Anna Zachmann, Doktorandin der Germanistik an der Universität Augsburg

Prof. Dr. Klaus Ziemer, Institut für Politologie der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität (UKSW) Warschau

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
PRZEDSTAWICIELSTWO W POLSCE